

Martin Göllnitz, Sabine Mecking (Hg.)

SKANDAL!?

Stadtgeschichten aus Marburg
im 20. Jahrhundert



[transcript] Histoire

Martin Göllnitz, Sabine Mecking (Hg.)
Skandal!? Stadtgeschichten aus Marburg im 20. Jahrhundert

Martin Göllnitz (Dr. phil.), geb. 1982, arbeitet als wissenschaftlicher Assistent der Professur für Hessische Landesgeschichte an der Philipps-Universität Marburg. Zuvor hat er an den Universitäten in Kiel, Mainz und Odense gelehrt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Public History, Regional- und Expeditionsgeschichte, moderne Gewalt- und Polizeigeschichte sowie Kultur- und Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Sabine Mecking (Prof. Dr. phil.), geb. 1967, ist Professorin für Hessische Landesgeschichte an der Philipps-Universität Marburg und Direktorin des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde in Marburg. Sie hat zuvor an den Universitäten und Hochschulen in Düsseldorf, Duisburg, Kopenhagen, Münster und Prag gelehrt. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Moderne Landes-, Regional- und Stadtgeschichte, Historische Protest- und Demokratieforschung, Polizei- und Verwaltungsgeschichte sowie Musik- und Kulturgeschichte.

Martin Göllnitz, Sabine Mecking (Hg.)

Skandal!?

Stadtgeschichten aus Marburg im 20. Jahrhundert

[transcript]

Wir danken für die freundliche Unterstützung der Tagung und der Drucklegung der Stadt Marburg, dem Marburger Universitätsbund e.V., dem Ursula-Kuhlmann Fonds, der Philipps-Universität Marburg und der Sparkasse Marburg-Biedenkopf.

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT



o m m
MARBURG

Philipps  Universität
Marburg



The EOSC Future project is co-funded by the European Union Horizon Programme call INFRAEOSC-03-2020, Grant Agreement number 101017536

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch das Projekt EOSC Future.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Martin Göllnitz, Sabine Mecking (Hg.)**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagcredit: Prangerumzug des SA-Sturms 4 am 26.8.1933 in Marburg (Stadtarchiv Marburg, S 3/4, Nr. 156)

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5718-0

PDF-ISBN 978-3-8394-5718-4

<https://doi.org/10.14361/9783839457184>

Buchreihen-ISSN: 2702-9409

Buchreihen-eISSN: 2702-9417

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Skandal!?

Ein Streifzug durch Marburgs Geschichte im 20. Jahrhundert

Martin Göllnitz und Sabine Mecking 7

Skandalgeschichte als Zeitgeschichte

Martin Sabrow 23

Skandalgeschichte als Stadtgeschichte

Oliver Auge 41

Die Marburger Jäger-Truppe und ihre militaristische Nachgeschichte

Klaus-Peter Friedrich 53

Die Morde von Mechterstädt – Tragödie und/oder Skandal?

Dietrich Heither 77

Sex, Lügen und Philosophie

Hannah Arendt und Martin Heidegger

Christoph Nonn 105

Die Marburger Rede vom 17. Juni 1934

Eine Festtagsrede mit politischer Sprengkraft?

Martin Göllnitz 123

Johann Wilhelm Mannhardt als Skandalopfer?

Hintergründe und Folgen der Demonstration

von NS-Studenten vor der Deutschen Bourse am 18. Juni 1935

Hans-Werner Retterath 147

Die Marburg Files

Operation Willi, die englische Krone und der Faschismus

Jonas Breßler 171

Ein »fanatischer Gegner des Nationalsozialismus«

Das Spruchkammerverfahren für Karl Theodor Bleek

Albrecht Kirschner 193

Hindenburg in Marburg

Ulrich Hussong 213

Für eine »gewisse Glücksfähigkeit«

Die Kinder von Goddelau und die Gründung der »Lebenshilfe« in Marburg

Silke Fehlemann 235

Wie kam Abendroth in die Alte Jägerkaserne?

Eine Hausbesichtigung Anfang der 1950er Jahre
mit einem Ausblick auf das nachfolgende Jahrzehnt

Wolfgang Hecker 255

Ein »Atom-Mädchen« lässt sich anwerben

Ulrike Meinhof in ihrer Marburger Zeit

Wolfgang Kraushaar 285

DDR-Spionage in Marburg

Helmut Müller-Enbergs 309

Schrankenlos für den Autoverkehr

Marburg an der Lahn und Autobahn

Anne Maximiliane Jäger-Gogoll 325

Abbildungsverzeichnis 349

Autorinnen und Autoren 353

Skandal!?

Ein Streifzug durch Marburgs Geschichte im 20. Jahrhundert

Martin Göllnitz und Sabine Mecking

Samstagnachmittag, der 26. August 1933, in Marburg: Über die Weidenhäuser Brücke zieht eine Gruppe von Angehörigen des SA-Sturms 4 in Richtung Innenstadt, vorweg marschiert ein Spielmannszug der paramilitärischen Organisation und sorgt so akustisch für die gewünschte Aufmerksamkeit. Diese dürfte den SA-Männern innerhalb der »braunen Hochburg« an der Lahn aber ohnehin gewiss gewesen sein, immerhin hatten bei der letzten freien Reichstagswahl vom Juli 1932 mehr als die Hälfte der Marburger Bürger*innen der NSDAP ihre Stimme gegeben; mit 53,3 Prozent lag die hessische Provinzstadt deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 37,4 Prozent.¹ Dass mit Otto Böckel der erste antisemitische Abgeordnete, der 1887 über ein Direktmandat in den Reichstag eingezogen war und diesem bis 1930 angehört hatte, in Marburg promoviert worden war, sei an dieser Stelle nur angemerkt.² Das politische Klima in Stadt und Universität war der nationalsozialistischen Bewegung, ihrem kleinbürgerlich-plebejischen Profil sowie ihrem demagogischen Propagandastil allem Anschein nach verfangen.

Der eigentliche Skandal, der hier den Aufschlag zum vorliegenden Sammelband macht, ist aber nicht in dem hohen Anteil an NSDAP-Wähler*innen – weder 1932 noch 1933 – in der Stadt an der Lahn zu erblicken, sondern in dem, was sich am Nachmittag des 26. August 1933 in Marburg abspielte und auf einem Foto (Abb. 1) festgehalten wurde: Die fotografierte Szene zeigt in der Mitte einen jungen Mann in dunklem Anzug und Fliege, der zwischen zahlreichen Beobachter*innen, Passant*innen und dem marschierenden SA-Sturm ein Schild in den Händen hält, auf dem für alle Umstehenden deutlich zu lesen ist: »Ich habe ein Christenmädchen geschändet!« Dass es sich bei der Aktion

1 Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, *Marburger Rathaus und Nationalsozialismus*, Marburg 2018, S. 38f.

2 David Peal, *Jewish Reactions to German Antisemitism. The Case of the Böckel Movement 1887-1894*, in: *Jewish Social Studies* 48 (1986), S. 269-282; Armin Pfahl-Traughber, *Antisemitismus, Populismus und Sozialprotest. Eine Fallstudie zur Agitation von Otto Böckel, dem ersten Antisemiten im Deutschen Reichstag*, in: *Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden* 10 (2000), S. 389-415; sowie übergreifend Thomas Klein, *Der preußisch-deutsche Konservatismus und die Entstehung des politischen Antisemitismus in Hessen-Kassel (1866-1893). Ein Beitrag zur hessischen Parteiengeschichte*, Marburg 1995.

keineswegs um einen spontanen Akt des Volkszorns handelt, darauf deutet schon die Machart des Schildes und die Teilnahme eines SA-Spielmannzugs hin.³ Der 1908 im nahen Schrecksbach geborene Jakob Spier,⁴ der seit dem Wintersemester 1930/31 an der Philipps-Universität einem Medizinstudium nachging und der nun durch die Straßen der Stadt getrieben und öffentlich angeprangert wurde, hatte bereits Erfahrungen mit dem gewalttätigen Radau-Antisemitismus der Nationalsozialisten gemacht. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatten mehrere NS-Schläger das Haus seiner Eltern überfallen, den Hund der Familie vergiftet sowie seinen Vater Julius und seinen Bruder Max über eine Stunde lang derart brutal zusammengeschlagen, dass Max in der Folge sein linkes Auge verlor.

Abb. 1: Prangerumzug des SA-Sturms 4 am 26. August 1933 in Marburg



Stadtarchiv Marburg, S 3/4, Nr. 156

-
- 3 Gerhard Paul, Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des »Dritten Reiches«, Göttingen ²2020, S. 57. Zu den Ereignissen des Tages vgl. Günther Rehme/Konstantin Haase, »...mit Rumpf und Stumpf ausrotten...«. Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933, Marburg 1982, S. 16, 65.
- 4 Zu Spiers Biographie siehe Klaus-Peter Friedrich, Zur Auswanderung gezwungen: Jakob Spier aus Marburg, in: Ders. (Hg.), Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch, Marburg 2017, S. 331-336. Dazu und zum Folgenden siehe ausführlich Ders., Julius Spier aus Schrecksbach: Republikaner, Sozialdemokrat und Verfolgter des NS-Regimes, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 121 (2016), S. 265-284, insb. S. 268-273.

Hauptakteur vom August 1933 war der SA-Sturm 4 der Standarte »Jäger 11«, die sich nach dem bis 1919 in Marburg stationierten Jäger-Bataillon 11 benannt hatte.⁵ Mit ihrer Aktion, die sich gegen den Medizinstudenten richtete, prangerten die SA-Männer in aller Öffentlichkeit die Liebesbeziehung zwischen dem jungen jüdischen Mann und seiner nicht-jüdischen Freundin an, die sie als »Rasseschänder« bezichtigten. Dahinter stand nach Monika Flores Martinez die völlig abstruse Vorstellung, »ein Jude könne eine ›deutschblütige‹ Frau bereits durch einmaligen sexuellen Kontakt für immer ›besudeln‹, sodass sie auch mit anderen Partnern keine ›arischen‹ Kinder mehr zeugen könnte«. ⁶ Derartige Prangerumzüge, bei denen wie im Marburger Fall Frauen und Männer öffentlich der »Rassenschande« angeschuldigt, durch die Straßen getrieben, beleidigt und misshandelt wurden, sind seit 1933 dokumentiert und avancierten spätestens seit 1935 zu einer zentralen Tätigkeit zahlreicher lokaler SA- oder NSDAP-Ortsgruppen in ganz Deutschland. Mithilfe des öffentlichen Charakters und der Enthüllung eines (vermeintlichen) Normbruchs bezweckten die Nationalsozialisten im Rahmen ihrer Prangerumzüge offenbar eine breite Empörung aufseiten der deutschen Öffentlichkeit auszulösen – alles wesentliche Voraussetzungen für einen handfesten Skandal.

Doch bevor nun die dem vorliegenden Band zugrunde gelegte Definition des Skandalbegriffs erläutert und der dynamische Prozess, den alle Skandale in der Regel durchlaufen, analytisch fassbar gemacht wird, soll noch einmal der Marburger Vorfall vom August 1933 und besonders die dargestellte Fotografie in den Blick genommen werden: Ohne das von Jakob Spier in die Höhe gehaltene Schild fiele es gewiss schwer, auf den ersten Blick zu erkennen, dass es sich bei dem Umzug um eine politische Aktion handelte, deren einziges Ziel es war, einen Menschen öffentlich zu erniedrigen und öffentlich verächtlich zu machen.⁷ Der Gesichtsausdruck des derart Denunzierten wirkt, soweit auf dem Foto zu erkennen, maskenhaft starr, als ob – so die Vermutung Michael Wildts – Spier durch größtmögliche Abweisung die Demütigung auf Distanz halten wollte. Auch sonst deutet mit Ausnahme des Schildes nichts auf einen Skandal hin, vielmehr vermitteln der vorweg marschierende Spielmannszug, die den Aufmarsch begleitenden, feixenden und Rad fahrenden Jugendlichen oder die den Weg säumenden Schaulustigen – eine Mutter hält dabei ihr Kind auf dem Arm und eine weitere Frau begrüßt den SA-Sturm mit zum »deutschen Gruß« erhobenen Arm – einen fast schon »normalen« Umzug, der Anlass zur Freude gibt. Und auch wenn keine lachenden oder

5 Vgl. Albrecht Kirschner, Das Jägerbataillon Nr. 11 »Marburger Jäger«. Skizze zur Geschichte einer militärischen Einheit 1866 bis 1913, in: Klaus-Peter Friedrich/Albrecht Kirschner/Corinna Lütloff/Katharina Nickel (Hg.), Zur Geschichte der »Marburger Jäger«, Marburg 2014, S. 1-55; Klaus-Peter Friedrich, Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945, in: ebd., S. 57-150. Siehe außerdem den Beitrag von Klaus-Peter Friedrich im vorliegenden Band.

6 Monika Flores Martinez, Prangerumzüge im Nationalsozialismus, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin 2011, S. 313-315, hier S. 313. Dort auch zum Folgenden.

7 Dazu und zum Folgenden siehe Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 9. Eine Analyse der Fotografie findet sich auch bei Klaus Hesse, Sichtbarer Terror – Öffentliche Gewalt gegen deutsche Juden 1933-1936 im Spiegel fotografischer Quellen, in: Werkstatt*Geschichte* 12 (2003), H. 35, S. 44-56, hier S. 51f.

fröhlichen Menschen zu erkennen sind, so wendet sich doch niemand angewidert ab oder tritt dem Treiben entgegen.

Es kann hier nur spekuliert werden, was die abgebildeten Zuschauer*innen über diese öffentlich inszenierte Erniedrigung gedacht haben, ob sie vielleicht sogar Abscheu oder Mitleid empfanden – weder auf ihren Gesichtern noch in ihren Gesten sind solche Gefühle jedenfalls erkennbar. Doch wie auch immer ihre innere Einstellung zum Geschehen gewesen sein mag, für die SA-Aktion waren diese Schaulustigen, Neugierigen und Passant*innen unverzichtbar; ohne Publikum, in leeren Straßen und vor verschlossenen Fenstern, wäre der Prangerumzug wirkungslos verpufft. Die anwesenden Zuschauer*innen stellten als situative Öffentlichkeit somit ein unverzichtbares Element dieser und ähnlicher NS-Aktionen dar, wodurch sie, gewollt oder ungewollt, zur Stellungnahme gezwungen waren – all jene, die dem Treiben beifällig oder gleichgültig zuschauten und -hörten, wurden folglich als Kompliz*innen in dieses einbezogen.

Dieser Voyeurismus durch Zuschauer*innen und Neugierige oder auch Fotografen (die sogenannten »Bystanders«) war mithin ein wesentlicher Bestandteil der ausgrenzenden Gewalt.⁸ Während die »Skandalisierten« – die eines Normbruchs bezichtigt werden – das Gefühl abgrundtiefer Scham und absoluter Machtlosigkeit erfuhren, vermittelten diese Aktionen den »Skandalisierenden« – die den »Regelverstoß« aufdecken – ein Gefühl von Macht und Lust; der Öffentlichkeit boten sie dagegen Abwechslung vom Alltag. Getreu dem Motto: Ein Skandal ist Stoff für deftige Unterhaltung. Nach Ute Frevert kündigte diese »Politik der Demütigung« zugleich eine neue Rechtsordnung an, die sich an einer völkischen Gerichtsbarkeit und Strafpraxis orientierte, die zum Teil spätmittelalterliche bzw. frühneuzeitliche Züge trug.⁹ Denn – und das hat die Historische Skandalforschung bereits hinreichend deutlich gemacht – die Enthüllung eines Normbruchs muss sich nicht auf bereits vorhandene Normen beziehen, sondern die Norm kann mit der Enthüllung auch erst eingefordert werden, wobei deren Geltung dann von der Reaktion der Öffentlichkeit abhängig ist.¹⁰

I. Skandal!?

Betrachtet man das Bild und die historischen Ereignisse, die diesem zugrunde liegen, ein weiteres Mal, so fällt es gewiss nicht schwer, eine Vielzahl an unterschiedlichsten Skandalen zu erkennen. Der Prangeraktion selbst freilich, aber auch dem beifälligen bzw. gleichgültigen Voyeurismus haftet ohne Frage etwas Skandalöses an – sowohl aus zeitgenössischer als auch aus unserer heutigen, demokratischen Perspektive. Zudem ließen sich die völlig ungenierte Schilderung dieses rassistischen Spektakels durch die lokale Tageszeitung oder die fehlende juristische Aufarbeitung nach Kriegsende als

8 Dazu und zum Begriff der »Bystanders« siehe Wildt, Volksgemeinschaft (Anm. 7), S. 10f.; vgl. ferner Paul, Bilder (Anm. 3), S. 62.

9 Vgl. dazu Ute Frevert, Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht, Frankfurt a.M. 2017.

10 Siehe exemplarisch Frank Bösch, Kampf um Normen. Skandale in historischer Perspektive, in: Kristin Bulkow/Christen Petersen (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 29-48, hier S. 33.

Skandal bezeichnen.¹¹ Und über den Prozess der Wiedergutmachung, den Jakobs Mutter Sara Spier im November 1949 in Fritzlar beim Amt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung sowie beim Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Wiesbaden anstieß, könnte man wohl ohne Schwierigkeiten einen eigenen Beitrag zur Skandalgeschichte der frühen Bundesrepublik verfassen.¹²

Es scheint demnach notwendig zu sein, den weiteren Erläuterungen des vorliegenden Bandes eine brauchbare Definition des (politischen) Skandals voranzustellen, was aufgrund der fast inflationären, zumindest aber weit verbreiteten, alltagssprachlichen Verwendung des Begriffs nicht ganz einfach ist: Als Synonym für jede Art von Missstand hat der Terminus den Charakter eines »Gummiwortes« eingenommen, wodurch diesem eine gewisse Unschärfe anhaftet, die es zunächst zu beheben gilt. Schließlich bestimmen Skandale in hohem Maße das Image von Politiker*innen sowie der Politik insgesamt, »sie sorgen für kollektive Empörung und prägen die Vorstellungen über den Missbrauch von öffentlichen Ämtern.«¹³ Heute noch bekannte Fälle, wie zum Beispiel die französische Dreyfus-Affäre¹⁴ oder der Panamaskandal,¹⁵ bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs. Auch mit der deutschen Geschichte und Politik sind zahlreiche (politische) Skandale verknüpft, wie zum Beispiel die Harden-Eulenburg-Affäre,¹⁶ die Starfighter-Affäre,¹⁷ und der »Neue Heimat«-Schwindel,¹⁸ die Hitler-Tagebücher¹⁹ und die Barschel-Affäre.²⁰ Zudem hatten die Fußball-Bundesliga,²¹ die Popmusik²² oder auch die Kirchen²³ ihre Skandale. Gemeinsam war ihnen, dass sie etwas aus der Sphäre

11 Vgl. dazu den Artikel: o.V., Am Pranger, in: Oberhessische Zeitung v. 28.8.1933, S. 4.

12 Siehe dazu insb. Friedrich, Julius Spier (Anm. 4), S. 280-283.

13 Frank Bösch, Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7 (2006), S. 25-32, hier S. 25.

14 Vgl. u.a. Julius H. Schoeps/Hermann Simon (Hg.), Dreyfus und die Folgen, Berlin 1995; Caspar Hirschi, Dreyfus, Zola und die Graphologen – Vom Expertenversagen zum Intellektuellensieg, in: Historische Zeitschrift 303 (2016), S. 705-747.

15 Vgl. Pierre A. Bourson, L'affaire Panama, Paris 2000; Jean-Yves Mollier, Le scandale de Panama, Paris 1991.

16 Vgl. Norman Domeier, Der Eulenburg-Skandal. Eine politische Kulturgeschichte des Kaiserreichs, Frankfurt a.M. 2010.

17 Vgl. Claas Siano, Die Luftwaffe und der Starfighter. Rüstung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Militär, Berlin 2016.

18 Siehe exemplarisch Luitgard Koch, Skandal um Münchner »Neue Heimat«-Tochter, in: Die Tageszeitung v. 24.6.1988, S. 5.

19 Vgl. u.a. Robert Harris, Selling Hitler: Story of the Hitler Diaries, London 1991.

20 Vgl. exemplarisch Michael Mueller/Rudolf Lambrecht/Leo Müller, Der Fall Barschel – Ein tödliches Doppelspiel, Berlin 2007; Heinrich Wille, Ein Mord, der keiner sein durfte, Zürich 2011.

21 Siehe u.a. Hans-Joachim Leyenberg, Aus Unschuldsbeteuerungen wurden Meineide, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1.2.2005; o.V., Hintergrund: Der Bundesliga-Skandal von 1971, in: Der Spiegel Nr. 4 v. 23.1.2005.

22 Siehe u.a. o.V., Pop-Skandal Milli Vanilli. Wie meine Stimme ohne mich Karriere machte, in: Der Spiegel v. 2.9.2008, <<https://www.spiegel.de/geschichte/pop-skandal-milli-vanilli-a-949577.html>> (4.5.2021).

23 Siehe z.B. o.V., Bischof Tebartz-van Elst. Chronik des Skandals von Limburg, in: Der Spiegel v. 23.10.2013, <<https://www.spiegel.de/panorama/bischof-tebartz-van-elst-chronik-des-skandals-von-limburg-a-929564.html>> (4.5.2021).

des Geheimen an die Öffentlichkeit brachten – und somit für den Anspruch auf Transparenz in Politik und Gesellschaft standen. Ferner machen sie alle deutlich, welche Zutaten es für einen handfesten Skandal so braucht: Zunächst bedarf es eines Übeltäters, der bei einer Übertretung der tatsächlichen oder vermeintlichen Norm erwischt wird und der die nötige politische bzw. gesellschaftliche Fallhöhe besitzt, um die Erregungskurve der Öffentlichkeit in die Höhe zu treiben.²⁴ Außerdem wird ein erzürnter Rufer benötigt, der die Verletzung oder Übertretung der Norm öffentlich macht – mal ein politischer Kontrahent, mal die Medien, dann wieder eine empörte Bürgerschaft. Und schließlich nimmt die Öffentlichkeit selbst eine wichtige Rolle ein, die mit ihrer Empörung überhaupt erst aus dem Normbruch einen Skandal macht. Denn ein Regelverstoß, der heimlich bleibt oder der mehrheitlich als akzeptable Praxis gilt, ist noch kein Skandal.²⁵ Was in einer Kultur, Gesellschaft oder Epoche als Normüberschreitung gilt, ist mithin nicht allgemeingültig und kann somit auch nicht ohne Weiteres auf andere Kulturen, Gemeinschaften oder Zeiträume übertragen werden.

In der Historischen Skandalforschung hat sich deshalb ein interdisziplinärer Konsens dahingehend gebildet, was einen Skandal ausmacht, welche Rollen die daran Beteiligten einnehmen und welche Phasen Skandale in aller Regel durchlaufen.²⁶ Im analytischen Sinne kann demnach von einem Skandal gesprochen werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: *Erstens* muss ein praktizierter oder angenommener Normbruch einer Person, einer Gruppe oder Institution, die für die Wahrung von Normen steht, vorliegen; *zweitens* muss dieser Normbruch aufgedeckt, sprich öffentlich werden; und *drittens* bedarf es einer breiten öffentlichen Empörung über den zugeschriebenen Normbruch.²⁷ Aus historischer Perspektive – und wie am Fallbeispiel Jakob Spiers erkennbar – ist außerdem zu konstatieren, dass sich die Enthüllung nicht auf bereits vorhandene Normen beziehen muss, sondern mit der Enthüllung die Norm erst eingefordert werden kann, wobei deren Geltung dann abhängig von der öffentlichen Reaktion ist.

Skandale besitzen bereits aufgrund ihres Charakters als herausgehobene lokale, regionale oder nationale Ereignisse einen spezifischen Analysewert, sie eignen sich darüber hinaus auch als Sonde für historische Studien, um beispielsweise emotions-, mentalitäts-, kultur- oder gesellschaftsgeschichtliche Prozesse und Phänomene übergreifend zu untersuchen. Sie eröffnen somit den Zugang zu vielfältigen Forschungs-

24 Vgl. Karl Otto Hondrich, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 2002, S. 15f.

25 Vgl. dazu Sighard Neckel, *Das Stellhölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals*, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 1989, S. 55-80, hier S. 62; Bösch, Kampf (Anm. 10), S. 33. Dort auch zum Folgenden.

26 Vgl. dazu Kristin Bulkow/Christer Petersen, *Skandalforschung: Eine methodologische Einleitung*, in: Dies. (Hg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung*, Wiesbaden 2011, S. 9-25, hier S. 11; Frank Esser/Uwe Hartung, *Nazis, Pollution, and no Sex. Political Scandals as a Reflection of Political Culture in Germany*, in: *American Behavioral Scientist* 47 (2004), H. 8, S. 1040-1071, hier S. 1040f. Ferner siehe die Beiträge in André Haller/Hendrik Michael/Martin Kraus (Hg.), *Scandalology. An Interdisciplinary Field*, Köln 2018; André Haller/Hendrik Michael (Hg.), *Scandalology. Cultures of Scandals – Scandals in Culture*, Köln 2020.

27 Bösch, Kampf (Anm. 10), S. 33.

feldern, wie die hier versammelten Beiträge an verschiedensten Themen – unter anderem an der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, der Entnazifizierungspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit oder der Spionagetätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – kenntnisreich aufzeigen. Im Fokus stehen dabei oftmals der Wandel von Normen sowie die damit verbundenen Konflikte und Aushandlungsprozesse. Dass aber längst nicht jeder Normverstoß letztlich auch zu einem echten Skandal mutiert, kann den Aufsätzen ebenfalls entnommen werden.

II. Skandalpotenziale moderner Stadtgeschichte am Beispiel Marburgs

Mit ihren schlüpfrigen Details, heftigen Emotionsausbrüchen und überkommenen Moralvorstellungen bieten Skandale allerdings keineswegs ausschließlich für die überregionale und nationale Geschichte ein spannendes und innovatives Forschungsfeld, sondern sie eignen sich in hohem Maße auch für die moderne Stadtgeschichtsforschung. Die Beiträger*innen des Bandes nehmen deshalb das 800-jährige Jubiläum der Stadt Marburg zum Anlass, diesem politischen, sozialen und medialen Phänomen aus einer interdisziplinären Perspektive nachzuspüren und nach dem Skandalpotenzial unterschiedlichster stadthistorischer Ereignisse zu fragen: Dazu gehören neben bekannteren Skandalen der Stadtgeschichte wie die Marburger Jäger und das »Massaker von Mechterstädt« auch jüngere lokale Aufreger wie etwa die Stadt-Autobahn oder die Hindenburg-Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche. Im Vordergrund steht dabei immer die Frage, ob es sich tatsächlich um einen handfesten Skandal gehandelt hat. Denn der Stein des Anstoßes liegt vor allem im Auge des Betrachters und Normen unterliegen einem stetigen Wandel. Wohl auch deshalb lassen sich Skandale nicht nach Plan inszenieren und ihre Wirkung hängt nach wie vor von kaum kalkulierbaren öffentlichen Reaktionen ab.²⁸

Wenn der Sammelband schlaglichtartig verschiedene Ereignisse im 20. Jahrhundert präsentiert, liegt ihm dabei ein weitgefasster Skandalbegriff zugrunde, der sowohl den offensichtlichen als auch den verdeckten, den zeitgenössischen als auch den verspäteten sowie den wahrgenommenen als auch den ausgebliebenen und letztlich nicht vorhandenen Skandal umfasst. Es geht in den Beiträgen also weniger darum, Vorfälle zu skandieren, sondern um die Frage, inwieweit einzelne Ereignisse, Verlaufsmuster und Folgen skandalös waren und sind. Was wurde zeitgenössisch von der Stadtgesellschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit bereits als Skandal identifiziert und was nicht? Welche skandalösen Ereignisse wurden erst später oder auch nie als Skandal thematisiert und warum ist das so? Die im vorliegenden Band versammelten Autor*innen verstehen Skandale dabei im weitesten Sinne als öffentliche Normkonflikte sowie politische und gesellschaftliche Selbstreinigungsmechanismen, die zum Alltag moderner Gesellschaften gehören. Ohne an dieser Stelle zu viel vorweg nehmen zu wollen: Ihre Analysen zu den Funktionsweisen, Verlaufsmustern und Auswirkungen machen deutlich, dass die moderne Stadt- und Skandalgeschichte auch in Marburg zusammengehören.

28 Bösch, Politische Skandale (Anm. 13), S. 32.

Selbstverständlich können die hier versammelten Aufsätze keinen systematischen Überblick über skandalhistorische Methoden oder gar über sämtliche Skandale, die Marburg vom frühen Mittelalter bis zur aktuellen Gegenwartsgeschichte prägten, liefern; das wollen sie aber auch gar nicht. Zentrales Anliegen des Bandes ist es vielmehr, auf bestehende thematische wie methodische Forschungslücken der nahen und fernen Marburger Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert aufmerksam zu machen, derzeit in Bearbeitung befindliche Vorhaben vorzustellen und künftige Studien anzustoßen. Ferner soll exemplarisch anhand von Beiträgen, die sich zumeist im weitesten Sinne Marburg widmen und von dort aus Rückschlüsse auf vergleichbare Themen anderenorts erlauben, aufgezeigt werden, welche Chancen der skandalhistorische Zugriff für eine moderne Stadtgeschichte bieten kann.²⁹ Unterschiedliche zeitliche Perspektiven und verschiedene Zugänge demonstrieren dabei die Vielfalt des Skandals als Ansatzpunkt für Fragestellungen zum 20. Jahrhundert und geben von der Mikro- über die Lokal- bis hin zur (inter-)nationalen Geschichte zahlreiche Einblicke in bislang kaum erforschte Themen der Marburger Stadtgeschichte.

Den einzelnen thematischen Aufsätzen vorangestellt sind zwei systematische Beiträge, die sich mit den Potenzialen der Historischen Skandalforschung für die moderne Zeit- bzw. Stadtgeschichte befassen. *Martin Sabrow* umreißt in seinem Eingangsbeitrag die Frage, was politische Skandale ausmachen, wie sie zustande kommen und was sie eigentlich über die unterschiedlichsten Gesellschaften des 20. und 21. Jahrhunderts aussagen. Unter Bezugnahme zahlreicher historischer, aber auch gegenwärtiger Skandale ordnet er die polyphonen Ausdrucksformen öffentlicher Erregung und definiert den Terminus anhand neuerer Überlegungen der Historischen Skandalforschung, die auch dem vorliegenden Band zugrunde liegen. Für den Autor hat Niklas Luhmanns Verdikt von 1972, dass es »über Skandale kaum Literatur gibt, die nicht selbst skandalös ist«,³⁰ seine Berechtigung längst verloren, was er mittels diverser prominenter Beispiele und angesichts einer breiten geschichts- und kommunikationswissenschaftlichen Forschung zum Skandal als mediengeschichtlichem Phänomen überdies konzise darlegt. Danach nehmen Skandale unzweifelhaft einen wichtigen Platz in der politischen Kultur der Moderne ein, sowohl in Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland als auch in autoritären Regimen wie dem NS-Regime oder der Deutschen Demokratischen Republik.

Daran anschließend betont *Oliver Auge* die diversen Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten der Historischen Skandalforschung für das Forschungsfeld Stadtgeschichte, indem er die von ihm verfasste Kieler Stadtbiografie in den Fokus seiner Überlegungen stellt.³¹ In seiner Monographie hatte er den Versuch unternommen, die

29 Zu den vielfältigen Potenzialen der Historischen Skandalforschung für interdisziplinäre Vorhaben siehe u.a. Caspar Hirschi, *Skandalexperthen, Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems*, Berlin 2018; Frank Bösch, *Historische Skandalforschung als Schnittstelle zwischen Medien-, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft*, in: Fabio Crivellari/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl (Hg.), *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive*, Konstanz 2004, S. 445-464.

30 Niklas Luhmann, *Rechtssoziologie*, Bd. 1, Reinbek 1972, S. 62, Anm. 69.

31 Vgl. dazu Oliver Auge, *Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie*, Kiel/Hamburg 2017, insb. S. 142-158 (Kapitel: »Kiel – Stadt der Skandale«).

Geschichte der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt auch aus der Perspektive einer »Stadt der Skandale« heraus zu betrachten, was ihm die Kritik einbrachte, Skandale seien in erster Linie ein Thema moderner Politik und überdies sei ihre Behandlung im Rahmen einer Stadtgeschichte nicht ganz nachvollziehbar.³² Diese Kritik aufgreifend diskutiert Auge die im Raum stehende Frage nach der grundsätzlichen Relevanz von Skandalen für die moderne Stadtforschung. Indem so eine Schneise in das Dickicht von Potenzialen und Widersprüchen des methodischen Zugriffs der Historischen Skandalforschung geschlagen wird, tritt die Erkenntnis zutage, dass deren tiefgehende Beleuchtung im Rahmen einer Stadtgeschichte wertvolle Rückschlüsse auf die Konsistenz einer Gesellschaft in ihrer jeweiligen Zeit erlaubt.

Während diese beiden systematischen Studien das Forschungsfeld im Allgemeinen abstecken und die übergeordneten Erkenntnismöglichkeiten der Historischen Skandalforschung für die Stadt- bzw. Zeitgeschichte ausloten, sind die übrigen Beiträge des vorliegenden Bandes ganz den »Marburger Skandalen« vorbehalten. Einen ersten Schwerpunkt bilden dabei Skandale, deren Ursprung im national-völkischen bzw. nationalsozialistischen Milieu lag und die von der Öffentlichkeit erst sehr spät als skandalös empfunden worden sind. So thematisiert der Beitrag von *Klaus-Peter Friedrich* die Nachgeschichte und Traditionspflege des in Marburg stationierten Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, der sogenannten »Marburger Jäger«. Obgleich die Jäger-Truppe durch den Versailler Vertrag aufgelöst worden war, existierte sie durch den Zusammenschluss früherer Angehöriger in Kameradschaften fast unvermindert fort, wobei die seit August 1921 als Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger, Sitz Marburg (e.V.) bekannte Verbindung die mitgliederstärkste dieser Organisationen darstellte und mit dem »Marburger Jägertag« sowohl in der lokalen als auch in der überregionalen Öffentlichkeit prominent auftrat. Militaristische und kriegsverherrlichende nationalistische Vereine erlebten vor allem in der Weimarer Republik regen Zulauf und erfreuten sich auch in der Lahnstadt einer großen Beliebtheit. Am Beispiel der »Marburger Jäger« kann der Autor zugleich zeigen, dass die anhaltende Verbundenheit Marburgs mit der Jäger-Truppe auch über politische Systemgrenzen hinweg anhielt; dies klassifiziert er als einen lange Zeit nicht stattgefundenen Skandal. Denn deren Kriegsverbrechen nach dem Überfall auf Belgien oder die politische Gewalt der sogenannten SA-Standarte Jäger 11, die sich zur Pflege der Tradition der »Marburger Jäger« verpflichtet hatte, waren in der mittelhessischen Stadt allgemein bekannt – schließlich hatte man dieser »ruhreichen Vergangenheit« anlässlich der Jägertage in regelmäßigen Abständen gedacht.

Die als »Morde« und »Massaker von Mechterstädt« bekannt gewordenen Ereignisse vom März 1920 sowie die damit verbundene juristische Aufarbeitung – sofern man von einer solchen überhaupt sprechen kann – wurden dagegen bereits von Zeitgenoss*innen durchaus als Skandal wahrgenommen, wenn auch mehrheitlich von linken Intellektuellen wie dem deutsch-jüdischen Mathematiker und Pazifisten Emil Julius Gumbel.³³ Bei diesem Vorfall waren in Thüringen 15 Arbeiter durch mehrere Angehörige

32 Gerd Steinwascher, Rezension über: Oliver Auge, *Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie*, Kiel/Hamburg 2017, in: *Oldenburger Jahrbuch* 118 (2018), S. 228f., hier S. 229.

33 Siehe Emil Julius Gumbel, *Vier Jahre politischer Mord*, Berlin 1922.

des Marburger Studentenkorps erschossen worden – der wohl bis heute meistdiskutierte Akt paramilitärischer Gewalt während der frühen Weimarer Republik. In seinem Beitrag fragt *Dietrich Heither* nach den Skandalen rund um diesen Gewaltakt, wobei er seinen Überlegungen zunächst eine soziologische Bestimmung des Skandalbegriffs voranstellt, um daran anknüpfend neben den involvierten gesellschaftlichen und politischen Eliten auch die öffentliche Bekanntheit des Vorfalls sowie den Wandel von Normen und Idealen zu thematisieren. Dass die »Morde von Mechterstädt« auch noch im 21. Jahrhundert durchaus erhebliches Skandalpotenzial besitzen, unterstreicht der Autor mit einem abschließenden Beispiel.

Zwei weitere Aufsätze rücken dann die ersten Jahre nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in den Fokus. Zunächst erörtert *Martin Göllnitz* einen politischen Skandal der Marburger Stadtgeschichte, der in der kollektiven Erinnerungskultur Deutschlands wie kaum ein anderer Vorfall mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden ist. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht jene Rede Franz von Papens, die der Vizekanzler am 17. Juni 1934 in der Alten Aula der Philipps-Universität Marburg hielt und bei der es sich um die schärfste öffentliche Kritik handelte, die das NS-Regime zwischen 1933 und 1945 innerhalb der deutschen Grenzen von einem führenden Staatsvertreter erfuhr. Verknüpft ist dies mit der generellen Frage, inwieweit die Marburger Rede überhaupt einen politischen Skandal darstellte, oder ob nicht vielmehr die durch Papens Auftritt in der mittelhessischen Universitätsstadt in Gang gesetzte – äußerst fatale – Ereigniskette, die schließlich in den Mordaktionen des 30. Juni 1934 gipfelte, als das eigentlich Skandalöse bezeichnet werden muss. Ausgehend von Marburg blickt der Autor auf jene Geschehnisse, die sich im Umfeld des sogenannten »Röhm-Putsches« im Deutschen Reich ereigneten; auf diese Weise ordnet er Papens »Husarenritt« als Episode der Stadtgeschichte in den Kontext der Konsolidierungsphase des NS-Staates ein.

Anschließend befasst sich *Hans-Werner Retterath* in seinem Beitrag mit einer skandalträchtigen Episode der Marburger Stadtgeschichte während des Nationalsozialismus, indem er nach den Hintergründen und Folgen der Demonstration von NS-Studenten vor der Deutschen Bourse am 18. Juni 1935 fragt. Unter Bezugnahme auf eine kommunikationswissenschaftliche Definition des Skandalbegriffs betrachtet er zunächst die beteiligten Akteure, um dann deren Sicht der Ereignisse gegenüberzustellen. Während der Skandalisierte, der Bursenleiter Johann Wilhelm Mannhardt, den Vorfall als einen inszenierten Skandal bezeichnete, ging es den radikalen Studierenden um eine Machtdemonstration, mittels derer sie ihren Einflussbereich zu vergrößern und unliebsame Professoren zu diskreditieren suchten. Der affirmative Skandal sollte dabei helfen, Mannhardt als ideologischen Normabweichler öffentlich zu brandmarken und so seine Entfernung aus dem Hochschullehrkörper voranzutreiben.³⁴ Da ein öffentlicher Skandal aber der mittelhessischen Universitätsstadt geschadet hätte – zumal die Vorfälle um die Marburger Rede vom 17. Juni 1934 noch nachhallten –,

34 Zum Charakter des affirmativen Skandals vgl. Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 7-32.

wurde er von der Universitätsleitung, der Stadt Marburg sowie Teilen der Ministerien erfolgreich unterdrückt und eine öffentliche Diskussion verhindert.

Dabei haben Skandale der Marburger Stadtgeschichte nicht immer ihren Ursprung vor Ort, wie *Jonas Breßler* in seinem Beitrag eindrücklich hervorhebt. Denn spätestens seit der erfolgreichen Netflix-Serie *The Crown* sind nicht nur die Skandale der britischen Monarchie weltweit wieder in aller Munde. Auch der Aktenbestand, der im Mittelpunkt der Untersuchung steht und der die Bezeichnung »Marburg Files« bzw. »Windsor File« führt, ist durch das britische Historiendrama in Serienformat einem breiten Publikum bekannt geworden. Unter dieser Bezeichnung wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etwa 400 Tonnen geheimer Akten des deutschen Außenministeriums im Marburger Schloss gesammelt, die zuvor im Harz gefunden worden waren. Und dieser Fund hatte es in sich: Denn aus den »Marburg Files« geht hervor, dass es Versuche vonseiten des NS-Regimes gab, den zuvor abgedankten König Englands, Edward VIII., von einem SS-Agenten entführen zu lassen. Der Name dieser – letztlich erfolglosen – Unternehmung lautete »Operation Willi«. In seiner Analyse beschränkt sich der Autor aber nicht auf dieses, außenpolitisch betrachtet ohne Frage skandalöse Vorhaben, vielmehr stellt er daran anknüpfend die Verbindungen des britischen und belgischen Adels zum europäischen Faschismus der Zwischenkriegszeit vor und beantwortet zugleich die Frage, inwiefern diese Verbindungen außergewöhnlich, oder sogar ein Skandal waren.

Dass nicht nur die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und damit die Transformation der politischen Kultur von der Monarchie des Kaiserreichs über die Weimarer Demokratie zur nationalsozialistischen Diktatur in der Marburger Stadtgeschichte diverse Skandalisierungen begünstigte, lässt sich etwa an der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit nachvollziehen, die ihrerseits von einer intensiven Konkurrenz zwischen den Parteien sowie unterschiedlichen Weltdeutungsmustern geprägt war. Der Frage, welche individuellen Belastungen die politischen Akteure der unmittelbaren Nachkriegszeit während des NS-Regimes auf sich geladen hatten und ob sich deren Politikkarriere nach 1945 trotz der alliierten Entnazifizierungspolitik fortsetzen ließ, geht *Albrecht Kirschner* am Beispiel des Marburger Oberbürgermeisters Karl Theodor Bleek nach, der sich vor seiner offiziellen Ernennung einem Spruchkammerverfahren stellen musste. In der städtischen wie hessischen Politszene wurde Bleeks ambivalente Karriere, die sich durch eine Mischung von Anpassung und Renitenz auszeichnete, rege diskutiert. Mit Hilfe von politischen Freunden und dubiosen Entlastungszeugen, die Bleek eine fanatische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus attestierten, gelang ihm eine Einordnung in die Gruppe »der vom Gesetz nicht Betroffenen«, weshalb er schließlich zum Oberbürgermeister vereidigt werden konnte. In seiner Analyse kommt Kirschner zu dem Schluss, dass dieses Spruchkammerverfahren zwar keinen Anspruch auf eine ernsthafte Entnazifizierung nach gründlicher Faktenrecherche erheben konnte, auch wenn das zeitgenössisch wohl durchaus so gesehen wurde. Als Skandal eignet sich das Verfahren und die damit verbundene »whitewashing policy«³⁵ der Spruchkammer aber ebenfalls

35 Mit dieser Bezeichnung hatte die amerikanische Militärregierung die Tätigkeit der Marburger Spruchkammer bei einer anderen Gelegenheit kritisiert. Vgl. dazu Wolfgang Form/Oliver König, »wholesale whitewash« oder »Entnazifizierung – scharf aber gerecht!« Erste Ergebnisse zur Ent-

nicht, wie der Autor mit Verweis auf Lutz Niethammers Diktum der »Mitläuferfabrik« kenntnisreich darstellt.³⁶

Einen Skandal ganz anderer Art thematisiert *Ulrich Hussong* in seinem Beitrag zur Hindenburg-Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche. Anfang Mai 1945 gelangten neben einem Kronschatz, mehreren Kunstwerken und zahlreichen Kriegsfahnen sowie Standarten auch die beiden aus dem Tannenberg-Denkmal abtransportierten Säрге Paul von Hindenburgs und Gertrud von Hindenburgs – zusammen mit den Särgen der beiden Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. aus Potsdam – ins Landgrafenschloss Marburg. Dort befand sich zwischen Mai 1945 und Mitte August 1946 der sogenannte Marburg Central Collecting Point, die erste Kunstsammelstelle der Nachkriegszeit in Deutschland. Eingerichtet worden war diese von der US-amerikanischen Militärregierung, um die von den Nationalsozialisten geraubten oder evakuierten Kunstgüter zusammenzutragen und später den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben.³⁷ Auf Anordnung der Militärregierung wurden die Hindenburgs schließlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit im August 1946 in der Elisabethkirche beigesetzt, wobei eine strikte Geheimhaltung vorgeschrieben worden war. Schließlich sollte vermieden werden, dass die Grabstätte als Wallfahrtsort für reaktionäre, nationalvölkische Gruppierungen oder als Symbol für Monarchismus und Militarismus missbraucht werden konnte. Über die Wahl Marburgs als Ort der Beisetzung waren mithin weder die Stadt noch die hessische Landesregierung glücklich, am liebsten wäre man die Hindenburg-Säрге direkt wieder losgeworden. Offenbar nicht ohne Grund, denn noch bis in die 1980er Jahre kam es zu Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen an der Grabstätte.

Silke Fehle stellt in ihrem Beitrag gleich zu Beginn heraus, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus heutiger Sicht viele Kinder in skandalösen Verhältnissen aufwuchsen, da sie Unterernährung, ein Leben in Trümmern und den Verlust von Familienangehörigen zu verkraften hatten. Angesichts dieser allgemeinen Not lässt sich bereits erahnen, welche Härten dies erst für pflegebedürftige »Displaced Children« mit geistiger Behinderung bedeuten musste. Die isolierte Unterbringung in einer Abteilung der Nervenlinik im Philippshospital in Goddelau konnte hier kaum Abhilfe schaffen. Der Blick auf diese Kinder schien durch die Aus- und Fortbildung der Ärzte und des Pflegepersonals im Nationalsozialismus sowie überhaupt aufgrund der ideologischen Sozialisation der Gesellschaft verstellt. Die Autorin spricht diesbezüglich von einer allgemeinen emotionalen Abgestumpftheit der Nachkriegsjahre, die von dem Sozialarbeiter und Lehrer Tom Mutters durchbrochen wurde, als er sich der Kinder von Goddelau annahm. Er sah ihre Not und half ihnen. Sein empathisches Engagement führte 1958 zur Gründung der »Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind« in Marburg.

nazifizierung in Marburg im Spiegel der Presseberichterstattung, in: Benno Hafener/Wolfram Schäfer (Hg.), *Marburg in den Nachkriegsjahren*, Bd. 1, Marburg 1998, S. 129, Anm. 35.

36 Vgl. Lutz Niethammer, *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Frankfurt 1982.

37 Siehe dazu exemplarisch Marco Rasch, *Kunstsammelstelle Staatsarchiv. Der Marburg Central Collecting Point*, in: *Archivnachrichten aus Hessen* 17 (2017), H. 1, S. 60–62; Ders., *Die »Monuments Men« in Marburg*, in: *Jahrbuch des Landkreises Marburg-Biedenkopf* 10 (2015), S. 251–254.

Wenn wir wiederum an »1968« als Chiffre für die Studierendenunruhen und gesamtgesellschaftliche Umbrüche denken, dann fällt nicht nur in Marburg rasch der Name des Hochschullehrers Wolfgang Abendroth. Der Jurist und Politologe war aufgrund seines sozialistischen Engagements und seiner marxistischen Äußerungen bereits in den 1950er Jahren umstritten. Seine zunehmende Popularität im Rahmen der 68er-Proteste fachte lediglich die Ablehnung und Anfeindungen aus dem konservativen Establishment weiter an. *Wolfgang Hecker* legt dar, wie der »rote Abendroth« Anfang der 1950er Jahre überhaupt nach Marburg an die überwiegend durch konservative Ordinarien geprägte Philipps-Universität berufen und zum Professor für Öffentliches Recht und Politik ernannt werden konnte. Welche Spannungen hiermit verbunden waren, lässt bereits der Umstand erahnen, dass das von Abendroth geleitete neue Institut sich in der Alten Jägerkaserne befand, in der auch Erich Schwinge wohnte, der sich als Professor und Kriegsgerichtsrat im NS-Regime vor 1945 durch harte Urteile hervorgetan und der sich in der Nachkriegszeit für angeklagte Kriegsverbrecher eingesetzt hatte.

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges avancierten die westdeutschen Hochschulen darüber hinaus zu Orten nachrichtendienstlicher Aktivitäten; sie boten vor allem der DDR ein leicht zugängliches Rekrutierungsfeld für Agent*innen, die aufgrund ihres Studiums potenziell die Möglichkeit besaßen, in Westdeutschland in politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich relevante Positionen aufzusteigen. Gleichzeitig konnten neben Wissenschafts-, Wirtschafts- und Technikspionage auch politische Diskussionen und Aktivitäten über linientreue Studierende, Dozierende und Professor*innen (mit)gelenkt werden. Auch in Marburg sind einzelne Aktivitäten nachweisbar, obgleich die Stadt nicht zu den operativen Zentren der DDR-Spionage gehörte. *Helmut Müller-Enbergs* zeichnet in seinem Beitrag Anwerbeversuche nach und macht einzelne Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit aus, die ihren Wohnsitz in Marburg hatten.

Die nächsten beiden Beiträge rücken das Leben von zwei Frauen, die zum Studium nach Marburg kamen, in den Mittelpunkt. Zunächst erfahren wir von einer Liebesaffäre zwischen einem verheiratetem Universitätsprofessor und einer jungen Studentin in den 1920er Jahren. Es handelt sich eigentlich um eine vergleichsweise harmlose Geschichte. Kaum einer würde sich heute hierfür länger interessieren, wenn es sich nicht um Martin Heidegger und Hannah Arendt handeln würde. Zudem gelangte die frühe Liaison erst spät an die Öffentlichkeit, als beide bereits verstorben waren. *Christoph Norn* stellt die beiden ungleichen Personen und Leben gegenüber und fragt, inwieweit der etwa ein Jahr dauernden Affäre und auch dem weiteren Kontakt zwischen beiden das Potenzial eines Skandals anhaftete. Arendt und Heidegger trafen sich auch nach 1945 immer mal wieder, tauschten sich fachlich aus und schrieben sich trotz ihrer jüdischen Herkunft und seiner Nähe zum Nationalsozialismus Briefe und Karten. Während Arendts Ruf als kritische Denkerin und Philosophin insbesondere auch nach ihrem Tod erheblich zunahm, stand Heidegger aufgrund seiner Vergangenheit und seinen antisemitischen Aussagen immer stärker in der Kritik. Die schüchterne Studentin hatte sich zu einer selbstbewussten Wissenschaftlerin und Philosophin entwickelt, während Heidegger vor allem mit sich selbst beschäftigt zu sein schien. Der Autor vermag letztlich an der Beziehung von Arendt und Heidegger kaum Skandalöses zu erkennen, wenn überhaupt träfe dies eher auf Vorverurteilungen und Diskreditierungen zu.

Bei der zweiten bekannten Frau, die in Marburg studiert hat, handelt es sich um Ulrike Meinhof. Als sie im Sommersemester 1955 ihr Lehramtsstudium an der Philipps-Universität aufnahm, deutete noch nichts darauf hin, wie stark sie sich in späteren Jahren politisch radikalisieren würde; sie gehörte schließlich zu den Gründungsmitgliedern der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF). *Wolfgang Kraushaar* zeigt in seinem Beitrag, wie unspektakulär Ulrike Meinhofs Studienstart in Marburg begann. Sie unterschied sich kaum von vielen anderen Erstsemestern, sie war fleißig im Studium, genoss ihre Freizeit und verliebte sich. Ihr besonderes politisches Engagement zeigte sich erst im Kontext der Diskussionen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und dann vor allem im Rahmen der Anti-Atomtod-Bewegung. Sie wechselte den Studienort, wurde Kolumnistin der Zeitschrift *konkret* und driftete schließlich in den Linksterrorismus ab. Dass dieser Weg keineswegs zwangsläufig war, legt der Autor dar, wenn er Meinhof als überzeugte Christin, bekannte Publizistin, erklärte Antifaschistin, überzeugte Kommunistin und dann Terroristin charakterisiert.

Der historische Streifzug durch die jüngere Marburger Stadtgeschichte endet dann mit einem Beitrag von *Anne Maximiliane Jäger-Gogoll* zur sogenannten »Stadtautobahn«. Die in den 1960er Jahren gebaute vierspurige Schnellstraße, die den regionalen und überregionalen Kraftfahrzeugverkehr mitten durch die Stadt Marburg leitet, erhitzte seither die Gemüter. Für die einen war sie zeitgemäßer Ausdruck einer modernen Verkehrsplanung und -lenkung, für die anderen war sie eine stadtplanerische Katastrophe. Das in den planungs- und reformeuphorischen Zeiten der Bundesrepublik durchgeführte und gemeinsam von Bund, Land und Stadt finanzierte Prestigeprojekt hatte eine bessere Verkehrsanbindung Marburgs an das Fernverkehrsstraßennetz sowie eine optimierte innerstädtische Verkehrsführung zum Ziel. Gegner*innen dieses Verkehrs- und Stadtplanungsprojekts kritisierten nicht nur die Zerschneidung des Stadtgebietes, sondern vor allem auch die mit der Straße verbundene innerstädtische Lärmbelästigung und Luftverschmutzung. Inwieweit den im Beitrag geschilderten Ereignissen Skandalöses anhaftet, wird je nach Perspektive und auch Betrachtungszeit unterschiedlich bewertet. Dabei machte das Wort vom »Wahn« an der Lahn die Runde.

III. Abschließende Bemerkungen

Der Blick auf »Marburger Skandale« führt nicht nur inhaltlich weit über die Universitätsstadt an der Lahn hinaus, sondern auch geographisch in die Ferne, wie schon die kurze inhaltliche Zusammenschau deutlich macht. Die damit verbundene Entdeckung unbekannter Zusammenhänge und neuer Regionen im Kontext der Marburger Stadtgeschichte, die die im Folgenden abgedruckten Beiträge ermöglichen, verspricht in jedem Falle eine spannende Lektüre. Räumlich vergleichende und für unsere Thematik aufschlussreiche Untersuchungen mussten hingegen leider weitgehend außer Acht bleiben. Doch Bücher zur Geschichte verhalten sich im Prinzip wie die Geschichte selbst: Sie sind nichts Statisches, sondern bringen Bewegung in die Sache. Vielleicht kann daher das eine oder andere Desiderat, dessen man sich bei der Lektüre des Bandes bewusst wird, Anstoß zu einem neuen Forschungsbemühen sein. Das wäre – auch mit Blick auf das nächste Stadtjubiläum – höchst erfreulich.

Im selben Maße, wie der Band somit eine Fülle von Themen versammelt und ganz verschiedene skandalgeschichtliche Potenziale aufzeigt, ist er auch ein Werk vieler Personen. Allen Autor*innen sind wir zu großem Dank verpflichtet – insbesondere für die Bereitschaft, ihre Beiträge fristgerecht beizusteuern, damit zum Gelingen des Gesamtprojekts beizutragen und vor allem Einblicke in die spannende Zeit- und Stadtgeschichte Marburgs zu geben. Zudem waren ihre Anregungen, Hinweise und Überlegungen zur Konzeption des Bandes sehr hilfreich. Diese Unterstützung ist angesichts der allseits immer engeren Zeitbudgets längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

So vielschichtig die Potenziale der Historischen Skandal- und Stadtforschung aber auch sein können, ohne weitreichende Unterstützung und Förderung von verschiedenster Seite hätten sie nie den Weg zwischen zwei Buchdeckel gefunden. Die redaktionelle Unterstützung von Jana Buchert und Paul Wohner hat die Bearbeitung der Beiträge sehr erleichtert, wofür wir herzlich danken. Außerdem gebührt dem transcript Verlag ein Wort aufrichtigen Dankes für die kompetente und verlässliche Zusammenarbeit bei Satz und Druck, insbesondere Mirjam Galley, die die Drucklegung mit fachkundiger Beratung begleitet hat und uns stets mit Rat zur Seite stand. Nicht zuletzt gilt unser herzlicher Dank der Stadt Marburg, dem Marburger Universitätsbund e.V., dem Ursula-Kuhlmann-Fonds sowie der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, ohne deren finanzielles Engagement die Drucklegung des Bandes nicht realisierbar geworden wäre. Ein Tagungs- und Publikationsprojekt zu unterstützen, das im Rahmen des Stadtjubiläums »Marburg800« nicht den hellen Schlaglichtern und strahlenden Aspekten der Stadtgeschichte nachgeht, wie es bei Geburtstagsfeiern erwartbar und üblich ist, ist überaus erfreulich. Es ist mehr als eine Binsenweisheit, dass es in jeder Stadt neben Licht auch immer Schatten gibt.

Skandalgeschichte als Zeitgeschichte

Martin Sabrow

I. Der politische Skandal als Phänomen

Es ist ein Skandal mit dem Skandal: Das »öffentlich gegebene Beispiel der Verachtung strenger Pflichtgesetze«, als das Immanuel Kant den Skandal definierte, lässt sich analytisch schlecht fassen in einer Zeit der Medienöffentlichkeit, die von Jahr zu Jahr immer mehr Skandale produziert und sucht. Seit Jahrzehnten schon ist die Skandalisierung zu einem Hauptmoment medialer Politikvermittlung geworden, gleichsam »zu einer Art Medium der Medien geworden«.¹ Skandale prägen die Präsidentschaften der USA – von Richard Nixons zum Schlagwort gewordenen »Watergate« 1968 und Bill Clintons Liaison mit einer Praktikantin 1998 bis hin zu den vier Jahren der Präsidentschaft von Donald Trump, die sich rückblickend in toto als eine *chronique scandaleuse* präsentieren. Die europäische Skandalgeschichte des 20. und frühen 21. Jahrhunderts reicht von dem in die Mafia verstrickten Ministerpräsidenten Bettino Craxi und den amourösen Eskapaden Silvio Berlusconi in Italien bis zu den Korruptionsaffären Nicolas Sarkozys in Frankreich, vom aussichtslosen Kampf gegen die Korruption in Rumänien und den kirchlichen Missbrauchsskandalen in Polen bis hin zu den Gerüchten um einen Putin-Palast in Russland. Die Waldheim-Affäre beschäftigte die österreichische Politik in den späten 1980er Jahren nicht weniger als dreißig Jahre später die »Strache-Affäre« von 2019, und in Deutschland schlugen die von badenden Sozialdemokraten ausgelösten Empörungswellen erst 1919 über Friedrich Ebert und Gustav Noske und 2003 über Rudolf Scharping zusammen.

Der Reigen großer politischer Skandale in der Bonner Republik spannt sich von der *Spiegel*-Affäre 1962 und den Umständen des Kanzlersturzes Willy Brandts 1974 bis zur Enthüllung um das Geschäftsgebaren der »Neuen Heimat 1982« und die Barschel-Affäre 1987.² Den Zusammenbruch des SED-Regimes beschleunigte die Entrüstung über die

1 Bernhard Pörksen/Hanne Detel, Über die Zukunft der Enthüllung – Journalismus in einer veränderten Medienwelt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012), Nr. 29-31, S. 9-14, hier S. 9.

2 Eine Ausstellung in Bonn versammelte 2007/2008 neben einem ostdeutschen 19 westdeutsche Skandale »seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von herausgehobener Bedeutung«. Siehe dazu Hans Walter Hütter, Vorwort, in: *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Hg.), *Skandale in Deutschland nach 1945*, Bonn 2007, S. 6-9, hier S. 7.

Privilegien der Parteiliten in Wandlitz, und vereinigungsbedingt folgten die Leuna-Affäre und die skandalösen Umstände der mit der Treuhand verbundenen Privatisierung ostdeutscher Betriebe, bevor in der Berliner Republik unter vielen anderen 1999 Kanzler Kohls »schwarze Kassen«, 2011 der Plagiatsfall Karl-Theodor zu Guttenbergs, und ein Jahr später der Verdacht der Bestechlichkeit gegen Bundespräsident Christian Wulff zu Aufsehen erregenden und lang anhaltenden Skandalen führten.

Durch die Wirkungsmacht der sozialen Medien befeuert, reichen politische Skandale längst über den Rahmen der klassischen Politik hinaus und betreffen keineswegs mehr allein politische Akteurinnen und Akteure. Ein Lehrstück besonderer Art bietet hier eine kleine Skandalkaskade, die im Frühjahr 2021 die Sportwelt in Deutschland erfasste, auf sprachpolitischem Feld ausgetragen wurde und von dem Präsidenten des Deutschen Fußballbundes Fritz Keller ausging, der seinen Vorstandskollegen Rainer Koch herabsetzte, indem er ihn in einem internen Gespräch mit NS-Richter Roland Freisler verglich, was dieser prompt bei der Ethikkommission des Verbandes anzeigte. Wenige Tage darauf erweiterte der prominente ehemalige Nationalspieler und nunmehrige Fußballkommentator Jens Lehmann die Liste sprachlichen Fehlverhaltens im Sportbereich um eine Sprachnachricht, die den früheren und jetzt ebenfalls als TV-Experten tätigen Sportkameraden Dennis Aogo als »Quotenschwarzen« bezeichnete. Kurz nachdem der sich beleidigt Gefühlte diese irrtümlich an ihn gegangene WhatsApp-Message auf der *social media* Plattform Instagram gepostet hatte, setzte er sich selbst Skandalvorwürfen aus, indem er der bravourös auftretenden Vereinsmannschaft eines europäischen Pokalwettbewerbs bescheinigte, »bis zum Vergasen« trainiert zu haben. Die eigentliche Sphäre des Politischen erreichte der Skandal, als sich unmittelbar darauf nun auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit einer Twitter-Mitteilung einschaltete, die ein kolportiertes obszönes Zitat des als »Quotenschwarzen« verächtlich gemachten TV-Experten nutzte, um ihn in ironischer Zuspitzung selbst als Rassisten hinzustellen.

Der Vorgang ist in doppelter Weise aufschlussreich. Er zeugt von der außerordentlichen medialen Beschleunigung, die im weiteren Sinne politische Skandale infolge der zunehmenden Boulevardisierung der politischen Kommunikation³ und des Aufkommens der *social media* im digitalen Zeitalter erfahren haben;⁴ er zeugt aber auch von der verheerenden Wirkung, die zunächst auch unbedeutend erscheinende Missgriffe entfalten können, sobald sie die Öffentlichkeit erreichen und von der Nachricht zum Skandal werden. Insinuirende Freisler-Vergleiche hatten noch vor wenigen Jahren zum

3 Zur Rolle der »soft news media« in der politischen Kommunikation der Gegenwart: Matthew A. Baum, Sex, Lies, and War: How Soft News Brings Foreign Policy to the Inattentive Public, in: The American Political Science Review 96 (2002), Nr. 1, S. 91-109.

4 Vgl. den Kommentar des Schriftstellers Moritz Rinke zum Sprachskandal im deutschen Fußball: »Mein Gott, womit wir uns beschäftigen. [...] Menschen wie mich, die manchmal Monate oder Jahre an Sätzen und Bedeutungen arbeiten, die Romanlektorate, Skriptfahnen und Korrekturen durchlaufen, macht dieses Geposte und Getweete und Geschwätz mit den anschließenden Erregungszuständen zunehmend fassungslos. Was für eine postredaktionelle, nervige Zeit! Warum müssen Menschen alles, was sie gerade denken, sofort posten? Oder liegt es andersherum an all den Social-Media-Formaten, die nun einmal da sind und gefüllt werden müssen, egal mit was?« Moritz Rinke, Postredaktionelle Zeiten, in: Der Tagesspiegel v. 16.5.2021.

Standardrepertoire der politischen Schmähung gehört und waren im Berliner Abgeordnetenhaus⁵ ebenso zu hören gewesen wie im Greifswalder Kreistag⁶ und noch 2017 in einem konkreten Fall vom Oberlandesgericht München für zulässig erklärt worden.⁷ Die von einem »Smiley« begleitete WhatsApp-Nachricht mit der Frage »Ist Dennis eigentlich euer quotenschwarzer?« empfand der irrtümlich so Angesprochene zwar als durchaus »ein Stück weit respektlos« und veröffentlichte sie postwendend auf Instagram, nahm aber die Entschuldigung seines Urhebers sofort an und fand »es auch nicht richtig, dass sich jetzt alle auf ihn stürzen«. ⁸ Der polysemische Terminus »Vergasung«, der im technischen Zusammenhang der Brennstoffumwandlung bis heute neutrale Verwendung findet, war seit langem in der Schädlingsbekämpfung gebräuchlich, bevor er nach 1945 im öffentlichen Sprachgebrauch zum Synonym der Judenvernichtung wurde, aber in einschlägigen Wortschatzsammlungen bis heute als gebräuchliche Redensart aufgeführt wird.⁹

In allen vier Fällen erwuchs aus dem Vorgang für seinen Urheber in kürzester Zeit eine unmittelbare Bedrohung für Amt und Ansehen. Der durch seinen Freisler-Vergleich unhaltbar gewordene Verbandspräsident Keller, dessen verbale Entgleisung verbandsintern »auf das Schärfste verurteilt« wurde,¹⁰ willigte nach langem Widerstreben in die Amtsaufgabe ein und riss die gesamte Verbandsführung mit sich in den Rücktritt. Der ausfällige Fußballkommentator verlor nicht nur seine lukrative TV-Beschäftigung, sondern obendrein ein bedeutendes Funktionärsmandat als Mitglied im Aufsichtsrat eines Bundesligaverbands und selbst noch das Zutrittsrecht zum Trai-

-
- 5 Bernd Kammer, Nazi-Vergleich sorgt für Empörung, in: Neues Deutschland v. 19.6.2004, <<https://www.neues-deutschland.de/artikel/54995.nazi-vergleich-sorgt-fuer-empoerung.html>> (12.5.2021).
 - 6 Daniel Focke, CDU empört über Vergleich mit Nazi-Richter, in: Nordkurier v. 11.7.2020, <<https://www.nordkurier.de/anklam/cdu-empoert-ueber-vergleich-mit-nazi-richter-1139996907.html>> (12.5.2021).
 - 7 Bayerische Staatskanzlei, Bayern.Recht, <<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2017-N-11292?hl=true>> (12.5.2021).
 - 8 O.V., »Quotenschwarzer«-Nachricht von Lehmann: Aogo gibt bemerkenswertes Statement ab, in: tz.de v. 7.5.2021, <<https://www.tz.de/sport/fussball/jens-lehmann-dennis-aogo-hertha-bsc-sky-quotenschwarzer-rassismus-zr-90495315.html>> (12.5.2021). Beide Morpheme des Kompositums »Quotenschwarzer« werden in anderen Zusammenhängen nicht als beleidigend empfunden, und Begriffe wie »Quotenossi« sind in die publizistische Alltagssprache eingewandert. Vgl. bspw. Mariam Lau, Angela Merkel, Anti-Quotenfrau, Anti-Quotenossi, in: Die Welt v. 25.9.2009, <<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4625589/Angela-Merkel-Anti-Quotenfrau-Anti-Quotenossi.html>> (12.5.2021).
 - 9 »Vergasungf. »Umwandlung in Gas« (19. Jh.), »Giftgaseinsatz« (in der Schädlingsbekämpfung, im Kriege, 20. Jh.), redensartlich *bis zur Vergasung* »bis zum Überdruß.« Wolfgang Pfeifer u.a., Etymologisches Wörterbuch des Deutschen (1993), digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, <<https://www.dwds.de/wb/etymwb/Vergasung>> (12.5.2021).
 - 10 O.V., Landesverbände fordern Rücktritt von DFB-Präsident Fritz Keller, in: Der Tagesspiegel v. 2.5.2021, <<https://www.tagesspiegel.de/sport/landesverbaende-fordern-ruecktritt-von-dfb-praesident-fritz-keller-vizepraesident-koch-akzeptiert-kellers-entschuldigung-nicht/27151464.html>> (12.5.2021).

ningsgelände seines Jugendclubs.¹¹ Sein über Nacht vom Opfer zum Täter gewordener Kollege wiederum sah sich gezwungen, seine lukrative Tätigkeit im Sportfernsehen »vorerst ruhen« zu lassen,¹² und der Öl ins Feuer gießende Kommunalpolitiker sah sich in der Folge mit einem Parteiausschlussverfahren konfrontiert, weil sein eigenes Lager ihn nicht mehr als einen der Seinen anerkannte.

II. Der Skandalbegriff

So schwer es scheinen mag, diese polyphonen Ausdrucksformen öffentlicher Erregung im politischen Leben einer ordnenden Betrachtung zu unterziehen, so deutlich wird doch an ihnen erkennbar, dass der Skandal ein Phänomen ist, das ebenso von einem anstößigen Sachverhalt bestimmt ist wie von seiner öffentlichen Aufnahme. Der Skandal kreist um die Verletzung gesellschaftlich anerkannter Werte, und in ihm gewinnt die »öffentliche Empörung über eine unerwartet aufgedeckte moralische Normüberschreitung« Gestalt.¹³ Auch in der Berichterstattung über die Kleinskandalfolge im deutschen Fußball erhoben sich Stimmen, die diese Ambiguität reflektierten und den konstitutiven Zusammenhang von Produktion und Rezeption im Skandal thematisierten:

»Die spannende Frage: Was zur Hölle ist hier los? Was ist in die Protagonisten gefahren? Waren Gewalt, Skandale und Beleidigungen schon immer Teil des Geschäfts und lediglich unterm Radar? Ist es Zufall, dass jetzt das ganze Übel ans Licht kommt? Glauben einige Fußballer, dass für sie keine Gesetze gelten und keine Regeln? Oder liegt es einfach daran, dass der hypernervösen Gesellschaft heute Aussagen auffallen, die früher nicht nur toleriert wurden, sondern in Teilen als ganz normal galten?«¹⁴

Hilfestellung bietet hier die Begriffsgeschichte.¹⁵ In seiner ursprünglichen Wortbedeutung bezeichnet der griechische Terminus *σκανδάλιστρον* das Stellhölzchen oder den

11 Julian Graeber, Rassistische Nachricht von Jens Lehmann. Bei Hertha BSC brennt es mal wieder, in: Der Tagesspiegel v. 5.5.2021, <<https://www.tagesspiegel.de/sport/rassistische-nachricht-von-jens-lehmann-bei-hertha-bsc-brennt-es-mal-wieder/27160830.html>> (12.5.2021); o.V., Wegen rassistischer Äußerung: Jens Lehmanns Jugendverein erteilt Hausverbot, in: FAZ.net v. 6.5.2021, <<https://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/jens-lehmann-hausverbot-bei-jugendverein-nach-rassistischer-aeusserung-17328225.html>> (12.5.2021).

12 O.V., »Bis zum Vergasen«: Aogo lässt Sky-Job nach verbalem Fehltritt vorerst ruhen, in: focus online v. 7.5.2021, <https://www.focus.de/sport/fussball/dennis-aogo-bis-zum-vergasen-nach-fehltritt-zieht-sich-dennis-aogo-als-sky-experte-vorerst-zurueck_id_13269005.html> (12.5.2021).

13 Frank Bösch, Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienkandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 125-150, hier S. 126.

14 Florian Wichert, Jetzt kommt das ganze Übel ans Licht, in: t-online v. 7.5.2021, <https://www.t-online.de/nachrichten/id_89982718/von-keller-bis-lehmann-skandale-erschuettern-den-fussball.html> (12.5.2021).

15 Vgl. zum Folgenden Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 7-32.

Köder einer Falle, dessen unvorsichtige Berührung sie zuschnappen lässt, während *σκάνδαλον* zunächst die Falle selbst meint, sich im Weiteren aber auch einerseits mit Lockung und Lust, zum anderen aber auch mit Anstoß und Ärger übersetzen lässt.¹⁶ Der Terminus trägt also schon von alters her einen Doppelsinn in sich. Im wörtlichen wie im übertragenen Sinne bezieht er sich auf die Urheberchaft und die Aufdeckung des Skandals zugleich, er hebt sowohl auf die persönliche Verfehlung selbst wie auf deren Ahndung durch die Mitwelt ab, und diese Uneinheitlichkeit durchzieht die Entwicklung des Skandalbegriffs bis in die Gegenwart. Ihm ist unaufhebbar die Doppelbedeutung von Missstand und Entrüstung eingeschrieben, und ihr trug auch Luther Rechnung, als er sich für die Übersetzung des griechischen »skandalon« mit dem Wort »Ärgeris« entschied, das sowohl das ärgerliche Vorkommnis wie seine verärgerte Aufnahme bezeichnen kann, also ebenso auf den Urheber wie auf die Umstehenden deutet.

Der Terminus Skandal lässt sich auf dieser Grundlage als Dreischritt von »Ärgeris, Aufsehen, Lärm« fassen.¹⁷ Das den Skandal ermöglichende »Ärgeris« umfasst ein abweichendes, gegen geschriebene oder ungeschriebene Normen verstoßendes Verhalten von Personen, die im Widerspruch zu den Leitvorstellungen einer Zeit oder Sozialgruppe stehen.¹⁸ Mit dem »Aufsehen«, das eine anstößige Normverletzung erregt, kommt die Öffentlichkeit ins Spiel und ihre Macht, den Schleier der Diskretion zu lüften, das Fehlverhalten zu benennen und Konsequenzen einzufordern. Zu einem Skandal wird ein bekannt gewordener Missstand allerdings erst, wenn mit dem »Lärm« ein weiteres Distinktionsmerkmal hinzutritt, das die organisierende Kraft eines Skandals von anderen öffentlichen Wahrnehmungen staatlichen Handelns oder gesellschaftlicher Konflikte abhebt. Erst mit der Mobilisierung öffentlicher Erregung wird die Panne zum Skandal, dessen Eigendynamik Ausflüchte, Beschwichtigungen und Vertuschungen unter sich begräbt oder gar als Brandbeschleuniger nutzt.

Damit sind die drei typologischen Bedingungen genannt, die den Skandal von anderen Phänomenen des öffentlichen Handlungsraums unterscheiden: zum einen die vermutete oder gegebene Normverletzung, zum anderen deren Vermittlung nach außen und zum dritten die Eigendynamik der öffentlichen Reaktion, die »aus dem Ruder läuft«, sich der Steuerung entzieht. Diese von Karl Otto Hondrich entwickelte Trias von »Verfehlung – Enthüllung – Empörung«¹⁹ stellt sich auf der Akteursebene als Interaktion zwischen drei Faktoren dar: einem öffentlichkeitsbekannten Skandalisierten, der gegen die gesellschaftlich geltenden Werte und Regeln verstößt, dann als zweitem Faktor einem Skandalisierer, der den Verstoß öffentlich macht, und schließlich als drittem

16 Wilhelm Gemoll, Griechisch-Deutsches Schul- und Handwörterbuch, 9. Aufl., Wien/München o.J., S. 676.

17 So bereits zu Zeiten der Weimarer Republik: Meyers Lexikon, Bd. 11, Leipzig 71929, S. 346.

18 Dass »der Skandal immer auch an Individuen gebunden ist« oder zumindest über das Tun und Lassen von Personen verhandelt wird, wurde in der Literatur zu Recht immer wieder hervorgehoben. Vgl. Kristin Bulkow/Christer Petersen, Skandalforschung: Eine methodologische Einführung, in: Dies. (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 9-25, hier S. 13.

19 Karl Otto Hondrich, Skandale als gesellschaftliche Lernmechanismen, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Der politische Skandal, Stuttgart/Bonn 1992, S. 175-189, hier S. 179.

Faktor einem Publikum, das die Entwicklung durch seine Aufmerksamkeit dynamisiert.²⁰ Auf dieser Grundlage sind klare Abgrenzungen möglich: *Skandale* sind nicht mit beliebigen *Missständen* deckungsgleich (die mangels öffentlicher Empörung nicht zum Skandal werden), und sie lassen sich bei subtiler Wortwahl womöglich auch von den meist synonym gebrauchten *Affären* abheben, die zumeist auf der Schwelle des sozialen Aufsehens verharren, ohne sich zur unsteuerbaren Empörung auszuwachsen, weil sie sich letztlich in einer individuellen Verfehlung ohne Auswirkung auf das Normengefüge erschöpfen.

Offen aber bleibt damit die Antwort auf die Frage, wie sich das bemerkenswerte Anwachsen von Affären und Skandalen in den letzten Jahrzehnten erklären lässt, die mit der Verteilung und Ausübung ebenso wie mit der Kontrolle und Legitimation von politischer Herrschaft zu tun haben.²¹ Nun gibt es gute Argumente für die Vermutung, dass der Glaube an eine gegenüber früheren Zeiten besorgniserregend gewachsene Zahl von Skandalfällen in unseren Tagen nicht zuletzt auf einer verzerrten Selbstverortung der Gegenwart beruht – immerhin erschütterten etwa der Barmat- und der Sklarek-Skandal²² die Weimarer Demokratie ungleich tiefer als die *Spiegel*-Affäre oder der Skandal um Kanzler »Kohls schwarze Kassen«²³ die Bundesrepublik. Doch unbestreitbar bestimmen Mandatsmissbrauch, Vorteilserschleichung und Charakterschwäche in der Welt der Politik die öffentliche Beschäftigung mit politischen Fragen in weit höherem Maße als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Und dabei lehrt ein erneuter Blick auf die jüngste Geschichte der USA, dass die Wahrnehmungs- und Reaktionsschwellen in Bezug auf politische Skandale zeit- und milieubedingt ganz unterschiedlich hoch sein können.²⁴ Kontrovers wird freilich immer noch die Frage diskutiert, ob die Zunahme politischer Skandale auf einen entsprechenden Anstandsverlust in der politischen Klasse zurückzuführen oder in einer gesteigerten Sensibilität des immer schneller zur öffentlichen Entrüstung neigenden Publikums zu suchen ist.²⁵

20 Vgl. Sighard Neckel, Das Stellohölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 1998, S. 55-80, hier S. 58f.

21 Dirk Käsler u.a., Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik, Opladen 1991, S. 12f.

22 Stephan Malinowski, Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 46-65.

23 Hans Hütt, Späte Erkenntnisse: Die schwarzen Kassen des Helmut Kohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3.12.2017.

24 Die Zahl der Skandale hat sich seit den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik verzehnfacht. Vgl. dazu Hans Matthias Kepplinger, Skandal, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch, Opladen 1998, S. 723. Eine genauere quantitative Analyse zum Auftreten von Skandalen hat Kepplinger für die Jahre 1950 bis 1989 am Beispiel der Berichterstattung im *Spiegel* unternommen: Hans Matthias Kepplinger, Skandale und Politikverdrossenheit, in: Otfried Jarren/Heribert Schatz/Hartmut Weßler (Hg.), Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel, Opladen 1996, S. 41-58.

25 Letztere Auffassung dominiert in der Skandalforschung: »Es mag ja sein, daß es immer weniger Tugend gibt in der modernen Welt, und besonders in der Welt der Politik. Aber genauso gut ist es möglich, daß nicht die Moral gesunken, sondern unser Anspruch an sie gestiegen ist. Wir haben

III. Der Skandal als Forschungsgegenstand

In jedem Fall aber hat Niklas Luhmanns Verdikt von 1972, dass es »über Skandale kaum Literatur gibt, die nicht selbst skandalös ist«,²⁶ angesichts einer mittlerweile breiten geschichts- und kommunikationswissenschaftlichen Forschung zum Skandal als mediengeschichtlichem Phänomen, seine Berechtigung längst verloren.²⁷ Studien wie die von Martin Kohlrausch und Frank Bösch über Skandale in Deutschland und Großbritannien haben die eigentümliche Häufung von Skandalen an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert aus der Veränderung der politischen Kommunikation mit dem Anbruch des Massenzeitalters zu erklären vermocht.²⁸ Der wachsende Demokratisierungsdruck und das Aufkommen der Massenpresse schufen die Voraussetzungen für das facettenreiche Skandalpanorama, das sich in den drei Jahrzehnten zwischen 1880 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf den politischen Bühnen Englands und Deutschlands entrollte und das im Zuge der Massenmedialisierung zu seiner heutigen Omnipräsenz gelangte.

In Deutschland wie in England etablierten sich am Ende des 19. Jahrhunderts wirkungsmächtige Instanzen der »Vierten Gewalt«, die wie William T. Stead in England und Maximilian Harden in Deutschland ihre Skandalisierungsmacht im Stile einer publizistischen Nebenregierung ausübten und dabei die Grenzen zwischen öffentlichem Wächteramt und politischem Gestaltungsanspruch gezielt verwischten. Aus heutiger Sicht bleibt zugleich erstaunlich, mit welcher Bereitwilligkeit sich die Justiz in beiden Ländern zu Komplizen skandalisierter Eliten und Machthaber machte, sodass am Ende die Aufdecker von Missständen in der Regel härter zu büßen hatten als deren Verursacher. Zugleich hat die Forschung gezeigt, dass Politik- und Moralskandale weit stärker der Durchsetzung und Verschärfung geltender sozialer Normen als ihrer Infragestellung dienen. Skandale können eine reinigende Funktion haben und Reformen bewirken, indem sie die Grenzen des Sagbaren neu ziehen und bisher geschützte Handlungen öffentlicher Kritik zugänglich machen. Sie können aber auch als ein Akt negativer

die Maßlatte höher gelegt. Was uns heute verwerflich erscheint, war es nach den Maßstäben von gestern und vorgestern noch nicht.« Karl-Otto Hondrich, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 2002, S. 10. Andere Autoren argumentieren vermittelnd: »Gibt es [...] Skandale, wie in der Bundesrepublik der achtziger Jahre, kann man dies als Zeichen werten für die gestiegenen Korruptheit der Politik; man kann aber auch den Schluß ziehen, daß allein die Chancen der Skandalisierung verbessert, mithin das Erwartungsniveau an die Sauberkeit in der Politik gestiegen ist.« Erhard Blankenburg, *Korruption und Skandal – Zwei Seiten derselben Medaille*, in: Hans Oswald (Hg.), *Macht und Recht. Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag*, Opladen 1990, S. 141-154, hier S. 144.

- 26 Niklas Luhmann, *Rechtssoziologie*, Bd. 1, Reinbek 1972, S. 62, Anm. 69.
- 27 Frank Bösch, *Historische Skandalforschung als Schnittstelle zwischen Medien-, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft*, in: Fabio Crivellari/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl (Hg.), *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive*, Konstanz 2004, S. 445-464.
- 28 Martin Kohlrausch, *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005; Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914*, München 2009.

Demokratie zur wirkungsmächtigen Verfestigung von Stereotypen beitragen, moralische und politische Vorurteile schüren und ein Klima des Misstrauens erzeugen. Der Skandal tritt in historischer Perspektive ebenso als Waffe der Ohnmächtigen und Vehikel der Demokratisierung in Erscheinung wie als Instrument der sozialen Polarisierung und der demagogischen Mobilisierung.

Die demokratische Reinigungskraft des Skandals bleibt also umstritten. Schauen wir auf die Situation unserer Tage, sehen wir überdeutlich, dass der Skandal die eigentliche Waffe der vierten Gewalt, also der Öffentlichkeit ist. Erst das vielstimmige Echo einer aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit, der hechelnde Spürsinn ihrer medialen Nachschublieferanten und womöglich die nachprüfende Befassung zuständiger Behörden verleihen dem tatsächlichen oder vermeintlichen Missstand die Durchschlagskraft, vor der plötzlich selbst die Mächtigsten taumeln, die eben noch gegen alle Kritik und Einrede erhaben oder taub gewesen waren.

Aus diesem Zusammenspiel erwächst die Steigerungsdynamik des Skandals, die regelmäßig im selben Maße zunimmt, in dem sich das Objekt der Skandalisierung zur Wehr setzt: Wer sich weigert, die Konsequenzen aus seinem Ansehensverlust zu ziehen, hat mit der Zunahme der öffentlichen Empörung zu rechnen, wie exemplarisch der vergebliche Versuch Christian Wulffs vorführt, sich im Amt des Bundespräsidenten zu halten. Erst nach seinem Rücktritt begann die Öffentlichkeit sich über die Nichtigkeit mancher Vorwürfe Gedanken zu machen, und rieb sich schließlich die Augen, dass der Inhaber des höchsten deutschen Staatsamts am Ende über das billige Spielzeuggeschenk eines Autohauses zu Fall kam.

Wie im Großen, so im Kleinen: Auch in dem oben angesprochenen Skandal auf einem gesellschaftlichen Handlungsfeld, in dem gemeinhin eher die Fertigkeit in der Ballbehandlung als im Sprachgebrauch gefragt ist, griffen die Regeln der Skandalodynamik und entschied die offensiv bekundete oder halsstarrig verweigerte Bereitschaft der Skandalverursacher zu Einsicht und Reue über die Härte der Sanktion. Allein der für seine Widerborstigkeit bekannte Oberbürgermeister Boris Palmer, der sich lediglich auf ein halbherziges Abrücken von seinem Tweet einließ,²⁹ musste seinen Trotz mit entrüsteten Rücktrittsforderungen und einem massiven Popularitätsverlust in der eigenen politischen Klientel bezahlen. Der Verbandsfunktionär Fritz Keller wiederum hatte sich vergeblich über eine Doppelstrategie von Selbstbezeichnung³⁰ und Rücktrittsweige-

29 »Ich gebe zu: Das war ein misslungener Satireversuch. [...] Ich akzeptiere sehr wohl, dass mein Kommentar misslungen ist, dass er unklug war, dass er völlig unnötigen Schaden angerichtet hat, nicht zuletzt auch für mich und meine Stadt.« Zit.n. Lisa Nienhaus, Boris Palmer: Warum kann er nicht die Klappe halten?, in: Die Zeit v. 12.5.2021. Vgl. auch o.V., Palmer bezeichnet Facebook-Post als misslungen – lehnt aber Entschuldigung ab, in: Spiegel Online v. 11.5.2021, <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-boris-palmer-bezeichnet-facebook-post-als-misslungen-a-13dbcdce-3172-45c7-a4d3-aae3030cbffd>> (12.5.2021).

30 »Manchmal fallen in Kontroversen Worte, die nicht fallen sollen und nicht fallen dürfen. Dafür habe ich mich in aller Form persönlich im Gespräch wie auch schriftlich bei Rainer Koch entschuldigt. [...] Er hat die Größe, die Entschuldigung anzunehmen, wofür ich ihm dankbar bin. Insbesondere auch im Hinblick auf die Opfer des Nationalsozialismus war der Vergleich gänzlich unangebracht. Ich bedauere dies sehr und werde meine Worte künftig weiser wählen.« Zit.n. o.V., »Entsetzen und Unverständnis« nach Nazi-Vergleich des DFB-Präsidenten, in: Die Welt v.

nung zu retten versucht, was ihm nur zusätzlich demütigende Misstrauensbekundungen auf unterschiedlichen Verbandsebenen eintrug und ihm am Ende trotzdem nicht den Amtsverzicht ersparte. Auf die Logik der Skandalentwicklung ließen sich allein die beiden Fußballkommentatoren Jens Lehmann und Dennis Aogo ein, die vorbehaltlos zerknirschte Einsicht bekundeten³¹ und mit einer glaubwürdig vorgebrachten Bitte um Entschuldigung³² dem Skandal jeweils so rasch die Spitze nahmen, dass sie sich nicht um die Chance auf Rehabilitierung brachten und nach einer Karenzzeit auf Rückkehr auf die öffentliche Bühne hoffen können.

Ebenso handelte die evangelische Landesbischöfin Margot Käßmann, die nach einer ruchbar gewordenen Alkoholfahrt durch ihren raschen Rücktritt nicht nur allen weiteren Angriffen auf ihre ethische Integrität die Spitze nahm, sondern von nun an sogar ihrer Rolle als moralische Instanz neuen Glanz verlieh.³³ Wie nachhaltig dieser Stimmungsumschwung wirkte, zeigte sich in der Folgezeit, als Margot Käßmann nicht nur 2012 vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017 ernannt, sondern 2016 auch als mögliche Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten ins Spiel gebracht wurde. Noch radikaler gehorchte der neunte deutsche Bundespräsident Horst Köhler der Empörungslogik des politischen Skandals, als er ein Jahr nach dem Beginn seiner zweiten Amtszeit militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr in einer ungeschickten Interviewäußerung auch aus Wirtschaftsinteressen für gerechtfertigt hielt. Die ihm daraufhin entgegen-schlagende Kritik interpretierte Köhler als Respektlosigkeit gegenüber seinem Amt und quittierte sie mit einem abrupten Rücktritt, der die Bundespolitik so unerwartet traf und das Feuer des Skandals so rasch erstickte, dass die Öffentlichkeit noch Jahre später über die eigentlichen Hintergründe seines Amtsverzichts rätselte.³⁴

In die Gegenrichtung verlief der Weg des zeitweilig als künftiger Kanzler gehandelten CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg, der Anfang 2011 aufkommende Plagiatsvorwürfe in Bezug auf seine vier Jahre zuvor eingereichte Dissertation zunächst

27.4.2021, <<https://www.welt.de/sport/fussball/article230689453/Fritz-Keller-Entsetzen-und-Unverstaendnis-nach-Nazi-Vergleich-des-DFB-Praesidenten.html>> (12.5.2021).

- 31 »Wer mich kennt, weiß, dass diese Formulierung eine nicht ernst gemeinte, unüberlegte Dummheit war, die nicht das Geringste mit meiner persönlichen Einstellung zu tun hat. Man darf solche Sprüche nicht machen, sonst werden sie gesellschaftsfähig«, schrieb Lehmann am Donnerstag bei Twitter.« Zit.n. o.V., Lehmann entschuldigt sich bei Aogo, in: sport1.de v. 6.5.2021, <<https://www.sport1.de/fussball/2021/05/lehmann-entschuldigt-sich-von-ganzem-herzen-bei-aogo>> (12.5.2021).
- 32 Zur *Bild*-Zeitung sagte Aogo: »Dieses Wort darf man selbstverständlich in überhaupt keinem Zusammenhang verwenden. Das war ein großer Fehler, ich kann mich dafür nur aufrichtig entschuldigen.« Zit.n. o.V., Aogo entschuldigt sich für Wortwahl und lässt Sky-Job ruhen, in: Die Welt v. 6.5.2021, <<https://www.welt.de/sport/fussball/article230921277/Dennis-Aogo-entschuldigt-sich-fuer-Wortwahl-und-laesst-Sky-Job-ruhen.html>> (12.5.2021).
- 33 Den Umschlagpunkt markiert die knappe Erklärung, mit der Margot Käßmann ihren Rücktritt vom Bischofsamt bekanntgab: »Fragen sind auf der Pressekonferenz an diesem Februartag 2010 nicht zugelassen[,] und während die Geschlagene den Raum verlässt, klatschen Zuhörer spontan Beifall.« Marc Polednik/Karin Rieppel, *Gefallene Sterne – Aufstieg und Absturz in der Medienwelt*, Stuttgart 2011, S. 19.
- 34 O.V., Horst Köhler bricht sein Schweigen, in: Die Zeit v. 8.6.2011.

energisch in Abrede stellte, um sie dann unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit schrittweise doch einräumen zu müssen. Auf diese Weise büßte Guttenberg seine beeindruckende Popularität rasch ein, bevor er sich schließlich am 1. März 2011 doch zum Rücktritt vom Amt des Bundesverteidigungsministers gezwungen sah, aber immer noch jeden Täuschungsvorsatz bestritt. Statt sich rasch und vorbehaltlos zu seinem auch strafrechtlich relevanten Fehlverhalten zu bekennen, folgte Guttenberg einer desaströsen Hinhaltetaktik, die ihm weder den Verlust von Ministeramt und Dokortitel ersparte, sondern zusätzlich das Etikett eines »Lügenbarons« anheftete,³⁵ der sich von einer von der Universität Bayreuth eingesetzten Untersuchungskommission beschleunigen lassen musste, in seiner Dissertation »die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht« zu haben und folglich die Öffentlichkeit noch über seinen Rücktritt hinaus belogen zu haben.³⁶ Erst sein durch die Ankündigung einer längeren »Auszeit«³⁷ in den USA unter Beweis gestellter Strategiewechsel hin zu Einsicht und zeitweiliger Politikabstinenz schien Guttenberg zunächst die Möglichkeit eines politischen Comebacks in der Zukunft zu eröffnen.³⁸ Aber mit seiner hartnäckigen Kritik an dem gegen ihn geführten Prüfverfahren, mit der vom eigenen Sturz unbeeindruckten Einmischung in das politische Zeitgeschehen und zuletzt mit einer zum Bruch mit der Bundeskanzlerin führenden Ausnutzung alter politischer Verbindungen für lobbyistische Zwecke³⁹ brachte sich der gefallene Hoffnungsträger anschließend selbst um alle weiteren politischen Aussichten und führte so

-
- 35 Hauke Friederichs, Karl-Theodor zu Guttenberg: Der Lügenbaron, in: Zeit Online v. 22.2.2011, <<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/guttenberg-wahrheit>> (14.5.2021). Vgl. auch Anne Holbach, Karl-Theodor zu Guttenberg: Vom makellosen Politstar zum Lügenbaron. Eine qualitative Frame-Analyse von Zeitschriftenartikeln vor und nach dem Plagiatskandal, in: Margreth Lünenborg/Saskia Sell (Hg.), Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik, Wiesbaden 2018, S. 91-112.
- 36 O.V., Guttenberg hat vorsätzlich getäuscht, in: Spiegel Online v. 6.5.2011, <<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/uni-bayreuth-guttenberg-hat-vorsaeztlich-getaeuscht-a-761135.html>> (14.5.2021).
- 37 O.V., Politisches Sabbatical. Guttenberg erwägt Auszeit, in: Stern v. 10.6.2011, <<https://www.stern.de/politik/deutschland/politisches-sabbatical-guttenberg-erwaegt-auszeit-3031304.html>> (14.5.2021).
- 38 »Der über eine Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit gestürzte Guttenberg schloss dem Bericht zufolge auch nicht aus, in die Politik zurückzukehren – er habe in E-Mails und Gesprächen mit Vertrauten von einem politischen ›Sabbatical‹, also einer Auszeit gesprochen. Ein CSU-Sprecher wollte den Bericht nicht kommentieren. In gut zwei Jahren stehen in Bayern und im Bund die nächsten Wahlen an.« Zit.n. ebd.
- 39 »Fühle sie sich von ihm getäuscht, fragen die Abgeordneten. ›Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber er war ganz interessengeleitet da.‹ Und das schätze sie nicht. Auf die Frage, welchen Kontakt sie zu noch zu Guttenberg pflege, antwortet die Kanzlerin: ›Er ist im Augenblick erstorben.‹« Zit.n. o.V., Letzte Zeugin im Wirecard-Ausschuss: »Der Kontakt ist erstorben«, sagt Merkel kalt über Guttenberg, in: Focus Online v. 23.4.2021, <https://www.focus.de/finanzen/boerse/anhoerung-ab-10-uhr-was-wusste-merkel-kanzlerin-muss-im-wirecard-ausschuss-als-zeugin-aussagen_id_13221793.html> (14.5.2021).

in nachgerade klassischer Weise vor, welche Folgen die Missachtung der Funktionsmechanismen des politischen Skandals zeitigen kann.⁴⁰

IV. Der Januskopf des politischen Skandals

Immer wieder haben Studien zu »Anatomie« und »Phänomenologie des politischen Skandals«⁴¹ in der modernen Mediengesellschaft den widerspruchsvollen Doppelcharakter des Skandals herausgearbeitet: Er steht für eine Verletzung, aber genauso auch für eine Bekräftigung politischer Legitimitätsregeln. Politische Repräsentanten, die sich in ihrem eigenen Verhalten nicht den von ihnen politisch selbst vertretenen Normen unterwerfen, machen sich unglaubwürdig und diskreditieren sich in ihrem politischen Handeln. Die mit der Skandalisierung einer Regelübertretung ausbrechende Auseinandersetzung ist nach allgemeiner Ansicht daher kein Normenkonflikt, weil nicht der Geltungsanspruch der politischen Ordnung selbst auf dem Spiel steht, sondern lediglich seine Verbindlichkeit gegenüber jedermann.⁴² Der Skandal entzündet sich an der Differenz zwischen Geltungsanspruch und Geltungsrealität gesellschaftlicher Normen; indem er die individuelle Verletzung allgemeiner Regeln anprangert, bekräftigt er deren zukünftige Einhaltung.

Auf dieser paradoxalen Grundstruktur fußen denn auch die beiden konträren Lager der demokratietheoretischen Skandalforschung, die dem Skandal im einen Fall eine reinigende und systemstabilisierende Kraft zuschreiben, ihn im anderen hingegen als bedrohliches Krisensymptom und Ausdruck politischen Vertrauensverlustes interpretieren.⁴³ Vermutlich ist die bis heute andauernde Konkurrenz zwischen einem stärker funktionalistischen und einem eher essentialistischen Deutungsansatz kaum zu entscheiden, und beide Interpretationsmodelle haben gute Argumente für sich. So vermag die empirische Skandalforschung zu zeigen, dass Skandale nur selten die ihnen zugeschriebene Präventivwirkung besitzen und der von ihnen verursachte Vertrauensverlust in der Regel höher liegt als ihr politisch-moralischer Normierungs- und Mobilisierungseffekt.⁴⁴ Skandale funktionieren nach den Regeln der Dramatisierung und

40 Vgl. etwa Adrian Arab, 10 Jahre Guttenberg-Rücktritt: Der Gescheiterte, in: web.de v. 1.3.2021, <<https://web.de/magazine/politik/10-jahre-guttenberg-ruecktritt-gescheiterte-35583956>> (14.5.2021): »Karl-Theodor zu Guttenberg galt als potentieller Kanzlerkandidat, bevor er über eine Plagiatsaffäre stürzte. Immer wieder versuchte er sich an einem Comeback. Zuletzt scheiterte er an seinem Ehrgeiz.«

41 So der Untertitel der zitierten Studie von Hondrich, Enthüllung (Anm. 25).

42 Der politische Skandal kann »als eine Form des Konflikts verstanden werden, weil sich in ihm gegensätzliche soziale Ansprüche auf Geltung von Normen in einer spezifischen [...] Weise Ausdruck verschaffen«. Vgl. Neckel, Das Stellhölzchen (Anm. 20), S. 57.

43 »Als wiederkehrende, zeitweilig gehäuft auftretende und untereinander verschränkte Bestandteile der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind politische Skandale – zumindest potentiell – bedrohlich für den Staat im allgemeinen und die Demokratie im besonderen«. Vgl. Bernhard Claußen, Politische Skandale im Kontext Politischer Bildung, in: Helmut Moser (Hg.), *L'Éclat c'est moi. Zur Faszination unserer Skandale*, Weinheim 1989, S. 212–223, hier S. 213.

44 Hans Mathias Kepplinger, *Die Kunst der Skandalisierung und die Illusion der Wahrheit*, München 2001, S. 149.

der Personalisierung; sie repräsentieren ein »archaisches Mittel, komplizierte Vorgänge wieder für einfache Wahrnehmungsschemata zugänglich zu machen«, und mögen daher als ein Kapitel »negativer Demokratie« anerkannt werden.⁴⁵ Aber sie sind eben auch ein »Zerrspiegel der Demokratie«⁴⁶ im Zeitalter der medialen Ablenkung, der mit der Illusion von Wahrheit spielt, Gefühle statt Argumente mobilisiert und weder Recht noch Revision kennt.

Für die funktionalistische These hingegen sprechen nicht weniger gewichtige Argumente. Skandale bieten die »Möglichkeit, hinter die Kulissen der politischen Bühne zu blicken«,⁴⁷ mehr noch, sie dienen dank ihrer »sozialen Funktion im Dienste der Aufklärung« als Korrektiv der Macht, sie stören »das herrschaftsfreie Untersichsein der Herrschenden« und geben eine »kathartische Antwort auf die Verletzung gültiger Kulturnormen und Sinnzuweisungen«. ⁴⁸ Den politisch-moralischen Gehalt der zum Skandal gewordenen Verfehlungen einmal beiseite gesetzt, lässt sich sagen, dass das politische System in Skandalen die Geltung seiner eigenen Normen testet: »Wo es Skandale gibt, ist *einiges* faul; wo sie fehlen, *alles*.«⁴⁹

Und in der Tat, wer wollte bestreiten, dass die Parteispenden- und Bankenskandale der jüngeren Vergangenheit in Deutschland zur »moralischen Verkleinerung der Eliten« beigetragen haben, dass die als skandalös empfundene Nutzung öffentlicher Mittel für private Bedürfnisse neuen ethischen Standards zur Durchsetzung verholfen hat, dass antisemitische Äußerungen politischer und sozialer Eliten den kulturellen Konsens über die Grundwerte unseres Zusammenlebens gefestigt und die Sensibilität gegenüber deren öffentlicher Verletzung erhöht haben? Ob Skandale eher als Schwächung oder Stärkung des demokratischen Systems zu bewerten sind, kann offenkundig nicht kategorisch, sondern nur fallweise bestimmt werden, und ihr politischer Stellenwert kann innerhalb kurzer Zeit erheblichen Schwankungen unterliegen, wie Frank Bösch für die Skandalgeschichte der Bundesrepublik gezeigt hat.⁵⁰ Unzweifelhaft aber nehmen sie einen wichtigen Platz in der politischen Kultur der Moderne ein, und dieser Platz beschränkt sich nicht allein auf Demokratien.

45 Klaus Laermann, Die gräßliche Bescherung. Zur Anatomie des politischen Skandals, in: Kursbuch 20 (1984), S. 159-172, hier S. 171.

46 Malinowski, Politische Skandale (Anm. 22), S. 46-65.

47 Karin Zintz/Silke Roennefahrt, Der politische Skandal im Spannungsfeld zwischen Inszenierung und Kontrolle. Zur »Skandalogie« am Beispiel der Kieler Affäre, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), H. 4, S. 600-609, hier S. 608.

48 Rolf Ebbinghausen, Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Gerhard Göhler (Hg.), Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 235f.

49 Christian Schütze, Was ist ein Skandal?, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Der politische Skandal, Stuttgart/Bonn 1992, S. 11-36, hier S. 21.

50 Bösch, Öffentliche Geheimnisse (Anm. 13).

V. Skandal ohne Öffentlichkeit?

Aber können Diktaturen in der Moderne überhaupt politische Skandale hervorbringen, wenn ihnen doch das entscheidende Merkmal jeder Skandalbildung fehlt: eine autonome Öffentlichkeit?⁵¹ Diese Frage ist lange Zeit verneint worden. Sowohl Rechts- wie Linksdiktaturen waren und sind notorisch stark von skandalträchtigen Vorkommnissen geprägt, aber eben auch durch eine Führung, die die Ausbreitung von Enthüllung und Empörung verhinderte. Diese Feststellung gilt nicht nur für die spätere Forschung, sondern auch für das zeitgenössische Selbstverständnis diktatorischer Regime.

Allerdings wiesen auch die Gewaltherrschaften des 20. Jahrhunderts öffentliche Räume auf, in denen sich staatliche Herrschaft artikulierte und soziales Handeln vollzog. Mit der Eigendynamik öffentlicher Empörung kalkulierte der nationalsozialistische »Führer und Reichskanzler« Adolf Hitler, als er in seinem Vortrag vor dem Reichskabinett vom 3. Juli 1934 das standrechtliche Vorgehen gegen die SA-Führung auch mit dem unmoralischen Lebenswandel ihrer obersten Befehlshaber Ernst Röhm und Edmund Heines zu motivieren suchte.⁵² Auf die tödliche Wirkung des öffentlichen Gelächters rechnete unter ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Vorzeichen SED-Generalsekretär Erich Honecker, als er seinen gestürzten Vorgänger Ulbricht zu dessen 75. Geburtstag in Pantoffeln und Morgenmantel im *Neuen Deutschland* abbilden ließ, der die Glückwünsche des Politbüros im Sitzen als ohnmächtiger Greis entgegennehmen musste.

Auch in politischen Systemen mit eingeschränkter und kontrollierter Öffentlichkeit wirkte die Trias von Missstand, Aufsehen und Empörung. Um Diktaturskandale zu erfassen, muss diese Dreiecke allerdings in doppelter Weise modifiziert werden. Denn zum einen laufen Aufsehen und Empörung unter den Bedingungen diktatorisch verformter Öffentlichkeitsfigurationen tendenziell ineinander. Bereits das Aufsehen über einen Missstand bedeutet in Gesellschaften ohne Informationsfreiheit einen Akt von regimekritischer Distanznahme. Auf der anderen Seite kommt in Diktaturen einem Faktor entscheidende Bedeutung zu, der in demokratischen Verhältnissen keine herausgehobene Rolle spielt: nämlich das Regime selbst und seine Anstrengungen, den Skandal zu verhindern, zu kanalisieren oder durch Totschweigen wenigstens vergessen zu machen.

Von dieser Erweiterung ausgehend, lassen sich auch für Gesellschaften ohne freie Öffentlichkeit unterschiedliche Ausprägungen des politischen Skandals identifizieren.

51 Vgl. für die folgenden Überlegungen zur Klassifikation von Diktaturskandalen Sabrow, Politischer Skandal (Anm. 15), S. 13-23. Zu den verschiedenen Formen von Öffentlichkeit und besonders der informellen Öffentlichkeit in der Diktatur: Adelheid von Saldern, Öffentlichkeit in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, Bonn 2003, S. 442-475.

52 Susanne zur Nieden/Sven Reichardt, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung: Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 33-58. Siehe dazu auch den Beitrag von Martin Göllnitz im vorliegenden Band.

An erster Stelle steht dabei der Typus des inszenierten Skandals, also die absichtsvolle Nutzung gesellschaftlicher Empörung für staatlich-politische Zwecke, um politische Machtrivalen auszuschalten oder auch soziale Veränderungen durchzusetzen. Für den Nationalsozialismus wären hier etwa die bis heute irrig als »Röhm-Putsch« bezeichnete Abrechnung Hitlers mit der SA-Führung und anderen Konkurrenten im Lager der Rechten zu nennen und ebenso die Wehrmachtsaffären um Werner von Fritsch und Werner von Blomberg. Für die DDR stehen für die Phase der gesellschaftlichen und politischen Umwälzung die Kollektivierung durch Skandalisierung missliebiger Bauern und die öffentliche Namhaftmachung von Kriegsverbrechern zum Zweck der Enteignung hervor. Aber auch die auf Erzeugung von Unwillen in der Bevölkerung gerichtete Durchführung von sorgfältig orchestrierten Tribunalen zur Ausschaltung politischer Gegnerschaft fällt unter diese Kategorie. Staatlich inszenierte Skandale sind in diesem Sinne sämtlich Fälle gezielten Schürens von Empörung als Vorbereitung repressiver Maßnahmen – oder als deren Ersatz wie in den Diskreditierungsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bzw. als erpresserische Drohung bei der Gewinnung von geheimdienstlicher und sonstiger Unterstützung. Eine weitere Spielart des inszenierten Skandals war im Bereich der sogenannten West-Arbeit der SED angesiedelt, die mit juristisch unteretzten Kampagnen vor allem gegen Theodor Oberländer, Hans Globke, Kurt-Georg Kiesinger und Heinrich Lübke die Mechanismen der Skandalherzeugung als Geschütz in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung in Stellung zu bringen suchte.

Der inszenierte Skandal bildet die klassische Ausdrucksform gelenkter Empörung in durchherrschten Gesellschaften und dient als Instrument der auf Massenmobilisierung gerichteten Diktaturen der Moderne. Aber er deckt keineswegs alle Formen öffentlicher Erregung über soziale und politische Missstände in ihr ab. Weder die Protestwelle gegen die rassistisch und eugenisch begründete Mordpolitik des NS-Regimes noch die öffentliche Erregung über Fälle von ökonomischer Privilegierung und persönlicher Bereicherung im nationalsozialistischen Machtapparat lassen sich als inszenierte Skandale beschreiben. Ebenso wenig stellten im staatssozialistischen Herrschaftsbereich die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 oder die Selbst-Ausbürgerung Wolf Biermanns im selben Jahr und schon gar nicht der wachsende Unwille gegen die repressive Politik der Greisenriege im Politbüro inszenierte Skandale dar.

Die nicht durch den inszenierten Skandal abgedeckte Verschränkung von gesellschaftlicher Empörung und staatlicher Unterdrückung fand in Herrschaftsordnungen ohne freie Öffentlichkeit unterschiedliche Ausprägungen. Im NS-Staat trat insbesondere der Typus des affirmativen Skandals hervor. Der Begriff charakterisiert die Fälle öffentlicher Empörung über einen augenfälligen Missstand, der nicht dem politischen System und seinen obersten Repräsentanten angelastet wird, sondern der Misswirtschaft unterer Funktionäre oder ausgegrenzter Sozialgruppen. Affirmative Skandale sind typisch für Konsensdiktaturen, die von einem hohen Maß an Übereinstimmung von Herrschern und Beherrschten geprägt sind. Züge einer affirmativen Skandalisierung im »Dritten Reich« trägt etwa der mit dem Berliner Feinkostgeschäft Nöthling verbundene Korruptionsskandal, in den zahlreiche »bedeutende Männer von Partei,

Staat, Wehrmacht und Diplomatie⁵³ verwickelt waren und den Hitler aus »staatspolitischen Gründen« niederschlagen ließ, während ein Bericht des Sicherheitsdienstes das »beträchtliche Aufsehen« über die entstandene »Plutokratie« besonders in Arbeiterkreisen festhielt: »Was würde der Führer dazu sagen, wenn er das alles wüßte. Was wird denn mit den Bonzen, die von Nöthling ihre Schinken und Würste bezogen haben, ohne dafür Marken abzugeben?«⁵⁴

Das Aufsehen, das Ärgernisse in diktatorisch kontrollierten Öffentlichkeiten erzeugen können, ist regelmäßig begrenzt und verläßt häufig kaum die Ebene des wispernen Gerüchts und der heimlichen Beobachtung. Im zitierten Fall des Berliner Versorgungsskandals speiste sich die wachsende Entrüstung der Steglitzer Bevölkerung nicht zuletzt aus der fortgesetzten Beobachtung, dass Nöthlings prominenter Kundschaft »Körbe und Tüten verborgenen Inhalts« in ihre vor dem Geschäft haltenden Autos getragen würden, was dem Geschäftsinhaber den abfälligen Spitznamen »Tütenaugust« einbrachte.⁵⁵

Einen affirmativen Skandal stellte im DDR-Fall das Verbot der russischen Monatszeitschrift *Sputnik* im Herbst 1988 dar, die namentlich in systemnahen Kreisen aus Verbundenheit mit der Sowjetunion gern gelesen oder zumindest zum Ausweis der eigenen Loyalität gern gehalten wurde. Von der Liberalisierungswelle unter der neuen sowjetischen Führung unter Gorbatschow getrieben, enthielt das Oktoberheft des *Sputnik* einen kritischen Beitrag zur Frage, ob es Hitler ohne Stalin gegeben hätte, der auch die selbstmörderische Bekämpfung der SPD durch die Stalin hörige KPD in der Agonie der Weimarer Republik anprangert. Eine solche Sicht war mit dem doktrinären antifaschistischen Selbstverständnis der altkommunistischen Führungsgarde nicht vereinbar und ließ den empörten Honecker persönlich die Entscheidung treffen, erst das Oktober-Heft und später die Zeitschrift insgesamt zu unterdrücken. Vom Verbot ihres *Sputnik* erfuhren die Abonnenten durch eine lapidare Pressemitteilung, dass »die Zeitschrift ›Sputnik‹ von der Postzeitungsliste gestrichen worden« sei, weil sie keinen Beitrag bringe, »der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte«. ⁵⁶ Die republikweite Protestwelle, die daraufhin ausbrach, traf die SED-Führung umso unerwarteter, als sie vor allem von bislang systemloyalen Bürgern und SED-Mitgliedern ausging, die sich durch das Verbot zu unmündigen Objekten einer ihnen misstrauenden Macht degradiert fühlten und auf

53 So erläuterte August Nöthling selbst den Kreis der Kundschaft, dem er mit der bevorzugten Belieferung von rationierten Lebensmitteln gedient hatte. Siehe dazu insb. Lothar Gruchmann, Korruption im Dritten Reich. Zur »Lebensmittelversorgung« der NS-Führerschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), H. 4, S. 571-593, hier S. 572. Dort finden sich auch die folgenden Zitate. Zum Begriff des Korruptionsskandals Frank Bajohr, Der folgenlose Skandal. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 59-76.

54 Gruchmann, Korruption (Anm. 53), S. 581.

55 Ebd.

56 Mitteilung der Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, in: Neues Deutschland v. 19./20.11.1988.

diese Bevormundung mit Aufkündigung ihrer Loyalität reagierten.⁵⁷ Die Flut von Eingaben gegen das *Sputnik*-Verbot, die beim Zentralkomitee (ZK) der SED eingingen, und die Vielzahl an kritischen Meinungsäußerungen, die das MfS registrierte, stammten überwiegend von enttäuschten Stützen und nicht von überzeugten Widersachern des Systems.⁵⁸ 75 Prozent aller Eingaben hatten SED-Mitgliedern verfasst, und ihr Zorn richtete sich nicht auf das sozialistische Projekt, sondern auf seine schlechten Sachwalter. Konsequenterweise suchte die Parteiführung im Umbruch von 1989 das immer noch anhaltende Nachbeben dieses affirmativen Diktaturskandals dadurch abzufedern, dass sie für das Ärgernis den unterdes abgelösten Generalsekretär Honecker persönlich verantwortlich machte.⁵⁹

Einem dritten Typus von Diktaturskandalen lassen sich die von einem empfundenen Missstand ausgehenden Ausbrüche öffentlicher Empörung zurechnen, die die normative Verfassung diktatorischer Herrschaft angreifen, indem sie eine »zweite Öffentlichkeit« oder sogar Gegenöffentlichkeit zu schaffen vermögen.⁶⁰ Fundamentale Skandale sind in besonderer Nachdrücklichkeit mit dem Bemühen um ihre Unterdrückung durch die Machthaber verbunden; wenn diese Eindämmung scheitert, entfalten sie eine Wirkungsmacht, die die geltende Herrschaftsordnung fundamental zu bedrohen vermag. Zu einem solchen gegenöffentlichen Fundamentalskandal kam es bis zum Zusammenbruch der NS-Herrschaft nie, wohl aber in der finalen Krise der DDR. Er entwickelte sich aus dem anschwellenden Protest gegen die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, die zu einem Kräftemessen zwischen dem Regime und der erstarkenden Opposition in der DDR wurden. Seinen Anlass bot der taktische Fehler der Behörden, die die Teilnahme unabhängiger Wahlbeobachter nicht unterbanden, zugleich aber die altbekannte Praxis der willkürlichen Aufbesserung von Zustimmungsraten in der Konkurrenz der 16 DDR-Bezirke um das beste Resultat beibehielten. Für eine Diktatur, die ihre Legitimation seit jeher aus der Idee der historischen Gesetzmäßigkeit, nicht aber aus der Empirie des Bürgerwillens hergeleitet hatte, stellte die anschließende Schönrechnung der von den Wahllokalen übermittelten Wahlergebnisse

57 Vgl. Martin Sabrow, Die Wiedergeburt des klassischen Skandals: Öffentliche Empörung in der späten DDR, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 231-265.

58 »Der Zorn über das selbstherrliche Eingreifen der obersten Chefs hat sogar die Genossen erfaßt. Parteibücher wurden zurückgegeben, Gruppenleiter der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in Betrieben drohten die Auflösung ihrer Gruppen an, sollten die Verbote nicht zurückgenommen werden.« Vgl. Marlies Menge, Wachsender Zorn über die Zensur. Auch vor Erich Honecker macht die Kritik nicht mehr halt, in: Die Zeit v. 2.12.1988.

59 »Dafür, daß wir die falsche Entscheidung damals zu rechtfertigen versucht haben, entschuldigen wir uns – bei den vielen Lesern, die sich in Briefen empört darüber gezeigt haben, und auch bei der ›schweigenden Mehrheit‹. [...] Der damalige Generalsekretär Erich Honecker [...] bestimmte [...], daß der ›Sputnik‹ von der Postzeitungsliste gestrichen wird. Der Minister für Post- und Fernmeldewesen hatte damit nichts zu tun. Das ist der sachliche Vorgang, der von vielen Bürgern als Ausdruck der Entmündigung und einer ernsten Schädigung des Verhältnisses zur Sowjetunion verurteilt wurde.« Siehe dazu o.V., Wie war es wirklich mit dem »Sputnik«-Verbot, in: Neues Deutschland v. 16.11.1989.

60 Zum Begriff der »zweiten Öffentlichkeit«: Ray Rühle, Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig, Münster u.a. 2003, S. 59f.

eine nachgerade selbstverständliche Praxis dar, über die auch auf Seiten der Wählerinnen und Wähler wenig Zweifel bestanden haben dürfte.⁶¹ Aber die parallele Auszählung von landesweit etwa 1.000 Wahllokalen durch unabhängige Wahlbeobachter ergab durchweg höhere Anteile von Nein-Stimmen als nach den offiziellen Zahlen, und damit fand die jahrzehntelange Missachtung des Wählerwillens in der DDR eine Bestätigung, die umgehend in verschiedenen Kirchengemeinden öffentlich gemacht und auch der westlichen Presse zugespielt wurde.

Geradezu modellhaft entfaltete das Skandalgeschehen sich in der Trias von Missstand, Aufsehen und Lärm, und weil es dem Herrschaftsapparat nicht mehr gelang, die von den oppositionellen Gruppen und ihrem kirchlichen Schutzraum im Verein mit dem westlichen Resonanzraum erzeugte Gegenöffentlichkeit zu ersticken, steigerte die Auseinandersetzung um die gefälschten Kommunalwahlen sich im weiteren Lauf des Jahres Zug um Zug zu einem herrschaftsbedrohenden Fundamentalskandal. Jeweils am Monatssiebten fanden ab Juni 1989 oppositionelle »Wahldemos« statt, die am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin zum Massenprotest anwuchsen und infolge der Brutalität der gegen sie vorgehenden Sicherheitskräfte den Umschlagpunkt markierten, an dem der ursprünglich gegenöffentliche Skandal gesamtöffentliche Kraft erlangte. Von diesem Zeitpunkt an konnte die SED-Führung ihre Kontrolle über das Skandalgeschehen immer weniger aufrechterhalten und wurde vom Wachstum der öffentlichen Empörung binnen weniger Wochen in den Abgrund gerissen. Die Steigerungsspirale der zügig die ganze Republik erfassenden Kaskade von Einzelskandalen reichte von der kurz darauf zu einem Untersuchungsausschuss der Volkskammer führenden Polizeigewalt am 7. und 8. Oktober über eine Parteiführung, die am 2. Oktober im *Neuen Deutschland* den Ausreisern aus der DDR »keine Träne nachzuweinen« verlangte.⁶² Sie zog sich weiter zu dem stammelnden Auftritt des Staatssicherheitsministers Erich Mielke, der die einst tödliche Furcht vor der Staatssicherheit in tötende Lächerlichkeit verwandelte, als er am 13. November 1989 in der Volkskammer alle Menschen zu lieben behauptete. Und sie fand ihren Höhepunkt in der Wut und Fassungslosigkeit nach sich ziehenden Aufdeckung der ausgedehnten Privilegienwirtschaft in der Parteiführung, die ein am 23. November in die Wandlitzer Funktionärssiedlung eingedrungenes Kamerateam des Jugendmagazins *Elf99* filmisch dokumentieren konnte. Es hätte nicht der brandbeschleunigenden Äußerung des ZK-Sekretärs Kurt Hager bedurft, der Wandlitz vor der Kamera in eine Reihe mit den von ihm durchlaufenen Internierungslagern des NS-Regimes stellte, um die historische Wirkungsmacht politischer Skandale zu demonstrieren, die nicht nur unter rechtsstaatlichen Bedingungen, sondern auch in Gesellschaften ohne freie Öffentlichkeit aus zunächst unbedeutend scheinenden Missständen heraus zum Zusammenbruch politischer Ordnungen führen können.

Die systemsprengende Wucht der Empörung über die Wasser predigende und Wein trinkende Machtelite der DDR 1989/90 beleuchtet einmal mehr, wie sehr der Skandal

61 Vgl. die minuziöse Darstellung der Protestentwicklung bei Erhart Neubert, Kommunalwahlen in der DDR 1989, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Skandale (Anm. 2), S. 187-199.

62 O.V., »Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt«, in: Neues Deutschland v. 2.10.1989.

mit der Geschichte der Moderne verbunden ist. Mit der Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurde er zu einem immer wichtigeren Modus der Auseinandersetzung und der Teilhabe des rasonierenden Publikums am politischen Geschehen; das auf diese Weise Normverletzungen anprangern und Gegenmacht entfalten konnte. Um eine Verfehlung zum Skandal werden zu lassen, muss sie allerdings gegen alle Vertuschungsabsichten ihrer Urheber an das Tageslicht gebracht werden können, und um politische Auswirkungen zu zeitigen, bedarf es darüber hinaus eines ungehinderten Austauschs von Nachrichten und Meinungen, der Aufsehen in Empörung zu verwandeln und so dem Skandal seine charakteristische Dynamik zu verschaffen vermag. Aber auch dort, wo diese Voraussetzungen der öffentlichen Kommunikation nicht oder nur eingeschränkt gegeben sind, können sich diktaturspezifische Spielarten der gesellschaftlichen Empörung entwickeln, die der Dreiecksbeziehung des klassischen Skandals gehorchen und fallweise auch der Kontrolle der Machthaber und ihrer dahin diktatorisch beherrschten Öffentlichkeit entgleiten.

Diese Baugesetze zu kennen, reicht gleichwohl nicht hin, um die historisch informierten Beobachter*innen eines Skandals klüger zu machen als seine Betroffenen. Auch für das mit der Neuzeit in die Welt getretene Phänomen des politischen Skandals trifft zu, was für alle geschichtliche Erkenntnis gilt: dass es die »Orientierung in der Gegenwart zu erleichtern« hilft, aber selbst keine unmittelbar übertragbaren Lehren bereithält.⁶³ So gewiss es ist, dass die im 19. und 20. Jahrhundert messbare Fieberkurve der Skandalisierung durch das Hinzutreten der *social media* im digitalen Zeitalter und die damit verbundene explosionsartige Erweiterung der öffentlichen Partizipationschancen in der jüngsten Vergangenheit immer weiter gestiegen ist, so unsicher ist die aus diesem Befund abzuleitende Prognose. Wird der politische Skandal die öffentliche Debatte in Zukunft auch weiterhin in wachsendem Maße prägen und damit die moralische Selbstkontrolle der Gesellschaft befördern, oder wird die immer häufigere Aufdeckung von Verfehlungen und Missständen ganz im Gegenteil eine in gleichem Maße nachlassende Empörungsbereitschaft der Öffentlichkeit nach sich ziehen? Zumindest die nachhaltige Veränderung der politischen Kultur der USA in der Ära Trump spricht eher für die letztere Vermutung.

63 Jürgen Kocka, Lehrmeisterin des Lebens. Geschichtswissenschaft als politische Kraft, in: *Indes 9* (2020), H. 3, S. 67-76, hier S. 68.

Skandalgeschichte als Stadtgeschichte

Oliver Auge

Im 118. Band des Oldenburger Jahrbuchs von 2018 veröffentlichte der bekannte niedersächsische Landeshistoriker und Archivar Gerd Steinwascher eine Rezension zu einer Kieler Stadtgeschichte, die im Jahr zuvor, 2017, publiziert worden ist.¹ Der Rezensent lobt darin das vom Autor der Stadtgeschichte unternommene Experiment als durchaus gelungen, Stadtgeschichte einmal anders als bloß chronologisch zu konzipieren und »Themen quer durch die Geschichte zu verfolgen«. »So ein Buch zu schreiben«, so Steinwascher, »setzt Souveränität und Mut voraus, zudem die Gelassenheit, Kritik einstecken zu können.« Dem Rezensionsgenre entsprechend äußert Steinwascher dann selbst solche Kritik: Das in der betreffenden Stadtgeschichte abgedruckte Kapitel »Stadt der Skandale« erscheine »doch etwas aufgesetzt und ist auch vor allem ein Thema moderner Politik (die Hexenprozesse als frühneuzeitlicher Skandal passen hier eher nicht hin!), das man auch für manche andere Stadt durchdeklinieren könnte. Offenbar ist es aber in Kiel ein Thema – für Außenstehende [...] nicht ganz nachvollziehbar!«²

Steinwaschers Verwunderung über das Thema »Kiel als Stadt der Skandale« in einem Buch, in dem es sonst z. B. um Kiel als Hauptstadt, Hansestadt und Adelszentrum, Finanzplatz, Universitäts- und Marinestadt oder Schauplatz von Sport- und Volksfesten geht,³ kann uns als hervorragender Einstieg in diesen Beitrag dienen, dem die Erörterung der allgemeinen Sinnhaftigkeit, ja gar Notwendigkeit einer Verbindung der Skandalgeschichte mit der modernen Stadtgeschichte zur Aufgabe gemacht ist. Die Tatsache, dass der Beitrag mit seiner an die Stadtgeschichtsforschung gerichteten Empfehlung, eine Untersuchung von Skandalen bei der Arbeit nicht außer Acht zu lassen, sondern als immanenten Teil von Stadtgeschichte zu begreifen und zu untersuchen, als »Keynote« zu einem Tagungsband abgedruckt wird, in dem es eigentlich um Marburgs Skandalgeschichte im 20. Jahrhundert geht, zeigt erfreulicherweise, dass das Skandalthema keinesfalls »aufgesetzt« ist, wie es Steinwascher noch auffasste, sondern viel-

1 Gerd Steinwascher, Rezension über: Oliver Auge, Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie, Kiel/Hamburg 2017, in: Oldenburger Jahrbuch 118 (2018), S. 228f. Daraus auch die folgenden Zitate.

2 Ebd., S. 229.

3 Siehe dazu Oliver Auge, Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie, Kiel/Hamburg 2017.

mehr en vogue und dass die Stadtgeschichtsforschung die Zeichen der Zeit erkannt und positiv aufgegriffen hat. Indes sind Stadtgeschichtsforscher*innen keineswegs die einzigen, die aktuell Skandale als Thema für sich entdeckt haben. 2018 erschien ein eigenes Themenheft zur Skandalgeschichte in der renommierten Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (GWU) – im Übrigen bewusst epochenübergreifend angelegt, worauf ich noch zurückkommen werde.⁴ Schulen und Schüler*innen gingen dem geschichtsdidaktischen Fachjournal zeitlich sogar noch deutlich voran, indem sie sich 2010 im Rahmen des vom Bundespräsidenten ausgeschriebenen Geschichtswettbewerbs der Körber Stiftung mit dem Thema »Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte« befassten, was in Schleswig-Holstein zur Publikation einiger tatsächlich grundlegender Beiträge führte.⁵ Rezente Publikationen zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zeigen mit Nachdruck, dass sich auch den Vertreter*innen dieser wichtigen historischen Teildisziplin die Bedeutung von Skandalen für die Erforschung ihrer Materie erschlossen hat. So waren Skandale beispielsweise Inhalt eines Themenhefts der neugegründeten *Kieler Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte*,⁶ und die 2021 veröffentlichte Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) wartet, fast schon wie selbstverständlich, gleichsam mit einem lesenswerten Beitrag zu einer »Geschichte der JGU in Skandalen« auf.⁷ Wenn nun gerade mir die Gelegenheit gewährt wird, im Folgenden über Skandal als Stadtgeschichte einige grundsätzliche Beobachtungen anzustellen und weiterführende Gedanken zu formulieren – dabei werde ich mich zwar nicht ausschließlich, aber doch zentral mit Steinwaschers Kernthesen auseinandersetzen, Skandale seien erstens ein Thema vor allem moderner Politik und ihre Behandlung im Rahmen einer Stadtgeschichte sei zweitens nicht ganz nachvollziehbar –, bedarf es vielleicht vorab der erklärenden Erläuterung, dass ich die von Steinwascher besprochene Kieler Stadtgeschichte verfasst habe. Damit kann ich nicht nur mit Fug und Recht behaupten, mit der nicht chronologisch, sondern thematisch gegliederten Gesamtdarstellung einer Stadtgeschichte ein anscheinend erfolgreiches Experiment unternommen, sondern zugleich mit der im Rahmen der Stadtgeschichte gleichrangig zu anderen relevanten Aspekten vorgenommenen Behandlung des Skandalthemas Neuland der Stadtgeschichtsforschung betreten zu haben.

4 Themenschwerpunkt »Skandalgeschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 69 (2018), H. 1-2.

5 Sönke Zankel (Hg.), *Skandale in Schleswig-Holstein. Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten*, Kiel 2012.

6 Oliver Auge, Karen Bruhn (Hg.), *Abseits der Universität?. Skandal, Terrorismus, Kriegsgefangenschaft in der Kieler Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Kiel 2020, abrufbar unter <<https://doi.org/10.38072/2701-5122/v1>> (23.12.2020).

7 Stefanie Martin, »Die Gutenbergschande«. Eine Geschichte der JGU in Skandalen, in: Georg Krausch (Hg.), *75 Jahre Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1946-2021. Universität in der demokratischen Gesellschaft*, Regensburg 2021, S. 482-496.

I. Skandale als Thema moderner Politik

Wohl niemand wird Steinwascher ernsthaft widersprechen wollen, dass Skandale ein – die Ergänzung sei erlaubt: medial vermitteltes – Thema moderner Politik sind. Konsequenterweise befasste sich schon eine lange Reihe namhafter Vertreter*innen der Politik- und Medienwissenschaften intensiv mit der Skandalforschung, worauf eine stattliche Anzahl an grundlegenden Veröffentlichungen zurückzuführen ist.⁸ Aus Tagespresse, Rundfunk, Fernsehen sowie Internet stehen uns allen obendrein verschiedenste aktuelle Politskandale vor Augen. Als geradezu beliebige, aktuelle Stichworte seien hier lediglich der Skandal um die PKW-Maut⁹, der Abgasskandal¹⁰ und der Wirecardskandal¹¹ genannt. Skandale als Thema und Resultat moderner Politik – das gilt selbstverständlich nicht bloß für internationale oder deutschlandweite Skandale wie die eben angeführten, sondern auch für diejenigen auf kommunal-städtischer Ebene.

Nicht von ungefähr leitete ich das »Skandalkapitel« meiner Kieler Stadtgeschichte mit einem seinerzeit noch ganz aktuellen Politskandal ein – wiewohl er im Nachhinein sicher bloß als Skandälchen charakterisiert werden kann. Immerhin hieß es seinerzeit in der Presse: »Der Skandal-Sumpf im hohen Norden. In keinem Bundesland

-
- 8 Siehe exemplarisch Hans Mathias Kepplinger, *Die Mechanismen der Skandalisierung. Warum man den Medien gerade dann nicht vertrauen kann, wenn es darauf ankommt*, Reinbek 42018; Ders., *Medien und Skandale*, Wiesbaden 2018; Ders., *Publizistische Konflikte und Skandale*, Wiesbaden 2009; Bernhard Pörksen, *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, Bonn 2018; Ders./Hanne Detel, *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter*, Köln 2012; Bodo Hombach (Hg.), *Skandal-Politik! Polit-Skandal! Wie politische Skandale entstehen, wie sie ablaufen und was sie bewirken*, Marburg 2012; Kristin Bulkow/Christer Petersen (Hg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung*, Wiesbaden 2011; Marc Polednik/Karin Rieppel, *Gefallene Sterne. Aufstieg und Absturz in der Medienwelt*, Stuttgart 2011; Jens Bergmann/Bernhard Pörksen (Hg.), *Skandal! Die Macht öffentlicher Empörung*, Köln 2009; Themenschwerpunkt »Soziale Normen und Skandalisierung/Social Norms and Scandalization«, in: *Religion – Staat – Gesellschaft* 9 (2008), H. 1; Klaus Kamps, *Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politvermittlung*, Wiesbaden 2007; Steffen Burkhardt, *Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse*, Köln 2006; Roland Reichenbach/Heiko Breit (Hg.), *Skandal und politische Bildung. Aspekte zu einer Theorie des politischen Gefühls*, Berlin 2005; Dirk Käsler u.a., *Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik*, Opladen 1991; Manfred Schmitz, *Theorie und Praxis des politischen Skandals*, Frankfurt a.M./New York 1981.
- 9 Siehe exemplarisch o.V., *Neues Gutachten fällt vernichtendes Urteil über Scheuer im Maut-Skandal*, in: *Focus Online* (16.1.2020), <https://www.focus.de/auto/news/untersuchungsausschuss-beginnt-heute-neues-gutachten-faellt-vernichtendes-urteil-ueber-scheuer-im-maut-skandal_id_11557230.html> (23.12.2020); Florian Naumann, *Scheuer vor neuem Skandal? Handydaten fehlen – Grünen vermuten »systematisches Vorgehen«*, in: *Merkur.de* (12.3.2020), <<https://www.merkur.de/politik/andreas-scheuer-skandal-handydaten-pkw-maut-csu-untersuchungsausschuss-bundestag-zr-13595932.html>> (23.12.2020).
- 10 Siehe den Eintrag »Abgasskandal«, in: *Wikipedia*, <<https://de.wikipedia.org/wiki/Abgasskandal>> (23.12.2020).
- 11 Siehe den Eintrag »Wirecard scandal«, in: *Wikipedia*, <https://en.wikipedia.org/wiki/Wirecard_scandal> (23.12.2020).

gibt es so viele Skandale wie in Schleswig-Holstein. Nun hat es die Kieler Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke erwischt.¹² Um was ging es? Die meisten Skandale haben regelmäßig und anscheinend sogar mit stark steigender Tendenz nur eine so geringe Halbwertszeit, was ihren Erinnerungswert betrifft, dass diese Frage: »Um was ging es eigentlich?« überaus berechtigt und angezeigt ist. Die gebürtige Kielerin und langjährige SPD-Genossin Susanne Gaschke (*1967) hatte am 1. Dezember 2012 das Amt der Kieler Oberbürgermeisterin angetreten.¹³ Schon während ihres Studiums der Anglistik, Pädagogik und des Öffentlichen Rechts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) war sie politisch aktiv gewesen. Knapp ein halbes Jahr nach Amtsantritt fällt Gaschke nun im Alleingang eine Eilentscheidung zugunsten des Augenarztes Detlev Uthoff (*1945), wonach dieser seit den 1990er Jahren angefallene Gewerbesteuer-schulden in Höhe von 4,1 Millionen Euro in monatlichen Ratenzahlungen bei gleichzeitigem Verzicht der Stadt Kiel auf Zinsen, Mahngebühren usw. in Höhe von 3,7 Millionen Euro endlich begleichen sollte.

Die Angelegenheit war deswegen so pikant, weil die Kommunalpolitik seit Jahren erfolglos um eine Lösung des Steuerproblems gerungen hatte und weil sich mit dem Namen Uthoff eine überregional renommierte Augenklinik und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in der Stadt verband. Die CDU-Opposition im Rathaus verlangte rasch die Rücknahme des Eilentscheids, den die Kommunalaufsicht im Oktober 2013 dann tatsächlich als rechtswidrig einstufte. In der Folge nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall auf. Der wachsenden parteilichen und öffentlichen Kritik an ihrer Entscheidung begegnete die Oberbürgermeisterin mit einer überraschend emotionalen Rede vor der Kieler Ratsversammlung. Darin hieß es, sie sei in ein »zerstörerisches Spiel« involviert, »um einiges zerstörerischer [...], als ich es mir je hätte träumen lassen«. Dieses wolle sie aber nicht mitspielen. Angesichts ihrer immer wahrscheinlicher werdenden Abwahl trat Gaschke schließlich am 28. Oktober 2013 mit sofortiger Wirkung vom Amt der Oberbürgermeisterin zurück, was sie nicht zuletzt mit dem »Hass« begründete, mit dem ihr die »testosterongesteuerten Politik- und Medientypen, die unseren Politikbetrieb prägen und deuten«, begegnen würden. Im Nachgang stellte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen wegen des Untreueverdachts wieder ein. Der Fall Uthoff war damit noch nicht beigelegt. Vielmehr drängte der Augenarzt auf Einhaltung des mit Gaschke erreichten Steuerdeals. Schließlich verkaufte er im März 2015 seine Augenklinik an eine Investorengruppe; die Kieler Ratsversammlung stimmte im November 2016 einem neuen Insolvenzplan Uthoffs zu, wonach der Stadt rund 2,5 Millionen Euro an Rückzahlungen in Aussicht gestellt wurden.

Dieser Kieler Gaschke-»Skandal« war freilich nichts im Vergleich zur Barschel- und der damit in Verbindung stehenden Schubladenaffäre von 1987/93. Dieses ganze Skandalkonglomerat brachte Schleswig-Holstein und der Stadt Kiel bis heute den zweifelhaften Ruf ein, ein Hort des Skandalismus in Deutschland zu sein, weswegen auch

12 Maike Freund/Jan Mallien/Sebastian Schaal, Der Skandal-Sumpf im hohen Norden, in: Handelsblatt v. 28.10.2013, <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schleswig-holstein-der-skandal-sumpf-im-hohen-norden/8995104.html>> (23.12.2020).

13 Dazu und zum Folgenden Auge, Kiel (Anm. 3), S. 143-145.

dies in meiner Stadtgeschichte nicht unerwähnt blieb. Da sich die Affären einer größeren Bekanntheit erfreuen, kann ich mich kürzer fassen.¹⁴ Der seit 1982 amtierende Ministerpräsident Uwe Barschel (*1944; †1987) fürchtete 1987 um seine Wiederwahl und engagierte daher für seinen Wahlkampf den Journalisten Reiner Pfeiffer (*1939; †2015). Insbesondere der damalige Spitzenkandidat der SPD, Björn Engholm (*1939), wurde bald Opfer vielfältiger fragwürdiger Intrigen. Später sollte Pfeiffer Barschel als den Urheber sämtlicher Aktionen benennen. Letztlich wurde dessen Urheberschaft aber nie endgültig bewiesen. Pikant wurde die Angelegenheit dadurch, dass sie an die Presse gelangte. Kurz vor der entscheidenden Landtagswahl berichtete der *Spiegel* darüber. Um sich aus der Affäre zu ziehen, gab Barschel dann am 18. September 1987 in einer aufsehenerregenden Pressekonferenz sein Ehrenwort, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos seien. Weitere Enthüllungen zwangen ihn freilich schon am 2. Oktober zum Rücktritt. Neun Tage später fand man seine Leiche in einer Badewanne im Hotel Beau-Rivage in Genf. Die rätselhaften Umstände seines Todes wurden nie restlos aufgeklärt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss führte zum Ergebnis, dass Barschel wahrscheinlich oder tatsächlich Mitwisser von Pfeiffers Aktionen gewesen ist. 1993 wurde indes bekannt, dass der seinerzeitige SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen (*1936) 1988/89 rund 50.000 DM aus seiner Küchenschublade an Pfeiffer gezahlt hatte – daher der Name Schubladenaffäre. Auch erfuhr die Öffentlichkeit, dass die SPD-Spitze um Engholm viel früher als zugegeben von Pfeiffers Aktionen gewusst hatte. Engholm hatte bis dahin immer falsch behauptet, erst durch die Veröffentlichung im *Spiegel* davon erfahren zu haben. Deshalb musste er als Vorsitzender der Bundes-SPD, SPD-Kanzlerkandidat und schleswig-holsteinischer Ministerpräsident zurücktreten. Das Skandalkonglomerat ist bis heute ein Synonym für politisch skandalöse Praktiken schlechthin. Auch wenn es die landespolitische Ebene betraf und die Politik in der noch kleinen Bundesrepublik insgesamt nachhaltig erschütterte, ist es natürlich mit Kiels Namen als Schauplatz untrennbar verbunden und ein jederzeit abrufbarer Bestandteil der politischen Debatten und Erinnerungskultur vor Ort. Es durfte daher keinesfalls in einer Stadtgeschichte Kiels fehlen!

II. Mehr als nur Politik: Skandale als umfassendes gesellschaftliches Phänomen

In Anspielung auf die berüchtigte Watergate-Affäre unter dem US-Präsidenten Richard Nixon (*1913; †1994) wird die Barschel-Pfeiffer-Affäre auch als Waterkant-Affäre bezeichnet. Sie stellt einen Politskandal par excellence dar. Allerdings weist das Spektrum an Skandalen, wenn man das Phänomen möglichst in seiner Gesamtheit erfassen möchte, natürlich deutlich über den bloßen politischen Bereich hinaus, der oftmals ohnedies kaum scharf von anderen relevanten Feldern zu trennen ist. Es geht auch um Justiz-, Medien-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur-, Gesundheits-, Drogen-, Sex- und

14 Siehe dazu ebd., S. 147-150; Wolfram Baentsch, Der Doppelmord an Uwe Barschel. Die Fakten und Hintergründe, München³2007; Michael Mueller u. a., Der Fall Barschel. Ein tödliches Doppelspiel, Berlin 2007.

viele andere Skandale mehr. Das führen bereits die drei vorhin beispielhaft genannten Skandale plakativ vor Augen: Der Abgasskandal ist zugleich auch ein Umweltskandal, der Wirecard- oder der Mautskandal bewegen sich zwischen Politik und Wirtschaft.

Der Blick einer auch an Skandalen interessierten Stadtgeschichtsforschung sollte daher gleichfalls über das rein politische Feld hinausgehen, wie es auch in der nun schon mehrfach zitierten Kieler Stadtgeschichte von 2017 geschah. So kam es im Kiel der 1920er Jahre zu einem vom Intendanten der städtischen Bühnen Curt Elwenspoek (*1884; †1959) und dem von ihm engagierten Dramaturgen und Regisseur Carl Zuckmayer (*1896; †1977) entfachten aufsehenerregenden Theater- oder Kulturskandal.¹⁵ Gemeinsam mit weiteren Beteiligten wollten sie als ambitionierter »Junger Kreis« vom Kieler Theater aus die Welt erneuern. Doch bot Kiel für ein solches Ziel damals einen denkbar schlechten Nährboden, wie Zuckmayer später selbst feststellte. Dafür handelte es sich bei Kiel nämlich um eine Stadt, aus der die revolutionären Matrosen von 1918 längst verschwunden und in der nur noch ihre verbitterten, mittlerweile pensionierten Marine-Vorgesetzten zurückgeblieben waren. Daneben gab es, so Zuckmayer weiter, »ein bis in den Dickdarm konservatives, geistig verstopftes Handelsbürgertum«, das Ton und Denkart bestimmte.

Im Streit um die eigenmächtige Verlängerung der Verträge von Zuckmayer und weiterer Angehöriger des »Jungen Kreises« schlug die städtische Theaterkommission bald die Absetzung des Intendanten vor. Als Reaktion planten Elwenspoek und Zuckmayer einen Rieseneklat, der »das Theater wenigstens symbolisch in die Luft sprengen sollte«. Dafür wurde kurzerhand eine von Zuckmayer geschaffene Neuinszenierung des Eunuuchen, einer Komödie des römischen Dichters Terenz (*zwischen 195 und 184 v. Chr.; †159/158 v. Chr.), auf den Spielplan gesetzt, die nicht mit tagespolitischen Anspielungen geizte. So trugen der Feldherr Thraso und sein Schmarotzer Gnatho Masken von Hindenburg (*1847; †1934) und Ludendorff (*1865; †1937). Am Schluss betrat eine junge, nackte Schauspielerin die Bühne, deren Brüste orange angemalt waren und auf deren Bauchnabel sich eine Sonne mit blauen Strahlen befand. Gefragt, woher sie stamme, antwortete sie unter dem Grölen des Publikums lispelnd: »Aus Lesbos.« Die Theaterkommission und die lokale wie überregionale Presse waren nach der Generalprobe am 17. April 1923 empört. Erstere verbot dem Intendanten jede weitere Aufführung. Die *Frankfurter Zeitung* schrieb, dass selbst »die Abgebrühtesten unter den Zuschauern, denen man sonst wirklich kein Moralphilistertum nachsagen kann, erschrocken zurückwichen und heute die Absetzung des »Eunuch« nicht für ungerechtfertigt halten.« Der erhoffte Skandal war also erreicht. Wenig später wurde Elwenspoek entlassen, und am 23. Mai 1923 erfolgte Zuckmayers Kündigung. Er ging nach München und dann nach Berlin, wo er mit seinen Stücken »Hauptmann von Köpenick« (1931) oder »Des Teufels General« (1946) große Theatererfolge feiern sollte.

15 Auge, Kiel in der Geschichte (Anm. 3), S. 152f.; Gunther Nickel, »Geht ihr denn hin und schwängert eure Weiber«. Zur Wiederentdeckung von Carl Zuckmayers Komödie »Der Eunuch«, in: Jahrbuch zur Kultur und Literatur der Weimarer Republik 3 (1997), S. 101-117. Auch zum Folgenden.

III. Mehr als nur Zeitgeschichte: Skandale als epochenübergreifendes Phänomen

Wie gerade die letzten beiden Kieler Beispiele zeigen, sind Skandale natürlich und vordergründig Bestandteil der Zeitgeschichte.¹⁶ Der ganze Sammelband zu Skandalen im Marburg des 20. Jahrhunderts unterstreicht diesen Sachverhalt, den gewiss auch Steinwascher in seiner eingangs zitierten Rezension im Blick hatte, wenn er von Skandalen als Thema moderner Politik sprach. Wiederum stützt eine ansehnliche Reihe an Publikationen diese Sicht.¹⁷ Allerdings gab es Skandale natürlich auch schon vor dem 20. Jahrhundert. Sie bilden, wie Christoph Cornelißen im Editorial zum bereits genannten GWU-Themenheft ganz zu Recht schreibt, eine Konstante in der Geschichte:

»Zwar hängen viele Beobachter heute der Ansicht an, dass erst die modernen Medien den Weg zur Skandalisierung von immer mehr Lebensbereichen mit sich gebracht hätten, aber tatsächlich handelt es sich hierbei um ein epochenübergreifend zu beobachtendes Phänomen.«¹⁸

Das beweist, um bei der uns hier näher interessierenden Stadtgeschichte zu bleiben, schon ein kursorischer Blick in die denkbar klassischsten Stadtgeschichten überhaupt: diejenigen von Athen und Rom. So handelte es sich beim Todesurteil gegen Sokrates (* 469 v. Chr.; † 399 v. Chr.) in Athen 399 v. Chr. um einen offensichtlichen Justizskandal.¹⁹ Der vorausgehende Prozess fand vor aller Öffentlichkeit im Zentrum Athens unter Beteiligung von 500 Juroren und mit zahlreichen Zuschauern statt. Keine Stadtgeschichte Roms kommt wiederum ohne die Erwähnung des kaum weniger öffentlichen Bacchanalienskandals von 186 v. Chr. aus, in dessen Verlauf die städtischen Machthaber den Anhängern des Bacchus-Kultus dessen weitere Pflege bei nächtlichen, orgiastischen Feiern untersagten.²⁰ Von einem anderen Gesellschaftsskandal im Rom des

16 Siehe dazu den Beitrag von Martin Sabrow in diesem Band.

17 Vgl. etwa Malte König, Greenpeace im Visier Frankreichs. Die Versenkung der »Rainbow Warrior« als medialer und diplomatischer Skandal 1985/86, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 69 (2018), H. 1-2, S. 5-17; Christoph Marx, »Muldergate«. Außenpolitische Propaganda und interne Machtkämpfe in Südafrika Ende der 1970er Jahre, in: ebd., S. 51-66; Michael Gehler, Die Affäre Waldheim. Eine Fallstudie zur Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit zur politischen Vorteilsverschaffung 1986-1988, in: ebd., S. 67-85; Annika Klein, Hermes, Erzberger, Zeigner: Korruptionsskandale in der Weimarer Republik, in: Kristin Bulkow/Christer Petersen (Hg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung*, Wiesbaden 2011, S. 49-65.

18 Christoph Cornelißen, Editorial, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 69 (2018), H. 1-2, S. 4.

19 Romano Guardini, *Der Tod des Sokrates. Eine Interpretation der platonischen Schriften Euthyphron, Apologie, Kriton, Phaidon*, Ostfildern ⁸2013; Robin Waterfield, *Why Socrates Died: Dispelling the Myths*, London 2009; Peter Scholz, *Der Prozeß gegen Sokrates. Ein »Sündenfall« der atheistischen Demokratie?*, in: Leonhard Burckhardt/Jürgen von Ungern-Sternberg (Hg.), *Große Prozesse im antiken Athen*, München 2000, S. 157-173.

20 Frank Kolb, *Rom. Die Geschichte der Stadt in der Antike*, München ²2002, S. 222f.; ferner Sarolta A. Takács, *Politics and Religion in the Bacchanalian Affair of 186 B.C.E.*, in: *Harvard Studies in Classical Philology* 100 (2000), S. 301-310.

Jahres 62/61 v. Chr. weiß man von Cicero (*106 v. Chr.; †43 v. Chr.).²¹ Auf dem Fest zu Ehren der Bona Dea, zu dem Männer keinen Zutritt hatten und das damals die Frau C. Julius Caesars (*100 v. Chr.; †44 v. Chr.) namens Pompeia ausgerichtet hatte, war der designierte Quästor P. Clodius Pulcher (*um 92 v. Chr.; †52 v. Chr.) – ein Mann! – in Frauenkleidern ertappt worden. Angeblich hatte er sich auf diese Weise Caesars Gattin annähern wollen. Das galt als unglaublicher Frevel und böses Omen. Jedoch blieb für Clodius diese skandalöse Tat weitgehend folgenlos, was ein weiterer Skandal war. Denn mit dem Geld des M. Licinius Crassus (*115/114 v. Chr.; †53 v. Chr.) gelang es ihm, die Mehrzahl der 31 Richter zu bestechen und so einen Freispruch zu erwirken. Caesar freilich trennte sich von seiner Frau, obwohl sie anscheinend gar nichts von Clodius Kleidertausch und Annäherungsversuch gewusst hatte.

Wie diese Beispiele verdeutlichen, macht es also durchaus Sinn, auch vor der Zeitgeschichte nach Skandalen Ausschau zu halten und diese zu untersuchen. Sie sind mitnichten, wie Steinwascher schreibt, vor allem ein Thema moderner Politik. Die Hexenprozesse, die Steinwascher in diesem Zusammenhang nennt, stellen dabei in der Tat eine andere Kategorie dar, was so aber auch in der Kieler Stadtgeschichte unmittelbar angesprochen worden ist, heißt es doch darin: »Für uns heute (!) als Justizmorde geradezu skandalös, damals aber durchaus mit dem geltenden Recht in Einklang stehend, waren [...] die Hexenprozesse der frühen Neuzeit.«²² Hier wie grundsätzlich kommt es selbstverständlich immer auch auf den inhaltlichen und zeitlichen Standpunkt des bzw. der Betrachtenden an, ob er oder sie einen Sachverhalt für einen Skandal hält oder nicht. Das bedeutet im Umkehrschluss aber keineswegs, dass die Zeiten vor der Moderne keine Skandale kannten.

Die Kieler Verhältnisse liefern hierfür vortreffliche Belege, was freilich bestimmt kein hervorgehobenes Alleinstellungsmerkmal darstellt. Denn mit der *Tragisch-kuriosen Kieler Chronik* des Bürgermeisters Asmus Bremer (*vor 1652; †1720) liegt eine beispielhafte zeitgenössische Chronique scandaleuse vor.²³ Bremer, Sohn eines Wein- und Bierhändlers, stieg nach seinem 1670 aufgenommenen Jurastudium an der CAU 1688 zum Kieler Ratsherrn und 1702 zum Bürgermeister auf. 1711 in herzogliche Ungnade gefallen, kehrte er schon zwei Jahre später in sein Bürgermeisteramt zurück, das er nun bis zu seinem Tod bekleidete. Bremer betreute währenddessen das städtische Archiv und hatte so Zugang zu den Papieren und Aufzeichnungen über spektakuläre

21 Zum Folgenden Karl Christ, *Krise und Untergang der römischen Republik*, Darmstadt 31993, S. 284f.; o.V., 1. Januar 61 v. Chr. Skandal beim Fest der Bona Dea, in: *damals.de* v. 16.1.2002, <<https://www.wissenschaft.de/zeitpunkte/skandal-beim-fest-der-bona-dea>> (24.12.2020).

22 Auge, Kiel (Anm. 3), S. 154.

23 Siehe dazu und zum Folgenden Moritz Stern (Hg.), *Chronicon Kiliense tragicum-curiosum 1432-1717*. Die Chronik des Asmus Bremer Bürgermeisters von Kiel (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Heft 18 u. 19), Kiel 1916, hier S. XVII-LIII (Einleitung); ferner Jürgen Jensen (Hg.), *Asmus Bremers ordentliche und wahrhafte Beschreibung der Geschichte von vielerlei Gewalt, Mord, Übeltaten und Unglücksfällen, welche sich in der Stadt Kiel und daherum von anno 1432 bis anno 1717 begeben haben*. Eine Auswahl aus dem *Chronicon Kiliense tragicum-curiosum*, Neumünster 1976; vgl. dazu auch Auge, Kiel in der Geschichte (Anm. 3), S. 155-157. Zur Person des Autors siehe Dieter Lohmeier, Bremer, Asmus, in: Olaf Klose (Hg.), *Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck*, Bd. 5, Neumünster 1979, S. 51f.

Unglücksfälle, Verbrechen und skandalbehaftete Vergehen in der Stadt und ihrer Umgebung, die ihm die Abfassung seines von 1432 bis 1717 reichenden *Chronicon* erlaubten. Es handelt sich dabei um ein eminent wichtiges Zeugnis der Kieler Kultur- und Rechtsgeschichte jener Epoche. Schon die Zeitgenossen erkannten seinen besonderen Wert und kauften daher Bremers Witwe 1740 das Manuskript für 44 Reichstaler ab. 1916 gab der Kieler Rabbi Moritz Stern (*1864; †1939) das *Chronicon Kiliense tragicum-curiosum* erstmalig heraus.

Man muss nicht lange in Sterns Ausgabe blättern, um auf der Suche nach Skandalösem fündig zu werden. Die städtische Öffentlichkeit war darin im Regelfall vom Beginn des Skandalgeschehens bis zu seinem Ende, also bereits durch die Verübung und Beobachtung des betreffenden Vergehens im öffentlichen Raum sowie dann durch die (semi-)öffentliche Gerichtspraxis bis hin zur öffentlichen Ahndung durch Bestrafung am Pranger oder Hinrichtung mehr oder minder unmittelbar einbezogen.²⁴ So heißt es in der Chronik etwa zum 29. September 1687:

»Am Michaelistage hat eine Frauenperson Nahmens Cathrin Elisabeth Hukfeldes, welche sich vor eine Quäkerin ausgegeben und einige Zeit alhir im Christenthum unterrichtet worden, in öffentlicher Versammlung nach der Hauptpredigt die heylige Tauffe empfangen. Weil es aber nachgehends kund worden, daß sie mit ihrem Informatorn und Haußwirth Peter Walkman, einem Ehemann, verschiedentlich Hurerei und Unzucht getriben, ist dieselbe wegen solcher vorsetzlicher Weise begangenen Schändung des Sacraments der heyligen Tauffe und um selbige Zeit, da sie zum Christenthum geführt werden wollen, getribenen Unzucht und Hurerei den 24. Febr(uar) 1688 öffentlich an dem Pranger mit Ruhten ausgestrichen und des Landes verwisen worden.«²⁵

Im Juli 1603 soll sich ein Fall von Exhibitionismus zugetragen haben: Paul Quase nämlich war nach übermäßigem Alkoholkonsum »wieder alle menschliche Gebühr und Vernunft unflätiger viehischer Weise auf offenbarer freyer Straßen ohne Scheu und Scham vor alten und jungen Leuten, ja Frauen und Jungfrauen und kleinen Kindern, als ein unvernünftig Vieh bloßes und nacketes Leibes herum gegangen«.²⁶

Wem das noch nicht zur Veranschaulichung genügt, wird sich von mehreren berichteten Sodomiefällen, was Sex mit Tieren meint, bestimmt überzeugen lassen. Zum Jahr 1584 erwähnt Bremer den Fall Peter Oldenburgs, genannt Hartig, der in Lübeck gefangen genommen worden sei, weil er unter anderem

»etliche Kirchen gebrochen, vielfältige unmenschliche Mordthaten, Brand, Dieb- und Straßenräuberei begangen, Jungfrauen und Frauen schenden, auch schwangere Wei-

24 Siehe zu diesem Sachverhalt allgemein Richard van Dülmen, *Theater des Schreckens: Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit*, München⁶ 2014, S. 7: »[...] daß diese öffentlichen Strafaktionen [...] nicht nur viel Volk von weither anlockten, sondern von der Obrigkeit bewußt als Volksfeste inszeniert wurden. Öffentliche Straktionen bildeten [...] einen wichtigen Bestandteil öffentlicher Kultur in jeder traditionellen Gesellschaft [...]« Vgl. zudem ebd., S. 145-160 (Kap. 7: Volk und Gericht).

25 Stern, *Chronicon Kiliense* (Anm. 23), S. 344.

26 Ebd., S. 208.

ber umbringen und aufschneiden helfen. Item daß er zu dreyen Mahlen mit unvernünftigen Thieren Sodomitische abscheuliche Sünden begangen etc.«²⁷

»Ungepeiniget«, also ohne Folter, hatte der ca. 24-jährige Übeltäter seine vielen Vergehen gestanden. Entsprechend martialisch war die Bestrafung: Er wurde »mit glüenden Zangen gerissen, von unten auf gerädert und folgendes ins Feuer geworfen und verbrandt [...]«. »Den 30. Decemb(er) (1697)«, heißt es bei Bremer an anderer Stelle, »ist Hans Jürgen Frese, Claus Fresen des Vogts zu Cronshagen Sohn, wegen unternommener Sodomiterey mit einer rohten Kuhe durch Urthel und Recht zu Cronshagen condemniret worden, daß er von dem Scharfrichter des Landes uf ewig solle verwisen werden.«²⁸ Oder: »Anno 1715 am selbigen dritten Pfingsttage ist ein Dänischer Reuter in dem Amte Bordesholm zu Schmalstede wegen verübter Sodomitereysünde enthauptet und der Körper zunebst den Vieh verbrandt worden.«²⁹

IV. Mehr als nur eine Stadt: Skandale als omnipräsentes Phänomen

Die zitierten Beispiele unterstreichen mit Vehemenz, dass es sinnvoll ist, bei der Erschließung der Kieler Skandalgeschichte auch auf die frühe Neuzeit und, wenn die Quellenlage es hergibt, das Mittelalter zu schauen. Dabei steht zu vermuten – und die in diesem Band vorgenommene Sichtung der Marburger Skandalfälle des 20. Jahrhunderts legt das eindrucksvoll nahe –, dass Kiel keine Ausnahme darstellt, was die hier vorgefallenen Skandale anbelangt, sondern die sprichwörtliche stadtgeschichtliche Regel. Das bedeutet, dass z. B. München, Düsseldorf, Berlin und andere Städte in epochenübergreifender Perspektive mit Sicherheit nicht weniger Skandale vorzuweisen haben. Das gibt Steinwascher in seiner nun schon mehrfach zitierten Besprechung eigentlich selbst zu, schreibt er doch, das Skandalthema könne man auch für manche andere Stadt durchdeklinieren. Es ist wohl nicht zu mutig zu behaupten, dass dies nicht nur für manche, sondern für nahezu jede andere Stadt gilt. Skandalgeschichte ist kein Einzel- oder Sonderfall, sondern nimmt einen Allgemeinplatz ein; Skandalgeschichte ist damit ein translokal vergleichbares historisches Thema. Und auf Vergleichbarkeit kommt es der vergleichenden Stadtgeschichtsforschung, als deren Teil sich eine jede Stadtgeschichte verstehen sollte, selbstredend in essentieller Weise an.

V. Skandal- als Stadtgeschichte: Die Relevanzfrage

Nachdem dargelegt wurde, dass Skandalgeschichte beileibe nicht nur auf politische Geschehnisse rekurriert und wohl schwerpunktmäßig, aber bestimmt nicht nur die Zeitgeschichte betrifft, kommen wir mit der nicht von der Hand zu weisenden Vermutung, Skandalgeschichte sei Teil nahezu jeder Stadtgeschichte, also quasi omnipräsent, zur eigentlich bereits am Anfang dieser Ausführungen im Raum stehenden Frage nach der

27 Ebd., S. 87f.

28 Ebd., S. 359f.

29 Ebd., S. 376.

grundsätzlichen Relevanz von Skandalgeschichte. Warum nur soll man sich überhaupt als Stadthistoriker*in mit Skandalen befassen? Wie wird deren Behandlung im Rahmen einer Stadtgeschichte für Außenstehende, wie Steinwascher es im Kieler Fall einer war und ist, nachvollziehbar?

Skandale sind gesellschaftliche Phänomene, wie die etablierte allgemeine Skandalforschung gezeigt hat.³⁰ Sie zeichnen sich dadurch aus, dass es sich um Sach-, Personen- und Umweltschädigungen im weitesten Sinne oder um Verletzungen von mit der Zeit variierenden Normen, Regeln und Werten handelt, die sich als »Missstände« generalisieren lassen.³¹ Diese Missstände sind von Menschen verursacht, die aus tatsächlich oder vermeintlich eigennütigen Motiven gehandelt haben, d.h. Skandale sind durchweg Ergebnisse menschlichen (Fehl-)Verhaltens und (fehlgeleiteten) Handelns. Zumindest prinzipiell wäre daher jeweils ein anderes, korrektes Verhalten der menschlichen Verursacher möglich und denkbar gewesen. Die Verstöße werden einer Öffentlichkeit intensiv und weitgehend einheitlich medial vermittelt, was deren Empörung hervorruft. Die zu Recht oder zu Unrecht Angeprangerten müssen für ihre Schuld zur Rechenschaft gezogen werden. In Skandalen werden aber nicht bloß Fehlverhalten und Normverletzungen und die dadurch erregte öffentliche Empörung sichtbar, sondern auch »die Regeln und Dispositive der jeweiligen diskursiven und performativen Praxis« offengelegt.³² Was skandalträchtig erscheint, ist historisch und medial bedingt.³³ Erst in der Öffentlichkeit wird skandalöses Verhalten, das sich gegen Werthaltungen derselben richtet, zum Skandal.

Die Erforschung von Skandal- im Rahmen von Stadtgeschichte lässt mithin Rückschlüsse auf die jeweils in und von einer Stadtgesellschaft postulierten Werte und Normen zu und offenbart obendrein, ob es zur Zeit eines Skandals überhaupt eine städtische Öffentlichkeit gab und, falls ja, wie diese darauf reagierte. Angesichts der Rolle einzelner Skandale, die die politische oder gesellschaftliche Tektonik in einer Stadt mehr oder minder stark erschüttern und in ihrer weiteren Entwicklung nachhaltig beeinflussen konnten, und aufgrund der schiereren Zahl der Skandale macht es daher mit Fug und Recht Sinn, im Rahmen einer Stadtgeschichte auch einen vertieften Blick auf diese Seite der Vergangenheit zu werfen. Dabei sei betont, dass ein solches Vorgehen nichts mit der Sensationslust der Regenbogenpresse zu tun hat, die vornehmlich unter Prominenten aus Gesellschaft, Kultur und Politik von Skandal zu Skandalchen eilt, um ihre Verkaufszahlen in die Höhe zu bringen.³⁴ Vielmehr hat die Erforschung der Skandalgeschichte als ernstzunehmender Zweig der modernen Geschichtswissenschaft und

30 Kristin Bulkow/Christer Petersen, Skandalforschung. Eine methodologische Einleitung, in: Dies. (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 9-25, hier S. 10.

31 Dazu und zum Folgenden Kepplinger, Medien (Anm. 8), S. 8f.

32 Bulkow/Petersen, Skandalforschung (Anm. 30), S. 9.

33 Ebd., S. 10.

34 Siehe z.B. o.V., Promiskandale 2020: Diese Stars sorgten für Aufsehen, in: Abendzeitung Digital v. 27.12.2020, <<https://www.abendzeitung-muenchen.de/promis/promi-skandale-2020-diese-stars-sorgten-fuer-aufsehen-art-691179/>> (28.12.2020).

der mittlerweile längst elaborierten Kriminalitätsgeschichte³⁵ zu gelten, deren tiefergehende Beleuchtung im Rahmen einer Stadtgeschichte wertvolle Rückschlüsse auf die Konsistenz einer Gesellschaft in ihrer jeweiligen Zeit erlaubt. Keine Stadtgeschichte sollte künftig auf diese wertvolle Option verzichten.

35 Andreas Blauert/Gerd Schwerhoff (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, Konstanz 2000.

Die Marburger Jäger-Truppe und ihre militaristische Nachgeschichte¹

Klaus-Peter Friedrich

Das in Marburg stationierte Kurhessische Jäger-Bataillon Nr. 11 wurde nach dem Ende Kurhessens 1866 als Einheit der preußischen Armee neu geschaffen.² Es machte danach mehrmals von sich reden: Nach dem militärischen Sieg über Frankreich Anfang 1871 halfen die sogenannten Marburger Jäger französischen Regierungstruppen, die Pariser Kommune niederzuschlagen, indem sie Fluchten zu verhindern suchten und auf Fliehende schossen. 1900/01 wirkten elf Freiwillige des Bataillons in China an der Niederwerfung des antiimperialistischen Aufstands der Boxer mit. 1904/05 beteiligten sich 23 Marburger Jäger in der Kolonie Südwestafrika, dem heutigen Namibia, am Völkermord an den Herero und Nama. An den beiden letztgenannten Kampfeinsätzen war die Jäger-Truppe jedoch nicht als militärische Einheit beteiligt.

Im August 1914, während des deutschen Angriffskriegs auf Belgien, nahm das Bataillon, sächsischen Truppen unterstellt, an Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung teil.³ Die Soldaten glaubten sich von Freischärlern (Franc tireurs) bedrängt und begegneten dem Widerstand der Einheimischen mit brutaler Gewalt. In der Kleinstadt Dinant starben insgesamt 674 Zivilisten, als die Eindringlinge ein »Großes Strafgericht« – Geislerschießungen und ähnliche Willkürakte – durchführten. Nach dem Ersten Weltkrieg verlangte die belgische Regierung vergebens die Auslieferung des als Kriegsverbrecher gesuchten Kommandeurs Max Graf von Soden (1869-1944). Während belgische Gerichte zahlreiche Deutsche, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, in Abwesenheit verurteilte, strengte der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht bloß halbherzige Ermittlungen gegen den Ruheständler an, ohne das belastende Material

-
- 1 Mein Dank gilt der Geschichtswerkstatt Marburg, welche die Arbeit an diesem Forschungsbeitrag finanziell unterstützt hat.
 - 2 Siehe dazu Albrecht Kirschner, Das Jägerbataillon Nr. 11 »Marburger Jäger«. Skizze zur Geschichte einer militärischen Einheit 1866 bis 1913, in: Klaus-Peter Friedrich/Albrecht Kirschner/Corinna Lützoff/Katharina Nickel (Hg.), Zur Geschichte der »Marburger Jäger«, Marburg 2014, S. 1-55, insb. S. 27-54 zum Folgenden.
 - 3 Klaus-Peter Friedrich, Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945, in: Ders./Albrecht Kirschner/Corinna Lützoff/Katharina Nickel (Hg.), Zur Geschichte der »Marburger Jäger«, Marburg 2014, S. 57-150, insb. S. 65-83. Dort auch zum Folgenden.

aus Belgien zu berücksichtigen. Hierzulande galt der Vorwurf von Kriegsverbrechen als deutschfeindliche Gräuelnachricht. 1925 wurde das Verfahren gegen von Soden eingestellt.⁴

Abb. 1: Jahrgang 1905-1907 der 4. Kompanie Reserve-Jäger Btl. 11, vorn die Offiziere, ganz vorn zwei Fahrradfahrer, im Hintergrund ein Gemälde der Patronin Margarethe von Italien, aufgenommen beim Königspreisschießen 3.8.1907, 3. C(ompagnie)



Privatbesitz Willi Balzer, Dautphetal

Für jenen Teil des Bataillons, der sich ursprünglich aus Reservisten zusammensetzte, sollte sich das Kriegsende um ein dreiviertel Jahr verzögern. Noch Anfang 1918 hatte das Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 11 in Palästina an Kämpfen teilgenommen. Nach Deutschland zurückgekehrt, sollte es auf einen weiteren Einsatz an der Westfront vorbereitet werden. Der Waffenstillstand ließ dies jedoch hinfällig werden. Die meisten Reserve-Jäger verpflichteten sich freiwillig zu Grenzschaufgaben. Diese bestanden nach eigenem Verständnis darin, Oberschlesien »vor den Spartakisten und den Polen für das Deutschtum« zu retten.⁵ Dabei wurden soziale Bewegungen mit aller Härte bekämpft: Bei einer Massendemonstration in Königshütte (poln. Królewska Huta) für gerechtere Löhne und gegen das in die Stadt verlegte Militär, das die Protestierenden einschüchtern sollte, feuerten die Reserve-Jäger am 3. Januar 1919 mit einem Maschinengewehr in die andrängende Menge. Damit richteten sie ein Blutbad an: Etwa 20

4 Vgl. Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003, S. 46-57, 203-205, 261.

5 So die Geschichte der Einheit von Bertram Schaefer/Heinrich Völke (Hg.), Geschichte des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 11, 1914-1919. Nach amtlichen Kriegstagebüchern, Berlin 1927, S. 317.

Personen wurden niedergeschossen, unter ihnen mindestens eine Frau und vier Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren.⁶ Die nach dem Namen ihres Anführers als »Freiwilliges Jäger-Korps [Ernst] von Chappuis« bezeichnete Truppe war später an anderen Grenzabschnitten eingesetzt, im Juli 1919 wurde sie aufgelöst. Jene Reserve-Jäger, die nicht zur Reichswehr übertreten wollten, kehrten im August 1919 zu ihrer Marburger Garnison zurück. Das an den oberschlesischen Protestierenden verübte Blutbad fand keine Sühne, die Angehörigen der Erschossenen hat man nie entschädigt – auch nicht später, in Królewska Huta⁷, von polnischer Seite, denn es gab keine Bemühungen, die Erschossenen, von denen die meisten polnische, andere deutsche Namen trugen, zu Märtyrern für die nationale Sache zu erheben.

Beim begeisterten Empfang der zu ihrer Garnison zurückkehrenden Jäger-Truppe überboten sich politische Vertreter Marburgs und die ihre Angehörigen sehnsüchtig Erwartenden. Die Volksfeststimmung erreichte Mitte Dezember 1918 ihren Höhepunkt, als das 11. Jäger-Bataillon heimkehrte. Zur Begrüßung sprachen Mitglieder des Magistrats und des Arbeiter- und Soldatenrats. Im Namen des schon 1910 gegründeten Vereins ehem. Jäger und Schützen gedachte Hans Bersch »der engen Beziehungen, die zwischen dem Bataillon und der Bürgerschaft Marburgs [...] von alters her bestanden.«⁸

In einer Todesanzeige für die im Krieg getöteten Offiziere des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 11 hieß es in einer Wortwahl, die den Sprachgebrauch der Nationalsozialisten bereits vorwegnahm:

»Voll stolzer Trauer und tiefster Dankbarkeit wird das Bataillon stets der gefallenen tapferen vorbildlichen Kameraden gedenken, die für des Vaterlandes Heldenkampf ihr hoffnungsvolles Leben ließen. Wohl ihnen, daß sie das Ende der ruhmreichen deutschen Armee und den Niedergang des Deutschen Reiches nicht mitzuerleben brauchten.«⁹

I. Kameradschaften und Traditionspflege der Jäger-Truppe

Der Versailler Vertrag beendete die militärische Existenz der Jäger-Truppe. Doch schlossen sich frühere Kriegsteilnehmer der Jäger-Bataillone schon 1919 in ersten Kameradschaften zusammen.¹⁰ Mitgliederstärkste Neugründung war die seit August 1921 als Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger, Sitz Marburg (E.V.) bekannte

6 Das Geschehen ist bislang nicht umfassend aufgearbeitet und sowohl von der Forschung wie in den vorliegenden Stadtgeschichten fast völlig ignoriert worden. Zur Tätigkeit des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 11 in Königshütte und Umgebung siehe Friedrich, *Geschichte* (Anm. 3), S. 85-90.

7 Królewska Huta wurde 1934 unter polnischer Herrschaft mit dem benachbarten Chorzów vereinigt und übernahm diesen Städtenamen.

8 O.V., Die Rückkehr des akt. Jägerbataillons Nr. 11, in: *Oberhessische Zeitung* v. 18.12.1918, S. 3.

9 Todesanzeige, in: *Oberhessische Zeitung* v. 22.7.1919.

10 Zu den Jägervereinigungen der 1920er und 1930er Jahre siehe Klaus-Peter Friedrich, *Eine Offizierkameradschaft in Marburg. Zur jüngsten Geschichte der vereinigten Offiziere des ehemaligen Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), H. 4, S. 293-314.

Verbindung.¹¹ Sie sollte laut Satzung der »Aufrechterhaltung und Förderung der Beziehungen der Mitglieder untereinander, Pflege der Kameradschaft und der Überlieferungen des Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11 und seiner Feldformationen, sowie [der] Pflege der Erinnerung an die gefallenen Kameraden des Bataillons und seiner Feldformationen« dienen. Zudem wurde festgelegt, dass die alljährlich in Marburg einzuberufende ordentliche Mitgliederversammlung »mit einem Jägertag« verbunden werde, »an dem sich alle ehem. Marburger Jäger hier in einigen frohen Stunden nach Erledigung der geschäftlichen Versammlung vereinigen sollen«. Sie fanden jeweils über ein Wochenende bis 1924 jährlich, danach 1926, 1927, 1929, 1933 und 1938 statt. Die Programmgestaltung war stark ritualisiert: am Vorabend Begrüßung, Jahresversammlung der Vereinsmitglieder am Sonntagmorgen, danach Mittagessen, ein Ausflug, und am Abend fand der sogenannte Grüne Abend im großen Stadtsaal statt, eingeleitet durch einen Redebeitrag oder Vortrag, der die Kriegstaten der Marburger Jäger feierte.¹² Dem folgten Laiendarstellungen, das gemeinsame Singen nationalistischer Lieder und das Aufsagen ebensolcher Gedichte. Von 1922 an kam am frühen Sonntagmorgen noch ein evangelischer Feldgottesdienst auf dem Kämpfrasen, in der Lutherischen Pfarrkirche oder im Schülerpark hinzu, dem ein Umzug – ein gemeinsamer Parademarsch mit der sogenannten Traditionskompanie – und am späten Vormittag die Mitgliederversammlung folgte. 1938 wurde am Montag noch ein Schießwettbewerb veranstaltet.

Auch viele Angehörige des Offizierskorps besuchten die Abendveranstaltung. Insgesamt nahmen am ersten Treffen rund 300 ehemalige Angehörige der Jäger-Bataillone teil, im Jahr darauf waren es mehr als zehnmal so viel (60 Offiziere und 3.500 Oberjäger und Jäger),¹³ was eine gesellschaftliche Aufwertung mit sich brachte: Anwesend waren Oberbürgermeister Paul Troje (1864-1942), der Rektor der Universität Johannes Gadamers (1867-1928), General Emmo von Dewitz (1858-1946) und der Vorsitzende des Kreis-Kriegerverbands Oberst Friedrich Immanuel (1857-1939).¹⁴ 1922 standen die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen in der Lahnstraße Spalier und begrüßten den Festzug der Jäger »mit nicht endenwollendem ›Heil!‹«. Wie die *Oberhessische Zeitung* mitteilte, seien die meisten aus dem besetzten Rheinland angereist, wo sie »vom Franzosenhaß geknechtet« würden: »Hier fanden sich die Herzen im nationalen Gedanken zusammen, vergessend all die Not und Sorge des Alltags in der Hoffnung auf den baldigen Wieder-Aufstieg des Vaterlandes.«¹⁵

Offizierkameradschaften der ehemaligen Jäger-Truppe entstanden noch vor der Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger. Vertreter zweier 1919 gebildeter Vereine

11 Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 275 Marburg, Acc. 1976/110, Nr. 18. Dort auch zu den folgenden Zitaten. Siehe ferner Öffentlicher Anzeiger zum Amtsblatt der Regierung zu Cassel v. 27.8.1921, S. 197-200, hier S. 199, Position 1009.

12 O.V., Jägertag in Marburg, in: *Oberhessische Zeitung* v. 9.5.1921, S. 2.

13 HStAM, 325/24, Nr. 1, Verein der Offiziere des ehem. Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, Mitteilung Nr. 5.6.1922, S. 3-5. Die *Oberhessische Zeitung* v. 6.6.1922, S. 2f., gab die Teilnehmerzahl sogar mit 5.000 an.

14 O.V., Jägertage in Marburg, in: *Oberhessische Zeitung* v. 6.6.1922, S. 2f.

15 O.V., Marburg und Umgegend. Nachklänge zum Marburger Jägertag, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.6.1922, S. 3.

trafen sich Ende 1920 im Offizierskasino in Marburg, um sich zum Verein der Offiziere des ehemaligen Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11 zusammenzuschließen. Vorsitzender war von Dewitz, Schriftführer anfangs Graf Soden. Zweck des Vereins war »die Unterstützung in Not geratener Kameraden oder deren Hinterbliebenen, die Pflege der Kameradschaft und die Pflege der Überlieferungen des Kurhess. Jäger-Bataillons Nr. 11 und seiner Kriegersformationen, sowie des Gedenkens an die Gefallenen«. ¹⁶ Der Verein hatte zwar nie mehr als 200 Mitglieder, verfügte aufgrund seiner personellen Zusammensetzung jedoch über erheblichen gesellschaftlichen Einfluss. ¹⁷

Der Offizierverein trat 1921 der Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger geschlossen bei und empfahl seinen damals 130 Mitgliedern, sich ihr auch einzeln anzuschließen. Die Vereinigung suchte den Schulterchluss mit den anderen Traditionsvereinen und den Einwohnern Marburgs. Auf den Jägertagen waren nicht nur die ehemaligen Oberjäger und Offiziere als Mitwirkende und Gäste gern gesehen, sondern auch die Angehörigen der Traditionskompanie der Reichswehr, in der im Oktober 1920 die aus dem Jägerbataillon Nr. 11 hervorgegangene, in Marburg stationierte 16. Jägerkompanie des Ausbildungs-Bataillons des Infanterie-Regiments 15 mit der Pflege der Überlieferungen der Jäger-Truppe betraut wurde. ¹⁸ Sie unterhielten freundschaftliche Beziehungen zu den Kameradschaften und beteiligten sich an deren Veranstaltungen. ¹⁹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit sollten die politischen, wirtschaftlichen sowie kulturellen und mentalen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges die Marburger Stadtgeschichte prägen: So waren bewaffnete Korporationsstudenten während des Kapp-Putschs dazu bereit, gegen die Institutionen der jungen Republik loszuschlagen. Bei den Morden von Mechterstädt erschossen Angehörige des Studenten-Korps Marburg (Stukoma) Ende März 1920 in Thüringen 15 Arbeiter. ²⁰ Viele Studenten nahmen auch am sogenannten Grenzschutz in Oberschlesien teil, etwa im Freikorps Lützow, einem rechtsgerichteten paramilitärischen Verband. ²¹ Im Mai 1924 veranstalteten die national-völkischen Studenten zu Ehren ihrer Heroen Albert Leo Schlageter und Erich Ludendorff, der zu diesem Zweck eigens nach Marburg gekommen war, einen »Deutschen Tag«. Jährlich wiederkehrende Spektakel gleichgesinnter Gruppierungen aus der Studentenschaft waren die Sonnenwend- und Langemarck-Feiern.

16 HStAM, 275 Marburg, Acc. 1976/110, Nr. 19; Öffentlicher Anzeiger zum Amtsblatt der Regierung zu Cassel v. 9.4.1921, S. 81-86, hier Position 430.

17 Da der Offizierverein mindestens einmal im Jahr ein Mitteilungsblatt herausgab, lässt sich seine Entwicklung über mehr als zwei Jahrzehnte weit besser nachverfolgen als die der übrigen Kameradschaftsvereinigungen. Vgl. HStAM, 325/24, Nr. 1. Die unter dem Titel »Offizierskameradschaft des ehemaligen kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11, 1919-1943« zusammengefassten Dokumente stammen aus dem Nachlass Graf Sodens.

18 Vgl. <<https://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Infanterieregimenter/IR15.htm>> (21.2.2021).

19 O.V., Jägertag. Aus der Geschichte des Kurhessischen Jäger-Bataillons, in: Oberhessische Zeitung v. 5.8.1933, S. 3f.

20 Siehe dazu den Beitrag von Dietrich Heither im vorliegenden Band.

21 Universitätsarchiv Marburg (UAM), 305 a, 8220. Siehe dazu auch Martin Cöllnitz, Spirale der Gewalt. Radikalisierungsprozesse studentischer Gewalttäter in den Anfangsjahren der Weimarer Republik und der Ersten Republik Österreich, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 21 (2018), S. 155-178.

In den 1920er Jahren erhielten die alten und neuen militaristischen und kriegsverherrlichenden nationalistischen Vereine in Marburg enormen Zulauf. Unter der Leitung von Oberst Immanuel und mit Unterstützung des Kaufmanns Carl Piscator (1866-1936) – dem Vater des Theaterregisseurs Erwin Piscator – schlossen sich, wie es ein diese Jahre miterlebender Historiker beschrieb,

»alle hiesigen Kriegervereine und die des Kreises zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit und Pflege der Erinnerungen zusammen. [...] Zu den Kriegervereinen gesellten sich die in der Mehrzahl stark nationalistisch eingestellten Studentenverbindungen, der deutschnationale, spätere großdeutsche Jugendbund, und eine Zeit lang der jungdeutsche Orden.«²²

In der Kleinstadt gab es 24 Kriegervereine und soldatische Interessengruppen vom Artillerie-Verein bis zum Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen e.V., Ortsgruppe Marburg. Im Jahr 1927 hatten 14 Kriegervereine nahezu 2.000 Mitglieder; im Landkreis waren 56 weitere mit jeweils etwa 20 bis 30 Aktiven tätig. In einem solchen Klima gelang es rechtsradikalen nationalistischen Gruppierungen leicht, Themen zu setzen und Diskurse maßgeblich zu bestimmen, welche die interessierte Bürgerschaft in der Kleinstadt umtrieben.

Seit der Rheinland- und Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen (1922/23) äußerte sich die radikalnationalistische Kameradschaftspflege auch im Offizierverein in wütender politischer Parteinahme. 1925 verurteilte der Schriftführer der Offizierkameradschaft Heinrich Becker (1869-1959) den »jämmerliche[n] pazifistische[n] Geist«, der »von undeutschen Elementen immer eifriger in unser einst so kriegerisches und opferwilliges Volk hineingetragen« werde.²³ Zugleich beklagte er, dass der »träumerische und oft in seinen Empfindungen zu schlaffe und leicht versöhnliche Deutsche [...] leider zu selten den Haß« besitze, »den wir zu dem noch einmal kommenden Entscheidungskampf gebrauchen«. Dieser Hass müsse »dauernd wachgehalten und im Volk lebendig bleiben«. Alte Feindschaften sollten also aus einem militärischen Revanchedenken heraus am Leben gehalten werden, und zwar mithilfe eines dafür eigens präparierten Erinnerungskults: Die Kameradschaften hatten schon 1923 das im Schüler-Park gut sichtbar platzierte »Jägerdenkmal« für die 4.012 Kriegstoten der Jäger-Truppe finanziert, und hier kam die Offizierkameradschaft alljährlich zur Erinnerungsfeier zusammen.²⁴ 1929 ließ sie ein eigenes Denkmal für die Jäger in Form einer »Ehrentafel« anfertigen, die in der Torhalle der (alten) Jägerkaserne aufgestellt wurde. Vor dieser hielt die Offizierkameradschaft von nun an ihre Erinnerungsfeiern ab.²⁵

22 Walter Kürschner, *Geschichte der Stadt Marburg*, Marburg 1934, S. 294f.

23 HStAM, 325/24, Nr. 1, Verein der Offiziere des ehem. Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, Mitteilung Nr. 11.9.1925, S. 7. Dort auch die folgenden Zitate.

24 Siehe dazu Friedrich, *Geschichte* (Anm. 3), S. 121-126; Tim Hölger/Kevin Rick, *Das Kriegerdenkmal des 11. Kurhessischen Jägerbataillons im Marburger Schülerpark*, in: *Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde* 119 (2014), S. 215-226.

25 Siehe Friedrich, *Geschichte* (Anm. 3), S. 126-128, mit Abb. der »Ehrentafel« auf S. 127. Eine soziale Errungenschaft war die 1924 eröffnete Heimeinrichtung zur Fürsorge für invalide Kriegsteilnehmer.

Als das Jahr 1932 den baldigen Machtwechsel verhieß, sprach sich der Schriftführer der Offizierkameradschaft für ein entschiedenes politisches Engagement aus:

»Da wir kein unpolitischer Verein sind [...] halte ich es nicht nur für unser Recht, sondern auch für unsere Pflicht, uns in der heutigen Notzeit mit Politik zu beschäftigen [...]. Schon der Gedanke, daß wir alten Kgl. Preuß. Offiziere heute gezwungen sind, uns in einer ›Vereinigung‹ zusammenzuschließen, statt in unseren alten ruhmreichen Truppenteilen, muß uns immer wieder erneut die Schamröte ins Gesicht schlagen lassen. Das ist der Erfolg unseres Heldenkampfes von über vier Jahren, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat!«²⁶

In völliger Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten beklagte Becker »diese ungeheure Schmach« als eine Folge des »Schandfrieden[s] von Versailles, der nur eine Folge der verruchten Revolution sein konnte!«

II. Die Ehemaligen der Marburger Jäger-Truppe und die SA-Standarte Jäger 11 im Jahr 1933

Die Sturmabteilung (SA) der NSDAP, die sich als Frontkämpferverband verstand, fand bereits vor 1933 immer mehr Zulauf, und der Schlägertrupp verwandelte sich zunehmend in eine Massenorganisation. Wie die lokale *Oberhessische Zeitung* berichtete, erhielt schon im Juli 1932 bei der Aufteilung der SA-Untergruppe Hessen-Nassau-Nord »die Standarte, die ihren Standort in Marburg bekam, zur Pflege der Tradition der Marburger stolzen Jäger die Nummer 11«. ²⁷

Gleich nach der Machtübertragung an Adolf Hitler beteiligte sich Anfang Februar 1933 der Spielmannszug der SA-Standarte 11 an der großen Propagandakundgebung der NSDAP, die mit einem Fackelzug einherging. ²⁸ Zwei Wochen später machte sich die *Oberhessische Zeitung* den zeittypischen Auferstehungsmythos zu eigen: Die Geschichte des Jäger-Bataillons sei »uns ein Beispiel dafür, daß unsere Väter schon öfters in tiefster Not den Willen und die Kräfte fanden, das Schicksal zu ändern«. ²⁹ Man blickte zurück auf den 5. Dezember 1813, als »die Zusammenfassung des mobilen kurhess. Armeekorps bestimmt [wurde]. Dieser Tag gilt auch als *der Stiftungstag des wiedererstandenen Kurhessischen Jäger-Bataillons*«. ³⁰ Zugleich bereitete das Blatt seine Leser*innen auf den »schweren Kampf zur Wiedererringung unserer nationalen und wirtschaftlichen Freiheit« vor. ³¹

Kurz darauf traf sich die SA in den Stadtsälen, denn in Marburg wurde – wie auch andernorts – der Wehrsport eingeführt. Angehörige der SA-Stürme 4/11 und 5/11 zeig-

26 HStAM, 325/24, Nr. 1, Verein der Offiziere des ehem. Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, Mitteilung Nr. 19.7.1932, S. 2-4. Dort auch das folgende Zitat.

27 Dietrich Dern, Die 11. Jäger leben wieder auf!, in: *Oberhessische Zeitung* v. 22.7.1933, S. 13.

28 Erhart Dettmering, Was alle lesen konnten, Marburg 2001, S. 44-46.

29 O.V., Vor 120 Jahren! Wiedererrichtung des Kurhessischen Jäger-Bataillons. Zur Erinnerung: Ein Jägertag in Marburg, in: *Oberhessische Zeitung* v. 15.2.1933, S. 3.

30 Ebd. Hervorhebung im Original.

31 Ebd.

ten sportliche Darbietungen, für die musikalische Begleitung sorgte der Musikzug der SA-Standarte 11. Standartenführer Gustav Schmidt (1898-1972) betonte in diesem Zusammenhang,

»daß die SA. die Tradition der alten Armee hochhalte. Die Sturmbanne tragen die Nummern der alten Regimenter. Der Sturmbann I/11 sei besonders mit dem 11. Jägerbataillon verbunden. Zu Ehren unseres ehemaligen Jägerbataillons intonierte die Musik den Parademarsch des 11. Jägerbataillons.«³²

Während die Traditionskameradschaften der Marburger Jäger ihre Verbundenheit mit dem NS-Regime zum Ausdruck brachten,³³ ließen sie die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Deutschen – auch ihrer ehemaligen Kameraden – widerspruchslos geschehen. Der nationalsozialistischen Propagandalüge, Juden hätten sich im Ersten Weltkrieg vor dem Dienst gedrückt, musste sich die »jüdische Gemeinde Marburg« allein entgegenstellen.³⁴

Bislang mit der SA konkurrierende nationalistische Veteranenverbände – der Stahlhelm und die Kriegervereine des Kyffhäuserbunds – arbeiteten mit den Nationalsozialisten zusammen. Anlässlich von Hitlers 44. Geburtstag gab es einen Umzug durch die Stadt, an dem auch die Kyffhäuserjugend und die Vereinigten Marburger Militärvereine teilnahmen. Bei der Feier trat neben Sturmbannführer Dr. Erich Mohr (1897-1955), Militärhistoriker und Lehrer der Adolf-Hitler-Schule in Kassel, als Hauptredner der Gerichtsreferendar Hanns-Joachim Stoevesandt (1904-1942) auf.³⁵ Es spielte die Kapelle der SA-Standarte 11 und der Spielmannszug des Sturmbanns I/11 »unter der straffen Führung von Kapellmeister Herguth«;³⁶ dargeboten wurde unter anderem das Marburger Jägerlied.³⁷ Aus Anlass eines Kameradschaftsabends, der Mitte Mai in der Gaststätte Hansenhaus stattfand, berichtete die *Oberhessische Zeitung* stolz über die Geschichte des Spielmannszugs des Sturmbanns I/11, der als »Trommler- und Pfeiferkorps Blau-Gelb [...] die Verbotszeit [1932] ohne Schaden überstanden« hatte. Dessen Führer Karl Befort³⁸ konnte in Anwesenheit von Standartenführer Schmidt und Sturmbannführer

32 O.V., Wehrpolitische Kundgebung der S.-A., in: *Oberhessische Zeitung* v. 16.2.1933, S. 4; Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 52.

33 Zum lokalen politischen Hintergrund siehe den Überblick von Ulrich Hussong, Die Verwaltung der Stadt Marburg in der nationalsozialistischen Zeit, in: Walter Heinemeyer (Hg.), *Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897-1997. Festgabe*, Bd. 2, Marburg 1997, S. 1017-1066.

34 Vgl. *Hessisches Tageblatt* v. 30.3.1933.

35 Siehe Klaus-Peter Friedrich, Der Studentenschaftsführer Curt Huebner und die Marburger Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 65 (2017), H. 4, S. 329-351, insb. S. 345-348.

36 Konrad (Kurt) Herguth (1889-1976), Musiker; stammte aus Frankenberg, 1933 SA- und NSDAP-Eintritt (Nr. 1.688.355), seit November 1933 in Marburg, als Kapellmeister Leiter des Spielmannszugs (ab Ende 1933: Musikzug) der SA-Standarte Jäger 11, 1942 Austritt aus der evangelischen Kirche, Juni 1945 Rückkehr aus Gefangenschaft, im Juli 1949 als Mitläufer (Gruppe 4) entnazifiziert, später Leiter der Kapelle Herguth.

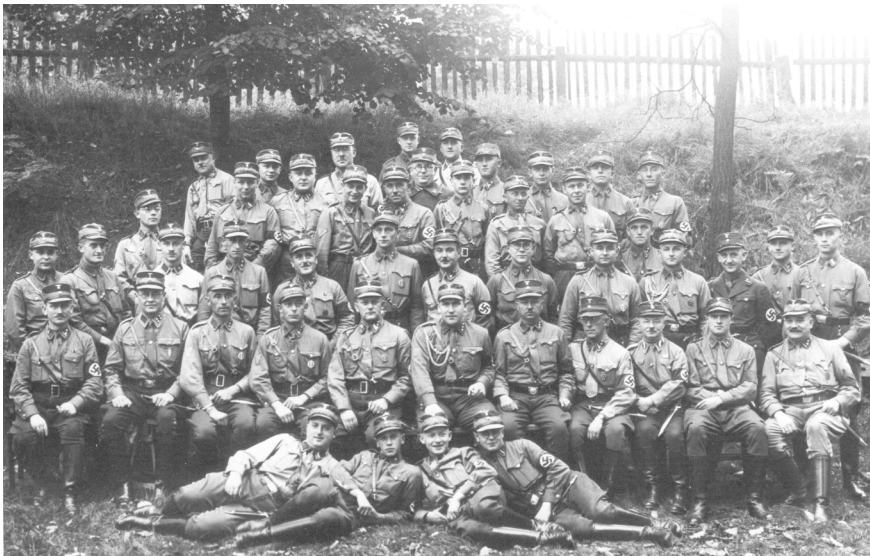
37 Lothar Schneider, Marburg feiert den Geburtstag des Reichskanzlers. Die Stadt im Fahnen-schmuck, in: *Oberhessische Zeitung* v. 21.4.1933, S. 4.

38 Karl Befort (1900-1976), Unterfeldmeister; stammte aus Wetzlar, seit 1928 in Marburg, Angehöriger des Infanterie-Regiments 15, 1940 nach Wesermünde, gestorben in Wetzlar.

Mohr daran erinnern, dass die »Spilleute [...] immer ganz besonders durch den Dienst in Anspruch genommen waren.«³⁹

Mit Beginn der staatlich geförderten Kriegsvorbereitungen nannte sich die SA im Marburger Land ab Juli 1933 Standarte Jäger 11. Der Vorstand der Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger machte nun deutlich, was er vom 8. Jägertag erwartete, der anlässlich des 120-jährigen Bestehens des Kurhessischen Jäger-Bataillons nun wieder stattfinden sollte: »Marburg muß bekunden, daß es seinen Jägern die Treue bewahrt hat, und daß es nicht nur die Universitätsstadt, sondern auch die Jägergarnisonstadt ist und bleibt.«⁴⁰

Abb. 2: SA-Führer der Standarte Jäger 11



Nachlass Fritz Wolf, im Privatbesitz von Günter Wolf, Cölbe

Die *Oberhessische Zeitung* berichtete ungemein ausführlich über den 8. Jägertag. Nachrichten aus der SA erschienen in ihrer Sonderbeilage *Der braune Kämpfer*, die unter dem Journalisten Dietrich Dern (1906-1989) alle zwei Wochen erschien. Dort hieß es im Juli 1933 zur Einstimmung auf den bevorstehenden Jägertag: »Das Versailler Friedensdiktat hat uns die alten stolzen Regimenter geraubt [...]. Das kleine Heer, das man uns noch großzügig gelassen hat, führt die Tradition der alten Armee weiter.«⁴¹ Es sei

39 O.V., Kameradschaftsabend, in: *Oberhessische Zeitung* v. 16.5.1933, S. 4; Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 218.

40 O.V., Aufruf!, in: *Oberhessische Zeitung* v. 29.7.1933, S. 11. Demnach erfolgte die Anmeldung bei »Kamerad« Karl Bamberger (1881-1945), Beisitzer der Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger, der am Schuhmarkt eine Glaserei betrieb; die Mitglieder sollten für ihre angereisten Kameraden Freiquartiere ermöglichen.

41 Dietrich Dern, Die 11. Jäger leben wieder auf!, in: *Oberhessische Zeitung* v. 22.7.1933, S. 13.

»kein Zufall, sondern ganz zielbewußte Absicht, daß die heutigen SA.-Standarten in Anerkennung der Leistung und zur Pflege der Tradition der Regimenter jenes feldgrauen Waller, der die deutsche Heimat vor dem Zugriff feindlicher Horden schützte, seit ihrer Aufstellung die Nummern dieser Regimenter tragen. [...] Vor einigen Tagen wurde nun unsere Standarte auf Befehl des Obersten SA.-Führers umbenannt in *Standarte Jäger 11*. Damit ist nun endgültig die Verbundenheit der braunen Kolonnen unserer Heimat mit den alten Elfer-Jägern hergestellt. Wir erinnern auch in diesem Zusammenhang an die Worte der Preußischen Ministerpräsidenten, des Obergruppenführers Göring, als er bei seinem Besuch in Marburg sagte: »Zu Marburg gehört ein *Jägerbataillon!*« Jetzt hat Marburg zwar nicht ein Jägerbataillon, aber immerhin seine *Jägerstandarte*, und wir [...] werden uns bemühen, daß die Bevölkerung ebenso wie auf das Jägerbataillon auch auf die Jägerstandarte stolz sein kann.«⁴²

Dern blickte voraus auf den Jägertag, von dem

»die alten Elfer [...] mit dem stolzen Bewußtsein wieder in ihre Heimat fahren [werden], daß der alte Geist der Elfer Jäger sich bei der Standarte . 11 in treuen Händen befindet und aufs beste gepflegt wird. Die Oberste SA.-Führung hat angeordnet, daß Jägerstandarten auf den Spiegeln am SA.-Dienstanzug die Sturm- und Standartennummer in *grüner* Farbe tragen. Diese Berechtigung wurde der Marburger Standarte als einziger der gesamten Gruppe Hessen verliehen. Jeder ehemalige Elfer Jäger, jeder Marburger, jeder Hesse und nicht zuletzt jeder SA.-Mann und -Führer im Bereich der Standarte . 11 soll mit Recht auf unsere Jägerstandarte stolz sein können. *Standarte Jäger 11 Siegesheil.*«⁴³

Am 5. August 1933 stimmte die *Oberhessische Zeitung* dann auf die anstehenden Großveranstaltungen ein. Sie verpflichtete die junge Generation aufgrund der großen Zahl der Weltkriegstoten zur Identifikation mit der ressentimentbeladenen Tradition – und mit dem Nationalsozialismus. Denn nun endlich könnten

»die alten Jäger am Sonntag wieder aufrecht an das Ehrenmal treten und ihren gefallenen Kameraden sagen [...], die alten Fahnen wehen wieder über Deutschland! Euer Geist ist endlich wach geworden im deutschen Volk. [...] Ihr seid das Fundament des neuen Deutschland! [...] Das Heer von 1914-1918 hatte den Glauben an Deutschlands Zukunft [...], und die Jugend von 1933, das Heer des neuen Reiches, hat diesen Glauben wieder aufgenommen.«⁴⁴

Zugleich blickte man zurück auf eine vermeintlich »ruhmreiche Vergangenheit«. ⁴⁵ Die Verbrüderung von SA und Jägerkameradschaften wurde auf dem 8. Jägertag schließlich mit einem großen gemeinsamen Festumzug durch Marburg öffentlich gefeiert. Dern berichtete in der Lokalzeitung, die SA habe »mit fliegenden Fahnen den Festzug [...] im

42 Ebd. Hervorhebungen im Original.

43 Ebd. Hervorhebungen im Original.

44 Lothar Schneider, Zum Marburger Jägertag, in: *Oberhessische Zeitung* v. 5.8.1933, S. 3.

45 O.V., Jägertag. Aus der Geschichte des Kurhessischen Jäger-Bataillons, in: *Oberhessische Zeitung* v. 5.8.1933, S. 3f.

Zeichen des neuen Deutschland« eröffnet, neben den schwarz-weiß-roten wehten »Hakenkreuzfahnen, unter denen Deutschland von Schmach und Schande befreit und einer neuen Zukunft entgegengeführt« worden sei.⁴⁶ Die Jäger marschierten nun im Gleichschritt »mit den braunen Kämpfern des dritten Reiches«. Der Umzug als ganz Marburg einbeziehender Höhepunkt des Jägertags führte vom Hauptbahnhof durch die Oberstadt über den Wilhelmsplatz, die Universitätsstraße, Hermann-Göring-Straße (Gutenbergstraße) und den Adolf-Hitler-Platz (Friedrichsplatz) bis zum Kämpfrasen. Die *Oberhessische Zeitung* widmete dem »Festzug durch die Stadt« sogar einen eigenen Artikel, in dem es heißt, »Vergangenheit und Gegenwart reichten sich die Hand«. Mit Ersterer waren die ehemaligen Jäger gemeint, mit Letzterer der »Fahnensturm der SA« und »die Standartenkapelle in Jägeruniform«:

»Es war ein erhebendes Gefühl für jeden alten Jäger, hier mitmarschieren zu können unter der alten Fahne, für die er gekämpft, und unter den Fahnen des neuen Deutschlands, das allein einen solchen Festzug möglich machte.«⁴⁷

Auf dem Kämpfrasen vor der Kaserne hielt Graf Soden eine »kernige Ansprache« und verkündete, 1914 seien die Jäger »reinen Herzens [...] ausgezogen und auch mit reinen Händen wiedergekommen«, und daran ändere auch nichts, dass »die Feindesmächte ihn auf die Liste der Kriegsverbrecher gesetzt hätten wegen angeblicher Kriegsgreuel, die das Bataillon verübt haben sollte«. ⁴⁸ Für den Redner war dies »eine Lüge«. Der ehemalige Kommandeur blickte nun »hoffnungsvoll« in die Zukunft, »nachdem uns unser Herrgott in Adolf Hitler einen Führer geschenkt, der uns einer besseren Zukunft zuführen wird«. Graf Soden äußerte in diesem Zusammenhang: »Wir Deutschen verlangen das Recht auf Lebensraum, die Freiheit unserer Volksgenossen, wo sie auch wohnen.« Er schloss das Verbrüderungstreffen der Kriegsteilnehmer mit den nationalsozialistischen Frontkämpfern und den jungen Aktivisten der SA und der NSDAP mit einem »Sieg-Heil« auf Paul von Hindenburg und Adolf Hitler. Nach dem Absingen des Horst-Wessel-Lieds erfolgte ein Vorbeimarsch an von Soden und Gustav Schmidt.

Der vor dem Festumzug im Schülerpark anberaumte Feldgottesdienst stand ganz im Zeichen eines spezifischen Erinnerungskults. Er schien den Beteiligten »ein Hintretren vor die toten Kameraden, um ihnen zu sagen, daß nun endlich Schmutz und Schande aus Deutschland verbannt sind«. ⁴⁹ Karl Veerhoff,⁵⁰ der seit 1914 bei den Jägern fünf Jah-

46 O.V., Jägertag. Begrüßungsabend in den Stadtsälen, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.8.1933, S. 5. Hervorhebung im Original. Dort auch das folgende Zitat.

47 Lothar Schneider, Der Festzug durch die Stadt, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.8.1933, S. 5.

48 Ebd. Dort auch die folgenden Zitate. Hervorhebung im Original. Siehe auch HStAM, 325/24, Nr. 1, Verein der Offiziere des ehem. Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, Mitteilung Nr. 20.11.1933, S. 12-14.

49 Lothar Schneider, Jägertag. Feldgottesdienst und Gefallenenehrung, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.8.1933, S. 5. Dort auch die folgenden Zitate. Sämtliche Hervorhebungen im Original.

50 Karl Veerhoff (1883, Herford – 1953, Marburg), evangelischer Geistlicher; wuchs in Kirchhain und Hofgeismar auf, wo sein Vater Postmeister war; Studium der Theologie in Göttingen, Bonn und Marburg; 1911 in Kassel für das Pfarramt ordiniert, danach Pfarrer in Dillich bei Borken, 1931-1945 Pfarrer im Nordbezirk der reformierten Gemeinde Marburgs, Jugend- und Militärseelsorger, 1933 bekannte er sich zur Glaubensbewegung Deutscher Christen und empfing am 5. Juli 1935 in Marburg Reichsbischof Müller; später wieder Militärfarrer, 1945 amtsentoben, dann wieder einge-

re Militärpfarrer und Sanitäter gewesen war, predigte: Die Toten »starben im Auftrage Gottes für ihr Vaterland«, zugleich müsse man »der 300 jungen Kämpfer der NSDAP gedenken, die für das neue Deutschland ihr Leben ließen. Staat und Volk können nur bestehen, wenn Führer vorhanden sind, die von Gott gesandt und die von Gott aus handeln.« Der Geistliche zeigte Verständnis dafür, dass »die neue Zeit Zwang ausüben muß« – und er pries die »Volksgemeinschaft, die nur bestehen kann, [...] wenn das Wort, das auf dem Koppelschloß des Soldaten eingeschrieben stand: ›Gott mit uns‹ wieder einzieht in die deutsche Seele«. Kranzniederlegungen am Jägerdenkmal nahmen Hauptmann Göler von Ravensburg für die Traditionskompanie in Kassel und »Kamerad« Hans Seip⁵¹ für die Marburger Militärvereine vor.

Die Mitgliederversammlung fand im Kurhotel Ortenberg statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Karl Roth (1888-1950) sowie den Grußworten von Bürgermeister Walter Voß (1885-1972) und Stadtrat Wilhelm Bingel (1897-1966), der den NSDAP-Kreisleiter Hans Krawielitzki (1900-1992) vertrat,⁵² bejubelte man die Mitteilung des Reichswehrministeriums, dass es »bemüht sein will, die alte Jägertradition von Marburg wieder zu berücksichtigen«.⁵³ Auch Göring habe beim Besuch Marburgs erklärt: »Marburg gehört mit seiner Universität und seinem Jäger-Bataillon zusammen.« SA-Standartenführer Gustav Schmidt erklärte, er sei stolz, dass »der oberste [SA-]Führer der Standarte Marburg die Nummer 11 verliehen habe«.⁵⁴ Allseits brachte man seine »Verbundenheit mit [...] dem Volkskanzler Adolf Hitler [...] durch ein dreifaches ›Horrido‹ zum Ausdruck«. Die Huldigungen für Adolf Hitler wiederholten sich während des Grünen Abends, als diesem ein Telegramm geschickt und auf ihn und Hindenburg ein dreifaches »Horrido« ausgebracht, dann das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde.

Gleich nach Abschluss der mehrtägigen Festlichkeiten verabschiedete sich Standartenführer Gustav Schmidt. Die SA-Standarte Jäger 11 war aus der Brigade Hessen-Nassau-Nord ausgeschieden und einer neu gebildeten Brigade mit Sitz in Dillenburg unterstellt worden. Schmidt übernahm die Hanauer SA-Brigade 46. Dern erinnerte in seiner Lobrede in der *Oberhessischen Zeitung* an das erste öffentliche Auftreten der SA am Dammelsberg 1923 – und an die Flaute zwischen 1924 und 1930:

»Wie froh waren wir damals, wenn zur Weihnachtsfeier das Jägerzimmer der Stadtsäle voll besetzt war. [...] Kaum einer, der uns für voll nahm, mitleidig lächelnd betrachtet

setzt, bis die Kirchenleitung ihn wegen seiner Teilnahme an der deutsch-christlichen Kirchenregierung zwangsweise in den Ruhestand versetzte.

- 51 Bäckermeister Hans Seip (1892-1966) gehörte dem Verein ehem. Gardisten Marburgs an und war zeitweise dessen 1. Kassierer. Er wohnte in der Elisabethstr. 10, wo sein Geschäft lag; im April 1939 geschieden, wohnte er von Dezember 1939 an in der Lutherstr. 23.
- 52 Zu Bingel, Krawielitzki und Voß siehe Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, *Marburger Rathaus und Nationalsozialismus*, Marburg 2018, S. 321f., 343f., 366. Zu Krawielitzki ferner Klaus-Peter Friedrich, *Zur Einführung*, in: Ders. (Hg.), *Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch*, Marburg 2017, S. 1-13, hier S. 9f.
- 53 O.V., Jägertag. *Der Grüne Abend*, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.8.1933, S. 5. Hervorhebung im Original. Dort auch das folgende Zitat.
- 54 O.V., Jägertag. *Begrüßungsabend in den Stadtsälen*, in: *Oberhessische Zeitung* v. 7.8.1933, S. 5. Dort auch die folgenden Zitate.

man die ›armen Irren‹. Das war noch die Zeit, als [...] die jüdische Journaille Kübel von Hohn aus ihren Rotationssynagogen über uns ergoß.«⁵⁵

Anfang 1931 habe Schmidt die SA-Standarte mit etwa 160 Leuten übernommen: ein Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, der sich der Schwarzen Reichswehr angeschlossen hatte, mit der er »Abenteuerfahrten« unternahm, und der ab 1921 auch für die SA tätig war und mit einem alten Motorrad durch die Gegend fuhr:

»Und jeder SA-Mann weiß das auch zu schätzen, daß er der Jägerstandarte 11 angehört und ist mit Recht stolz darauf. Wohl alle haben sich darüber gefreut, als vor einigen Wochen die Verfügung des Obersten SA-Führers herauskam, daß die Marburger Standarte jetzt das J vor der 11 tragen dürfe und daß zudem noch die Jägerstandarten das Recht erhielten, die Nummern auf den Spiegeln in der grünen Jägerfarbe tragen zu dürfen.«

Nur zwei Tage später kam man erneut auf den Personalwechsel in der Führung der Standarte Jäger 11 zurück. An die Stelle von Gustav Schmidt war Fritz Wolf (1902-1965) getreten.⁵⁶ Nun hieß es, die Standarte werde auf dem NSDAP-Parteitag in Nürnberg ein Feldzeichen erhalten, erst danach könnten die Sturmfähnen »geweiht« werden.⁵⁷ Vor dem Kameradschaftsabend in den Stadtsälen trafen sich die Beteiligten abermals zu einem Marsch durch die Stadt.

Nur drei Wochen später veranstaltete die Marburger Jäger-SA einen Umzug anderer Art. Er richtete sich gegen den Mediziner Jakob Spier (1908-1977), den Angehörige des Sturms 4 – unter den Klängen des Spielmannszugs – Ende August 1933 durch die Straßen der Stadt trieben und öffentlich anprangerten.⁵⁸ Spier musste sich dabei selbst bezichtigen, »ein Christenmädchen geschändet« zu haben. Das Marburger Lokalblatt schilderte dieses rassistische Spektakel völlig ungeniert,⁵⁹ mit dem die Nationalsozialisten ihren Themen seinerzeit im öffentlichen Raum Geltung verschafften – und all jene, die dem Treiben beifällig oder gleichgültig zuschauten und -hörten, als Komplizen einbezog.

Die Eroberung des öffentlichen Raums wurde fortgesetzt. Wie über die lokale Zeitung verkündet wurde, mussten nach der Rückkehr der SA-Jäger aus Nürnberg die »Flaggen heraus«, um einem Umzug zu huldigen, den wiederum der Spielmannszug I/J 11 begleitete. Das »neuverliehene Feldzeichen« sollten die Bürger*innen »durch rei-

55 Dietrich Dern, Standarte Jäger 11 und ihr Führer, in: Oberhessische Zeitung v. 12.8.1933, S. 9. Dort auch die folgenden Zitate. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 326-328.

56 Siehe Friedrich, Geschichte (Anm. 3), S. 137f.

57 O.V., Der Aufmarsch der Standarte Jäger 11, in: Oberhessische Zeitung v. 14.8.1933, S. 5. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 329f.

58 Der Vorwurf lautete, er habe »ein Christenmädchen geschändet«, d.h. er sei mit einer Nichtjüdin intim befreundet gewesen. Siehe Friedrich, Geschichte (Anm. 3), S. 140-145; Ders., Zur Auswanderung gezwungen: Jakob Spier aus Marburg, in: Ders. (Hg.), Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch, Marburg 2017, S. 331-336. Siehe auch den Einleitungsbeitrag des vorliegenden Sammelbandes.

59 O.V., Am Pranger, in: Oberhessische Zeitung v. 28.8.1933, S. 4.

chen Fahnen schmuck feiern«: »Genau so, wie Marburg stolz war und heute noch ist auf seine 11er Jäger, so hat es auch allen Grund, auf seine 11er SA-Jäger stolz zu sein.«⁶⁰

Einige Tage später berichtete ein Teilnehmer der Fahrt zum NSDAP-Parteitag über seine Gefühle. Überwältigt von den Massenveranstaltungen sah er ein von Begeisterung ergriffenes »Heer im Aufbruch!«:

»Der einzelne SA.-Mann ist nicht eine Zahl in der Riesensumme Marschierender, vielmehr Glied, Soldat, Kämpfer der *einen* braunen Armee, die im Vorbeimarsch dem Führer des deutschen Volkes huldigt. [...] Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als unser Gruppenführer sich zu uns setzte, um mit der Jägerstandarte 11 einen Krug Bier zu trinken.«⁶¹

Nach der Rückkehr der Marburger Teilnehmer vom NSDAP-Parteitag verkündete der Führer der Jäger-Standarte: »Für uns Marburger ist es besonders erfreulich, daß mit der Standarte J. 11 und ihrem Feldzeichen die Verbundenheit mit dem ehemaligen Kurhessischen Jäger-Bataillon zum Ausdruck kommt.«⁶² Als der nationalsozialistische Fetsch aus dem Sitzungssaal des Rathauses zur neuen SA-Dienststelle in der Wolffstraße gebracht wurde, war dies für Dern Anlass, die Bevölkerung streng zu ermahnen. Es müsse

»noch einmal darauf hingewiesen werden, daß *jeder das Feldzeichen zu grüßen* hat, entweder durch Abnehmen der Kopfbedeckung oder mit dem Deutschen Gruß. Wer glaubt, dies nicht nötig zu haben, soll sich in eine Ecke verdrücken und sich schämen. Die SA. wird das nächste Mal, wenn das Feldzeichen gezeigt wird, zu beiden Seiten der Straße Streifen gehen lassen, die jedem, der dem Feldzeichen den Gruß verweigert, in gebührender Form klarmachen werden, daß dies zum mindesten eine Ungehörigkeit ist.«⁶³

Wer nicht bereit war, den neuen Verhältnissen durch die Einübung der eingeforderten Praktiken vor aller Augen zuzustimmen, musste Maßregelung befürchten oder die Öffentlichkeit meiden. In der durch das Stakkato der nationalsozialistischen Agitation aufgeheizten Atmosphäre kam es auch im westlich von Marburg gelegenen Dorf Rauischholzhausen zu einem Übergriff der SA-Standarte Jäger 11. Deren Sturm 14 betätigte sich als Scharfmacher der Ausgrenzung von jüdischen Deutschen. Als die Verlobung von Resi Frenkel und Siegfried Helischkowski gefeiert wurde, fand sich eine Gruppe unverheirateter junger Männer (Nichtjuden) ein, um den Gefeierten – wie es auf dem Dorf üblich war – ein Ständchen zu singen. Ihren Lohn wollten sie zusammen

60 O.V., Rückkehr von der Herbstparade, in: Oberhessische Zeitung v. 4.9.1933, S. 5. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 345.

61 F. W. [Fritz Wolf?], Marburger SA.-Männer mit der Jägerstandarte 11 in Nürnberg!, in: Oberhessische Zeitung v. 9.9.1933, S. 9. Siehe auch Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 350-352.

62 O.V., Wieder daheim. Rückkehr der Standarte J/11 aus Nürnberg, in: Oberhessische Zeitung v. 5.9.1933, S. 4.

63 Dietrich Dern, Überführung des Feldzeichens unserer Jägerstandarte Sturm 4/J 11, in: Oberhessische Zeitung v. 2.10.1933, S. 4. Hervorhebung im Original. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 392f.

im Wirtshaus verjubeln, doch ein Nationalsozialist aus dem Dorf informierte Gleichgesinnte in Leidenhofen.⁶⁴ So mischte sich der SA-Sturmführer Philipp Fus mit seinen Spießgesellen ein.⁶⁵ Um zu verhindern, dass sich die »schamlosen«, »freibierlüsternen« zum Umtrunk Eingeladenen an ihrem »Judenfreibier« erfreuten, bemächtigte er sich eines Bierfasses und ließ es auslaufen. Wie die *Oberhessische Zeitung* in einem zutiefst gehässigen Artikel mitteilte, mussten danach »die Judenfreunde durch die spalierbildende Einwohnerschaft spießrutenlaufen«, die auf den Überfall – angeblich – mit »donnerndem Beifall« reagiert habe.⁶⁶

Im Herbst 1933 wusste Traditionswahrer Heinrich Becker in einer ersten Bilanz dennoch seiner

»allergrößten Freude und Genugtuung Ausdruck [...] [zu] geben, daß es nun endlich gelungen ist, dieses so unheilvolle rot-schwarze System restlos zu beseitigen. Diese Tatsache ist zunächst das Entscheidende und muß auch demjenigen darüber hinweghelfen, dem heute noch nicht alles nach seinem Sinne ist. Da die neue, große Bewegung doch in erster Linie eine durchaus nationale ist, besteht auch die Hoffnung, daß sich noch manches klären und ändern wird, was vorläufig noch nicht vollkommen erscheint. Niemand kann erwarten, daß nun jeder von uns, die wir stets nur national dachten und fühlten, sofort ein hundertprozentiger Nationalsozialist werde, das wäre in vielen Fällen eine unbillige Forderung, aber verlangen kann und muß man, daß jeder von uns nun auch weiter seine ganze Kraft dafür einsetzt, daß [...] der jetzt im Gang befindliche Aufstieg unseres Vaterlandes unter der energischen Regierung Hitlers in jeder Weise mit allen Mitteln gefördert wird. ›Jetzt oder nie‹ muß unsere Parole sein!«

Becker verband damit die Hoffnung, dass der »nationale Aufschwung« auch »die vielen lauen Mitglieder zu neuem Leben erwecken und zu kameradschaftlichem Fühlen begeistern« werde.⁶⁷ In den Hintergrund trat über diese Geschehnisse eine für viele der ehemaligen Jäger gewiss schmerzliche Veränderung, die nur beiläufig erwähnt wurde: Die bisherige Marburger Traditionskompanie war kurzerhand aufgelöst und die Traditionspflege einer Einheit im fernen Kassel übertragen worden. Im Jägerheim sollte nun Studienrat Kürschner ein kleines Museum einrichten.

64 Siehe Barbara Händler-Lachmann/Harald Händler/Ulrich Schütt, Purim, Purim, ihr liebe Leut, wißt ihr was Purim bedeut? Jüdisches Leben im Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert, Marburg 1995, S. 147-149; Annamaria Junge, Niemand mehr da. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Rauischholzhausen 1933-1942, Marburg 2012, S. 57f.

65 Philipp Fus (1900, Schönstadt [heute in Cölbe] – 1975, Ebsdorfergrund), Milchhändler, Landwirt; 1928 SA- und NSDAP-Eintritt (Nr. 77.832), 1934 Anführer des SA-Sturmbanns II/J 11, 1935-1945 Hauptsturmführer, 1944/45 stellv. Kreisorganisationsleiter, Träger des Goldenen Parteiabzeichens, außerdem 1920-1933 Mitglied im Reichskriegerbund, dann im NS-Kriegerbund; Fus übernahm das Wohnhaus der aus Marburg-Ockershausen in den Tod deportierten Familie von Meier und Jeannette Drucker und deren Sohn Max. Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), 520/27, Nr. 17282; ebd., 518, Nr. 61503; ferner Herbert Bastian/Walter Bernsdorff/Fritz Brinkmann, Ockershausen. Seine Geschichte in Wort und Bild, Marburg 1988, S. 61-65, 505-509.

66 O.V., Das Judenbier von Holzhausen, in: Oberhessische Zeitung v. 5.8.1933, S. 9. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 318.

67 HStAM, 325/24, Nr. 1, Verein der Offiziere des ehem. Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11, Mitteilung Nr. 20.11.1933, S. 5, 11. Dort auch zum Folgenden.

III. Die Ehemaligen der Marburger Jäger-Truppe und die SA-Standarte Jäger 11 von 1934 bis zum Frühjahr 1938

Im Frühjahr 1934 war die Überlappung der Jäger- mit den SA-Traditionen so weit gediehen, dass der Versuch unternommen wurde, ein neues SA-Lied – das Lied der Standarte Jäger 11 – zu lancieren, das sich auf das altbekannte Jägerlied »Gefällt dir meine grüne Tracht« berief. In der Umdichtung sollte es nun lauten:

»Gefällt dir meine braune Tracht/[...]Doch laß los, mein Lieb, ich muß ins Gefecht,/mit Adolf Hitler für Freiheit und Recht [sic!]/Denn du weißt, ich bin ein Sturmsoldat/Von der Marburger Jäger-Standarte 11.«⁶⁸

Die von Becker ersehnte Wiederbelebung der Offizierkameradschaft war unterdessen von kurzer Dauer. Die für Juli 1934 vorgesehene Mitgliederversammlung des Vereins musste abgesagt werden, weil außer dem Vorstand nur fünf Mitglieder daran Interesse zeigten. Angesichts von anhaltenden Gerüchten über die Auflösung »aller bestehenden Offizier-Vereine« stellte Becker im Herbst 1936 heraus, dass »von einer politischen Tätigkeit in unserer Offizier-Vereinigung« bei ihrer Gründung »vollbewusst abgesehen« worden sei, und daran habe man »selbst in dieser schlimmsten roten Zeit« festgehalten – »weil es für uns alte Offiziere damals und auch jetzt und für alle Zeiten nur eine streng nationale und vaterländische Politik geben kann und wird.«⁶⁹ Zwar hätten 1935 einige wenige Mitglieder versucht, »Politik in unsere Vereinigung hinein[zu]tragen«, doch diese »Kritikaster und Nörgler« seien »in unserer Vereinigung ebenso unerwünscht wie in der Partei« – womit freilich die NSDAP gemeint war. Über drei Viertel der Offizierkameraden seien dem Aufruf gefolgt, in die SA-Reserve II einzutreten, und einige von ihnen wurden im Zuge der Hochrüstung der Wehrmacht reaktiviert. Man hoffe weiterhin, so Becker, dass das Jägerheim trotz der Begehrlichkeiten nationalsozialistischer Stellen »seiner ursprünglichen, segensreichen Bestimmung erhalten« bleibe.⁷⁰

Marburg wurde 1934 Standort des II. Bataillons im Infanterieregiment 57, dem im Mai 1937 der Reichskriegsminister den Auftrag erteilte, die Tradition des Kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11 zu bewahren. In einer Mitteilung gab die Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger ihrer Freude darüber Ausdruck, dass

»ihr sehnlichster Wunsch nunmehr in Erfüllung gegangen ist [und] unsere Tradition von einer Truppe wahrgenommen wird, mit der uns schon mancherlei kameradschaftliche Beziehungen verbinden. [...] Die alten Jäger sind stolz darauf, einer Truppe mit einer so ruhmreichen Vergangenheit angehört zu haben. Mit Freude und Stolz erfüllt es sie daher auch, die Tradition wieder hier in Marburg in ›unserem‹ Bataillon verankert und verkörpert zu wissen. Mit dem ehem. Kurh. Jäger-Batl. Nr. 11 war die Bevölke-

68 O.V., Kameraden, wir wollen singen!, in: Oberhessische Zeitung v. 7.4.1934, S. 9. Ferner John R. Wilbertz, Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933-1945), in: Erhart Dettmering/Rudolf Grenz (Hg.), Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, Marburg 1980, S. 593-654, hier S. 601.

69 Vereinigung der Offiziere des ehemaligen Kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11, Nachrichtenblatt Nr. 23.10.1936, S. 3. Dort auch die folgenden Zitate.

70 Ebd., S. 4.

rung Marburgs stets in Treue und Hingebung verbunden. Diese Verbundenheit wird sich nunmehr auch auf unseren neuen Traditionstruppenteil übertragen, wenn die alten Jägerlieder, gesungen von den Kameraden im grauen Waffenrock, in den Gassen Marburgs erschallen und das Band der Beziehung zwischen den alten und den jungen Soldaten fest und unlösbar verbunden ist.«⁷¹

Einen letzten Höhepunkt erfuhrt die Vereinstätigkeit mit dem Jägertag von 1938, auf dem auch das 125-jährige Bestehen des Bataillons gefeiert wurde. Auf der ersten »Heldengedenkfeier« Mitte März versammelten sich vor dem Jägerdenkmal im Schülerpark Soldaten, NS-Funktionäre, »die Kriegerkameradschaften und die übrigen Verbände«, nahe am Denkmal standen die Kriegsversehrten und Hinterbliebenen sowie die Kameradschaft der ehemaligen Jäger und Schützen.⁷² Sie hörten einer von Lautsprechern übertragenen Rede Hermann Görings aus der Berliner Staatsoper zu. Der örtliche Wehrmachts-Kommandeur Major Siegfried Haß (1898-1987) gedachte »der 5.000 für Volk und Vaterland Gefallenen des Jägerbataillons 11, dessen Tradition zu führen wir die Ehre haben«. Um sie zu ehren, gelobte er, dass »wir unser Letztes herzugeben bereit sind für Führer, Volk und Vaterland«. An Kranzniederlegungen beteiligten sich NSDAP-Kreisleiter Rudolf von Löwenstein (1905-1952), SA-Brigadeführer Fritz Vielstich (1895-1965), der Kreisverbandsführer des Reichskiegerbunds Rudolf Schniewindt (1875-1954) sowie der Lehrer Heinrich Walter (1870-1953) als Vertreter des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Der vom 21. bis 23. Mai durchgeführte 9. Marburger Jägertag folgte einer ausgefeilten Inszenierung. Bei der feierlichen Eröffnung am Samstagabend im Festzelt auf dem Kämpfrasen dankte Karl Roth Adolf Hitler. In Roths Wahrnehmung war er es, der »den Soldaten des großen Krieges wieder ermöglicht hat, sich stolz zu ihren großen Tagen zu bekennen«.⁷³ Der mittlerweile 80-jährige von Dewitz, der scheidende Vorsitzende der Offizierkameradschaft, begrüßte im Anschluss die vermeintlich erfolgte »Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten durch Adolf Hitler«. Er erging sich »in längeren Ausführungen [...] über die stolze Geschichte« des Bataillons. Der Kommandeur des Traditionsbataillons IR II/57 wiederholte sein Gelöbnis vom März, »in Erinnerung an die Großtaten der Jäger sein Letztes herzugeben für Führer, Volk und Reich«. Als Uraufführung wurde eine »Jägerfanfare mit Gesangs-Chor« dargebracht.

Auf der am Pfingstsonntag abgehaltenen zweiten »Heldengedenkfeier am Jägerdenkmal« marschierte die »Ehrenkompanie« der Wehrmacht und der »Ehrensturm der SA« auf, Doppelposten mit den Fahnen der »J. 11« und des »IR II/57« hielten Wache.⁷⁴ Die Ansprache hielt Pfarrer Veerhoff,

71 O.V., Marburg hat seine Jägertradition wieder, in: Oberhessische Zeitung v. 8./9.5.1937, S. 4.

72 Dietrich Dern, Heldengedenkfeier am Jägerdenkmal, in: Oberhessische Zeitung v. 14.3.1938, S. 10. Dort auch die folgenden Zitate.

73 O.V., Der Eröffnungsabend, in: Oberhessische Zeitung v. 23.5.1938, S. 8. Dort auch die folgenden Zitate.

74 O.V., Heldengedenkfeier am Jägerdenkmal, in: Oberhessische Zeitung v. 23.5.1938, S. 10. Dort auch das folgende Zitat.

»der zeigte, wie auch die Gefallenen zur großen deutschen Volksgemeinschaft gehören, denn als Beauftragte unseres Volkes setzten sie sich ein für jeden von uns, für Frauen und Kinder. [...] Das Gedenken an die Gefallenen gibt uns aber auch das Recht zur Freude, denn sie haben uns gezeigt, daß wir in der Erfüllung unseres Lebensziels heimfinden zu Gott als unserem Vater. Unser Lebensziel aber soll sein der Einsatz des Letzten für Deutschland, das bestehen muß, solange die Erde besteht.«

Kränze wurden niedergelegt durch von Dewitz, Siegfried Haß, Walter Voß (der den erkrankten Oberbürgermeister Scheller vertrat) und im Namen des Landesverbandes Hessen-Nassau ehemaliger Jäger. Vor dem Festessen im Offizierheim, an dem 77 Personen teilnahmen, erklärte von Dewitz:

»Wir überliefern die reiche Geschichte der Vergangenheit; wir übergeben, was wir in Händen haben, unsere Wert- und Erinnerungsstücke, denen wir heute die eichenholzgeschnitzte Ehrentafel mit den Verlustziffern aus dem Weltkrieg hinzufügen; sie soll am Eingang des Hauses jedem Eintretenden künden, welcher Geist von jeher das Kurhess. Jäger-Bataillon Nr. 11 beseelt hat. Wir übertragen die geschichtliche Aufgabe, die nun der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht dem Traditions-Bataillon gewiesen hat.«⁷⁵

Gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Landrat Krawielitzki und dem Wehrmacht-Kommandeur wohnte von Dewitz sodann dem »prächtige[n] Schauspiel des Parade-marsches der jungen und alten Soldaten« auf Marburgs Straße der SA bei.⁷⁶ Danach begab man sich zu Gefechtsübungen der Wehrmachtssoldaten entlang der Lahnwiesen, denen 5.000 Zuschauer zusahen: »Hier entwickelte sich bald ein lustiger Krieg.«⁷⁷ Das in Marburg stationierte Militär knüpfte auf diese Weise daran, worauf die Jäger seit der Eroberung Dinants so stolz gewesen waren. Die Vereinigung ehemaliger Marburger Jäger hielt ihre Tagung wieder im Kurhotel ab, woran auch einige Offiziere teilnahmen.

IV. Die SA-Standarte Jäger 11 und die Zerstörung der Marburger Synagoge

Nur ein halbes Jahr später bedeutete die Inbrandsetzung der Marburger Synagoge durch ein Kommando der Jägerstandarte in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 den Tiefpunkt in der Nachgeschichte der Jäger-Truppe. Noch bevor das Attentat Herschel Grynszpan auf einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris bekannt wurde, warfen Unbekannte am 8. November 1938 die Fenster der Synagoge ein

75 Vereinigung der Offiziere des ehemaligen Kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11, Nachrichtenblatt Nr. 3, Pfingsten 1938, S. 2f.

76 Nur eine Woche zuvor war die Umbenennung eines Abschnitts der Biegenstraße in »Straße der SA« erfolgt, die von einem SA-Aufmarsch vor dem Universitätsmuseum begleitet wurde. Siehe dazu Dietrich Dern, In Marburg: Straße der SA, in: Oberhessische Zeitung v. 14./15.5.1938, S. 4.

77 Vereinigung der Offiziere des ehemaligen Kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11, Nachrichtenblatt Nr. 3, Pfingsten 1938, S. 2f.

und versuchten, einen Brand auszulösen. Nach diesem Fehlschlag machte sich die Marburger SA in der Nacht vom 9. auf den 10. November daran, das Gotteshaus durch Feuer planmäßig zu zerstören. Der Ablauf des Geschehens ließ sich von 1945 an aufgrund von behördlichen Ermittlungen, der Vernehmung von Beschuldigten und Zeug*innen und durch die zwischen 1947 und 1952 durchgeführten Gerichtsverhandlungen weitgehend aufklären.⁷⁸

Früh am 9. November 1938 erteilten demnach uniformierte Beamte des Sicherheitsdienstes (SD) aus Kassel dem Führer der SA-Standarte Jäger 11, Standartenführer Kurt Stollberg (*1906), den Befehl, die Synagoge anzünden zu lassen. Am Abend fand die alljährlich abgehaltene Gedenkfeier für den Hitlerputsch von 1923 statt. Danach versammelte sich in der Gaststätte Fronhof schräg gegenüber der Synagoge der Reservesturm 3. Die Einheit unterstand Sturmführer Hans Steih (1882-1975), der in Marburg als Stadtbote beschäftigt war. Weitere tatendurstige Marburger SA-Leute schlossen sich an. Nach Mitternacht erschien Stollberg, möglicherweise in Begleitung eines Brigadeführers, und beauftragte Steih mit der Brandstiftung: »Heute Abend geht die Synagoge hoch, suchen Sie mal Männer aus.« Dieser beriet sich mit etwa 15 Freiwilligen in einem Nebenraum der Gaststätte, darunter der als Fechtsporler bekannte SA-Scharführer Friedrich Groos.⁷⁹ Nach der Besprechung gingen Einzelne nach Hause, um ihre Uniform mit Zivilkleidung zu vertauschen.

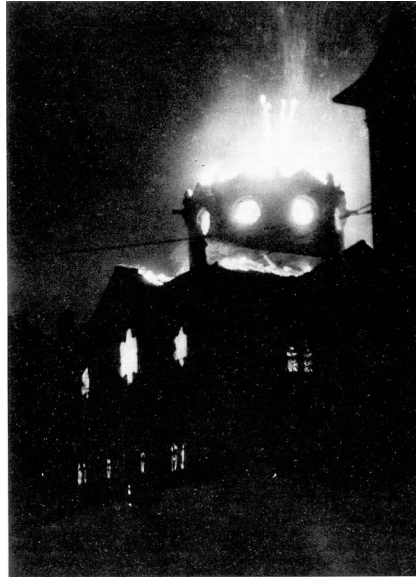
Unterdessen zog sich die Polizei zurück, SA-Leute besetzten die Feuermelder, und es wurde Benzin und aus dem benachbarten Landgrafenhaus Fußbodenöl zur Brandbeschleunigung herbeigeschafft. Steih und Groos erkundeten, wie man zur Brandlegung am besten an das Gebäude herankommen könne. Fünf oder sechs der Angreifer kletterten schließlich nach 3 Uhr mit einer Leiter über den Zaun, drangen von der Westseite her in die Synagoge ein und zündeten sie an. SA-Leute in Uniform sicherten anschließend den Brandort ab. Der nichtjüdische Synagogendiener Nikolaus Kleinhenn bemerkte in der Frühe den Brand, benachrichtigte gegen 6 Uhr die Polizei, die wiederum die Feuerwehr alarmierte. Sie beschränkte sich darauf, die Nachbarhäuser zu schützen, während die Synagoge völlig ausbrannte.

Die *Oberhessische Zeitung* berichtete noch am gleichen Tag über diese »verhältnismäßig geringfügige Vergeltungsmaßnahme«, der angeblich eine große Menschenmasse befriedigt zugeschaut habe. Durch den Brand sei »ein Gebäude verschwunden, das infolge seines asiatischen Stils und seiner klobigen Gestalt unser schönes Stadtbild emp-

78 Die nachfolgende Rekonstruktion der Abläufe folgt der Darstellung bei Susanne Fülberth/Barbara Händler-Lachmann/Regine Hommel/Jürgen Roth/Thomas Werther (Bearb.), Strafsache 2 KLS 42/47 gegen ... wg. vorsätzlicher Inbrandsetzung eines zum Gottesdienst bestimmten Gebäudes. Protokoll der Hauptverhandlung gegen die Synagogen-Brandstifter, November 1947 in Marburg, Marburg 1988; Susanne Fülberth/Barbara Händler-Lachmann/Regine Hommel/Thomas Werther, Der Brand der Synagoge, in: Elmar Brohl (Hg.), Die Synagoge in der Universitätsstraße, Marburg 2003, S. 139-162.

79 Friedrich Groos (1893, Gießen – 1965, Marburg), Kaufmann; 1914-1919 Kriegsteilnahme und britische Kriegsgefangenschaft; er leitete die Fechtabteilung des VfL 1860 Marburg; Roter Graben 8 war die Wohnung der Familie Groos und im Erdgeschoss ein gewerblicher Raum für »Fechtgeräte«; damals war Groos zugleich im Marburger Gerichtsgefängnis als Wachtmeister tätig.

Abb. 3: Zerstörung der Marburger Synagoge durch Brandstiftung der SA, 10.11.1938



Zeitgeschichte in Hessen, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/1706>> [Stand: 19.6.2020]

findlich verschandelte«. ⁸⁰ Die Pfeiler der Kuppel sollten noch am 10. November wegen Einsturzgefahr gesprengt werden. Dabei riss, wie die Lokalzeitung mitteilte, der Pioniersturm der SA-Standarte Jäger 11 die Reste der Synagoge mit ihren noch stehenden Umfassungsmauern nieder. Im Herbst und im Winter 1938/39 ließ die Stadt die Mauerreste bis auf Erdbodenniveau fortschaffen.

Die NS-Justiz hatte aus naheliegenden Gründen kein Interesse an der Bestrafung der Täter. Die Staatsanwälte durften gegen sie nicht tätig werden. Erste Anstrengungen, die Marburger Synagogenbrandstiftung zu ahnden, wurden ab Frühjahr 1945 unternommen. Schon gut zwei Wochen nach der Besetzung Marburgs durch US-amerikanische Truppen gaben Zeugen gegenüber der Kriminalpolizei Aussagen zu Protokoll, die Sturmführer Steih belasteten. Das Marburger Landgericht beschäftigte sich von 1947 an in mehreren Strafkammern mit der Frage nach den Brandstiftern. Die Ermittlungsunterlagen und Prozessprotokolle ergeben aber *kein* vollständiges Bild über den Hergang der Tat und die Täter. Schon die Aussagen darüber, wer den Befehl erteilt hatte, variierten. Die beiden Auftraggeber vom SD aus Kassel, von denen Stollberg den Auftrag erhalten haben wollte, wurden nicht ermittelt und blieben unbehelligt.

80 O.V., Ein Fanal der Vergeltung, in: Oberhessische Zeitung v. 10.11.1938, S. 4, abgedruckt in: Günther Rehme/Konstantin Haase, »Mit Rumpf und Stumpf ausrotten...«. Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933, Marburg 1982, S. 104.

Der verschiedentlich genannte SA-Standartenführer Fritz Vielstich (1895-1965), der Führer der SA-Brigade 48, zugleich Gemeinderat in Marburg, war nach Frankfurt an der Oder versetzt worden, im Juni 1938 dorthin verzogen und somit nicht mehr in Marburg. Ungeklärt blieb die Rolle des SA-Sturms 4, der sich am Abend und in der Nacht ebenfalls in der Nähe des Tatorts aufhielt und dem Kaufmann Heinz Bersch unterstand.

Im ersten Prozess wurden im November 1947 von fünf Angeklagten zwei freigesprochen. Hans Steih wurde als Rädelsführer wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung in Tateinheit mit Land- und Hausfriedensbruch zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, der Mitangeklagte Groos zu einem Jahr und sechs Monaten sowie Paul Piscator (1899-1958) – der jüngere Bruder Erwin Piscators – als Mittäter zu einem Jahr Zuchthausstrafe. Als strafverschärfend sah das Gericht an, dass

»die Angeklagten die Kultstätte einer andersgläubigen Bevölkerungsschicht zerstört und dadurch dem deutschen Volke schweren ideellen Schaden zugefügt haben. Die Judenpogrome haben dazu beigetragen, dass die Kulturvölker der Erde begannen, sich vom deutschen Volke abzuwenden und es zu verachten.«

Die Strafe von Groos wurde rechtskräftig, während die Berufungsinstanz Piscator vom Vorwurf der schweren Brandstiftung freisprach, woraufhin er nur sechs Monate Haft absitzen musste. Steih erwirkte 1952 durch die Wiederaufnahme seines Verfahrens eine Strafverringerung auf ein Jahr und neun Monate; aufgrund neuer Zeugenaussagen war ihm die aktive Brandstiftung nicht mehr nachzuweisen. Stollberg wurde 1952 – nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft – wegen Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit Aufforderung zur schweren Brandstiftung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

V. Schlussbetrachtung: Zur Einordnung

Im Rahmen des Themenspektrums »Skandale im Marburg des 20. Jahrhunderts« handelt es sich bei Marburgs über politische Systemgrenzen hinweg anhaltende Verbundenheit mit der Jäger-Truppe mithin um einen lange Zeit *nicht stattgefundenen Skandal*. Und dies sowohl was die Kriegsverbrechen nach dem Überfall auf Belgien und den blutigen Übergriff auf Demonstranten im Nachkriegsjahr 1919 angeht als auch was die Verbrechen der Jäger-Standarte der SA betrifft.

Auf der kleinstädtischen Bühne Marburgs bereiteten mehrere Traditionsvereinigungen, die sich aus ehemaligen Offizieren oder früheren Frontsoldaten zusammensetzten, zusammen mit anderen militaristischen, für den Revanchekrieg eintretenden Organisationen das Klima für die nationalsozialistische Machtübernahme mit vor. Letztere ging hier reibungsloser vonstatten als anderswo. Schon vor dem Zusammenbruch der Republik bekannte man sich mehrheitlich zum Nationalsozialismus. Nicht einmal zwei Jahrzehnte nach dem Kriegsbeginn von 1914 verbrüderten die allermeisten Kriegsteilnehmer sich rückhaltlos mit Hitlers SA. Nationalistische Veteranenverbände schlossen sich der SA als »Reserve II« an, wodurch sich der Anteil der Weltkriegs-

Teilnehmer erhöhte. Dieser Zusammenschluss erschien in der Jäger-Truppe als folgerichtige Fortführung der eigenen Tradition.

Sie wurde eingebunden in ein generationenübergreifendes Projekt militärisch-aggressiver Expansion. Zwar verkündeten die Traditionswahrer: »In ernster Friedensarbeit hütet die [Traditions-]Komp. das Erbe einer ruhmreichen Vergangenheit.«⁸¹ Bei ihren erinnerungspolitischen Unternehmungen ging es aber keineswegs um Frieden, sondern um die mentale Vorbereitung auf den kommenden Krieg. Einer, bei dem dies fruchtete, war der Jura-Student Otto-Christian von Hirschfeld (1909-1945), selbst Sohn eines Offiziers. Im »Ausbildungssturmbann« der SA – Sturmbann 5/J 11 – begann der Sturmbannadjutant 1933 damit, Wehrübungen im Gelände zu trainieren.⁸² 1931 hatte er sich der SA, 1932 der NSDAP angeschlossen. Nur sieben Jahre später war er im von Polen annektierten Gebiet in Hohensalza für den Massenmord an 56 polnischen Häftlingen verantwortlich; er wurde deswegen 1940 vom Sondergericht Posen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, dann alsbald begnadigt.

Als Beispiel für eine über mehrere Generationen fortexistierende Autoritätsgläubigkeit, für Militarismus und Freund-Feind-Denken kann die Kaufmannsfamilie Bersch dienen. Johannes (Hans) Bersch (*1874) lebte seit 1902 von Gießen kommend in Marburg, wurde Inhaber des Herrenbekleidungsgeschäfts Am Grün 2. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil, im Dezember 1918 kehrte er nach Hause. Bis 1920 und abermals nach 1923 amtierte er als Vorsitzender des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen.⁸³ 1933 inserierte er in der NS-Zeitung *Hessische Volkswacht*, und er schloss er sich der NSDAP als Mitglied (Nr. 2.828.191) an. 1946 gelang es dem langjährigen »Kameradschaftsführer«, als Mitläufer entnazifiziert zu werden; er musste eine Geldstrafe von 2.000 Reichsmark entrichten. Gestorben ist er 1955.⁸⁴

Sein älterer Sohn war der Kaufmann Wilhelm Bersch (1903-1971), der sich am 1. Juni 1931 der NSDAP (Nr. 538.816) und 1933 der SA anschloss. Er wurde im März 1933 ins Marburger Stadtparlament gewählt.⁸⁵ Er nahm für sich in Anspruch, im März 1920 während des »Thüringer Aufstandes« einer »Garnisonkompanie Marburg« angehört zu haben. Aus seiner im August 1933 geschlossenen Ehe mit Anna Brendel (*1899) gingen zwei Töchter hervor. 1937 gehörte er dem SA-Sturm 3/J 11 an, am 30. November 1938 vereidigte ihn der Anführer der Jäger-SA Stollberg – Wilhelm Bersch war dann Adjutant im Stab J 11. Er nahm am Zweiten Weltkrieg teil und kehrte Mitte Juni 1945 aus der Gefangenschaft zurück. Die Entnazifizierung überstand er 1949 als sogenannter Mitläufer.

Johannes Berschs jüngerer Sohn war Heinrich (Heinz) Bersch (1909-1998). Mitte der 1920er Jahre engagierte sich der Handlungsgehilfe im »Jugendbund Ludendorff«, der Jugendgruppe der NSDAP-Ortsgruppe Marburg. 1927 trat er in die NSDAP (Nr. 58.223)

81 O.V., Jägertag, in: Oberhessische Zeitung v. 5.8.1933, S. 3f.

82 O.V., Besichtigung des Sturmbannes V/J 11, in: Oberhessische Zeitung v. 5.8.1933, S. 9. Ferner Dettmering, Was alle lesen konnten (Anm. 28), S. 319.

83 Stadtarchiv Marburg (StadtA MR), Meldekarte Johannes Bersch; Friedrich, Geschichte (Anm. 3), S. 109, 227, 234-236, 239.

84 Todesanzeige für Johannes Bersch, in: Oberhessische Presse v. 16.2.1955, S. 8.

85 Wilder/Cramer/Stolper, Marburger Rathaus (Anm. 52), S. 321.

ein, im Dezember 1931 überdies in die SA. Von Januar 1934 an führte er den Sturm I/4 der SA-Standarte Jäger 11 an. Anderthalb Jahre später setzte er sich mit dem Sturm 4/J 11 für die Anbringung des »ersten Stürmerkastens in Marburg« ein.⁸⁶ Seit 1926 hatte Heinz Bersch zeitweise an verschiedenen Orten in West- und Süddeutschland gelebt: in Aachen, Kassel, Mainz, Stuttgart.⁸⁷ 1937 erfolgte sein Austritt aus der evangelischen Kirche. Von 1939 an nahm er am Krieg teil, am 9. November 1940 stieg er zum SA-Hauptsturmführer auf. Er wurde verwundet und war nach der Genesung »wieder im Osten« als mit dem Eisernen Kreuz (EK I) ausgezeichnete Oberleutnant. Mitte Januar 1944 fungierte er »als N.S.-Führungsoffizier«.⁸⁸

1947 trat Heinz Bersch nach seiner Rückkehr aus Detmold im Prozess gegen die Synagogenbrandstifter vor der Strafkammer I des Landgerichts Marburg als Zeuge auf.⁸⁹ Über sein dreistes Auftreten vor Gericht gibt ein Vermerk von Landgerichtsrat Wende aus der Hauptverhandlung am 21. November 1947 Auskunft. Demnach habe der Zeuge Bersch sich bei seiner »Vernehmung sehr herausfordernd« benommen und »in überlautem, unsachlichem und gereiztem Ton« gesprochen.⁹⁰ Bei einer Frage des Beisitzers habe Bersch »mit der Faust auf den Tisch« geschlagen. »Er trat an den Richtertisch mit beiden Händen in den Taschen seines Mantels und mit höhnischem Lächeln.« Mehrfach musste er »durch Androhung von Ordnungsstrafe zu angemessenem Verhalten aufgefordert werden«.

Verheiratet war Bersch mit der Marburgerin Louise Sünner (*1911), das Paar hatte mehrere Kinder. Die Kaufmannsfamilie wohnte zuerst in der Bismarckstr. 30, von 1955 an in der Capperlerstr. 43. Offenbar prägte das militaristische Familienoberhaupt Bersch auch den Werdegang der eigenen Kinder. Denn mindestens zwei Söhne gingen später zur Bundeswehr, die in ihrer Frühzeit noch zahllose Traditionen mit Wehrmacht und Reichswehr verband. Der ältere, 1939 geborene Sohn wurde 1959 als »Freiwilliger« aufgrund einer »Meldung zur vorzeitigen Heranziehung zum Wehrdienst« eingezogen.⁹¹ Der Jüngere (*1943) besuchte die Martin-Luther-Schule. Nach dem Abitur ging er im April 1964 als Offiziersanwärter zur Bundeswehr, 1967 beendete er die dreijährige Dienstzeit als Leutnant und nahm ein Medizinstudium auf.⁹² Später war er als Arzt an wechselnden Standorten in Südwest- und Norddeutschland hauptberuflich für die Bundeswehr tätig.

86 O.V., Der erste Stürmerkasten in Marburg, in: Oberhessische Zeitung v. 26.6.1935, S. 4; sowie Archiv der Geschichtswerkstatt Marburg, Ordner 43, 1935.

87 StadtA MR, Meldekarte Heinrich Bersch. Seine »neue Meldekarte auch für Ehefrau«, auf die hier verwiesen wird, war im Stadtbüro nicht auffindbar.

88 HHStAW, 483, Nr. 4572.

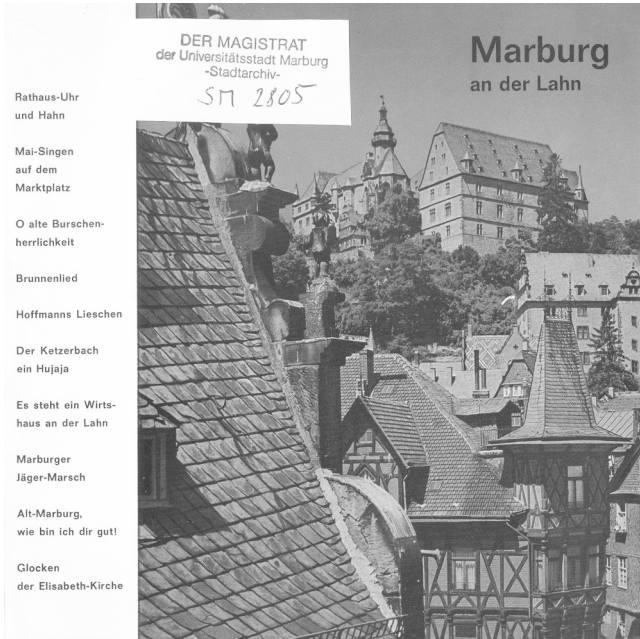
89 StadtA MR, Meldekarte Heinrich Bersch; Fülberth/Händler-Lachmann/Hommel/Roth/Werther, Strafsache 2 Kls (Anm. 78), S. 58-60.

90 HStAM, 274, Acc. 1984/125, Bd. 1, Bl. 197RS, abgedruckt in Andreas Hedwig/Reinhard Neebe/Annegret Wenz-Haubfleisch (Hg.), Die Verfolgung der Juden während der NS-Zeit. Stand und Perspektiven der Dokumentation, der Vermittlung und der Erinnerung, Marburg 2011, S. 284. Dort auch die folgenden Zitate.

91 Siehe Hessenland. Heimatzeitschrift für Kurhessen 50 (1939), H. 11/12, S. 248.

92 Siehe den Lebenslauf im Anhang der Dissertation von Ulf Bersch, Untersuchungen über das Verhalten des Serum-Insulins bei Patienten mit chronisch calzifizierender Pankreatitis und Diabetes mellitus, Diss. Marburg 1975.

Abb. 4: Umschlag der Langspielplatte Alt-Marburg aus dem Jahr 1966, gespielt von Konrad Herguth mit seinem Blasorchester »Marburger Jäger«. In der Inhaltsangabe heißt es: »Die Marburger 11. Kurh. Jäger gehören zur Stadt und treffen sich noch immer gern hier, wo sie nach dem »Jäger aus Kurpfalz« auf dem Kämpfrasen paradierten.«



Stadtarchiv Marburg, S 4 SM, Nr. 2805

Die Jäger-Truppe war bis vor rund 30 Jahren ein allseits geschätzter Bestandteil des Marburger bürgerlich-kleinstädtischen Lebens. Das funktionierte aber nur solange, wie die Nazifizierung der Jäger-Traditionen ausgeblendet und an die Marburger Jäger-Truppe unter Außerachtlassung ihrer militaristischen Nachgeschichte erinnert wurde, die sie in der NS-Zeit mit der SA-Standarte Jäger 11 verbunden hatte.⁹³ Erst spät hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass kaum Anlass besteht, auf das Jägerbataillon stolz zu sein. Und noch weniger kann dies für die Jägerstandarte der SA gelten, nachdem deren Angehörige an schändlichen Verbrechen mitgewirkt und Mitschuldige gedeckt haben.

93 Zu den Nachkriegsjahren siehe insb. Katharina Nickel, Zur Geschichte der Kameradschaft Marburger Jäger 2. Panzergrenadierdivision seit 1979, in: Friedrich/Kirschner/Lützoff/Nickel, Zur Geschichte (Anm. 2), S. 151-178.

Die Morde von Mechterstädt – Tragödie und/oder Skandal?

Dietrich Heither

I. Mechterstädt, 25. März 1920: Die Tragödie

Nachfolgend soll sowohl unter historisch-gesellschaftswissenschaftlicher als auch unter kulturwissenschaftlicher Perspektive der Frage nachgegangen werden, inwieweit »Mechterstädt« als ein »Skandal im Marburg des 20. Jahrhunderts« zu verstehen ist. Zunächst kurz zu den damaligen Ereignissen.¹

1.1 Vorgeschichte(n)

Bereits seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts orientierten sich die korporierten Studenten in ihrer überwiegenden Mehrheit am äußeren Rand der politischen Rechten. Nationalismus, Anti-Sozialismus (d.h. die Gegnerschaft zu Sozialdemokratie und Gewerkschaften), Antisemitismus, Militarismus und ein ausgeprägter harter Virilismus verbanden sich zu einem Konglomerat weltanschaulicher Versatzstücke, das funktional war für das imperiale Weltmachtstreben einer autoritären und hierarchischen Gesellschaft – vor und nach 1914/18; einer Gesellschaft, die sich im Innern gegen vermeintliche »Reichsfeinde« wandte und nach Außen auf einen gewaltbereiten Expansionskurs hin steuerte.

Dass die überwiegende Mehrzahl der Korporationsstudenten die Weimarer Republik von Beginn an aktiv bekämpfte, war folglich naheliegend und zeigte sich deutlich beim sogenannten Kapp-Putsch des Jahres 1920. Er bot nicht nur den Marburger Korporierten die herbeigesehnte Gelegenheit, mit der Waffe in der Hand gegen die gewählte Reichsregierung vorzugehen, deren Vertreter sie abfällig als »Novemberverbrecher« bezeichneten.² Man verteilte die vervielfachten Aufrufe Wolfgang Kapps und

1 Vgl. zu der im Folgenden skizzierten Vorgeschichte ausführlich Dietrich Heither/Adelheid Schulze, Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland, Berlin 2015.

2 Der Historiker Wolfgang Zorn spricht von mindestens 50.000 studentischen Zeitfreiwilligen an der Seite Kapps. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen dürften Verbindungsstudenten gewe-

schloss sich mit den militärischen Machthabern der Stadt zusammen. Gemeinsam mit seinem Stab arbeitete der von den Korporationen gewählte Führer des Marburger Studentenkorps (StuKoMa), Bogislav von Selchow – ein ehemaliger Fregattenkapitän, der zu einem der ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus werden sollte – einen Eroberungsplan Marburgs aus, der unter anderem die Absetzung des Oberbürgermeisters Paul Troje und die Besetzung jüdischer Banken vorsah. Offenbar sahen die radikalen Studenten, wie es der Corpsstudent Rudolf Baldus (er sollte eine Woche später das Kommando bei der Gefangennahme der Thaler Arbeiter leiten) damals unter expliziter Zustimmung von etwa sechzig anwesenden Korporationsvertretern formulierte, nun endlich den Augenblick gekommen, »das marxistische Joch abzuschütteln«,³ gemeint waren die demokratischen und sozialen Errungenschaften der jungen Republik.

Als von Selchow am Morgen des 19. März von der Niederlage Kapps erfuhr, wurde auf Geheiß der neuen alten Reichsregierung von der Kasseler Generalität ein angeblich auf die »Befriedung der Lage in Thüringen« zielender Aufruf herausgegeben, durch den dieselben Studenten, die eben noch Demokratie und Republik beseitigen wollten, nun zur angeblichen »Rettung des Vaterlandes« nach Thüringen ziehen sollten, um dort »Ruhe und Ordnung« wiederherzustellen.⁴ Das wenige Stunden zuvor aufgelöste Studentenkorps wurde reaktiviert, eingekleidet und ausgerüstet. Es bestand aus 1.800 Mann und setzte sich aus zehn Kompanien zusammen. Am Abend des 20. März verließen die Zeitfreiwilligen Marburg. Über Bebra erreichte die Selchow-Truppe – erster Adjutant war mit Otmar v. Verschuer vom Verein Deutscher Studenten (VDSt) einer der berühmtesten »Rassehygieniker« des späteren NS-Regimes – Herleshausen, wo von Selchow sich mit Reichswehr-Generalmajor Rumschöttel, dem Führer der Unternehmung gegen Thüringen, traf. Dort erklärte von Selchow dem General »unter vier Augen«, dass ihm die »Regierung Ebert-Bauer [...] ganz gleichgültig« sei und er mit »größter Rücksichtslosigkeit« in Thüringen vorzugehen gedenke. Für diese Vorgehensweise erhielt er von Rumschöttel den Freibrief.

1.2 Die Morde

Am 24. März 1920 besetzte ein 60-köpfiger Stoßtrupp des Studentenkorps die Gemeinde Thal. Dort nahmen die Studenten – ausgewählt worden waren ausschließlich Mitglieder schlagender Verbindungen – insgesamt 15 Arbeiter fest, von denen nur einige politisch aktiv waren und brachten sie in das benachbarte Sättelstädt. Von dort sollten

sen sein. Vgl. Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des Deutschen Studententums, in: Kurt Stephenson/Alexander Scharff/Wolfgang Klötzer (Hg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 5, Heidelberg 1965, S. 223-307, hier S. 256. Zur studentischen Radikalisierung im Rahmen des Kapp-Putsches, auch mit Bezug zu Marburg siehe Martin Göllnitz, Radikalität, Unbedingtheit, Kälte. Zur Beteiligung deutscher und österreichischer Jungakademiker an politischen Gewaltakten nach dem Ersten Weltkrieg (1919-1922), in: Marcel Bois/Frank Jacob (Hg.), Zeiten des Aufruhrs (1916-1921). Globale Proteste, Streiks und Revolutionen gegen den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen, Berlin 2020, S. 464-491.

3 Bogislav v. Selchow, Hundert Tage aus meinem Leben, Leipzig 1936, S. 314.

4 Ebd., S. 328. Dort auch die folgenden Zitate.

die Verhafteten, eskortiert von einer Wachmannschaft, die aus vierzehn Verbindungsstudenten, darunter neun Korpsstudenten und fünf Burschenschafnern bestand, nach Gotha gebracht werden.

Am 25. März fielen morgens fünfzehn tödliche Schüsse nahe des Dörfchens Mechterstädt. Rechtsmediziner stellten später bei 13 der 15 Leichen fest, dass ihnen aus nächster Nähe in den Kopf geschossen worden war. Die genauen Umstände des Massakers konnten nie geklärt werden, da von den Gefangenen keiner überlebte, der Auskunft hätte erteilen können.

Abb. 1: Beerdigung der ermordeten Arbeiter in Thal



Postkarte, Privatbesitz Dietrich Heither, Niedernhausen

1.3 Die Gerichtsverfahren

Nachdem durch Veröffentlichungen von Studenten aus dem Umfeld der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – vor allem sind hier Ernst Lemmer und Gustav Heinemann zu nennen – die Morde bekannt und in der Nationalversammlung diskutiert worden waren, wurden aufgrund des öffentlichen Drucks die 14 Studenten vom Kriegsgericht der 22. Division der Reichswehr, also einem »Kameradengericht«, angeklagt. Das in Marburg tagende Kriegsgericht sprach die Täter im Juni 1920 allesamt frei. Bestätigt wurde der Freispruch in der Berufungsverhandlung wenige Monate später durch das Kasseler Schwurgericht. Ein weiterer Prozess (der sogenannte zweite Studentenprozess) betraf Misshandlungen weiterer Gefangener durch Angehörige des Studentenkörpers. Anhand beider Prozesse lässt sich nachweisen, dass diese nicht nur ansatzweise rechtsstaatlichen Ansprüchen Genüge leisteten. Die Klassenjustiz, die den neuen Staat

mehrheitlich ablehnte und der demokratischen Republik nur widerwillig diene, war auf dem rechten Auge blind.⁵

So geht aus dem Nachlass des Verteidigers der Studenten, Walter Luetgebrune, und den Tagebuchaufzeichnungen von Selchows zweifelsfrei hervor, dass es rechtswidrige Absprachen zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft gab (etwa wer als Zeuge geladen bzw. nicht geladen werden sollte), dass massive Zeugenbeeinflussungen stattfanden (mehrere Treffen fanden auf Verbindungshäusern statt, wo im Vorfeld gemeinsame Sitzungen von Angeklagten und Zeugen abgehalten wurden und bei denen durch die Rechtsanwälte die »eigenen« Zeugen genauestens »präpariert« wurden), dass wichtige Beweismittel (etwa Fotografien der Leichen) unterschlagen wurden, und dass Staatsanwalt und Verteidiger Absprachen trafen, um die Angeklagten einer Bestrafung zu entziehen.⁶

Merkwürdig- und Zufälligkeiten, Absurditäten wie unlogische Schlussfolgerungen häuften sich in allen Verfahren derart massiv, dass an ein Zusammentreffen unglücklicher Umstände und Verkettungen schon damals – auch ohne Kenntnis der Absprachen und Abstimmungen zwischen Anklage, Verteidigung und Zeugen – nicht ernsthaft geglaubt werden konnte. Vermutungen wurden zu Wirklichkeit, wo es den Angeklagten nutzte; klare und eindeutige Aussagen, selbst von Unbeteiligten, die auf heimtückischen Mord hindeuteten, wurden dagegen infrage gestellt. Sachverständige ergingen sich in allgemeinen Erörterungen zu den Möglichkeiten des Tatablaufs, unterließen aber die kritische Untersuchung der konkreten Tatumstände. Zu offensichtlich war die Parteilichkeit des gesamten juristischen Apparats, der den politisch motivierten Mord bereitwillig deckte und an einer Aufklärung der Tat zu keinem Zeitpunkt ein Interesse hatte.

1.4 Nachspiele

Das Marburger Studentenkorps löste sich nach dem Ende des »Thüringen-Feldzugs« mitnichten auf, obwohl Mitte April 1920 den Studenten der Eintritt in Freiwilligenverbände und Einwohnerwehren durch das Preußische Unterrichtsministerium untersagt worden war. Vielmehr fungierte es bis etwa 1924 als illegal weiterbestehende paramilitärische Einheit, als »Treuebündnis« – so die Selbstbezeichnung – und damit als ein gewichtiger Knotenpunkt im völkisch-militanten Netzwerk des damaligen Präfaschismus. Denn zu diesem Zeitpunkt war das gesamte Land bereits mit einem Netz illegaler militärischer Organisationen überzogen, bei dem Freikorps wie Studentenschaften eine bedeutsame Rolle spielten.⁷ Das Marburger Korps sollte dabei die Kerntruppe der

5 Vgl. dazu exemplarisch Daniel Siemens, Die »Vertrauenskrise« der Justiz in der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt a.M. 2005, S. 139-163; Rudolf Heydeloff, Staranwalt der Rechtsextremisten. Walter Luetgebrune in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), H. 3, S. 373-421; Gotthard Jasper, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), H. 2, S. 167-205.

6 Siehe dazu Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Luetgebrune, NL 150, 83-89 u. 92; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br. (BArch-MA), Nachlass v. Selchow, NL 428, Logbücher Bd. 41-44 u. 46.

7 Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, S. 112.

ebenfalls 1920 verbotenen, hessischen »weißen Armee« Georg Escherichs, der Organisation Escherich (Orgesch), bilden und wurde hierzu auf zwölf Kompanien vergrößert, die zum Teil unter schwerem Geschütz standen. Von Marburg aus wurde konspirativ ein Führungsstab bestehend aus Mitgliedern der Marburger Korporationen ins Leben gerufen, Kreisorganisatoren bestimmt sowie ganz Hessen mit einem dichten Netz von Vertrauensleuten, kampfbereiten Aktivisten (von Selchow spricht in diesem Kontext – die Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen – von 40.000 Mann!) und zahlreichen illegalen Waffenlagern durchzogen.⁸

Die Anteilnahme der Universität und ihrer Professoren an der Fortführung des StuKoMa reichte über die bloße Kenntnisnahme derartiger Aktivitäten weit hinaus. Zwei Jahre nach den Morden von Mechterstädt fand in Marburg ein »StuKoMa-Kommers« statt, mit dem der »Thüringen-Feldzug« gefeiert wurde. Eingeladen waren als Ehrengäste zu diesem Kommers unter anderem hochrangige reichsbekannte und lokale Militärs, Forstrat Escherich als Führer der Orgesch, Flottenadmiral Heinrich, einer der Führer von Orgesch und (später) der »Schwarzen Reichswehr«, Rechtsanwalt Luetgebrune (der allerdings kurzfristig absagen musste), die dem StuKoMa zugeneigten Professoren und Dozenten, vor allem aus der juristischen und medizinischen Fakultät, sowie die Universitätsrektoren der Amtszeiten 1919/20 und 1920/21, Wilhelm Busch und Franz Hofmann. Im Präsidium der Festtafel saßen der 1922 amtierende Rektor Johannes Gadamer, von Selchow und Escherich einträchtig nebeneinander, an den Tischen versammelten sich neben den Ehrengästen zahlreiche Repräsentanten der Marburger Verbindungen. Universitätsleitung und nationale Professorenschaft feierten hier Vergangenheit wie Zukunft des StuKoMa und heroisierten damit offen den Rechtsbruch. Bezeichnenderweise hob Rektor Gadamer denn auch in seiner Ansprache lobend hervor, dass durch das Studentenkorps »Marburg die Hochburg nationalen Selbstbehauptungswillens in Deutschland geworden wäre.«⁹ Dafür sei »die Universität dem StuKoMa Dank und freudige Anerkennung schuldig.«

II. Mechterstädt - ein »Skandal«?

2.1 Überlegungen zur Begriffsbestimmung

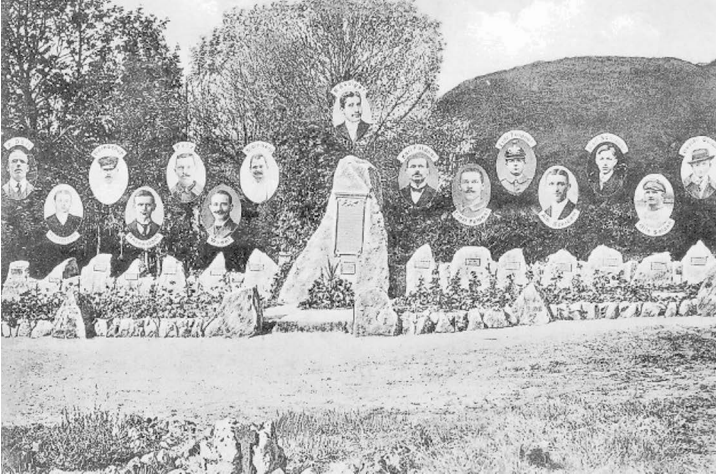
In den 1920er Jahren verstand man unter einem Skandal »Ärgernis, Aufsehen und Lärm«; und skandalös war etwas »Ärgerliches und Anstößiges« – so die Beschreibung in Meyers fünfzehnbändigem Konversationslexikon von 1929.¹⁰ Folgt man dieser Definition, so war in Mechterstädt und Marburg so manches skandalös, zumal die Ereignisse rasch weit über Thüringen und Hessen hinaus bekannt wurden. Anstoß erregten in Marburg die Beteiligung der Studenten am konterrevolutionären Kapp-Putsch, Anstoß erregte in Thüringen die Mordtat, Anstoß erregten reichsweit die Freisprüche vor den Gerichten in Marburg und Kassel.

8 Vgl. BArch-MA, NL 428, Logbuch Nr. 41, S. 8086.

9 BArch-MA, NL 428, Logbuch Bd. 46, S. 8830. Dort auch das folgende Zitat.

10 Meyers Lexikon, Bd. 11, Leipzig⁷1929, Sp. 346.

Abb. 2: Gedenkstätte von Thal mit Bildern der Ermordeten



Fotomontage auf einer Postkarte, Privatbesitz Dietrich Heither, Niedernhausen

Orientiert man sich dagegen an einer engeren und neueren soziologischen Begriffsbestimmung, so gelten Skandale als eine Form öffentlicher sozialer Kontrolle. Laut des von Günter Hartfiel begründeten Wörterbuchs der Soziologie kennzeichnet den Skandal ein

»öffentlich bekannt gewordenes oder enthülltes Vorkommnis, das in Folge der Verletzung allgemein anerkannter Idealwerte, Moralvorstellungen und sozialer Normen durch Angehörige von Eliten und oberer Sozialschichten oder durch bestimmte Institutionen und Organisationen in der Öffentlichkeit als anstößig, empörend und sanktionsbedürftig verurteilt wird.«¹¹

Der politische Skandal als spezifische Form des Skandals zeichnet sich zudem dadurch aus, dass Akteure des politisch-administrativen Systems unmittelbar und auslösend in diesen verwickelt sind und das normative Inventar der Politik durch die Verletzung sozial verbindlicher Wertesysteme tangiert ist. Dabei verschaffen sich im politischen Skandal gegensätzliche soziale Ansprüche auf die Geltung von Normen in einer spezifischen Weise Ausdruck; die beteiligten Parteien verfolgen folglich bestimmte Ziele, die sie durch den Einsatz von Macht- und Einflussmitteln herbeiführen wollen.

Sighard Neckel hat als »logische Voraussetzung« des Skandals zudem die Enthüllung eines Geschehens bezeichnet.¹² Denn das »Geheimnis« widerspreche im Kern dem Anspruch der bürgerlichen Gesellschaft, die Staat und Politik als öffentliche Angelegenheiten begreife. Gerade der bürgerliche Rechtsstaat, so bereits Jürgen Habermas in

11 Karl-Heinz Hillmann, Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 41994, S. 788.

12 Vgl. Sighard Neckel, Das Stellhölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 1989, S. 55-80, hier S. 57. Dort auch das folgende Zitat.

seiner Habilitationsschrift *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, etablierte die politisch funktionierende Öffentlichkeit als Staatsorgan, um den Zusammenhang von Gesetz und öffentlicher Meinung institutionell abzusichern.¹³ In öffentlichen Angelegenheiten dient das Geheimnis (als Mittel der Täuschung) daher der Verschleierung von Handlungsweisen, die innerhalb der politischen Sphäre der modernen Gesellschaft als unzulässig gelten. Anders formuliert: Mit dem Entstehen einer bürgerlichen Öffentlichkeit wird die Enthüllung der Täuschung – zumindest normativ – als konstituierendes Prinzip verstanden. Hierauf gründet nicht zuletzt das Verständnis von der Presse als »vierter (publikativer) Gewalt«, die sich idealiter konfliktorisch-korrigierend zu den anderen Gewalten verhält. Für den französischen Soziologen Pierre Bourdieu markiert der politische Skandal denn auch ein Ereignis, bei dem das Mysterium des (politischen) Amtes sich entschleiert, die »Selbstkonsekration« der politischen Repräsentanten an ihren eigenen Voraussetzungen zusammenbricht und der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit sich in öffentlicher Häme auflöst.¹⁴ Bei einem politischen Skandal handelt es sich also um ein öffentlich bekannt gewordenes Vorkommnis, das von der Öffentlichkeit als empörend und sanktionsbedürftig wahrgenommen, von Angehörigen sozialer und/oder politischer Eliten begangen wird und mit der Verletzung allgemein anerkannter Ideale, Moralvorstellungen und (im politisch engeren Sinne) sozial wie politisch verbindlicher Normen- und Wertesysteme einhergeht.

2.2 Das öffentlich bekannt gewordene Vorkommnis

Ein öffentliches, weit über Marburg und Thal hinausreichendes Ereignis waren die Geschehnisse von Mechterstädt allemal. »Mechterstädt« wurde nicht nur von der linksliberalen Presse, sondern zudem von zahlreichen Literaten und Künstlern thematisch aufgegriffen, die zumeist der politischen Linken entstammten, in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aktiv waren bzw. diesen Parteien nahestanden.

Der wohl bedeutendste literarische Chronist der Weimarer Republik, Kurt Tucholsky, hat in den Tagen unmittelbar nach dem Kapp-Putsch unter Pseudonymen zahlreiche Gedichte geschrieben, deren Aussagen sich auch auf die Marburger Studenten beziehen lassen. So heißt es in *Haben Sie schon mal ...?* ironisierend:

13 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt¹³1982, S. 103.

14 Vgl. Pierre Bourdieu, *Delegation und politischer Fetischismus*, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 1989, S. 36-54, insb. S. 41-48, 54 (Zitat).

»(...) Haben Sie schon mal 'n Bolschewisten gesehn – ?
 Ich sah noch keinen
 Aber ich sah Leute,
 Die treu zu ihrer Regierung stehn – heute!

Gestern standen sie noch bei Kapp.
 Mit wehenden Fahnen – aber nicht zu knapp!«¹⁵

Auf die Morde von Mechterstädt ging Tucholsky zunächst allerdings noch nicht ein. Dies sollte sich nach Abschluss des Verfahrens vor dem Marburger Kriegsgericht ändern. Innerhalb weniger Tage entstanden nun vier Gedichte (die meisten davon erschienen in der *Weltbühne*), die sich explizit mit den Marburger Studenten (sie werden jeweils im Titel erwähnt) und den Morden von Mechterstädt befassen.

Die links-demokratischen Weimarer Künstler und Intellektuellen – im Bereich der bildenden Kunst sei hier stellvertretend auf George Grosz verwiesen – reagierten also auf die Morde, die sie als »empörend und sanktionsbedürftig« wahrnahmen; ebenso die sozialdemokratischen und kommunistischen Publikationsorgane, die allerdings nur ein vergleichsweise geringes Gegengewicht gegen die Dominanz der bürgerlichen Rechtspresse um den Medienmogul Alfred Hugenberg, die zudem von Marburg aus gezielt »munitioniert« wurde, in die Waagschale werfen konnten.

Von der öffentlichen Bekanntheit der Angelegenheit zeugen auch die politischen Diskussionen in der Weimarer Nationalversammlung bzw. im Reichstag sowie in den Landtagen Preußens und Thüringens. Dass mit Konrad Haenisch ausgerechnet der preußische Kultusminister die Tat trotz des Marburger Freispruchs als »feigen Meuchelmord der Marburger Buben« bezeichnete, mag zunächst hierfür als weiterer Beleg dienen. Gerade an der Person Haenisch zeigt sich darüber hinaus die mit der Novemberrevolution verbundene (allerdings nur kurzfristige) partikuläre Eroberung der Staatsmacht durch die organisierte Arbeiterbewegung. Dass damit nicht dauerhaft ein sozial-kultureller Machtgewinn einherging, sollte der Verlauf der sich anschließenden Entwicklungen dokumentieren. Nachdem Haenisch in der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung im Juli 1920 erklärt hatte, von dem, was er gesagt habe, »nicht eine Silbe zurück(zunehmen)«,¹⁶ reagierten in Marburg Rektor und Universitätsausschuss und baten den Minister dringend, seine Worte zu widerrufen.¹⁷ Nahezu zeitgleich schrieb der Marburger Rektor Wilhelm Busch an den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Hochschulen, Friedrich Rudolf Schenck, um den Verband gegen

15 Theobald Tiger [Kurt Tucholsky], Haben Sie schon mal ...?, in: Berliner Volks-Zeitung v. 1.4.1920, zit.n. Bärbel Boldt/Gisela Enzmann-Kraiker/Christian Jäger (Hg.), Kurt Tucholsky. Gesamtausgabe, Bd. 4: Texte 1920, Reinbek 1998, S. 121.

16 Vgl. Sitzungsberichte der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, Bd. 9: 134. bis 155. Sitzung (21. April bis 21. September 1920), 150. Sitzung v. 8.7.1920, Sp. 11750.

17 Universitätsarchiv Marburg (UAM), Abt. 305a, 8485, Deputation der Philipps-Universität an Konrad Haenisch, 17.7.1920.

Haenisch in Stellung zu bringen.¹⁸ Schenck, der 1897 an der Philipps-Universität habilitiert worden war, sicherte die Unterstützung des Verbandes zu und versprach, die Angelegenheit bei den auf dem Göttinger Studententag (24./25. Juli 1920) anwesenden Vorstandsmitgliedern zur Sprache zu bringen. Der Studententag protestierte daraufhin in einer Resolution, die in ähnlicher Art zuvor in Marburg verabschiedet worden war, gegen den Kultusminister:

»Insbesondere legt der Studententag aufs schärfste Verwahrung ein, dass auch von Seiten des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung derartige Angriffe in unverantwortlicher Weise erhoben worden sind, obwohl er durch sein Amt verpflichtet gewesen wäre, die Studentenschaft gegen unberechtigte Angriffe zu schützen.«¹⁹

Haenisch, so in die Defensive getrieben, entschuldigte sich in einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft, Peter van Aubel, und nahm die »gebrauchten schroffen Wendungen zurück«.²⁰ Es sollte ihm nichts nützen – er blieb fortan das Feindbild der studentischen Verbindungen.²¹

So bestand, das zeigen Verlauf und Ausgang der »Haenisch-Affäre«, auf der einen Seite mit den Universitätsprofessoren und Universitätsleitungen, den Verbindungsstudenten, den von diesen majorisierten Studentenschaften sowie den »Verbindungen« ihrer Alten Herren zu zahlreichen Journalisten und Politikern ein Netzwerk sozialpolitischer Einflussnahme, das mit Hilfe des ihm zur Verfügung stehenden materiellen wie sozial-kulturellen Kapitals gezielt die Öffentlichkeit zu beeinflussen (besser: zu manipulieren) suchte,²² was schlussendlich auch gelang. Die vorhandenen Gegenkräfte waren zu schwach, um sich in der Öffentlichkeit behaupten zu können. Verwiesen sei hier aber auf eine Handvoll Marburger Studenten, die aus der Phalanx des StuKoMa ausbrachen (in erster Linie Gustav Heinemann, Ernst Lemmer und Henning Duderstadt), auf wenige Professoren aus dem Umfeld der Marburger Theologie sowie auf die *Hessische Landeszeitung* als lokales Presseorgan, die immerhin Ansätze einer Gegenöffentlichkeit herstellten.

2.3 »Gesichter der herrschenden Klasse« (George Grosz)

Sowohl die Morde als auch die Freisprüche – letztere zunächst in Marburg, anschließend in Kassel – zeigen, dass auf politischer Ebene zwischen den gesellschaftlichen und politischen Eliten Widersprüche aufbrachen. Wie bereits erwähnt, sekundierte den Mördern mit der Justiz eine der staatlichen Gewalten, die über viele Banden mit dem

18 Ebd., Rektor der Philipps-Universität an Friedrich Rudolf Schenck, 19.7.1920.

19 Nachrichtenblatt der deutschen Studentenschaft v. 17.8.1920, S. 8, zit.n. Hans Peter Bleuel/Ernst Klinnert, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen, Gütersloh 1967, S. 77, Anm. 62.

20 Eine Abschrift des Briefes findet sich in UAM, Abt. 305a, 8485.

21 Vgl. Strathmann, »Hänisch Klage«, in: Wingolfsblätter (1920/21), H. 7, Sp. 159-162.

22 Vgl. Heither/Schulze, Mechterstädt (Anm. 1), S. 248-255.

zuvor beschriebenen Netzwerk verbunden war – sozial, personell, ideologisch, institutionell und habituell, was sich eben auch in ihrer Judikatur niederschlug.²³ Ihr sollte eigentlich die gesamte Weimarer Republik hindurch das Militär als »Nebenregierung« zur Seite stehen, unter dessen Schutz sich die unterschiedlichen Wehrverbände ungehindert ausbreiten konnten.²⁴

Auf der anderen Seite zeichneten sich in den Anfangsjahren der Republik Legislative und (wenigstens in Ansätzen) Exekutive durch das politische Wirken progressiverer (reformerischer) Kräfte aus, die unter anderem den Sturz der Monarchie, die Anerkennung der Gewerkschaften, ein Betriebsrätegesetz, den Acht-Stunden-Tag und das Frauenwahlrecht mit dem Druck revolutionärer Bewegungen durchsetzen bzw. vor allem soziale Zugeständnisse erreichen konnten.

Wilhelm Hoegner, der zeitgenössische Jurist, Sozialdemokrat und entschiedene Gegner der Nationalsozialisten, hat diese Widersprüche zwischen den Gewalten angedeutet:

»Die politische Justiz hat der Gegenrevolution als Schrittmacherin gedient. Sie hat dem Staat von Weimar häufig den Schutz der Strafgesetze gegen staatsfeindliche Erschütterungen versagt. Dadurch hat sie nicht nur der Polizei ihre Aufgabe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erschwert, sondern auch das Ansehen des Staates und der Staatsbehörden geschädigt und die Gegner der demokratischen Republik ermuntert, ihre Angriffe gegen den Staat fortzusetzen. Ein Staatswesen, das von seinen eigenen Justizorganen im Stiche gelassen wird, macht sich lächerlich, seine Vorschriften werden nicht mehr ernst genommen, seine Drohungen verfangen nicht mehr. Es bricht beim ersten kräftigen Anstoß zusammen.«²⁵

Gesellschaft und Staat waren folglich bezüglich des jeweiligen Kräfteverhältnisses bzw. der in ihr vorherrschenden sozialen Kräfte unterschiedlich strukturiert. Dem von der Arbeiterbewegung ausgegebenen Ziel einer Eroberung der Staates (sei es auf dem Wege der Reform, sei es revolutionär), in den Anfangsjahren partiell verwirklicht, korrespondierte eine mangelnde zivilgesellschaftliche Verankerung und Hegemoniefähigkeit, die sich spätestens seit der gescheiterten Revolution von 1848 über Jahrzehnte hinweg verfestigt hatte. Die von dem italienischen Kommunisten Antoni Gramsci beschriebene »robuste Kette von Festungen und Kasematten« zur Sicherung bürgerlicher Herrschaft konnte daher nicht geschliffen werden.²⁶

Mit Blick auf die Ereignisse um Mechterstädt besteht nun eine der Besonderheiten darin, dass das Aufdecken der Vorgänge um den 25. März 1920 nahezu ausschließlich in den Händen des Militärs und der Judikative lag. Deren interessengeleitetes »Versagen« bei der Ermittlung (damals ermittelten sogenannte Kriegsgeschichtsräte) und die

23 Vgl. Bernhard Diestelkamp, Justiz in der Weimarer Republik. Beständigkeit im Wandel, in: Peter Krüger/Anne C. Nagel (Hg.), Mechterstädt – 25.3.1920. Skandal und Krise in der Frühphase der Weimarer Republik, Münster 1997, S. 11-26, der allerdings in seinen Ausführungen auf Mechterstädt nicht Bezug nimmt.

24 Vgl. Rosenberg, Geschichte (Anm. 7), S. 115.

25 Wilhelm Hoegner, Der politische Radikalismus in Deutschland 1919-1933, München 1966, S. 152f.

26 Vgl. Klaus Bochmann/Wolfgang F. Haug (Hg.), Antonio Gramsci. Gefängnishefte, Bd. 4: Heft 6-7, Hamburg 1992, S. 874.

Parteilichkeit im Verfahren boten bereits Zeitgenoss*innen genügend Anlass zu Spekulationen zum Tathergang und zur Skandalisierung des Verhaltens der Judikative im Begriff der »Klassenjustiz«, also, wenn man so will, einer Skandalisierung von »unten«. Zwar wurde in der kritischen Öffentlichkeit von Beginn an ein interessengeleiteter Zusammenhang von Tat und Ermittlung vermutet, aber erhärtet oder gar bewiesen werden konnten entsprechende Vorwürfe nicht, da die Mauer des Schweigens, Verschleierns und Vertuschens (und nicht zuletzt die verbindungeigene Arkandisziplin) über Jahrzehnte hindurch undurchlässig blieb. Das Geflecht des institutionalisierten Nepotismus der Alt-Herrenschaften tat ein Übriges, um Politik (genauer: die Parteien der politischen Rechten), Medien und Justiz zu einer festen Einheit in Sachen »Mechterstädt« zusammenzuschweißen. So fand das Marburger Studentenkorps weit über Marburg hinaus in der universitären (und bürgerlichen) Welt großen Zuspruch. Die Ereignisse von Mechterstädt und die Freisprüche der Täter durch Kriegs- und Schwurgericht demonstrierten nicht zuletzt auch symbolisch die Hegemonie eines Konglomerats von Militär, Justiz und Akademikerschaft, den »Stützen der bürgerlichen Gesellschaft« und damit *Das Gesicht der herrschenden Klasse*, so der Titel der 1921 von George Grosz im Malik-Verlag publizierten Sammlung von Zeichnungen aus den Tagen von Revolution und Konterrevolution, der auf die »Freunde« der Marburger Mörder verweist.²⁷

Erst mit dem Auffinden diverser belastender Dokumente, die die heimlichen Absprachen der Prozessbeteiligten, die Zeugenbeeinflussungen und das gezielte Verschwindenlassen von Beweismaterial dokumentieren, konnte in den 1990er Jahren nachgewiesen werden, was seit 1920 nur gemutmaßt wurde: Die »auf der Flucht Erschossenen« waren ermordet worden. Zum »Skandal« taugte Mechterstädt allerdings nicht mehr – Mord verjährt nicht, Skandalträchtiges hingegen schon.

2.4 Wandelnde Ideale, Moral- und Wertvorstellungen

2.4.1 Vom liberalen Nationalismus zum Reichsnationalismus

Im eigentlichen Zentrum des Skandalösen steht die Frage, ob die Morde von Mechterstädt eigentlich mit der Verletzung allgemein anerkannter Ideale, Moralvorstellungen und (im politisch engeren Sinne) sozial wie politisch verbindlicher Normen- und Wertesysteme einhergingen. Zunächst sei hier an den berühmten Satz von Karl Marx und Friedrich Engels aus der *deutschen Ideologie* erinnert, wonach »die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche die herrschenden Gedanken (sind), d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.«²⁸ Während in der Zeit der Herrschaft der Aristokratie die Begriffe Ehre und Treue dominierten, versuchte, so Marx und Engels, in der Zeit der

27 George Grosz, *Das Gesicht der herrschenden Klasse*. 55 politische Zeichnungen, Berlin 1921.

28 Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, zit.n. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Karl Marx – Friedrich Engels. Werke, Bd. 3, Berlin 1978, S. 5-438, hier S. 46.

bürgerlichen Gesellschaft die neue Klasse, die Bourgeoisie, ihr Interesse als allgemeines Interesse auszugeben. Art und Weise dieser Verallgemeinerung seien dabei stets als Produkt sozialer Auseinandersetzungen zwischen den Klassen zu begreifen, teils aber auch als Resultat von Widersprüchen innerhalb der dominanten Klasse. Gelang es, so ist mit Blick auf die Anfänge Weimars zu fragen, einer sozialen Kraft, ihre Wert- und Moralvorstellungen zu den allgemeingültigen zu machen? Oder war eine Verallgemeinerung zur »herrschenden geistigen Macht« zu dieser Zeit (noch) nicht gegeben?²⁹

Wird die politische Situation der Jahre zwischen 1918 und 1920 betrachtet, lässt sich feststellen, dass diese sich durch Elemente von Kontinuität und Diskontinuität, Verteidigung und Infragestellung der sozial-ökonomischen und politischen Ordnung sowie durch eine ungeheure Gewaltbereitschaft der Kräfte der Gegenrevolution beschreiben lässt.³⁰ Die Anfangsphase der Republik kennzeichnen daher Dissoziationsprozesse, die ein hegemoniales Werte- und Moralverständnis und damit letztlich auch die Legitimität politischen Handelns der bis 1918 politisch Herrschenden unterminierten und damit einen Prozess fortführten, der bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und der sich vor allem in einem massiven Werteverfall (bürgerlicher) Kultur sowie einer Diskreditierung des politischen Liberalismus niederschlug. Das sich am Ende des 19. Jahrhundert in der bürgerlichen Welt ausbreitende Empfinden von Stagnation, Dekadenz und Werteverfall fand im Begriff des *Fin-de-Siècle* seinen prägnanten Ausdruck.³¹

Wie kam es zu diesem kulturellen wie politischen Verfall? Anders als in Frankreich oder England blieb das deutsche Bürgertum aufgrund der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 im Machtkampf mit Staat und Adel unterlegen. Daraus resultierend prägte der vom preußischen Militäradel dominierte Verhaltens- und Empfindenskanon die Gesellschaft noch bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein, während es dem ökonomisch erstarkten Bürgertum in der Periode des Kaiserreichs kaum mehr gelang, eigene Lebens- und Verhaltensformen auszubilden.³² Die sozial-ökonomische Herrschaft oblag zwar der Bourgeoisie, die geistig-kulturelle (in weiten Teilen) aber noch dem (preußischen) Militäradel.³³

29 Der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth hat rückblickend beschrieben, dass sich an seiner Schule nach 1918 nichts geändert habe und er von seinen Mitschülern und Lehrern nicht nur völlig isoliert blieb, sondern in Auseinandersetzungen auf dem Schulhof zuweilen auch verprügelt wurde. Vgl. Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*. Gespräche, aufgezeichnet und hg. von Barbara Dietrich/Joachim Perels, Frankfurt a.M. 1976, S. 22f. Zu Abendroth siehe auch den Beitrag von Wolfgang Hecker im vorliegenden Band.

30 Vgl. aus zeitgenössischer Perspektive Emil Julius Gumbel, *Vier Jahre politischer Mord*, Berlin 1922. Zu Gumbel siehe Dietrich Heither, »Ich wusste, was ich tat«. Emil Julius Gumbel und der rechte Terror in der Weimarer Republik, Köln 2016. Zur Gewaltproblematik der frühen Weimarer Republik siehe neuerdings die Studie von Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017, der allerdings stärker zwischen »linker« und »rechter« Gewalt differenzieren müsste.

31 Siehe dazu Frank Deppe, *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln 1997, insb. S. 8-21.

32 Vgl. hierzu Hermann Glaser, *Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland*, München 1993, S. 29-37.

33 Zum Kaiserreich siehe exemplarisch die neueren Studien von Christoph Nonn, *12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, München 2020; Eckart

Nach und aufgrund der Niederlage von 1848, gesteigert durch die sich herausbildenden imperialistischen Zielsetzungen deutscher Außenpolitik, verschwanden die anti-feudalen Bestandteile des bürgerlich-liberalen Nationalismus, der – auf der Grundlage der Aufklärung – die Nationenbildung als natürliches Recht jeder Nation proklamiert hatte (samt der ökonomischen wie politischen Freiheitsrechte), nahezu vollständig hinter Vorstellungen vom Ideal des »Machtstaates«, mit dem das Recht der eigenen Nation auf die Beherrschung, wenn nicht gar Beseitigung anderer Nationen begründet werden sollte. Für die spätestens seit der Reichsgründung von 1871 gewachsene Diskrepanz zwischen ökonomischer und politischer Macht waren innenpolitisch andere Vorstellungen und Begründungszusammenhänge notwendig geworden. Der Marburger Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl hat bereits 1990 auf den inneren Zusammenhang von imperialistischem Nationalismus und sozialer Befriedigungspolitik hingewiesen:

»Da die Haupttriebkraft des Entwicklungsprozesses die Kapitalverwertung miteinander konkurrierender Wirtschaftssubjekte war, standen sich die im nationalen Maßstab organisierten bürgerlichen Klassen alsbald als Konkurrenten gegenüber. [...] Mit dem Übergang zum Imperialismus bestimmte der Wettlauf um die Verteilung und Beherrschung der Welt in wachsendem Maße die ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Der ideelle Reflex dieser Entwicklung stellt sich dar als qualitative Veränderung des bürgerlichen Nationalismus, der nun nicht mehr primär die politische Integration der Nation unter den Vorzeichen der bürgerlichen Freiheiten und der Volkssouveränität meinte, sondern einerseits geprägt war von der Notwendigkeit, die arbeitenden Massen und ihre Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien) im Lande selbst unter Kontrolle zu halten, und andererseits vom Machtkampf gegen die übrigen Nationalstaaten.«³⁴

Dieser »imperialistische Nationalismus« lieferte nach Kühnl einerseits Argumente für die angebliche Überlegenheit und Machtansprüche der eigenen Nation, er bedeutete andererseits zudem

»die Unterordnung aller gesellschaftlichen Beziehungen im Innern unter die Notwendigkeiten des internationalen Konkurrenzkampfes. [...] In dem Bestreben, die Nation als einheitliches Ganzes im Massenbewusstsein zu verankern, und so gegen innere Zerrissenheit, den »Klassenkampf« zu immunisieren und zugleich gegen die äußeren Konkurrenten alle Kräfte der Nation zusammenzufassen, wurde die Nation als natürliche Gemeinschaft dargestellt, durch gemeinsame Abstammung und den daraus erwachsenden Volkscharakter gegen andere Nationen abgegrenzt.«³⁵

Fasst man die mentalitätsgeschichtlichen Veränderungen dieses deutschen Spezifikums ins Auge,³⁶ dann erweisen sich die zweite Hälfte des 19. und die erste Hälfte des

Conze, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020.

34 Reinhard Kühnl, Besonderheiten des deutschen Nationalismus, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1990, S. 36-40, hier S. 37.

35 Ebd.

36 Vgl. Ders., Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn 1996, insb. S. 32-40.

20. Jahrhundert als »Gesamtzeitraum, in dem die Zerstörung des Bildungsbürgertums und seiner Werte durch den Nationalismus unter ›Anleitung‹ zahlreicher Spitzen und Stützen der Gesellschaft erfolgte«,³⁷ zu denen sicherlich auch die Studentenverbindungen zählten. Mithilfe eines elitären »Stils«, mit dem die Verbindungen ein eigenes Sozialisationsmilieu kreierten, und eines spezifischen Brauchtums sollte gewährleistet werden, dass der männliche Hochschulnachwuchs des sich quantitativ ausbreitenden Bürgertums durch ein ganz bestimmtes Sozialisationsmuster und daraus hergeleitete Verpflichtungen und Haltungen geprägt wurde. Dieses Sozialisationsmuster ist durch sozialwissenschaftliche Studien jüngerer Datums erhellt worden. Norbert Elias, auf dessen Arbeiten in diesem Zusammenhang besonders verwiesen sei, hat den politischen wie kulturellen Habitus, der durch die Studentenverbindungen – und in erster Linie durch die schlagenden Korporationen – im Kaiserreich geprägt wurde, umfassend analysiert.³⁸ Im Kern wurde hier laut Elias zu einem »Habitus ohne Mitleid« erzogen:

»Wer sich schwach zeigte, galt nichts. Im Grunde wurden Menschen hier dazu erzogen, sowie sie sich einem Schwächeren gegenüber wussten, hart zuzuschlagen, ihn die eigene Überlegenheit und seine Unterlegenheit als bald und unzweideutig fühlen zu lassen. Das nicht zu tun, war Schwäche; und Schwäche war etwas Verächtliches.«³⁹

Elias beschreibt in seiner präzisen Analyse der verbindungsstudentischen Sozialisation den innerhalb des (Bildungs-)Bürgertums stattfindenden Transformationsprozess eines Wertekanons, der aus dem liberalen, »altbürgerlichen« 48er-Demokraten den »untertänigen Subalternen der satisfaktionsfähigen Gesellschaft« hervorgehen ließ und das aus den Zeiten der weltbürgerlichen Aufklärung stammende Wert- und Moralegefüge zugunsten eines völkisch-nationalen Pathos sukzessive auflöste.⁴⁰ Gerade die Akademiker (und vor allem die Studenten) wandten sich im Zeitalter des Imperialismus immer mehr von den liberalen 1848er-Parolen ab und »begeisterten [...] sich für nationale Größe, für Machtpolitik und Autorität«. ⁴¹ Dass die Reichseinigung von 1871 durch einen Krieg und nicht durch eine erfolgreiche bürgerliche Revolution herbeigeführt wurde, verschaffte dem adligen Offizierscorps, dem gerade der akademische Nachwuchs nacheiferte, zusätzliches gesellschaftliches Prestige.

In seiner lesenswerten Studie über die *Deutschen Kontroversen um die kulturelle Moderne* hat der Kulturwissenschaftler Georg Bollenbeck für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgeführt, »dass« und »wie« der universalistische Humanismus der Klassik zum Nachhall einer vergangenen Zeit geriet: Der Abwertung von »Mitgefühl« und »Moral« entsprach eine (neue) Vorliebe für »Härte« und »Unerbittlichkeit«. Wo »Schneid« und

37 Glaser, Bildungsbürgertum (Anm. 32), S. 32.

38 Siehe Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Michael Schröter, Frankfurt a.M. 1989, insb. S. 61-158.

39 Ebd., S. 144.

40 Ebd.

41 Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Frankfurt a.M. 1962, S. 230.

»zackiges Verhalten« gefordert wurden, galt es, sich »falsche Sentimentalitäten« abzugewöhnen; Ausdrücke wie »Moralpredigt« oder »Moralinsäure« zeigen, dass Moral eo ipso verdächtig wurde. Die männliche Konnotation des neuen (imperialen) Wertekanon war kaum zu überhören:

»In der Basis-Semantik finden sich zunehmend völkisch-antisemitische und sozialdarwinistische Vorstellungen, die mit dem Individualismus und Universalismus der liberalen Emanzipationsideologie unvereinbar sind, Volk und Rasse, Kampf und Auslese verlangen als ›Letztbegründungsbegriffe‹ von den Individuen Unterwerfung.«⁴²

Schon Heinrich Mann hatte in seinem Roman *Der Untertan* ein Bild der wilhelminischen Gesellschaft skizziert, in der Menschlichkeit, Moral und Gefühl zerstört werden und das »kein Historiker [...] so eindringlich beschreiben«⁴³ könnte. Auf engstem Raum zeigt er in seiner »dichten Beschreibung«⁴⁴ nicht zuletzt die den Charakter des Protagonisten fördernden Mechanismen und kulturellen Eigenheiten einer studentischen Verbindung auf, die in einem neuen, entindividualisierten Ehrbegriff und entstellten moralischen Grundsätzen kulminieren: Diederich Heßling, der »Untertan«,

»war untergegangen in der Korporation, die für ihn dachte und wollte. Und er war ein Mann, durfte sich selbst hochachten und hatte eine Ehre, weil er dazu gehörte! Ihn herausreißen, ihm einzeln etwas anhaben, das konnte keiner!«⁴⁵

Sich der gesellschaftlichen Wirklichkeit seiner Zeit vorbehaltlos öffnend, konnte Heinrich Mann mit seinem »Untertanen«, der zum »Herrenmenschen« wird, zu einem Wiederruf des klassischen, an Aufklärung und Humanismus orientierten Bildungsromans gelangen.⁴⁶ Betrachtet man die politischen Wirkungen, die der von Heinrich Mann skizzierte »autoritäre Charakter« in der Gesellschaft erzielte, so kann *Der Untertan* zu Recht als eine erste Analyse der sozialpsychologischen Bedingungen für die Ausbreitung faschistischer bzw. völkisch-nationalistischer Mentalitäten interpretiert werden⁴⁷ – geschrieben lange vor ähnlichen Überlegungen von Wilhelm Reich, Erich Fromm oder Theodor W. Adorno.⁴⁸ Nebenbei: Auch die aus verbindungsstudentischer Perspektive geschriebene Literatur zwischen Kaiserreich und NS-Staat lässt sich als Ausdruck zunehmender kultureller Brutalisierungen bei gleichzeitiger völkischer Aufladung lesen – wenn auch mit gänzlich anderen, nämlich apologetischen Intentionen. Verwiesen

42 Georg Bollenbeck, *Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945*, Frankfurt a.M. 1999, S. 116f. Zur psychoanalytischen Fundierung von Aggression und Gewalttätigkeit im Bürgertum vgl. Peter Gay, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, München 1996.

43 Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1988, S. 93.

44 Vgl. Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M. 1987.

45 Heinrich Mann, *Der Untertan. Roman*, München 1964, S. 22f.

46 Wolfgang Emmerich, *Heinrich Mann: »Der Untertan«*, München 1980, S. 51.

47 Vgl. Jochen Vogt, *Diederich Heßlings autoritärer Charakter. Marginalien zum »Untertan«*, in: Heinz-Ludwig Arnold (Hg.), *Text + Kritik: Heinrich Mann*, München 1971, S. 58-69.

48 Siehe Wilhelm Reich, *Massenpsychologie des Faschismus*, Kopenhagen 1933; Erich Fromm, *Escape from Freedom*, New York 1941; Theodor W. Adorno, *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

sei hier exemplarisch auf Walter Bloems *Der Krasse Fuchs*⁴⁹ oder die Blut-und-Eisen-Romantik eines Walter Flex.⁵⁰

In einer kleinen, 1896 publizierten Broschüre kritisierte der Marburger Medizinstudent Ernst Thesing – er sollte später zusammen mit Robert Michels zu den beiden Akademikern des Marburger Sozialdemokratischen Wahlvereins gehören – mit Blick auf das Marburger Studentenleben eine Entindividualisierung des korporierten Ehrverständnisses und nahm scharfsinnig einen Niedergang des klassischen Bildungsideals wahr:

»Die wahre Ehre aber ist: das Gewissen. Wer kein Gewissen hat, hat keine Ehre, wer gegen sein Gewissen handelt, handelt gegen seine Ehre. [...] Daraus ergibt sich zugleich, dass kein anderer ihr schaden, kein anderer sie verletzen kann, als ich selbst! [...] Ich hatte mir ein anderes Bild vom deutschen Studenten gemacht, bevor ich zur Universität kam, als es heute vor mir liegt. Mitten in der Freiheit, der Freudigkeit, ja dem Übermute des Studentenlebens, glaubte ich einen Kern idealen, eifrigen Strebens zu finden, glaubte ich Jugendkraft und Lebensernst im schönen Bunde zu sehen. Statt der Blasiertheit, die so vielfach im Offiziersstande herrscht, statt der Nüchternheit und bisweilen Platttheit des Offiziers-Daseins – erwartete ich hier echte Natürlichkeit und frischen Jugendmut – Poesie und geistige Tiefe. – Ja, man soll sich keine Illusionen machen, – nichts von alledem hat sich verwirklicht. Habe ich früher hart über das Leben und die Lebensauffassung der Offiziere, namentlich der jüngeren, geurteilt, so denke ich jetzt weit milder darüber und zwar deshalb, weil ich in der Studentenschaft noch traurigere Zustände gefunden habe. [...] Die berühmten Offiziersgespräche von Pferden, Hunden und Weibern sind ja gewiss auf die Dauer recht langweilig, aber verglichen mit den stundenlangen und im Tone der größten Wichtigkeit geführten Reden über Komment und Mensuren erscheinen sie mir fast noch geistreich. Diese Unterhaltungen, denen man ziemlich oft lauschen kann, liefern auch einen Beweis, auf welchem niedrigem Niveau ein Teil und zwar kein kleiner der Studentenschaft steht.«⁵¹

Pointiert fasste Kurt Tucholsky in einem 1919 veröffentlichten Aufsatz über die *Preussischen Studenten* die von Heinrich Mann und Ernst Thesing beschriebene geistige Verflachung der Untertanen zwischen 1871 und 1914 zusammen:

»O alte Burschenherrlichkeit! Der Student von heute ist ein geistiger Commis, der nicht studiert, sondern zum Examen paukt. Ein paar Idealisten sind darunter, die an der Universität denken lernen wollen, die sich voll Freude mit abstrakten Dingen beschäftigen – der größte Teil schieb sich gelangweilt und langweilig durch die Semester, paukt

49 Walter Bloem, *Der krasse Fuchs*. Roman, Berlin 1906.

50 Vgl. Dietrich Heither, *Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum*, Köln 2000, S. 250-275.

51 Ernst Thesing, *Duell – Ehre – »Ernst!«*, Marburg 1896, S. 14, 19f. Zu Thesing und dem Marburger Sozialdemokratischen Wahlverein siehe Heinz-Gerd Hofschien, *Universität und Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg*, in: Dieter Kramer/Christina Vanja (Hg.), *Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg*, Marburg 1977, S. 97-107, hier S. 103, Anm. 24.

und bezahlt seine vorgeschriebenen Kollegs und macht dann das Examen, das die Tür zum Brotstudium öffnet. Stellenanwärter.«⁵²

2.4.2 Brutalisierungsschübe nach 1914/18

Nachfolgend sollen einige Überlegungen vorgestellt werden, die den historischen Kontext des Entzivilisierungsschubs, die Tabubrüche und Gräueltaten in den Kontexten von Mechterstädt zu erklären versuchen: Mit dem Ersten Weltkrieg, der »Maschine zur Brutalisierung der Welt«,⁵³ waren neue Dimensionen von Gewalt und Entzivilisierung hervorgetreten; Werte wurden entwertet, Moral stumpfte ab, Brutalität und Grausamkeit traten in nie gekanntem Maße hervor und wurden ästhetisiert⁵⁴ – paradigmatisch sei hier auf die Schriften Ernst Jüngers verwiesen. Eine der Ursachen für diese ungeheure Brutalisierung hat der britische Historiker Eric Hobsbawm in einer »seltsamen Demokratisierung des Krieges« ausgemacht:

»Totale Kriege verwandeln sich in ›Volkskriege‹, weil Zivilisten und ziviles Leben zum geeigneten und manchmal auch eigentlichen Ziel der Strategie wurden und weil in demokratischen Kriegen der Gegner ebenso dämonisiert wird wie in der demokratischen Politik, denn nur so kann erreicht werden, dass er wirklich hassenswert oder zumindest verabscheuungswürdig erscheint.«⁵⁵

Der bereits erwähnte Kulturwissenschaftler Georg Bollenbeck hat die mentalen Kriegsfolgen der Dämonisierung präzise benannt:

»Opfersinn, Hingabe an das Vaterland und Tapferkeit mutieren im Verlauf des Krieges zu Hass, Rachsucht und zur Bereitschaft, den Feind, auch den innenpolitischen, zu vernichten. [...] Der Krieger gerät zum Ideal der Männlichkeit, die Kameradschaft zur edelsten Form des Zusammenlebens und die Volksgemeinschaft zum Leitbild einer einheitlichen, durchorganisierten Gesellschaft.«⁵⁶

52 Kurt Tucholsky, *Preußische Studenten*, in: *Die Weltbühne* 15 (1919), H. 20, S. 532-536, hier S. 534.

53 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 163. Robert Gerwarth, »Im Spinnennetz«. *Gegenrevolutionäre Gewalt in den besiegten Staaten Mitteleuropas*, in: Ders./John Horne (Hg.), *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2013, S. 108-133, hat die »Brutalisierungsthese«, die in erster Linie von dem US-amerikanischen Historiker Georg Mosse ausgearbeitet worden war, dahingehend relativiert, dass nicht zuletzt die Nachkriegserfahrungen von Niederlage, Revolution und territorialer Amputation zur (weiteren) Verrohung der politischen Kultur, vor allem in den besiegten Staaten Mitteleuropas, geführt haben. Die Überlegungen Gerwarths aufgreifend und um das von Sven Reichardt zur Diskussion gestellte Konzept der Radikalisierung erweitert, hat jüngst Martin Göllnitz, *Spirale der Gewalt. Radikalisierungsprozesse studentischer Gewalttäter in den Anfangsjahren der Weimarer Republik und der Ersten Republik Österreich*, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 21 (2018), S. 155-178, die Gewaltbereitschaft national-völkischer Studenten zu Beginn der 1920er Jahre analysiert.

54 Vgl. Frank Deppe, *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*, Hamburg 1999, S. 358-381.

55 Hobsbawm, *Zeitalter* (Anm. 53), S. 72f.

56 Bollenbeck, *Tradition* (Anm. 42), S. 211f.

Aus psychoanalytischer Perspektive fundierte Klaus Theweleit in seiner (jüngst neu aufgelegten) Studie *Männerphantasien* die Auswirkungen vermeintlich Schwäche kompensierender Gewalt mit Blick auf Freikorps und Zeitfreiwilligeneinheiten als Vorbereiter des Faschismus vor dem Hintergrund der mit dem Ersten Weltkrieg beschriebenen Brutalisierungstendenzen. Er interpretiert den »Weißen Terror« der Freikorps als Ausdruck einer ungeheuren Wut, die – neben dem Hass auf die »Vaterlandsverräter« – auf der Furcht vor dem Weiblich-Weibischen und der Vielgestaltigkeit der »Masse« gründete.⁵⁷ Nation, Vaterland und Studentenkörps, »Helden deutschen Blutes«, »entschlossene Kämpfer«, Ordnung und Redlichkeit auf der einen Seite, eine »verhetzte Masse«, Weiblichkeit, Weichheit, Unentschlossenheit und dunkle Machenschaften auf der anderen Seite kennzeichnen für Theweleit den Dualismus, der in den Jahren nach 1920 eine ungeheure Massivität und Aggressivität zutage treten ließ. Der gerade im Studentenkörps Marburg vorherrschende Geist einer männerbündischen Kameraderie,⁵⁸ genährt aus der Wut des gescheiterten Putsches,⁵⁹ geht nicht zuletzt aus den Aufzeichnungen des StuKoMa-Chronisten Schaumlöffel deutlich hervor:

»Das war ein Bataillon der akademischen Jugend Marburgs, gebildet aus den so verschiedenen Korporationen, alle dem Rufe des in höchster Gefahr schwebenden Vaterlandes gefolgt, alle das kleinliche Gezänk vergessend, stark und einig in dem großen Verlangen, das Vaterland wieder kräftig und aufwärtsstrebend zu sehen und die Weichheit und Unentschlossenheit, die Gemeinheit, die Korruption und die Lüge, die Empörung, den Aufruhr und räuberisches Banditentum zu ersticken. Dazu hatte man gerufen, dazu kamen sie alle gern und freudig, dazu setzten sie gern mit Aufbietung aller Kräfte zum mächtigen Stoße an, dazu opferten sie gern Ferien und kostbare Zeit,

57 Vgl. Klaus Theweleit, *Männerphantasien*, Bd. 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des Weißen Terrors, Frankfurt a.M. 1978, S. 47f. Dort auch zum Folgenden.

58 Der Historiker Thomas Kühne, der das Leitbild soldatischer Kameradschaft erforscht hat, nennt die soldatische Kameradschaft ein die »Volksgemeinschaft« über die großen Zensuren des 20. Jahrhunderts hinweg stiftendes Kontinuum. Die sich nach dem Krieg verschärfenden Gegensätze ließen dabei pazifistische und militärische Vorstellungen aufeinanderprallen, wobei gerade die Frontkameradschaft, die Vorwegnahme der »Volksgemeinschaft«, als Allheilmittel gegen die Krisensyndrome der frühen 1920er Jahre verstanden wurde, bis der nationalsozialistische Staat sie schließlich 1933 zur Staatstugend erklärte. Die Bedeutung der studentischen Korporationen (vor allem der »schlagenden«) als kleine »Einheiten« für die Stabilisierung und Konservierung des Gewaltkults (auch im Sinne kollektiver Kriegserinnerungen) gerade auch in Friedenszeiten müsste in dieser Hinsicht noch erforscht werden. Vgl. Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.

59 Nach Thomas Kühne, *Massen-Töten. Diskurse und Praktiken der kriegerischen und genozidalen Gewalt im 20. Jahrhundert*, in: Peter Gleichmann/Thomas Kühne (Hg.), *Massenhaftes Töten. Kriege und Genozide im 20. Jahrhundert*, Essen 2004, S. 11-52, hier S. 34, entwickelte möglicherweise »die Erfahrung der Vergemeinschaftung durch Tötungshandeln in Deutschland nach 1918 eine besondere Dynamik, die nicht allein aus dem Krieg heraus, sondern auch aus dem Trauma der militärischen Niederlage und der innergesellschaftlichen Erosion im und nach dem Krieg zu erklären wäre.«

für ihr Vaterland waren sie noch bis auf den letzten Tropfen Blut bereit, dafür opferten sie gern alles [...].«⁶⁰

Es ging dabei, so Schaumlöffel, gegen einen Gegner, »unheimlicher vielleicht und heimtückischer, als es ein offener Feind im freien Schlachtfelde ist«, gegen »(vom Vaterland) abgefallene Aufrührer, Räuber und Banditen [...] und den Terror, den diese Finsterlinge verbreiten«, gegen »Unheimliche, deren auf Umsturz sinnender Frevlgeist von einer geheimen Organisation durchdrungen war«. ⁶¹ Die Brutalität gegen den »heimlichen Feind« verdeutlicht auch der vielfach zitierte Brief eines Studenten des Freikorps Epp an seine Schwester, aus dem die Gräueltaten gegen bewaffnete Ruhrarbeiter im März 1920 deutlich hervorgehen:

»Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. [...] Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch mit einer Kugel. [...] Auch 10 Rote-Kreuz-Schwestern [haben] wir sofort erschossen; von denen hatte jede eine Pistole bei sich. Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder, und wie sie geweint und gebeten haben, wir sollten ihnen das Leben lassen. Nichts. [...] Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel edler!«⁶²

Die Symbiose von Macht und einer Einheit mit »Deutschland« erzeugte bei dem Marburger Studenten Schaumlöffel offensichtlich ein Glücks- und Omnipotenzgefühl, das hier auch sprachlich Bann bricht. Theweleit analysiert das bei Schaumlöffel zutage tretende Weltbild wie folgt:

»Die Einheit, von der der Faschist spricht, ist [...] eine gewaltsame Zusammenfügung von Unterdrücker und Unterdrücktem zu einem Herrschaftsgebilde. Einheit bezeichnet überhaupt ein Herrschaftsverhältnis, nicht etwa eines von Gleichheit. Gleichheit wäre Vielfalt, Masse; sie ist gerade das Gegenteil von »Einheit«, die sich aus einem oben/unten, außen/innen etc. notwendig zusammensetzt. [...] Nation und Masse,

60 Karl Schaumlöffel, Das Studentenkorps Marburg in Thüringen. Ein Kriegstagebuch im Frieden, Marburg 1920, S. 7.

61 Ebd., S. 10, 13, 17.

62 Oberjäger Max Zeller an das Reservelazarett I in Dresden, zit.n. Fritz Krause (Hg.), Arbeitereinheit rettet die Republik. Dokumente und Materialien zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, Frankfurt a.M. 1970, S. 164f. Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfadens für Lehrende, Reinbek 1969, S. 36f., hat eine schlüssige ökonomische Erklärung dieser äußerst brutalisierten Ideologie geliefert: Bei aller Verworrenheit, die das Bild der gesellschaftlichen Kämpfe innerhalb einer jeweiligen Ordnung bieten mag, existiere eine gewisse Struktur der Auseinandersetzungen, die nach gesellschaftlich »dominanten« und gesellschaftlich »rezessiven« Konflikten zu unterscheiden seien. Dies bezeuge die Erfahrung selbst: Erscheint die Grundlage der Aneignung als gefährdet, die allen Herrschenden gemeinsam ist, so pflegen diese ihre eigenen Gegensätze zurückzustellen und sich zur Abwehr des gemeinsamen Gegners zusammenzuschließen. Vor fundamentalen innergesellschaftlichen Konflikten, also in den Auseinandersetzungen um die Herrschaftsformen, treten in Zeiten der Gefahr auch Gegensätze zur Außenwelt zurück. Daher pflegten Bürgerkriege auch schonungsloser geführt zu werden als Kriege zwischen den Staaten.

Nation und Weiblichkeit, Nation und Gleichheit, Nation und Sinnenlust, Nation und Wunsch, Nation und Revolution sind Gegensätze.«⁶³

Bei Schaumlöffel heißt es entsprechend:

»Ein Deutscher aber, der um seines Vaterlandes willen, nicht aber einer willensschwachen Masse zu Gefallen aus jeder Zelle seines Daseins ein Opferfeuer lodern lässt, wird durch solche Presse [Schaumlöffel bezieht sich hier auf Äußerungen der liberalen und linken Presse] nicht weich und faulig, sondern hart und widerstandsfähig gemacht wie Erz. Und das ist der Glaube dieser deutschen Männer, dass sich im Einsetzen für die unvergänglichen Dinge noch eine stattliche Schar zusammenfinden wird, um einem Tode des Erstickens in weicher Lustwolle und Willkür eine siegreiche Wehr entgegenstellen zu können.«⁶⁴

Die Ausführungen Schaumlöffels, so Kurt Tucholsky, zeigen eine verrohte und entsittlichte Jugend, der Mord und Totschlag Spaß bereiten und die diese nicht mehr als Delikte empfindet, wenn sie »dienstlich« für »Ruhe und Ordnung« (und im Namen der Nation) begangen werden.⁶⁵ Hierzu gehörte in letzter Konsequenz daher auch, den anderen gegebenenfalls aus der Gemeinschaft zu exkludieren, d.h. zu einem »Räuber-gesindel« zu erklären, »das keinen Anspruch mehr auf den deutschen Namen hat«, und gleichsam »zum Abschuss freizugeben«.⁶⁶

Der Soziologe und Kulturwissenschaftler Nobert Elias verknüpft die gesellschaftspolitischen Dimensionen der Kriegsbrutalisierung (Hobsbawm) mit den mentalen Kriegsfolgen (Bollenbeck) sowie den individualpsychologischen Dispositionen (Theweleit) und gelangt auf der Grundlage seiner historischen Studien zum Kaiserreich (und dem in diesem sich verbürgerlichenden Kriegerethos) zu einer präzisen Analyse der Mordvoraussetzungen:

»Der Kult der Rohheit, der Hochschätzung physischer Gewalt, der bereits in der bürgerlichen Jugend des wilhelminischen Deutschland Blüten zu treiben begonnen hatte, gehörte nun in ganzer Stärke zur Eigenkultur der Freikorps. Sie waren in höchstem Maße Vertreter der antizivilisatorischen, anti-moralischen, die Gewalttat idealisierenden Strähne jener Neubürgerlichen Tradition. [...] Damals stand das Gros der Studentenschaft auf der Seite derer, die im Verein mit den Freikorps und anderen militärischen Organisationen der jungen parlamentarischen Republik zugunsten einer stark militärisch durchsetzten Diktatur ein, wenn nötig gewaltsames Ende zu machen suchten. [...] Der Gedanke, dass die Ermordung politischer Gegner rechtens sei, erschien hier selbstverständlich.«⁶⁷

63 Theweleit, Männerphantasien (Anm. 57), S. 102f.

64 Schaumlöffel, Studentenkorps (Anm. 60), S. 13.

65 Vgl. Ignaz Wrobel [Kurt Tucholsky], Schaumlöffelei, zit.n. Bärbel Boldt/Gisela Enzmann-Kraiker/Christian Jäger (Hg.), Kurt Tucholsky. Gesamtausgabe, Bd. 4: Texte 1920, Reinbek 1998, S. 354-358, hier S. 358.

66 So wörtlich in den Mitteilungen aus der Burschenschaft Germania Marburg (1920), S. 24.

67 Elias, Studien (Anm. 38), S. 246f.

Der Geist des Faschismus bzw. Nationalsozialismus, der späteren Konzentrationslager und Ausrottungskommandos, beherrschte – freilich noch unartikuliert – die Gegenrevolution. Die in die unzähligen Freikorps und Zeitfreiwilligeneinheiten strömenden brutalisierten Soldaten, aber auch die Studenten und Abiturienten ähnelten in ihrer Mentalität bereits der späteren Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffel (SS) der NSDAP.⁶⁸

Jüngst hat vor allem Robert Gerwarth zahlreiche Begründungen dafür geliefert, warum gerade von studentischen Zeitfreiwilligeneinheiten – er nennt im Übrigen expressis verbis die von Marburger Studenten begangenen Gräueltaten – die von Norbert Elias beschriebenen Mordvoraussetzungen in Taten umgesetzt wurden: Derartige Verbände aus Kriegsveteranen und jüngeren, »kriegs-romantisierenden« Freiwilligen hätten hochexplosive männliche Subkulturen ausgebildet, in denen die brutale Gewalt akzeptiert, wenn nicht gar wünschenswert gewesen sei.⁶⁹ Diese jungen Männer wurden von keiner revolutionären Vision einer politischen Utopie angetrieben, sondern von einer zackigen Rhetorik, die die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einforderte und die auf eine ganze Reihe von korrelierenden Feindbildern gerichtet war. Als Bollwerke soldatischer Kameradschaft kennzeichnete sie ein Widerstandsgeist gegen »demokratische Gleichmacherei« und »revolutionären Internationalismus«. So sahen sie sich als Keimzelle einer neuen Gesellschaft von Kriegern, die für die ewigen Werte der Nation genauso standen wie für neue autoritäre Konzepte.⁷⁰ Zu einer ähnlichen Bewertung gelangt auch der Historiker Boris Barth, wenn er über die Studenten der Jahre 1919/20 schreibt, dass diese, zumal wenn sie zu jung für den Fronteinsatz gewesen waren, besonders radikal und brutal gewesen seien, »weil ihre militaristischen Vorstellungswelten nicht durch den Schock der Materialschlachten gebrochen worden war.«⁷¹

Ergänzend zu den beschriebenen Erklärungen des studentischen Entzivilisierungsschubs hat der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl unlängst auf die Bedeutung von Handlungsbegründungen verwiesen, die auf der Durchsetzung staatlich legitimer Ansprüche beruhen.⁷² Dass die illegalen Putschaktivitäten des Marburger Studentenkörpers durch die Aufrufe »zur Rettung des Vaterlandes« seitens des Militärs und vor allem der Politik aus Sicht der Zeitfreiwilligen gleichsam nachträglich legalisiert und die sich anschließenden paramilitärischen Aktionen staatlicherseits gleichsam »legitimiert« wur-

68 Vgl. Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war es wirklich? München ²1979, S. 164-175. Zur SA und der von ihr praktizierten Gewalt in den Kontexten studentischer Subkulturen ultramilitanter Männlichkeit vgl. Daniel Siemens, Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2019, insb. S. 129-136, 437. Sein diesbezügliches Fazit, S. 131: »Die Universitäten erwiesen sich denn auch als fruchtbarer Boden für die Rekrutierung der ersten nationalsozialistischen Sturmabteilungen in München zwischen 1920 und 1923.«

69 Robert Gerwarth, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017, S. 158f. Dort auch zum Folgenden.

70 Vgl. Ders., Spinnennetz (Anm. 53), S. 117.

71 Boris Barth, Europa nach dem großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918-1938, Frankfurt a.M. 2016, S. 53.

72 Vgl. Stefan Kühl, Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocausts, Berlin 2014, S. 259-263.

den, mag die Brutalität der folgenden Ereignisse des »Thüringen-Feldzugs« genauso miterklären wie der »Druck der Kameradschaft« und die informalen Erwartungen, die deren Mitglieder im Schatten formaler Strukturen entwickelten und durchsetzten. Gerade wenn davon gesprochen werde, so Kühl, dass Soldaten (und als solche sahen sich die Zeitfreiwilligen des StuKoMa)

»nicht nur dem Reglement und den Befehlen ihrer Offiziere gehorchen, sondern die Gewaltbereitschaft besonders auch durch soziale Kontrolle und affektive Bindungen produziert wird, wird auf die Durchsetzung formaler *und* informaler organisatorischer Erwartungen abgezielt.«⁷³

Dass sich die Züge der Kompanien aus einzelnen Verbindungen bzw. die Kompanien des StuKoMa aus Korporationen der jeweiligen Verbände zusammensetzten, dürfte diese informellen Kameradschaftserwartungen massiv verstärkt haben.

2.5 Warum die »Tragödie« kein »Skandal« war

Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bzw. weiter Teile des Bürgertums fand somit ein Transformationsprozess des Wertekanonens statt, der aus dem liberalen, aufgeklärten Alt-48er Humanisten den untertänigen Subalternen imperialen Herrenmenschentums hervorgehen ließ. Gerade die Akademiker (und insbesondere die Studenten) waren an diesem Prozess in höchstem Maße beteiligt. Aus dem Streben nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, also den Ideen von 1789, aus dem Humanismus und dem universalistischen Idealismus der deutschen Aufklärung und Klassik, wurde innerhalb eines Jahrhunderts eine »neubürgerliche Tradition« (Elias) völkisch-nationalistischen Pathos, unter anderem gepaart mit einem tiefen Denken in Kategorien der Ungleichheit – bezogen auf Religion, Geschlecht oder »Rasse« –, der nach dem Ersten Weltkrieg mit den Mitteln äußerster Härte und Gewalt von den ultrarechten paramilitärischen Organisationen durchgesetzt werden sollte – und deren Handeln auch noch staatliche Legitimation erfuhr.⁷⁴

Die Antwort auf die eingangs formulierte Frage nach dem Vorhandensein allgemein anerkannter Ideale, Moralvorstellungen und – im engeren Sinne – sozial wie politisch verbindlicher Normen- und Wertesysteme fällt mit Blick auf die damaligen (studentischen) gesellschaftlichen wie politischen Eliten bestenfalls ambivalent aus. Bis 1914 bedeutete der Wandel vom liberalen Frühnationalismus zum aggressiven Radikalnationalismus noch eher ein Nebeneinander als ein Nacheinander verschiedener Wahrnehmungen und Diskurse. Die Moral- und Wertvorstellungen im Bürgertum differierten. Vor allem in Kunst und Literatur waren Züge des frühbürgerlichen Liberalismus noch präsenter; Abwertungs- und Ausgrenzungspotentiale waren hier geringer als im politischen Nationalismus.

In der verbindungsstudentischen Öffentlichkeit dagegen war spätestens mit dem Übergang zum 20. Jahrhundert ein völkisch-antisemitischer Reichsnationalismus do-

73 Ebd., S. 151. Hervorhebung im Original.

74 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der ›Deutschen Doppelrevolution‹ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (1849-1914), München 1995, S. 946-961.

minierend geworden. Dessen Dominanz schlug sich zunächst in der (unausgesprochenen) neuen Rangordnung der verschiedenen Korporationsverbände nieder: Zu den »Aufsteigern« zählten seit den 1890er Jahren die Vereine Deutscher Studenten und die Burschenschaften, die infolge des imperialen Nationalismus das völkische Denken mit all seinen Ausgrenzungsmechanismen am massivsten vertraten und sogar die Corps, die sich den völkischen Speerspitzen aber schnell anschlossen, bezüglich ihrer hegemonialen Vormacht im Spektrum der Korporationsverbände ablösten.

Der entindividualisierte Ehrbegriff, der von den Studentenverbindungen bzw. vom Studentenkorps Marburg vertreten wurde, verband die Kameradengemeinschaft durch das Momentum der Tat zum »Erleben des Wir«, zum »Treueblock«. So fand im StuKoMa die »Zukunftsform studentischen Gemeinschaftslebens ihre erste Verwirklichung.«⁷⁵ Deutlich geht aus diesen Zeilen hervor, welche Bedeutung der ehemalige Marineoffizier von Selchow seinem studentischen Korps beimaß. Für ihn verkörperten die Studenten des StuKoMa den durch den Ersten Weltkrieg beschleunigten Übergang von der »Ich-zur-Wir-Zeit«, vom Bürger zum heldischen Menschen: Fleiß statt Mut, Klugheit statt Blut, Ehrbarkeit statt Ehre – der Dualismus zwischen althergebrachter Bürgerlichkeit und präferiertem Heldentum ist in seiner Stringenz bestechend.⁷⁶ So war das StuKoMa Kämpfer gegen den Individualismus des bürgerlichen Zeitalters samt seiner bürgerlichen Tugenden; eines Zeitalters, das aber in Teilen (außerhalb des Korps) noch präsent war, wie von Selchow mit Bedauern feststellen musste: »Die alten Werte galten noch, aber sie hatten ihre Leuchtkraft eingebüßt.«⁷⁷

Das deutsch-völkische Element mit der ihm inhärenten Erlaubnis zum Morden des Feindes war durch den exkludierenden Radikalnationalismus also augenscheinlich schon so stark präsent, dass traditionelle bürgerliche Wert- und Moralvorstellungen wie Humanismus und Mitmenschlichkeit diesem nicht mehr Einhalt gebieten konnten. Wegen dieses Verfalls (traditioneller) Bürgerlichkeit konnte in diesen Jahren von allgemein anerkannten Wert- und Normvorstellungen kaum mehr die Rede sein; zumindest nicht von Wertvorstellungen, die zur Skandalisierung der »Morde von Mechterstädt« taugten.

Mit dem 30. Januar 1933 wurde der völkische exkludierende Hypernationalismus, der insbesondere in den studentischen Korporationen lange vor 1933 dominierte, nun auch politisch majoritär. Da der Nachweis der Tätigkeit in einer Zeitfreiwilligeneinheit bzw. in einem Freikorps nun die Aufnahme in die NSDAP bzw. die Parteikarriere in dieser begünstigte, versuchten auch die ehemaligen Mitglieder des StuKoMa, sich entsprechende Bestätigungen von der Universität bescheinigen zu lassen. Mehrere Anschreiben finden sich im Archivbestand der Universität, die aber abschlägig beschieden wurden, da die Hochschule über kein Mitgliederverzeichnis verfügte. Weil die Mitgliedschaft im StuKoMa nun nicht nur hoffähig, sondern für die Karriere im NS-Staat augenscheinlich förderlich geworden war, wie eine vom Reichskriegerbund (dieser gehörte zur sogenannten SA-Reserve) »für die Teilnahme an den Kämpfen des Freikorps

75 Bogislav von Selchow, Rede auf dem Marburger Studententag v. 9.7.1939, in: Mitteilungen Universitätsbund Marburg (1939), H. 3, S. 58-63.

76 Vgl. Ders., Der bürgerliche und der heldische Mensch, Leipzig 1934.

77 Ebd., S. 18.

›Studentenkorps Marburg‹ ausgestellte Urkunde zeigt,⁷⁸ mühten sich die studentischen Korporationen seit 1933 um entsprechende ›Traditionsbezüge‹. Nachdem der 16. Deutsche Studententag im August 1933 den Beschluss gefasst hatte, sämtliche Erst- und Zweitsemester in sogenannten Kameradschaftshäusern zu kasernieren und zu ›nationalsozialistischer Haltung‹ zu erziehen, wandelten zahlreiche Korporationen ihre Verbindungshäuser in Kameradschaften um. So wurde aus der Marburger Burschenschaft Germania im April 1938 die Kameradschaft ›Bogislav von Selchow‹. Auf diese Weise wollte man sich den Taten von Selchows ›als Führer des Marburger Studentenbataillons‹ ›würdig erweisen‹ und damit zugleich die eigene Reputation erhöhen.⁷⁹

Abb. 3: Treffen der NS-Studenten-Kameradschaft ›Bogislav von Selchow‹ in Marburg, um 1938



Historische Bilddokumente, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/74-043>> [Stand: 16.2.2021]

Nur ein Jahr später wurde im Rahmen des Marburger Studententages mit von Selchow seitens der Philippina nun der Mann als ›Ehrensator‹ der Universität geehrt, der den antidemokratischen Rechtskurs der Marburger Studenten entscheidend mit beeinflusst hatte – sei es als Kommandant des StuKoMa, sei es als Organisator und Koordinator der völkisch-militanten Rechten nach dem Kapp-Putsch, sei es als Verfasser nationalistischer Lyrik. Der damalige Rektor, Paul Giesecke, bezeichnete in seiner

78 Privatbesitz Dietrich Heither, Kopie einer Urkunde des Bundesführers des Deutschen Reichskriegerbundes, Wilhelm Reinhard, für Kämpfer des Freikorps ›Studentenkorps Marburg‹.

79 Vgl. Michael Lemling, Das ›Studentenkorps Marburg‹ und die ›Tragödie von Mechterstädt‹, in: Peter Krüger/Anne C. Nagel (Hg.), Mechterstädt – 25.3.1920. Skandal und Krise in der Frühphase der Weimarer Republik, Münster 1997, S. 44-88, hier S. 85, Anm. 173.

Laudatio von Selchow denn auch als »Vorkämpfer eines neuen Deutschland« und verwies zugleich darauf, dass die Universität in den 1920er Jahren häufig an »vorderster Kampffront« gestanden habe.⁸⁰ Die Tragödie war zur ehrenvollen Tat mutiert.

III. Skandalöses im 21. Jahrhundert

Einen »Skandal« sollte »Mechterstädt« aber dennoch nach sich ziehen: Ein als Aufsatz publizierter Vortrag des Studentenhistorikers Holger Zinn, selber Verbindungsstudent (Landmannschaft Chattia Marburg), den dieser zu einem Sammelband über die Geschichte der Philipps-Universität zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus beigeleitet hatte, ließ 2006 in Marburg bzw. in Hessen die Wellen höherschlagen. Auslöser der Kontroverse war eine halbseitige Passage zu Mechterstädt, in der Zinn, trotz der mittlerweile vorliegenden Erkenntnisse, davon sprach, dass dort »unter zweifelhaften Umständen fünfzehn Arbeiter zu Tode kamen«.⁸¹ Sarkastisch kommentierte dies damals der Marburger Professor für Politikwissenschaft Georg Fülberth: »So zart kann man Mord also umschreiben.«⁸²

Da die Marburger Universität die Drucklegung des Bandes mit der Vorabbestellung von dreißig Exemplaren unterstützt hatte, geriet diese nun selbst in die Kritik. Der Vize-Präsident der Universität, Herbert Claas, reagierte allerdings sofort und konstatierte bezüglich des Aufsatzes einen »Mangel an wissenschaftlicher Qualität«. Weiterhin monierte er, dass die Herausgeber gegenüber dem Beitrag Zinns »die Qualitätskontrolle so offenkundig unterlassen hätten«, und empörte sich darüber, dass dieser »mutwillig den Stand der Forschung« ignoriere. Das Mechterstädt-Massaker komme »in einer Weise zur Sprache, deren heute verharmlosende Beiläufigkeit die damalige blindwütige Unaufgeklärtheit fortsetzt, mit der von der Universität und der Marburger Öffentlichkeit die Untat gerechtfertigt und von der Justiz nicht geahndet wurde«.⁸³ Thomas Spies, 2006 Abgeordneter des Hessischen Landtags und seit 2015 Oberbürgermeister Marburgs, formulierte in der »Causa Zinn« eine »kleine Anfrage« im Hessischen Landtag. In seiner Antwort bedauerte der damalige hessische Wissenschaftsminister Udo Corts die verharmlosende Darstellung Zinns und betonte, dass der Vizepräsident der Universität sich gegenüber der Presse deutlich distanziert habe.⁸⁴

Zinn führte mit seinem Beitrag eine in der verbindungs-eigenen Literatur und Hausgeschichtsschreibung vorherrschende jahrzehntelange Verdrängung, wenn nicht gar

80 Zit.n. Oberhessische Zeitung v. 10.7.1939.

81 Vgl. Holger Zinn, In Marburg ein Student. Anmerkungen zum Marburger Studentenleben in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. (Hg.), Die Philipps-Universität zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Kassel 2006, S. 217-278, hier S. 246.

82 Zit.n. Oberhessische Presse v. 24.3.2006.

83 Zit.n. Oberhessische Presse v. 25.3.2006.

84 Antwort des Ministers für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts v. 24.5.02006 auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Spies v. 29.3.2006 (Drucksache 16/5453), <<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/16/3/05453.pdf>> (7.8.2020).

apologetische Betrachtung der historischen Ereignisse fort.⁸⁵ Wissenschaftlich seriös ist seitens der Marburger Verbindungen zu Mechterstädt jedenfalls bislang nichts aufgearbeitet worden.⁸⁶ Vielmehr werden augenscheinlich wichtige Archivalien aus Gründen des organisatorisch-institutionellen Bestandschutzes unter Verschluss gehalten – und das, obwohl vonseiten des korporierten Studententums stets und nachdrücklich ein Geschichts- und Traditionsbezug hervorgehoben wird.

Daher können bis heute viele der studentischen Korporationen – sowohl Marburgs als auch andernorts – nicht nur als Vorhut bzw. Avantgarde, sondern auch als »Nachhut« des Nationalsozialismus verstanden werden:

»Der Begriff ›Nachhut‹ umfasst – ähnlich wie der Begriff ›Avantgarde‹ – ein breites Spektrum von politischen Aktivitäten und mentalen Haltungen: von der dezidierten Verleugnung des Geschehenen (›Holocaustlüge‹) über die vielfältigen Formen des stillschweigenden Ausklammerns oder expliziten Herunterspielens und Marginalisierens bis hin zu abenteuerlichen Umdeutungen [...].«⁸⁷

Der Nationalsozialismus wie seine vielfältigen Vorgeschichten werden bagatellisiert, der eigene Anteil an diesem minimiert. Derartige Verharmlosungen, Beschwichtigungen und Relativierungen sind dabei meist eher ein Teil des Nachlebens des Nationalsozialismus in der Demokratie als Ausdruck nationalsozialistischer Tendenzen gegen die Demokratie⁸⁸ – auch wenn es letztere, gerade bei den Burschenschaften, bis heute gibt.⁸⁹

Summa summarum: Die Kritiker einer korporierten Geschichtsklitterung waren stark geneigt, sich bei diesem »Skandal zweiter Ordnung« durchzusetzen und die Rechtfertigungspropaganda zurückzuweisen. Aber anders als 1920 nahm die Öffentlichkeit diesen »kleinen Historikerstreit« allerdings kaum mehr zur Kenntnis. Eine an der Alten Universität 2019 angebrachte Gedenktafel trägt heute dem gegenwärtigen Forschungsstand insofern Rechnung, als explizit von »Morden« und einem »Justizskandal« (eigentlich waren es mehrere Justizskandale) die Rede ist. Leider wird auf dieser Tafel nicht erwähnt, dass die studentischen Mörder allesamt Mitglieder schlagender Verbindungen waren – die ausschließliche Zugehörigkeit zu Corps oder Burschenschaften war nicht zufällig, sondern gleichsam unerlässliche Voraussetzung der Täterschaft. Dies betrifft sowohl die gezielte Auswahl bei der Zusammenstellung des Tötungskommandos als

85 Vgl. Heither/Schulze, Mechterstädt (Anm. 1), S. 357-377.

86 Eine Ausnahme bildet hier der Vortrag Erhart Dettmerings »Marburg und Marburger Wingolf 1919-1927«, der anlässlich des 173. Stiftungstages des Marburger Wingolfs am 25. Januar 2020 gehalten wurde und die ersten Jahre des Marburger Wingolfs in der Weimarer Republik thematisiert.

87 Bruno W. Reimann, Das Otto Eger-Schwarzbuch. Prof. Dr. Otto Eger (1877-1949) und das Gießener Otto-Eger-Heim, Biebental 22013, S. 65.

88 Vgl. Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufklärung der Vergangenheit (1959), in: Ders., Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, hg. von Gerd Kadelbach, Frankfurt a.M. 71981, S. 10-28.

89 Dietrich Heither, Burschenschaften, Köln 2013, insb. S. 116-123. Vgl. auch die materialreiche Studie von Bernhard Weidinger, »Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen«. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien 2015.

auch die damalige martialisch-paramilitärische Grunddisposition gerade dieses Verbindungstypus. Ebenso unerwähnt bleibt, dass deren Verbrechen samt des Wirkens im rechtsradikalen Netzwerk der Republik seitens der universitären Institute gedeckt und legitimiert wurden.

Sex, Lügen und Philosophie

Hannah Arendt und Martin Heidegger

Christoph Nonn

Eigentlich ist es eine ziemlich banale Geschichte: Eine Studentin im ersten Semester an der Marburger Universität verliebt sich in ihren Professor. Der ist zwar siebzehn Jahre älter als sie, verheiratet und hat zwei Kinder. Dennoch lässt er sich auf eine Affäre mit ihr ein. Sie treffen sich heimlich, haben Sex, schicken sich Gedichte und zahlreiche Briefe. Darin ist die Rede von Liebe, Philosophie, Büchern, ihren Familien, von gemeinsamen Spaziergängen und vom Wetter. Nach drei Semestern wechselt die Studentin von Marburg an eine andere Universität. Gelegentlich treffen sich die beiden noch, dann schläft ihre Beziehung ein. Sie heiratet einen Mitstudenten. Wenige Jahre später verlässt sie das Land.

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach ihrer ersten Begegnung sehen die Liebenden von damals sich wieder. Aus der ehemaligen Studentin ist in der Zwischenzeit selbst eine angesehene Wissenschaftlerin und Autorin geworden, die ihrem früheren Professor jetzt ein wenig bei der Veröffentlichung seiner Werke im Ausland hilft. Sie lernt seine Frau kennen, der er mittlerweile die Affäre gebeichtet hat. Wieder wechseln sie eine Zeit lang intensiv Briefe. Wieder schlummert der – mittlerweile ganz platonische – Kontakt dann ein. Ein Dutzend Jahre tauschen sie allenfalls noch gelegentlich Geburtstagskarten aus, einmal auch Bücher. In den späten 1960er Jahren schreibt er ihr erneut einen langen Brief, wünscht aus Anlass ihres sechzigsten Geburtstages Glück für »den kommenden Herbst Deines Daseins.«¹ Er selbst ist mittlerweile 77 Jahre alt. Sie antwortet postwendend. Bei ihrem nächsten Aufenthalt in Deutschland besucht sie ihn. Danach kommt sie bei jeder ihrer Reisen nach Europa vorbei, bis zu ihrem Tod 1975, ein halbes Jahrhundert nach ihrer ersten Begegnung. Er, der im Gegensatz zu ihr nicht Kette geraucht hat, überlebt sie noch um ein halbes Jahr.

Eine banale Geschichte, vielleicht schon ein wenig anrührend am Ende, wenn nicht sogar mit Potential für einen kitschigen Roman.² Als die Affäre zwischen dem Professor

1 Ursula Ludz (Hg.), Hannah Arendt/Martin Heidegger. Briefe 1925 bis 1975. Frankfurt a.M. 1998, S. 153 (Heidegger an Arendt, 6.10.1966). Im Folgenden als Briefe abgekürzt.

2 Den es auch gibt, siehe Catherine Clément, Martin et Hannah, Paris 2000 (deutsche Übersetzung: Martin und Hannah, Berlin 2000). Die Beziehung zwischen Arendt und Heidegger ist ebenso in ei-

und seiner Studentin lange nach dem Tod der beiden bekannt wurde, sahen manche darin auch Potential für einen Skandal. Denn die Studentin war Hannah Arendt, die 1933 wegen ihrer jüdischen Herkunft aus Deutschland flüchtete, um schließlich in den USA eine neue Heimat zu finden. Und ihr Marburger Professor war Martin Heidegger, der im gleichen Jahr 1933 der NSDAP beitrug und zum Führer-Rektor der Universität Freiburg avancierte.

Während Heidegger deshalb schon nach 1945 in Verruf geraten war und sein Bild durch Enthüllungen über antisemitische Aussagen seitdem zunehmend weiter verdunkelt wurde, ist Arendts Prestige als Philosophin und politische Theoretikerin in den letzten Jahrzehnten posthum immer weitergewachsen. Für manche Autor*innen scheint freilich ihre Beziehung zu Heidegger einen Schatten auf sie zu werfen. Dabei spielt besonders ihre jüdische Herkunft eine auffällige Rolle. Wie konnte sie, so wird suggeriert, sich als Jüdin nur 1925 mit einem solchen »Nazi« wie Heidegger einlassen? Und vor allem, wie konnte sie nach 1945 den Kontakt zu ihm wiederaufnehmen – nach all dem, was seit ihrer Marburger Liebesaffäre geschehen war?³

Viel von dieser Kritik wirkt allerdings arg plakativ. Als die 18-jährige Hannah Arendt ihre Affäre mit Martin Heidegger 1925 begann, war dieser kein Mitglied der NSDAP. Und sein späteres nationalsozialistisches Engagement hat Arendt ihrem früheren Geliebten schon 1933 und danach wiederholt vorgeworfen. Ihre sich im Lauf der Zeit weiterentwickelnde, differenzierte Sicht von Heideggers Rolle im Nationalsozialismus unterschied sich allerdings wesentlich von der ihrer Kritiker*innen.

Diese ersetzen in ihren Schriften zudem häufig Quellenanalyse durch Küchenpsychologie und wissenschaftliche Prosa durch Stilmittel des Melodrams. Auf eine journalistische Ebene heruntergebrochen, nähert sich diese Vorgehensweise vollends dem Kitsch an, wird zur Skandalgeschichte von »der Jüdin« und »dem Nazi«.⁴ Dabei liegt der eigentliche Skandal nicht in der Beziehung zwischen Arendt und Heidegger. Er liegt vielmehr in ihrer Skandalisierung aus Gründen, die mit dieser Beziehung gar nichts zu tun haben.

I. Eine nicht allzu verhängnisvolle Affäre

Im Herbst 1924 zog Hannah Arendt zum Studium nach Marburg. Ihr Abitur hatte sie kurz vor ihrem 18. Geburtstag mit Auszeichnung bestanden. Dennoch fühlte sie sich wie

ner Reihe von mehr oder weniger erfolgreichen Theaterstücken verarbeitet worden, so etwa in Elfriede Jelineks »Totenauberg« (1991), Kate Fodors »Hannah and Martin« (2004), Savyon Liebrechts »Die Banalität der Liebe« (2007), wovon es seit 2018 auch eine Opernfassung gibt, und Ralph Günther Mohnhaus »Die Dämonie der Liebe« (2019).

3 Der Ton für diese Kritik wurde vorgegeben durch das in Dutzende Sprachen übersetzte und immer wieder nachgedruckte Buch von Elzbieta Ettinger, Hannah Arendt – Martin Heidegger, New Haven 1995; aufgegriffen etwa in Richard Wolin, Heidegger's Children, Princeton 2001.

4 Siehe u.a. Pauline Krätzig, Wie die wichtigste politische Denkerin des Judentums einem antisemitischen Schürzenjäger verfiel, in: Neue Zürcher Zeitung am Sonntag v. 10.11.2018, <<https://nzza.s.nzz.ch/gesellschaft/wie-die-wichtigste-politische-denkerin-des-judentums-einem-antisemitische-n-schuerzenjaeger-verfiel-ld.1435330?reduced=true>> (18.12.2020).

viele in diesem Alter unsicher, wurde von einer elementaren »Angst vor dem Dasein« geplagt.⁵ Wohl schon zu Beginn des Wintersemesters 1924/25 fiel Heidegger, der seit zwei Jahren an der Marburger Universität als Extraordinarius lehrte, die intelligente junge Studentin auf. Später erinnerte er sich daran, wie ihr Blick unter dunklen Locken »mir zublitzte«. Irgendwann im Lauf des Semesters kam sie in seine Sprechstunde, nach seiner Erinnerung »im Regenmantel, den Hut tief über den stillen großen Augen«, und gab »verhalten und scheu auf alle Fragen eine kurze Antwort.«⁶ Spätestens zum Semesterende, Anfang Februar 1925, muss es dann wirklich gefunkt haben zwischen dem Herrn Professor und dem »Fräulein Arendt«, aus dem wenige Tage später die »liebe Hannah« geworden war, der Heidegger nun in einem glühenden Liebesbrief schrieb, dass er mit ihr »Nächte durch wandern« wollte.⁷

Liebesbeziehungen zwischen Professoren und Studentinnen sind nicht allzu ungewöhnlich. Dennoch gibt es mancherlei Spekulationen darüber, warum die junge Arendt sich auf die Affäre mit Heidegger einließ. So habe nicht nur ihre »verletzliche, melancholische Natur« sie dafür prädestiniert. Auch ihre jüdische Herkunft soll eine Rolle gespielt haben, weil sie angeblich die »Unsicherheit vieler assimilierter Juden« teilte. Selbst freudianische Motive sind ihr unterstellt worden: Weil Arendts Vater starb, als sie sieben Jahre alt war, habe sie in Heidegger einen Ersatzvater gesucht, dem sie dann ein Leben lang hoffnungslos verfallen sei.⁸ Freilich, Psychoanalyse verhält sich zu Psychologie als Wissenschaft wie die Gattung des historischen Romans zu professioneller Geschichtsschreibung: Die Themen sind zwar dieselben, sonst gibt es aber herzlich wenig Gemeinsamkeiten. Ohnehin entbehren alle diese Spekulationen jeder empirischen Basis. Denn aus der Zeit von Arendts Affäre mit Heidegger sind allein seine Briefe erhalten, ihre dagegen nicht überliefert.

Über die Natur der Beziehung zwischen den beiden erfahren wir deshalb aus zeitgenössischen Quellen nur von ihm, von ihr lediglich aus späteren Erinnerungen. Diese bestätigen allerdings weitgehend den Eindruck, der sich aus seinen Briefen ergibt: Wie in der Universität redete vor allem er, und sie hörte zu, wie die aufmerksame Studentin im Hörsaal. Er erzählte hauptsächlich von seinem Leben und seiner Arbeit oder gab ihr gutgemeinte Ratschläge. Er bestimmte Zeiten und Orte ihrer geheimen Treffen. Von ihr kam, wie er einmal schrieb, selten mehr als ein »scheues stilles ›Ja«, ein »wenn du magst« oder »wenn du mich haben willst«. Als beide sich 1950 zum ersten Mal nach zwei Jahrzehnten wiedersahen, berichtete Arendt ihrem Mann in den USA darüber, dass sie und Heidegger »zum ersten Mal in ihrem Leben miteinander gesprochen« hätten. Und auch ihrem alt gewordenen ehemaligen Geliebten selbst gegenüber beschrieb sie ihre Wahrnehmung der zurückliegenden Beziehung mit mittlerweile gewonnenem Selbst-

5 Briefe (wie Anm. 1), S. 24: »Schatten« (Aufzeichnung Arendts, April 1925).

6 Briefe (wie Anm. 1), S. 98 (Heidegger an Arendt, 4.5.1950) u. 18 (Heidegger an Arendt, 11.3.1925); vgl. auch ebd., S. 86 (Heideggers Gedicht »November 1924« v. 11.3.1950).

7 Ebd., S. 11-14 (Heidegger an Arendt, 10., 21. u. 27.2.1925).

8 Ettinger, Hannah Arendt (wie Anm. 3), S. 15.

bewusstsein, dass »wir ja nicht viel und nicht übermäßig offen miteinander verkehrt haben.«⁹

Ihre Liebesbeziehung hatte wohl erst ein knappes Jahr gedauert, als Arendt Anfang 1926 Heidegger ihren Entschluss mitteilte, die Universität zu wechseln und das Studium zunächst in Freiburg, dann in Heidelberg fortzusetzen. Warum genau sie damit das Ende der Affäre einläutete, ist nicht ganz eindeutig. Nach ihrem Wiedersehen 1950 schrieb sie ihm: »Weggegangen aus Marburg bin ich ausschließlich Deinetwegen.« Heidegger scheint nicht allzu unglücklich über ihren Entschluss gewesen zu sein. Schon seit dem Spätsommer 1925 hatte er ihr immer seltener geschrieben. Gegenüber seiner Arbeit stand die Beziehung mit Arendt mehr und mehr zurück, und Anfang 1926 versuchte er sie nicht wirklich zu überreden, in Marburg zu bleiben. Sie hatte ihm vorgeworfen, sich wie ein »Seeräuber« zu verhalten: Es war ihr wahrscheinlich klar geworden, dass er in der Beziehung mehr nahm als er gab.¹⁰

Zwei Jahre lang sahen die beiden sich danach gelegentlich noch, dann trennten sie sich endgültig. Arendt fiel das offensichtlich wesentlich schwerer als Heidegger, wie ihr erster überlieferter Brief an ihn vom Frühjahr 1928 zeigt. Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine andere Geliebte. Aber auch Arendt war eine Liaison mit einem Mitstudenten eingegangen. Und nach ihrer Promotion bei Karl Jaspers in Heidelberg heiratete sie 1929 einen anderen Kommilitonen, den sie noch von Marburg her kannte. Als Heidegger ihren Mann im Jahr darauf traf und die Frau an seiner Seite geflissentlich ignorierte, traf sie das tief. Ob ihre erste Ehe nach wenigen Jahren nur daran scheiterte, weil sie von Heidegger nicht loskam, ist eine offene Frage. Auch die ebenfalls 1929 beginnende Weltwirtschaftskrise, die das junge Paar in bittere Armut stürzte, zumal dem Bräutigam die eigentlich angestrebte akademische Karriere verwehrt blieb, spielte dabei vermutlich eine Rolle. Politische Differenzen und die sich entwickelnde Vorliebe der Braut für exzessives Zigarrenrauchen kamen hinzu. Arendt selbst äußerte sich wesentlich später:

»Sehen Sie, ich war, als ich aus Marburg fortging, fest entschlossen, nie mehr einen Mann zu lieben und habe dann später geheiratet, irgendwie ganz gleich wen, ohne zu lieben. Weil ich mich ganz souverän dünkte, glaubte über alles verfügen zu können, gerade weil ich ja nichts für mich erwartete. Dies alles wurde erst anders, als ich meinen jetzigen Mann kennenlernte.«¹¹

Mit ihrer zweiten, 1940 im französischen Exil geschlossenen Ehe mit Heinrich Blücher ist es ihr jedenfalls gelungen, sich »freizuschwimmen«.

9 Briefe (wie Anm. 1), S. 26 (Heidegger an Arendt, 24.4.1925) u. 76 (Arendt an Heidegger, 9.2.1950); Lotte Köhler (Hg.), Hannah Arendt/Heinrich Blücher. Briefe 1936-1968, München 1996, S. 207 (Arendt an Blücher, 8.2.1950).

10 Briefe (wie Anm. 1), S. 76 (Arendt an Heidegger, 9.2.1950); vgl. ferner ebd., S. 54-57 (Heidegger an Arendt, 10.1.1926).

11 Ebd., S. 77f. (Arendt an Elfride Heidegger, 10.2.1950). Vgl. ferner ebd., S. 57-68; Ettinger Hannah Arendt (wie Anm. 3), S. 26-35, 38-43; Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt. For Love of the World, Yale 1982, S. 67-69, 77-83, 98-101, 265-269; Antonia Grunenberg, Hannah Arendt und Martin Heidegger, Geschichte einer Liebe, München 2006, S. 136f.

II. Heidegger und der Nationalsozialismus

Heidegger hat Marburg zwei Jahre nach Arendt ebenfalls den Rücken gekehrt. Besonders gefallen hatte es ihm dort ohnehin nie. Marburg sei ihm »von Anfang an« einem »lähmenden Geist« gleichgekommen, schrieb er Hannah Arendt 1925, um dann ihr schmeichelnd hinzuzufügen, der Ort sei »seit diesem Winter freundlicher für mich geworden«. Aber das hielt nicht an. 1928 folgte er einem Ruf auf eine ordentliche Professur in Freiburg, obwohl es dort ja eigentlich »ebenso erschreckend« sei. Aber, wie er Karl Jaspers gegenüber meinte: »Etwas, was für Marburg spricht, kann ich Ihnen nicht anführen. Ich habe mich keine Stunde wohl gefühlt.«¹²

Abb. 1: Martin Heidegger



Universitätsarchiv Marburg, Best. 312/7, Nr. 3

12 Briefe (wie Anm. 1), S. 17 (Heidegger an Arendt, 21.3.1925); Walter Biemel/Hans Saner (Hg.), Martin Heidegger – Karl Jaspers. Briefwechsel 1920 bis 1963, München 1992, S. 96 (Heidegger an Jaspers, 13.5.1928).

An der Freiburger Universität gefiel ihm vieles ebenfalls nicht. Dort nutzte er sein gewachsenes akademisches Prestige, um sich mit nationalsozialistischer Unterstützung im April 1933 zum »Führer-Rektor« wählen zu lassen. Heidegger teilte den rabiaten Antikommunismus der Nationalsozialisten, wenn ihn deren betonte Frontstellung gegen Intellektuelle auch abstieß. Seinem Bruder gegenüber rechtfertigte er den Eintritt in die NSDAP Anfang Mai 1933 damit, »dass nur auf diesem Weg eine Läuterung und Klärung der ganzen Bewegung möglich« sei. Wer durch die Partei etwas verändern wolle, dürfe sich nicht durch das abhalten lassen, was »vorgeht an niedrigen und weniger erfreulichen Dingen«. Ähnlich hatte er kurz vorher seiner neuen Geliebten Elisabeth Blochmann erklärt, den politischen Umbruch für eine grundlegende Reform der Universitäten nutzen zu wollen. Denn die Hochschulen schienen Heidegger von »Vermassung« bedroht, und er wollte sie wieder zu einem Instrument der Elitenbildung machen.¹³

Wie weit er den nationalsozialistischen Antisemitismus teilte, ist bis heute heftig umstritten. Von einer »Verjudung unsrer Kultur« sprach Heidegger schon 1916 in einem Brief an seine spätere Frau Elfride, die eine fanatische Judenhasserin war und Hitler glühend verehrte. Eine Reihe von weiteren judenfeindlichen Äußerungen sind von ihm für die Jahre vor wie nach 1933 überliefert. In Gutachten über Wissenschaftler jüdischer Herkunft verwendete er deren Abstammung allerdings nie als disqualifizierendes Kriterium. Mehrfach beurteilte er solche Wissenschaftler auch positiv und empfahl sie für universitäre Stellen. Während seines Rektorats an der Freiburger Universität trug er die Ausgrenzung von einigen Wissenschaftlern jüdischer Herkunft mit, in mindestens einem Fall initiierte er sie sogar. In anderen Fällen hat Heidegger sich aber auch für solche Wissenschaftler eingesetzt und ihre Entlassung zu verhindern versucht.

Nach nur einem Jahr als Rektor erklärte er im April 1934 seinen Rücktritt von diesem Amt. Dem Ziel einer grundlegenden Reform der Hochschulen war er kaum nähergekommen, die Universitätspolitik ihm bereits verleidet. In der Folgezeit zog Heidegger sich mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben zurück. Damit distanzierte er sich auch zusehends von der nationalsozialistischen Politik. Dass Heidegger den Nationalsozialismus vor allem für eigene Zwecke benutzen wollte, ist offensichtlich. Ebenso offensichtlich ist aber auch, dass er den Nationalsozialisten 1933/34 Vorschub leistete.¹⁴

13 Hermann Heidegger (Hg.), Martin Heidegger. Gesamtausgabe, Bd. 16: Reden und andere Zeugnisse eines Lebensweges. 1910-1976, Frankfurt a.M. 2000, S. 71-77 (Martin an Fritz Heidegger, 4.5.1933) u. 93 (Heidegger an Elisabeth Blochmann, 30.3. u. 12.4.1933).

14 Die Debatte um Heidegger und den Nationalsozialismus leidet nicht wenig darunter, dass sie überwiegend von Nichthistoriker*innen geführt wird. Siehe aus der Masse von Literatur nur Bernd Martin, Heidegger und das »Dritte Reich«, Darmstadt 1989; Emmanuel Faye, Heidegger. Die Einführung des Nationalsozialismus in die Philosophie, Berlin 2009; Alfred Denker/Holger Zaborowski (Hg.), Heidegger und der Nationalsozialismus, 2 Bde., Freiburg 2009; Holger Zaborowski, »Eine Frage von Irre und Schuld?« Martin Heidegger und der Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2009; Peter Trawny, Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschönerung, Frankfurt a.M. 2015; Marion Heinz/Sidonie Kellerer (Hg.), »Schwarze Hefte«. Eine philosophisch-politische Debatte, Berlin 2016.

III. Arendts Erfolg und ihre Kritiker

Hannah Arendt hat das aufmerksam beobachtet und ihm eindeutig sehr übelgenommen. Schon als sie im Winter 1932/33, als Heidegger noch nicht Rektor war, von Bekannten Gerüchte über angebliche Diskriminierung von Juden durch ihn hörte, schrieb sie ihm deswegen einen Brief, in dem es von Vorwürfen nur so wimmelte.¹⁵ Es war der erste Brief in der Korrespondenz des ehemaligen Liebespaares nach über zwei Jahren Funkstille, und es sollte für mehr als anderthalb Jahrzehnte der letzte sein. Der Aufstieg des Nationalsozialismus brachte Arendt ihre eigene jüdische Herkunft, die für sie bisher keine praktische Rolle gespielt hatte, erstmals wirklich zu Bewusstsein. Nach Hitlers Machtübernahme, im März 1933, half sie Bekannten aus der zionistischen Bewegung bei der Anfertigung einer für das Ausland bestimmten Dokumentation über Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit. Als die Sache aufflog, kam sie ins Gefängnis und nur mit viel Glück wieder frei.

Nach ihrer Freilassung floh Arendt nach Frankreich. In Paris arbeitete sie zunächst in zionistischen Organisationen, die unter anderem Jugendliche auf eine Auswanderung nach Palästina vorbereiteten, lernte selbst Hebräisch und engagierte sich im Kampf gegen Antisemitismus. Hier lernte sie auch ihren zweiten Mann Heinrich Blücher kennen, den sie wenige Monate nach Beginn des Zweiten Weltkriegs Anfang 1940 heiratete. Bald darauf wurde sie als »feindliche Ausländerin« von den französischen Behörden interniert. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs gelang Arendt die Flucht aus dem südfranzösischen Internierungslager. Durch eine glückliche Fügung kam sie an amerikanische Einreisevisa für sich selbst und Blücher. Im Frühjahr 1941 floh sie einmal mehr, diesmal über Spanien und Portugal in die USA, wo sie sich in New York niederließ. Dort lösten sich noch während des Krieges ihre Verbindungen zum Zionismus. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Nationalsozialismus blieb jedoch eine Konstante in ihrem weiteren Leben. Gegen Ende des Krieges begann Hannah Arendt mit der Arbeit an ihrem Hauptwerk. 1951 erschien es in den USA unter dem Titel *Origins of Totalitarianism*, 1955 auch in der Bundesrepublik Deutschland als *Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft*.¹⁶

Das Buch war in mancher Hinsicht ein Kind seiner Zeit. Die Parallelisierung von Nationalsozialismus und Kommunismus, die Arendt darin vornahm, spielte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges eine wichtige Rolle für seine überwiegend positive Aufnahme. Für manche linke Intellektuelle lag gerade darin allerdings auch ein Stein des Anstoßes. Erst recht frostig wurde das eher kühle Echo, das *Origins of Totalitarianism* in diesen Kreisen erzeugte, weil die Autorin den Nationalsozialismus nicht als letztes Aufbäumen eines überlebten Kapitalismus oder Konservatismus interpretierte. Stattdessen betonte Arendt die modernen Ursprünge des nationalsozialistischen wie des stalinistischen Totalitarismus: das Aufkommen der Massengesellschaft, den wissenschaftlich begründeten Rassismus und die moderne Bürokratie. Dass sie auch vor

15 Der Inhalt dieses nicht erhaltenen Schreibens lässt sich erschließen aus Heideggers ausführlicher Antwort, vgl. Briefe (wie Anm. 1), S. 68f.

16 Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951; Dies., *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a.M. 1955.

dem totalitären Potential des Antikommunismus warnte, ging in der zeitgenössischen Rezeption dagegen weitgehend unter.

Ein Dutzend Jahre nach dem Erscheinen von *Origins of Totalitarianism* veröffentlichte Arendt ein Buch über den Eichmann-Prozess in Jerusalem.¹⁷ Vergleichsweise kurz, war dieses Buch dennoch vielleicht die langfristig wirkmächtigste ihrer Publikationen. Bei seinem Erscheinen 1963 löste *Eichmann in Jerusalem* allerdings das aus, was man heute einen »Shitstorm« nennt. Während Arendt mit *Origins of Totalitarianism* bereits viele linke Intellektuelle vergrätzt hatte, so machte sie sich mit ihrer Arbeit über Adolf Eichmann und den Prozess, der ihm in Israel gemacht worden war, auch zahlreiche jüdische Intellektuelle zum Feind. Viele Bekannte und selbst manche guten Freunde distanzieren sich von ihr. Das galt vor allem für Zionisten, die ihr ohnehin schon die frühere Abkehr von der eigenen Sache übel nahmen.

Adolf Eichmann hatte während des Zweiten Weltkrieges das sogenannte »Judenreferat« des Reichssicherheitshauptamts geleitet, in dem die Verfolgung, Vertreibung und schließlich die Ermordung der europäischen Juden koordiniert worden war. Die Beschäftigung mit seiner Person und seinem Prozess war für Arendt Ausgangspunkt für grundlegende Überlegungen zu diesem Massenmord. Kritik von jüdischer Seite entzündete sich hauptsächlich an ihren Bemerkungen über die sogenannten »Judenräte« in den Ghettos des deutsch besetzten Osteuropa im Zweiten Weltkrieg. Diesen hatte sie teilweise den Vorwurf der Kollaboration mit den Mördern gemacht.

Allerdings war das für Hannah Arendt eher ein nebensächlicher Aspekt ihrer Argumentation. Die »Judenräte« waren für sie nur ein Beispiel für die Rolle von bürokratischen Hierarchien und Arbeitsteilung, mit dem einerseits ein Denken in Kategorien von »Produktivität« und »Nützlichkeit«, andererseits der Verlust zwischenmenschlicher Empathie einherging. Die Shoah war aus dieser Sicht das Produkt einer allgemein modernen »Banalität des Bösen«. Entgegen einem weitverbreiteten Missverständnis relativierte Arendt zwar nicht die Rolle antisemitischer Ideologie für ihren konkreten Untersuchungsgegenstand. Sie betonte aber, dass nationalsozialistische Vernichtungspolitik sich nicht allein gegen Juden richtete. Und ebenso wie die Opfer seien letztlich auch die Täter austauschbar. Das untermauerte sie mit Hinweisen auf die nichtdeutschen Hilfsmannschaften in den Vernichtungslagern und die Hilfe großer Teile der Bevölkerung in den durch Deutschland besetzten Gebieten bei den Judendeportationen.

Die These von der »Banalität des Bösen« hat die historische und sozialwissenschaftliche Genozid-Forschung der letzten drei Jahrzehnte ungemein befruchtet. Das Buch *Eichmann in Jerusalem*, in dem Arendt diese These entwickelte, brachte ihr freilich nicht nur scharfe Kritik von jüdischer Seite ein. Auch in linksintellektuellen Kreisen, die schon ihre Theorie des Totalitarismus ungnädig aufgenommen hatten, verscherzte sie sich mit dem neuen Buch noch vorhandene Sympathien erst recht. Denn wenn Antisemitismus und ähnlich menschenverachtende Ideologien nicht an »rechte« oder konservative Ideologien gebunden waren, wie sie behauptete, machten die in diesen Kreisen kultivierten und geschichtspolitisch abgestützten Feindbilder ebenso wenig Sinn

17 Dies., *Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil*, New York 1963. Die deutsche Übersetzung erschien ein Jahr später als Dies., *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1964.

wie die dort nicht minder gepflegte Selbstgewissheit, grundsätzlich auf der »richtigen« Seite zu stehen.¹⁸

Als nach Hannah Arendts und Martin Heideggers Tod deren Liebesbeziehung bekannt wurde, war das deshalb ein gefundenes Fressen für Arendts Kritiker. Zum Skandal, der auf eine Desavouierung Arendts als Mensch wie vor allem als politischer Theoretikerin abzielte, bauschte Mitte der 1990er Jahre zuerst Elzbieta Ettinger die Affäre auf. Die 1925 geborene polnische Jüdin Ettinger hatte als junge Frau die deutsche Besetzung ihrer Heimat und das Warschauer Ghetto überlebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte sie im kommunistischen Polen Karriere, die durch den dort wieder aufkeimenden Antisemitismus Mitte der 1960er Jahre abrupt beendet wurde. Ettinger emigrierte in die USA und wurde Universitätsdozentin für Literatur. In ihrer Person vereinigte sie die Milieus von jüdischen und sozialistischen Intellektuellen, die sich durch Arendts Interpretation des Nationalsozialismus und der Shoah verletzt oder herausgefordert fühlten.¹⁹

In einem 1995 veröffentlichten Buch konnte Ettinger als erste aus den Briefen Arendts an Heidegger zitieren. Seinen Teil des Briefwechsels durfte sie allerdings nur paraphrasieren. Aus der Not machte sie eine Tugend und füllte die Leerstellen und Ambivalenzen der Korrespondenz mit einer freudianischen Interpretation. Danach wurde Arendt, die an einem Vaterkomplex gelitten habe, Heidegger als junge Frau in den 1920er Jahren hörig und blieb es ein Leben lang. Deshalb sei sie Heidegger, als sie ihn 1950 wiedertraf, auf den Leim gegangen: Nachdem sie sein Verhalten während des Nationalsozialismus zuvor aus der Ferne noch scharf kritisiert hatte, habe er sie bei ihrem Wiedersehen erneut erfolgreich manipuliert. Einmal mehr seinem Zauberbann erlegen, habe sie ihm die verharmlosenden Lügen über sein nationalsozialistisches Engagement bereitwillig geglaubt und ihn seitdem deshalb nach Kräften verteidigt.

Durch die Brille dieser Interpretation haben andere Autoren dann auch Arendts Gesamtwerk und insbesondere *Eichmann in Jerusalem* anzugreifen und zu entwerten versucht. Die These von der »Banalität des Bösen« erscheint in diesem Kontext als Relativierung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen. Sie wird letzten Endes zurückgeführt auf ein vermeintliches psychologisches Bedürfnis Hannah Arendts, ihren Geliebten Heidegger von der Mitschuld an diesen Verbrechen reinzuwaschen. Und nicht nur das, auch ihr Denken sei von der konservativen Weltsicht Heideggers, der ja ihr erster akademischer Lehrer war, beeinflusst worden – von Heideggers Antipathie gegenüber der Moderne, ja sogar seiner Abneigung gegen das »Judentum«. Aus der

18 Siehe Daniel Maier-Katkin, *The Reception of Hannah Arendt's Eichmann in Jerusalem in the United States 1963-2011*, in: *HannahArendt.net. Zeitschrift für politisches Denken/Journal for Political Thinking* 6 (2011), H. 1/2, <www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/64/84> (18.12.2020); zu Hannah Arendts Biographie zwischen 1933 und der Kontroverse um *Eichmann in Jerusalem* vgl. Young-Bruehl, *Hannah Arendt* (wie Anm. 11), S. 111-378.

19 Ettinger, *Hannah Arendt* (wie Anm. 3), Frances Brent, *Arendt's Affair. The Woman with the Sharpest Insight into the Philosopher's Love for Heidegger had a Parallel History*, in: *Tablet* v. 30.5.2013, <<https://www.tabletmag.com/sections/arts-letters/articles/arendts-affair>> (18.12.2020).

Jüdin Arendt wird so eine unbewusste Handlangerin antisemitischer Ideen und Verteidigungsstrategien.²⁰

IV. Im Herbst ihres Lebens: Heidegger und Arendt seit 1950

Im Winter 1949/50 hielt Hannah Arendt sich seit ihrer Flucht 1933 zum ersten Mal wieder in Deutschland auf. Für eine jüdische Organisation bemühte sie sich darum, von den Nationalsozialisten enteignete Kulturgüter aufzuspüren und an ihre rechtmäßigen Besitzer oder deren Nachfahren zurückzugeben. Vorab hatte sie mit zahlreichen alten Freunden und Bekannten Kontakt aufgenommen, um ein Treffen zu vereinbaren. Heidegger war nicht darunter. Ob sie ihn »sehen werde, weiß ich noch nicht, überlasse alles dem Zufall«, schrieb Arendt ihrem Mann Anfang 1950. Als sie ihren Doktorvater Karl Jaspers in Basel besuchte, sprach sie mit diesem auch über Heidegger. Jaspers zeigte ihr dessen Briefe an ihn, in denen ihr früherer Geliebter einer Konfrontation mit seinem nationalsozialistischen Engagement auswich. Nach der Lektüre notierte Arendt, es sei ihr dadurch »die Lust auf Heidegger ein wenig vergangen«.²¹

Im Februar musste sie schließlich beruflich nach Freiburg. Dort traf sie einen früheren Mitstudenten, jetzt Professor an der Universität. Beim Austausch von Erinnerungen an gemeinsame Bekannte kam die Rede auch auf Heidegger, und der ehemalige Kommilitone schrieb ihr dessen Adresse im Stadtteil Zähringen auf. Einem »Zwang des Impulses« folgend, schickte Arendt auf Briefpapier ihres Hotels eine kurze Nachricht nach Zähringen, sie sei noch zwei Tage in der Stadt. Schon am gleichen Abend klopfte ein Kellner an ihre Zimmertür: Ein Herr Heidegger warte auf sie in der Hotellobby.²²

Heideggers Motiv, den 1933 abgerissenen Kontakt wieder aufzunehmen, ist offensichtlich. Seit 1945 hatte er an der Universität Lehrverbot und bekam kein Gehalt mehr. Zwar war er 1949 entnazifiziert und nur als »Mitläufer« eingestuft worden. Doch das Lehrverbot bestand weiter, und selbst um die zweischneidige »Gnade« einer vorzeitigen Emeritierung mit Beamtenpension musste Heidegger Anfang 1950 noch zittern. In seiner Lage konnte er jede Hilfe brauchen, und seine frühere Geliebte und Schülerin Hannah Arendt war jedenfalls in akademischen Kreisen Deutschlands wie der westlichen Siegermächte gut vernetzt.

Ihre Motive dafür, in der Hotellobby seine Einladung zu ihm nach Hause anzunehmen, sind nicht so eindeutig zu bestimmen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als das volle Ausmaß nationalsozialistischer Verbrechen bekannt wurde und sie über Heideggers Rolle dabei zahlreiche Gerüchte erreichten, hatte sie sich voller Verachtung über ihn geäußert. So habe er etwa seinen eigenen akademischen Lehrer Edmund Husserl 1933 von der Universität vertrieben, was Husserl »beinahe umgebracht« habe.

20 So Wolin, *Heidegger's Children* (wie Anm. 3), S. 52-62; ähnlich David Cesarani, *Becoming Eichmann*, New York 2004, S. 368; Deborah Lipstadt, *The Eichmann Trial*, New York 2011; und vgl. die kritischen Bemerkungen dazu von Maier-Katkin, *The Reception* (wie Anm. 18).

21 Lotte, *Arendt/Blücher* (Anm. 9), S. 190 (Arendt an Blücher, 3.1.1950).

22 Briefe (wie Anm. 1), S. 75f. (Arendt an Heidegger, 9.2.1950).

Abb. 2: Hannah Arendt, 1944



Privatsammlung Peter Stein, Bedford Village, NY/Fred Stein Archives

Sie könne deshalb nicht anders, als Heidegger für einen »potentiellen Mörder« zu halten. Seine Rechtfertigungsversuche gegen diese und andere Vorwürfe seit Kriegsende seien »nichts als törichte Lügnerereien, mit einem, wie mir scheint, ausgesprochen pathologischem Einschlag. Aber das ist eine alte Geschichte.«²³

Diese Einschätzung hatte sich bis 1950 teilweise geändert. Arendt hatte mittlerweile einsehen müssen, dass Heidegger bei dem Lehrverbot für Husserl und auch anderen ihm vorgeworfenen Dingen keine aktive Rolle gespielt hatte. Allerdings war sie weiterhin der Meinung, Heidegger fehle es an Charakter. Was er von sich gebe, sei nach wie vor »verlogen«. Als sie Anfang 1950 seine Briefe an Karl Jaspers zu lesen bekam, urteilte sie, diese offenbarten immer noch dieselbe Haltung »wie früher: das gleiche Gemisch von Echtheit und Verlogenheit oder besser Feigheit.«²⁴

23 Lotte Köhler/Hans Saner (Hg.), *Hannah Arendt – Karl Jaspers. Briefwechsel 1926-1969*, München 1985, S. 84 (Arendt an Jaspers, 9.7.1946).

24 Ebd., S. 178 (Arendt an Jaspers, 29.9.1949); Lotte, *Arendt/Blücher* (wie Anm. 9), S. 180 (Arendt an Blücher, 18.12.1949) u. 190 (Arendt an Blücher, 3.1.1950).

Dass Heidegger sie einen Monat später in Freiburg aufsuchte, überraschte sie. »Ich hatte dich nicht eigentlich erwartet«, schrieb sie ihm nach dem Wiedersehen. Auf den ersten Blick war es eine angenehme Überraschung, die schöne Erinnerungen heraufbeschwor. Es war ihr, »als stünde plötzlich die Zeit stille«: Für einen Moment fühlte sie sich ein Vierteljahrhundert zurückversetzt, in die Zeit ihrer Liebesbeziehung. Nur war es besser als damals, weil sie jetzt »zum ersten Mal in ihrem Leben miteinander gesprochen« hatten, von gleich zu gleich. Nach einem durchgeredeteten langen Abend des Wiedersehens und der Fortsetzung des Gesprächs am nächsten Tag nannte sie das spät in der Nacht euphorisch »die Bestätigung eines ganzen Lebens. Eine im Grunde nie erwartete Bestätigung«. ²⁵

Doch bei Tageslicht betrachtet sah Arendt alles deutlich nüchterner. Die Gespräche mit Heidegger Revue passieren lassend, hielt sie einmal mehr fest, dass der »doch notorisch immer und überall lügt, wo er nur kann«. Im Grunde, meinte sie aus der Rückschau einen Tag später, habe das ganze Wiedersehen »gespenstisch« gewirkt. Schließlich sei die Affäre mit ihm ja doch ein Vierteljahrhundert her. Aber Heidegger habe »absolut keine Vorstellung davon, dass das alles 25 Jahre zurückliegt, er mich seit mehr als 17 Jahren nicht gesehen hat, es sei denn im Modus von (fein gesagt: Schuld) aber offen gesprochen: begossenen Pudel«. ²⁶

Allerdings hatte sie nun selbst auch kein ganz reines Gewissen mehr. Denn am Tag nach dem ersten Wiedersehen mit Heidegger hatte sie ihn noch einmal getroffen, diesmal aber in Gesellschaft seiner Frau. Die sei zwar, wie Arendt ihrem Mann gegenüber meinte, »leider einfach mordsdämlich« und nach allem, was geschehen war, immer noch notorische Antisemitin: »Die Frau, fürchte ich, wird so lange ich lebe, bereit sein, alle Juden zu ersäufen.« Das war freilich auch eine sarkastische Anspielung darauf, dass Heidegger seiner Gattin die Marburger Affäre mittlerweile gebeichtet hatte. Und bei diesem ersten Treffen mit Elfride Heidegger ging Arendt doch auf, dass sie selbst an der Affäre mit deren Mann nicht ganz schuldlos geblieben war. Sie verließ das Gespräch mit seiner Frau »erschüttert von der Ehrlichkeit und Eindringlichkeit des Vorwurfs«, wie sie ihm direkt danach schrieb.

Am nächsten Tag schickte sie der »lieben Frau Heidegger« selbst einen Brief, in dem sie ihren Willen zu weiterer Aussprache und »Verständigung« erklärte. Etwas verquast sprach sie darin auch von »Schuld aus Verschlossenheit« und gestand zu, sie selbst und Heidegger hätten »aneinander wahrscheinlich ebensoviel gesündigt wie an Ihnen«. Mehr noch: Während die bei ihr selbst zurückgebliebenen Wunden aus der Marburger Affäre längst vernarbt waren, schien die Ehe der Heideggers davon immer noch belastet. Einer guten Freundin gegenüber meinte Arendt, bei ihrem Aufenthalt in Freiburg habe »sich eine Art Tragödie begonnen abzuspielen, von der ich, vermutlich, erst die 2

25 Briefe (wie Anm. 1), S. 75f. (Arendt an Heidegger, 9.2.1950); Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 207 (Arendt an Blücher, 8.2.1950).

26 Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 207-209 (Arendt an Blücher, 8.2. u. 9.2.1950); Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 275 (Arendt an Hilde Fränkel, 10.2.1950).

ersten Akte mitgemacht habe«. Ihrem eigenen Mann in den USA versprach sie reumütig: »Ich werde versuchen einzurenken, soweit ich kann.«²⁷

Zum eigenen schlechten Gewissen kam außerdem der Eindruck, dass Martin Heidegger seiner notorischen Neigung zur Lüge und zum Ausweichen in wabernde Worthülsen zum Trotz doch in der Lage sei, seine Verfehlungen zumindest ansatzweise einzugestehen. Privat hatte er das bereits unter Beweis gestellt, indem er seiner Frau die Marburger Affäre beichtete. Im ersten Brief, den er Hannah Arendt direkt nach ihrem Wiedersehen 1950 schickte, bekannte er zudem »meine Schuld des Verschweigens. Sie wird bleiben«.²⁸ Als Arendt ihm bei der ersten Wiederbegegnung sein politisches Verhalten im Nationalsozialismus vorhielt, war er dagegen zunächst noch ausgewichen. Einige Tage später kam er darauf zurück, als er sie um einen längeren zweiten Besuch in Freiburg bat: Denn es bedürfe jetzt »nur noch einer geringen Beseitigung eines Mißverständnisses, das vielleicht im oberflächlichen Gerede anderer seine eigentliche Wurzel hat«. Vor ihrer Rückkehr in die USA im März 1950 besuchte Arendt die Heideggers noch einmal, und nun äußerte er sich im Gespräch mit ihr auch beschämt über sein Verhalten 1933. Das beeindruckte sie umso mehr, als sie es gerade nach den gehörten Gerüchten über seinen Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit nicht erwartet hatte. Zudem hatte sie während des gesamten Winters 1949/50 in Deutschland den Eindruck gewonnen, dass die Bewohner des Landes fast überall ihre Verantwortung für den Nationalsozialismus verdrängten, ja dessen Verbrechen kaum im öffentlichen Bewusstsein angekommen waren. Heideggers Reuebekenntnis ihr gegenüber, so berechnend und dürrig es aus heutiger Sicht sein mag und so sehr es mit Selbstmitleid, Relativierung und Aufrechnung einherging, hob sich demgegenüber durchaus vorteilhaft ab.²⁹

Unter anderem deswegen setzte Arendt während der 1950er Jahre die Revision ihres früheren vernichtenden Urteils über Heideggers Verhältnis zum Nationalsozialismus fort. Was sie 1946 auf der Grundlage von Hörensagen über ihn geschrieben hatte, sei »teilweise einfach falsch« gewesen, jedenfalls aber einseitig, erklärte sie jetzt auf Nachfrage. Von Verantwortung frei sprach sie ihn freilich nicht.³⁰

Von einer kritiklosen Haltung Heidegger gegenüber blieb Arendt auch nach dem Wiedersehen 1950 weit entfernt. Sie unterschied dabei allerdings zwischen Person und Werk. In ihren Denktagebüchern verglich sie die Person Heidegger mit einem Fuchs, der so dumm sei, »dass er nicht nur in Fallen ständig geriet«, sondern sich nach dem Verlust seines Felles in diesen Fallen anderer schließlich selbst eine Falle als Zuhause

27 Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 207f. (Arendt an Blücher, 8.2.1950); Briefe (wie Anm. 1), S. 76-78 (Arendt an Martin Heidegger, 9.2.1950, u. an Elfride Heidegger, 10.2.1950); Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 275 (Arendt an Hilde Fränkel, 10.2.1950).

28 Briefe (wie Anm. 1), S. 73 (Heidegger an Arendt, 8.2.1950). Hervorhebung im Original.

29 Ebd., S. 82 (Heidegger an Arendt, 15.2.1950). Vgl. dazu auch Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 225 (Arendt an Blücher, 7.3.1950); sowie Hannah Arendt, Besuch in Deutschland (1950), in: Dies., Zur Zeit. Politische Essays, Berlin 1986, S. 43-70.

30 Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 267 (Arendt an Calvin Schrag, 31.12.1955). Vgl. auch Ettinger, Hannah Arendt (wie Anm. 3), S. 96f.

wählte.³¹ Arendt, für die das öffentliche Engagement als Intellektuelle selbstverständlich war, formulierte mit dieser Parabel ihr Unverständnis darüber, dass Heidegger nach dem Debakel seines nationalsozialistischen Engagements 1933/34 sich nun vollständig aus Politik und Öffentlichkeit zurückzog.

Im Gegensatz zur Person fand sie den Philosophen Heidegger nach wie vor inspirierend, wenn auch eben zu sehr um sich selbst kreisend. Seine 1957 publizierte Arbeit über *Identität und Differenz* erschien ihr »hochinteressant, aber – er zitiert sich selbst und interpretiert sich, als ob es ein Text aus der Bibel sei. Ich kann es einfach nicht mehr ertragen. Und der ist wirklich genial und nicht nur hochbegabt. Also: Hat er das nötig? Diese unsäglich schlechten Manieren.« Ihrem alten Studienfreund Dolf Sternberger, der durch Martin Heideggers Rolle im Nationalsozialismus auch seine Philosophie kontaminiert sah, entgegnete Arendt, man müsse zumindest »vor dessen ungeheurer Courage«, als Denker neue Wege zu gehen, »Respekt haben«. Deshalb bemühte sie sich um die englische Übersetzung einiger von Heideggers Werken. Zwar würden auch dem Philosophen »Heidegger immer wieder falsche Töne unterlaufen«. Aber seine Kritiker seien in dieser Hinsicht nur noch schlimmer.³²

Zudem hatte sie den Eindruck, dass bei den Urteilen über Heidegger vielfach weniger sachliche Argumente als parteipolitische Gruppenbildungen den Ausschlag gäben. Das Resultat davon, beklagte sie sich, sei »ein blödsinniger Hexenkessel«. Auch an den Universitäten gäbe es solche Lagerbildungen zwischen Metaphysikern und ihren Gegnern. Einem »Kampf der Schulen« erteilte sie Sternberger gegenüber 1953 eine klare Absage: »Falls ein solcher stattfinden sollte, so bestimmt ohne mich. Ich werde mich nicht einmal als Zuschauer beteiligen.«³³

Ihre Beziehung zu Heidegger hatte sich zu diesem Zeitpunkt nach dem anfänglichen Überschwang des Wiedersehens bereits wieder deutlich abgekühlt. In den ersten Monaten danach hatte er sie mit Briefen und Gedichten geradezu überschüttet. Nachdem aber im Sommer 1950 seine Pension bewilligt worden war, nahm die Frequenz seiner Schreiben an sie stetig ab. Sie hatte ihn in diesem Jahr gleich zweimal, im Februar und im März, besucht. Als sie im Frühsommer 1952 wiederkam, endete ein erneuter Besuch allem Anschein nach in einem völligen Debakel. Was genau geschah, ist unklar, aber Hannah Arendts Bemühen um eine Aussöhnung mit Elfride Heidegger ging offenbar grandios schief. Auch Martins alte Neigung zur Selbstherrlichkeit ging Arendt zusehends auf die Nerven. Zudem beklagte sie sich, er behandle sie wie früher von oben herab wie eine dumme Studentin. Ein anschließender Gastvortrag in Marburg, dem Schauplatz ihrer alten Affäre, verlief ebenfalls deprimierend: Die Universität dort,

31 Ursula Ludz/Ingeborg Nordmann (Hg.), Hannah Arendt. Denktagebuch 1950 bis 1973, Bd. 1, München 2016, S. 403 (Juli 1953) u. 266 (November 1952).

32 Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 323 (Arendt an Kurt Blumenfeld, 16.12.1957) u. 320f. (Arendt an Sternberger, 28.11.1953).

33 Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 311 (Arendt an Blücher, 18.7.1952); Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 320 (Arendt an Sternberger, 24.10.1953).

schrieb Arendt ihrem Mann hinterher, sei »geistig völlig tot«. In Heidelberg gefiel es ihr in dieser Hinsicht allerdings auch kaum besser.³⁴

Zwei Jahre lang wechselten sie und Heidegger danach nur noch Geburtstags- und Weihnachtsgrüße. Nach einem brieflichen Austausch wegen der Übersetzung eines seiner Bücher ins Englische 1954 brach ihre Korrespondenz einmal mehr ganz ab. Als Arendt im Winter 1955/56 wieder auf einer Vortragsreise in Europa war, machte sie bewusst einen Bogen um Freiburg, und dabei blieb es auch während des kommenden Jahrzehnts. Einmal sandte er ihr seine letzten zwei Publikationen; sie schickte ihm daraufhin ein Buch von sich zurück.³⁵

Im Februar 1966 thematisierte ein Heft des *Spiegel* dann erneut Heideggers NS-Vergangenheit. Hannah Arendt vermutete dahinter eine wissenschaftspolitisch motivierte Intrige der »Frankfurter Schule« um Theodor Adorno und Max Horkheimer. Wie schon Anfang der 1950er Jahre reagierte sie auf die von ihr gesehene Verquickung von Wissenschaft und Geschichtspolitik außerordentlich allergisch. Außerdem habe Heidegger für seinen Flirt mit dem Nationalsozialismus genug gebüßt, meinte sie zu Karl Jaspers: »Man sollte ihn in Ruhe lassen.«³⁶

Einige Monate später schickte Heidegger ihr zum 60. Geburtstag wieder einen längeren Brief, den ersten seit vielen Jahren. Er legte Hölderlins Gedicht *Der Herbst* bei und begleitete das mit guten Wünschen für den »kommenden Herbst deines Daseins«. Arendt antwortete: »Denen der Frühling das Herz bracht und brach, denen macht es der Herbst wieder heil.« Noch einmal, ein drittes Mal, näherten sie sich persönlich wieder an. In den nächsten Jahren besuchte sie ihn gelegentlich wieder in Freiburg, wenn sie in Europa war. Um beide war es einsam geworden, und es sollte noch einsamer werden. Er stand in Deutschland erneut im Kreuzfeuer der Kritik wegen seines Verhaltens 1933/34. Von ihr hatten sich in den USA viele alte Freunde und Bekannte nach der Publikation von *Eichmann in Jerusalem* distanziert. 1969 starb Karl Jaspers, Arendts Doktorvater und wichtigste Bezugsperson in Europa. 1970 starb ihr Mann Heinrich Blücher, und Heidegger hatte einen Schlaganfall. Sie sprachen sich gegenseitig Mut zu, und in ihren letzten Lebensjahren entwickelte sich zum ersten Mal zwischen ihnen so etwas wie eine gleichberechtigte, wirkliche Partnerschaft.³⁷

V. Arendt und Heidegger – der Skandal

Die Beziehung zwischen Hannah Arendt und Martin Heidegger überspannte ein halbes Jahrhundert. Sie begann 1925 mit einer leidenschaftlichen Liebesaffäre, deren Feuer fast ebenso schnell wieder verglühte wie es entfacht worden war. Nach langer Funkstille

34 Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 314 (Arendt an Blücher, 25.7.1952). Vgl. Briefe (wie Anm. 1), S. 135f. (Heidegger an Arendt, 21.4. u. 5.6.1952); Young-Bruehl, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 305f.; Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 350.

35 Vgl. Briefe (wie Anm. 1), S. 136-148; Lotte, Arendt/Blücher (wie Anm. 9), S. 426f. (Arendt an Blücher, 14.11.1955).

36 Köhler/Saner, Arendt – Jaspers (wie Anm. 23), S. 663, 669f. (Arendt an Jaspers, 18.4.1966).

37 Briefe (wie Anm. 1), S. 153-155. Vgl. ferner ebd., S. 156-255; Grunenberg, Hannah Arendt (wie Anm. 11), S. 394f., 399-407.

trafen sie sich ein Vierteljahrhundert später wieder. Aber der euphorische Neubeginn einer diesmal ganz platonischen Freundschaft machte bald erneut Desillusionierung, Streit und schließlich gegenseitigem Schweigen Platz. Erst im dritten Anlauf, am Ende ihres Lebens, fanden beide zu einer tragfähigen Balance ihrer Beziehung.

Bei der anfänglichen Affäre war das noch nicht so gewesen. Hannah Arendt war damals jung und unsicher, und anders als Heidegger brauchte sie Jahre, um sich von der Beziehung wieder zu lösen. Aber es gelang ihr schließlich, nachdem schon die Initiative zur Trennung mindestens so sehr von ihr wie von ihm ausgegangen war. Als sie sich 1950 wiedersahen, gewann nach nur momentaner euphorischer Nostalgie bei ihr der mittlerweile gewonnene kritische Blick auf Heidegger als Mann und Mensch sofort wieder die Oberhand. Dass sie sich dennoch auf eine Erneuerung ihrer Bekanntschaft vorübergehend einließ, hing vor allem mit einem Schuldbewusstsein seiner Frau gegenüber zusammen.

Abb. 3: Martin Heidegger im Zug der Professorenschaft zum 400. Jubiläum der Philipps-Universität, 1927



Historische Bilddokumente, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/75-277>>
[Stand: 11.9.2017]

Hannah Arendt war nach dem Zweiten Weltkrieg weit entfernt davon, sich unkritisch von Martin Heidegger vereinnahmen zu lassen, geschweige denn ihm hörig zu sein. Seine Nähe zum Nationalsozialismus hat sie ihm persönlich schon bei ihrem letzten Kontakt 1933 vorgeworfen, wie auch erneut beim Wiedersehen 1950. Anders als das in der damaligen wie der späteren Debatte um Heidegger oft üblich gewesen ist, hat Arendt dessen Verhalten allerdings konsequent kontextualisiert. Was er 1933/34 tat und wie er nach 1945 dann damit umging, maß sie an dem, was seine Zeitgenossen taten.

Als gute Wissenschaftlerin war sie auch stets bereit, alte Urteile zu revidieren, wenn sich neue Informationen ergaben. Die Bereitschaft, sich so ein differenziertes Bild jenseits von Schwarz-Weiß-Malerei zu verschaffen, geht ihren Kritikern dagegen weitgehend ab. Diejenigen, die ihr die Beziehung zu Heidegger vorwerfen, neigen zudem dazu, Wissenschaft ohne Rücksicht auf Verlust der Glaubwürdigkeit parteipolitisch zu instrumentalisieren. Deswegen ist das eigentlich Skandalöse nicht die Beziehung zwischen Arendt und Heidegger. Das Skandalöse ist vielmehr ihre Skandalisierung.

Die Marburger Rede vom 17. Juni 1934

Eine Festtagsrede mit politischer Sprengkraft?

Martin Göllnitz

Kein anderes Ereignis der Marburger Stadtgeschichte ist in der kollektiven Erinnerungskultur Deutschlands so eng mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden, wie jene Rede, die Franz von Papen am 17. Juni 1934 in der Alten Aula der Philipps-Universität Marburg hielt.¹ Die Festtagsrede, die der Vizekanzler und von Zeitgenossen wie geschichtswissenschaftlicher Forschung gleichermaßen als »Steigbügelhalter«² Hitlers bezeichnete Papen anlässlich der Hauptversammlung des städtischen Universitätsbundes an jenem Tag vortrug, gilt zu Recht als »literarisch-rhetorisches Meisterstück«³ und als ein echter »Husarenritt«⁴. Letzteres ergibt sich vor allem aus dem Um-

-
- 1 Hellmut Seier, Zum Verhältnis von Universität und Stadt in Marburg 1785-1945, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 38 (1988), S. 171-201, hier S. 199, bezeichnet die Marburger Rede sogar als »Sternstunde« der Marburger Geschichte, »als Schauplatz, ja als Kennwort einer Extremismus-Abwehr«. Der Autor ignoriert dabei die Tatsache, dass die Initiatoren der Marburger Rede keineswegs eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Jahre beabsichtigten oder antiextremistische Positionen vertraten. Ziel dieser aristokratisch-elitären Gruppe war vielmehr eine antidemokratische und autoritäre Staatskonzeption, die eine Zerschlagung des Parteienstaats ebenso vorsah wie die Entmachtung des Parlaments, damit an deren Stelle eine konservative, akademisch gebildete Elite von gesellschaftlichem Rang regieren konnte.
 - 2 Erstmals benutzte Ernst Karl Winter, Monarchie und Arbeiterschaft, Wien 1936, S. 82, diesen Terminus als Spitznamen für Papen. Später griff Robert Jackson, der amerikanische Chefankläger in Nürnberg, auf diese Vokabel zurück, wodurch er zu ihrer Popularisierung beitrug: »[Papen] held the stirrup while Hitler vaulted into the saddle.« Vgl. dazu International Military Tribunal (Hg.), Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal. Nuremberg 14 November 1945-1 October 1946, Bd. 19: 19 July 1946-29 July 1946, Nürnberg 1948, S. 416. Zu der Art, wie der Begriff Papen nach 1945 als »Spottname« in Forschung und Öffentlichkeit verfolgt wurde, siehe u.a. Joachim Petzold, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995, S. 7; Heinz Höhne, »Franz von Papen«, in: Wilhelm von Sternburg (Hg.), Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Schmidt, Frankfurt a.M. 1987, S. 325-335, hier S. 325f.
 - 3 Rainer Orth, »Der Amtssitz der Opposition«? Politik und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933-1934, Köln 2016, S. 453.
 - 4 Irene Strenge (Bearb.), Ferdinand von Bredow. Notizen vom 20.2.1933 bis 31.12.1933. Tägliche Aufzeichnungen vom 1.1.1934 bis 28.6.1934, Berlin 2009, S. 235.

stand, dass es sich bei der Rede um »die schärfste öffentliche Kritik«⁵ handelte, die das NS-Regime zwischen 1933 und 1945 innerhalb der deutschen Grenzen von einem führenden Staatsvertreter erfuhr. Zugleich vermittelte Papen seinen Zuhörer*innen, dass es noch eine Opposition in Deutschland gab, die dem Prozess der Gleichschaltung nicht zum Opfer gefallen war. Doch wie kam es, dass ausgerechnet Marburg zum Schauplatz dieses geschichtsträchtigen Ereignisses wurde? Und welche fatalen Folgen gingen mit jener schonungslosen Kritik einher, die der Vizekanzler während der größten Krise des Nationalsozialismus in den Anfangsjahren der NS-Diktatur so waghalsig äußerte?

Diesem Fragenkomplex nähert sich der Beitrag aus der Perspektive der Historischen Skandalforschung, die annimmt, dass Skandale schwere Legitimationskrisen bewirken und die Grenzen des öffentlich Sagbaren verschieben können.⁶ Verknüpft ist dies mit der generellen Frage, inwieweit die Marburger Rede überhaupt einen politischen Skandal darstellte, oder ob nicht vielmehr die durch Papens Auftritt in der mittelhessischen Universitätsstadt in Gang gesetzte – äußerst fatale – Ereigniskette, die schließlich in den Mordaktionen des 30. Juni 1934 gipfelte, als das eigentlich Skandalöse bezeichnet werden muss.

I. Theoretische Prämissen, oder: Sind Skandale in diktatorischen Herrschaftsformen möglich?

Wenn man (politische) Skandale genauer analysieren will, so benötigt man zunächst eine brauchbare Definition des Gegenstandes, was aufgrund der fast inflationären, zumindest aber weit verbreiteten, alltagssprachlichen Verwendung des Terminus nicht ganz einfach ist: Als Synonym für jede Art von Missstand hat der Begriff den Charakter eines »Gummiwortes« eingenommen, wodurch diesem eine gewisse Unschärfe anhaftet, die es zunächst zu beheben gilt. In der Historischen Skandalforschung hat sich deshalb ein interdisziplinärer Konsens dahingehend gebildet, was einen Skandal ausmacht, welche Rollen die daran Beteiligten einnehmen und welche Phasen Skandale in aller Regel durchlaufen.⁷ Im analytischen Sinne kann demnach von einem Skandal ge-

5 Karl Martin Graß, Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Heidelberg 1966, S. 234. Zu gleichlautenden Urteilen gelangten auch Peter Longerich (Geschichte der SA, München 2003, S. 212) und Heinrich August Winkler (Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2002, S. 35).

6 Vgl. u.a. Frank Bösch, Historische Skandalforschung als Schnittstelle zwischen Medien-, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft, in: Fabio Crivellari/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl (Hg.), Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive, Konstanz 2004, S. 445-464, hier S. 446; Karl Otto Hondrich, Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 2002, S. 15f.

7 Vgl. dazu Kristin Bulkow/Christer Petersen, Skandalforschung: Eine methodologische Einleitung, in: Dies. (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 9-25, hier S. 11; Frank Esser/Uwe Hartung, Nazis, Pollution, and no Sex. Political Scandals as a Reflection of Political Culture in Germany, in: American Behavioral Scientist 47 (2004), H. 8, S. 1040-1071, hier S. 1040f. Ferner siehe die Beiträge in André Haller/Hendrik Michael/Martin Kraus (Hg.), Scandalogy. An Interdisciplinary Field, Köln 2018; André Haller/Hendrik Michael (Hg.), Scandalogy. Cultures of Scandals – Scandals in Culture, Köln 2020.

sprochen werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: *Erstens* muss ein praktizierter oder angenommener Normbruch einer Person, einer Gruppe oder Institution, die für die Wahrung von Normen steht, vorliegen; *zweitens* muss dieser Normbruch aufgedeckt, sprich öffentlich werden; *drittens* bedarf es einer breiten öffentlichen Empörung über den zugeschriebenen Normbruch.⁸ Folglich sind in einen Skandal mehrere Akteure involviert. Eine wichtige Funktion in diesem dynamischen Prozess nimmt neben dem »Skandalisierten« – der eines Normbruchs bezichtigt wird – und dem »Skandalierer« – der den »Regelverstoß« aufdeckt – die Öffentlichkeit ein, sofern sie auf die Veröffentlichung der Normüberschreitung mit Empörung reagiert. Tut sie dies nicht, weil ihr die als Normbruch denunzierte Handlung nicht bekannt wird oder weil diese mehrheitlich als eine akzeptable Praxis gilt, handelt es sich bei dem enthüllten »Regelverstoß« nicht um einen Skandal, woraus geschlussfolgert werden kann, dass kein Verhalten existiert, das per se zu Skandalen führt.⁹ Was in einer Kultur, Epoche oder Gesellschaft als Normüberschreitung gilt, ist somit nicht allgemeingültig und damit auch nicht auf andere Kulturen, Zeiträume oder Gemeinschaften übertragbar.

Aus historischer Perspektive ist außerdem zu konstatieren, dass sich die Enthüllung nicht auf bereits vorhandene Normen beziehen muss, sondern mit der Enthüllung die Norm erst eingefordert werden kann, wobei deren Geltung dann abhängig von der öffentlichen Reaktion ist. In diesem Zusammenhang ist ferner die politische bzw. gesellschaftliche Fallhöhe einer Person oder Institution von hoher Relevanz, da sich nach Frank Bösch Skandale vornehmlich auf solche Akteure (Einzelperson, Gruppe, Institution) beziehen, »von denen durch ihre gesellschaftliche Stellung die Wahrung der verhandelten Normen erwartet wird.«¹⁰ Oder anders gesagt: In unserer heutigen westlichen Kultur würden die sexuellen Eskapaden eines Rockstars vermutlich kaum noch breite Empörung auslösen; bei einem (über-)regional bekannten Politiker wäre dies, schon aufgrund der Erwartungen an sein Amt, gewiss anders.¹¹

Wenn die bisherigen Ausführungen eines deutlich gemacht haben dürften, dann ist dies die zentrale Rolle der Öffentlichkeit bei der analytischen Definition von Skandalen.

8 Frank Bösch, Kampf um Normen. Skandale in historischer Perspektive, in: Kristin Bulkow/Christen Petersen (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 29-48, hier S. 33; Ders., Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7 (2006), S. 25-32, hier S. 26.

9 Vgl. dazu Sighard Neckel, Das Stellhölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 1989, S. 55-80, hier S. 62; Bösch, Kampf (Anm. 8), S. 33. Dort auch zum Folgenden.

10 Bösch, Kampf (Anm. 8), S. 34.

11 Vgl. Robert Williams, Political Scandals in the USA, Edinburgh 1998, S. 6. Reputation als entscheidendes Kapital innerhalb von Berufsgruppen wird offenbar unterschiedlich stark gewichtet. Vor allem im politischen Feld stellt Reputation eine hart umkämpfte Ressource dar, wie John B. Thompson, Political Scandals. Power and Visibility in the Media Age, Cambridge 2000, S. 245-259, in Anlehnung an Pierre Bourdieus Kapital- und Feldbegriff deutlich macht. Beispielhaft sei an die Affäre des ehemaligen schleswig-holsteinischen CDU-Spitzenkandidaten Christian von Boetticher mit einer 16-jährigen Schülerin erinnert, woraufhin dieser im August 2011 von sämtlichen politischen Ämtern zurücktreten musste. Siehe dazu Dieter Hanisch, Und jetzt auch noch die Boetticher-Affäre!, in: Zeit Online v. 16.8.2011, <<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-08/cdu-schleswig-holstein-landtagswahl>> (16.2.2021).

An Skandalen lässt sich folglich ablesen, wie frei Öffentlichkeiten in unterschiedlichen historischen Epochen und Kulturen waren – schließlich setzen autonome Öffentlichkeiten ein gewisses Maß an Pluralismus, Meinungsfreiheit und Parteibildung voraus. In der Forschung ist es daher umstritten, ob man für die NS-Zeit oder für die spätere DDR angesichts der Medienkontrolle und der eingeschränkten Meinungsfreiheit überhaupt von Skandalen sprechen kann.¹² Martin Sabrow hat allerdings schon 2004 darauf aufmerksam gemacht, dass Skandale sowohl in faschistischen als auch kommunistischen Diktaturen »keineswegs eine höchstens marginale Rolle spielten« und sich zumindest in situativen Öffentlichkeiten Empörungen über Normverstöße verbreiten konnten.¹³ Die mit dem Namen Ernst Röhm verbundene Affäre des Jahres 1934 markiert wohl eines der bekanntesten Beispiele und trug wesentlich zur Konsolidierung der NS-Diktatur bei, was zugleich dafür spricht, die Bedeutung von Skandalen in autoritären Herrschaftssystemen einmal zu überdenken.¹⁴

Da der sogenannte »Röhm-Putsch« eng mit der Marburger Rede vom 17. Juni 1934 verknüpft ist, liegt es nahe, an diesem die Existenz von Teilöffentlichkeiten in den staatlichen Gewaltherrschaften des 20. Jahrhunderts, innerhalb derer sich staatliche Herrschaft artikulierte und soziales Handeln vollzog, kurz aufzuzeigen: Wohlwissend, dass sich bei Gesprächen in Kneipen oder Warteschlangen situative Öffentlichkeiten konstituieren, kalkulierte Adolf Hitler mit der Eigendynamik öffentlicher Empörung, als er am 3. Juli 1934 vor dem Reichskabinett das standrechtliche Vorgehen gegen die SA-Führung auch mit deren unmoralischem Lebenswandel zu motivieren bzw. zu rechtfertigen suchte.¹⁵ Erst mithilfe der medialen Etablierung einer überwiegend unbegründeten Angst vor einer zweiten nationalsozialistischen Revolution, die von einer Clique homosexueller SA-Führer angeblich im Verborgenen geplant wurde, die sich überdies mit innerparteilichen Konkurrenten und konservativen Kritikern des Regimes verschworen

-
- 12 Vgl. bspw. Christian Schütze, Was ist ein Skandal?, in: Julius H. Schoeps (Hg.), *Der politische Skandal*, Stuttgart 1992, S. 11-36, hier S. 19; Bösch, Kampf (Anm. 8), S. 38f.; Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel, Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 1989, S. 7-13.
- 13 Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, Göttingen 2004, S. 7-32, hier S. 14.
- 14 Zur nachträglichen Skandalisierung des »Röhm-Putsches« vgl. insb. Susanne zur Nieden/Sven Reichardt, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung. Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Martin Sabrow (Hg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, Göttingen 2004, S. 33-58. Allgemein zum Mordkomplott vom 30. Juni 1934 siehe exemplarisch Eleanor Hancock, *The Purge of the SA Reconsidered: »An Old Putschist Trick«?*, in: *Central European History* 44 (2011), S. 669-683; Immo von Fallois, *Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934*, Berlin 1994; Heinz Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934*, Reinbek 1984; Klaus-Jürgen Müller, *Reichswehr und »Röhm-Affäre«*. Aus den Akten des Wehrkreis-kommandos (Bayer.) VII, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 3 (1968), H. 1, S. 107-144; Hermann Mau, *Die »Zweite Revolution« – Der 30. Juni 1934*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), H. 2, S. 119-137.
- 15 Das Vorgehen der NS-Regierung bzw. Adolf Hitlers rechtfertigte u.a. Carl Schmitt, *Der Führer schützt das Recht*, in: *Deutsche Juristenzeitung* 40 (1934), S. 945-950. In den Stellungnahmen zum »Gesetz über Maßnahmen zur Staatsnotwehr« vom 3. Juli 1934 wird allerdings deutlich, dass die Tat des Führers als Handeln aus eigenem Recht keiner nachträglichen Legalisierung bedurfte. Vgl. dazu Dirk Blasius, *Carl Schmitt. Preußischer Staatsrat in Hitlers Reich*, Göttingen 2001, S. 145-147.

hätten, konnte jene nachträglich als Staatsnotwehr verschleierte Mordaktion gesetzlich legitimiert werden. Sie ermöglichte es der NSDAP, eine nach und nach labile »Vermittlungsdiktatur«¹⁶ zu etablieren, die zwischen radikalen Parteiführern und konservativen Gruppen aus Armee, Industrie und Bürokratie vermittelte.¹⁷

Die Fama einer homosexuellen Clique, die hinter den Kulissen einer Staatsmacht operiere und diese heimlich lenke oder sogar bedrohe, schien der breiten Öffentlichkeit schon deswegen äußerst plausibel, weil seit dem Kaiserreich immer wieder Gerüchte im Umlauf waren, wonach eine homosexuelle »Kamarilla« im Umkreis der Staatsführung existiere.¹⁸ Die inländische Presse, allen voran sozialdemokratische Zeitungen, hatte solche Legenden und Mythen stets aufgegriffen und in groß aufgemachten Kampagnen genüsslich skandalisiert und politisch instrumentalisiert. Die Legende einer homosexuellen Verschwörung eignete sich als narratives Grundgerüst des »Röhm-Putsches« schon deswegen, weil antihomosexuelle Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung quer durch alle politischen Lager weit verbreitet waren.¹⁹ So lässt sich den, freilich nur bedingt glaubhaften Stimmungsberichten der NS-Geheimdienste entnehmen, dass die von der Parteispitze gestrickte Legende einer unmittelbar drohenden Revolte homosexueller SA-Führer auf großen Widerhall stieß; zugleich erfüllte sie ihren Zweck, »einen breiten Konsens über die Beurteilung des Gewaltexzesses herzustellen«.²⁰ Das Wissen um homosexuelle Männer in der SA-Führung verlieh ihr überdies so etwas wie einen wahren Kern. Offenkundig hatten die monatelange Gewöhnung an Gewalt wie auch die »Abscheu vor der despotischen SA« das allgemeine Rechtsempfinden der deutschen

-
- 16 Vgl. Wolfgang Schieder, *Das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis. Zum Problem faschistischer Regimebildung*, in: Gerhard Schulz (Hg.), *Die große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1985, S. 44-71; Robert O. Paxton, *The Anatomy of Fascism*, New York 2004, S. 106-110.
- 17 Siehe dazu demnächst Martin Göllnitz, *Homophobie und Revolutionsangst. Die politische Dramaturgie des 30. Juni 1934*, in: Oliver Auge/Knut-Hinrik Kollex (Hg.), *Die Große Furcht. Revolution in Kiel, Revolutionsangst in der Geschichte* (im Druck).
- 18 Exemplarisch ist hier der Eulenburg-Skandal zu nennen, der die deutsche Öffentlichkeit von 1906 bis weit in die 1920er Jahre beschäftigte. Vgl. Norman Domeier, *Der Eulenburg-Skandal. Eine politische Kulturgeschichte des Kaiserreichs*, Frankfurt a.M. 2010. Zur Homosexualität als Skandalon siehe insb. Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914*, München 2009, S. 43-158.
- 19 Zu antihomosexuellen Ressentiments in der Zwischenkriegszeit siehe u.a. Jens Dobler, *Polizei und Homosexuelle in der Weimarer Republik. Zur Konstruktion des Sündenbabels*, Berlin 2020; Alexander Zinn, »Aus dem Volkskörper entfernt«? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2018; Laurie Marhoefer, *Degeneration, Sexual Freedom, and the Politics of the Weimar Republic, 1918-1933*, in: *German Studies Review* 34 (2011), H. 3, S. 529-550; Martin Lücke, *Männlichkeit in Unordnung. Homosexualität und männliche Prostitution in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 2008; Susanne zur Nieden (Hg.), *Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900-1945*, Frankfurt a.M. 2005; Burkhard Jellonek, *Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich*, Paderborn 1990.
- 20 Susanne zur Nieden, *Aufstieg und Fall des virilen Männerhelden. Der Skandal um Ernst Röhm und seine Ermordung*, in: Dies. (Hg.), *Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900-1945*, Frankfurt a.M. 2005, S. 147-192, hier S. 187.

Bevölkerung bereits systematisch untergraben.²¹ Anstatt über den Massenmord aus Staatsräson schockiert zu sein, akzeptierte sie die Legende, die ihnen von den Mördern aufgetischt wurde; teilweise begrüßte sie die blutige Zerschlagung der SA sogar ausdrücklich.

Demnach ist es also entscheidend, was unter Öffentlichkeit verstanden wird. Obgleich die Existenz einer bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit nach Jürgen Habermas grundsätzlich unvereinbar ist mit dem sozialen Durchdringungsanspruch der plebiszitären NS-Diktatur, so stellte Öffentlichkeit doch keineswegs ein »One Way Ticket« (von oben nach unten) dar und ihre Funktion beschränkte sich erst recht nicht darauf, lediglich als staatliches Instrument normativer Sinnstiftung zu fungieren.²² Vielmehr belegen ja schon die Lageberichte des Sicherheitsdienstes der Schutzstaffel, dass die NS-Machthaber darauf angewiesen waren, die Stimmung und das Denken innerhalb der deutschen Bevölkerung dauerhaft zu beobachten.²³ Diverse öffentliche Kommunikationskanäle wie internationale Zeitungen oder die deutschsprachige Exilpresse strahlten nach 1933 von außen ins »Dritte Reich« hinein und entzogen sich vielfach gekonnt der staatlichen Verfügungsgewalt.²⁴ Auf diese Weise führten sie das herrschaftsstabilisierende Konzept einer gleichgeschalteten, einheitlichen Öffentlichkeit zumindest teilweise ad absurdum.²⁵

Für den vorliegenden Beitrag erscheint es daher sinnvoll, den Begriff Öffentlichkeit in seiner deskriptiven Bedeutung zu verwenden, d.h. neutral als Raum und Medium zu

21 Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, München 2002, S. 654. Siehe dort auch zum Folgenden.

22 Vgl. dazu auch Sabrow, *Politischer Skandal* (Anm. 13), S. 21. Zur epochaltypisch gedachten Kennzeichnung der bürgerlichen Öffentlichkeit als »Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute«, die der Staatsmacht das Prinzip der Kontrolle entgegensetzt, siehe Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Ulm 1975, S. 42f.

23 Vgl. dazu exemplarisch Rainer Eckert, *Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation?*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo – Mythos und Realität*, Darmstadt 2003, S. 200-215; Heinz Boberach, *Überwachungs- und Stimmungsberichte als Quellen für die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Judenverfolgung*, in: Ursula Büttner (Hg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 2003, S. 47-68; Tobias Müller, *Recht und Volksgemeinschaft. Zu den Interdependenzen zwischen Rechtspolitik und (instrumentalisierter) öffentlicher Meinung im Nationalsozialismus auf Grundlage der Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Hamburg 2001.

24 Sabrow, *Politischer Skandal* (Anm. 13), S. 21.

25 In Anlehnung an Patrick Weber kann Skandalisierung als ein Mechanismus begriffen werden, der in der Lage ist, etwaige staatlich-politische Hindernisse im (inter)nationalen Nachrichtenfluss zu überwinden und so bestimmte Themen ins Bewusstsein einer Gesellschaft zu rücken. Die Auslandsberichterstattung bildet somit eine wichtige Grundlage für politische Mobilisierung, was – wie zu zeigen sein wird – auch in Bezug auf die Marburger Rede von deren Initiatoren einkalkuliert wurde. Vgl. Patrick Weber, *Determinanten von Skandalisierung in der politischen Auslandsberichterstattung: Eine empirische Analyse*, in: Kristin Bulkow/Christher Petersen (Hg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitszerzeugung*, Wiesbaden 2011, S. 105-127, hier S. 107.

begreifen, in dem kommunikativer Austausch stattfindet.²⁶ Wenn unter Öffentlichkeit also die Summe aller Wege und Formen sozialer Kommunikation verstanden werden kann, dann wird mithin jeder »Ort, an dem das Regime es seinen Bürgern erlaubte, sich zu versammeln, [zu] eine[r] öffentliche[n] Sphäre«, deren Kommunikationsmuster naturgemäß so divergierenden Faktoren wie Tradition oder Herrschaft unterlagen.²⁷ In Anlehnung an Martin Sabrow und Adelheid von Saldern kann daher festgehalten werden, dass sich auch im NS-Staat unterschiedlichste informelle Teilöffentlichkeiten bildeten, »die sich durch einen abgestuften Grad an staatlich-parteilicher Überformung und Vermachtung auszeichneten«.²⁸ Demnach sind durchherrschte Gesellschaften keineswegs »stillgelegt«, sondern weisen spezifische Sphären öffentlicher Verständigung auf, wodurch es möglich ist, den Skandalbegriff auch auf diktatorische Herrschaftsformen und ihre Öffentlichkeiten anzuwenden. Zuletzt ist an dieser Stelle noch hervorzuheben, dass in den modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts der Raum der Öffentlichkeit immer auch der Raum der Repräsentation war, in dem sich die diktatorische Herrschaft manifestierte bzw. präsentierte – über den Akt des Appells oder der Propaganda versuchten die Regime sich hier der Loyalität ihrer Bürger*innen zu versichern. Demnach geht es bei politischen Skandalen, die stets einer Öffentlichkeit bedurften, gewissermaßen um Konflikte über die Verteilung, Ausübung, Kontrolle und Legitimierung von politischer Herrschaft.²⁹

Im Folgenden soll die Marburger Rede anhand eines skandaltheoretischen Zugriffs beleuchtet und damit einhergehend gefragt werden, ob diese einen Normbruch darstellte und folglich als politischer Skandal gelten kann. Die mit der Rede verbundene politische Dramaturgie jener Ereignisse, die letztlich zum 30. Juni 1934 führten, kann an dieser Stelle freilich nicht en détail wiedergegeben werden; auch ist es nicht Ziel des Beitrages, in Gänze Entstehung, Vorbereitung, Reaktionen oder Folgen der Marburger Rede zu schildern bzw. zu analysieren. Für beide Themenkomplexe liegen bereits umfangreiche Untersuchungen vor.

-
- 26 Vgl. auch Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 1–38.
- 27 Gábor T. Rittersporn/Jan C. Behrends/Malte Rolf, Öffentlichkeit und öffentliche Räume in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive (Einleitung), in: Dies. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten*, Frankfurt a.M. 2003, S. 7–21, hier S. 9f.
- 28 Sabrow, *Politischer Skandal* (Anm. 13), S. 23f. Siehe dort auch zum Folgenden. Vgl. außerdem Adelheid von Saldern, *Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen*, Bonn 2003, S. 442–475; Dies., *Einleitung*, in: Dies. (Hg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003, S. 9–58, hier insb. 21f.
- 29 Dirk Käsler, *Der Skandal als »Politisches Theater«*. Zur schaupolitischen Funktionalität politischer Skandale, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 1989, S. 307–333, hier S. 308.

II. Am Vorabend der Eskalation: Die Marburger Rede im Kontext der politischen Großwetterlage

Die politische Situation des Sommers 1934, in der die Marburger Rede zu verorten ist, muss als explosive Krisenstimmung beschrieben werden, die geprägt war von einem Rückgang des wirtschaftlichen Aufschwungs, einer ansteigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung sowie dem schwelenden Konflikt zwischen Ernst Röhm's Sturmabteilung mit der Reichswehr und der Parteiführung, die ihrerseits eine zweite nationalsozialistische Revolution, wie sie Röhm lautstark forderte,³⁰ unter allen Umständen zu verhindern suchte. Dagegen existierte innerhalb der Vizekanzlei Franz von Papens eine Gruppe konservativ-katholisch gesinnter Männer unter der Führung Edgar Julius Jungs und Herbert von Boses, deren Plan es war, diese Spannungen bis zu ihrer Eskalation systematisch zu befeuern.³¹ Die Verschwörer hofften, derart eine Situation von unübersehbarer Bedrohlichkeit zu schaffen, die den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg veranlassen würde, den Ausnahmezustand zu erklären und mithilfe der Reichswehr die NS-Regierung abzusetzen. Obwohl der Vizekanzler in diesen waghalsigen »Staatsstreich von oben« nicht eingeweiht war, stellte er einen unverzichtbaren Baustein für die Putschisten dar: Papen diente nicht nur als »Deckmantel, hinter dem sie ihre verschwörerischen und (rein juristisch gesehen) hochverräterischen Aktivitäten tarnten«³², vielmehr war er das einzig verbliebene Werkzeug, das nach 1933 noch reale Möglichkeiten offerierte, um die NS-Diktatur zu stürzen. Denn durch die Beziehung Papens zu Hindenburg erhielt sein Mitarbeiterstab, und damit die Verschwörer, einen direkten Zugang zum Reichspräsidenten, der wiederum zwingend notwendig war, um ihr Vorhaben überhaupt zu verwirklichen. Ziel dieser Aktionen war jedoch keineswegs eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Jahre, die den Verschwörern um Jung und Bose ebenso verhasst war wie die Ideen von »Masse«, Parteien und Wahlvolk; stattdessen verfolgten sie eine radikal antidemokratische und autoritäre Staatskonzeption, die sich gegen sämtliche Parteien, unter Einschluss der NSDAP,

30 Indem Ernst Röhm wiederholt eine solche einforderte – und dabei auch vor der Androhung von Gewalt nicht zurückschreckte – bestärkte er den Popanz des drohenden Umsturzversuches. Solche Absichten proklamierte der Stabschef u.a. in den *Nationalsozialistischen Monatsheften*, einem zentralen Ort der NS-Presse. Vgl. exemplarisch Ernst Röhm, SA. und deutsche Revolution, in: *Nationalsozialistische Monatshefte* 4 (1933), H. 39, S. 251-254; Ders., Nationalsozialistische Revolution und SA, in: *Hochschule und Ausland. Monatsschrift für Kulturpolitik und zwischenstaatliche geistige Zusammenarbeit* 12 (1934), H. 6, S. 1-22. Zum nationalsozialistischen Revolutionsbegriff vgl. Jens Hacke, Die Rechte und die Revolution. Erwartung und Deutung der »Zeitenwende« von 1933, in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004, S. 160-184. Offenbar nahm Edgar Julius Jung das Gerede von einer Fortführung der Revolution ernst, vgl. dazu Joachim Petzold, *Konservative Revolutionsdemagogie. Edgar Julius Jungs Verhältnis zur Weimarer Republik und zur faschistischen Diktatur*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 23 (1975), S. 284-294, hier S. 292.

31 Dazu André Postert, Das Ende der konservativen Ambitionen. Franz von Papen und die Vizekanzlei im Sommer 1934, in: *Historisches Jahrbuch* 134 (2014), S. 340-371; Larry Eugene Jones, Edgar Julius Jung: The Conservative Revolution in Theory and Practice, in: *Central European History* 21 (1988), H. 2, S. 142-174, hier S. 168-171.

32 Orth, *Amtssitz* (Anm. 3), S. 526.

richtete.³³ Ausgehend von ihrem eigenen aristokratisch-elitären Selbstverständnis beabsichtigten diese Männer, den Parteienstaat zu zerschlagen und das Parlament zu entmachten, damit an deren Stelle eine konservative, akademisch gebildete Elite von gesellschaftlichem Rang regieren konnte.

Heute steht außer Zweifel, dass die »Kanzlei-Gruppe« um Jung und Bose mit der Marburger Rede die geplante Eskalation herbeiführen und zugleich ein »Fanal« gegen die NS-Herrschaft geben wollte. Dabei war es aber keineswegs von vornherein ausgemacht, dass ausgerechnet die mittelhessische Provinzstadt jene passende Bühne dafür bieten sollte, um die rhetorische Sprengladung, welche die Rede letztlich darstellte, öffentlichkeitswirksam zu inszenieren.³⁴ Ursprünglich hatten die Verschwörer Berlin als zentralen Nervenpunkt des politischen Geschehens im Deutschen Reich ins Auge gefasst, doch war dieser Plan aufgrund der zu erwartenden Gegenmaßnahmen der Reichsregierung verworfen worden. Schon deswegen kam die Anfrage des Marburger Universitätsbundes vom 30. April 1934,³⁵ ob Papen bereit sei, die Rede auf der Hauptversammlung im Juni desselben Jahres zu halten, der »Kanzlei-Gruppe« ausgesprochen gelegen. Schließlich war die Stadt weit genug von den Häschern Joseph Goebbels entfernt, weshalb man hoffen durfte, dass der Inhalt der Rede ihren Weg in breite Bevölkerungsschichten finden würde, bevor das Propagandaministerium ihre Verbreitung unterbinden könnte. Weiterhin galt Marburg als »deutsch-nationale Hochburg«.³⁶ Die im Reichsdurchschnitt herausragend hohe nationalsozialistische Wahlbeteiligung der Marburger Bevölkerung schon vor 1933 wurde dagegen von Jung und Bose offensichtlich nicht als Nachteil interpretiert, zumindest wird dieser Umstand in den Quellen nicht fassbar. Die Verschwörer nahmen folglich an, dass die schonungslose öffentliche Kritik unter den Bürger*innen der Stadt mit großer Zustimmung aufgenommen werde.³⁷ Kurzum: Nur fünf Tage nach Eingang der Anfrage beantwortete Papens Adjutant Fritz Günther von Tschirschky diese positiv und schlug zudem vor, zur besseren Propagan-

33 Dazu und zum Folgenden mit zahlreichen Quellenbelegen Postert, *Ambitionen* (Anm. 31), S. 341-344.

34 Graß, *Papenkreis* (Anm. 5), S. 226-240. Hierzu und zu möglichen Abwehrmaßnahmen des Propagandaministeriums siehe außerdem Orth, *Amtssitz* (Anm. 3), S. 453-458.

35 Siehe Jörg Pawelletz, *Die Geschichte des Marburger Universitätsbundes 1920-1957*, Marburg 2008, S. 145, abrufbar unter <<http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2009/0158>> (12.2.2021). Papen war nicht die erste Wahl des Universitätsbundes, der ursprünglich mit Hugo Eckener einen Experten für Luftschifffahrt als Festredner in den Blick genommen hatte. Dieser musste aber wegen einer Reise nach Brasilien absagen, weshalb nach längerer Diskussion die Entscheidung auf Papen als möglichen Ersatzredner fiel.

36 Ulrich Schneider, *Widerstand und Verfolgung an der Marburger Universität 1933-1945*, in: Dieter Kramer (Hg.), *Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg*, Marburg 1977, S. 219-256, hier S. 239. Der Autor geht irrtümlich davon aus, dass die mittelhessische Universitätsstadt »bewußt als Veranstaltungsort« gewählt wurde. Vgl. zu Marburg als deutschnationale Bastion auch Michael Burleigh, *The Third Reich. A New History*, London 2001, S. 677; sowie die zeitgenössische Charakterisierung von Heinrich Orb, *Nationalsozialismus. 13 Jahre Machtrausch*, Olten 1945, S. 270.

37 Diese Vermutung wird durch eine Erklärung Tschirschkys gegenüber dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) im Jahr 1956 bekräftigt, vgl. IfZ, ZS 568, Tschirschky, Fritz Günther von, Bd. 2, Bl. 27.

dawirkung die Rede im Radio übertragen zu lassen.³⁸ Zu weiteren Absprachen über den Gegenstand und die Tendenz der Rede kam es hingegen nicht, auch alle Bitten um eine vorherige Übermittlung des Manuskripts wurden von Tschirschky ablehnend beschieden.

Während also Franz von Papen selbst vollkommen ahnungslos war und der Universitätsbund im Unklaren gelassen wurde, liefen die Vorbereitungen hinter den Kulissen der Vizekanzlei auf Hochtouren: Bereits seit Dezember 1933 arbeitete Papens »Ghostwriter« Edgar Jung an der Entstehung der Rede, die er in mehreren Fassungen seinen Mitverschwörern vorlegte.³⁹ Und obwohl die endgültige Fassung erst am 13. Juni 1934 fertiggestellt werden konnte, war der Inhalt bereits einigen Vertrauensleuten mitgeteilt worden, um die Aktion in Gang zu setzen. In den unmittelbaren Tagen vor dem 17. Juni ließ die »Kanzlei-Gruppe« außerdem 1.000 Exemplare der Rede als Sonderdruck anfertigen,⁴⁰ die an ausgewählte Vertrauensleute und zahlreiche Vertreter der ausländischen Presse verteilt wurden. Die Nachrichtenbüros und Zeitungsredaktionen im Inland erhielten dagegen erst im sprichwörtlich letzten Augenblick – nämlich genau in derselben Stunde, in der Papen auf dem Marburger Rednerpult stand – eine auf die wesentlichen Passagen zusammengekürzte sechsseitige Zusammenfassung der Rede.⁴¹ Mit einer derart breiten Streuung verfolgten die Männer in der Vizekanzlei die Absicht, ein abzusehendes Verbreitungsverbot schon im Vorfeld gezielt zu unterlaufen. Auch Papen selbst bekam die Rede erst auf der Reise nach Marburg zu Gesicht, wodurch es diesem unmöglich war, noch größere Korrekturen am Text des Redemanuskripts vorzunehmen – gleichwohl sich der Vizekanzler im Klaren darüber war, dass einige Formulierungen ihn »Kopf und Krage kosten könnten«⁴², müssen die von ihm durchgeführten Änderungen als rein »rhetorisches Ornament«⁴³ bezeichnet werden.

38 Stephan Buchholz, Papen in Marburg. Die »Festrede« des Vizekanzlers vom 17. Juni 1934, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 53 (2003), S. 187–202, hier S. 194; Ders., Wie Papen in Marburg baden ging. Die Rede des Reichsvizekanzlers vom 17. Juni 1934 vor der Hauptversammlung des Universitätsbundes, in: Marburger UniJournal 15 (2003), S. 61–64.

39 Vgl. dazu und für eine sprachwissenschaftliche Analyse der Marburger Rede Reiner Küpper, Der »Ghostwriter« des »Herrenreiters«. Der Diskurs Edgar Julius Jungs und die für den Vizekanzler Papen verfasste *Marburger Rede* vom 17. Juni 1934. Ein Beitrag zur Analyse der Sprache im frühen Nationalsozialismus (LAUD-Paper 767), Essen 2010, S. 52–87. Es gilt heute als gesichert, dass ferner Herbert von Bose und Fritz Günther von Tschirschky sowie vermutlich Wilhelm von Ketteler an der Abfassung des Redemanuskriptes mitwirkten bzw. Einfluss auf einzelne Formulierungen nahmen.

40 Der Originaldruck der Rede hat sich in einigen Forschungsbibliotheken erhalten. Ein Nachdruck findet sich etwa in: Edmund Forschbach, Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934, Pfullingen 1984, S. 154–174. Siehe ebd., S. 114–116, auch zu den Exemplaren und den Vertrauensleuten.

41 Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 456.

42 Fritz Günther von Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972, S. 172.

43 Buchholz, Festrede (Anm. 38), S. 195.

III. Rhetorische Sprengladung mit Fehlzündung? Unmittelbare Reaktionen auf die Rede

Die Rede, die Papen nun vortrug, stellte inhaltlich eine Generalabrechnung mit dem NS-Staat dar, in der nacheinander alle Missstände, die seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland Einzug gehalten hatten, vor allem aber der totalitäre, plebejisch-antisemitische Charakter des Regimes und der anhaltende Straßenterror der SA thematisiert wurden.⁴⁴ Um es in aller Kürze zu sagen: Papen (bzw. Jung als Autor der Rede) geißelte die Maßnahmen der Regierung mit äußerst kraftvollen Worten der Kritik, die mit treffsicherem Instinkt darauf abgestellt waren, die 600 anwesenden Zuhörer*innen sowie jene, die vor dem Radio der Übertragung lauschten, in einen Zustand begeisterter Zustimmung zu versetzen. Und obwohl das sprachliche Gewand, in das die staatskritischen Äußerungen gekleidet waren, sehr vage blieb und der Rede somit einen regimetreuen Anstrich verlieh, musste praktisch jedem, der die Ausführungen im Juni 1934 las oder hörte, die ablehnende und vernichtende Stoßkritik derselben klar gewesen sein.⁴⁵ Schließlich markierten die Ausführungen Papens recht unverhohlen den Anspruch auf die eigene Staatsführung, die Forderung nach einer Auflösung der NSDAP, einer veränderten Zusammensetzung der Regierung und letztlich auch die Liquidation der SA. So kam es dann auch, dass noch während der Rede des Vizekanzlers mehrere ranghohe Funktionäre der Partei und der SA den Saal verließen und dem anschließenden Festessen demonstrativ fernblieben.⁴⁶ Von größerer Tragweite war allerdings das Vorgehen des Marburger Studentenführers Gerhard Todenhöfer, der unmittelbar nach dem Ende der Rede mittels eines Telegramms die Reichskanzlei über die gefährlichen Auswirkungen derselben informierte und somit das Berliner Propagandaministerium, das bereits Lunte gerochen hatte, in höchste Alarmbereitschaft versetzte.⁴⁷ Zeitgleich mit Todenhöfer meldete der linientreue Marburger Oberbürgermeister Ernst Scheller, der erst im April des Jahres von der NSDAP mit dem Amt betraut worden war, die Ereignisse und Kerninhalte der Marburger Rede in einem fernmündlichen Bericht an die Staatspolizei Kassel, die ihrerseits die Berliner Zentrale der Gestapo in Kenntnis setzte.⁴⁸ Die situative Öffentlichkeit der mittelhessischen NS-Funktionärselite reagierte also äußerst heftig auf die vorgetragene Kritik des Vizekanzlers.

44 Vgl. dazu Küpper, Ghostwriter (Anm. 39), S. 54-56; Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 459.

45 In der Forschung ist die sprachliche und stilistische Codierung der Marburger Rede bereits umfangreich untersucht worden. Unter dem oberflächlichen »Deckmantel« der Zustimmung, mit dem die Rede camoufliert wurde, erfolgte dann allerdings eine schonungslose Abrechnung mit dem Regime. Mittels dieser rhetorischen Tarnmaßnahme hoffte man Papen und seine Mitarbeiter pro forma gegen den Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung abzuschirmen. Vgl. dazu Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 459; Küpper, Ghostwriter (Anm. 39), S. 58f., 65f., 75f.; Bernhard Jenschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung, München 1971, S. 177. Dieses Vorgehen wurde später von den Mitverschwörern bestätigt, vgl. etwa Tschirschky, Hochverräter (Anm. 42), S. 164.

46 Pawelletz, Geschichte (Anm. 35), S. 149.

47 Siehe dazu Thomas Klein (Hg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau. 1933-1936, Teil 2, Köln 1986, S. 780.

48 Buchholz, Festrede (Anm. 38), S. 197.

Abb. 1: Vizekanzler Franz von Papen beim Verlassen des Auditorium maximum in Marburg, 17. Juni 1934



Stadt Marburg, Fotosammlung des Presseamts

Während die lokalen Nationalsozialisten aufgrund des staatsfeindlichen Inhalts der Rede aufgeschreckt worden waren, erhielt der Redner selbst »starken Beifall« sowie zahlreiche Zustimmungsbekundungen aus dem Publikum, wie ein interner Bericht des Universitätsbundes vermerkt.⁴⁹ Indem die Marburger Rede die Normverletzungen des

49 Interner Bericht des Universitätsbundes über den 17.6.1934, zit.n. Pawelletz, *Geschichte* (Anm. 35), S. 148. Auch andere Zeitgenossen notierten die »beifällige Aufnahme der Papen-Rede« durch die Anwesenden, vgl. Luise Berthold, *Erlebtes und Er kämpftes. Ein Rückblick*, Marburg 1969, S. 51.

NS-Regimes in großem Stil sichtbar machte, produzierte sie bei den Zuhörer*innen öffentliche Empörung über das Fehlverhalten der SA, die Abschaffung der Pressefreiheit und das System der Zensur, die Schleifung des Rechtsstaats, die Geringschätzung alles Geistigen, den Kampf gegen die Religion, die unablässige Propaganda, das System des Überwachungsstaates mit seinem »widernatürlichen Totalitätsanspruch«, die Anwendung von Terror als Instrument der Herrschaft und die Anbetung von Gewalt, die Isolierung des Deutschen Reiches auf internationalem Terrain, die rassische Unterteilung der Bevölkerung, die Blut-und-Boden-Rhetorik sowie über die Forderung nach einer Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution.⁵⁰ Freilich muss angenommen werden, dass nicht alle Zuhörer*innen mit sämtlichen genannten Kritikpunkten konform gingen – vielmehr ist es wahrscheinlich, dass je nach Motivlage oder Weltanschauung einzelne Argumente erheblichen Zuspruch erhielten, andere dagegen kaum Gehör fanden. Damit hatten die Verschwörer in der »Kanzlei-Gruppe« jedoch gerechnet, weshalb sie die Durchschlagskraft der Generalabrechnung mit dem NS-Staat, und nichts anderes war Papens Rede letztlich, durch eine »Fülle brillanter, [...] sorgfältig zurechtgeschliffener rhetorischer Wendungen, in die die Einzelvorwürfe gekleidet waren« und die »in der Form eines effektiven Stakkatos in dichter Folge auf [die Hörer*innen] einprasselten«, erzeugten.⁵¹ Mithilfe des gewählten Vortragsstils wurde das Publikum wiederholt aufgepeitscht und so »in einen Zustand sich immer weiter steigender Zustimmung« versetzt. Der zentrale Punkt der Rede, die Verurteilung von allem, was sich in Deutschland seit der Etablierung der NS-Herrschaft an »Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung«⁵² gezeigt habe, offenbarte sich zu einem Zeitpunkt, als der bildungsbürgerliche Zuhörerkerkreis Marburgs von dem Effekt der *Captatio Benevolentiae* bereits vollends gefesselt und überdies bereit war, die Berechtigung der vorgebrachten Angriffe zu erkennen. Dass dem Redner brausender Applaus vonseiten der Zuhörer*innen entgegenschlug, kaum dass dieser geendet hatte, macht deutlich, dass die von Jung und seinen Mitverschwörern gezündete rhetorische Sprengladung keiner Fehlzündung unterlag, sondern bei den Anwesenden voll ins Schwarze traf. Die Intention der »Kanzlei-Gruppe«, die Rede als »Kritik von innen« auszugeben, deren Legitimität und Wirksamkeit durch die Person des Vizekanzlers überdies gesteigert wurde, war allem Anschein nach von Erfolg gekrönt.⁵³

50 Zu den in der Marburger Rede angeführten Kritikpunkten siehe im Einzelnen: Franz von Papen, Rede des Vizekanzlers von Papen vor dem Universitätsbund. Marburg, am 17.6.1934, [Berlin 1934], S. 4-16. Das Zitat vom »widernatürlichen Totalitätsanspruch« findet sich ebd., S. 11. Die ungekürzte Originalfassung der Rede ist online einsehbar unter <<https://www.lagis-hessen.de/img/edb/pdf/737-Q-10.pdf>> (17.2.2021).

51 Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 462. Dort auch zum folgenden Zitat.

52 Papen, Rede des Vizekanzlers (Anm. 50), S. 15.

53 Vgl. zu Intention und Wirkung insb. Küpper, Ghostwriter (Anm. 39), S. 56-60; Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 461f.

IV. Von der Entzauberung des Nationalsozialismus, oder: die Marburger Rede als Skandalon?

Es verwundert folglich nicht, dass die Rede im nationalsozialistischen Lager auf heftige Ablehnung stieß und sofortige Gegenreaktionen auslöste. Während Franz von Papen noch am Rednerpult des Marburger Auditoriums stand, bemühten sich Goebbels und sein Ministerium um Schadensbegrenzung: Zusätzlich zu einem sofortigen Verbreitungsverbot der Rede wurde am Folgetag eine Anordnung erlassen, wonach sämtliche Meldungen von oder über den Vizekanzler fortan der Genehmigung der Presseabteilung des Propagandaministeriums bedurften.⁵⁴ Auch die ursprünglich vorgesehene Wiederholung der Rede auf allen Radiosendern des Deutschen Reiches wurde untersagt. Mit dieser nahezu vollständigen *damnatio memoriae* über die Marburger Rede versuchte das Regime offenbar Papens Anklage totzuschweigen, die sich zumindest in konservativen Kreisen wie ein Lauffeuer verbreitete – dafür hatten die Angehörigen der »Kanzlei-Gruppe«, wie bereits erwähnt, gesorgt. Aber nicht nur die Verschwörer und deren engste Vertraute bemühten sich um eine größtmögliche Öffentlichkeit. Als ein lokales Opfer der rigiden Zensuranordnung gilt beispielsweise der Marburger Druckereibesitzer und Regimekritiker Hermann Bauer, der die im Frankfurter Rundfunk übertragene Rede mitgeschrieben und vervielfältigt hatte.⁵⁵ Bei dem Versuch, diese Mitschriften an journalistische Kolleg*innen und Bekannte zu verteilen, wurde er schließlich verhaftet und interniert. Überregional setzte Goebbels mit der Entlassung zweier Redakteure des Deutschen Nachrichtenbüros – wegen »politischer Instinklosigkeit« – sowie des Leiters des Reichssenders Frankfurt ein deutliches Warnzeichen.⁵⁶

Die harschen Reaktionen der NS-Regierung lassen erkennen, dass es den Verschwörern mit ihrer Rede gelungen war, die wesentlichen Grundlagen für einen Fundamentalskandal zu schaffen,⁵⁷ der die innere Herrschaft des Regimes angriff, das Normengefüge der Wirklichkeitsdiktatur in Zweifel zog und darüber hinaus eine andere politisch-moralische Werteordnung als Alternative offerierte. Mit den konservativen Sympathisanten im Deutschen Reich, dem bürgerlichen Zuhörerkreis Marburgs und all jenen, die die Radioübertragung verfolgt hatten, war es ihnen überdies gelungen, eine eigene Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren. Kurz gesagt besaß die Marburger Rede das Potential, die Machtfrage im »Dritten Reich« zu stellen, weshalb sie von Teilen der NS-

54 Werner Stephan, *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in 4 Epochen*, Düsseldorf 1983, S. 229. Dort auch zum Radioverbot. Lediglich die Abendausgabe der *Frankfurter Zeitung*, deren Drucklegung und Verteilung noch vor dem Verbot erfolgt war, sowie ein kleineres Blatt berichteten über den Text der Rede. Die hessischen Regionalzeitungen dagegen erwähnten zwar Papens Vortrag vor dem Universitätsbund, schwiegen sich aber über den Inhalt der Rede aus.

55 John R. Willertz, *Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933-1945)*, in: Erhart Dettmering/Rudolf Grenz (Hg.), *Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen*, Marburg 1980, S. 593-653, hier S. 612.

56 Vgl. dazu Alfred Lückenhaus, *Von draußen gesehen. Bericht eines deutschen Auslandskorrespondenten aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, China 1924 bis 1945*, Düsseldorf 1955, S. 5 u. 100.

57 Zum Charakter des Fundamentalskandals in Diktaturen vgl. Sabrow, *Politischer Skandal* (Anm. 13), S. 30.

Führungsriege als ernsthafte Bedrohung ihrer diktatorischen Herrschaft wahrgenommen wurde. Dies würde jedenfalls die prompten und rigiden Zensurmaßnahmen, die freilich nur den Auftakt für die Ereignisse der nachfolgenden zwei Wochen bildeten, erklären. Aus der Perspektive des NS-Regimes hing das eigene politische Überleben offenbar von der erfolgreichen Unterdrückung sich etablierender Gegenöffentlichkeiten ab, was in einem ersten Schritt durch die Tilgung der Marburger Rede aus dem kollektiven Gedächtnis erfolgen sollte.

Eine solche Reaktion hatten die Verschwörer erwartet, weshalb sie in ihren Plan eine unabhängige Gegenöffentlichkeit außerhalb des nationalsozialistischen Machtapparates einkalkuliert hatten. Bereits im Vorfeld waren zahlreichen Vertretern der ausländischen Presse Sonderdrucke des Redemanuskripts übermittelt worden – in den folgenden Tagen gingen Papens provokante Ausführungen als Sensation um die Welt und viele internationale Zeitgenossen werteten die Marburger Rede sogar als Aufruf für einen politischen Umbruch im Deutschen Reich.⁵⁸ Nahezu alle ausländischen Kommentatoren stimmten darin überein, dass es sich bei der geharnischten Kritik Papens um eine ebenso mutige wie überfällige Abrechnung mit dem NS-Staat in der Öffentlichkeit handelte, die durchaus das Potential besitze, die politische Ordnung Deutschlands in ihren Grundfesten zu erschüttern. Obgleich die ausländische Presse dem Marburger »Husarenritt« in hohem Maße Respekt zollte, tat sie sich letztlich schwer damit, die Rede einzuordnen und das von den Verschwörern erhoffte Echo auf dem internationalen Staatsbankett zu erzeugen.⁵⁹ Rückblickend erscheinen die in den ausländischen Zeitungen geäußerten Bewertungen und Hoffnungen zudem geradezu naiv, etwa die Bemerkung des Berichterstatters der *Washington Post*, der es für möglich hielt, dass die »mittelalterlichen Fanatiker« der NSDAP ihren Würgegriff künftig in hohem Maße lockern würden, oder die Auffassung der *Neuen Zürcher Zeitung*, die öffentlich geäußerte Kritik sei der erste Schritt zur Bewältigung der innerdeutschen Missstände seit 1933.⁶⁰ Mit jenen Ereignissen, die bald darauf tatsächlich eintreten sollten, rechneten die Pressevertreter ganz offensichtlich nicht – zu abwegig erschien ihnen allem Anschein nach der Gedanke, die NS-Führung würde auch den letzten Funken von Opposition mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln im Keim ersticken.

Da die ausländischen Zeitungen allerdings nicht systematisch vom NS-Staat unterdrückt wurden und weiterhin an den Kiosken der deutschen Großstädte erhältlich waren, erfuhren zahlreiche deutsche Leser*innen von der provozierenden Anklage des Vizekanzlers, die ihnen von der gleichgeschalteten Inlandspresse vorenthalten worden war.⁶¹ Nichtsdestotrotz blieb die Verbreitung der Rede aber generell verboten, weshalb zahlreiche Privatpersonen nun damit begannen, deren Inhalt auf dem Weg der Graswurzelkommunikation bekannt zu machen, in der Hoffnung, die zentrale Botschaft

58 Siehe dazu und zum Folgenden auch die Einschätzung bei Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 465-467.

59 Vgl. Postert, Ambitionen (Anm. 31), S. 355f.

60 O.V., Nazi Rule Criticized Boldly by von Papen, in: *Washington Post* v. 19.6.1934; o.V., Drive to Purge Nazi Regime of Radicals Begun, in: *Washington Post* v. 20.6.1934; o.V., Papen und Göring, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 21.6.1934.

61 Vgl. dazu Kershaw, Hitler (Anm. 21), S. 642. Zur Presse im NS-Staat siehe allgemein auch Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München⁵2014.

Papens würde sich wie ein Lauffeuer im Land verbreiten. In den kommenden Tagen zirkulierten neben den Sonderdrucken der Vizekanzlei, Abdrucken der internationalen Berichterstattung bzw. der *Frankfurter Zeitung*, vor allem auch Kurzfassungen und Abschriften der Radioübertragung. An der Verbreitung der Rede sowie der von Mund zu Mund erfolgten Weitergabe des Inhalts beteiligte sich nach Rainer Orth zumindest kurzfristig das »gesamte Spektrum der Gegner des NS-Staates«, von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen.⁶² Die Etablierung einer überregionalen Gegenöffentlichkeit, die auf das von Papen kritisierte Verhalten der NS-Regierung mit Empörung reagierte und so die schwelende Staatskrise verschärfte, war der »Kanzlei-Gruppe« also auch im Inland gelungen – womit die eingangs definierten Grundlagen (»Skandal-Trias«) für einen handfesten Skandal erfüllt wären.

V. Nach dem Marburger Paukenschlag: »Die Welt hielt den Atem an.«

Die angespannte, ja fast schon explosive Stimmung in den unmittelbaren Tagen nach der Marburger Rede vom 17. Juni 1934 brachte wohl am treffendsten der ehemalige zweite Bundesvorsitzende des Stahlhelms, Theodor Duesterberg, auf den Punkt: »Die Welt hielt den Atem an.«⁶³ Wie schon anhand der ausländischen Berichterstattung gezeigt werden konnte, vermochte kaum jemand abzusehen, wie sich die Situation entwickeln würde. Während die Rede vermutlich zahlreichen »Leidenden [...] Signal und Hoffnung« bedeutete,⁶⁴ erblickte Otto Strasser in ihr vor allem »ein drohendes Wetterleuchten, [das] das nahende Gewitter ankündigte«.⁶⁵ Obgleich zahlreiche NS-Funktionäre recht schnell erkannt hatten, welch ernsthafte Bedrohung die Papen'sche Rede für die nationalsozialistische Herrschaft darstellte, die sich ausgehend von der hessischen Provinz im ganzen Land verbreitete, beschränkten sich die Gegenmaßnahmen zunächst vor allem auf die Zensur derselben. Selbst das an Fahrt aufnehmende Gerücht, Papen sei im Begriff, gemeinsam mit dem Reichspräsidenten und der Reichswehr eine baldige Revolution vorzubereiten, führte zu keiner unmittelbaren, harschen Reaktion vonseiten der Regierung.⁶⁶

Adolf Hitler, der sich am Tag der Marburger Rede auf einer Gauleitertagung in Gera befand, antwortete lediglich mit einer improvisierten Rede auf die hessischen Ereignisse, wobei er Papen als einen »kleinen Wurm« bezeichnete, dessen Rede »lächerlich« sei und die »gewaltige Erneuerung« des deutschen Volkes nicht verhindern könne.⁶⁷ In der Folgezeit rechneten neben Goebbels, Rudolf Heß, Hermann Göring und Hans Frank auch andere hohe NS-Führer mit Papen und seinen Mitarbeitern ab. Falls sie gehofft

62 Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 467. In Hessen beteiligten sich verstärkt die ehemaligen Stahlhelm-Angehörigen an der Vervielfältigung und Verbreitung der Marburger Rede. Siehe dazu Klein, Lageberichte (Anm. 47), S. 780f.

63 Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel 1949, S. 75.

64 O.V., *Staat der Masse?*, in: (Schweizer) *National-Zeitung* v. 26.6.1934.

65 Otto Strasser, *Die deutsche Bartholomäusnacht*, Prag 1938, S. 69.

66 Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 470.

67 Zit.n. Alfred Ingemar Berndt (Hg.), *Das Archiv. Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur* 1 (1934), S. 318.

hatten, mit derlei öffentlichen Auftritten und gegen die Vizekanzlei gerichteter Spitzen sei der Marburger Rede beizukommen, so irrten sie sich gewaltig, wie etwa Goebbels beim populären Hamburger Derby am 24. Juni 1934 feststellen musste. Während der Propagandaminister lautstark ausgebuht und ausgepiffen wurde, erhielt der Ehrengast des Pferderennens, Vizekanzler Papen, lautstarke Beifallsbekundungen – immer wieder erscholl der tosende Ruf »Heil Marburg!« durch die Ränge.⁶⁸ Der dem Derby ebenfalls beiwohnende französische Botschafter André François-Poncet notierte in seinem Tagebuch vergnügt, dass die »demonstrative Ovation«, die Franz von Papen zuteilwurde, Goebbels »blaß vor Wut« werden ließ.⁶⁹ Freilich führte diese Demütigung nur dazu, dass das NS-Propagandaministerium weiter gegen Papen und die Marburger Rede Stimmung machte, wohingegen sich die »Kanzlei-Gruppe« durch die staatliche Zensur zum öffentlichen Schweigen verurteilt sah.⁷⁰

Zu einem ernsten Warnzeichen für eine gewaltsame Reaktion des Regimes kam es dagegen am 25. Juni 1934, als auf Weisung Heinrich Himmlers die Verhaftung und Verschleppung Jungs erfolgte, der recht schnell als »Ghostwriter« der Papen'schen Rede ausgemacht worden war.⁷¹ Unmittelbare Interventionen des Vizekanzlers bei Hitler und Göring blieben ohne Erfolg – beide waren für Papen nicht einmal telefonisch zu erreichen. Schon am 17. Juni war außerdem die Druckerei der *Germania*, wo Bose die Sonderdrucke der Rede hatte anfertigen lassen, von der Gestapo besetzt worden. Langsam aber sicher verdichteten sich die Anzeichen dafür, dass die NS-Regierung jene Bedrohung, die die Marburger Rede für ihre diktatorische Herrschaft letztlich darstellte, nicht stillschweigend dulden würde.⁷²

Der schwelende Konflikt der NS-Führungsspitze mit den Verschwörern innerhalb der »Kanzlei-Gruppe« hing überdies mit einer Reihe zusätzlicher, zum Teil äußerst brisanter Fragen zusammen: Weithin ungeklärt waren zu diesem Zeitpunkt die Person und die Stellung des neuen Staatsoberhauptes, der Einfluss der bürgerlich-konservativen Kräfte und die künftige Wehrverfassung. Kurz gesagt stand die »Grundordnung des NS-Staates«⁷³ im Frühjahr 1934 zur Debatte, während sich zeitgleich abzeichnete, dass die SA unter Röhm einen Herd ständiger Unruhe bildete. Für die NSDAP war dieser Zustand auf Dauer unhaltbar, zumal hinter der SA-Führung, die eine Revolution

68 O.V., Papen und Göbbels beim Derby, in: Pariser Tageblatt v. 25.6.1934; Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1953, S. 350.

69 André François-Poncet, *Als Botschafter in Berlin 1931-1938*, Mainz 1949, S. 212. Im krassen Widerspruch dazu steht jene Schilderung, die Goebbels in seinem Tagebuch festhielt und die ihn als den Bewunderten bzw. Papen als den vom Hamburger Publikum Geschmähten darstellte. Vgl. dazu Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. 1924-1945, Teil 1: Aufzeichnungen 1923-1941, Bd. 3/1: April 1934–Februar 1936*, Berlin 2005, S. 69.

70 Postert, *Ambitionen* (Anm. 31), S. 357.

71 Forschbach, *Revolutionär* (Anm. 40), S. 122.

72 Gerüchte über eine Abrechnung des NS-Regimes mit seinen innenpolitischen Gegnern verbreiteten sich in der Folge, wurden aber offensichtlich nur von wenigen ernst genommen. Vgl. dazu Heinrich Brüning, *Memoiren 1918-1934*, Stuttgart 1970, S. 678f. Vgl. ferner Graß, *Papenkreis* (Anm. 5), S. 242; Orth, *Amtssitz* (Anm. 3), S. 479.

73 Longerich, *Geschichte* (Anm. 5), S. 208.

in Permanenz propagierte, ein nur schwer zu kontrollierendes, überwiegend unzufriedenes und weitgehend verarmtes, außerdem potenziell gewaltbereites Millionenheer stand, das seinen antibürgerlichen und militanten Habitus mithilfe einer »Politik der Straße« kultiviert hatte.⁷⁴ Indem die Parteispitze um Hitler diese »Mammutorganisation mit ihrem uneingelösten Machtanspruch« weiterhin duldeten, gefährdete sie in hohem Maße die mühsam etablierte Verständigungsbasis mit den Eliten aus Wirtschaft, Reichswehr und Beamtentum.⁷⁵ Umso schlimmer wog der Umstand, dass die Marburger Rede in erster Linie bei den konservativen Eliten des Beamtenestablishments und des Besitzbürgertums eine Woge begeisterter Zustimmung ausgelöst hatte – was etwa durch die persönlichen Schreiben des ehemaligen Kronprinzen an Papen und Jung deutlich wird, der beiden zu der geglückten Aktion gratulierte und seine vollste Unterstützung zusagte.⁷⁶

VI. Das politische Nachspiel und der inszenierte Skandal: Der Mordkomplott vom 30. Juni 1934

Für die nun nachfolgenden politischen Vorgänge des Sommers 1934 gewann die Marburger Rede an kaum zu überschätzender Bedeutung: Mit ihrem Marburger »Husarenritt« setzten die Verschwörer um Jung und Bose jene fatale Ereigniskette in Gang, die letztlich im sogenannten »Röhm-Putsch« gipfelte. Obgleich Adolf Hitler zum Zeitpunkt der Rede längst den Entschluss gefasst hatte, die SA zu entmachten und eine allgemeine politische »Flurbereinigung« durchzuführen, gilt es in der Forschung als gesichert, dass der Auftritt Papens in der hessischen Universitätsstadt erhebliche Auswirkungen auf die konkrete Umsetzung derselben entfaltetete. Die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt und die überaus blutige Art und Weise, wie mit den innerparteilichen Rivalen und oppositionellen Kontrahenten verfahren wurde, müssen nach Rainer Orth als direktes Resultat der Rede gedeutet werden.⁷⁷

74 Zum antibürgerlichen Habitus und Gewaltpotenzial der SA vgl. Sven Reichardt, *Die SA im »Nachkriegs-Krieg«*, in: Gerd Krumeich (Hg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 243-259; Johannes Fülberth, *Bürgerkriegsarmee in permanenter »Notwehr«?*, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hg.), *Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)*, Frankfurt a.M. 2013, S. 31-44; Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, New Haven 1984; Yves Müller, *Männlichkeit und Gewalt in der SA am Beispiel der »Köpenicker Blutwoche«*, in: Stefan Hördler (Hg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung. »Köpenicker Blutwoche« und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus*, Berlin 2013, S. 130-146; Martin Göllnitz, *Entgrenzte Männerkameraderie. gewalttätige Volksgemeinschaft. Perspektiven auf die Neustadter SA*, in: Markus Raasch (Hg.), *Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus*, Münster 2020, S. 111-124.

75 Longerich, *Geschichte* (Anm. 5), S. 208.

76 Orth, *Amtssitz* (Anm. 3), S. 473.

77 Vgl. ebd., S. 453; sowie u.a. Kershaw, *Hitler* (Anm. 21), S. 642; Jones, *Revolution* (Anm. 31), S. 143; Petzold, *Verhängnis* (Anm. 2), S. 218. Hitlers Entschluss, die SA zu entmachten, war schon vor der Marburger Rede gefasst worden, vgl. exemplarisch Fallois, *Kalkül* (Anm. 14), S. 101-128; Graß, *Pa-penkreis* (Anm. 5), S. 175, 197f.; Höhne, *Mordsache* (Anm. 14), S. 173-229.

Die Ereignisse des 30. Juni sind im Grunde schnell umrissen und sollen an dieser Stelle nur in ihren Grundzügen wiedergegeben werden.⁷⁸ Etwa eine Woche zuvor hatten Röhm – und auch Papens – innerparteiliche Gegner damit begonnen, die SS und die Reichswehr auf einen bevorstehenden SA-Putsch einzustimmen und entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Ein Termin für die Aktion stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, doch musste schnell gehandelt werden. Denn Anfang Juni hatte Röhm nach dem letzten persönlichen und zugleich versöhnlichen Gespräch mit Hitler eine Kur angetreten und einen generellen »Urlaub« der Parteiarmee für den Monat Juli angeordnet. Die Aussicht, am 1. August wieder einer »voll ausgeruht[en] und gekräftigt[en]«⁷⁹ SA gegenüberzustehen, setzte das Zeitlimit für die Aktion. Um den 25. Juni beorderten Himmler und Reinhard Heydrich sämtliche höheren SS- und SD-Führer aus dem Reich nach Berlin, wo diesen eine unmittelbar bevorstehende SA-Revolution verkündet und zugleich erste Abwehrmaßnahmen erläutert wurden.⁸⁰ Doch allein die Tatsache, dass die geplante Aktion gegen Röhm und dessen Entourage auf ein Stichwort (»Kolibri«) erfolgen sollte und nicht als Reaktion auf den vermeintlichen Putsch selbst, verdeutlicht die hier praktizierte Art von Staatsschutz. Für den Fall, dass die SA unerwartet starken Widerstand leisten sollte, waren von der Reichswehr außerdem umfangreiche Eingreifreserven erbeten worden.⁸¹

Zu diesem Zeitpunkt waren Röhm und Papens Kontrahenten offenbar längst nicht mehr imstande, die konstruierte Aufstandsgefahr, die von der SA bzw. der Marburger Rede ausging, von einer realen Revolution zu unterscheiden. Die Fama von den Putschvorbereitungen, die in erster Linie auf gezielt gestreuten Falschmeldungen, Gerüchten über das Verhalten der SA und fingierten SA-Geheimbefehlen basierte, verselbstständigte sich innerhalb von Parteispitze und Reichswehr und kehrte bald schon als vermeintlich echte Bedrohung an die verschiedenen Nachrichtendienste zurück.⁸² Während Himmlers SS in diesem Klima der Revolutionsangst, das durch eine reichsweite Alarmstimmung zusätzlich angeheizt wurde, die technischen Details der geplanten Aktion organisierte, begab sich Hitler am 28. Juni 1934 in Begleitung von Göring und Victor Lutze nach Essen, wo sie an der Hochzeit des dortigen Gauleiters Josef Terboven teilnahmen. Einer offiziellen Darstellung der Ereignisse ist zu entnehmen, dass auf diese

78 Neben den im Folgenden zitierten Studien vgl. ferner die älteren Arbeiten von Andreas Werner, SA und NSDAP. »Wehrverband«, »Parteigruppe« oder »Revolutionsarmee«? Studien zur Geschichte der SA und NSDAP 1920-1933, Erlangen 1965; Heinrich Bennecke, Die Reichswehr und der »Röhm-Putsch«, München 1964; Ders., Hitler und die SA, München 1962.

79 Das Zitat entstammt dem Urlaubsbefehl Röhm v. 8.6.1934, zit.n. Longerich, Geschichte (Anm. 5), S. 210.

80 Dazu und zum Folgenden vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Opladen 1960, S. 685-966, hier S. 955-958; Longerich, Geschichte (Anm. 5), S. 215.

81 Müller, Reichswehr (Anm. 14), S. 113-117.

82 Dazu und zum Folgenden vgl. Longerich, Geschichte (Anm. 5), S. 215; Mau, Revolution (Anm. 14), S. 131f.

Abb. 2: Ernst Röhm und Adolf Hitler bei einer Kundgebung der SA im Berliner Sportpalast



Bundesarchiv Berlin, Bild 102-02937

Weise »nach außen de[r] Eindruck absoluter Ruhe« erweckt werden sollte.⁸³ In Essen scheint auch der Zeitpunkt für den Mordkomplott festgelegt worden zu sein, denn aus Berlin trafen beunruhigende Neuigkeiten ein: Zum einen wurde ein unmittelbar bevorstehendes Zusammentreffen Hindenburgs mit Papen, zum anderen eine zunehmende Unruhe innerhalb der SA-Stürme gemeldet.⁸⁴ Noch am selben Abend befahl Hitler seinem SA-Stabschef telefonisch, für den Vormittag des 30. Juni ein SA-Führertreffen einzuberufen, das an seinem Urlaubsort Bad Wiessee stattfinden sollte. Derweil begab sich Göring nach Berlin, um die letzten Vorbereitungen für das mörderische Vorhaben zu treffen und sämtliche beteiligten Akteure in Alarmbereitschaft zu versetzen.

Am 29. Juni 1934 kam es dann fast zu einer vorzeitigen Eskalation, als eine 3.000 Mann starke SA-Standarte lautstark randalierend durch München zog.⁸⁵ Allem Anschein nach erhöhte sich infolge des Vorfalls das Tempo der Aktion, wodurch auch eine blutige Abrechnung immer wahrscheinlicher wurde: Noch in der Nacht auf den 30. Juni kehrte Hitler gemeinsam mit Goebbels und Lutze nach München zurück, wo ihm

83 Mitteilung der NS-Korrespondenz v. 30.6.1934, zit.n. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1: Triumph, Würzburg 1962, S. 399f.

84 Longerich, Geschichte (Anm. 5), S. 216.

85 Vgl. dazu Höhne, Mordsache (Anm. 14), S. 261-263.

der bayerische Innenminister und Gauleiter Adolf Wagner nachdrücklich versicherte, dass die Stadt unter seiner Kontrolle sei. Ohne das Eintreffen der angeforderten Verstärkung aus Berlin und Dachau abzuwarten – und lediglich in Begleitung von Göring, Lutze, Heß sowie einem Kommando ausgesuchter SS-Männer und einiger Polizeibeamter – begab sich der »Führer« daraufhin auf direktem Weg nach Bad Wiessee.⁸⁶ In der Pension Hanselbauer, wo die zur Besprechung einbestellten SA-Führer am Vorabend ausgiebig gezecht hatten und ihren Rausch ausschliefen, herrschte zu dieser Zeit noch absolute Ruhe.⁸⁷ Der Münchener Gruppe gelang es daher, sämtliche Anwesenden ohne Gegenwehr zu überrumpeln und aus dem Bett heraus zu verhaften. Um Röhm kümmerte sich Hitler höchstpersönlich, der diesen geradezu hysterisch mit Vorwürfen überhäufte.⁸⁸ Für die nachträgliche Legitimation der Verhaftungsaktion und die nun einsetzenden Morde war ferner der Umstand von Bedeutung, dass der Breslauer SA-Obergruppenführer Edmund Heines sein Bett mit einem jungen SA-Mann geteilt haben soll. Offenbar beflügelte der Vorfall die sexuellen Fantasien und antihomosexuellen Vorbehalte der Beteiligten, denn in den nächsten Monaten war dem Regime, aber auch der Exilpresse in hohem Maße daran gelegen, die Pension als Sündenpfuhl und wahres Eldorado der Homosexualität darzustellen.⁸⁹

Während die festgenommenen SA-Führer in das Gefängnis München-Stadelheim gebracht wurden, wo man sechs von ihnen noch am gleichen Tag erschoss, machten sich die Mordkommandos von SS, SD und Gestapo nach Erhalt des verabredeten Stichwortes auf, um die angeblichen Putschisten wie auch vermeintliche Staatskritiker im ganzen Reich zu »beseitigen«.⁹⁰ In den folgenden Tagen ermordeten sie zwischen 150 und 200 Menschen, darunter führende SA-Funktionäre, parteiinterne Gegner Hitlers wie Gregor Strasser, konservative Politiker wie Erich Klausener und auch Reichswehrangehörige wie die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow.⁹¹ Röhm

86 Ebd., S. 265-268; Longerich, *Geschichte* (Anm. 5), S. 216f.

87 Longerich, *Geschichte* (Anm. 5), S. 217.

88 Viktor Lutze, *Reichswehr zieht auf. Tagebuch des zweiten SA-Stabschefs*, in: *Hannoversche Presse* v. 18.5.1957.

89 Vgl. Alexander Zinn, *Die soziale Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten. Zu Genese und Etablierung eines Stereotyps*, Frankfurt a.M. 1997, S. 108-113, 118-122; Ders., *Zur sozialen Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten. Der »Röhm-Putsch« und Homosexuellenverfolgungen 1934/35 im Spiegel der Exilpresse*, in: *Capri – Zeitschrift für schwule Geschichte* 18 (1995), S. 21-48, hier S. 23-26.

90 Vgl. dazu o.V., *Sieben SA-Führer erschossen*, in: *Völkischer Beobachter* v. 1.7.1934. Der SA-Gruppenführer Karl Ernst wurde in Berlin erschossen. Vgl. Bernhard Sauer, *Goebbels »Rabauken«*. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart – Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* (2006), S. 107-164. Zu den sechs in Stadelheim ermordeten SA-Führern siehe Wolfram Selig, *Ermordet im Namen des Führers. Die Opfer des Röhm-Putsches in München*, in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), *Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus*, Kallmünz 1992, S. 341-356, hier S. 342-346.

91 Charles Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*, Frankfurt a.M. 1970, S. 104; Kershaw, *Hitler* (Anm. 21), S. 650; Peter Longerich, *Heinrich Himmler. Biographie*, München³2008, S. 183. Dagegen geht Daniel Siemens, *Stormtroopers. A New History of Hitler's Brownshirts*, New Haven 2017, S. 169f., davon aus, dass insgesamt kaum mehr als 100 Personen ermordet wurden. Über 90 männliche sowie zwei weibliche Opfer des Mordkomplotts sind namentlich bekannt. Vgl. dazu

wurde dagegen am 1. Juli 1934 auf Anordnung Hitlers von Theodor Eicke, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Dachau, und SS-Sturmbannführer Michael Lippert eine Ausgabe des *Völkischen Beobachters* sowie eine Pistole in seine Gefängniszelle in Stadelheim gebracht. Da der Stabschef der SA jedoch nicht bereit war, den ihm zugedachten Part zu übernehmen, und längere Zeit kein Schuss fiel, drangen Eicke und Lippert in dessen Zelle ein und ermordeten ihn kurzerhand.⁹²

Auch die Hintermänner der Marburger Rede blieben von den Mordaktionen des 30. Juni 1934 nicht verschont, so büßten Jung und Bose als hauptverantwortliche Akteure für ihren Verrat mit dem Leben.⁹³ Die übrigen Mitverschwörer wurden, sofern sie nicht ins Ausland geflohen waren, vorübergehend verhaftet. Die Widerstandsgruppe innerhalb des Büros des Stellvertreters des Reichskanzlers war damit irreparabel zerstört. Mit der Auflösung und physischen Liquidierung der Vizekanzlei als oberste Reichsbehörde verloren die überlebenden Mitglieder überdies ihre Operationsbasis. Infolge dieses Verlusts ihrer Schlüsselstellung innerhalb des staatlichen Machtgefüges, zumal Franz von Papen als deutscher Gesandter nach Wien abgeordnet wurde und Paul von Hindenburg am 2. August 1934 verstarb, ging von der »Kanzlei-Gruppe« keine ernstzunehmende Gefahr mehr für das Regime aus.⁹⁴

Am 2. Juli wurde der Mordkomplott, getarnt als Abwehraktion einer angeblich drohenden SA-Revolve, nachträglich als sogenannte »Staatsnotwehr« gesetzlich legitimiert.⁹⁵ Bereits am Tag darauf erklärte Hitler dann in einer Ministerbesprechung, dass sich unter der Führung Röhm's eine kleine Clique von SA-Führern versammelt habe, deren Zusammenhalt nicht aus ihrer Treue zur Bewegung resultierte, sondern einzig durch Ehrgeiz und eine »besondere Veranlagung« bestimmt gewesen sei.⁹⁶ Obwohl er seinen SA-Stabschef immer wieder gedeckt habe, beging dieser »schwersten Verrat an seiner Person«. Anschließend schlug der »Führer« dann den Bogen vom Kern der Verschwörer hin zu den vermeintlichen Bündnispartnern Röhm's, wobei er in seiner Formulierung äußerst vage blieb und vor allem auf Gregor Strasser und Kurt von Schleicher abzielte.⁹⁷

Die Legende vom »Röhm-Putsch« war damit in ihren Grundzügen geboren und wurde lediglich in einer Reichstagsrede Hitlers vom 13. Juli 1934 noch wortreich ausgeschmückt.⁹⁸ Auf ein klärendes Wort zur »Kanzlei-Gruppe« verzichtete Hitler in diesem

Otto Gritschneider, »Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt...«. Hitlers »Röhm-Putsch«-Morde vor Gericht, München 1993.

92 Niden, Aufstieg (Anm. 20), S. 182.

93 Siehe dazu umfassend Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 495-506.

94 Postert, Ambitionen (Anm. 31), S. 360.

95 Joseph Goebbels, Das Reich steht – und über uns der Führer. Rede des Reichsministers Dr. Goebbels im Rundfunk, in: *Völkischer Beobachter* v. 3.7.1934.

96 Ministerbesprechung v. 3.7.1934, in: Akten der Reichskanzlei Regierung Hitler 1933-1938, Teil 1: Die Regierung Hitler 1933/34, Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934. Dokumente Nr. 207 bis 384, bearb. von Karl-Heinz Minuth und hg. von Konrad Repgen/Hans Booms, Boppard am Rhein 1983, S. 1354f. Dort findet sich auch das folgende Zitat.

97 Ebd., S. 1356f.

98 Vgl. dazu Domarus, Hitler (Anm. 83), S. 415, 421.

Zusammenhang zwar, er entkräftete allerdings auch nicht den Vorwurf einer konservativen Opposition innerhalb der Administration der Vizekanzlei. Und obwohl er für seine Verschwörungstheorie keinerlei Beweise vorlegen konnte und auch in der Folgezeit den Nachweis einer realen Putschvorbereitung schuldig blieb, stellte das Gros der deutschen Bevölkerung die Mär vom »Röhm-Putsch« nicht infrage. Wie Susanne zur Nieden und Sven Reichardt betonen, war dafür nicht etwa die Glaubwürdigkeit der vom NS-Staat kolportierten Version der Ereignisse verantwortlich; vielmehr existierten sowohl in der Bevölkerung als auch in der Spitze des NS-Staates mehr als genug Gegner der plebejischen Parteiarmee, die deren Zerschlagung nachhaltig begrüßten.⁹⁹ Allzu gern war man dazu bereit, die von Hitler und der NS-Presse vorgetragene Fama einer drohenden Revolution zu akzeptieren, weil die Morde nicht nur geduldet, sondern aufgrund des SA-Terrors der vergangenen Monate im Ergebnis sogar befürwortet wurden.¹⁰⁰

VII. Epilog: Das Skandalon der Marburger Rede

Abschließend lässt sich resümieren, dass die Marburger Rede fast schon mustergültig die Paradoxie von Ubiquität und Unterdrückung politischer Skandale in diktatorischen Herrschaftssystemen widerspiegelt: Diktaturen wie das NS-Regime waren darauf angewiesen, Skandale im Keim zu ersticken, da diese sich besonders dafür eigneten, das Machtmonopol der Staatsführung infrage zu stellen; zugleich konnte der kleinste Funken von Empörung zu einem handfesten Skandal werden, weil das Verantwortungsmonopol in durchherrschten Gesellschaften bei der Staatsmacht liegt. Jene Trias von Missstand, Aufsehen und Empörung, als deren Urheber bzw. Katalysator die Marburger Rede gelten muss, rief folglich den nationalsozialistischen Machtapparat auf den Plan, der – mit Blick auf die weiteren ungelösten Probleme – den aufkeimenden Skandal schnellstmöglich einzudämmen suchte und dafür auf äußerst drakonische Mittel zurückgriff. Als Akt der Einschüchterung verdrängten die Mordaktionen des 30. Juni 1934 die oppositionellen Kreise aus dem öffentlichen Raum und trugen so in hohem Maße zur Konsolidierung des NS-Staates bei. Die Liquidierung der politischen Kontrahenten unter dem Deckmantel des »Röhm-Putsches« machte es letztlich überhaupt erst möglich, jene labile »Vermittlungsdiktatur« zu etablieren, die in der Folgezeit zwischen radikalen Parteiführern und konservativen Gruppen aus Armee, Industrie und Bürokratie vermittelte. Die NS-Regierung bemühte sich mithin intensiv darum, diese Mord- und Racheaktion hinter einer scheinbaren Normalität und Legalität zu verstecken – eine offene Vergeltung an der Vizekanzlei hätte diesem Ansinnen gewiss geschadet, zumal die Marburger Rede vor allem bei den konservativen Eliten des Beamtenestablishments und des Besitzbürgertums auf breite Zustimmung gestoßen war. Für eine erfolgreiche Konsolidierung des NS-Staates waren diese Statusgruppen jedoch unverzichtbar, und eine allzu offensichtliche Abrechnung des Regimes mit den Jungkonservativen um Jung und Bose nach dem 17. Juni 1934, d.h. als unmittelbare Reaktion auf die Marburger Rede, hätte vermutlich nicht nur im Ausland zu der Erkenntnis geführt, dass

99 Nieden/Reichardt, Skandale (Anm. 14), S. 56.

100 Ebd.; Kershaw, Hitler (Anm. 21), S. 654.

der deutsche Reichskanzler nichts weiter als ein »Gangster« sei, der zur Herrschaft über einen Staat gelangt war. Nichtsdestotrotz war es den Verschwörern mit ihrer Marburger Rede gelungen, die NS-Regierung zu demaskieren, der nach Papens Anklage keine andere Wahl blieb, als ihren verbrecherischen Charakter vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren.¹⁰¹

Doch obwohl die Marburger Rede alle Bedingungen für einen handfesten Skandal erfüllte, vermochte sie sich ihrer Unterdrückung durch das Propagandaministerium letztlich nicht zu entziehen und eine größere Öffentlichkeit in Deutschland herzustellen. Zu schnell hatte das Regime mit Abwehrmaßnahmen begonnen, die letzten Endes in der großen politischen »Flurbereinigung« des 30. Juni 1934 gipfelten und Papens Auftritt in der hessischen Universitätsstadt vollkommen überschatteten. Der »Röhm-Putsch« – oder vielleicht besser: »Putsch gegen Röhm«¹⁰² – übertraf das Skandalon der Marburger Rede um ein Vielfaches, und machte überdies für jedermann sichtbar, wie empfindlich der nationalsozialistische Machtapparat auf herrschaftsrelevante Kritik und Empörung reagierte.

Dass der Mythos um den »Führer« infolge der Mordaffäre noch leuchtender strahlte, gehört sicherlich zu den größten Paradoxien der Marburger Rede und des »Röhm-Putsches«. Alle Kritik über Misshelligkeiten des Alltages, die Papen in seiner öffentlichen Generalabrechnung hervorgebracht hatte, richteten sich gegen die Partei, ohne dass dadurch der politische Nimbus Hitlers nachhaltig gefährdet wurde. Vielmehr entwickelte sich das Bild vom entschlossenen und ordnungsstiftenden »Führer«, der am 30. Juni 1934 gegen radikale und korrupte Elemente in der eigenen Partei und Regierung durchgegriffen hatte, zum stabilisierenden Element der NS-Diktatur.¹⁰³

101 Orth, Amtssitz (Anm. 3), S. 530.

102 Diese Begriffsverwendung schlägt Andreas Pretzel, Vom Staatsfeind zum Volksfeind. Zur Radikalisierung der Homosexuellenverfolgung im Zusammenwirken von Polizei und Justiz, in: Susanne zur Nieden (Hg.), Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900-1945, Frankfurt a.M. 2005, S. 217-252, hier S. 223, vor.

103 Kershaw, Hitler (Anm. 21), S. 661f.

Johann Wilhelm Mannhardt als Skandalopfer?

Hintergründe und Folgen der Demonstration von NS-Studenten vor der Deutschen Burse am 18. Juni 1935

Hans-Werner Retterath

I. Der auslösende Vorfall und Fragen

Am Abend des 18. Juni 1935 fand in Marburg eine Demonstration unter Führung der lokalen Studentenschaftsvertreter vor der Deutschen Burse statt, die deren Leiter Prof. Dr. Johann Wilhelm Mannhardt später als »inszenierte[n] Skandal« bezeichnete.¹ Mannhardt hatte als Jungkonservativer für eine lange Zeit mit dem Nationalsozialismus sympathisiert und 1933 maßgeblich zur Gleichschaltung der Marburger Universität beigetragen.² Nach anfänglicher Kooperation traten ab 1934 aber zunehmend Diffe-

-
- 1 Bursenrundbrief Nr. 1, undat. (Mai 1950), S. 1. Die Deutsche Burse zu Marburg e.V. war 1920 mit Unterstützung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des Deutschen Schutzbundes, der Deutschen Stiftung und verschiedener Reichsministerien als Studentenwohnheim gegründet worden. Mit der Burse war ferner das 1918 gegründete Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum eng verbunden. Die Heimbewohner, bestehend aus Inland- sowie Grenz- und Auslandsdeutschen, sollten mittels einer Lebens-, Haus- und Arbeitsgemeinschaft an die Probleme des Grenz- und Auslandsdeutschtum herangeführt und zur künftigen Führungselite der deutschen »Volksgruppen« im Ausland ausgebildet werden. Vgl. Berthold Petzinna, *Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen »Ring«-Kreises 1918-1933*, Berlin 2000, S. 168-177; Hans-Werner Retterath, *Deutsche Burse zu Marburg/Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum*, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, Bd. 2: *Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften*, Berlin/Boston ²2017, S. 1784-1795; sowie Martin Göllnitz, *Grenzkampf als Studienziel. Die volkspolitische Erziehungsarbeit der Deutsch-Nordischen Burse im kulturellen »Grenzlandringen« (1928-1939)*, in: Hans-Werner Retterath (Hg.), *»Deutsche Bursen« seit 1920. Studentische Wohnheime als Bildungseinrichtungen der »auslandsdeutschen Volkstumsarbeit«*, Münster 2020, S. 179-193.
 - 2 Der Hamburger Arztsohn Mannhardt (1883-1969) hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg eine wissenschaftliche Erforschung des Auslandsdeutschtums gefordert. 1919 wurde er Geschäftsführer des Instituts und 1920 Leiter des Wohnheims. Der zweifach promovierte Jurist (1913) und Staatswissenschaftler (1925) erhielt nach seiner Habilitation 1927 zunächst eine außerordentliche und 1929 dann eine ordentliche Professur mit der Verpflichtung, das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Vorlesungen und Übungen zu vertreten. Zum 1. Mai 1933 trat Mannhardt in die NSDAP (Nr.

renzen zwischen ihm und der Marburger Studentenschaftsführung auf, die sich seit 1931 in den Händen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) befand. Der NSDStB sah in Mannhardt als Führer des »Sondervereins« Burse einen Gegner der Formierung der Studentenschaft durch den NSDStB; zudem missbilligte Mannhardt die »revolutionäre« Radikalität der NS-Studenten. Der parteiinterne Konflikt eskalierte im Frühjahr 1935 in einer Pressekampagne gegen ihn, da er angeblich die radikalen Aktionen von ins Reich geflohenen österreichischen SA-Männern als »Kinderereien« bezeichnet hatte. Am Abend des 18. Juni 1935 mischten sich unter die Zuhörer eines Vortrags über das Kirchenbild auch zwei Angehörige der Sturmabteilung (SA), darunter der aus Österreich wegen NS-Aktivitäten geflohene Jura-Student Walther Hochsteiner,³ die Mannhardt hinauswies, da nur Bursenmitglieder zugelassen seien. Daraufhin zog nach Vortragsende eine Gruppe von NS-Studierenden unter der Leitung des Marburger Studentenschaftsführers und hessischen Gaustudentenbundführers Gerhard Todenhöfer vor die Burse und skandierte Mannhardt-feindliche Sprüche.⁴

2.828.565) und am 1.6.1933 in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB; Nr. 117.476) ein, dessen Dozenten später in den NS-Dozentenbund (NSDDB) überführt wurden. Nach seiner Suspendierung im Juni 1935 war er vielfach für die Wehrmacht, Abteilung Abwehr, tätig. An die Universität Breslau versetzt, amtierte er außer der Abhaltung von Kolloquien nur pro forma. Von 1939 bis 1945 leistete er Kriegsdienst. 1952 begründete er die Burse als Heim und Institut in Marburg neu, die bis 1968 fortbestand. Zu Beginn der 1960er Jahre musste er, mit zunehmender Kritik am volksdeutschen Gedanken konfrontiert, die Leitung des Instituts abgeben. Vgl. Hans-Werner Retterath, Johann Wilhelm Mannhardt, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, Bd. 1: Biographien, Berlin/Boston² 2017, S. 461-468.

- 3 Der Kärntner NS-Aktivist Hochsteiner (1909-1947) wurde im August 1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 514.487), verbüßte im Juli 1934 eine kurze Haftstrafe und floh am 20. Juli 1934 ins Deutsche Reich, da er befürchtete, in Österreich vom Studium ausgeschlossen zu werden. In Marburg studierte er vom Wintersemester 1934/35 bis zum Wintersemester 1936/37 und leitete zumindest im Sommersemester 1935 das Ostamt der Studentenschaft. 1938 kehrte der promovierte Jurist nach Österreich zurück und arbeitete in der NS-Propaganda, wurde 1940 Kreisleiter in St. Veit an der Glan und 1942 in Radmannsdorf und darauf in ganz Oberkrain. In einem Kriegsverbrecherprozess in Ljubljana wurde er mit dem Tode durch Erhängen bestraft. Siehe dazu Alfred Elste/Michael Koschat/Hanzi Filipič, NS-Österreich auf der Anklagebank. Anatomie eines politischen Schauprozesses im kommunistischen Slowenien, Klagenfurt u.a. 2000, S. 187-189; Philipps-Universität Marburg, Namensverzeichnis der Studierenden, Marburg 1919-1945, 118 H. 34; o.V., Ämterbesetzung der Studentenschaft, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 12.4.1935, S. 7.
- 4 Der evangelische Pfarrerssohn Todenhöfer (1913-1973) hatte es in der Hitlerjugend zum Gauführer gebracht. 1929 wurde er Mitglied der SA, in der er bis zum Sturmbannführer aufstieg, und im März 1930 Mitglied der NSDAP (Nr. 223.095). Nach dem Abitur 1933 studierte er Rechtswissenschaften in Marburg und wurde Mitglied des NSDStB. Nachdem er schon in der Studentenschaftsführung mitgewirkt hatte, wurde er im Sommersemester 1934 zum Führer der NSDStB-Hochschulgruppe und der Studentenschaft sowie zum Gaustudentenbundführer Kurhessen (bis 1938) ernannt. 1935/36 amtierte er als Kreisführer Westdeutschland der Deutschen Studentenschaft und ab November 1936 als Gebietsbeauftragter Rhein in der Reichsstudentenföhrung. Im Wintersemester 1935/36 studierte er in Göttingen und danach wieder in Marburg. Dort zählte er zu den radikalsten NS-Vertretern, wofür z.B. seine maßgebliche Beteiligung an der »Rassenschande«-Aktion gegen einen jüdischen Deutschen am 26. August 1933 steht. Nach seiner Promotion Ende 1938 war er bei der NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO) tätig und gelangte 1940 als Vertrauensmann von Martin Bormann ins Auswärtige Amt, wo er als stellvertretender Referatsleiter Deutschland III (Judenangelegenheiten) und danach als stellvertretender Leiter des Sonderreferats agierte. Auch

Noch in der Nacht erreichte Todenhöfer beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (kurz: Reichserziehungsministerium; REM) die umgehende Beurlaubung Mannhardts. Nach einer ergebnislosen Untersuchung, der ministeriellen Entbindung zur Abhaltung von Vorlesungen und mehreren Beurlaubungen wurde am 3. November 1937 seine Versetzung an die Universität Breslau ohne Mitnahme des Instituts, der Bibliothek und Assistentenstelle verfügt. Das mit der Burse verbundene universitäre Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum durfte Mannhardt nicht mehr betreten, und 1938 mussten die letzten Bursenkameraden aus dem Wohnheim ausziehen.

Was machte nun die Geschehnisse des 18. Juni zum Skandal? Nach der klassischen Definition eines Skandals liegt hier ein Kommunikationsereignis vor, das eine Verfehlung einer hochgestellten Person offenlegt und die kollektive Empörung eines Publikums auslöst.⁵ Der gegen das politische Selbstverständnis radikaler NS-Studenten verstoßende Verweis der österreichischen NS-Studenten und »alten Kämpfer« aus der Burse durch den Universitätsprofessor Mannhardt löste eine Empörung aus, die sich in einer öffentlichen Demonstration entlud. Das 1933 durch Mannhardts maßgebliche Mitwirkung an der Gleichschaltung der Universität erworbene Ansehen war nun endgültig implodiert. Eine genauere Untersuchung dieses Skandals erfordert einen Blick in seine Vorgeschichte, die weitere Entwicklung sowie auf den Skandalisierten und die Skandalisierer.

II. Vom Mittler zwischen Universitätsleitung und NS-Studentenschaft zum »Reaktionär« und »Konjunkturritter«

Einem Skandalereignis geht eine Entwicklung voraus, die auf einen Höhepunkt zustrebt, an dem der Skandal sichtbar wird. Die Beleuchtung der Vorgeschichte – hier das eskalierende Verhältnis zwischen Mannhardt und der Deutschen Burse einerseits und der NS-Studentenschaft andererseits – ist unabdingbar für das Verständnis des Skandals. Mannhardt trat schon früh für ein autoritäres und elitäres Politikmodell ein, das den Parlamentarismus ablehnte und auf dem Konzept von Führer und Gefolgschaft basierte. In seiner Habilitationsschrift über den italienischen Faschismus war seine politische Nähe zu Benito Mussolini unverkennbar. In der Presse äußerte er sich weitge-

verfügte er über engen Kontakt zum Propagandaministerium und zur Parteikanzlei. Vgl. Michael Grüttner, *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik*, Heidelberg 2004, S. 175; Klaus-Peter Friedrich, *Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945*, in: Ders.u.a. (Hg.), *Zur Geschichte der »Marburger Jäger«*, Marburg 2014, S. 57-150, hier S. 140-145; Auswärtiges Amt (Hg.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945*, Bd. 5: T-Z. Nachträge, bearb. von Bernd Ipsphoring/Gerhard Keiper/Martin Kröger, Paderborn u.a. 2014, S. 54f.; Holger Zinn, *Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945*, Köln 2002, S. 375-392. Ferner Universitätsarchiv Marburg (UAM), Best. 307b, Nr. 1968, Promotionsakten Gerhard Todenhöfer, Lebenslauf v. 17.12.1938 sowie Zeugnis der Doktorprüfung vom 19. u. 21.12.1938.

5 Bernhard Pörksen/Hanne Detel, *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter*, Köln 2012, S. 108. Die beiden Autor*innen beziehen sich dabei auf Karl Otto Hondrich, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 2002.

hend positiv über den aufkommenden Nationalsozialismus. Gleichwohl kritisierte er in einer rechtskonservativ-antirepublikanischen Zeitung, dass man den Parteienstaat nicht durch die Gründung einer Partei beseitigen könne und betonte stattdessen den Bewegungscharakter des Nationalsozialismus.⁶ In der programmatischen Schrift von Jungkonservativen zum Nationalsozialismus bezog Mannhardt aus einer auslandsdeutschen bzw. volksdeutschen Perspektive Stellung. Die Macht im Staate erlange man nur durch einen Staatsstreich oder das liberal-formalistische Mittel der Majorität. Letzteres lehnte er ebenso ab wie eine Kompromissregierung der NSDAP mit anderen Parteien. Generell trennte er in die volksdeutsche Bewegung, die ein Großteil der Nationalsozialisten ausmache, und die NSDAP als Partei. Die NSDAP sei zweifellos ein Weg und Mittel, »die volksdeutsche Bewegung im Bereich des Politischen zu verwirklichen«.⁷ Dabei sollten die Männer der Bewegung nicht nach ihrer Gehorsamsbereitschaft und Propagandafähigkeit beurteilt werden; Kritik innerhalb der Führung müsse möglich sein. Die Auslandsdeutschen vertrauten der NSDAP, jedoch sorgten sie sich, dass »die innere Verbindung mit der Bewegung nicht so stark ist, wie sie unbedingt sein müsste, wenn die Partei als Verwirklicher der Bewegung zur Macht kommen und sich in ihr halten will«.⁸ Die Partei müsse im Ausland geschickt, sachverständig und taktvoll vorgehen und die Auslandsdeutschen einbeziehen; Staats- und Volkspolitik dürften nicht wie zu Südtirol auseinanderlaufen. Er warnte vor einer Einmischung in innere Angelegenheiten der Auslandsdeutschen und einer Störung der vorteilhaften Kooperation von deutschen und jüdischen Minderheiten im östlichen Europa.

Im Gegensatz zum Gros der Marburger Professoren unterschrieb Mannhardt den Aufruf zur Präsidentenwahl Hindenburgs Anfang 1932 nicht.⁹ Vielmehr beteiligte er sich 1932 an einem nicht näher bezeichneten Wahlaufufruf zugunsten der NSDAP, obwohl er nicht ganz mit dem Text einverstanden war.¹⁰ Ferner unterschrieb er einen Aufruf der nationalen Universitäts- und Hochschullehrer als Treuebekenntnis zur nationalen Reichsregierung zur Reichstagswahl im März 1933, wobei er im Anschreiben Verbesserungsvorschläge machte.¹¹ Ebenso unterzeichnete er am 11. November 1933 das *Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*¹² und im Januar 1934 den *Ruf an die Gebildeten der Welt*.¹³

6 Vgl. Johann Wilhelm Mannhardt, Drei Gruppen mühen sich um den Staat, in: Deutsche Allgemeine Zeitung v. 6.11.1931, S. 1-3, hier S. 3

7 Ders., Was erwarten die Auslandsdeutschen vom Nationalsozialismus, in: Albrecht Erich Günther (Hg.), Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. Zwanzig Antworten, Heilbronn 1932, S. 70-80, hier S. 72.

8 Ebd., S. 73f.

9 Anne Christine Nagel (Hg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000, S. 93-95 (Dok. 15).

10 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Johann Daniel Achelis, 20.11.1933. Vermutlich handelte es sich um die Präsidentenwahl (13.3.1932, Stichwahl am 10.4.1932). Im Mai 1932 brachte er in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* trotz Unterschrift seine Kritik an.

11 Ebd., Nr. 40, Oskar Stäbel an Mannhardt, 11.2.1933; ebd., Mannhardt an Oskar Stäbel, 22.2.1933.

12 Vgl. Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Überreicht vom Nat.-soz. Lehrerbund Deutschland, Gau Sachsen, o.J. [1933], S. 131.

13 Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 188 (Dok. 83), und Anm. 20.

Mannhardt hatte 1933 zudem Aufnahmeanträge an verschiedene NS-Organisationen gesandt. Nach seinem Aufnahmeantrag an die Schutzstaffel (SS) konnte er sich eine SS-Uniform anschaffen und tragen.¹⁴ Sein Antrag an den Reserve-Motorsturm, Wagenabteilung, vom 2. November 1933 ist aus zwei Gründen von Interesse. Zum einen war einer seiner Paten der Führer der Marburger Studentenschaft, Jurastudent sowie NSDStB- und SA-Mitglied Curt Huebner, mit dem Mannhardt schon seit 1931 in vertrauensvollem Kontakt stand.¹⁵ Zum anderen führte Mannhardt in der Begründung aus, dass er in die NSDAP eingetreten sei und nun auch Mitglied der SA werden möchte, was er zunächst für unzulässig gehalten habe:

»Ich bin als Nationalsozialist aus dem Felde zurückgekommen, was meine Bücher und mein Werk bezeugen. Aus außenpolitischen Gründen und mit Rücksicht auf die in meinem Hause wohnenden Auslandsdeutschen konnte ich von [sic!] dem 30. Januar weder in die Partei noch in die SA eintreten.«¹⁶

An der Marburger Universität beteiligte sich Mannhardt anfangs maßgeblich an der Verankerung des Nationalsozialismus, wobei er früh als Mittler zwischen der Universitätsleitung und Professorenschaft einerseits und den Studierenden andererseits auftrat. Schon vor dem 30. Januar 1933 genoss Mannhardt das Vertrauen der NSDStB-dominierten Studentenschaft. So wählten sie ihn als Festredner für die gemeinsame studentische Reichsgründungsfeier von Marburger Korporations-Ausschuss und Allgemeiner Marburger Studentenschaft am 22. Januar 1933 aus.¹⁷ In seiner Rede betonte Mannhardt, dass der angestrebte totale Staat nicht ohne totales Volk bleiben könne. Das beinhalte auch den Ausschluss nichtdeutscher Minderheiten aus der Staatsbürgerschaft. Der im Schützengraben erzogenen Generation gelte die Frage der Staatsform nichts gegenüber dem Streben nach Einheit und Ausbau des Reiches, wozu der gesamte deutsche »Volksboden« inklusive Österreichs gehöre. Abschließend rief er die jugendlichen Führer auf, mit positiver Haltung die Forderungen des werdenden Reiches gegen die Alten Herren zu vertreten, und die Professoren, nicht nur das technische und

14 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Spruchkammerakte Mannhardt, Klageschrift des öffentlichen Klägers, 28.1.1948; UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Mannhardt an SS-Standartenführer Schäfer, 1.12.1934; ebd., SS-Hauptsturmführer Koster an Mannhardt, 30.11.1934 (Ablehnung ohne Begründung).

15 Vgl. dazu HHStAW, Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Eidesstattliche Erklärung Huebners, 19.2.1948. Zum Jurastudenten und späteren Journalisten Huebner (1907-1968), der 1930 in die NSDAP (Nr. 223.092) und SA eintrat und vom Sommersemester 1931 bis Ende 1933 1. Vorsitzender der Allgemeinen Marburger Studentenschaft und ab April 1933 ihr Führer war, vgl. Klaus-Peter Friedrich, Der Studentenschaftsführer Curt Huebner und die Marburger Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2017), H. 4, S. 329-351; Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 60, 148 (Dok. 59).

16 UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Mannhardt an Sturmführer R. M. 6/J. 11, 2.11.1933.

17 Johann Wilhelm Mannhardt, Rede zur Reichsgründungsfeier der Allgemeinen Marburger Studentenschaft am 22. Januar 1933, in: Die Burse 4 (1933), S. 4-16; o.V., Reichsgründungsfeier der Studenten, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 1.2.1933, S. 5; Friedrich, Studentenschaftsführer (Anm. 15), S. 339f.; o.V., Reichsgründungsfeier der Marburger Studentenschaft, in: Oberhessische Zeitung v. 23.1.1933, S. 4.

fachliche Wissen zu vermitteln, sondern den Studierenden auch bei ihrer politischen Erziehung zu helfen.

Vor allem hielt Mannhardt am 2. Mai 1933 zum Nationalfeiertag der Arbeit und der Übergabe des neuen Studentenrechts die Hauptrede »Universität und Nationalsozialismus«. ¹⁸ Darin relativierte Mannhardt die Freiheit der Wissenschaft, forderte gegenüber dem Ausland ein noch geschickteres politisches Verhalten ein und entwarf das Idealbild des SA-Mannes als Typus des deutschen Menschen der Zukunft. Nachdem Mannhardt am 15. Mai 1933 zum ständigen universitären Sachbearbeiter für die Angelegenheit des Arbeitsdienstes, des Wehrsports und der Wehrwissenschaft bestimmt worden war, forderte er eine Woche später unterstützt vom Studentenschaftsführer Huebner mit Erfolg für die Studenten ausreichend Zeit für den SA-Dienst und die politische Schulung ein. ¹⁹ Trotz dieses Engagements kandidierte Mannhardt am 3. Mai und 3. November 1933 vergeblich für das Rektorenamt. ²⁰ Verbunden mit der letzten Kandidatenkür offenbarten sich Risse im Verhältnis zu einigen NS-Stellen. Der spätere Rektor Max Baur hatte Mannhardt als Vertrauensmann der NSDAP an der Universität bezeichnet und deshalb als Kandidaten vorgeschlagen. ²¹ Dies dementierte die NS-Beamtenabteilung Marburg, denn sowohl Kreisleiter Hans Krawelitzki ²² als auch der Obmann des NSLB, Studienrat Fritz Heinze, ²³ hätten erklärt, »dass das nicht der Fall sei und Herr Professor Mannhardt überhaupt nicht in Frage komme«. ²⁴

Anscheinend war Mannhardt bei der NSDAP-Kreisleitung und dem NSLB nicht sonderlich beliebt. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass er sich als »Schüt-

-
- 18 Johann Wilhelm Mannhardt, *Universität und Nationalsozialismus*, in: *Die deutsche Hochschule 1 (1933)*, S. 30-49; vgl. zur Feier insb. o.V., *Akademischer Festakt der Universität*, in: *Oberhessische Zeitung* v. 3.5.1933, S. 5.
- 19 Nagel, *Philipps-Universität* (Anm. 9), S. 164-166 (Dok. 65), *Senatssitzungsprotokoll über die Neuordnung des Stundenplans zur Ermöglichung von politischer und wehrsportlicher Ausbildung der Studenten* v. 22.7.1933.
- 20 Ebd., S. 15, Anm. 37, u. S. 17f., Anm. 40.
- 21 Der badische Hauptlehrersohn Baur (1893-1936) wurde 1921 als Mediziner promoviert, habilitierte sich 1924 für Pharmakologie und lehrte an der Universität Kiel. 1931 wurde er als ordentlicher Professor für Pharmakologie an die Universität Marburg berufen. 1933 trat er der NSDAP und der SS bei. Im Mai 1933 wurde er Dekan der Medizinischen Fakultät und im November 1933 zum Rektor ernannt. 1935 erhielt er einen Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin. 1936 wurde Baur wegen »mangelnder Dienstauffassung« und »Ungeeignetheit« aus der SS entlassen. Im September 1936 stürzte er während einer Reserveübung der Luftwaffe auf dem Flugplatz in Travemünde unter ungeklärten Umständen ab. Vgl. o.V., Baur, Max, in: *Hessische Biografie*, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/104494207X>> (20.2.2021); Grüttner, *Biographisches Lexikon* (Anm. 4), S. 19; Nagel, *Philipps-Universität* (Anm. 9), S. 17-21.
- 22 Krawelitzki (1900-1992) trat 1927 in die Marburger NSDAP ein, wurde 1932 Kreisleiter, 1933 Mitglied des Landtags und des Reichstags und verwaltete ab Juni 1934 (zunächst in Vertretung) bis September 1937 das Landratsamt Marburg. Siehe dazu o.V., Krawelitzki, *Hans Theophil Robert*, in: *Hessische Biografie*, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/130505382>> (20.2.2021).
- 23 Heinze (1874-1942) war Vorsitzender des Marburger Alldeutschen Verbands, trat 1930 in die NSDAP ein, wurde 1933 Kreisobmann des NSLB und Stadtverordneter; 1934/35 fungierte er als Kreisamtsleiter z.B.V. Siehe Friedrich, »Marburger Jäger« (Anm. 4), S. 94, Anm. 145.
- 24 Nagel, *Philipps-Universität* (Anm. 9), S. 181-183 (Dok. 77), hier S. 182. Bühner lehnte auch den erst-gelisteten Baur ab.

zengrabenmensch«²⁵ und davon abgeleitet als »alter Kämpfer« gebärdete, obwohl er erst ein halbes Jahr zuvor in die Partei und den NSLB eingetreten war. Darüber hinaus ist das Hierarchiegefälle zwischen dem Ordinarius einerseits und dem »abgebrochenen« Jurastudenten Krawielitzki sowie dem nicht promovierten Gymnasiallehrer Heinze andererseits in Rechnung zu stellen. Dagegen verfügte Mannhardt bei der NS-Studentenschaftsführung anfangs über ein gewisses Ansehen. Das änderte sich, als nach Huebners Rücktritt auf den Interimsführer Rudolf Kluge im Mai 1934 Gerhard Todenhöfer Studentenschaftsführer wurde.²⁶

Will man Mannhardts Äußerung im Spruchkammerverfahren glauben, so endete seine Vermittlerrolle mit der Wahl des NS-Rektors Baur und der etwa gleichzeitigen Übernahme der Führung der Studentenschaft durch Todenhöfer.²⁷ Bereits Ende 1933 berichtete Mannhardt dem REM von der Kritik an seiner Person. Er sah sich »als politisch unzuverlässig« denunziert und fürchtete um die Zukunft der Hochschulen, »wenn man die paar nationalsozialistischen Hochschullehrer hinausekelt«. Mit der akademischen Jugend stünde es nicht gut; nur die Hochschullehrer könnten »für Zucht und ernste Arbeit sorgen«. »Die Nachrede des Konjunkturmenschen trifft uns in unserem tiefsten Ethos.« Außer den Studenten sah er sich der Kritik seiner Kollegen ausgesetzt, die unter Verweis auf seinen großen Ehrgeiz befürchteten, dass er die Marburger Universität zur NS-Hochschule machen wollte. Auch das Verhältnis zum NSDAP-Kreisleiter schien gespannt zu sein, denn Mannhardt leugnete jede Animosität gegen ihn.²⁸

1934 ließen verschiedene Ereignisse Mannhardt kritischer werden. Auf seiner Nordamerikareise von März bis Juli 1934 wurde er mit den Problemen konfrontiert, die die Agitation und das Majorisierungsbestreben des nationalsozialistischen Bund der Freunde des Neuen Deutschlands unter den Deutschamerikanern auslöste.²⁹ Zurück in Marburg musste er vom angeblichen Putschversuch des SA-Führers Ernst Röhm und der Ermordung innerparteilicher Kritiker und außerparteilicher Personen erfahren, die teilweise der NSDAP den Weg zur Macht geebnet hatten.³⁰ Auch trat der NSDStB als Elitetruppe noch radikaler auf, erklärte die nationale Revolution entgegen

25 Der Weltkriegsteilnehmer Mannhardt beschwor in seiner Schrift *Schützengrabenmenschen* (Hamburg 1919) den von Kameradschaft und Einordnung in das große Ganze geprägten Schützengrabengeist. Daraus propagierte Mannhardt das Führer-Gefolgschafts-Prinzip, wobei der Führer außer in Kleingruppen durch Ernennung zu bestimmen sei. Fehle bei »Unsozialen« das Vertrauen in den Führer, so müsse Gewalt angewendet werden (ebd., S. 49). Die Zukunft sei gesichert, wenn »das kapitalistische Zeitalter« überwunden, »die faulen Glieder unserer Gemeinschaft« ausgemerzt und die brauchbaren als ein Volk zusammenhielten (ebd., S. 53). So werde durch den Schützengrabengeist die Volkwerdung der Deutschen erreicht.

26 O.V., Semesterbeginn der Studentenschaft, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 1./2.5.1934, S. 9; Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 547.

27 HHStAW, Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Mannhardt an Spruchkammer, 3.3.1948, S. 20.

28 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Johann Daniel Achelis, 17.11.1933.

29 Hans-Werner Retterath, Deutschamerikanertum und Volkstumsgedanke. Zur Ethnizitätskonstruktion durch die auslandsdeutsche Kulturarbeit in der Zwischenkriegszeit, Marburg 2003, S. 48-50, 214, online abrufbar unter <<http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2003/0646/pdf/Retter.pdf>> (21.2.2021).

30 Zum sogenannten »Röhm-Putsch« und der Marburger Rede v. 17.6.1934 siehe den Beitrag von Martin Göllnitz im vorliegenden Band.

Abb. 1: Johann Wilhelm Mannhardt



Universitätsarchiv Marburg, Best. 312/7, Nr. 3

Hitlers Order nicht für beendet und attackierte – nicht zuletzt angestachelt durch die kritischen Reaktionen auf die Rede des Vizekanzlers Franz von Papens am 17. Juni 1934 in Marburg – auch ehemalige Verbündete wie etwa jungkonservative Professoren.³¹

Das hinderte Mannhardt jedoch nicht an seinem völkischen Engagement. So erklärte er sich gegenüber Richard Suchenwirth, dem kulturpolitischen Referenten des Berliner Hilfswerks für Flüchtlinge und Hinterbliebene, bereit, in Marburg studierende österreichische Flüchtlinge zu betreuen und einige davon in der Burse aufzuneh-

31 Vgl. Klaus Retzlaff, Reinliche Scheidung, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 10.5.1935, S. 1. Der Marburger NSDStB wendete sich u.a. gegen den Marburger Juraprofessor Heinrich Herrfahrt und den Anspruch der Jungkonservativen, sie hätten das »Dritte Reich« ermöglicht.

men.³² Sie waren wegen NS-Propaganda und Verwicklung in Terrorakte im Zuge des Verbots der NSDAP in Österreich (19. Juni 1933) und des gescheiterten Putschs (25. Juli 1934) geflohen. Auf diese Aktivisten wurde in einem Artikel über den blutsmäßigen SA-Ehrbegriff in der *Westdeutschen Akademischen Rundschau* Bezug genommen, den die bürgerliche Gesellschaft nicht verstehe:

»Als Beweis dafür mag das Beispiel dienen, das ein exponierter Marburger Bürger auslandsdeutschen Volksgenossen gegenüber gegeben hat. Er lehnte nämlich eine Unterstützung österreichischer SA.-Männer daher ab, weil er glaubte, daß das Verteilen von Flugzetteln, Bombenlegen, politische Saalschlachten Kindereien gleich kämen. Es mögen vielleicht von diesem sogenannten ›objektiven‹ Gesichtspunkte aus Kindereien sein, im Kampfe um die politische Macht gibt es aber nur restlosen Einsatz mit allen Mitteln oder behandschuhten geistigen Kampf ohne Erfolg.«³³

Damit war niemand anderes als Mannhardt gemeint, der sich bei Rektor Baur dagegen scharf in einem Schreiben verwahrte.³⁴ Er habe sich mit Hilfe des Kärntner Burgenkameraden Wilhelm Freisinger vor dem Wintersemester 1934/35 bemüht, mehrere akademische Kämpfer aus den reichsdeutschen Lagern der Flüchtlinge in die Burse zu bekommen. Zunächst sollte Walther Hochsteiner in die Burse kommen, der jedoch im neuen Carl Duisberg-Haus der Marburger Studentenschaft verblieben sei. Trotzdem habe Hochsteiner an der Weihnachtsfahrt der Burse teilnehmen wollen, was Mannhardt mangels Zugehörigkeit zur Burse abgelehnt habe. Mit Beginn des Wintersemesters seien die Kärntner Norbert Knoblich und Alfons Ulf Pirker in die Burse gekommen, die beide kurz vor bzw. nach Semesterende nach Kärnten zurückgekehrt seien. Mannhardt habe Pirker dringend davon abgeraten, da er sich propagandistisch betätigt und »sich offenbar auch irgendwie an den Sprengstoffunternehmungen beteiligt« hätte. Generell habe Mannhardt in Übereinstimmung mit dem Berliner Hilfswerk jedoch eine Rückkehr befürwortet, wenn keine Verfolgung drohe, denn solche Leute würden in Österreich »besonders notwendig« gebraucht. Gegen Beginn des Sommersemes-

32 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Richard Suchenwirth, 27.11.1934. Mannhardt hatte wohl von den Disziplinproblemen der Österreichischen Legion gehört, denn er bemerkte, dass er keineswegs »irgendwelchen Studenten« hinterherlaufen wolle.

33 Emil Hoffmann, Erziehung zur Hochschule, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 5.4.1935, S. 1f., hier S. 1. Hoffmann (geb. 1911) war NSDAP- und SA-Mitglied und gehörte der Schwarzen Front an. Zumindest im Sommersemester 1935 leitete er das Hauptamt V für Werbung und Aufklärung in der Marburger Studentenschaft und war Pressereferent im Gaustudentenbund. 1937 wurde er von der Universität Marburg als Jurist promoviert, kam 1939 zum Propagandaministerium, wechselte 1941 zum Auswärtigen Amt und war an der Botschaft in Bukarest tätig. Obwohl der SS nicht zugetan, arbeitete er später als SS-Kriegsberichterstatte. Nach 1945 wurde er wegen Zugehörigkeit zur nationalrevolutionären Deutschen Revolution bis 1947 von den Briten inhaftiert. Danach arbeitete er als Journalist und im Ost-West-Handel, wobei er auch für die Stasi aktiv war. Vgl. o.V., Ämterbesetzung der Studentenschaft, in: *Westdeutsche Allgemeine Rundschau* v. 12.4.1935, S. 7; o.V., Die Führung des Gaustudentenbundes, in: *Westdeutsche Allgemeine Rundschau* v. 2.5.1935, S. 6; Douglas Selvage, SA-CIA-HV A: Dr. Emil Hoffmann and the »Jungle of the Secret Services« (1934-1985), in: *The Stasi at Home and Abroad. GHI Bulletin Supplement 9* (2014), S. 115-137.

34 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 10.4.1935. Dort finden sich auch die folgenden Zitate.

ters 1935 habe Hochsteiner Mannhardt über die Verhaftung Pirkers in Österreich informiert und Mannhardt unterstellt, die Rückkehr Pirkers nach Österreich und dort ein Abschwören seiner NS-Gesinnung verlangt zu haben. Im Übrigen hätte Mannhardt Pirkers und Hochsteiners österreichische Aktivitäten als »Kindereien« bezeichnet, wobei Mannhardt im Schreiben bemerkte, sich nicht mehr an den genauen Wortlaut erinnern zu können. Er habe unter Protest gegenüber Hochsteiner auf Missverständnisse verwiesen. Anfangs hätte er Pirkers Rückkehr gewünscht, doch wegen der Umstände ihm ein Bleiben in der Burse ermöglicht. Im Übrigen hätte er die Taten der Nationalsozialisten und besonders beider Taten nicht als Kindereien oder ähnlich bezeichnet; vielmehr hätte er Pirker darauf hingewiesen, dass die Polizeiorganisationen seine Tat vielleicht nicht kennen würden oder sie »für Kindereien oder ähnliches« halten könnten. Den Vorwurf des Abschwörens habe er als unerhört zurückgewiesen und Hochsteiner im Falle umlaufender Gerüchte der alleinigen Verbreitung beschuldigt. Zu Semesterbeginn sei Pirker in der Burse erschienen und habe Mannhardt von seinen Erlebnissen in Österreich und seiner Flucht berichtet. Dabei hätte er »strikt abgeleugnet«, Hochsteiner erzählt zu haben, dass Mannhardt die »revolutionäre Aktion« als Kinderei bezeichnet und ein Abschwören verlangt hätte. Inzwischen seien Hochsteiner und der stellvertretende Studentenschaftsführer Waldemar Müller beim Rektor gewesen, der daraufhin Pirker vernommen habe. Laut Baur Mitteilung an Mannhardt habe Pirker beide Behauptungen abgestritten. Gegenüber Mannhardt habe sich Pirker verzweifelt gezeigt, denn er wolle sowohl mit ihm als auch mit Hochsteiner in Frieden leben.

Nach Kenntnisnahme des Artikels habe Mannhardt erfahren, dass Hochsteiner und der Artikelautor Hoffmann verbreiteten, dass er sich unerhört gegen österreichische SA-Männer benommen hätte und dass er der »exponierte Bürger« sei. Mannhardt forderte Baur Schutz gegen diese Verleumdungen und böswilligen Gerüchte ein. Ferner sollte Hoffmann als Jurist und Nationalsozialist in dem Studentenorgan erklären, dass er »die Ehre eines Professors, eines Parteigenossen und eines Offiziers des Weltkrieges in den Schmutz getreten hat« und damit die Ehre der SA verletzt habe. »Wenn auf einen das verächtlich wirkende Wort ›Bürger‹ nicht paßt, dann bin ich es.« Gegen Ende des Schreibens verlangte Mannhardt eine strenge Bestrafung Hoffmanns und Hochsteiners. Bei Hochsteiner votierte er wegen dessen »Flüchtlingspsychose« für mildernde Umstände.

»Allerdings muß ihm klar gemacht werden, daß hier in Deutschland das Wort des Führers gilt, daß die Revolution – wenigstens mit massiven Mitteln – zu Ende ist und nicht etwa durch österreichische Revolutionäre hier fortgesetzt werden kann.«³⁵

Anfang Juni teilte Rektor Baur Mannhardt das Ergebnis seiner Untersuchung mit: Der fragliche Ausdruck sei anders gemeint gewesen, er habe »in jeder Beziehung eine positive einwandfreie Betreuung in nationalsozialistischem Sinne durchgeführt«, und die Angriffe hätten wegen Mannhardts Verdiensten um das Auslandsdeutschtum unterbleiben müssen.³⁶ Gleichwohl bedauerte Baur, »dass taktische Unvorsichtigkeiten Ihrerseits die Möglichkeit zu derartigen unqualifizierbaren Angriffen gegeben haben«. Er

35 Ebd.

36 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Rektor Baur an Mannhardt, 5.6.1935. Dort auch das folgende Zitat.

werde aber die Sache richtig stellen und sich bei offiziellen Parteistellen für ein Unterbleiben solcher Angriffe einsetzen.

Damit war die Angelegenheit keineswegs geklärt, vielmehr war nun das Parteimitglied Mannhardt als Gegner der radikalsten Nationalsozialisten etikettiert und bald wurde die Eskalation fortgesetzt. Am 18. Mai 1935 fand in Kassel der Gauparteitag statt, auf dem der Marburger NSDStB die Ausgestaltung des Gaustudententreffens verantwortete.³⁷ Wenn es auch in den Reden der führenden Marburger NS-Studenten vor allem um die endgültige Gleichschaltung der Korporationen ging, so wurden auch Universitätslehrer wie Mannhardt angegriffen. So verwahrte sich der stellvertretende Gaustudentenbundführer Müller unter anderem dagegen, jeden Soldaten im Ersten Weltkrieg mit dem »Ehrentitel« »Frontkämpfer« zu bezeichnen.³⁸ Vor allem Todenhöfer wandte sich gegen Universitätsdozenten:

»Heute ist es so, daß sich Bürokraten, die sich 1933 in die Partei verirrt, bei allen Gelegenheiten zum Interpreten des Nationalsozialismus machen. Wir Jungen, die wir von früh auf im politischen Kampfe gestanden haben, müssen diese Generation restlos ablehnen.«³⁹

Der NSDStB habe, so der Marburger NS-Funktionär weiter, als »Stoßtrupp« über die Reinheit der nationalsozialistischen Idee an der Universität zu wachen; er protestiere in aller Schärfe gegen jene Männer, die mit der studentischen Generation nichts mehr zu tun hätten und die darauf warteten, dass die »alten [studentischen] Kämpfer« an der Hochschule verschwänden.

III. Der Konflikt entlädt sich

Am Abend des 18. Juni 1935 kam es zum sichtbaren Höhepunkt des Konflikts, zum Skandal. Zu dessen Ablauf existieren – wie so oft – mehrere Versionen bis hin zu eindeutigen Fehldarstellungen. Am ausführlichsten berichten die Protagonisten der Auseinandersetzung – hier der Skandalisierte Mannhardt, dort der Skandalisierer Todenhöfer – über das Ereignis. Mannhardt schilderte es am nächsten Tag in einem Schreiben an den mit ihm befreundeten Rektor Baur wie folgt:⁴⁰ Für den Abend war das Referat des katholischen Seelsorgers Dr. Werner Becker über das Thema »Das Kirchenbild einer neuen Generation« angesetzt.⁴¹ Auf eine Anfrage Beckers hin hatten die Bursenkameraden

37 O.V., Der Gaustudentenbund Kurhessen auf dem Gauparteitag in Kassel, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 17.5.1935, S. 6.

38 [Waldemar] Müller, Gemeinschaftserziehung durch das Kameradschaftshaus, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 29.5.1935, S. 3f., hier S. 3.

39 [Gerhard] Todenhöfer, Für die Reinheit der Idee an der Hochschule, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 29.5.1935, S. 4. Dort auch die nachfolgenden Zitate.

40 UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935.

41 Der Theologe und Oratorianer Becker (1904-1981) wurde 1925 bei Carl Schmitt mit einer Dissertation über die Staatslehre des Thomas Hobbes promoviert. Nach weiteren Studien wurde er 1932 in Aachen zum Priester geweiht. Von 1933 bis 1938 wirkte er als Studentenpfarrer in Marburg und von 1939 bis 1943 in Leipzig. Hier war er an der Rettung von Juden beteiligt. In den letzten Kriegs-

einstimmig einen solchen Vortrag wiederholt bejaht. Da sich an diesen »unpolitischen Vortrag kirchenpolitische Fragen anschließen könnten«, sollte der Vortrag im Rahmen der Bursengemeinschaft erfolgen. Daher wurden außer den internen nur die externen Bursenkameraden eingeladen.

Abb. 2: Das Studentenwohnheim Deutsche Burse in Marburg



Bildarchiv Foto Marburg, fm15052

Kurz vor Vortragsbeginn bemerkte Mannhardt unter den etwa 36 bis 38 Erschienenen dann einen Fremden. Laut Auskunft eines »Kameraden« handelte es sich um einen niederländischen Auslandsdeutschen, der früher in Mannhardts Seminar gewesen sei. Nachträglich ergab sich jedoch, dass der Mann namens Hofer Mannhardt als Mitglied der Vereinigung Auslandsdeutscher Studierender begegnet sein musste. Um eine Unruhe zu vermeiden, monierte Mannhardt seine Teilnahme nicht. Unmittelbar vor Vortragsbeginn betrat plötzlich Hochsteiner mit einem fast allen unbekanntem Herrn den Raum. Daraufhin bedeutete Mannhardt Hochsteiner, dass »es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele, zu der ich keine Einladungen hätte ergehen lassen«. Weiter bat er die beiden, auf die Teilnahme zu verzichten, worauf Hochsteiner nur entgegnete: »Dann sind wir also unerwünscht und können wieder gehen« und verschwand mit seinem Begleiter. Wie Mannhardt später feststellte, hatte der Begleiter anschließend auf Anruf im Hause telefoniert. Zudem erfuhr Mannhardt, dass »der Begleiter einer der

monaten war er Sanitäter in der Wehrmacht. Nach Kriegsende war er erneut bis 1961 Hochschulseelsorger in Leipzig und dort von 1966 bis 1976 Leiter der Ökumenischen Arbeitsstelle. Siehe dazu Michael Ulrich, »Helft mir danken!«. Zum Tode Werner Beckers, in: *Catholica* 35 (1981), S. 318-320.

Gauleiter von Kärnten gewesen ist«. Danach bat er Hofer, »aus Gerechtigkeitsgründen« ebenfalls zu gehen. Der verließ die Burse »mit dem Widerspruch, er sei auch Auslandsdeutscher«. Die Veranstaltung selbst verlief ungestört und endete bald nach 23.00 Uhr.

Kurz nachdem Becker das Haus verlassen hatte, versammelte sich vor der Burse »eine Anzahl von Männern [...], die sich langsam vermehrte«. Es war der Tag der Beisetzung der Toten von Reinsdorf.⁴² Zwecks genauer Darstellung der Vorwürfe folgt Mannhardts Erinnerung im Original:

»Ein Teil der Bursenkameraden, insbesondere die älteren, ging an den Eingang des Gartens, andere verteilten sich auf die Terrasse und die Zimmer. Es erfolgten Einzelbeschimpfungen gegen Kirche und Priester, und es bildeten sich Sprechchöre, die sich ausschließlich gegen mich richteten. Es wurde laut: ›Mannhardt, heraus! Mannhardt, verschwinde! Mannhardt ins Konzentrationslager! Mannhardt in Schutzhaft! Du Feigling! Mannhardt verrecke! Du Verräter! Wir wollen deutsche Professoren!‹ In Einzelrufen wurde auch die Burse als solche beleidigt. Inzwischen sprach Hochsteiner die Anwesenden an, indem er von seinen Verdiensten redete. Zwei Jahre lang habe er gegen die Feinde des Nationalsozialismus in Österreich gekämpft. Nun säße gar einer in der Burse. Diese Bemerkung bezieht sich auf stud. phil. Blassnig aus dem Defereggental (Osttirol). Derselbe war mir von einem Bursenkameraden, der vor einigen Semestern zum Obmann gekürt war, empfohlen worden in der Hoffnung, daß er hier in Marburg den Weg zu dem neuen Deutschland finden würde. Die Einzelbeschimpfungen traten dann zurück, und es schien eine gewisse Leitung in das Ganze zu kommen. Wie ich nachher erfahren habe – in der Dunkelheit war nichts zu sehen –, waren Todenhöfer und Hoffmann eingetroffen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen meinem Internatsleiter und Hoffmann, wobei Hoffmann erklärte, er wäre nur noch zwei Tage in Marburg, aber den Internatsleiter Horstmann würde er noch absetzen. Am Schluß wurde bekanntgegeben, daß am nächsten Tage eine weitere Demonstration erfolgen würde. Alsdann zogen die Erschienenen mit einem Marschlied ab.«⁴³

Mannhardt hatte den Vortrag des katholischen Studentenpfarrers als heikel eingeschätzt, denn am 30. April 1935 war als Erwiderung auf die katholische Kritik an dem NS-Chefideologen Alfred Rosenberg dessen Buch *An die Dunkelmänner unserer Zeit* erschienen.⁴⁴ Dies musste auch den Studierenden bekannt sein, zumal eine Annotation beispielsweise im *Völkischen Beobachter* vom 5. Mai 1935 und in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift *Der Deutsche Student* abgedruckt wurde.⁴⁵ Auch war wenige Tage vor der Demonstration die Beschäftigung mit Rosenbergs Text das »Ziel der politischen

42 Am 18. Juni 1935 fand eine große Trauerfeier mit Hitler, Göring und Gauleiter Jordan für die Toten des Explosionsunglückes vom 13. Juni des Jahres im Sprengstoffwerk in Reinsdorf bei Wittenberg statt. Vermutlich wurde die Trauerfeier über den Rundfunk in die Marburger Stadtsäle übertragen.

43 UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935.

44 Alfred Rosenberg, *An die Dunkelmänner unserer Zeit*. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den »Mythus des 20. Jahrhunderts«, München 1934.

45 *Völkischer Beobachter* v. 5.5.1935; G[erhard] S[chröder], »An die Dunkelmänner unserer Zeit«, in: *Der Deutsche Student* 3 (1935), S. 397.

Arbeit« des Pfingstlagers des kurhessischen NSDStB am Edersee.⁴⁶ Die anfängliche Zulassung des niederländischen Auslandsdeutschen belegt, dass Mannhardt den Begriff »geschlossene Gesellschaft« selektiv handhabte. Da er aber Hochsteiner als konfliktaffinen Nationalsozialisten kannte, wies er ihn samt Begleiter hinaus. Mit dem Hinweis auf das Telefonat suggerierte Mannhardt, dass die beiden bewusst provoziert hätten, um daraufhin nach vorgefasstem Plan die NS-Studenten zum Marsch auf die Burse aufzufordern. Indem Mannhardt nur von einer »Anzahl« Demonstranten schrieb, wollte er wohl deren Zahl klein reden, und die Erwähnung der Gedenkfeier an die Opfer von Reinsdorf sollte begründen, warum überhaupt eine gewisse Zahl Demonstranten mobilisiert werden konnte. Der Verweis auf die Beschimpfung von Kirche und Priester zeigt, dass er mit seiner Befürchtung nicht völlig falsch lag. Gleichwohl stellte er sich mittels der Vielzahl der zitierten Tiraden zutreffend als das Hauptopfer dar. Ganz abgesehen von der Androhung von Schutzhaft und Konzentrationslager (KZ) wurde ihm als Nationalsozialisten bewusst, dass er damit auf eine Stufe mit Regimegegnern gestellt, in seinem soldatischen Ehrgefühl als Feigling und darüber hinaus als »undeutsch« beleidigt worden war. Dies alles erforderte seine energische Gegenwehr. So attackierte er das prahlerische Verhalten Hochsteiners, der mit seiner Denunziation des österreichischen Bursenmitglieds verhindere, dass dieser »den Weg zu dem neuen Deutschland« finden könne.⁴⁷ Des Weiteren stellte Mannhardt Todenhöfer und Hoffmann als Drahtzieher hin, da sie erst dem Ganzen eine Leitung verliehen hätten. Mit der angedrohten Absetzung des Internatsleiters durch Hoffmann unterstrich Mannhardt die Unbedingtheit so mancher studentischer NS-Funktionäre. Zudem wiesen die Drohung und die Beleidigungen der Burse auf eine reale Gefährdung der Einrichtung hin. Damit wurde Rektor Baur bedeutet, dass nicht nur Mannhardt als Universitätsprofessor, sondern auch die Burse als studentisches Wohnheim seiner dringenden Unterstützung bedurften. Die Erwähnung einer weiteren Demonstration suggerierte, dass die Gefahr bei weitem nicht gebannt war.

Eine anders gefärbte Darstellung enthielt Todenhöfers undatiertes Bericht: Am 18. Juni gegen 22 Uhr 15 teilte ihm per Telefon Hauptamtsleiter Emil Hoffmann mit, dass die »Kameraden« Hochsteiner und Kuss von Mannhardt aus der Burse gewiesen worden seien, als sie dem Vortrage des katholischen Seelsorgers Dr. Becker zuhören wollten.⁴⁸ Als Todenhöfer davon seinen Kameraden erzählte, zeigten sie sich mit ihm über das Verhalten Mannhardts außerordentlich erregt und meinten, »man solle ihm die »Bude« stürmen«. Zudem ließ sich Todenhöfer von dem herbeigerufenen Hoffmann den Sachverhalt nochmals berichten. »Der Sicherheit halber« ging Todenhöfer in die Stadtsäle, um dort von Kuss und Hochsteiner die genaue Schilderung zu hören. Inzwischen hatte sich Mannhardts Verhalten schon herumgesprochen. Hochsteiner erzählte, dass er von einem »Kameraden« zu dem Vortrag des katholischen Studentenseelsorgers Becker eingeladen worden sei. Als er mit Kuss erschienen sei, habe Mannhardt sich nach seinem

46 Pfingstlager des Gaustudentenbundes Kurhessen, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 27.6.1935, S. 6. Der Pfingstsonntag war der 9. Juni.

47 UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935. Dort auch zum Folgenden.

48 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Abschrift des Berichts über die Kundgebung gegen Professor Mannhardt von Gerhard Todenhöfer, undat.; dort auch die folgenden Zitate.

Begleiter erkundigt. Hochsteiner habe erwidert, »dass es ein Kamerad aus Kärnten sei, der erst vor einigen Wochen geflohen sei.« Darauf habe Mannhardt gefragt, wer sie überhaupt eingeladen habe. Hochsteiner habe geantwortet, dass es ein »Kamerad« aus der Burse gewesen sei. »Prof. Mannhardt sei daraufhin etwas betreten gewesen und habe nicht den rechten Mut zum Handeln gehabt.« Hochsteiners Frage, ob sie jetzt gehen müssten, habe Mannhardt bejaht. »Unter Protestscharren der auslandsdeutschen Kameraden«, »die das Verhalten von Mannhardt nicht verstanden«, hätten Hochsteiner und Kuss das Lokal verlassen. Auf Mannhardts Entschuldigung, dass es sich um einen geschlossenen Abend handele, entgegnete Todenhöfer, »dass die Bursenabende niemals in dieser Art geschlossen gewesen sind und dass die Geschlossenheit schon durch die Anwesenheit eines anderen Studenten durchbrochen war«. Auch habe Mannhardt den anderen Studenten erst nachträglich des Saales verwiesen. Zur Demonstration führte Todenhöfer aus:

»Da die Lage immer bedrohlicher wurde und einige Kameraden zu Mannhardt ziehen wollten, habe ich mich entschlossen, um jederzeit die Leute in der Hand zu haben, mit ihnen zu gehen. Vor der deutschen Burse kam es zu grossen Kundgebungen gegen Prof. Mannhardt. Die Menge stiess immer wieder Schmährufe gegen Mannhardt aus und verlangte seine Absetzung. Die Kundgebung dauerte etwa eine halbe Stunde und verlief in vollster Disciplin [sic!]. Nach dem Absingen von Kampfliedern und einigen Hochrufen auf die österreichischen und auslandsdeutschen Kameraden wurde der Rückmarsch angetreten. Schaden ist bei dieser Kundgebung nicht entstanden.«⁴⁹

Zum Schluss seines Berichts bemerkte Todenhöfer, dass es »schon seit Semestern zu dauernden Auseinandersetzungen mit Mannhardt« gekommen sei. »Dass dieser Vorfall nur der Schlussstein einer langen Entwicklung ist, ist das Entscheidende.«

Im äusserlichen Vergleich der Berichte fällt deren unterschiedliche Länge auf, woraus man erahnen kann, wer der Angeklagte und der Kläger ist. Mannhardts Rapport ist anderthalb Mal so lang wie der von Todenhöfer. Während ein Beklagter möglichst viele Punkte zur Verteidigung aufführt, bringt ein selbstsicherer Kläger seine Anschuldigungen ohne lange Erläuterungen vor. Todenhöfer gab seinem Bericht einen offiziellen Anstrich, indem er eine nüchterne Berichtssprache wählte und die handelnden Personen mit Titel und Funktion aufführte.

Es spricht alles dafür, dass nach der früheren angeblichen Beleidigung der österreichischen »alten Kämpfer« nun ein neuer Zwischenfall provoziert wurde, um den Konflikt weiter zu eskalieren. Da in der Burse auch radikale Nationalsozialisten, insbesondere aus Kärnten, wohnten, war wohl die Nachricht von einer Veranstaltung nur für Bursenkameraden auch zu Hochsteiner und der Studentenführung gedrungen. Das bot Gelegenheit zu einer Provokation. Mit dem Verweis aus der Burse konnte Hochsteiner suggerieren, dass dieser Affront nicht nur gegen ihn und seinen Kameraden, sondern letztlich gegen die Kärntner Nationalsozialisten gerichtet war. Als Begründung konnte er den zugelassenen Hofer und die Unüblichkeit geschlossener Bursenveranstaltungen, was zum Teil auch zutraf, anführen. Mannhardts verlegene Reaktion fügte sich gut in

49 Ebd. Dort auch die folgenden Zitate.

diese Argumentationslinie ein, und das »Protestscharren« der Bursenkameraden konnte als interne Kritik an Mannhardt herausgestellt werden. Das kirchliche Vortragsthema war nebensächlich, da Todenhöfer weder den Titel noch die späteren antikirchlichen Schmähungen benannte. Auch war Hochsteiner als radikaler Nationalsozialist und Jura-Student wohl wenig oder gar nicht an einem Kirchenthema interessiert. Es passte zur Verschleierung des planmäßigen Vorgehens, dass Todenhöfer Hochsteiners Begleiter nur kurz als »Kärntner Kameraden« erwähnte. Dagegen interessierte Mannhardt die Identität des Begleiters, dem wegen des von Todenhöfer nicht erwähnten Telefonats eine recht aktive Rolle zukam und deshalb wohl nicht irgendein »Kärntner Kamerad« war. Daher könnte Mannhardts Aussage »einer der Gauleiter« zutreffen; in diesem Fall sollte jedoch Todenhöfers Namensangabe Kuss die wahre Identität des Unbekannten verschleiern.⁵⁰ Auch war wohl das Telefonat von außen in die Burse Teil des Plans, bei dem übermittelt werden sollte, ob Mannhardt die beiden vor die Tür gesetzt habe, und nun die Demonstration als scheinbar spontane Unmutsäußerung stattfinden sollte.

Zum Ablauf der Demonstration gab sich Todenhöfer als Führer und Herr der Lage, der mit Verständnis für den Zorn seiner Gefolgschaft diese aber jederzeit unter Kontrolle hat. Um sein eigenes Verhalten und das der Mitdemonstranten zu legitimieren, betonte er, dass er sich vorher eingehend informiert habe. Ferner unterstrich er mit der Floskel »die Bude stürmen« die explosive Stimmung unter den NS-Studierenden und rechtfertigte so sein Eingreifen. Dadurch sei die Kundgebung diszipliniert abgelaufen und vor allem sei kein (materieller) Schaden entstanden. Mit der Erwähnung von Hochrufen und dem Absingen von Liedern vermittelte er, dass die Demonstration wie die sonst NS-üblichen öffentlichen Aufmärsche verlaufen sei. Todenhöfer zitierte im Gegensatz zu Mannhardt nicht die Schmähungen, sondern hob die zentrale Zielsetzung der Aktion, nämlich dessen Absetzung hervor. Die Verwendung des Wortes »Schlusstein« sollte unterstreichen, dass Mannhardts Beurlaubung, also de facto sein Lehrverbot, unabänderlich und nicht mehr rückgängig zu machen sei.

In seinem Bericht versuchte Todenhöfer, Mannhardts Isolierung von nahezu allen Bursianern herauszustellen, wogegen Mannhardt in seinem Rapport das Gegenteil behauptete. Gerade die Älteren, also die ihn schon länger kannten, hätten sich den Demonstranten entgegengestellt. Zudem verwies er mit der Erwähnung des Streits zwischen Hoffmann und dem Internatsleiter auf dessen Parteinahme für ihn. Des Weiteren vermittelte Mannhardt, dass im Gegensatz zu Todenhöfers Darstellung die Kundgebung nicht nur ihm allein, sondern überdies der Burse gegolten hätte.

IV. Folgen des Skandals und Reaktionen

Auf einen Anruf Todenhöfers beim REM noch in der Nacht des 18. Juni 1935 ging am Folgetag bei der Marburger Universitätsleitung ein Telegramm des Ministeriums ein, das

50 Ein Gauleiter namens Kuss ist nicht nachweisbar. Aufgrund seines Alters kommt der damals 31-jährige Franz Kutschera als stellvertretender Gauleiter in Frage. Aus außenpolitischen Gründen durfte nichts über Verbindungen der Österreichischen Legion nach Österreich bekannt werden.

Mannhardts umgehende Beurlaubung und eine sofortige Berichterstattung verfügte.⁵¹ Rektor Baur fuhr daraufhin am 21. Juni ins Ministerium und legte dort die Darstellungen Mannhardts und der Studentenschaft vor und erhielt die von Todenhöfer; zudem wurde Baur eine Untersuchung zugesagt.⁵² Am Folgetag bat er das REM um Aufhebung der Beurlaubung, »da Garantie für Ruhe und Ordnung gegeben werden kann«.⁵³ Am 24. Juni schrieb Mannhardt an Baur, dass er die ausgebliebene Suspendierung der Studentenschaftsführung als Ungleichbehandlung werte.⁵⁴ Der Loyalitätskonflikt zwischen der Bursenkameradschaft und den Ansprüchen des NSDStB mache das Leben in der Burse unerträglich. Auch könne er als »bemakelter Mann« nicht das öffentlichkeitswirksame 15-jährige Jubiläum der Burse und die Ferienkurse 1935 durchführen. Deshalb sollte Baur ihm bis 12.00 Uhr des 25. Juni beim Ministerium einen Bescheid erzwingen. Baur setzte dem Ministerium eine Frist bis zum Abend und kündigte an, dass er die Beurlaubung aufheben werde, wenn bis dahin kein Bescheid erfolge. Mangels Bescheid hob er die Beurlaubung auf. Stattdessen schickte das Ministerium am 28. Juni 1935 den Assessor Dr. Ernst Heinrich zur Untersuchung der Angelegenheit nach Marburg, wobei das Rektorat und die Studentenschaft aufgefordert wurden, Unterlagen und Zeugen im Streit Mannhardt – Studentenschaft bereitzustellen.⁵⁵

Die Studentenführung brachte nun ihre gesammelten Anschuldigungen gegen Mannhardt vor.⁵⁶ In einer fünfseitigen Darstellung wurde der Konflikt nicht als »vorübergehende Verstimmung« hingestellt, vielmehr beruhe er auf Mannhardts politischer Haltung und Entwicklung sowie seines persönlichen Charakters. Wegen der Förderung seiner Berufung durch Kultusminister Carl Heinrich Becker wurde Mannhardt in die Nähe des »Weimarer Systems« gerückt. Auch könne Mannhardt nicht »den Frontkämpfer schlechthin zum »alten Kämpfer« im Sinne der Bewegung« machen und die jungen kämpfenden Nationalsozialisten verächtlich als »120 % ige« titulieren. Seine Selbstbezeichnung als alter Nationalsozialist habe er dadurch konterkariert, dass er nie einen Aufruf deutscher Professoren für Hitler unterschrieben habe, was eindeutig falsch war. Vor einem auslandsdeutschen Professor und Nationalsozialisten habe er sich nicht zum Nationalsozialismus bekennen wollen, worauf der keinen Studenten mehr in die Burse schicke. Mannhardt habe den Bursenkameraden den Eintritt in die SA verboten. Tatsächlich erfolgte dies aus außenpolitischen Gründen, denn es sollte nicht zu »Entstellungen volksdeutschen Willens« in Europa Anlass gegeben werden.⁵⁷

51 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935; ebd., Abschrift des von Karl Theodor Vahlen gez. Telegramms des REM, 19.6.1935.

52 Ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935; ebd., Erklärung Mannhardts an Baur, 3.7.1935.

53 Ebd., Abschrift des Telegramms von Rektor Baur an Vahlen, 22.6.1935.

54 Ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935.

55 Ebd., Vahlen an Rektor Baur, 25.6.1935 (Abschrift).

56 Ebd., Abschrift der Darstellung der Studentenschaft vom Juli 1935; ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 14.9.1935. Baur hatte Mannhardt am 1. August 1935 die Darstellung der Studentenschaft sowie Todenhöfers Bericht vom 20. Juni 1935 jeweils in Abschrift übersandt. Dort auch die folgenden Zitate.

57 Vgl. o.V., Der Rundbriefleiter, in: Die Burse 5 (1935), S. 97-99, hier S. 98. Ausnahmsweise wurde der verstorbene Österreicher Wilhelm Freisinger in SA-Uniform in der Burse aufgebahrt (Foto ebd., S. 101).

Anfang der 1930er Jahre habe er die meisten Parteigenossen als »politisch unreif« bezeichnet und weiterhin behauptet, dass der Nationalsozialismus »keine führenden Köpfe« habe.⁵⁸ Sodann wird Mannhardt »als Konjunkturritter vom reinsten Wasser« bloßgestellt, der je nach Wahlausgang für oder gegen die NSDAP argumentiert habe. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme habe er seine Kritik fortgesetzt – was allerdings dem Vorwurf des Konjunkturritters widerspricht. Er habe Rektor und Anfang 1933, wie schon in der »Systemzeit«, sogar Kultusminister werden wollen. Seine Mitgliedschaftsanträge an die SA, Motor-SA, SA-Reserve und SS seien alle aus politischen Gründen abgelehnt worden. In der Dozentenschaft sei er »milde gesagt, äusserst unbeliebt«, vor allem »wegen seines anmassenden Wesens, seines Ehrgeizes und seiner damit verbundenen politischen Verwandlungsfähigkeit«. Er sei ein Intrigant und Postenjäger, und als Leiter der studentischen Wohnkameradschaft Burse überdies »unmöglich«, da seine Arroganz und Unnahbarkeit kein kameradschaftliches Verhältnis zwischen ihm als Lehrer und seinen Schülern aufkommen ließen. Die auslandsdeutschen Studenten seien von ihm wirtschaftlich abhängig, da er über ihr Bursenstipendium entscheide.

Sehr viel folgenschwerer als Mannhardts Opportunismus seien seine politischen Äußerungen in der Burse. Er behaupte einen Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Reichswehr, kritisiere die Parteigliederungen wie die NSDAP-Auslandsorganisation (AO) und insbesondere die Leistungen des Nationalsozialismus. »So droht er, es käme bald ein 30. Juni der PO. [Politische Organisation]«. Er sorge mit seinen Anschauungen dafür, »den Nationalsozialismus ja nicht ins Auslandsdeutschtum dringen zu lassen«, was er als Referent des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland »unheilvoll anwenden« könne. Tatsächlich hatte Mannhardt mehrmals die Äußerung von Kritik in geschlossenem Kreise eingefordert und die von ihm angesprochenen Differenzen waren nicht zu leugnen. Seine Missbilligung des Vorgehens der AO begründete er mit der massiven Beschädigung der Einheit auslandsdeutscher »Volksgruppen« durch die einseitige Unterstützung der NS-Erneuerer, was bei etlichen Deutschstämmigen einen Sympathieverlust für das NS-Regime verursachte. Des Weiteren wurde Mannhardt einer verderblichen Auswahl von Bursenstudenten bezichtigt, wobei als krassester Fall der eines »erkatholischen« österreichischen Studenten der vaterländischen Front genannt wurde. Der habe den Nationalsozialismus in Österreich als »Terrorismus« bezeichnet und Österreicher in der Burse ausspionieren können. Den Feinden des Deutschtums in Österreich gewähre Mannhardt Stipendien, lege aber nationalsozialistischen Österreichern nahe, die Burse zu verlassen, oder schließe sie trotz Einladung ihrer Kameraden aus der Burse aus. Abschließend hieß es:

»Wir wollen nicht einen Professor, vor dem wir die Studenten warnen müssen, sondern dem sie folgen können. Die Burse soll die hohe Schule für die politischen Soldaten sein, die als Nationalsozialisten in ihre Volksgruppen zurückkehren und ihnen den Glauben an das gemeinsame Vaterland geben können. Mannhardt ist für diese Aufgabe unmöglich und daher für uns nicht mehr tragbar.«⁵⁹

58 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Abschrift der Darstellung der Studentenschaft vom Juli 1935.

59 Ebd.

Die Anschuldigungen gegen Mannhardt zeichneten sich keineswegs durch eine solide Beweisführung aus, sondern durch eine Mischung von falschen, überinterpretierten und zutreffenden Bezeichnungen sowie suggestiven Aussagen. Das taktische Verhalten Mannhardts gegenüber dem Ausland und den Auslandsdeutschen wurde als Lauheit gewertet. Die nicht offensiv nach außen bekundete Verbindung der Bursenkameraden mit dem Nationalsozialismus sollte diese nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer schützen, was die Studentenführung in ihrem blinden Eifer übersah. Ebenso ging ihr der Wert der Kritik für die eigene Sache völlig ab. Besonders problematisch war der Vorwurf der Kritik an der PO. Sie musste die Politischen Leiter gegen Mannhardt in Harnisch bringen und Sympathisanten von einem offenen Einsatz für ihn abhalten.

Im weiteren Verlauf forderte die Universität vom REM die Fortsetzung der Untersuchung ein, worauf Mannhardt zu Todenhöfers Bericht und der Darstellung der Studentenschaft Stellung nehmen sollte.⁶⁰ Die Antwort erfolgte mit erheblicher Verzögerung, wobei er betonte, dass er nicht Grund zur Rechtfertigung, sondern zur Anklage habe. Ohne ein klares Urteil zu fällen, drängte das Ministerium bald auf Mannhardts Versetzung an eine andere Universität. Hatten anfangs Rektor und Kurator dabei noch eine »ehrenvolle Berufung« verlangt, so deutete sich gegen Jahresende 1935 wegen Mannhardts Forderungen eine immer größer werdende Kluft zwischen Universitätsleitung und Mannhardt an.⁶¹ Der stand schon seit Ende 1933 mit der Universität Breslau – wohl heimlich – in engem Kontakt zwecks Verlegung der Burse und wollte 1935 im Falle einer Versetzung außer dem Ordinariat noch eine Assistentenstelle, die Bibliothek und Geld-dotationen dorthin übertragen wissen.⁶² Das wollte die Universität nicht hinnehmen. Ein weiterer Streitpunkt waren die Ferienkurse. Da Baur die Rücknahme der Beurlaubung nicht aufrechterhalten konnte, hatte Mannhardt ihm Ende 1935 »in aller Form mündlich« mitgeteilt, dass er nicht mehr Leiter der Ferienkurse sei.⁶³ Als nach den 1936 ausgefallenen Ferienkursen 1937 deren Planung anstand, weigerte sich Mannhardt gegenüber dem Kurator, die Adressunterlagen herauszugeben.⁶⁴ Durch seine kompromisslose Verhandlungsweise hatte er nun die ihm anfangs gewogene Universitätsleitung vollends gegen sich aufgebracht.

Zahlreiche Personen setzten sich in der Folge für Mannhardt ein, nicht ohne dessen »menschliche Unzulänglichkeiten« einzuräumen.⁶⁵ Um Zweifel an einem Dissens in der Bursenkameradschaft zu zerstreuen, bekundeten Internatsleiter der letzten zehn Jahre ihre Solidarität.⁶⁶ Die Deutsche Burse sei in der »Systemzeit« als »Faschistenkaserne« tituliert worden; man habe »vor 1933 immer wieder den – berechtigten – Vor-

60 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 14.9.1935.

61 Ebd., Mannhardt an Frau Baur, 26.10.1935; ebd., Mannhardt an Wilhelm Engel, 4.11.1935.

62 UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Kurator der Universität Breslau an Mannhardt, 3.1.1934.

63 UAM, Best. 305a, Nr. 674, Mannhardt an Ludwig Gatzert, 20.12.1935.

64 UAM, Best. 307d, Nr. 2853, Kurator an REM, 12.6.1937 (Abschrift).

65 UAM, Best. 308/30, Nr. 139, Karl Kurt Klein an Heinrich Harmjan, 20.9.1937 (Abschrift); ferner ebd., Erwin Wiskemann an Rektor Leopold Zimmerl, 10.6.1937 (Abschrift). Wiskemann schrieb von »einer gewissen Härte und Schroffheit« Mannhardts.

66 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Solidaritätserklärung an den Rektor der Universität Marburg, undatiert (Abschrift). Zu den Unterzeichnern der Solidaritätserklärung gehörten Prof. Dr. Karl Kurt Klein (Jassy/Rumänien), Dr. Rudolf Fischer (Berlin), Pastor Gottfried Schmidt (Bretsch, Seehausen), Prof. Dr.

wurf hören müssen, nationalsozialistisch ›verseucht‹ zu sein«. Gerade aus der Burse seien »tüchtige Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee im Reich und im Ausland-deutschtum« hervorgegangen.

V. Unterdrückung des Skandals und abschließende Bewertung

Im Lagebericht zum Mai und Juni kolportierte der Marburger Oberbürgermeister Ernst Scheller an den Polizeipräsidenten in Kassel am 28. Juni 1935 folgendes:

»Am Dienstag, den 18.6.1935, erfolgte gegen 23,00 Uhr seitens einer Anzahl von ca. 35 Studenten eine Demonstration gegen den Prof. Dr. Mannhardt, Direktor des Instituts f. d. Deutschum im Ausland, hier Rotenberg Nr. 21 wohnhaft. Im Institut sind fast alle Studenten katholischer Konfession. Prof. Dr. Mannhardt hatte mit dem Pfarrer Hünse-ler vereinbart, dass letzterer, am 18.6.35 im Institut am Rotenberg, vor den Studenten sprechen sollte. Ein Insasse des Instituts hatte den österreichischen Flüchtling, den stud. jur. W. Hochsteiner, hier, Behringweg Nr. 2 (Duisberghaus) wohnhaft, eingeladen. Da der Vortrag nur für die Insassen des Instituts bestimmt war, forderte Prof. Dr. Mannhardt den Hochsteiner auf, das Haus zu verlassen. Es entspann sich nun ein Streit zwischen Hochsteiner und Prof. Dr. Mannhardt, der sich auf die Studentenschaft und Prof. Dr. Mannhardt ausdehnte. Nach Aufklärung durch die Insassen des Instituts zo-gen die Studenten wieder ab.«⁶⁷

Scheller versuchte nicht nur die Demonstration herunterzuspielen, sondern stellte sie fälschlicher Weise auch in einen antikatholischen Kontext. Die Burseninsassen waren keineswegs fast nur katholisch und außerdem hatte nicht der einzige Marburger katho-lische Pfarrer referiert, sondern der katholische Theologe Werner Becker. Der evangeli-sche Scheller nutzte hier antikatholische Ressentiments im protestantischen Marburg und vor allem die sich andeutende Repression gegen die Katholische Kirche, um von der Kritik an Mannhardt abzulenken. Mit seinem Schlusssatz suggerierte er die Beilegung des Konflikts.

Die mit dem Bericht verbundene Intention bietet bereits die Erklärung für den feh-lenden Niederschlag in der lokalen und studentischen Presse und sogar im Lagebe-richt der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). In der einzigen Marburger Tageszeitung, der *Oberhessischen Zeitung*, deren Chefredakteur Scheller war, wurde die Demonstration nicht erwähnt.⁶⁸ Gleiches gilt für die Zeitschrift *Der Deutsche Student* und die *Westdeut-*

Albert Holfelder (Berlin-Lankwitz), Dr. Karl Jäger (Kaaden/CSR), Dr. Andreas Hohlfeld (Dortmund), Pfarrer Friedrich Benesch (Birk, Sächsisch-Regen) und Hans Horstmann (Predigerseminar Preez).

67 Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), Best. 165, Nr. 3820, Bl. 186f., Berichterstattung in poli-tischen Angelegenheiten, 28.6.1935. Scheller (1899-1942) wurde 1925 als Dr. phil. in Marburg pro-moviert und fungierte seitdem als Schriftleiter der *Oberhessischen Zeitung*. 1931 wurde er NSDAP-Mitglied (Nr. 813.692), 1933 Mitglied des Magistrats der Stadt Marburg und im April 1934 deren Oberbürgermeister, der er bis zu seinem Tod an der Ostfront blieb. Vgl. o.V., Scheller, Karl Adolf Ernst, in: Hessische Biografie, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/1124703217>> (21.2.2021).

68 Es wurden dazu die Ausgaben der *Oberhessischen Zeitung* vom 19. bis 30. Juni 1935 gesichtet.

sche *Akademische Rundschau*, die in Marburg herausgegeben wurde.⁶⁹ Von Mannhardts Beurlaubung war ebenfalls nichts zu lesen, obwohl in der *Rundschau* im November 1935 sieben Beurlaubungen erwähnt wurden.⁷⁰ Als weiterer Grund für die ausgebliebene Meldung kommen sich häufende Presseanweisungen im Sommer 1935 infrage, nicht über studentische Dinge zu berichten, da die Verhältnisse innerhalb der Studentenschaften noch einer Klärung bedürften.⁷¹ Das Verschweigen der Demonstration sowie ihre Minimierung und Verfälschung durch den Oberbürgermeister waren erfolgreich, denn im entsprechenden Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel wurde die Demonstration nicht erwähnt.⁷²

Die NS-Studenten versuchten eine affirmative Skandalisierung, indem sie einen angeblichen »Konjunkturritter« zu Fall bringen wollten, was ihnen nicht zuletzt durch das ungeschickte Verhalten des Skandalisierten gelang. Hierzu suchten sie die öffentliche Resonanz, weshalb sie zum Mittel der Kundgebung griffen, um zu zeigen, dass Mannhardt sich außerhalb der NS-Ideologie gestellt habe. Die inszenierte Empörung griff nicht um sich, da sie von lokalen NS-Kreisen verhindert wurde. Wegen der Umsetzung der Kameradschaftshausidee, der Agitation gegen die Studentenverbindungen und Übergriffen gegen Korporierte war schon 1934 die Zahl der Studierenden in Marburg erkennbar zurückgegangen.⁷³ Daher befürchtete die Stadtspitze einen wirtschaftlichen Niedergang, unter anderem wegen wegbrechender Einnahmen bei Kleinvermietern. Dem wollten Stadt und Universität gegensteuern und die Loyalität der Einwohner*innen gegenüber dem NS-System nicht gefährden. Nicht zuletzt wurde in universitären und akademischen Kreisen ein massiver Prestigeverlust der Partei befürchtet, weshalb Anfang 1936 zur studentischen Disziplinierung die Reichsstudentenschaft unter Gustav Adolf Scheel installiert wurde. Die verantwortlichen NS-Funktionäre – Reichserziehungsminister Bernhard Rust für die Studentenschaft und der Stellvertreter des Führers Rudolf Hess für den NSDStB – hatten ein Nachlassen der studentischen Loyalität gegenüber dem Nationalsozialismus konstatiert, weshalb der rigorose Aktivismus der NS-Studenten »gezähmt« werden musste.⁷⁴

69 *Der Deutsche Student* publizierte allerdings solche und ähnliche Nachrichten nur gelegentlich, im Mittelpunkt der Zeitschrift standen meist nur grundsätzliche Artikel und Anordnungen. In der *Westdeutschen Akademischen Rundschau* v. 27.6.1935 fand sich kein Hinweis; die nächste Ausgabe erschien wegen Umstrukturierungen erst wieder am 15.11.1935.

70 O.V., Beurlaubungen an der hiesigen Universität, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 15.11.1935, S. 6. Es handelte sich um Zwangsbeurlaubungen von jüdischen Professoren, Dozenten und einem Bibliothekar.

71 Zinn, *Republik* (Anm. 4), S. 384, unter Verweis auf Hans Bohrmann (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit*, Bd. 3.1, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, München 1987, S. 422, 429f., 451; und Hans Bohrmann (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit*, Bd. 3.2, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, München 1987, S. 539f., 542 u. 556f. Dies betraf hauptsächlich den Konflikt zwischen NSDStB und Korporationen.

72 Thomas Klein (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936*, Teilbd. 1: A und B, Köln/Wien 1986, S. 276-287.

73 HStAM, Best. 165, Nr. 3824, Bl. 177-186, Bl. 192f., Oberbürgermeister an Regierungspräsident (Kassel), Berichterstattung in politischen Angelegenheiten, 18.12.1935 (Abschrift).

74 Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, insb. S. 271-276.

Letztlich handelte es sich um einen der vielen kleinen Skandale, die einer breiteren Öffentlichkeit verborgen blieben. Hier gilt Martin Sabrows Feststellung:

»Nichts durfte in der Diktatur zum Skandal werden, um nicht das Machtmonopol der Staatsführung anzugreifen, aber alles konnte zum Skandal werden, weil die Macht in durchherrschten Gesellschaften auch das Verantwortungsmonopol hatte.«⁷⁵

Zur Entschärfung der Lage wurden die studentischen Hauptakteure – Todenhöfer nur für das Wintersemester 1935/36 – aus Marburg »weggelobt«. Andreas Feikert, der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, berief Todenhöfers Stellvertreter Müller und Hoffmann nach Berlin in die Reichsführung.⁷⁶ Zu Todenhöfer hieß es in der *Westdeutschen Akademischen Rundschau*: »SA-Sturmführer Gerhard Todenhöfer, der über 3 Semester die Marburger Studentenschaft geführt hat, ist mit Ablauf des Sommersemesters 1935 von der Führung der Marburger Studentenschaft zurückgetreten, um seine Studien in Göttingen fortzusetzen.«⁷⁷ Die *Oberhessische Zeitung* erwähnte die Demonstration und Mannhardt nicht, wohl aber Todenhöfers »schärfsten Kampf gegen die studentischen Verbände« und seine Ablehnung mehrerer Angebote von führenden Stellungen.⁷⁸ Zwecks Studienabschluss habe er die Führung in der NSDStB-Hochschulgruppe und der Studentenschaft abgelegt, aber die im Gaustudentenbund beibehalten. Ähnlich wie Mannhardt wurden auch die studentischen Aktivisten aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Durch Verweis auf ihre »Leistungen« konnten sie ihr Gesicht wahren und stiegen teilweise andernorts sogar auf.

Der Hauptskandalisierer Todenhöfer ist der »Generation des Unbedingten« zuzurechnen.⁷⁹ Als Vertreter einer »zweiten Revolution« in der Tradition der SA trat er für eine kompromisslose und rigorose Umsetzung des Nationalsozialismus ein. Ein Beispiel hierfür ist sein starker Antisemitismus schon zu seiner Marburger Zeit, der ihn später in das Referat für Judenangelegenheiten im Auswärtigen Amt brachte. Als Führer eines elitären »Stoßtrupps« stellte er sein Jurastudium zurück, um die Universität radikal umzugestalten. Sie sollte primär »politische Soldaten« und erst sekundär Wissenschaftler ausbilden.⁸⁰ Dazu gehörte auch eine weitgehende Kontrolle der Studierenden und ihrer Wohnheime durch den NSDStB. Mannhardt als Skandalisierer muss hier als

75 Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 7-32, hier S. 31.

76 O.V., In die Reichsführung der D. St. berufen, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 27.6.1935, S. 4. Müller leitete nun das Grenzlandamt, Hoffmann das Hauptamt für Presse und Propaganda und fungierte als Hauptschriftleiter und Berliner Schriftleiter der *Westdeutschen Akademischen Rundschau*.

77 O.V., Wechsel in der Studentenschaftsführung, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 15.11.1935, S. 7.

78 O.V., Studentenschaftsführer Todenhöfer verläßt Marburg, in: Oberhessische Zeitung v. 29.6.1935, S. 7.

79 Zu diesem Generationenbegriff vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2008.

80 Dass derartige Neuentwürfe studentischer Identität im akademischen Milieu, vor allem unter den Funktionären des NSDStB weit verbreitet waren, belegt Martin Göllnitz, Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927-1945), Ostfildern 2018, S. 320-403.

Täter und als Opfer bezeichnet werden. Er sah 1933 seine Chance gekommen, aus der zweiten Reihe der Professorenschaft hervorzutreten. Der Nationalsozialismus galt ihm als langersehnte Gelegenheit zur Umsetzung seiner erzieherischen und völkischen Ideen an der Universität, aber auch im Reich und im Auslandsdeutschtum. Zumindest zu Beginn der NS-Zeit handelte es sich um einen Streit unter Nationalsozialisten um die Auslegung der »reinen Lehre« sowie um Macht und Einfluss. 1933/34 wurden allgemein die alten inneruniversitären Hierarchien gründlich durcheinander gerüttelt.⁸¹ Auf die Agitation der NS-Studenten gegen demokratische und jüdische Dozenten folgte nach der Papen-Rede auch die gegen Nationalkonservative, Völkische, »Märzgefallene« und »laue« Nationalsozialisten unter den Hochschullehrern, wie beispielsweise Mannhardt.⁸²

Die NS-Studentenschaftsführung wollte mit der Person Mannhardts aus ihrer Sicht einen Missstand beseitigen und die Burse übernehmen. Es wurde eine Kampagne gegen ihn entfacht, auf deren dramatischem Höhepunkt eine als plebiszitäre, vorgeblich spontane Aktion in Form einer Demonstration inszeniert wurde. Mittels der damit intendierten Erzeugung und Nutzung öffentlicher Empörung sollte Mannhardt als ideologischer Normabweichler gebrandmarkt und von der Universität entfernt werden. Mit einem affirmativen Skandal gelang es, das Ansehen eines vor und noch 1933 gefeierten »Helden« implodieren zu lassen.⁸³

Da ein öffentlicher Skandal dem Image und der Wirtschaft der Universitätsstadt Marburg und der Loyalität gegenüber dem NS-System geschadet hätte, wurde er von der Universitätsleitung, der Stadt Marburg sowie Teilen der Ministerien erfolgreich unterdrückt und eine öffentliche Diskussion verhindert. In der nationalsozialistischen Diktatur war eine ungleich größere Kontrolle des Skandalmanagements möglich. Die Presse schwieg und die Akteure wurden aus dem Blickfeld gedrängt.

81 Crüttner, Studenten (Anm. 74), S. 357.

82 Zinn, Republik (Anm. 4), S. 391. Selbst Rektor Baur geriet mit Todenhöfer anlässlich der Feier des 30. Januar 1936 aneinander, wobei Baur von allen offiziellen Parteistellen unterstützt wurde.

83 Zum affirmativen Skandal vgl. Sabrow, Politischer Skandal (Anm. 75), S. 28f.

Die Marburg Files

Operation Willi, die englische Krone und der Faschismus

Jonas Breßler

I. Einleitung: Die Marburger Akten und die britische Monarchie

Spätestens seit der erfolgreichen Netflix-Serie *The Crown* sind Skandale der britischen Monarchie weltweit wieder in aller Munde.¹ Das auf Fakten basierende und mit viel Fantasie garnierte Drehbuch begeistert nicht nur Millionen, es hat auch zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem britischen Königshaus geführt. Auch in anderen europäischen Ländern ist eine intensivere und kritische Auseinandersetzung mit Mitgliedern der königlichen Familien zu beobachten. In Spanien floh vor kurzem Juan Carlos I. vor einer sich anbahnenden Untersuchung seiner Finanzen,² während in Deutschland ein bekannter Satiriker eine Diskussion über die Rolle der Hohenzollern im »Dritten Reich« befeuert hat.³ Das Familienoberhaupt der Hohenzollern, Georg Friedrich von Preußen, nimmt die Debatte nicht mit Humor, sondern wehrt sich mit Abmahnungen und unter Missachtung der Wissenschaftsfreiheit gegen renommierte Historiker*innen, deren Forschungsergebnisse ihm nicht genehm sind.⁴ Auch den in diesem Auf-

1 Vgl. Adrian Higgins, The British royal family is struggling through scandals. Can ›The Crown‹ help, in: Washington Post v. 27.12.2019, <https://www.washingtonpost.com/lifestyle/as-the-british-royal-family-wards-off-scandals-does-the-crown-help/2019/12/26/cd9ced56-1de3-11ea-8d58-5ac3600967a1_story.html> (24.11.2020).

2 Vgl. Miguel González, Juan Carlos I abandona España para salvaguardar la Monarquía, in: El País v. 4.8.2020, <<https://elpais.com/espana/2020-08-03/el-juan-carlos-i-comunica-a-su-hijo-su-decision-de-trasladarse-fuera-de-espana.html>> (24.11.2020).

3 Vgl. Andreas Kilb, Coup von Böhmermann: Alles ans Licht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.11.2019, <<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/jan-boehmermanns-coup-gegen-die-hohenzollern-16491683.html>> (24.11.2020).

4 Vgl. Klaus Wiegrefe, Historiker wehren sich gegen juristischen Feldzug der Hohenzollern, in: Der Spiegel Online v. 13.12.2019, <<https://www.spiegel.de/geschichte/hohenzollern-historiker-wehren-sich-gegen-juristischen-feldzug-a-1301166.html>> (24.11.2020).

satz behandelten Skandal, der in Marburg seinen Anfang nahm, wollte die britische Regierung unterdrücken.⁵

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 wurden etwa 400 Tonnen geheimer Akten des deutschen Außenministeriums im Harz gefunden und im Marburger Schloss gesammelt.⁶ Aus jenen Akten geht hervor, dass es Versuche vonseiten der Nationalsozialisten gab, den zuvor abgedankten König Englands, Edward VIII., von einem Agenten der Schutzstaffel (SS) aus Portugal ins Spanien Francos entführen zu lassen. Der Name dieser Unternehmung lautete »Operation Willi«.⁷ Der ehemalige Monarch hätte sodann in Verhandlungen mit Großbritannien als Faustpfand eingesetzt werden oder nach dem Sieg über Großbritannien als dem Deutschen Reich wohlgesinnter König installiert werden können.⁸ Selbst bei einem Scheitern der Verhandlungen hätte der ehemalige Monarch in der Hand Adolf Hitlers einen propagandistischen Sieg bedeutet und wäre ein Unruheherd geblieben, der die Stabilität der britischen Monarchie durchaus hätte beeinträchtigen können. Dies erklärt sowohl das vehemente Vorgehen der britischen Behörden und des Premiers Winston Churchill als auch die Bemühungen der Nationalsozialisten. Während eine Entführung normalerweise mit einer ungewollten Freiheitsberaubung einhergeht, war der Duke of Windsor nach Meinung einiger nicht abgeneigt, dem Locken und Werben der Nationalsozialisten nachzugeben und seine Ambitionen vor sein Pflichtbewusstsein zu rücken.⁹ Es sei an dieser Stelle gesagt, dass die schweren Vorwürfe gegen Edward VIII. nicht von allen Forschern mitgetragen werden und die Forschungslage keineswegs eindeutig ist.¹⁰

Für die Gesamtheit der Akten hat sich die Bezeichnung »Marburg Files« eingebürgert, für die darin enthaltenen Dokumente, die das Königshaus betreffen, der Name »Windsor Files«.¹¹ Mit dem Namen und der einstweiligen Lagerung in Marburg endet der direkte Bezug zur Universitätsstadt an der Lahn allerdings. Die Dokumente kamen anschließend nach Berlin und wurden dann während der sowjetischen Blockade nach Großbritannien gebracht. Inzwischen wurden sie wieder an die Bundesrepublik Deutschland (BRD) übergeben.¹² Der Skandal, der sich aufgrund der Entdeckung der

5 Vgl. Paul R. Sweet, Der Versuch amtlicher Einflussnahme auf die Edition der »Documents on German Foreign Policy, 1933-1941«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), H. 2, S. 265-303, hier 270f.

6 Vgl. Ders., The Windsor File, in: The Historian 59 (1997), H. 2, S. 263-279, hier S. 263.

7 Vgl. Michael Bloch, Operation Willi, New York 1984, S. 1-5. Edward VIII. wurde nach seiner Abdankung zum Duke of Windsor und wird in diesem Aufsatz entweder mit seinem Titel oder mit seinem bekannten Vornamen Edward genannt.

8 Vgl. Karina Urbach, Go-Betweens for Hitler, Oxford 2015, S. 201, 214.

9 Vgl. Sweet, The Windsor File (Anm. 6), S. 265f.; Urbach, Go-Betweens (Anm. 8), S. 211.

10 In der offiziellen Biographie wird die Möglichkeit einer Kooperation als nicht im Rahmen des Wahrscheinlichen gesehen. Vgl. Philip Ziegler, King Edward VIII. The Official Biography, London 1990, S. 435. Andere wiederum sehen dies durchaus als möglich an, vgl. Anm. 9.

11 Vgl. Sweet, The Windsor File (Anm. 6), S. 263.

12 Für eine Schilderung der Wege, den die Akten nahmen, vgl. Interview with Paul Sweet, in: The Historian 59 (1997), H. 2, S. 280-289, hier S. 285. Vertiefend hierzu vgl. Astrid M. Eckert, Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2004.

Abb. 1: Marburger Landgrafenschloss: Einlagerung von Büchern der Preußischen Staatsbibliothek Berlin im Rahmen des »collecting point«



Bildarchiv Foto Marburg, Aufnahme-Nr. 425.438

»Marburg Files« anbahnte und der über die Jahre Winston Churchill, Königin Elisabeth II. und die Eisenhower-Administration beschäftigte, sollte nach dem Krieg verschleiert werden. Bis heute sind viele Nachlässe unzugänglich oder es fehlen Briefe und andere der Familienehre abträgliche Dokumente.¹³ Zwar sind die Akten mit dem Namen der Stadt Marburg verwoben, sie sind aber nicht nur in einem mittelhessischen oder deutschen Zusammenhang zu sehen, sondern müssen in den europäischen Kontext eingebettet werden. Dies wird hier für den Fall der »Operation Willi« getan.

Der Beitrag will sich insbesondere der Frage widmen, wie erklärt werden kann, dass ein ehemaliger britischer Monarch und Mitglied des Königshauses so enge Kontakte zu den Nationalsozialisten haben konnte, obwohl zwischen den beiden Ländern Krieg herrschte. Ein wichtiger Faktor war sicherlich die Rolle als abgedankter Monarch, die schwer zu akzeptieren war.¹⁴ Allerdings sind persönliche Motive als alleinige Erklärung nicht ausreichend. Stattdessen wird das Kokettieren mit den Nationalsozialisten in einem größeren Rahmen betrachtet. Der Fokus soll weg vom einzelnen Akteur und hin zu Strukturen und Erklärungsmustern verschoben werden, die über der individuellen Ebene liegen. Daher werden insbesondere die im britischen und belgischen Adel sowie anderen gesellschaftlichen Eliten verbreiteten radikalkonservativen und faschistischen Tendenzen diskutiert und ein (west)europäisches Adelsnetzwerk vorgestellt.

13 Vgl. Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 192.

14 Vgl. Sweet, *The Windsor File* (Anm. 6), S. 264f.

Trotz des zuweilen schwierigen Zugangs zu den Quellen erfreut sich die Adelsforschung in Bezug auf die Zwischenkriegszeit sowie den Faschismus und Nationalsozialismus in der historischen Forschung inzwischen wieder mehr Beachtung.¹⁵ In Großbritannien widmete sich Ian Kershaw 2005 in einer Studie den Verbindungen Lord Londonderrys zum NS-Regime und beschreibt, wie persönliche und Standesverbindungen eine gewichtige Rolle in der Politik spielen konnten. Er bleibt auf Lord Londonderry fokussiert, nennt aber andere Akteure des hier beschriebenen Adelsnetzwerks wie zum Beispiel den Herzog von Alba, der mit dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop auf den Jagden bei Londonderry eingeladen war.¹⁶ Auch Karina Urbach beschreibt in ihrer Monografie die Beziehungen abseits der etablierten Diplomatie und deren Wirkung und Wichtigkeit.¹⁷ Obwohl sie sich nur am Rand mit der »Operation Willi« und Edward VIII. beschäftigt, ist ihre Forschungsarbeit grundlegend für den vorliegenden Beitrag.¹⁸ Studien von Bernhard Dietz über die radikalkonservativen Eliten in Großbritannien halfen außerdem beim Einordnen der hier beschriebenen Ereignisse.¹⁹ Auch wenn der Adel und dessen Netzwerk nicht im Vordergrund seiner Arbeiten stand, zeigen seine Untersuchungen auf, wie weit die Netzwerke am rechten Rand in die oberen Ebenen der Konservativen Partei reichten. Die Akteure der »Neo-Tories«, wie er die Radikalkonservativen nennt, waren oft Teil des rechten Adelsnetzwerkes, vor allem im Fall der »Friends of Nationalist Spain«, von denen noch die Rede sein wird.²⁰

Die Literatur über den Skandal um Edward VIII. genügt im Gegensatz dazu oft nicht den wissenschaftlichen Ansprüchen. Ein guter Teil der Literatur über den Duke of Windsor und seine Frau Wallis Simpson ist nicht als Forschungsliteratur anzusehen, sondern eher in der Kategorie »Unterhaltungsliteratur« anzusiedeln. Die Werke von Michael Bloch über die Windsors sind zwar erhellend und leicht zu lesen, sind aber für ein breites Publikum geschrieben und sollen vor allem unterhalten.²¹ Sie haben dennoch

-
- 15 Für eine kurze Zusammenfassung siehe Karina Urbach, Introduction, in: Dies. (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, Oxford 2007, S. 1-12, hier S. 1-4. Immer noch grundlegend für den deutschen Adel ist Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin³ 2003.
- 16 Siehe Ian Kershaw, *Hitlers Freunde in England: Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, München 2005, S. 218.
- 17 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8).
- 18 Ferner die Beiträge in Dies. (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, Oxford 2007.
- 19 Vgl. Bernhard Dietz, *Gab es eine »Konservative Revolution« in Großbritannien? Rechtsintellektuelle am Rande der Konservativen Partei 1929-1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006), H. 4, S. 607-638; Ders., *Neo-Tories. Britische Konservative im Aufstand gegen Demokratie und politische Moderne (1929-1939)*, München 2012.
- 20 Vgl. Ders., *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 243-270.
- 21 Bloch, *Operation Willi* (Anm. 7). Bloch hat sich sehr intensiv mit den Windsors auseinandergesetzt und ein halbes Dutzend Bücher über sie geschrieben. Bei allen gilt, dass sie auf Quellen basieren, aber dennoch immer ein persönliches Interesse des Autors mitgedacht werden muss. In seinem Vorwort zitiert er z.B. Ernst von Weizsäcker, der anmahnte, dass alle Quellen aus dem »Dritten Reich« mit Vorsicht gelesen und interpretiert werden müssten, da die Akteure immer im Hinterkopf hatten, dass ihre Vorgesetzten diese lesen würden. Im Verlauf des Buches verabschiedet sich Bloch allerdings von dieser Maxime und nimmt, um Spannung aufzubauen, den SS-Agenten Walter Schellenberg beim Wort. Vgl. ebd., S. 6, 163-171, 182-191.

einen hohen Wert für die Forschung, weil Bloch über seine Anstellung beim persönlichen Rechtsanwalt der Duchess of Windsor exklusive Einblicke hatte.²² Darüber hinaus betrieb er ein intensives Quellenstudium samt dazugehöriger Quellenkritik. Dennoch müssen seine Aussagen *cum grano salis* gelesen werden, da seine persönlichen Verbindungen zu Edward und Wallis den Ton und die Aussagen des Buches beeinflusst haben könnten. Dasselbe gilt für die Publikationen Deborah Cadburys und Andrew Mortons, die beide eine journalistische Herangehensweise an das Thema gewählt haben, die teilweise an Sensationalismus grenzt.²³ Martin Allens Buch über die »Operation Willi« wurde zur Kenntnis genommen, aufgrund der rechtsextremen Tendenzen des Autors und der anhängigen Anklagen wegen Quellenfälschung jedoch weder zitiert noch anderweitig einbezogen.²⁴ Zu Edward VIII., dem späteren Duke of Windsor, existieren zudem einige Biografien. Für die vorliegende Untersuchung wurde insbesondere die offizielle Biografie Philip Zieglers genutzt,²⁵ die allerdings sehr wohlwollend gegenüber Edward ist.²⁶ Ein weiteres Buch über Edward stammt von Lord Beaverbrook, der mit ihm befreundet war.²⁷ Der adelige Zeitungstycoon wusste sicher viel Intimes über den Duke of Windsor zu berichten, sein Buch stellt aber insofern eine problematische Quelle dar, als dass Beaverbrook selbst Teil der adeligen Zirkel war, die in der Zwischenkriegszeit große Sympathien für Europas faschistische Diktatoren aufbrachten.²⁸

Untersuchungen zu Edward VIII., seinen Verbindungen zu den europäischen Faschisten und seiner Einbindung in ein europäisches Netzwerk radikalkonservativer Adelliger sind bis dato nicht erschöpfend durchgeführt worden. Auch dieser Aufsatz kann nur einen kleinen Teil dazu beitragen. Eine sachliche, historisch-kritische und quellenbasierte Analyse des Duke of Windsor und seiner Verbindungen bleibt ein Desiderat der Forschung. Aufgrund der schwierigen Quellsituation – die wichtigsten Archive sind nicht frei zugänglich – sollten neue Wege beschritten werden, zum Beispiel indem spanische und belgische Archivalien zu Rate gezogen werden.²⁹ In diesen liegen noch viele bisher unbeachtete Dokumente, die sehr aufschlussreich sein können.

Zunächst wird der zweite Abschnitt dieses Beitrags die sogenannte »Operation Willi«, die geplante Anwerbung und Entführung des Duke of Windsor durch den SS-Mann Walter Schellenberg, zum Thema haben. Der dritte Abschnitt ist dem europäischen

22 Vgl. ebd., S. 8.

23 Vgl. Anthony Holden, *Princes at War* by Deborah Cadbury and *17 Carnations* by Andrew Morton, in: *The Guardian* v. 19.4.2015, <<https://www.theguardian.com/books/2015/apr/19/the-princes-at-war-deborah-cadbury-17-carnations-andrew-morton-review-duke-duchess-windsor>> (25.11.2020).

24 Vgl. Ernst Haiger, *Fiction, Facts, and Forgeries: The »Revelations« of Peter and Martin Allen about the History of the Second World War*, in: *Journal of Intelligence History* 6 (2012), H. 1, S. 105-118.

25 Vgl. Ziegler, *King Edward VIII.* (Anm. 10).

26 Vgl. Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 193.

27 Vgl. William Maxwell Aitken Lord Beaverbrook, *The Abdication of King Edward VIII.*, London 1966.

28 Lord Beaverbrook hatte gute Kontakte zum transnationalen Netzwerk, das in Abschnitt 3 behandelt wird, insbesondere zu Arthur Bryant und Charles Petrie. Vgl. Lord Beaverbrook and Petrie, 17.7.1954, *Parliamentary Archives*: GB-061, London, BBK C/270; *The Papers of Sir Henry Page Croft*, Churchill Archives Center (CAC), Cambridge, CRFT 1/4 Correspondence with Lord Beaverbrook.

29 Dazu auch Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 213f.

Adel und seinen Verbindungen zum Faschismus gewidmet. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Verbindungen der britischen Elite, des Adels und des Königshofes zu den faschistischen Bewegungen Europas liegen. Dafür wird exemplarisch ein Blick nach Großbritannien und Belgien geworfen. Der belgische Adel fungiert hier einerseits als Vergleichsobjekt für sein britisches Pendant, andererseits als Beispiel für das Agieren des Adels in einer anderen westeuropäischen, konstitutionellen Demokratie.

II. Die »Operation Willi« – Zwischen Hochverrat und Strandurlaub

Edward VIII. begann seine Abdankungsrede an die Bewohner des Empires mit einem Treueeid an seinen Bruder, der ihn auf dem Thron ersetzt hatte: »And now that I have been succeeded by my brother, the Duke of York, my first words must be to declare my allegiance to Him. This I do with all my heart.«³⁰ Er betonte, dass er seine Pflichten als König und Kaiser nicht ohne die Liebe seines Lebens erfüllen könne und daher abdanken müsse. Sodann bedankte er sich bei der Regierung und seinem Bruder und beendete seine Rede mit Segenswünschen für das Reich sowie einem kräftigen »God save the King!«³¹ Nach seiner Abdankung wurde der Titel »Duke of Windsor« für ihn geschaffen.³²

Sein in der Rede gegebenes Versprechen der unbedingten Loyalität hielt er – allerdings nur für einen Zeitraum von vier Jahren. Schon im Jahr 1940 berichtete der deutsche Botschafter in Den Haag, Julius Graf von Zech-Burkersroda, von einem »Aufstand«, der sich im Umfeld des Duke of Windsor anbahnte.³³ Spätestens hier beginnt die Vorgeschichte der »Operation Willi«. Bereits vor seiner Krönung im Januar 1936 war Edward, damals noch Prince of Wales, ein gern gesehener Besucher der deutschen Botschaft in London und stand in Kontakt mit Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, der als inoffizieller Botschafter Hitlers fungierte und den Weg in die britische Oberschicht für die Ideen des Führers und eine prodeutsche Haltung bahnen sollte.³⁴ Er schaffte es, Edward politisch zu beeinflussen und als starken Fürsprecher Deutschlands in Großbritannien zu gewinnen. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten schreckte Edward nicht ab, im Gegenteil, er pflegte bis ins hohe Alter ähnliche Ansichten über Juden.³⁵ Nach seiner Abdankung im Dezember 1936 besuchten er und seine Frau im Oktober 1937 Deutschland und trafen sich mit Hitler.³⁶ Dort wurden die beiden sehr warm empfangen, während er und vor allem seine Frau Wallis bei seiner Familie in Großbritannien unerwünscht waren.³⁷

30 Abdication Speech by Edward VIII. 1936, Minute 0:36-0:56, British Pathé, <<https://www.britishpathe.com/video/abdication-speech-by-edward-viii.>> (25.11.2020).

31 Ebd., Minute 6:25-6:27.

32 Vgl. Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 331.

33 Vgl. Sweet, The Windsor File (Anm. 6), S. 264f.

34 Urbach, Go-Betweens (Anm. 8), S. 188f.

35 Vgl. ebd., S. 191.

36 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 386-401; Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 35-39.

37 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 427.

Abb. 2: Der Duke of Windsor auf der Ordensburg Crössinsee in Pommern am 13. Oktober 1937



Bundesarchiv Berlin, Bild 102-17964

Als der Krieg begann, befand sich Edward, jetzt als Duke of Windsor, im Rang eines Generalmajors in Frankreich. Er hatte diesen Posten, der mit einem Leben im Exil einherging und ihn weit weg von Großbritannien und seinen ehemaligen Untertanen halten sollte, annehmen müssen.³⁸ Er diente anfangs als geheimer Berichterstatter über die französische Verteidigungsbereitschaft, bald aber wurde diese Aufgabe gestrichen.³⁹ Das bereits erwähnte Telegramm von Julius Graf von Zech-Burkersroda illustriert, dass der Duke nach seiner Verbannung vom Hof, zumindest in der Wahrnehmung des deutschen Botschafters, verbittert war und sich so eine Gelegenheit für die Nationalsozialisten ergeben haben könnte, ihn zu beeinflussen. Sicherlich ist diese Enttäuschung, die aus dem Verhalten seiner Familie und der britischen Regierung resultierte, nicht die einzige Erklärung für seine Offenheit gegenüber den Avancen des NS-Regimes. Es sei an dieser Stelle noch einmal gesagt, dass er das »Dritte Reich« in hohem Maß bewunderte und in vielen Punkten, nicht zuletzt dem Antisemitismus, ähnliche Überzeugungen vertrat.⁴⁰

Als Frankreich unter dem deutschen Angriff zusammenbrach, befand sich der Duke in Südfrankreich, von wo aus er am 23. Juni 1940 mit einer kleinen Entourage ins

38 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 40.

39 Vgl. ebd., S. 41.

40 Urbach, Go-Betweens (Anm. 8), S. 191.

neutrale Spanien Francos floh.⁴¹ Allerdings war die Neutralität Spaniens zu diesem Zeitpunkt keine ausgemachte Sache und auch der Duke of Windsor wird wohl gewusst haben, dass in Madrid zumindest einige darüber nachdachten, aufseiten des Deutschen Reiches in den Krieg zu ziehen.⁴² Schließlich kannte er viele Vertreter der nationalspanischen Elite persönlich.⁴³

Von seinem spanischen Amtskollegen Juan Luis Beigbeder erhielt der deutsche Außenminister Ribbentrop die Nachricht, dass der Duke of Windsor in Spanien sei und dort auch einige Zeit gehalten werden könne.⁴⁴ Während deutsche Diplomaten sich im Hintergrund bemühten, den hochrangigen Besucher so lange wie möglich in Madrid zu halten, erhielt Edward aus London die Anweisung, unverzüglich nach Großbritannien zurückzukehren. Anstatt dieser Anordnung Folge zu leisten, verbrachte er die Zeit in Madrid mit alten und neuen Freunden, darunter Miguel Primo de Rivera, dessen Bruder nach seiner Hinrichtung 1936 in rechten Kreisen Europas als Märtyrer galt.⁴⁵ Die Bekanntschaften, die Edward und dessen Frau pflegten, machten dem britischen Botschafter in Madrid, Samuel Hoare Viscount Templewood, Sorgen. Unter ihnen finden sich einige Granden der Rebellion Francos, mit denen Edward während des Bürgerkrieges Kontakt hatte.⁴⁶ Dies ist durchaus ironisch, da Hoare als Minister selbst Stellung für Franco bezogen hatte und auch der Außenminister Lord Halifax, dem er von seinen Befürchtungen berichtete, konnte auf eine aktive Unterstützung Francos zurückblicken.⁴⁷ Alexander Cadogan, ein Beamter im britischen Außenministerium, dem man keine Sympathien für den europäischen Faschismus vorwerfen kann,⁴⁸ bezeichnete Hoare dementsprechend als »Quisling of England« – in Anlehnung an den norwegischen Kollaborateur Vidkun Quisling.⁴⁹ Cadogan ging also davon aus, dass der Viscount Templewood sich einer Regierung von Gnaden der Nationalsozialisten anschließen oder sie

41 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 42-45.

42 Dazu Scott Ramsay, Ensuring Benevolent Neutrality: The British Government's Appeasement of General Franco during the Spanish Civil War, 1936-1939, in: *The International History Review* 40 (2018), H. 1, S. 1-20.

43 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 63.

44 Vgl. ebd., S. 45.

45 Zur Mystifizierung Primo de Riveras siehe Joan Maria Tomàs Andreu, José Antonio: Realidad y Mito, Barcelona 2017.

46 Siehe insb. Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 63. Viele britische Unterstützer Francos gehörten zum Bekannten- und Freundeskreis Edwards. Auch er selbst hoffte auf einen Sieg Francos und seine adeligen Freunde beteiligten sich aktiv an einer pro-franquistischen Politik in Großbritannien. Vgl. Alba an Jordana, 9.3.1939, España, Ministerio de Cultura (MDC), Archivo General de la Administración (AGA), Correspondencia de S. E. con Representantes en el extranjero, 82/3102 7/3; Petrie an Bryant, 25.10.1934, Liddell Hart Centre for Military Archives (LHCMA), London, Bryant E/3.

47 Zu Hoares Haltung vgl. Carlos Collado Seidel, *Aristocracy, Fascism, and the Franco Dictatorship*, in: Karina Urbach (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, Oxford 2007, S. 111-128; Tom Buchanan, *The Impact of the Spanish Civil War on Britain: War, Loss and Memory*, Brighton 2007, S. 15. Zu Halifax vgl. Alba an Jordana, 9.3.1939, España, MDC, AGA, Correspondencia de S. E. con Representantes en el extranjero, 82/3102 7/3.

48 Keith Neilson, Thomas G. Otte, *The Permanent Under-Secretary for Foreign Affairs 1854-1946*, New York 2009, S. 234-257.

49 Zit.n. Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 420. Zu Quisling und dessen Kollaboration mit den Nationalsozialisten vgl. Hans Frederik Dahl, *Quisling. A study in Treachery*, Cambridge 1999.

sogar aktiv befördern würde. Edward und er verkehrten in denselben Kreisen, hatten gemeinsame Freunde wie Victor Cazalet und setzten sich politisch für ähnliche Ziele ein.

Nach einigen Tagen in Madrid beschloss Edward mit seiner Frau nach Portugal abzureisen und widersetzte sich somit dem direkten Befehl Churchills, nach London zurückzukehren. Während die Bemühungen um eine Beeinflussung des Duke of Windsor durch die Nationalsozialisten schon weit früher begannen, löste seine Abreise nach Portugal am 2. Juli 1940 eine hektische Aktivität in Großbritannien, Deutschland und Spanien aus. Während man in London befürchtete, Edward könne sich den Deutschen anschließen, hoffte man genau das in Berlin. Aus Dankbarkeit für die substantielle deutsche Hilfe während des Bürgerkriegs bot Francos Regierung den Verbündeten jede Hilfe an.

Edward und seine Frau Wallis kamen in Portugal in der kleinen Fischerstadt Cascais im Haus des Bankiers Ricardo Espírito Santo Silva unter, da sie aufgrund einer Anweisung aus London nicht offiziell in der britischen Botschaft empfangen werden durften.⁵⁰ Geplant war eigentlich, dass die beiden Royals im Hotel Palacio in Estoril logieren sollten. Allerdings war dieses laut dem Hotelmanager voll belegt und er arrangierte daher das Unterkommen in der Bankiersvilla.⁵¹ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Silva oder der portugiesische Diktator Salazar dies in die Wege geleitet hatten.⁵² In der Villa erhielt Edward am 3. Juli des Jahres vom britischen Botschafter ein Telegramm, in dem Churchill ohne große Umschweife drohte, ihn vor ein Militärgericht zu stellen, sollte er nicht Folge leisten und nach Großbritannien zurückkehren:

»Your Royal Highness has taken active military rank and refusal to obey direct orders of competent military authority would create a serious situation. I hope it will not be necessary for such orders to be sent. I must strongly urge immediate compliance with the wishes of the Government.«⁵³

Diese Nachricht überzeugte den Duke of Windsor endgültig, woraufhin er den Entschluss fasste, bereits am nächsten Tag mit einem Flugzeug der königlichen Marine in sein Heimatland zurückzukehren.⁵⁴ Die Krise hätte also ein glimpfliches Ende nehmen können, doch ging am geplanten Abreisetag ein weiteres Telegramm aus London ein, in dem Churchill Edward die Statthalterschaft der Bahamas anbot.⁵⁵ Es war ein schwerer Schlag für Edward, nicht mehr in seine Heimat zurückkehren zu können, denn bei der Statthalterschaft handelte es sich keineswegs um einen Versorgungsposten oder eine reine Vorsichtsmaßnahme, um das Paar vor den Deutschen zu schützen. Vielmehr wurde Edward auf diese Weise ins Exil verbannt, um die Krone und das Empire vor einem potentiellen Verrat des ehemaligen Königs zu schützen. So kolportierte es dann

50 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 70.

51 Vgl. ebd., S. 70.

52 Carlos Alberto Damas, Duke of Windsor and Ricardo Espírito Santo 1940, in: The British Historical Society of Portugal. Annual Report 2002, Carcavelos 2002, S. 16f.

53 Zit.n. Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 74.

54 Vgl. ebd., S. 74.

55 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 426f.; ferner Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 76f.

auch die britische Presse, die seit dem 10. Juli 1940 berichtete.⁵⁶ Die Abreise konnte nicht unmittelbar organisiert werden, weswegen Ribbentrop seine Chance, des Dukes habhaft zu werden, witterte und die Zeit nutzte, die dieser mit seiner Frau noch in der Villa des Bankiers Silva verbrachte. Der Gastgeber der Windsors war exzellent in Großbritannien und Deutschland vernetzt und galt dem MI6 als deutschfreundlich.⁵⁷ Michael Bloch hält den Bankier sogar für einen Agenten des NS-Staates, was allerdings von einem Historiker der Bank Espírito Santo (heute Novo Banco) bestritten wird.⁵⁸ Diese unterschiedlichen Auffassungen illustrieren ein Grundproblem der Forschung, wie es bereits angesprochen wurde: Die Autoren, die über die »Operation Willi« schreiben, haben Interesse an einem gewissen Sensationalismus. Auch Weltanschauungen und persönliche Loyalitäten spielen dabei eine Rolle und erschweren die Urteilsbildung der Leser*innen wie Forschenden.

Als sich immer deutlicher herauskristallisierte, dass Edward weiterhin in Portugal bleiben würde, bat Ribbentrop den spanischen Innenminister Serrano Súñer darum, diesen unter einem Vorwand wieder nach Spanien zu locken. Diese Aufgabe fiel Miguel Primo de Rivera zu, der seinem alten Freund von einem angeblichen Mordkomplott des britischen Geheimdienstes berichtete und zugleich den Schutz Spaniens anbot.⁵⁹ Der spanische Botschafter in Portugal und Bruder des Diktators, Nicolás Franco, tat es ihm gleich und versuchte, Edward dahingehend zu beeinflussen. Dieser war allerdings nicht gewillt, den Anweisungen aus London zuwiderzuhandeln.⁶⁰

Nachdem nun die Zukunft des Paares auf den Bahamas feststand, wurde die Abreise für den 1. August 1940 geplant.⁶¹ Der Herzog bestand darauf, dass sein Kammerdiener aus seiner Zeit als Generalmajor, ein Soldat im aktiven Dienst, freigestellt würde und ihm auf die Bahamas folgte. Die Begründung dafür war, dass es »a serious handicap starting with a new valet« sei.⁶² Nun leuchtet sicher ein, dass die Freistellung eines Soldaten in einem für Großbritannien existentiellen Weltkrieg auf Widerstand stoßen würde. Edward aber ging es ums Prinzip, weil er sich schon genug gegängelt fühlte, und er beschloss, nicht mehr nachzugeben.⁶³ Zusätzlich dazu wollte er auf dem Weg auf die Bahamas einen Abstecher nach New York machen, »so as to do some shopping and allow his wife to see her doctors«. ⁶⁴ Beide Ansinnen sollten zunächst abgelehnt werden, allerdings scheint man gleichzeitig in London Angst gehabt zu haben, dass die beiden Windsors nicht am 1. August abreisten, da Edward Ende Juli die Idee äußerte, erst am 8. August auf die Bahamas zu reisen.⁶⁵ Also wurde dem ersten Wunsch stattgegeben und der zweite mit dem Verweis auf die internationale Situation abgetan.⁶⁶

56 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 94.

57 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 424; Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 70.

58 Damas, Duke of Windsor (Anm. 53), S. 27.

59 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 109f.

60 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 430f.; Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 133.

61 Sweet, The Windsor File (Anm. 6), S. 266.

62 Zit.n. Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 428.

63 Vgl. ebd.; Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 123.

64 Zit.n. Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 428.

65 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 135.

66 Ziegler, King Edward VIII. (Anm. 10), S. 429.

Als sich abzeichnete, dass die Überredungsversuche nicht ausreichten, sandte die NS-Regierung den bewährten SS-Agenten Schellenberg nach Lissabon.⁶⁷ Währenddessen beauftragten die Briten Sir Walter Monckton damit, den zögernden Edward zur Kooperation zu drängen. Monckton war ein Vertrauter und Freund Edwards und sein Berater während der Abdankung 1936.⁶⁸ Während Edward und seine Frau Wallis ihre Abreise organisierten und unter strenger Bewachung der portugiesischen Behörden standen, versuchte Schellenberg eine Abreise nach Spanien durchzusetzen. Dazu nutzte er die Angst der beiden Windsors vor einem Komplott, um sie zur Flucht ins vermeintlich sichere Spanien zu bewegen und damit in die Fänge ihrer Häscher zu locken.⁶⁹ Diese Operation trug den Decknamen »Operation Willi« und bestand neben den Überzeugungsversuchen spanischer Freunde Edwards aus verschiedenen Einschüchterungsversuchen, u.a. Steinwürfen gegen die Villa, einem Blumenstrauß mit einer Warnung vor einem Mordkomplott des britischen Geheimdienstes sowie unter dem Dienstpersonal verbreiteten Gerüchten. Schließlich gab es den Plan, das Paar auf eine Jagd an der spanisch-portugiesischen Grenze einzuladen und dann nach Spanien zu schaffen, sei es mit Zwang, durch ein »Versehen« oder freiwillig.⁷⁰ Die Zweifel Edwards an der Notwendigkeit der Abreise konnte Monckton aber zerstreuen und er sorgte auch dafür, dass nicht weiter am späteren Abreisedatum festgehalten wurde.⁷¹ Nachdem alle Versuche Schellenbergs gescheitert waren, befahl angeblich Hitler persönlich die gewaltsame Entführung der beiden Windsors.⁷² Am Tag der Abreise wurde von dem deutschen Geheimagenten noch einmal ein letzter Versuch unternommen, die Reise zu verhindern. Er warnte die portugiesischen Behörden vor einer Bombe an Bord des Schiffes und sabotierte das Auto, das das Gepäck transportierte.⁷³ Allerdings blieben auch diese Maßnahmen Schellenbergs ohne Erfolg und die Windsors traten gemeinsam mit ihrer Entourage planmäßig am 1. August die Reise in die Karibik an. Damit gelangte die Episode in Portugal zu ihrem Ende.⁷⁴

Auch wenn das Problem des Königshauses und der britischen Regierung nun aus der Welt bzw. auf dem Weg in die Karibik war, hörten die Gerüchte um den ehemaligen König nie auf und hallen bis heute nach. Im Zentrum stand damals wie heute immer die Frage nach den Loyalitäten des Duke of Windsor. Edwards offizieller Biograf Philip Ziegler rechtfertigt dessen Äußerungen gegenüber seinen faschistischen Freunden mit einem ausgeprägten Defätismus und sagt: »[...] he would never have played the traitor's part.«⁷⁵ Michael Bloch verweist dagegen auf die vielfältigen Sympathien Edwards für die NS-Ideologie und andere faschistische Bewegung Europas, wodurch er das von

67 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 211.

68 Sweet, *The Windsor File* (Anm. 6), S. 265f.

69 Bloch, *Operation Willi* (Anm. 7), S. 182f.

70 Ziegler, *King Edward VIII.* (Anm. 10), S. 431f.; Bloch, *Operation Willi* (Anm. 7), S. 145.

71 Ziegler, *King Edward VIII.* (Anm. 10), S. 433.

72 Nur Schellenberg berichtet in seinen Memoiren von diesem Befehl. Er legt sodann dar, dass er seinen eigenen Auftrag sabotierte, weil er von diesem nicht überzeugt gewesen sei. Die Historizität dieser Episode ist höchst zweifelhaft, vgl. Bloch, *Operation Willi* (Anm. 7), S. 182-185.

73 Vgl. ebd., S. 198.

74 Sweet, *The Windsor File* (Anm. 6), S. 266.

75 Ziegler, *King Edward VIII.* (Anm. 10), S. 435.

Ziegler gezeichnete Bild zumindest in Teilen revidiert. Allerdings führt auch Bloch die zögerliche Haltung Edwards im Sommer 1940 auf die allgemeine Lage, die angespannte Familiensituation und auf dessen psychologische Belastung zurück.⁷⁶ Nicht faschistische Tendenzen, sondern der unbedingte Wunsch nach Frieden in Europa sei die treibende Kraft gewesen.⁷⁷ Beiden Autoren scheint ein Landesverrat unmöglich.

Es dürfte mithin deutlich geworden sein, dass Edward sowohl Sympathien für als auch persönliche Verbindungen zu Hitler und Franco besaß und sich in den faschistischen Staaten Deutschlands und Spaniens sichtlich wohlfühlte. War er mit dieser Haltung allein und wie verhielten sich Standesgenossen in anderen Staaten Europas? Um diese Fragen zu beantworten, soll ein transnationales Adelsnetzwerk vorgestellt werden, das im Spanischen Bürgerkrieg Wirkung entfaltete und die Politik in Belgien und Großbritannien, aber sicherlich auch in anderen Ländern beeinflusste. Edward war Teil dieses aristokratischen, transnationalen Netzwerkes.

III. Der Duke of Windsor und der europäische Faschismus

Dieser Abschnitt des Beitrages will den Duke of Windsor und sein Kokettieren oder Kollaborieren, je nach Sichtweise, mit den Nationalsozialisten nicht ausschließlich als eine persönliche Verhaltensweise oder ein Irregehen einer einzelnen Person sehen, sondern sie in einen britischen und europäischen Kontext stellen. Damit sollen die Deutungs- und Erklärungsmöglichkeiten von der individuellen auf eine höhere Ebene verlagert und der nationalstaatliche Fokus gegen einen transnationalen getauscht werden.

Die Zwischenkriegszeit, insbesondere die Zeit des Spanischen Bürgerkrieges, führte zu einer Kooperation konservativer Kräfte mit Faschisten.⁷⁸ Die Faszination, die der Duke of Windsor verspürte, war keineswegs nur die eines rebellischen Exzentriker, der sich gegen die etablierte Politik und ein verstaubtes Konzept von Monarchie auflehnte und dessen Credo das aktionistische »Something has to be done« war.⁷⁹ Sie war vielmehr Ausdruck einer in Großbritannien und anderen Teilen Europas weitverbreiteten Faszination für die faschistischen Bewegungen in Italien und Deutschland, die ihrerseits Teil einer antiliberalen und antikommunistischen Gesellschafts- und Europakonzeption war. Illiberale Europavorstellungen mögen erst einmal kontraintuitiv klingen, sind aber in der jüngeren Forschung vermehrt untersucht worden.⁸⁰ Im Spanischen Bürgerkrieg hatte die radikalkonservative Idee eines christlichen, aristokratischen, monarchistischen und vor allem antikommunistischen Europas Konjunktur.⁸¹

76 Bloch, Operation Willi (Anm. 7), S. 214-221.

77 Vgl. ebd., S. 222-224.

78 Hugo García, *The Truth about Spain! Mobilizing British Public Opinion, 1936-1939*, Brighton 2010, S. 41-43; Dietz, *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 243-270.

79 Susan A. Williams, *The People's King: The True Story of the Abdication*, New York 2002, S. 1. Edward sah sich explizit als politischer Akteur und nutzte seine Kontakte und Macht zum Erreichen seiner Ziele auch gegen das Parlament aus, vgl. Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 193f.

80 Dazu Dieter Gosewinkel (Hg.), *Anti-Liberal Europe. A Neglected Story of Europeanization*, New York, Oxford 2015.

81 Dietz, *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 245.

Der Antikommunismus war ein wichtiger gemeinsamer Nenner der ansonsten sehr heterogenen Akteursgruppen: Das Spektrum reichte von den Konservativen bis hin zu den Faschisten. Allerdings war der Antikommunismus nicht nur eine Abwehrhaltung, sondern als Teil einer größeren Idee oder Utopie gestalterisch und dynamisch. Man ging nicht von einer Europäischen Union oder einem europäischen Staat aus, dachte aber dennoch dezidiert europäisch, nicht im geographischen Sinne, sondern im politischen. Im Unterschied zur heute verbreiteten Europakonzeption eines supranationalen, staatenähnlichen und liberalen Gebildes war in radikalkonservativen Kreisen eine Schicksalsgemeinschaft gemeint. Europa, die europäische Schicksalsgemeinschaft, befand sich im Abwehrgedächtnis gegen den »asiatischen Kommunismus«. ⁸² Vorbilder eines solchen Kampfes waren Italien und Deutschland, die Schlachtfelder befanden sich auf der Iberischen Halbinsel und auf den britischen Inseln. Der Spanische Bürgerkrieg galt vielen Zeitgenossen als entscheidend im Kampf gegen den Kommunismus. In einem Strategiepapier einer radikalkonservativen Lobbygruppe, der »Friends of Nationalist Spain« (FONS), geschrieben von Arthur Bryant, heißt es: »[...] those of us who believe that in his struggle against international Communism General Franco has been fighting the battle not of Spain alone but of European civilisation [...]«. ⁸³ Gemäß diesem Weltbild galt es als ausgemacht, dass, sollte Spanien an die Kommunisten fallen, Großbritannien bald folgen und der Kommunismus das christliche Europa auslöschen würde. ⁸⁴

Die Aufständischen in Spanien schufen schnell ein Netzwerk von Unterstützern, viele davon Adelige auf der ganzen Welt, insbesondere aber in Westeuropa. Ziel war es, den Kriegseintritt Frankreichs und Großbritanniens zu verhindern und gleichzeitig möglichst viele Vorteile für den neuen Staat der spanischen (Proto-)Faschisten zu erhalten. General Franco, der führende aufständische General in Spanien, unterstützte seine Verbündeten aus der westeuropäischen Elite dabei, ihn und seinen »neuen Staat« zu besuchen. Es fällt direkt ins Auge, dass viele dieser Besucher adeliger Herkunft waren. ⁸⁵ Gleichzeitig sandte er spanische Adelige als Agenten – und später auch als Botschafter – in die strategisch wichtigen Nachbarländer, um Unterstützung für seine Rebellion zu gewinnen. Dass zahlreiche Aristokraten mit faschistischen Ideologien sympathisierten, zeigt sich beispielsweise an jenen Netzwerken, die zwischen britischen und deutschen Adelligen bzw. Politikern existierten. Hitler war ein großer Bewunderer der britischen Aristokraten und ließ es sich nicht nehmen, einen beträchtlichen Teil derselben im Reich zu empfangen. Zugleich sandte er deutsche Adelige, wenn man beim Adel überhaupt von Nationalität reden sollte, ⁸⁶ nach Großbritannien. Diese wurden von Karina Urbach »Go-Betweens« getauft und waren Teil einer informellen, aber dennoch

82 Zulueta an Ministro de Asuntos Exteriores, 7.3.1938, España, MDC, AGA, 1134 (I) Varios, 54/15629. Das Zitat im Original lautet: »comunismo asiatico«.

83 Strategiepapier Arthur Bryant und Marquis del Moral, 8.2.1939, LHCMA, London, Bryant C/64.

84 Vgl. Dietz, Neo-Tories (Anm. 19), S. 244.

85 Vgl. exemplarisch Zulueta an Ministro de Asuntos Exteriores, 8.4.1938, España, MDC, AGA, 1079 Varios, 54/15611; Jordana an Quiñones de León, 9.4.1939, España, MDC, AGA, Servicio Nacional de Política y Tratados. Información General Francia 1939, R-833 Exp. 8 42, 82/03103; Zulueta an Ministro de Asuntos Exteriores, 28.12.1938, España, MDC, AGA, 1077 Varios 1936-1939, 54/15609.

86 Für viele Adelige waren dynastische und familiäre Verbindungen wichtiger als das Land, in dem sie geboren waren oder lebten. Siehe dazu ausführlich Urbach, Go-Betweens (Anm. 8), S. 2.

formalisierten nationalsozialistischen Außenpolitik abseits des Auswärtigen Amtes.⁸⁷ Eine ähnliche außenpolitische Strategie verfolgten Franco und seine nationalspanische Regierung, um so Zugang zu den höchsten Schichten und den Schaltzentren der Macht zu bekommen.

Zwei Vertreter dieser franquistischen »Go-Between«-Diplomatie sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden, da sie besonders gute Verbindungen zum westeuropäischen Adel und damit auch zu Edward hatten und somit illustrieren, wie das transnationale Adelsnetzwerk funktionierte.

Ein Beispiel ist Jacobo Fitz James Stuart y Falcó, dessen Name schon erkennen lässt, dass er sowohl britischer als auch spanischer Hochadeliger war. Noch dazu war er als Herzog von Alba das Familienoberhaupt einer der wichtigsten spanischen Adelsfamilien seit der Frühen Neuzeit und gleichzeitig ein Nachfahre des schottischen Königs James II. (der als James VII. auch bis 1688 König von England war). Winston Churchill nannte ihn liebevoll »Cousin«, beide waren über die Marlboro-Familie verbunden, und er hielt dutzende Adelstitel. Er ging auf das Eton College, studierte Jura in Madrid und war Abgeordneter in der spanischen Ständeversammlung (span. *Cortes*), war später Bildungsminister, Gewinner einer olympischen Silbermedaille im Polo und Francos Botschafter in London.⁸⁸ Auch besaß er über das Außenministerium, dessen Vertreter er in London war, Zugriff auf ein globales Netzwerk, immense propagandistische Ressourcen (etwa durch Verbindungen zum Geheimdienst Francos) und Kontakte zu anderen pro-franquistischen Gruppen, etwa der »Action Française«.⁸⁹ Kurzum: Er war ein »Go-Between« zwischen vielen Welten, besonders aber zwischen Großbritannien und Spanien. An ihm wird deutlich, dass viele Adelige nicht ausschließlich mit nationalstaatlichen Zugriffen zu verstehen sind; vielmehr agierten sie durch ihre Familien- und Standesverbindungen über Grenzen hinweg.⁹⁰ Nicht der Pass war ausschlaggebend, sondern der Stammbaum. Alba konnte sich in seiner Funktion als Botschafter Francos ganz selbstverständlich mit der königlichen Familie, wichtigen Adelige[n] und Ministern, wie zum Beispiel Lord Halifax, treffen und diese Beziehungen, die sich aus seinem Stand ergaben, für die nationalspanische Politik nutzbar machen. Ein bürgerlicher Botschafter hätte nicht dieselben Möglichkeiten gehabt, da sich ihm bestimmte Türen nicht geöffnet hätten. Sein Wissen darüber, dass George VI. selbstverständlich aufseiten Francos sei, verdankte der Herzog von Alba wohl vor allem seiner Herkunft, weniger seinem Karriereweg.⁹¹ Auch der jüngere Bruder von Edward VIII. und George

87 Vgl. ebd., S. 7-15.

88 Siehe Jacobo Fitz James Stuart y Falcó von Gonzalo Anes y Álvarez de Castrillón, *Diccionario Biográfico Real Academia de la Historia*, <<http://dbe.rah.es/Biografias/8092/jacobo-fitz-james-stuart-y-falco>> (25.11.2020).

89 Vgl. Alba an Bryant, 25.9.1939, LHCMA, London, Bryant E/48 1939-53 Alba, Duke of (»Jimmy«), *Spanish Ambassador*, 5; Quiñones de León an Jordana, 3.4.1938, España, MDC, AGA, Servicio Nacional de Política y Tratados. Información General Francia 1938, R-833 Exp. 12, 14, 82/03103.

90 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 2.

91 Vgl. Alba an Jordana, 9.3.1939, España, MDC, AGA, Correspondencia de S. E. con Representantes en el extranjero, 82/3102 7/3.

VI., der Duke of Kent, dessen Nachlass von den königlichen Archiven unter Verschluss gehalten wird, galt als ausgesprochen freundlich gegenüber dem NS-Regime.⁹²

Der Herzog von Alba schaffte es, im Spanischen Bürgerkrieg eine Gruppe radikal-konservativ und faschistisch eingestellter Briten für eine sehr aktive Lobbyarbeit zu gewinnen.⁹³ Auch hier fällt auf, dass der Adel stark vertreten ist.⁹⁴ Der bereits angesprochene Lord Beaverbrook, der Biograf und Freund Edwards, war eine wichtige Stütze der Gruppe um Alba.⁹⁵ Er schlug Edward im Jahr 1940 vor, durch Großbritannien zu reisen und Unterstützung gegen die Regierung und für einen Frieden mit Deutschland zu mobilisieren.⁹⁶ Ein weiterer wichtiger, adeliger Bündnispartner Francos war Lord Phillimore, der um sich franquistische Kräfte sammelte, als der spanische Bürgerkrieg ausbrach.⁹⁷ Er organisierte die pro-franquistische Propaganda in Großbritannien und verteidigte den spanischen General darüber hinaus in seinen Reden im House of Lords sowie in diversen Zeitungsartikeln.⁹⁸ Zusammen mit einem weiteren Abgeordneten des House of Commons, Wing-Commander James, stattete er dem Diktator auch einen Besuch ab.⁹⁹ Zu diesen umtriebigen Adelligen gesellten sich viele bürgerliche Unterstützer aus dem Parlament, der Führungselite der Konservativen Partei und der Oberschicht, die es schafften, die britische Außenpolitik zu beeinflussen.¹⁰⁰ Alba und die anderen adeligen Mitglieder der FONS, zum Beispiel der Marquis del Moral, die Lords Phillimore und Beaverbrook und auch Baron Croft, hatten ein Interesse an der Wiederher-

92 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 192.

93 Gemeint sind die FONS, eine kleine, aber sehr einflussreiche Lobbygruppe, die die britische Außenpolitik und damit den Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges beeinflusste. Vgl. Duke of Alba (Conversation) *French attitude to Nationalist Spain*, 28.4.1938, The National Archives (TNA), London, FO 371/22644 454.

94 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 244 u. 308, zeigt in ihrer Studie die Beziehungen der britischen und spanischen Aristokraten zum NS-Staat auf und macht deutlich, dass die Adelligen im Umfeld der FONS eine wichtige Rolle in einem transnationalen Adelsnetzwerk spielten. Der britische Adel pflegte in der Zwischenkriegszeit intensive Kontakte zu den deutschen Standesgenossen und unterstützte vielfach Hitler und den Nationalsozialismus. Vgl. ferner Dies., *Age of no Extremes? The British Aristocracy torn between the House of Lords and the Mosley Movement*, in: Dies. (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, Oxford 2007, S. 53-72; Kershaw, *Hitlers Freunde* (Anm. 16), S. 10. Auch der spanische Adel war in großen Teilen faschistisch oder zumindest reaktionär zu Zeiten der Republik. Unterstützung erhielt Franco aber nicht nur von deutschen und spanischen Aristokraten, sondern auch von Samuel Hoare (Viscount Templewood). Siehe dazu Seidel, *Aristocracy* (Anm. 47), S. 111-125.

95 Beaverbrook pflegte gute Beziehungen zu Charles Petrie, einem der wichtigsten Akteure der Gruppe, und war wegen seiner Macht als Zeitungsmagnat für die FONS überaus wichtig. Beide waren Mitglieder im »1900 Club«. Vgl. Beaverbrook an Petrie, 17.7.1954, *Corresp. with Lord Beaverbrook*, House of Lords Parliamentary Archives, BBK C/270.

96 Ziegler, *King Edward VIII.* (Anm. 10), S. 415.

97 Vgl. Alba an Jordana, 29.6.1938, *España*, MDC, AGA, Servicio Nacional de Política y Tratados 1939 Inglaterra. *Correspondencia Señor Ministro con el Vizconde de Mamblas*, 82/3104 22.

98 Vgl. Phillimore an Alba, 16.11.1938, *España*, MDC, AGA, *Propaganda por Medio del Cinematógrafo*, 54/6856 B9.

99 Vgl. Alba an Jordana, 30.6.1938, *España*, MDC, AGA, Servicio Nacional de Política y Tratados 1939 Inglaterra. *Correspondencia Señor Ministro con el Vizconde de Mamblas*, 82/3104 22.

100 Dietz, *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 255-270.

stellung der Monarchie in Spanien. Der Erhalt der Monarchie war für die FONS von herausragender Bedeutung, weil diese nicht nur die eigenen Privilegien garantierte, sondern diese als Alternative zum Kommunismus und als Bastion gegen denselben gesehen wurde. Der sich ausbreitende Kommunismus stellte für viele Zeitgenoss*innen die vermeintlich größte Bedrohung Europas dar und sorgte für eine Konvergenz der Radikalkonservativen mit dem Faschismus im Namen des Antikommunismus.¹⁰¹ Zwar war die Gruppe stark von britischen und spanischen Adelligen geprägt, ohne die tatkräftige Hilfe der bürgerlichen Mitglieder wäre sie aber gescheitert.

Als zweites Beispiel dient der franquistische Botschafter in Belgien, der Adelige Ernesto de Zulueta e Isasi. Er hatte aufgrund seiner Abstammung einen direkten Zugang zum belgischen Adel und konnte so die Politik der kleinen, aber durchaus wichtigen Monarchie beeinflussen.¹⁰² Es mag große Unterschiede zwischen den Adelskulturen gegeben haben, dennoch wogen die Gemeinsamkeiten schwerer. Über den belgischen Adel sagte Zulueta e Isasi bezeichnenderweise:

»Gestern aß ich in einem Adelshaus des ranzigen belgischen Adels und ich ging erschreckt [nach Hause], hatte Angst um dieses Volk, das auf solche Weise denkt. [...] Der ›bourgeois‹ Geist bei allem was er an Bequemen und Derben an sich hat ist es, der diese Leute denen es gefällt zu essen und zu trinken, beseelt, mit ihrem beschränkten Horizont und ohne ein anderes Ideal als das ihres Körpers. [...] Ich versichere dir, es ist zum Weinen: Für diese Leute reden wir Chinesisch. Abgesehen davon muss ich zugeben, dass es elegant ist Parteigänger Seiner Exzellenz [von Franco] zu sein und die ›ordentlichen‹ Leute [gemeint sind vermutlich vor allem Adelige, aber auch das gehobene Bürgertum] haben sich ohne zu zögern auf unsere Seite gestellt, aber, ich wiederhole, ohne die Großartigkeit der Bewegung [der nationalistischen Revolution, kann aber auch gleichzeitig die Einheitspartei Francos bedeuten] zu verstehen.«¹⁰³

Aus diesem Zitat lässt sich viel darüber entnehmen, was den europäischen Adel unterschied und was ihn einte. Auch wenn Zulueta sich oft über seine belgischen Standesgenossen mokierte, waren sie dennoch seine besten Verbündeten. Er wandte sich gezielt denjenigen gesellschaftlichen Zirkeln zu, die er als wichtig erachtete, also Adel und Elite, und suchte und fand dort viel Unterstützung für Franco. Dabei spielte auch

101 Enrique Moradiellos, *La embajada en Gran Bretaña durante la Guerra Civil*, in: Ángel Viñas (Hg.), *Al servicio de la República. Diplomáticos y Guerra Civil*, Madrid 2010, S. 89-120, hier S. 97.

102 Zur Beziehung des belgischen Adels zur Rechten vgl. Jan de Maeyer, *Between Défence Social and Anti-Communism: The Belgian Aristocracy*, in: Karina Urbach (Hg.), *European Aristocracies and the Radical Right 1918-1939*, Oxford 2007, S. 35-52.

103 Zulueta an José Antonio Sangroniz, 25.3.1937, España, MDC, AGA, 1076 Varios Salamanca No. 1. 12. Noviembre 1936 a 31 Julio 1937, 54/15611. Das Zitat im Original lautet: »Ayer comí en una casa de la aristocracia, de la rancia aristocracia belga, y salí asustado tuve miedo por este pueblo que de esa manera discurre. [...] El espíritu ›burgues‹ en todo lo que tiene de cómodo, de ramplón, es el que anima a esta gente a quien gusta comer y beber bien con horizontes limitados y sin más ideales que el de su cuerpo. [...] Te aseguro es para llorar: nosotros hablamos chino para esta gente. Al lado de esto debo confesar que aquí es elegante ser partidario de Su Excelencia y la gente ›bien‹, sin vacilaciones, se ha puesto de nuestro lado, pero, repito, sin comprender la grandeza de, movimiento.«

die Religion eine wichtige Rolle. Der Priester und Professor de Moor und der Professor Vicomte de Terlinden von der katholischen Universität Löwen waren seine wichtigsten Bündnispartner. Die beiden belgischen Aristokraten organisierten Tagungen, Informationsabende und Studienreisen mit ihren Studenten und sammelten mit den Vereinen, die sie für Franco gründeten, Geld und Material für den Krieg.¹⁰⁴ Aber auch andere Adelige sowie der Hof des Königs waren aufseiten Francos. So berichtet Zulueta von der Geburtstagsfeier des belgischen Königs Leopold: »Ich hatte, wie immer, wenn ich auf dieser Art Veranstaltung bin, das große Vergnügen, viele unmissverständliche Beweise der Sympathie zu bekommen, die man für unsere Heilige Sache fühlt, weshalb die Leute zu mir außergewöhnlich nett und herzlich waren.«¹⁰⁵ Dieses Bild wird auch in den Glückwunschtelegrammen bestätigt, die der franquistische Botschafter zu den verschiedenen Jahrestagen und militärischen Siegen bekam, zum Beispiel von Otto von Habsburg und Kaiserin Zita.¹⁰⁶

Obwohl die belgischen Aristokraten laut seinen Berichten geschlossen mit Franco sympathisierten, scheinen sie in ihrer Mehrheit keine Faschisten gewesen zu sein. Dies zeigt sich daran, dass Zulueta, der vom Faschismus vollends überzeugt war, peinlich genau darauf achtete, dass er sich nicht zu oft mit den belgischen Faschisten der Partei Rex traf. Er befürchtete, auf diese Weise die konservativen und radikalkonservativen Unterstützer seiner Anliegen zu verschrecken.¹⁰⁷ Stattdessen treten andere Motive zum Vorschein, insbesondere der Antikommunismus und der Wunsch nach einem autoritären und christlichen Europa.¹⁰⁸ Dies wird ferner in der zitierten Aussage Zuluetas deutlich, der sich darüber beschwert, dass die meisten seiner Kontakte nicht verstünden, was die Bewegung Francos wirklich bedeute, und stattdessen von einer antikommunistischen und christlichen Europavorstellung geleitet würden, nicht von einem überzeugten Faschismus. Diese Beispiele zeigen auch, dass einzelne Adelige als Brücke in die obersten Schichten der Gesellschaft fungieren konnten. Über sie ließen sich Weltanschauungen transportieren sowie politische und finanzielle Anliegen an den richtigen Stellen platzieren bzw. mit dem nötigen Prestige ausstatten.

Auch für Großbritannien kann das Bild einer adeligen Förderung faschistischer Staaten bzw. Bewegungen in Europa bestätigt werden. Lange Zeit war es in der Geschichtswissenschaft Konsens, dass die britische Demokratie zu reif und gefestigt gewesen sei, als dass der Faschismus eine reelle Bedrohung dargestellt habe: Er sei ein-

104 Vgl. Zulueta an Ministro de Asuntos Exteriores, 8.11.1938, España, MDC, AGA, 1077 Varios 1936-1939, 54/15609. So spendeten die beiden Krankenwagen für die nationalistischen Streitkräfte und sammelten Zigaretten für Frontsoldaten.

105 Zulueta an Sangroniz, 9.2.1938, España, MDC, AGA, 1076 Varios Salamanca No. 2, 54/15611. Das Zitat im Original lautet: »Tuve la gran satisfacción, como todas las veces que concuro a esta clase de reuniones, de recibir inequívocas pruebas del afecto que se siente por nuestra Santa Causa, estando por este motivo la gente conmigo excepcionalmente amable y cariñosa.«

106 Vgl. Zulueta an Secretaria de Asuntos Exteriores 15.2.1938, España, MDC, AGA, 1134 (I) Varios, 54/15629.

107 Vgl. Zulueta an José Antonio Sangroniz, 29.2.1938, España, MDC, AGA, 1076 Varios Salamanca No. 1, 12. Noviembre 1936 a 31 Julio 1937, 54/15611.

108 Vgl. Zulueta an Sangroniz, 7.8.1937, España, MDC, AGA, 1076 Varios Salamanca No. 2, 54/15611.

fach zu kontinental und unbritisch.¹⁰⁹ Auch heute noch wird das Loblied auf den demokratisch-liberalen Adel gesungen.¹¹⁰ Sofern man Oswald Mosleys Schwarzhemden als einzige faschistische Bewegung in Großbritannien versteht, ließe sich durchaus annehmen, dass der Faschismus eine Erscheinung ohne großes Bedrohungspotential für die britische Demokratie gewesen sei.¹¹¹ Dies lässt allerdings außer Acht, dass nicht nur braun oder schwarz gekleidete, schrille und oft gewalttätige Demonstranten den Faschismus bewunderten. Auch ein beträchtlicher Teil der konservativen Elite Großbritanniens und vor allem des Adels hatte eine den Faschisten ähnliche Vision für die Zukunft des Empire und Europas.¹¹² Ihnen missfiel aber der Anblick der faschistischen Demonstrationen des Pöbels. Stattdessen versuchten sie durch eine gezielte Hinterzimmer-Politik ihre Vision für ein autoritäres, christliches und monarchisches Europa ohne Massendemokratie durchzusetzen.¹¹³ Freilich spielte der Antikommunismus dabei eine oft unterschätzte Rolle.¹¹⁴

Die Vision Edwards für das Königreich ist nicht in Gänze greifbar, da die entsprechenden Quellen nicht zugänglich sind. Sie lässt sich aber aus seinem Agieren und seinen Verbindungen herauslesen. Seine Haltung gegenüber Deutschland kann als »Appeasement« gesehen werden und muss dadurch noch nicht unbedingt als pro-faschistisch gelten, da auch Neville Chamberlain und andere Politiker dieser Meinung waren.¹¹⁵ Seine Haltung im Spanischen Bürgerkrieg und gegenüber dem NS-Staat aber zeichnet ein anderes Bild und lässt den Schluss zu, dass Edward, Duke of Windsor, Anhänger einer radikalkonservativen Europakonzeption war.

Als Prince of Wales verkehrte er regelmäßig in der deutschen Botschaft in London, wo ihn Ann Mari von Bismarck als gern gesehener Gast empfing.¹¹⁶ Seine Bewunderung für Deutschland ging so weit, dass er sich in außenpolitische Verhandlungen der Regierung einmischte, um ein Marineabkommen zwischen Großbritannien und Deutschland durchzusetzen, indem er öffentlich Sympathien für das NS-Regime bekundete.¹¹⁷ Dies scheint Samuel Hoare Viscount Templewood als Anlass genommen zu haben, dem Abkommen zuzustimmen. Der Viscount war außerdem Teil des pro-franquistischen Netzwerkes, das während des Spanischen Bürgerkriegs fest aufseiten der Rebellen stand.¹¹⁸ Der Herzog von Alba, Francos Agent und später Botschafter in London, listete Hoare

109 Dietz, Neo-Tories (Anm. 19), S. 230.

110 Peregrine Worsthorne, In Defense of Aristocracy, London 2004.

111 Bernhard Dietz, The Neo-Tories and Europe: British Radical Conservatism in the 1930s, in: Journal of Modern European History 15 (2017), H. 1, S. 85-108, hier S. 86.

112 Vgl. ebd., S. 89f.

113 Besonders das Beispiel der FONS verdeutlicht dies, vgl. Dietz, Neo-Tories (Anm. 19), S. 243-270. Auch die »Empire Industries Association« kann als Beispiel gelten, vgl. Empire Industries Association, 29.3.1938, TNA, London, T 172/1892.

114 Dietz, Europe (Anm. 109), S. 91.

115 Zum Appeasement und der Nichtintervention im Spanischen Bürgerkrieg siehe Glyn A. Stone, Neville Chamberlain and the Spanish Civil War, 1936-9, in: The International History Review 35 (2013), H. 2, S. 377-395. Das Appeasement war ein wichtiger politischer Inhalt der Radikalkonservativen. Siehe dazu Dietz, Neo-Tories (Anm. 19), S. 271-294.

116 Urbach, Go-Betweens (Anm. 8), S. 188.

117 Vgl. ebd., S. 189f.

118 Seidel, Aristocracy (Anm. 47), S. 111-125.

sogar als einen der größten Freunde Nationalspaniens auf.¹¹⁹ Eine gewisse Affinität zu Hitler, der neben Mussolini zu den stärksten Unterstützern Francos zählte,¹²⁰ kann daher ebenfalls angenommen werden.

Auch Edward stand aufseiten Francos und hatte viele Freunde, die für Franco kämpften oder ihm anderweitig dienten. Ein wichtiger Kontakt des Duke of Windsor war Javier Bermejillo, der mit seiner Hilfe mitten im Bürgerkrieg aus Madrid fliehen konnte.¹²¹ Die beiden hielten Kontakt und zur Zeit der »Operation Willi« war Bermejillo ein ständiger Begleiter Edwards und zuverlässiger Berichterstatter für seine spanischen und deutschen Auftraggeber.¹²² Neben Bermejillo kannte Edward viele andere Granden aus den Reihen Francos. Er war aber nicht nur in Spanien bestens in franquistische Kreise eingebunden: So zählte er in seiner Heimat den Parlamentsabgeordneten Victor Cazalet zu seinen Freunden,¹²³ der sich als Redner im House of Commons hervortat, sobald es um Spanien und den Bürgerkrieg ging. Cazalet gehörte zu den FONS, die sich, wie bereits erwähnt, mit großer Verve für Nationalspanien einsetzten.¹²⁴ Die Gruppe verfügte nicht nur über Mitglieder und Gönner im House of Lords, dem Kabinett und der Konservativen Partei, sondern auch im House of Commons. Bis zu 100 Abgeordnete konnten die FONS wohl kontrollieren oder beeinflussen.¹²⁵ Neben Hoare muss auch Arthur Bryant, der exzellente Verbindungen zum britischen Hof besaß, zu den Unterstützern der Gruppe gezählt werden.¹²⁶ Ein weiteres führendes Mitglied, Charles Petrie, war ebenfalls äußerst hispanophil und zudem Gründer einer »Royalistischen Internationale«; er verfügte darüber hinaus über sehr gute Kontakte zum spanischen König Alfonso XIII. sowie zu den verschiedensten europäischen Königshäusern.¹²⁷ Vor allem Bryant und Petrie arbeiteten schon lange innerhalb der Konservativen Partei zusammen und beeinflussten diese durch Vorträge in deren Schulungszentrum in Ashridge.¹²⁸ Ein weiteres Mitglied, das hier kurz eingeführt werden soll, war der Baron Croft, der den parlamentarischen Arm

119 Vgl. Alba an Jordana, 27.1.1939, España, MDC, AGA, Correspondencia de S. E. con Representantes en el extranjero, 82/3102 7/3.

120 Zur Unterstützung Francos siehe Glyn A. Stone, *Italo-German-Portuguese Collaboration in the Spanish Civil War 1936-1939*, in: Gaynor Johnson (Hg.), *The International Context of the Spanish Civil War*, Newcastle upon Tyne 2009, S. 33-56.

121 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 182.

122 Bloch, *Operation Willi* (Anm. 7), S. 112.

123 Vgl. ebd., S. 75.

124 Siehe dazu Richard Griffiths, *Fellow Travellers of the Right: British Enthusiasts for Nazi Germany, 1933-1939*, Oxford 1983, S. 260-267; Tom Buchanan, *Britain and the Spanish Civil War*, Cambridge 1997, S. 88; Nick J. Crowson, *Facing Fascism: The Conservative Party and the European Dictators, 1935-1940*, London 1997, S. 208f.; Buchanan, *Spanish Civil War* (Anm. 44), S. 201, insb. Anm. 70; Dietz, *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 255-270.

125 Vgl. Alba an Page Croft, 21.1.1944, *The Papers of Sir Henry Page Croft*, Churchill Archive Center (CAC), Cambridge, GBR/0014/CRFT 1/1 AL 171-3.

126 Vgl. Alba an Jordana, 9.3.1939, España, MDC, AGA, Correspondencia de S. E. con Representantes en el extranjero, 82/3102 7/3; Petrie an Bryant, 25.10.1934, LHCMA, London, Bryant E/3.

127 Dazu und zu Petries Kontakten zur »Royalistischen Internationale« vgl. Dietz, *Neo-Tories* (Anm. 19), S. 71 u. 248.

128 Ebd., S. 135.

der FONS koordinierte.¹²⁹ Er war außerdem ein Verbindungsmann zwischen Lord Halifax, dem britischen Außenminister und General Franco.¹³⁰ Der Herzog von Alba, Neville Chamberlain, Baron Croft und andere Mitglieder der konservativen Elite und des Adels trafen oft in exklusiven Clubs und Jagdgesellschaften zusammen und nutzten diese Treffen, um ihre politischen Anliegen voranzutreiben.¹³¹ Auch der Bruder Edwards, George VI., der ihm auf den Thron folgte, war ein Unterstützer der Rebellen in Spanien, die, so die Hoffnung vieler europäischer Aristokraten, die Monarchie auf der Iberischen Halbinsel wieder einsetzen würden.¹³²

Es zeigt sich also, dass die Sympathien Edwards für die faschistischen Diktatoren Europas keine Ausnahmeerscheinung waren, sondern in seiner Familie und seinem Stand sowie Großbritannien und Europa verbreitet waren. Die Teile dieses Netzwerks einte nicht nur der Antikommunismus. Sie wollten gleichzeitig ein Europa schaffen, das weder pluralistisch-demokratisch noch kommunistisch war, sondern ihrer Idealvorstellung eines monarchistischen, christlichen und erkonservativen Europas entsprach. So betrachtet war Edward nicht nur ein skandalöser Vertreter seiner Familie, sondern einer unter vielen Adeligen, die sich im Namen einer alternativen Europakonzeption nicht davor scheuten, mit Faschisten zu kooperieren.

IV. Fazit

Dieser Aufsatz hat die sogenannte »Operation Willi«, den geplanten Entführungsversuch des Duke of Windsor und seiner Frau durch die Nationalsozialisten zum Thema gehabt. Nachdem der zweite Abschnitt den Skandal um die geplante Entführung des Duke of Windsor, die aus den sogenannten »Marburg Files« hervorgeht, zum Thema hatte, wurde im dritten Abschnitt exemplarisch der britische und belgische Adel sowie deren Verbindungen zum Faschismus vorgestellt. Ferner wurde die Frage nach der Außergewöhnlichkeit dieser Verbindungen und dem Verhalten anderer Aristokraten beantwortet.

Ausgelöst durch den Spanischen Bürgerkrieg konstituierte sich aufbauend auf persönlichen, dynastischen und politischen Kontakten ein transnationales Adelsnetzwerk in Westeuropa, das seine exzellenten Kontakte zu zahlreichen Monarchen und Regierungen nutzte, um General Franco im Spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Edward, der ebenfalls Teil dieses Netzwerkes war, besaß beispielsweise exzellente Verbindungen nach Deutschland, wo er offenbar die Anerkennung erhielt, die er in Großbritannien und von seiner Familie vermisste.

Obwohl die Akteure dieses transnationalen Netzwerkes äußerst heterogen waren, wurden sie doch durch die radikalkonservative Vision eines monarchistischen, anti-

129 Siehe Henry Page Croft, *My Life of Strife*, London 1948, S. 272; Alba an Page Croft, 21.1.1944, *The Papers of Sir Henry Page Croft*, CAC, Cambridge, GBR/0014/CRFT 1/1 AL 17 1-3.

130 Vgl. Halifax an Page Croft, 21.2.1939, *The Papers of Sir Henry Page Croft*, CAC, Cambridge, GBR/0014/CRFT 1/13 HA 18/1-2.

131 Vgl. Chamberlain an Page Croft, 8.9.1936, *The Papers of Sir Henry Page Croft*, CAC, Cambridge, GBR/0014/CRFT 1/7 CH 45.

132 Urbach, *Go-Betweens* (Anm. 8), S. 192.

kommunistischen und christlichen Europas geeint. Aus ihrer aristokratischen, elitären Perspektive bedeutete der Bolschewismus eine erhebliche Gefahr für die eigenen Ideale und Privilegien; ein stärkeres – d.h. faschistisches – Europa sollte dieser von Russland ausgehenden Bedrohung entgegenwirken. Franco, Hitler und Mussolini galten den radikalen Aristokraten daher als diejenigen Männer, die das leisten konnten.

Es war kein Mangel an Patriotismus, der Edward in die Nähe der Nationalsozialisten und Franquisten trieb; vielmehr waren sowohl seine ablehnende Haltung gegenüber der Massendemokratie als auch sein ausgeprägter Antikommunismus und Antisemitismus dafür verantwortlich. Wohl auch deshalb blieb er nicht das einzige »schwarze Schaf« in seiner Familie: Zwei seiner Brüder teilten derlei radikalkonservative Ansichten, wussten dies allerdings besser zu kaschieren. Verlässt man darüber hinaus die individuelle Ebene, so wird rasch deutlich, dass diese Ansichten unter vielen europäischen Aristokraten verbreitet waren. Edward war also ein Vertreter unter vielen, die sich ein anderes Europa wünschten und dafür auch unter Faschisten Verbündete suchten, auch wenn sie selbst nicht unbedingt faschistisch eingestellt waren. Seine Sichtbarkeit und die Vorbelastung in der öffentlichen Wahrnehmung, die aus seiner skandalösen Heirat und Abdankung resultierte, machten Edward jedoch zu einem passenden Sündenbock. Dabei geraten andere Akteure und übergeordnete Strukturen und Netzwerke freilich schnell aus dem Blick, die oftmals wirkmächtiger waren als ein Individuum.

Ein »fanatischer Gegner des Nationalsozialismus«

Das Spruchkammerverfahren für Karl Theodor Bleek

Albrecht Kirschner

Als Karl Theodor Bleek im Sommer 1945 wieder nach Marburg kam, hatte er mehr als zwölf bewegte Jahre hinter sich, in denen Marburg nicht sein Lebensmittelpunkt war. Obgleich er im Juli 1946 zum Oberbürgermeister gewählt worden war, konnte er sein Amt erst antreten, nachdem sämtliche eventuelle Verdachtsmomente auf Belastungen während des NS-Regimes ausgeräumt waren. War er wirklich ein »fanatischer Gegner des Nationalsozialismus«, wie ihn mehrere Zeugen in seinem Spruchkammerverfahren beschrieben?¹ Wie Bleek durch die NS-Zeit kam und wie 1946 in Marburg diese Vergangenheit diskutiert wurde, soll im vorliegenden Beitrag erörtert werden.²

I. Bleeks Werdegang bis 1945

Karl Theodor Bleek wurde am 19. März 1898 in Kirn an der Nahe, wo sein Vater seit September 1896 als Bürgermeister amtierte, geboren.³ Kurz nach dem Tod des Vaters zogen Mutter und Sohn nach Marburg. Hier besuchte er zwischen 1907 und seinem Notabitur

-
- 1 Zeugen in der Spruchkammerverhandlung am 16.9.1946, zit.n. Hans Mewes, Bleek vor der Spruchkammer gerechtfertigt. Tatsachen statt Unterstellungen, in: Marburger Presse v. 17.9.1946, S. 1. Der Artikel findet sich auch im Stadtarchiv Marburg (StadtA MR), PA, Nr. 829/1. Der Artikel ist mit dem Kürzel »Ms.« gezeichnet, was auf Hans Mewes, damals Redakteur bei der *Marburger Presse*, hinweist.
 - 2 Bleek, vor allem dessen NS-Vergangenheit und der Umgang damit, war immer wieder Gegenstand von Arbeiten, besonders der Lokalgeschichte. Siehe exemplarisch John Gimbel, *Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung*. Marburg 1945-1952, Köln 1964; Ulf Hansen, *Karl Theodor Bleek. Ein liberaler Politiker der Nachkriegszeit*, unpubl. Diplomarbeit, Marburg 1997; Ders., *Karl-Theodor Bleek (1898-1969). Eine biographische Skizze*, in: Jan Marco Müller (Hg.), »Freiheit, Tüchtigkeit, Persönlichkeit«. Beiträge zur Geschichte des Marburger Liberalismus, Marburg 2000, S. 105-118; Karl-Heinz Gimbel, *Die Marburger Oberbürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert*, Marburg ²2016, S. 152-157; Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, *Marburger Rathaus und Nationalsozialismus*, Marburg 2018, insb. S. 322f.
 - 3 Franz Offermanns, *Geschichte der Stadt Kirn*, Kirn 1900, S. 114.

im Juni 1915 das Gymnasium Philippinum. Im Herbst trat er in die freiwillige Krankenpflege ein und blieb dort bis zur Einberufung zum Heeresdienst bei der Artillerie im Februar 1918.⁴ Ende Juli 1918 musste ihm nach schwerer Verwundung das rechte Bein amputiert werden. Zu 70 Prozent schwerkriegsbeschädigt kehrte er, mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse (EK II) und dem Verwundetenabzeichen in mattweiß ausgezeichnet, nach Marburg zurück.⁵

Abb. 1: Oberbürgermeister Karl-Theodor Bleek beim Grabenfest, Marburg 1950



Oberbürgermeister Karl-Theodor Bleek 1950 beim Grabenfest. Foto: Friedrich Unkel

Foto: Friedrich Unkel, abgedruckt in der Oberhessischen Presse v. 19.3.1998, Stadtarchiv Marburg, Bestand 16 Q, Nr. 1399⁶

1919 nahm er an der Philipps-Universität sein Jurastudium auf und gehörte zu den Mitbegründern der Marburger Studierendengruppe der linksliberalen, die Weimarer Republik mittragenden Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der er von 1919 bis

-
- 4 Die freiwillige Krankenpflege kümmerte sich zwar hauptsächlich um Kriegsverwundete und agierte häufig nah an der Front, sie war aber keine militärische Institution. Es handelte sich folglich nicht um einen militärischen Dienst.
 - 5 Siehe dazu Bundesarchiv (BArch), R1501, Nr. 205018, Personalakte Bleek; StadtA MR, PA, Nr. 829; BArch, R 9361 II, Nr. 83056.
 - 6 Ich danke Herrn Gerhard Unkel, Weimar-Allna, für die Zustimmung zur Veröffentlichung.

1925 und erneut von 1927 bis 1930 als Mitglied angehörte.⁷ Während seines Studiums pflegte er vielfältige Kontakte, unter anderem zum späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, zum sozialliberalen Ökonomen und Marburger Wirtschaftsprofessor Wilhelm Röpke, zum späteren linken Gewerkschafter Viktor Agartz sowie zu Ernst Lemmer, der von 1956 bis 1965 als CDU-Mitglied Bundesminister war.⁸ Das ist insofern bemerkenswert, als Bleek gerade nicht dem Gros der damaligen, national-völkisch orientierten Studierendenschaft Marburgs zuzurechnen ist, aus deren Kreisen sich auch die Täter der Morde von Mechterstädt⁹ rekrutierten.

Die erste juristische Prüfung bestand Bleek am 13. Mai 1922 mit »ausreichend, dem gut sich annähernd«. Während seiner Referendarzeit war er im Regierungspräsidium in Kassel und im Marburger Landratsamt tätig; von Juni 1923 bis Februar 1924 verwaltete er die Bürgermeisterstelle von Herborn zudem kommissarisch. Die Große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst legte er am 15. August 1925 in Berlin mit »vollkommen befriedigend« ab. Anschließend war er als Regierungsassessor beim Landrat des Kreises Westhavelland tätig. Am 25. Januar 1926 heiratete Bleek Hedwig Früh, mit der er drei Kinder hatte. Im Juli 1927 wurde er in die Kommunalabteilung des Preußischen Innenministeriums übernommen und im Sparkassenreferat der Kommunalabteilung eingesetzt; am 1. August 1928 zum Regierungsrat ernannt, übernahm er kurz darauf »sein« Referat als Dezernent. Von Januar bis Juni 1932 vertrat er den Landrat des Kreises Beeskow-Storkow, und ab dem 5. Juli 1932 leitete er das Landratsamt Arnswalde zunächst vertretungsweise, ab dem 3. September 1932 dann kommissarisch und ab dem 18. Januar 1933 regulär.

Doch schon am 16. Mai 1933 wurde Bleek in den einstweiligen Ruhestand versetzt.¹⁰ Der Beschluss des Preußischen Innenministeriums vom 15. Mai 1933, der in der mir bekannten Form keine Gründe nennt, betraf nicht nur den Arnsberger Landrat Bleek, sondern auch die Landräte Dr. Kraus aus Calau (Niederlausitz), Erich von Reden aus Lübben (ebenfalls Niederlausitz) und Kühn aus Zielenzig (Regierungsbezirk Frankfurt a.d.O.).¹¹ Obgleich Bleek 1946 für diese Beurlaubung weitere Gründe nannte, ist davon

7 Vgl. BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 4. In seinem Lebenslauf vom 13. Juli 1946 gibt Bleek 1919 bis 1933 als Zeitraum seiner DDP-Mitgliedschaft an, vgl. StadtA MR, PA, Nr. 829/1, S. 4.

8 Hansen, Politiker (Anm. 2), S. 6.

9 Siehe hierzu auch den Beitrag von Dietrich Heither im vorliegenden Band.

10 Vgl. BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 84.

11 Die Abschrift des per Funkspruch übermittelten Beschlusses findet sich in BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 83. Erich von Reden war als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) noch im Jahr 1933 der NSDAP beigetreten, vgl. dazu Michael Ruck, *Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928-1972*, München 1996, S. 116. Beim Landrat Kühn handelt es sich vermutlich um den späteren FDP-Bundestagsabgeordneten Walther Kühn, bis 1933 Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), 1933 dann der NSDAP, der nach seiner Entlassung als Landrat des Landkreises Oststernberg und Wiedereinstellung eine steile Verwaltungskarriere bis zum Regierungspräsidenten in Bromberg machen konnte, dort 1942 aber erneut amtsenthoben wurde. 1945 wurde er von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet und in ein Konzentrationslager (KZ) eingeliefert. Vgl. Martin Schumacher (Hg.), *M.d.B. Die Volksvertretung 1946-1972*, [Berlin 2006], S. 690f., <<https://kgparl.de/forschung/m-d-b-die-volksvertretung-1946-1972/>> (26.1.2021). Einem Artikel des Spiegels v. 12.12.1962, S. 110, ist dagegen zu entnehmen, dass Kühn von 1942 bis zu seiner Verhaftung 1945 Regierungspräsident von Bromberg gewesen sei.

auszugehen, dass seine demokratie- und republikfreundliche politische Vorgeschichte für diese Maßnahme des NS-Regimes entscheidend war. Die Beurlaubung als Landrat hatte aber nicht sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst insgesamt zur Folge: Am 16. Juni 1933 wurde Bleek zum Regierungspräsidium Stade abgeordnet, wo er am 5. Juli 1933 zum Dienst antrat.

Das nun einsetzende Verfahren zur Überprüfung der im Sinne des NS-Regimes politischen Zuverlässigkeit Bleeks nach dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (kurz: Berufsbeamtengesetz – BBG) vom 7. April 1933, für das Bleek am 27. Juni des Jahres den entsprechenden Fragebogen ausfüllte, kam schon am 12. Juli zu dem Ergebnis, dass eine Entlassung Bleeks nicht in Betracht komme.¹² Die Konsequenzen aber ließen auf sich warten: Einem ersten Vorschlag des Regierungspräsidiums in Stade vom 17. Oktober 1933, Bleek erneut und auf Lebenszeit als Regierungsrat in den Staatsdienst zu übernehmen, folgte am 27. März 1934 ein weiterer, gleichartiger Antrag. Erst einige Monate später, genauer gesagt am 11. Juli 1934, wurde dieser Antrag positiv beschieden. Als Regierungsrat zum 1. August an das Regierungspräsidium Arnberg überstellt, wurde er dort im November 1934 mit der Leitung des Gemeindeprüfungsamtes betraut. Im Rahmen eines »Abwerbersuchs« des Rechnungshofs für das Deutsche Reich wurde Bleek im April 1935 als unentbehrlich bezeichnet und seine Beförderung zum Oberregierungsrat vorgeschlagen. Bleek blieb vorläufig in Arnberg, wurde jedoch nicht befördert.

Im Mai 1937 erfolgte seine Versetzung als Kommunaldezernent zum Regierungspräsidium Breslau. Überlegungen vom November 1938, Bleek unter Beförderung zum Oberregierungsrat in die Kommunalabteilung des Reichsministeriums des Inneren (RMI) zu übernehmen, wurden erneut nicht umgesetzt. Einem entsprechenden Dokument des Breslauer Regierungspräsidenten vom 24. November 1938 ist zu entnehmen:

»B. gehörte vor der Machtübernahme der Demokratischen Partei an. Seine letzte politische Beurteilung beim Stellvertreter des Führers vom 20.7.1937 war noch ungünstig. Ich kann daher seine Beförderung zum Oberregierungsrat, bzw. seine Verwendung als Hilfsarbeiter in der Kommunalabteilung des Reichsministeriums des Innern, für die er nach seinen außergewöhnlichen dienstlichen Fähigkeiten in Frage käme, nur unter der Voraussetzung vorschlagen, daß Bleeks politische Beurteilung sich auf Grund seiner Haltung in der Zwischenzeit geändert haben sollte.«¹³

Seine politische Beurteilung blieb offenbar unverändert: Er kam nicht ins Reichsinnenministerium. Auch der Versuch des Breslauer Oberpräsidenten und Gauleiters Josef

Diese Fehlinformation findet sich auch im Kulturportal Ost-West der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung, <<https://kulturportal-west-ost.eu/biographien/kuhn-walther-2>> (26.1.2021). Über den Landrat Kraus war mit vertretbarem Aufwand nichts Näheres in Erfahrung zu bringen.

- 12 Nach BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 92, wurde geprüft, ob Bleek für eine Beamtenlaufbahn überhaupt qualifiziert sei (§ 2 BBG) und ob nach seiner »bisherigen politischen Betätigung« überdies gewährleistet sei, »daß [er] jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat [eintrete]« (§ 4 BBG). Nicht überprüft wurde, ob er den rassistischen Vorgaben des NS-Regimes entsprach (§ 3 BBG).
- 13 BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 138, Beförderungsvorschlag des Regierungspräsidiums Breslau, 24.11.1938.

Wagner vom September 1939, Bleek für die dortige Preisüberwachungsbehörde abzuwerben, zeigte keinen Erfolg. Bleek aber ließ sich, möglicherweise angeworben durch den nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Graf von Schulenburg, im Dezember 1939 als Stadtkämmerer an die Stadt Breslau abordnen. Mitte Oktober 1940 wurde er dann auf eigenen Antrag hin aus dem Staatsdienst entlassen und in den kommunalen Dienst Breslaus übernommen.¹⁴ Hier blieb er bis kurz vor Kriegsende.¹⁵

Am 18. Dezember 1941 beantragte Bleek schließlich seine Mitgliedschaft in der NSDAP, die zum 1. Januar 1942 unter der Nummer 8.893.812 genehmigt wurde.¹⁶ Dass diese Aufnahme offenbar problemlos vonstatten ging, macht deutlich, dass zumindest die Parteiführung keine erheblichen Bedenken über Bleeks politische Zuverlässigkeit mehr hegte. Es gibt keinen Hinweis, dass Bleek irgendwelche Ämter in der Partei übernommen hätte.

Es zeigt sich somit, dass Karl Theodor Bleek als republikfreundlicher Staatsbeamter nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zunächst Probleme bekam, sich dann jedoch mit dem NS-Regime zunehmend arrangieren konnte. Seine Aufnahme in die Partei macht ferner deutlich, dass auf Seiten der NSDAP keine relevanten Verstimmungen mehr vorlagen. Allerdings war seine demokratiefreundliche Vergangenheit allem Anschein nach entscheidend dafür, dass ihm bis 1945 eine Karriere im Staatsdienst verweigert und die mehrfach angedachte Beförderung zum Oberregierungsrat, die fachlich und sachlich durchaus für berechtigt gehalten wurde, vorenthalten blieb. Bis Mitte des Jahres 1945 diente Bleek noch als Kommunalbeamter der Stadt Breslau. Nach seiner Flucht, die wohl im Zusammenhang mit der Evakuierung der Stadt Ende Januar 1945 zu verstehen ist, leitete er die Verwaltungsaußenstelle der Stadtparkasse Breslaus zunächst von Görlitz, dann von Coburg aus. Mit Beendigung dieser Tätigkeit kehrte er im Sommer 1945 nach Marburg zurück.

II. Allgemeine Skizze zur Entnazifizierung

Als für die Alliierten im Zweiten Weltkrieg die Besetzung und die Befreiung Deutschlands vom NS-Regime in greifbare Nähe rückte, war ihnen klar, dass das Regime nicht

14 Vgl. BArch, R1501, Nr. 205018, Bl. 143 u. 149.

15 Bislang war es der Forschung nicht möglich, die wohl in Wroclaw (Breslau) liegenden kommunalen Unterlagen aus der NS-Zeit auszuwerten. Dass sich Recherchen zu Bleeks Breslauer Zeit durchaus lohnen könnten, geht schon aus der Tatsache hervor, dass Bleek nach einem Bericht des US-amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) vom 26. Juli 1945 über den Flick-Konzern offenbar Mitglied des Aufsichtsrats der Linke-Hoffmann-Werke AG in Breslau war. Vgl. National Archives and Records Administration (NARA), Record Group 226, Box 23, Folder 6, Bl. 65. Ich danke Dr. Florian Altenhöner (Berlin) für diesen Hinweis. Die Linke-Hoffmann-Werke AG war vor allem im Lokomotiven- und Eisenbahnwagenbau sowie in der Fertigung von Militärfahrzeugen für die Wehrmacht tätig. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass solche kriegswichtigen Betriebe mit Sicherheit Zwangsarbeiter*innen eingesetzt hatten, möglicherweise sogar KZ-Häftlinge aus einem der vier Breslauer Außenlager des KZ Groß-Rosen. Falls dem so war: Was wusste Bleek davon?

16 Vgl. BArch, R 9361-IX KARTEI, Digitalisat Nr. 3200361. Auf Bleeks NSDAP-Mitgliedschaft hat erstmals Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2012, S. 84, Anm. 48, hingewiesen.

nur aus einer Clique hochrangiger Nationalsozialisten – Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Hermann Göring, Joseph Goebbels etc. – bestand, sondern die ihnen bekannten Verbrechen nur mit breiter Unterstützung der deutschen Bevölkerung begangen werden konnten. Die alliierten Siegermächte waren schon lange vor der Besetzung Deutschlands übereingekommen, dass diese Verbrechen gesühnt werden müssten und sollten. Dafür hatte man bereits im Jahr 1943 die United Nations War Crimes Commission (UNWCC) gegründet, deren Aufgabe es war, Informationen über die vom NS-Regime begangenen Verbrechen sowie über die konkreten Täter zusammenzutragen. Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess und die folgenden Prozesse unter der jeweiligen Besatzungsmacht – wie die Nürnberger Nachfolgeprozesse, die Hamburger Curiohaus-Prozesse, die Rastatter Prozesse und die Waldheimer Prozesse – sind sichtbarer Ausdruck dieser Bemühungen. Außer Frage stand überdies, dass entsprechende Funktionäre in Politik, Verwaltung, Verbänden und Wirtschaft ausgetauscht werden müssten, wenn man denn den antifaschistischen Impetus der Anti-Hitler-Koalition auch nur annähernd gerecht werden wollte. Fraternisierungsverbote und die Übernahme der gesamten Staatsgewalt durch alliierte Institutionen, wie etwa Militärregierungen und -gerichte, sollten dabei das Fortwirken alter NS-Eliten auf allen Ebene unterbrechen und unterbinden. Sehr schnell wurde jedoch deutlich – und zumindest in Teilen von vorneherein erwünscht (Einsetzung deutscher Bürgermeister) –, dass die Alliierten diese Aufgaben auf Dauer nur mit Beteiligung auch nicht-exilierter und der jenseits der in Opposition zum NS-Regime stehenden Deutschen zufriedenstellend erfüllen konnten. Es mussten – wohl oder übel – neben den deutschen »Experten« auch deutsche Strukturen geschaffen werden, die sich um die Belange des Alltags zu kümmern hatten und konnten.

Mit der Besetzung übernahmen die alliierten Besatzungsmächte aber nicht nur die Staatsgewalt, sondern internierten auch alle ihnen bekannt gewordenen NS-Funktionäre, NS-Aktivisten, Manager bedeutenderer, auch lokaler Betriebe sowie exponierte Beamte der öffentlichen Verwaltungen (»automatic arrest«)¹⁷ – in Hessen vor allem im Internierungslager Darmstadt. Dort wurden die Vorwürfe und die entsprechenden Aktivitäten der Internierten überprüft und sie gegebenenfalls vor Gericht gestellt. Diese justizielle Strafverfolgung begann schon recht schnell, zuerst vor alliierten Kriegsgerichten, nach der Wiedereröffnung der deutschen allgemeinen Gerichtsbarkeit besonders bei den Land- und Oberlandesgerichten.¹⁸ Einzelne derartige Verfahren fanden noch bis ins 21. Jahrhundert statt. Parallel dazu wurden diejenigen Personen, die für eine Widereinstellung oder ein politisches Amt vorgesehen waren, auf ihre NS-Vergangenheit überprüft. Ausgangspunkt war ein ausführlicher Fragebogen, den die Betroffenen auszufüllen hatten.

Schließlich wurde in allen vier Besatzungszonen die gesamte Bevölkerung auf individuelle NS-Belastungen überprüft. In der US-amerikanischen Zone, bestehend aus Württemberg-Baden, Bayern und (Groß-)Hessen, in dem Marburg lag, wurde am 5.

17 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), Bestand C, Nr. 957/48, Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF), Arrest Categories Handbook Germany, April 1945, Part Two, S. 4f.

18 Diese Verfahren wurden in Justiz und historischer Forschung schließlich als »Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen« (kurz: »NSG-Verfahren«) gefasst.

März 1946 jeweils identisch das »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« (Befreiungsgesetz) verabschiedet. Zur Ermittlung, gegen wen entsprechende Entnazifizierungsverfahren durchzuführen seien, hatten alle Einwohner*innen ab 18 Jahren einen zweiseitigen »Meldebogen« auszufüllen, in dem insbesondere Partei- und parteinahe Aktivitäten, Staatsämter und Karrieren in der Wehrmacht sowie persönliche Einkommens- und Vermögensentwicklungen offengelegt werden sollten.¹⁹ Ergaben sich aus den Angaben und der entsprechenden Überprüfungen ihres Wahrheitsgehalts keine Verdachtsmomente, wurde auch kein Verfahren eröffnet und die Sache mit dem Vermerk »nicht betroffen« beschieden und abgelegt.

Auch wenn das Befreiungsgesetz eindeutig darauf hinweist, dass formale Kriterien, wie eine NSDAP-Mitgliedschaft oder gerade deren Fehlen »zwar wichtige Beweise für die Gesamthaltung« sein konnten, so sollten sie »für sich allein nicht entscheidend« sein (Art. 2, Abs. 2). De facto wurde dies wahrscheinlich mangels konkreter Durchführbarkeit der Entnazifizierung anders gehandhabt. So sind die »Anweisungen für die Auswerter der Meldebögen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus«²⁰ in diesem Punkt nicht eindeutig, lassen aber eine klare Tendenz zur dominanten Bewertung der formalen Kriterien erkennen.

Dass diese Praxis auch den Zeitgenoss*innen nicht verborgen blieb, zeigt sich am Meldebogen Heinrich Zinnkanns, der mit dem Entnazifizierungsverfahren vertraut war. In seinem Meldebogen vom 25. April 1946 vermerkte er: »Da kein Mitglied der NSDAP noch irgend einer Gliederung kann ich mich in keine Gruppe des Gesetzes eingliedern. Das Gesetz findet daher auf mich keine Anwendung.«²¹ Seine Entlassung aus dem Staatsdienst 1933, die sowohl der Militärregierung als auch der Spruchkammer bzw. dem Öffentlichen Ankläger gewiss bekannt war, führte er hingegen nicht an. Die fehlende NSDAP-Mitgliedschaft erschien ihm offenbar als *der* entscheidende Faktor für seine Einschätzung, er sei »vom Gesetz nicht betroffen«. Diese Sicht kann für die Entnazifizierungsverfahren und der daran beteiligten Personen als typisch angenommen werden. Ausnahmen davon sind auf beiden Seiten vor allem dann zu erkennen, wenn es einer gewollten Entlastung dienlich schien. Dezidiert falsche Angaben im Meldebogen, zu denen das Verschweigen der Parteimitgliedschaft zählte, bargen dagegen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung wegen Fälschung des Meldebogens.²²

19 Vgl. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus v. 5.3.1946, Art. 3.

20 Vgl. dazu Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), 483, Nr. 4080, Anweisungen für die Auswerter der Meldebögen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus.

21 HHStAW, 520, DZ Nr. 2518. Bis 1933 war Heinrich Zinnkann für die SPD Mitglied des Landtags des Volkstaates Hessen und von 1931 bis 1933 außerdem Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1933 wurde der Regierungsrat im Arbeits- und Wirtschaftsministerium des Volksstaats Hessen entlassen. Bis 1945 war er arbeitslos bzw. musste sich mit eher subalternen Anstellungen durchschlagen. Im September 1945 zum Oberregierungsrat in Groß-Hessen ernannt, dann von 1946 bis 1954 Innenminister Hessens, war er zeitweilig stellvertretender Ministerpräsident, später Landtagspräsident.

22 Exemplarisch sei auf den späteren Bürgermeister von Rüsselsheim, Dr. Walter Köbel, verwiesen, vgl. Sabine Kühn, Walter Köbel (1918-1965) und der Nationalsozialismus. Eine biografische Annäherung, Rüsselsheim 2013, insb. S. 71-83. In diesem Zusammenhang ist auch die Verurteilung des 1945 von der US-Militärregierung ernannten Marburger Oberbürgermeisters Eugen Siebecke zu

Waren in den Meldebogen mehr oder weniger deutliche Belastungsmomente erkennbar, deren Auswertung unter der Ägide des »öffentlichen Klägers« stattfand, oder lagen entsprechende Anträge, Anzeigen oder sonstige Hinweise vor, hatten entsprechende Ermittlungen durchgeführt zu werden (Art. 33, Abs. 1).²³ Bei Einleitung eines schriftlichen Verfahren (nach Aktenlage) oder eines öffentlichen Verfahrens vor der Spruchkammer mussten die Verdachtsmomente, Beweise und die beantragte Gruppe der Belastung ausdrücklich genannt werden. Die Betroffenen erhielten dann die Gelegenheit, entlastende Beweise, sofern vorhanden, einzureichen (Art. 34). Als Resultat legten zahlreiche Verdächtige zweifelhaft Bescheinigungen vor, die von Dritten ausgestellt worden waren und die den Angeklagten – aber auch die Verfasser dieser sogenannten »Persilscheine« – entlasten sollten. Die Spruchkammern waren dagegen nach Art. 35, Abs. 1 des Befreiungsgesetzes dazu verpflichtet, von Amts wegen alles zu tun, was zur Erforschung der Wahrheit notwendig sei, wobei neben der eidlichen Vernehmungen von Zeug*innen und Sachverständig*innen auch Zwangsmittel, wie Vorführungsbefehle und Ordnungsstrafen, möglich waren (Art. 35, Abs. 2).

Im Ergebnis konnten die Verdächtigen nach Art. 4 des Befreiungsgesetzes in folgende Kategorien eingruppiert werden: 1. Hauptschuldige, 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer), 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe), 4. Mitläufer sowie 5. Entlastete. Die Sanktionen sahen unter anderem bis zu zehn Jahre Arbeitslager, Vermögenseinzug, Berufsverbot, Aufenthaltsverbot, Entzug des passiven oder aktiven Wahlrechts sowie einmalige Sühnezahlungen vor (Art. 15-18). Eine sechste Gruppe, die in den Unterlagen der hessischen Spruchkammern immer wieder auftaucht, gab es formal nicht, de facto wurden damit aber die »vom Gesetz nicht Betroffenen« oder »Nicht Betroffene« (kurz: »NB«) gefasst. Gegen diese Personen lag bei der Überprüfung kein belastender Verdacht vor, weshalb ein schriftliches Verfahren oder ein solches vor der Spruchkammer – in der Regel jedenfalls – nicht eröffnet wurde. Die Spruchkammerverfahren ähnelten somit, wenn auch mit bedeutenden Abweichungen, regulären Strafverfahren. Ersetzt hat das Entnazifizierungsverfahren ein Strafverfahren wegen strafbarer Handlungen allerdings nicht. Gemäß Befreiungsgesetz (Art. 22, Abs. 2) trat zudem kein Strafklageverbrauch ein, sodass ein und dieselbe Tat sowohl strafrechtlich verfolgt werden als auch Gegenstand eines Entnazifizierungsverfahrens sein konnte.

sehen, vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 401.11, Nr. 140, Frankfurter Rundschau v. 12.7.1946.

23 Dabei sind durchaus auch sehr kenntnisreiche und hellsichtige Bemerkungen von Auswerter*innen zu verzeichnen, vgl. exemplarisch HHStAW, 520, F 5945 DL NB, Auswertung des Meldebogens von Dr. Ernst Georgi bezüglich seines Wohnortes in Blankenburg (Harz) 1944/45. Siehe dazu ferner Albrecht Kirschner, Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie »NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter« der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben »Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen«, in: Norbert Kartmann (Hg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter, Wiesbaden 2014, S. 156f. u. 175.

III. Bleek wieder in Marburg

Aus Coburg kommend, ließ sich Bleek im Sommer 1945 erneut in Marburg nieder und verkehrte, wohl im Anschluss an seine ehemalige DDP-Mitgliedschaft, wieder in entsprechenden Kreisen. Hier gehörte er auch zu den Mitbegründern der am 27. Oktober 1945 gegründeten Demokratischen Volkspartei Marburg (Liberal-Demokratische Volkspartei; LDP), deren Programm am 7. Dezember des Jahres in der *Marburger Presse* veröffentlicht wurde.²⁴ Bleek war bei den übergeordneten politischen Strukturen offenbar rasch für politische Ämter ins Auge gefasst worden: In einem Schreiben an den Governor Lieutenant Colonel Brown von der Marburger Militärregierung vom 24. September 1945 nannte der Vorsitzende des Staatspolitischen Ausschusses von Marburg, Robert Treut, vier Personen, die er als für den Posten des Landrats des Kreises Marburg für politisch und persönlich geeignet hielt. Noch vor August Eckel, Dr. Rautenberg und Adolf Arndt rangierte Bleek an erster Stelle. Zu ihm führte Treut weiter aus: »Er ist Herrn Oberpräsident Hoch gut bekannt. Hoch will ihn, wie ich gehört habe, an eine führende Stelle in der Provinz setzen.«²⁵ Letztlich wurde aber nicht Bleek, sondern Eckel (SPD) zum Landrat ernannt.

Es scheint, als ob der Wahlkampf zu den Gemeindewahlen im Januar 1946 vonseiten der LDP mit Bleek als Spitzenkandidaten deutlich antikommunistische, möglicherweise diffamierende Momente beinhaltete. So kritisierte Theodor Abel, Mitglied der KPD und Leiter des Haupt- und Personalamts der Stadt Marburg, der die bekannte dogmatisierte und schematisierte »Kritik« des Kapitalismus und des Bürgertums nicht erkennen lässt, in einem offenen Brief die nicht weiter begründete, von LDP und Bleek augenscheinlich immer wieder geforderte »Entkommunisierung« (gemeint ist die Entfernung von Kommunisten aus der Verwaltung) und »Säuberung« der Stadtverwaltung – nach Abel bediente sich die LDP jener Sprache, die schon die Nationalsozialisten zur Säuberung der Stadtverwaltung gewählt hätten.²⁶ Hermann Bauer führte den großen Wahlerfolg von über 40 Prozent für seine LDP bei der Kommunalwahl am 28. April 1946

24 Vgl. HStAM, 340 Römer, Nr. 426. Im Dezember 1945 wurde die Marburger Partei zunächst in Liberaldemokratische Partei (LDP), im Dezember 1948 dann in Freie Demokratische Partei (FDP) umbenannt.

25 StadtA MR, 4 D, Nr. 1849, Treut an Brown, 24.9.1945. Dass Treut Bleek in diesem Schreiben einen Dokortitel verleiht und dass er von dessen NSDAP-Mitgliedschaft offenbar nichts wusste, sei nur am Rande erwähnt. Gimbel, Besatzung (Anm. 2), S. 196, bewertet die Beziehung zwischen Hoch und Bleek als persönliche Freundschaft.

26 Vgl. HStAM, 340 Römer, Nr. 426, Offener Brief Theodor Abels, undat. [Januar 1946]. Abel war vom 6. Januar bis 1. Oktober 1946 Leiter des Haupt- und Personalamts. Nach Wilder/Cramer/Stolper, Marburg (Anm. 2), S. 124 u. 317 (Zitat), war Abel dafür mitverantwortlich, dass »überdurchschnittlich viele Kommunisten in der Marburger Stadtverwaltung beschäftigt wurden«, auch wenn die relative Bevorzugung kommunistischer und sozialdemokratischer Personen durch die einstellende Militärregierung eher darin zu suchen wäre, dass in dieser Gruppe mehr unbelastete Personen zu finden waren, als durch parteipolitische Präferenzen. Nach Ulrich Hussong, Die Personalpolitik der Stadtverwaltung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Benno Hafenegger/Wolfram Schäfer (Hg.), Marburg in den Nachkriegsjahren, Bd. 3: Entwicklungen in Politik, Kultur und Architektur, Marburg 2006, S. 335-387, insb. S. 350-357, lässt sich eine Bevorzugung von Kommunisten nicht nachvollziehen.

auf die geforderte »Entkommunisierung« zurück.²⁷ Eine in dieser deutlichen Ausprägung im zeitgenössischen parlamentarisch-politischen Spektrum eher ungewöhnliche Frontstellung der LDP gegen die KPD wird immer wieder bezeugt, ebenso der Vorwurf, dass in der LDP/FDP gehäuft NS-Belastete politisch aktiv waren; die Partei in Hessen wird für die damaligen Zeit insgesamt als eher rechtsgerichtet bewertet.²⁸

Die LDP war nicht nur im Marburger Gemeinderat die mit Abstand stärkste Partei geworden, sondern hatte offenbar auch das beste Ergebnis in Hessen erringen können. Damit hatte der Spitzenkandidat der LDP, Karl Theodor Bleek, Anspruch auf den Posten als Oberbürgermeister der Stadt Marburg errungen (die damaligen Kommunalwahlen kannten noch keine Direktwahl des Oberbürgermeisters). Am 26. Juli 1946 wurde er in der Sitzung der Gemeinderäte mit 21 gegen 3 Stimmen, also mit weitgehender Zustimmung der SPD- und CDU-Fraktion, zum Oberbürgermeister gewählt.²⁹

IV. Vorlauf des Spruchkammerverfahrens Bleek

Der damalige, von der US-Militärregierung eingesetzte Oberbürgermeister Friedrich Dickmann bat noch am selben Tag den Regierungspräsidenten Fritz Hoch in Kassel schriftlich, die Vergangenheit Bleeks gründlich zu untersuchen, zumal die LDP in Marburg einen ausgesprochen »demagogisch-nazistischen« Wahlkampf geführt habe.³⁰ In seinem Schreiben führt weiter aus, dass »Bleek bereits anlässlich der Bestellung des

27 Vgl. Gimbel, Besatzung (Anm. 2), S. 139. Zum Wahlausgang vgl. Wilder/Cramer/Stolper, Marburg (Anm. 2), S. 296. Bei dieser Kommunalwahl waren im Landesvergleich in Marburg überdurchschnittlich viele Wahlmündige wegen ihrer NS-Vergangenheit von der Wahl ausgeschlossen. Vgl. Hussong, Personalpolitik (Anm. 26), S. 339f.

28 Ein weiteres Indiz dafür ist, dass sich Anfang 1947, also nach dem hier relevanten Zeitraum, die LDP gegen eine Vereinnahmung vor allem ihres Parteiprogramms durch die nationalkonservative und stramm rechtsgerichtete hessische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP bzw. NDPD) erwehren musste. Vgl. HStAM, 340 Römer, Nr. 426; StadtA MR, P 2, Nr. 51/02, Schreiben Bleeks v. 15.2.1947. Es sei ebenfalls erwähnt, dass die LDP bei der Wahl zum Landrat des Landkreises Marburg 1948 mit genau dieser NDP gemeinsam Landrat August Eckel ablösen wollte. Vgl. Hubert Kleinert, Die NS-Vergangenheit ehemaliger Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Marburg 2013, S. 96. Interessant dabei ist, dass eine der Führungspersonen der NDP, Heinrich Fassbender, schon 1946 Mitglied der LDP wurde, um schließlich über die rechtsextreme Deutsche Reichspartei (DRP) und die ebenfalls rechtsgerichtete Deutsche Partei (DP) 1964 bei der NPD seine politische Heimat zu finden. Vgl. Kirschner, Abschlussbericht (Anm. 23), S. 188. Andererseits galt Bleek als Fraktionsvorsitzender der FDP im hessischen Landtag als eher (links-)liberaler Gegenspieler des rechtsorientierten hessischen FDP-Vorsitzenden August-Martin Euler, der 1957 ebenfalls bei der DP seine politische Heimat fand.

29 Vgl. StadtA MR, PA, Nr. 829/1, S. 9 u. 35. Der Gemeinderat bestand aus elf Abgeordneten der LDP, sieben der SPD und sechs der CDU. Der Einzug der KPD in den Gemeinderat scheiterte an der damals geltenden 15-Prozent-Hürde.

30 Vgl. HStAM, 401.11, Nr. 620, Dickmann an Hoch, 26.7.1946; StadtA MR, PA, Nr. 829/1, S. 11f., Dickmann an Hoch, 26.7.1946. Dort finden sich auch die folgenden Zitate. Mit der »faschistischen Regierung von Papen-Bracht« war nach dem »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 selbstverständlich die sachlich zuständigen Reichskommissare (von Papen als Reichskommissar für das Land Preußen und Vorsitzender des Preußischen Staatsministeriums, Bracht als Kommissar des Reichs für das Preußische Ministerium des Innern) gemeint. Bleek war schon am 5. Juli 1932 als Vertreter mit

Landrats für den Kreis Marburg von der Militärregierung als politisch untragbar erklärt wurde«, und weist außerdem darauf hin, dass dieser vor der Spruchkammer zu erklären habe, warum er im Juli 1932 »von der faschistischen Regierung von Papen-Bracht als Steigbügelhalter für das 3. Reich zum Landrat ernannt worden ist, während alle positiv eingestellten republikanischen Landräte entlassen wurden«. Zudem müsse Bleeks Rolle »als Kommunaldezernent in Breslau überprüft werden. Es ist bekannt, daß die Akten in Breslau Bände aufweisen über Blut, Terror, Mord, Sexualverbrechen und politische Verschleppung.« Weiterhin informierte Dickmann den Minister für Wiederaufbau und Politische Bereinigung, das Counter Intelligence Corps (der damalige Nachrichtendienst der US-Army; CIC) und die Militärregierung in Marburg über diesen Sachverhalt.

Dickmann, bis 1933 dem Zentrum nahestehender Bürgermeister der Stadt Bomst (Posen, heute Babimost in der Woiwodschaft Lebus), nach seiner Entlassung dann zeitweilig in KZ-Haft und ohne weitere Karriere bis 1945, war bei der Wahl des Oberbürgermeisters am 26. Juli 1946 gegen Bleek angetreten und diesem unterlegen.³¹ Damit lief seine Amtszeit zum 31. Juli des Jahres aus. Ein »Gschmäckle« von Vergeltung aufgrund persönlicher Kränkung bei Dickmann kann da schon aufkommen; die Argumentation Dickmanns aber ist jedenfalls nicht abwegig. Bleek hatte etwa in seinem Fragebogen zur Überprüfung seiner Befähigung zum Abgeordneten der Verfassungsberatenden Landesversammlung, wenn auch nicht die NSDAP-Mitgliedschaft, so doch am 14. Juni 1946 angegeben, dass mit seiner Berufung zum Stadtkämmerer immerhin eine Besoldungssteigerung von über 50 Prozent, von ca. 11.100 RM auf rund 17.500 RM jährlich einherging.³²

Das Schreiben, das Dickmann am Vormittag des 27. Juli persönlich an Fritz Hoch übergab, hat zu hektischer Aktivität im Regierungspräsidium sowie in den politischen Kreisen Marburgs geführt. Noch am Nachmittag desselben Tages trafen sich Hoch, Landrat Eckel, Dickmann, Hermann Bauer (LDP), die Schulräte Ludwig Mütze (LDP) und Hans Schwedes (SPD), Oberstudiendirektor Friedrich Bunnemann (CDU), Dr. Alfons Müller (KPD), Hans Mewes von der *Marburger Presse*, der Journalist Adolf Wermter und Assessor Dr. Kniesch vom Regierungspräsidium in Kassel zu einer Besprechung der Vorwürfe im Landratsamt – zeitweilig waren auch Oberbürgermeister a.D. Johannes Müller und Bleek daran beteiligt.³³ Angesichts der von Dickmann erhobenen Vorwürfe, so Hoch einleitend, könne er den gewählten Oberbürgermeister nicht vereidigen, ohne dass die Spruchkammer Bleek entlastet und die Militärregierung ihre Zustimmung erteilt habe. Hoch stellte, nachdem Bleek und Müller den Raum verlassen hatten, einen

der Führung des Landratsamts Arnswalde beauftragt worden, seit September 1932 kommissarischer Landrat dort und Mitte Januar 1933 regulär zum Landrat von Arnswalde ernannt worden.

31 Vgl. exemplarisch Gimbel, Oberbürgermeister (Anm. 2), S. 144-149.

32 Vgl. StadtA MR, PA, Nr. 829/1, Fragebogen der Militärregierung, ausgefüllt von Bleek am 14.6.1946, S. 39. Die Verfassungsberatende Landesversammlung wurde am 30. Juni 1946 gewählt und trat am 15. Juli des Jahres erstmals zusammen. Bleek füllte den Fragebogen wohl als Kandidat der LDP aus. Der Spruch der Spruchkammer nennt andere Zahlen (von ca. 8.000 auf über 16.000 RM), die aber die Tendenz mehr als bestätigen. Vgl. HStAM, 401.11, Nr. 620, Spruch der Spruchkammer II Marburg Stadt, Aktenzeichen 1459/46, Karl Theodor Bleek betreffend, 18.9.1946, S. 1.

33 Vgl. HStAM, 401.11, Nr. 620, Gedächtnisprotokoll der Sitzung im Landratsamt Marburg am 27.7.1946 nachm. von Kniesch, 29.7.1946. Dort auch alle weitere Angaben zu dieser Sitzung.

»gewissen Grad« an Befangenheit fest, da er mit Bleek gemeinsam das Referendariat in Kassel absolviert, mit ihm im Preußischen Innenministerium zusammengearbeitet und ihn in der NS-Zeit mehrfach getroffen habe. Wie sich Bleek in der NS-Zeit politisch verhalten habe, könne er allerdings nicht sagen, obgleich er ihm als »Antinazi« bekannt war und ihm dies von dritter, ungenannter aber »sicherer« Seite bestätigt worden sei.

Auf Rückfrage bestätigte Dickmann seine Vorwürfe, die von den LDP-Vertretern Bauer und Mütze zurückgewiesen wurden: Bleek genieße nach 20 Jahren Bekanntschaft ihr vollstes Vertrauen. Auch sei dieser bei seiner Zulassung zum LDP-Vorsitzenden von der Militärregierung überprüft und für unbedenklich befunden worden. Dem widersprach Dickmann wiederum: Der damals zuständige Offizier der Militärregierung, Captain Taeddick, habe ihm gegenüber versichert, dass er eine solche Äußerung nie abgegeben habe. Zudem laufe eine Überprüfung durch das CIC. Bauer und Mütze äußerten, dass ihnen vom CIC bereits die Unbedenklichkeit mündlich bestätigt worden sei. Eckel verwies nun unter Zustimmung aller Anwesenden, außer Bauer und Mütze, darauf, dass es allein auf die Erklärung des Leiters der örtlichen Militärregierung ankomme.

In der Diskussion um eventuelle Belastungen lehnte nur Dickmann die These ab, dass aus der Tätigkeit Bleeks als Kommunaldezernent keine Belastung folge.³⁴ Demgegenüber hielten es alle Anwesenden für überprüfenswert, dass Bleek zum Stadtkämmerer ernannt wurde. Im Ergebnis waren sich alle, auch die LDP-Vertreter, einig, dass Bleek schnellstens durch die Spruchkammer überprüft werden müsse. Schließlich wurde noch besprochen, wie angesichts der Verzögerungen bezüglich des ab 1. August vakanten Postens des Oberbürgermeisters umzugehen sei. Nachdem Bauer erklärt hatte, dass die LDP an keiner nach dem 31. Juli des Jahres von Dickmann geleiteten Stadtverordnetenversammlung teilnehmen werde und von den Anwesenden kein Widerspruch erfolgte, verständigte man sich darauf, dass Johannes Müller, 1927 bis zu seiner Entlassung im März 1933 Oberbürgermeister von Marburg, das Amt kommissarisch ausüben solle.³⁵ Überraschend dürfte der »Beschluss«, ein Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer durchzuführen, für Bleek und seine Parteikollegen allerdings nicht gewesen sein, auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch deutlich und mit Nachdruck auf eine Einstellung des Verfahrens nach Aktenlage drängten. Warum sonst legte Ewald Adler, ehemals als Kämmereidirektor von Breslau Untergebener Bleeks, jetzt Stadtkämmerer von Bayreuth, mit Datum vom 23. Juli 1946 eine eidesstattliche Erklärung vor, in der er sowohl die Berufung als auch die Amtsführung Bleeks als Stadtkämmerer in denkbar günstigem Licht erscheinen lässt?³⁶

34 Allgemein zur Stadtverwaltungen in der NS-Zeit siehe Sabine Mecking/Andreas Wirsching, Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: Dies. (Hg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005, S. 1-19.

35 Am 30. Juli 1946 wurde Johannes Müller zum kommissarischen Oberbürgermeister ab dem 1. August 1946 ernannt. Vgl. HStAM, 401.11, Nr. 620, Hoch an Müller, 30.7.1946.

36 Vgl. HStAM, 401.11, Nr. 620. Wie bereits erwähnt, schwenkte die LDP und Bleek erst einige Tage später, nämlich am 27. bzw. 28. Juli 1946 auf die Linie um, ein öffentliches Spruchkammerverfahren zu befürworten.

Trotz des Ergebnisses der Sitzung im Landratsamt wandten sich Bauer und Mütze am 28. Juli 1946 nochmals an die Spruchkammer, um von dort ohne öffentliches Verfahren eine Bescheinigung für Bleek zu erhalten, dass dieser vom Befreiungsgesetz nicht betroffen sei. Bekräftigend führten sie erneut an, dass Bleek als Vorsitzender der LDP in Marburg zugelassen sei, fügten aber noch hinzu, dass die US-amerikanische Militärregierung keine Bedenken gehabt habe, diesen als Mitglied in die Verfassungsberatende Landesversammlung zu berufen.³⁷ Noch am selben Tag schrieb Bleek einen Brief an den Regierungspräsidenten Hoch, in dem er seine persönliche Feindschaft zu Dickmann durchscheinen ließ.³⁸ Erleichtert scheint Bleek darüber gewesen zu sein, dass das Verfahren beim CIC habe »abgebogen« werden können. Er teilte Hoch mit, dass für das Entnazifizierungsverfahren eigentlich die 1. Kammer der Spruchkammer zuständig sei. Der Vorsitzende dieser Kammer, Landgerichtsrat Franz Heinrich, ein Duz-Freund Dickmanns, habe in einer CDU-Versammlung offenbar durchblicken lassen, dass er Bleek nicht als unbelastet ansieht. Hoch sollte ihn daher als befangen ablehnen und stattdessen die 2. Kammer mit der Durchführung des Verfahrens beauftragen – dort jedoch nicht deren stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Bauer.

Ob dieses Schreiben wirklich angemessen gewesen wäre, wenn Bleek und Hoch sich nicht recht gut kannten? Und warum musste das CIC-Verfahren »abgebogen« werden? Gab es dafür einen anderen sachlichen Grund, als die möglichst schnelle Amtseinführung? Über die weiteren Entscheidungen zu Bleeks Spruchkammerverfahren bis zum Verhandlungstermin am 16. September 1946 ist nur wenig bekannt.³⁹ Entsprechende Überlegungen, dieses zu beschleunigen oder nach Aktenlage sogar einzustellen, wurden von Bleek allerdings abgelehnt. Er führte an, dass er zur Vorbereitung seiner Verteidigung ausreichend Zeit benötige und bezog sich auf die bislang nicht wieder aufgefundene Anklageschrift des Öffentlichen Anklägers der Marburger Spruchkammer, Paul Pohnke (KPD), in der Bleek in die Kategorie 2 der Belasteten eingeordnet worden war.⁴⁰

37 HStAM, 401.11, Nr. 620, Bauer und Mütze an die Spruchkammer, 28.7.1946.

38 Ebd., Bleek an Hoch, 28.7.1946. Siehe dort auch zum Folgenden.

39 Insgesamt liegen vier Berichte über die Verhandlung vom 16. September 1946 vor, die im Folgenden ausgewertet werden: HStAM, 401.11, Nr. 620, Bericht des Regierungspräsidenten an das hessische Ministerium des Innern, 17.9.1946; ebd., Bericht des Assessors Dr. Kniersch, 17.9.1946; ebd., Bericht des Landrats Eckel an das hessische Ministerium des Innern, 16.9.1946; Mewes, Spruchkammer (Anm. 1).

40 Die Anklageschrift ist wie die gesamte Verfahrensakte und der Meldebogen nicht überliefert, jedenfalls nicht dort, wo sie sein sollte: »Meldebogen nicht zu finden« wurde auf der Erschließungskarte der Spruchkammer Marburg am 9. September 1976 im Hessischen Hauptstaatsarchiv vermerkt. Vgl. HHStAW, 520 Ma, Nr. 1459/46 (Karteikarte). Ich danke Frau Kleemann vom HHStAW für mehrfache Überprüfung, ob die Akte inzwischen aufgetaucht ist, was infolge des laufenden Neuerschließungs- und Verzeichnungsprozesses sinnvoll und möglich erschien.

V. Die Verhandlung der Spruchkammer in Sachen Bleek am 16. September 1946

Zum Verhandlungstag war Paul Pohnke nicht mehr im Amt.⁴¹ Zwar wurde die Anklageschrift von Johannes Hilberger, Öffentlicher Ankläger für die SPD, verlesen, allerdings nur um sich umgehend von ihr zu distanzieren. Hilberger hielt die Anklageschrift für derart unbegründet, dass er auch in der Verhandlung noch bereit war, das Verfahren nach Aktenlage einzustellen. Dem widersprach Bleek, der auf seiner Vernehmung und die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen bestand, »zur Vermeidung späterer Anfeindungen«.⁴² An Hoch, der als Sachverständiger, nicht als Zeuge auftrat, wurde die Frage gestellt, ob es möglich gewesen sei, dass ein »Nichtvertrauensmann« der NSDAP Stadtkämmerer werden konnte. »Hierzu erklärte sich Dr. Hoch als nicht genügend informiert.«⁴³ Mehrere Zeugen, die Bleek aus Breslau kannten, beantworteten die Frage zugunsten des Angeklagten. Weiter wurde Hoch als Gutachter zur Bestallung Bleeks als Landrat gehört. Nach dem Bericht stellte sich aber in der Verhandlung der Spruchkammer heraus, dass Bleek unter der geschäftsführenden Regierung Carl Severings Landrat geworden wäre. Richtig ist, dass Bleek seit dem 5. Juli 1932, also zu Zeiten der Regierung Severing, das Landratsamt vertretungsweise leitete; kommissarisch wurde ihm der Posten im September 1932, endgültig und regulär im Januar 1933 übertragen – also in der Herrschaftszeit der »Papen-Bracht-Regierung«.

Als Zeuge befragt, gibt Dickmann an, dass Bleek 1933 nicht aus dem Staatsdienst entlassen worden sei, und dass Bleek ohne das Vertrauen der NSDAP nicht habe Stadtkämmerer von Breslau werden können. Dieser Posten sei zudem erheblich besser bezahlt gewesen und Bleek mithin Nutznießer dieser Beförderung gewesen. Dagegengehalten wurde, dass Bleek nachgewiesenermaßen 1933 als Landrat entlassen worden sei. Und obwohl diese beiden Aussagen sich nicht widersprechen, war damit die Sache für die Spruchkammer offenbar vom Tisch, zumal alle Posten Bleeks als solche »niedrigeren Ranges ohne politischen Charakter« bewertet wurden.⁴⁴ Darunter subsumiert wurde ausdrücklich auch dessen mit einer deutlichen Besoldungssteigerung einhergehende Übernahme des Amtes als Breslauer Stadtkämmerer:

41 Die Gründe für das Ausscheiden Pohnkes bleiben bis heute ungeklärt: Angeführt wird, dass Pohnke wegen einer angeblichen SS-Mitgliedschaft suspendiert wurde; vgl. Gimbel, Oberbürgermeister (Anm. 2), S. 149. Offenbar konnte ihm aber eine SS-Mitgliedschaft nicht nachgewiesen werden und ein entsprechendes Verfahren habe nie stattgefunden; vgl. Gimbel, Besatzung (Anm. 2), S. 196. Wilder/Cramer/Stolper, Marburg (Anm. 2), S. 227, Anm. 224, bewerten die Ausführungen John Gimbels nachvollziehbarerweise dahingehend, dass er eine Kampagne gegen die KPD nicht ausschließen wollte. Daher scheint auch die dritte Variante denkbar, nämlich dass sich die KPD insgesamt aus der Spruchkammer zurückzog, möglicherweise aus den angeführten Gründen.

42 HStAM, 401.11, Nr. 620, Bericht des Assessors Dr. Kniersch, 17.9.1946.

43 Ebd., Bericht des Landrats Eckel an das hessische Ministerium des Innern, 16.9.1946.

44 Ebd. Dort auch die folgenden Angaben und Zitate.

»Diese entsprach der gesteigerten Verantwortung und den gesteigerten Anforderungen an die Leitung einer solchen Position. Die Bezahlung war eine durchaus übliche, bei gleicher Eignung wäre sie auch jedem anderen zuteil geworden.«⁴⁵

Der Sachverständige Abel, der als Zivilperson bei der Marburger Militärregierung beschäftigt war, gab bezüglich der Frage, ob die Militärregierung Bleeks Vergangenheit überprüft habe, an, dass dieser keine Unterlagen aus Breslau vorlägen, und die entsprechenden Fragen daher nicht bearbeitet worden seien – schon aufgrund dieser fehlenden Unterlagen habe Bleek auch im Oktober des Jahres 1945 nicht Landrat des Landkreises Marburg werden können.

Der Zeuge Anton Schneider aus Marburg, zu dem nichts Näheres bekannt ist, gab an, belastendes Material zu Bleeks Mitwirkung als Stadtkämmerer bei Verhaftungen von NS-Gegnern 1937/38 und dessen seit 1932 bestehender NSDAP-Mitgliedschaft beschaffen zu können.⁴⁶ »Im Übrigen machte der Zeuge einen derart ungläubwürdigen Eindruck, daß seine Aussage unbeachtet blieb und auch eine Vereidigung nicht erfolgte.«⁴⁷ Obgleich Schneider hinsichtlich der Jahreszahlen irrte – Bleek gehörte der NSDAP erst seit 1942 als Mitglied an und war 1937/38 als Kommunaldezernent im Regierungspräsidium Breslau beschäftigt – muss doch das Ignorieren dieser Hinweise durch die Spruchkammer als pflichtwidrig gewertet werden, zumindest wenn man das Befreiungsgesetz (Art. 33, Abs. 1; Art. 35, Abs. 1) ernst nimmt.⁴⁸

Damit waren alle kritischen Zeugen, Aussagen und Hinweise abgehandelt. Die darauf folgenden Entlastungszeugen – Stadtkämmerer Adler aus Bayreuth (ehemals Kämmerereidirektor von Breslau), Ursula Pietsch (juristische Hilfsarbeiterin aus Breslau), Dr. Hörmeling aus Arnsberg, Ministerialdirigent Wilhelm Loschelder aus Berlin,⁴⁹ Schulrat Ludwig Mütze aus Marburg (Mitbegründer der lokalen LDP), Frau von Seethe aus Marburg (früher aus Breslau) und Johannes Demicks (Direktor der Städtischen Sparkasse Breslau) – entlasteten Bleek durchweg.⁵⁰ »Die Zeugen bekundeten somit übereinstimmend unter ihrem Eide, daß Herr Bleek dienstlich und privat jederzeit von 1933 bis

45 Ebd., Spruch der Spruchkammer II Marburg Stadt, Aktenzeichen 1459/46, Karl Theodor Bleek betreffend, 18.9.1946, S. 4.

46 Vgl. Mewes, Spruchkammer (Anm. 1).

47 HStAM, 401.11, Nr. 620, Bericht des Regierungspräsidenten an das hessische Ministerium des Innern, 17.9.1946.

48 Übrigens nahm es auch die Spruchkammer nicht so genau mit den Jahreszahlen, wenn Sie behauptet, dass Bleek 1943 Stadtkämmerer von Breslau geworden sei. Vgl. Ebd., Spruch der Spruchkammer II Marburg Stadt, Aktenzeichen 1459/46, Karl Theodor Bleek betreffend, 18.9.1946, S. 1 u. 4.

49 Loschelder arbeitete seit 1928 im Preußischen Innenministerium und ab 1934 im Reichsministerium des Innern. Dort war er zuletzt (1945) in der Abteilung IV (Kommunalabteilung) Leiter der Unterabteilung I (Verfassung und Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände). 1930 wurde er zum Regierungsrat, 1933 zum Oberregierungsrat, 1936 zum Ministerialrat und 1941 zum Ministerialdirigenten ernannt. Siehe den Eintrag »Wilhelm Loschelder«, in: Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Loschelder> (16.02.2021). Diese Karriere weist Loschelder nicht als NS-Gegner aus.

50 Sämtliche Angaben nach ebd., Bericht des Landrats Eckel an das hessische Ministerium des Innern, 16.9.1946.

1945 ein Antinazi gewesen war.«⁵¹ In die gleiche Richtung gingen die verlesenen »eidesstattliche[n] Versicherungen von jetzt größtenteils in hohen Staatsämtern beschäftigten Personen.«⁵² Die Spruchkammer II Marburg Stadt gelangte folglich zu dem Urteil, dass sie

»trotz sorgfältigster Überprüfung aller [sic!] ihr zugegangenen Anregungen in keinem einzigen Fall [hat] feststellen können, daß der Betroffene von seiner nachgewiesenen antinationalsozialistischen Haltung irgendwie abgewichen wäre. Sie hat vielmehr von ihm den Eindruck einer charakterlich und politisch untadeligen Persönlichkeit. Sie kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß der Betroffene, da ihm nichts Belastendes nachgewiesen werden kann, nicht unter das Gesetz zur Befreiung des Nationalsozialismus und Militarismus fällt und daß mithin das gegen ihn eingeleitete Verfahren einzustellen ist.«⁵³

Dieses Ergebnis ist also nicht etwa eine Einordnung in die Gruppe 5 der Entlasteten, mit dem vorhandene Belastungen durch weitere Fakten entkräftet oder relativiert werden konnten, sondern eine Einordnung in die Gruppe derer, die vom Befreiungsgesetz nicht betroffen waren, mithin der inoffiziellen Gruppe 6 – so auch die Kennzeichnung auf der Karteikarte der Spruchkammer.⁵⁴ Der Spruch wurde am 25. Oktober 1946 rechtskräftig.⁵⁵

VI. Konsequenzen und Bleeks weiterer Werdegang

Nachdem offenbar Regierungspräsident Fritz Hoch implizit, der Landrat Eckel sogar ausdrücklich den Spruch als richtig akzeptierten, bedurfte es noch der Zustimmung des Hessischen Innenministeriums und der Militärregierung in Wiesbaden, um Bleek als neuen Oberbürgermeister der Stadt Marburg in das Amt einführen und vereidigen zu können. Mit der Bemerkung, es würden keine Bedenken mehr vorliegen, leitete das Innenministerium seine Zustimmung mit Schreiben vom 24. September 1946 dem Regierungspräsidium in Kassel zu.⁵⁶ Am 4. Oktober 1946 – also noch vor der Rechtskraft des Spruchs der Spruchkammer – führte Hoch Bleek in sein Amt ein und vereidigte diesen.⁵⁷

51 Ebd., Bericht des Assessors Dr. Kniersch, 17.9.1946.

52 Ebd. Neben einem Regierungsdirektor Skalweit wird hier ein Landrat a.D. Wuermeling genannt, bei dem es sich um den späteren Bundesfamilienminister handeln könnte, der von 1931 bis zu seiner Entlassung 1939 als Landesrat – nicht Landrat – und Finanzdezernent in der Verwaltung der Provinz Hessen-Nassau tätig war. Siehe dazu auch <<https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/franz-josef-wuermeling-1900-1986->> (19.2.2021).

53 HStAM, 401.11, Nr. 620 Spruch der Spruchkammer II Marburg Stadt, Aktenzeichen 1459/46, Karl Theodor Bleek betreffend, 18.9.1946.

54 Vgl. HHStAW, 520 Ma, Nr. 1459/46 (Karteikarte).

55 Ebd.

56 HStAM, 401.11, Nr. 620, Hessisches Innenministerium an Hoch, 24.9.1946.

57 StadtA MR, PA, Nr. 829/1, S. 25.

Abb. 2: Karteikarte der Erschließungskarte
der Spruchkammer Marburg 1946/1976

1	2	3	4	5	6	Maj 1459/46
Name: B l e e k						
Vorname: Karl Theodor						
Beruf: Stadtkämmerer						
geb. 19.3. zu 98. Kirm						
wohnhaft: Marburg, Lahn						
Straße: Zeppelinstr. 11						
Lief bereits ein Verfahren nach Gesetz Nr. 87 Ja / Nein						
Entscheid: Spruchkammer II						
Bemerkungen:						
Spruch 18.9.46.						
rechtskräftig 25.10.46.						
Meldbogen nicht zu finden 9.9.76						
11						

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 520/27, Erschließungskartei, Nr. 1459/46
NB

Bleek hatte im Sommer und Herbst 1946 eine breite Unterstützung aus lokalen und regionalen politischen Kreisen in Marburg und Kassel erhalten. Es versteht sich von selbst, dass sich derlei Unterstützungen im Laufe der Zeit relativierten, oder besser: normalisierten – mitunter kam es auch zu persönlichen Zerwürfnissen. Erwähnt sei an dieser Stelle Hermann Bauer, der im Jahr 1946 ein ausgesprochen loyaler Vertrauter und aktiver Unterstützer Bleeks gewesen war,⁵⁸ der sich aber zunehmend von Bleek distanzierte und sich über dessen Stadtpolitik allem Anschein nach ärgerte.⁵⁹ Aber auch andernorts regte sich Unmut, etwa unter den Beschäftigten der Stadtverwaltung, wo sich Bleek mit seiner Personalpolitik offenbar rasch unbeliebt machte:

»Bemerkenswert hierbei ist, daß der Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Bleek (LDP), den Anlaß zu dieser Verurteilung seiner Personalpolitik gab, indem er diese fünf [hohen] Beamten, die mit ihm zusammen aus Breslau nach Marburg gekom-

58 Bauer gilt bis heute als hartnäckiger und scharfer Kritiker der milden Marburger Spruchkammerpraxis, vgl. Gimbel, Besatzung (Anm. 2), S. 197. Entsprechende Äußerungen Bauers zu Bleeks Verfahren sind nicht überliefert.

59 Vgl. Hermann Bauer, Die letzte Chance verpaßt, in: Marburger Presse v. 17.7.1951. Der Artikel findet sich auch in StadtA MR, N1, Nr. 698.

men waren, in die verantwortlichen Stellungen der Marburger Stadtverwaltung hineinschob.«⁶⁰

Abb. 3: Oberbürgermeister Bleek (stehend, 3. von rechts) im Dezember 1949 im Kreise seiner Kollegen und des Land Commissioner der Zivilen Hohen Kommission für Hessen James R. Newman, des Ministerpräsidenten Christian Stock und des Hohen Kommissars der USA in Deutschland John J. McCloy (sitzend, 2. bis 4. von links)



Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Bestand R 4, Nr. 33807/6 A

Im Juli 1951 verließ Bleek Marburg und wechselte als 2. Staatssekretär in das Bundesministerium des Innern.⁶¹ Von 1957 bis zu seiner Pensionierung am 1. September 1961 war er Amtschef des Bundespräsidialamt.⁶² Eine Personalakte aus der Bundesverwaltung, aus der eventuell hervorgehen könnte, ob Bleeks Tätigkeiten vor 1945 überhaupt thematisiert wurden, und wenn ja, welche Rolle sie gespielt hatten, oder welche Bedeutung seinem Entnazifizierungsverfahren beigemessen wurde, ist im Bundesarchiv nicht überliefert.⁶³ 1961 kehrte Bleek nach Marburg zurück, wo er am 15. Dezember 1969 verstarb. 1998 wurde der Platz und der Fußgängersteg am Marburger Südbahnhof nach ihm benannt.

60 O.V., Eine »beliebte« Stadtverwaltung, in: KPD Informationsblatt v. 16.4.1948. Der Artikel ist erhalten in StadtA MR, N1, Nr. 690. Um wen es sich bei den fünf Beamten handeln soll, bleibt (vorläufig?) unbekannt.

61 StadtA MR, 16 Q, Nr. 1, Niederschrift der Pressekonferenz v. 22.6.1951.

62 Vgl. exemplarisch Hansen, Eine biographische Skizze (Anm. 2), S. 118.

63 Bundesarchiv Koblenz, elektronische Auskunft v. 20.8.2020. Eine geplante Sichtung von Sachakten aus dem Bundesministerium des Innern und dem Bundespräsidialamt konnte zwischen Februar und Dezember 2020 aufgrund der Corona-Beschränkungen leider nicht durchgeführt werden.

VII. Fazit

Karl Theodor Bleek war seit seiner Studienzeit in der DDP politisch aktiv und erwies sich damit als ein Unterstützer der Weimarer Republik. Die Zeit, in der er schließlich politische Ämter übernahm, war die Zeit des Umbruchs von der Demokratie zur Diktatur. Sein weiterer Weg war entsprechend ambivalent: Seine Anpassungsfähigkeit reichte offenbar aus, um auch nach dem Preußenschlag der Papen-Regierung den Posten eines Landrates regulär übernehmen zu können. Aber schon zu Beginn der NS-Zeit wurde er aus politischen Gründen seines Landratspostens wieder verlustig. Jedoch galt er nicht als entschiedener Gegner des NS-Regimes und konnte vermutlich deshalb im Staatsdienst verbleiben, schließlich sogar wieder als Beamter auf Lebenszeit. Beförderungen, für die er auch aus Sicht der NS-Verwaltung fachlich durchaus für befähigt gehalten wurde, blieben ihm allerdings verwehrt. Sein Wechsel in den kommunalen Dienst als Stadtkämmerer Breslaus war zwar einerseits bezüglich der Verantwortlichkeiten und der Bezahlung ein Aufstieg, andererseits aber schien er sich damit auch von Einflüssen durch die NSDAP entfernen zu können. Dass er schließlich 1941/42 in die NSDAP eintrat, zeigt erneut seine Anpassungswilligkeit bzw. -fähigkeit. Wenn man so will, könnte man Bleeks Karriere als eine damals nicht allzu seltene Ambivalenz von Anpassung und Renitenz bewerten, die sich sowohl karrierebeschränkend als auch -fördernd auswirkte. Und selbst wenn man seine Tätigkeit als Stadtkämmerer als »nutznießend« einschätzt, so war er sicherlich kein Aktivist der Partei.

Seine Marburger Politikkarriere nach dem Zweiten Weltkrieg machte er wiederum in einer demokratischen Partei, der LDP/FDP. Jedoch sind auch hier deutliche Ambivalenzen zu verzeichnen: So fiel er schon Anfang des Jahres 1946 durch deutliche antikomunistische Züge auf, die zeitgenössisch möglicherweise etwas zu kurz gegriffen als NS-Kontinuitäten bewertet wurden. Auch konnte er sich offensichtlich mit ehemaligen Nationalsozialisten als Parteikollegen durchaus arrangieren. Eine spürbare Nähe der Marburger LDP zur rechtsextremen Kleinpartei NDP scheint ihm zwar unangenehm, aber nicht unangenehm genug gewesen zu sein, um seine inhaltlichen Positionen diesbezüglich zu vereindeutigen. Derart ambivalente Positionen können durchaus zu politischem Zwist führen, in dem manche Kritik wiederum Bleek nicht wirklich gerecht zu werden drohte.

Bei der KPD ohnehin unbeliebt, waren sich Bleek und der eher konservative, amtierende Oberbürgermeister Dickmann auch persönlich nicht »grün«. Nach der Wahl Bleeks zum Oberbürgermeister bestand Dickmann jedenfalls darauf, dass dieser sich einem Verfahren vor der Spruchkammer zu stellen habe. Dabei bewertete Dickmann die angeführten Ambivalenzen eindeutig als Belastungen. Vor diesem Hintergrund konnte auch der Regierungspräsident Hoch, ein Bekannter Bleeks aus früheren Jahren, nicht mehr umhin, das Spruchkammerverfahren ebenfalls zu befürworten.

In der Folge kam es zu einer ganzen Reihe von eher dubiosen Argumentationen, die bewirken sollten, dass das Spruchkammerverfahren gegen Bleek erstens schnell erledigt werden und zweitens mit Bleeks Entlastung enden sollte. Das fängt beim »Abbiegen« eines Verfahrens beim CIC an, geht weiter mit Bleeks Initiative, das Verfahren nicht bei der eigentlich zuständigen 1. Kammer in Gang zu setzen, sondern bei der 2. Kammer, die ihm offenbar geneigter gegenüberstand, und betraf sogar die Auswahl der

Zeugen, die sowohl ehemalige Arbeitskollegen und Unterstellte als auch Parteifreunde und Entlastungszeugen mit dubioser Vergangenheit umfasste. Als Belastungszeugen traten dagegen Dickmann, dessen Argumente ziemlich oberflächlich vom Tisch gefegt wurden, und der ebenfalls dubiose Zeuge Schneider auf, der der Kammer sogar als unglaubwürdig erschien – seine Aussagen wurde in der Folge nicht weiter überprüft, was eigentlich rechtswidrig war. Aber auch die Argumentation der Spruchkammer, dass es bei Beförderungen in der NS-Zeit durchaus üblich gewesen sei, dass die Besoldung deutlich höher ausfiel, beweist schon gar nicht, dass Bleek aus seinem Laufbahnwechsel vom Regierungsrat zum Stadtkämmerer keinen Nutzen gezogen habe. Derartige Argumentationen erscheinen getreu der Devise, dass Bleeks Gehaltssteigerung als Stadtkämmerer zwar beachtlich aber nicht beachtenswert sei, recht konstruiert.

Im Gegensatz dazu waren die Aussagen der Entlastungszeugen, die Bleek zum »fanatischen Gegner des Nationalsozialismus« stilisierten, durchaus funktionaler: Mithilfe dieser ließ sich – wie auch von Bleek, Mütze und Bauer anfänglich geplant sowie vom öffentlichen Ankläger Hilberger in der Verhandlung nochmals angeboten – Bleeks Vergangenheit nach Aktenlage und jetzt eben auch mit Zeugenaussagen als »nicht vom Gesetz betroffen« bewerten. Noch vor der Rechtskraft des Spruchs wurde Bleek schließlich zum Oberbürgermeister vereidigt. Sein Spruchkammerverfahren ist somit nicht Lutz Niethammers Diktum der »Mitläuferfabrik« unterzuordnen (Gruppe 4: Mitläufer),⁶⁴ auch nicht einer exzessiven Anerkennung von entlastenden Argumenten (Gruppe 5: Entlastete), sondern dem Diktum einer sogenannten »whitewashing policy« (Gruppe 6: vom Gesetz nicht Betroffene), wie die Militärregierung bei anderer Gelegenheit die Tätigkeit der Marburger Spruchkammern kritisiert hatte.⁶⁵ Dieses Spruchkammerverfahren kann folglich keinen Anspruch auf eine ernsthafte Entnazifizierung nach gründlicher Faktenrecherche erheben, auch wenn das zeitgenössisch wohl durchaus so gesehen wurde. Es ermöglichte aber Bleeks weitere politische Karriere in der Bundesrepublik Deutschland.

64 Vgl. Lutz Niethammer, *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Frankfurt 2¹⁹⁸².

65 Vgl. Wolfgang Form/Oliver König, »wholesale whitewash« oder »Entnazifizierung – scharf aber gerecht!« Erste Ergebnisse zur Entnazifizierung in Marburg im Spiegel der Presseberichterstattung, in: Benno Hafenecker/Wolfram Schäfer (Hg.), *Marburg in den Nachkriegsjahren*, Bd. 1, Marburg 1998, S. 129, Anm. 35; sowie die Kritik der Unterstützung der Militärregierung an einer milden Praxis der Marburger Spruchkammern durch eher linke und linksliberale Vertreter bei Gimbel, *Besatzung* (Anm. 2), S. 190-199.

Hindenburg in Marburg

Ulrich Hussong

»Fragt man in Marburg danach, warum Hindenburg in der Elisabethkirche begraben liegt, wird man sehr unterschiedliche Antworten hören. Und man kann sicher sein, daß keine stimmt. Denn kaum jemand weiß genau, was damals nach dem Zweiten Weltkrieg wirklich passierte.«¹

Mit diesen Worten leitet Ingrid Krüger-Bulcke ihre Studie *Der Hohenzollern-Hindenburg-Zwischenfall in Marburg 1947* mit einer umfassenden Auswertung aller einschlägigen Archivalien ein, die einen sehr wichtigen Teil unseres Themas umfasst. Die Klärung der Faktenlage ist das eine, die Auseinandersetzung darum, die bis heute andauert, das andere.

Was sich in Marburg kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abspielte, sei in der gebotenen Knappheit zusammengefasst.² Nach dem Abtransport der beiden Särge von Paul von Hindenburg und Gertrud von Hindenburg aus dem Tannenbergsdenkmal – Zeitpunkt und Route sind umstritten³ – landeten sie zusammen mit den

-
- 1 Ingrid Krüger-Bulcke, *Der Hohenzollern-Hindenburg-Zwischenfall in Marburg 1947. Wiederaufleben nationalistischer Strömungen oder Sturm im Wasserglas?*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 39 (1989), S. 311-352, hier S. 311.
 - 2 Die Belege bei Krüger-Bulcke werden nicht noch einmal angeführt, nur Ergänzungen, kleine Korrekturen und neue Literatur benannt. Eine umfangreiche Materialsammlung, die Ehrenbürgerwürde Paul von Hindenburgs miteinbeziehend, bietet Michael Heiny/Amélie Methner/Susanne Fülberth (Hg.), *Marburg im Nationalsozialismus. Materialien für eine zeitgeschichtliche Stadterkundung*, Bd. 1, Fulda 1997, S. 31-66. Das dort erwähnte »Bauer-Archiv« befindet sich mittlerweile im Stadtarchiv Marburg (StadtA MR), N 1.
 - 3 Sehr ausführlich Kristian Knaack, *Der Kunst-Schatz des Führers. Die Kammler-Akte*, Tübingen 2010, S. 69-182. Der Autor greift für seine Untersuchung (ebd., S. 81-86, 128, 141, 170) wiederholt auf die unpublizierte Studie von Hermann Bauer, *Vom Schicksal der Särge*, Masch. Ms. 1963, zurück, welche sich heute im StadtA MR, N 1, 725 befindet. Das dort wiedergegebene Detailwissen verdankte Bauer nicht dem eigenen Erleben, da er die beiden letzten Kriegsjahre zunächst am Westwall, und von Ende Januar bis Anfang März 1945 im Volkssturmübungslager in Gudensberg,

Särgen der beiden Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. aus Potsdam im stillgelegten Salzbergwerk Bernterode an der Wipper im Obereichsfeld (am oder um den 16. März 1945).⁴ Dort fanden sie die Amerikaner am 27. April des Jahres, mit Zetteln gekennzeichnet, zusammen mit einem Kronschatz, Kunstwerken und zahlreichen Kriegsfahnen und Standarten. Die Kunstwerke und die Säрге wurden zwischen dem 3. und dem 9. Mai 1945 zum Collecting Point im Landgrafenschloss Marburg transportiert und dort in den Keller gebracht.⁵

I. Hindenburg im Staatsarchiv

Ein Dreivierteljahr später, am 8. Februar 1946, wurden die vier Säрге in das Gebäude des Staatsarchivs gebracht und dort »in einem verschlossenen feuersicheren Raum mit vergitterten Fenstern, nur zu erreichen durch drei weitere ebenfalls verschlossene Türen, deren Schlüssel im Besitz des Direktors des Collecting Point« waren, gelagert. Sie wurden rund um die Uhr von bewaffneten Posten bewacht. Um welchen Raum handelte es sich? Nach der Beschreibung kommt im öffentlichen Teil nur der Ausstellungssaal, heute Landgrafensaal genannt, infrage. Viel wahrscheinlicher ist aber ein Raum im Magazinteil, wie sich Luise Bertholds Erinnerungen entnehmen lässt:

dann in Frankfurt und Gießen, von wo er sich am 28./29.3. des Jahres nach Marburg durchschlug, verbrachte (siehe dazu StadtA MR, N 1, 1568 u. 2065). Gegen Ende seines Lebens berichtete Bauer mündlich in einer Art Erzählcafé ein neues Detail: Die beiden Säрге machten auf ihrem Weg von Mecklenburg nach Potsdam Station auf dem Familiensitz von Hindenburgs Schwiegersohn Hans Joachim von Brockhusen (vgl. StadtA MR, S 12, Aufnahme v. 29.12.1978, ab Minute 28). Doch dieses Gut liegt in Hinterpommern! Darüber hinaus stützt sich Knaack in seiner Arbeit auf Werner Mascos, Vom Tannenbergs-Denkmal zur St. Elisabethkirche: Die letzte Fahrt Paul von Hindenburgs, in: Marburger Almanach 1984/85, S. 59-64 (Quellenangabe S. 59: »Ein Ostpreuße, der erst später aus einem russischen Kriegsgefangenenlager heimgekehrt war, lüftete diesen Schleier ein wenig. In einer jener klaren Nächte unter russischem Himmel hatte ihm ein deutscher Reserve-Hauptmann von seinem erregendsten Abenteuer während des Krieges berichtet.«).

- 4 Zur Schachtanlage Bernterode und der Heeresmunitionsanstalt siehe Frank Baranowski, Die verdrängte Vergangenheit. Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit in Nordthüringen, Duderstadt 2000, S. 43-47; Heinz Bartl, Kali im Südharz-Unstrut-Revier, Bd. 1, Bochum 2003, S. 36f. (die dort befindlichen Abb. zeigen den Schacht Preußen sowie den Abtransport des Sargs Friedrichs II.). Zwei weitere Bilder (Abtransport eines Sargs sowie ein Sarg im Stollen) finden sich bei Hans Bentzien, Die Heimkehr der Preussenkönige. Gedenkausgabe 17. August 1991, Berlin 1991, S. 35. Der Abtransport als »Verladung des umwickelten Hindenburg-Sargs durch die Amerikaner in Bernterode« ist als Abbildung bei Knaack, Kunst-Schatz (Anm. 3), S. 198, zu sehen. Dort sind weitere Bilder des angeblich schwer beschädigten und dann reparierten Sargs Paul von Hindenburgs, der Schachtanlage und der Preußen-Krone zu sehen (ebd., S. 192-194, 197).
- 5 Diesen Lagerungsort nennt Bentzien, Heimkehr (Anm. 4), S. 37, 55. Das Schloss war übrigens nicht völlig leer, wie überall vermeldet, sondern es waren dort die Möbel Bombengeschädigter, zum Teil von Privatpersonen, zum Teil von Behörden, untergebracht. Ab dem 31. Juli 1945 informierte die Stadtverwaltung die betreffenden Personen darüber, dass die Möbel auf Befehl der amerikanischen Besatzungsbehörde anderweitig untergebracht werden müssten. Vgl. dazu StadtA MR, 4 D 1848/10.

»Zunächst konnte ich ab August wieder an den im Staatsarchiv deponierten Teil der Zettelkästen heran, den ich gerade in Arbeit hatte. Freilich nur mittels eines Passierscheins, den die Wache am Eingang jedesmal (sic!) kontrollierte. Da mir das etwas seltsam vorkam, fragte ich eine Archivangestellte, was eigentlich im Archiv los sei. Sie gab mir keine Antwort, führte mich vielmehr einfach in den Fotokeller des Archivs. Dort stand ich, einigermaßen überrascht, vor den Särgen von Friedrich Wilhelm I., von Friedrich dem Großen und von den beiden Hindenburgs. Eine seltsame Begegnung! Dort haben die Särge gestanden, bis sie in der Elisabethkirche eine Bleibe fanden [...].«⁶

Die Fotowerkstatt lag in der untersten Ebene in unmittelbarer Nähe der Kohlenkeller, des Aschenkellers und der Heizungsanlage. Heute ist sie Werkstatt des Hausmeisters. Zudem sind in den Kellerräumen ein Bücherlager der Historischen Kommission für Hessen und eine stark verkleinerte Heizungsanlage untergebracht. Der große Vorraum bietet genügend Platz für vier große Säрге. Er ist über eine breite Rampe vom Innenhof zu erreichen, der wiederum durch das Tor zur Wilhelmstraße mit Lastwagen befahren werden kann. Während in den Dienststellenakten des Staatsarchivs die Unterbringung der Säрге nicht vermerkt worden ist,⁷ wusste Pfarrer Hans Schimmelpfeng 1963 zu berichten, dass die Säрге »in einen Kellerraum des Marburger Staatsarchivs weitertransportiert wurden. Dort sah ich sie im Sommer 1945 stehen, mit grauen und zerschlissenen Kokosläufnern bedeckt.«⁸ Die Bibliothekarin Ingeborg Schnack erinnerte sich 1968 darüber hinaus an amerikanische Soldaten, die »anfangs noch Wache« hielten, und daran, dass in den »Souterrain-Räumen [...] die Hohenzollernsäрге auf ihre Überführung in die Elisabethkirche« warteten.⁹

II. Die Frage der Beisetzung

Im März erörterten die Amerikaner die Zukunft der Säрге. Die Hohenzollern sollten nicht nach Potsdam zurück, Verwandte der Hohenzollern und der Hindenburgs mussten überdies erst gesucht werden. Mitte Mai ordnete das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte an, die Verantwortung den Deutschen zu übergeben, die für eine unauffällige private Beisetzung zu sorgen hätten. Der Ministerpräsident des Landes Groß-Hessen, Karl Hermann Geiler, wurde entsprechend instruiert. Die Hindenburgs hatten ihren Wohnsitz in Medingen bei Bevensen im Kreis Uelzen, das Oberhaupt des Hauses Hohenzollern lebte auf Burg Hohenzollern bei Hechingen. Der eine Ort lag in der britischen, der andere in der französischen Zone. Die Zonengrenzen waren 1946 nur schwer zu passieren und die Amerikaner scheuten Verhandlungen mit den Alliierten. Sie entschieden, die Beisetzungen in ihrer eigenen Zone durchzuführen. Ein kleines

6 Luise Berthold, *Erlebtes und Erkämpftes. Rückblick einer Pionierin der Alma-Mater*, hg. von Marita Metz-Becker, Königstein/Taunus 2008 (Erstausgabe als Privatdruck 1969), S. 98.

7 Vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 156 e, Nr. 1529, 1534.

8 Walter Lacher, *Die Elisabethkirche nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Udo Arnold/Heinz Liebing (Hg.), *Elisabeth, der Deutsche Orden und ihre Kirche*, Marburg 1983, S. 377-386, hier S. 379.

9 Ingeborg Schnack, *Zwischen Vierzig und Fünfzig. Ein Jahrzehnt aus der Geschichte der Universitätsbibliothek (1940-1950)*, in: *alma mater philippina* (Sommersemester 1968), S. 12-20, hier S. 18.

Weingut im Rheingau und Schloss Friedrichsruh bei Kronberg im Taunus, die einzigen Besitzungen der Hohenzollern in der amerikanischen Zone, betrachteten sie als unangemessen für die Könige. So kam die Elisabethkirche in Marburg in den Blick, die von angemessener Würde, protestantischer Konfession und auch noch nahe gelegen war. Am 24. Mai 1946 wurde der hessische Ministerpräsident informiert.

Das betraf nur die Königssärge. Die Hindenburgsärge sollten an einem abgelegenen Ort möglichst unauffällig privat beigesetzt werden. Eine Kirche wurde zunächst ausgeschlossen. Die Stelle sollte dem öffentlichen Publikumsverkehr nicht stark ausgesetzt sein. Oskar von Hindenburg wünschte eine Beisetzung in Hannover,¹⁰ befürchtete jedoch Schwierigkeiten mit der britischen Militärverwaltung. Bei der Suche wurde auch ein Platz an der Kirchenmauer außerhalb der Kirche und einer in der Pfarrkirche Marburg erwogen, aber dann verworfen.

Am 11. Juni 1946 legten die Amerikaner fest, dass die Hohenzollern in der Elisabethkirche beigesetzt werden, und zwar im Nordchor an der Westwand, der sich gut durch Metallgitter und Trennwände von der übrigen Kirche abtrennen lasse.¹¹ Einen Tag später holte man in der Elisabethkirche in Gegenwart von Oskar von Hindenburg das formelle Einverständnis von Pfarrer Schimmelpfeng ein.¹² Ein Widerspruch wäre ohnehin nicht möglich gewesen, zumal die Evangelische Kirche nur Nutznieferin, nicht aber Eigentümerin der Elisabethkirche war. Der Kirchenvorstand durfte nicht informiert werden, damit nichts an die Öffentlichkeit drang. Für eine eventuelle Beisetzung der Hindenburgs wählte man die Halle unter dem Nordturm. Beide Beisetzungen wurden klar voneinander geschieden: Die eine war eine Staatsaktion des Landes Hessen, die andere eine Privataktion der Familie von Hindenburg. Die Amerikaner setzten alle ihre Wünsche durch, nur in einem hatte der Protest von Pfarrer Schimmelpfeng Erfolg: Eine Absperrung der Hohenzollern-Gräber wurde nicht umgesetzt. Kein Wunder: Die Hohenzollern sollten gegenüber vom Mausoleum der heiligen Elisabeth liegen, eine Abtrennung des ganzen Chores hätte die Heilige von ihrer eigenen Kirche ausgesperrt. Bemerkenswert ist die Platzierung der Gräbergruppen: Die Könige im Kernpunkt der Kirche und die Hindenburgs im hintersten Winkel unter dem Nordturm.

Noch am 12. Juni des Jahres identifizierte man die Särge im Staatsarchiv. Man fand sie in alte Decken eingehüllt vor und nur mit aufgeklebten Zetteln markiert. Die Hohenzollernsärge, einer alt und einer neu, enthielten Blei- oder Zink-Innensärge. In der Potsdamer Garnisonskirche hatten sie in großen Marmorsärgen gelegen, die jedoch für den Transport ungeeignet gewesen waren. Von den noch lebenden Hohenzollern wusste keiner, wie die eigentlichen Särge ausgesehen hatten. Der Sarg Paul von Hindenburgs

10 Es gab eine Begräbnisstätte in Hannover, wo Gertrud von Hindenburg von 1921 bis 1936 gelegen hatte.

11 Krüger-Bulcke, Zwischenfall (Anm. 1), S. 320f., spricht vom nördlichen Querschiff. Die Elisabethkirche hat allerdings kein Querschiff, stattdessen schließen sich direkt an das Langhaus drei Chöre an, wobei Nord- und Südchor das Querschiff in anderen Kirchen ersetzen.

12 Pfarrer Hans Schimmelpfeng formulierte das im Jahrbuch der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde Marburg a. d. Lahn 1949, S. 44, ohne Erwähnung von Hindenburg folgendermaßen: »Schließlich erfolgte im Herbst 1946 die Beisetzung der Preußenkönige Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., wozu die amerik. Militärregierung die Anregung gegeben hatte.«

konnte allerdings an einem Brandfleck identifiziert werden. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit im Nationaldenkmal in Tannenberg hatte ein unvorsichtiger Fotograf bei seiner Blitzlichtaufnahme die schwarze Tuchdekoration des Raumes in Flammen gesetzt und auch den Sarg in Mitleidenschaft gezogen. Keiner der vier verlöteten Metall-Innensärge wurde geöffnet, man begnügte sich mit der Annahme der Echtheit.¹³ Die im Februar 2009 in der *Oberhessischen Presse* abgedruckten Erinnerungen des Amerikaners Don Muntz über die Zeit seiner Stationierung in Marburg 1948/49 berichten über eine Öffnung der vier Särge in der Elisabethkirche, durchgeführt von Theodore Heinrich. Der Amerikaner Heinrich war beauftragt worden, die rechtmäßigen Besitzer entwendeter Kunstschätze zu finden. An dem Bericht ist alles falsch: Nicht nur die angebliche Öffnung, sondern auch Ort und Zeitpunkt sowie der Sarginhalt.¹⁴

III. Die Vorbereitung der Grabstätten

Die Ausführung der bautechnischen Vorbereitungen der Beisetzung wurde dem Staatsbauamt Marburg übertragen. Bei einer Besprechung am 22. Juli 1946 ohne amerikanische Beteiligung stellte sich heraus, dass die Grundmauerplatte des Nordturms schon in einer Tiefe von 50 Zentimeter begann und Feuchtigkeit auftrat. Andere Beisetzungs-möglichkeiten in der Elisabethkirche, der Pfarrkirche und dem Schloss wurden diskutiert und verworfen: Allein die nördliche Turmhalle kam als Alternative infrage. Weil die Grabplatten aber über den Fußboden ragen würden, mussten sie modifiziert werden. Bestellt wurden die Stücke in rotem Mainsandstein bei der Firma Zeller in Miltenberg.

Am 31. Juli des Jahres berief Francis W. Bilodeau, Leiter des Central Collecting Point in Marburg, im Staatsarchiv eine Besprechung ein, in der er den schleppenden Fortgang der Arbeiten beklagte. Er unterstrich, dass allein er weisungsbefugt und jede Zivilinstanz ausgeschaltet sei. Um strikte Geheimhaltung zu wahren, waren sämtliche Besucher der Kirche abzuweisen. Am 5. August waren zwei Grabplatten fertiggestellt und die anderen zwei in gut einer Woche abzurufen. Für die Fertigstellung wurde der 15. August terminiert, auch wenn für die Turmhalle viele Steine dann noch nicht geliefert seien und dort ein Provisorium eingerichtet werden müsse. Am 16. August notierte der

13 Dies ist im Jahr 2001 durch den amerikanischen Kulturoffizier Francis W. Bilodeau bestätigt worden: Von der Ankunft in Marburg bis zur Beisetzung wurden die Hindenburg-Särge nicht geöffnet. Vgl. dazu Knaack, *Kunst-Schatz* (Anm. 3), S. 208, Anm. 229.

14 *Oberhessische Presse* v. 13.2.2009: »Heinrich erzählte mir, dass er Ende 1945 den Inhalt von vier Särgen kontrollieren musste, die in der Elisabethkirche entdeckt wurden. Die vier Särge waren mit den Namen Paul Hindenburgs und seiner Frau beschriftet sowie König Friedrich II. von Preußen, auch als Friedrich der Große bekannt, und seiner Gemahlin Elisabeth. Aber es blieb die nagende Frage, ob diese Personen wirklich in den Särgen lagen. Um sicherzugehen, ließ Heinrich die Särge öffnen. Bei Friedrich, sagte er, war er ganz sicher. Seine Haut war in gutem Zustand, in der Farbe von Pergament. Auch seine Kleidung war in ausgezeichnetem Zustand. Vermutlich war Hindenburg in einem ähnlich guten Zustand. Als die Identität der Toten bestätigt war, beschloss Heinrich, dass die Särge genauso gut in der Kirche bestattet werden könnten, waren sie doch dort gefunden worden. Er lud Repräsentanten der Familien Hohenzollern und Hindenburg zur Zeremonie ein [...].«

Leiter des Staatsbauamtes Gottfried Erdmenger¹⁵ die Ergebnisse einer Besprechung vom gleichen Tag: »Die Särge sind bereits am 16.8. nachm. überführt worden; sie werden am Sonnabend versenkt und die Arbeiten am Montag 19.8. beendet sein. Der Bildhauer Paffrath meißelt inzwischen die Schrift ein.«¹⁶ Die Arbeiten an der Grabstelle der Hohenzollern verliefen einfacher. An der Stelle der Konradsbasilika, des Vorgängerbaus der Elisabethkirche, wurde eine 1,80 Meter tiefe, bis auf den Boden der Konradskirche hinabführende Gruft auf einer Länge von zwei mal drei Metern ausgeschachtet und mit Ziegelsteinen ausgemauert.¹⁷

Im August 1946 wurde aber auch zum ersten Mal eine andere Auffassung innerhalb der hessischen Landesregierung vernehmbar: Der Chef der Staatskanzlei, Dr. Hermann Brill, ein Sozialdemokrat und NS-Verfolgter, schlug in einer engagierten Stellungnahme vor, die Hindenburgs privat in Hannover beisetzen zu lassen. Nach dem Nürnberger Prozess sei die Privilegierung durch eine besonders ehrenvolle Unterbringung in einer berühmten Kirche unangebracht. Brill warnte ferner vor der Gefahr nationalistischer Demonstrationen am Grab. Obwohl das Sondervotum vom Ministerpräsidenten Geiler zu den Akten gelegt wurde, erfuhren die Amerikaner zeitnah davon. Doch zu einer Revision ihrer Pläne sahen sie sich nicht veranlasst – im Gegenteil: Sie drängten auf eine schnelle Beisetzung, um die Sache abzuschließen.¹⁸

-
- 15 Bauer, Särge (Anm. 3), S. 6, erinnerte sich bei der Niederschrift seines Manuskripts nicht mehr an den Namen des Leiters des Staatsbauamtes und setzte stattdessen Punkte ein, die er später handschriftlich durch »Erdmann †« ausfüllte. Gottfried Erdmenger leitete von 1945 bis 1948 das Staatsbauamt Marburg, Abt. Universität. Siehe dazu Werner Fritzsche/Joachim Hardt/Karlheinz Schade (Bearb.), *Universitätsbauten in Marburg 1945-1980*, Marburg 2003, S. 303.
- 16 HStAM, 190 a Marburg, Nr. 68, Schaffung von Grabstätten für die Sarkophage von Friedrich II., Friedrich Wilhelm I. und Paul und Gertrud von Hindenburg in der Elisabethkirche. Vgl. Krüger-Bulcke, Zwischenfall (Anm. 1), S. 325. Dort noch zitiert als HStAM 190, Bauamt Marburg, Nr. 189 Elisabethkirche – Sonderauftrag.
- 17 Renate Lührmann, Die Konradsbasilika von 1232, in: *Studier mal Marburg* (April 1998), S. 21f. Bei archäologischen Untersuchungen im Jahr 1997 anlässlich des Einbaus von Wärmestationen wurde das Grab angeschnitten. Siehe Christa Meiborg, Die archäologischen Untersuchungen in der Elisabethkirche in Marburg 1997, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 49 (1999), S. 201-228, hier S. 207, 225.
- 18 Heinz Boberach, Archivar zwischen Akten und Aktualität, Norderstedt 2004, S. 27, berichtet aus seiner Archivschulzeit (1957-1959): »Für den Unterricht in Territorialgeschichte war Archivrat Ewald Herzog zuständig [...]. Interessant war er nur einmal, als er erzählte, wie 1945 amerikanische Soldaten mit Archivalien, die in Bergwerken vor Luftangriffen in Sicherheit gebracht worden waren, auch die Särge Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen und des Ehepaars Hindenburg im Staatsarchiv abgeliefert hätten, die dann auf seine Veranlassung in die Elisabethkirche gekommen seien.« In Ewald Herzogs kleinem, unverzeichneten Nachlass (HStAM, M 123, Herzog, Ewald) befinden sich keine Erinnerungen oder ähnliches. Er war ab April 1945 bis mindestens Ende des Jahres 1946 maßgeblich für die Rücktransporte von Archivalien verantwortlich, wie die Dienststellenakte mit seinen zahlreichen Vermerken belegt. Siehe HStAM, 156 e, Nr. 1529. In Bernterode waren keine Marburger Archivalien ausgelagert. Nach dem Tod des Archivdirektors Rudolf Vaupele am 18. Juni 1945 übernahm von den beiden Archivräten der dienstältere Ewald Gutbier die kommissarische Leitung (HStAM, 156 e, Nr. 1534). Am 27. August 1946 wurde Ludwig Dehio zum neuen Direktor ernannt. Vgl. Fritz Wolff, Das Hessische Staatsarchiv in Marburg. 100 Jahre seiner Geschichte, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 27 (1977), S. 135-160, hier S. 158f. Das war wenige Tage nach dem Abtransport der Särge aus dem Staatsarchiv.

IV. Die Beisetzungsfeierlichkeiten und der Presseartikel Bauers

In der Nacht vom 16. zum 17. August 1946, zwischen 1:30 Uhr und 3 Uhr,¹⁹ wurden die Särge, in Decken gehüllt und unter Stroh versteckt, auf amerikanischen Militärlastwagen vom Staatsarchiv zur Elisabethkirche gefahren. Die Grabplatten waren bereits eingetroffen und mit Inschriften versehen worden. Am Vormittag des 21. August des Jahres fand die Feierlichkeit für die Preußenkönige unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Anwesend waren neben Mitgliedern der Hohenzollernfamilie mehrere amerikanische Offiziere und ein amerikanischer Journalist sowie außerdem ein Vertreter der Landesregierung, der Leiter des Staatshochbauamtes und ein Vertreter der Stadt.²⁰

Die feierliche Beisetzung der Hindenburgs war für den frühen Nachmittag desselben Tages angesetzt. Da jedoch keine Familienangehörigen erschienen waren, musste die Bestattung verschoben werden. Das lag nicht an den Hindenburgs, sondern an Verzögerungen bei der Beschaffung von Papieren und der Hinhaltetaktik der britischen Militärbehörden.²¹ Ein amerikanischer Offizier fuhr kurzentschlossen mit einem Militärtransporter in die Britische Zone, um aus Medingen die Familienangehörigen nach Marburg zu bringen. Er kam am Abend des 24. August mit sieben Personen zurück. Am 25., einem Sonntag, fand dann eine kurze Trauerfeier für die Hindenburgs statt. Die teilnehmenden Vertreter des Militärs, der Landesregierung und der Stadt Marburg waren im Rang geringer als bei der Hohenzollern-Feier. Die Hindenburgs waren in Privatquartieren untergebracht und wurden im Europäischen Hof gepflegt. Am Montagvormittag reisten sie mit einem Wagen der Besatzungsmacht wieder ab.²²

Obwohl die von den Amerikanern gewünschte Geheimhaltung eingehalten wurde, erschien am 27. August 1946 ein großer Artikel in der *Marburger Presse*, der einzigen

19 Auf die oben zitierte alternative Zeitangabe »nachmittags« im Vermerk Gottfried Erdmengers vom selben Tag sei hingewiesen. Bauer, Särge (Anm. 3), S. 7, behauptet unter Berufung auf Philipp Barth, die Särge seien am 19. August 1946 in abendlicher Dunkelheit unter seiner, Barths, Mithilfe vom Staatsarchiv zur Elisabethkirche gefahren worden.

20 Krüger-Bulcke, Zwischenfall (Anm. 1), S. 328f., spricht einmal vom kommissarischen Bürgermeister der Stadt Marburg, ein anderes Mal von Oberbürgermeister Müller. Beides ist aber nicht miteinander zu vereinbaren. Die Gemeinderäte wählten am 26. Juli 1946 Karl-Theodor Bleek zum Oberbürgermeister, Georg Gaßmann zum 1. Beigeordneten (Bürgermeister) und Johannes Müller, Oberbürgermeister a.D., zum 2. Beigeordneten. Die Ernennung Müllers erfolgte erst am 4. Oktober 1946, also nach der Beisetzung (StadtA MR, PA 823/4). Die Beschlussprotokolle des Magistrats, geführt ab dem 9. August 1946, beginnen die Anwesenheitsliste stets mit »k. Oberbürgermeister Müller, die Stadträte [...]« bis zur Vereidigung und Einführung von Oberbürgermeister Bleek am 9. Oktober (vgl. dazu StadtA MR, 4 D 2909/11). Müller leitete in diesen Monaten die Verwaltung mit einem Dienstvertrag. Die falsche Bezeichnung Müllers als Oberbürgermeister findet sich auch in einem Schreiben Hermann Bauers an Müller vom 3. April 1946 (StadtA MR, N 1, 690). Vermutlich sah Bauer in Müller immer noch den Oberbürgermeister, der er bis 1933 gewesen war.

21 Bauer, Särge (Anm. 3), S. 8, erklärt die Abwesenheit der Familie Hindenburgs mit der Verhaftung Oskar von Hindenburgs. Doch die Festsetzung des ehemaligen Generals in Wiesbaden datiert auf den 11. u. 12.6.1946, also lange zuvor. Vgl. Krüger-Bulcke, Zwischenfall (Anm. 1), S. 321; StadtA MR, N 1, 728.

22 StadtA MR, 4 D 1085, S. 89, 93: Der Stadt entstanden Kosten in Höhe von 50 Mark (Firma Gustav Jakobi, eine Gärtnerei). Ein Stadtrat Behr lässt sich weder im Staatspolitischen Ausschuss noch im Bürgerrat ermitteln; auch dem Magistrat gehörte er nicht als Mitglied an.

Tageszeitung im lokalen Raum.²³ Der Verleger der Zeitung, Hermann Bauer – Mitbegründer der am 27. Oktober 1945 gegründeten Demokratischen Volkspartei Marburg (Liberal-Demokratische Volkspartei; LDP) – schrieb in einem schwülstigen Artikel von »Nationalheiligen«, die jetzt neben der Kirchenheiligen Elisabeth ruhten. Das trug ihm einen Verweis der Militärregierung ein. Noch 1963 behauptete Bauer, er habe den Artikel vorab der Zensur eingereicht – bei der notorischen Unzuverlässigkeit seiner Berichte ist hier aber ein Fragezeichen angebracht.²⁴

V. Die Fertigstellung der Grabstätten

Zwar waren die Grabplatten nun verlegt, doch die Grabanlage der Hindenburgs, die ja über den Fußboden hinausragte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt. Die Arbeit an der Gruftanlage (Treppenstufen, Seitenteile) sollte laut Weisung des Staatsbauamtes vom 23. August eingestellt werden. Erst am 20. September wurden die Arbeiten mit der Bitte in Auftrag gegeben, sofort zu beginnen. Nun war es der Steinmetzbetrieb in Miltenberg, der mitteilen musste, dass er mit Reparaturen an beschädigten Häusern stark beschäftigt sei. Später behinderte der hereinbrechende Winter den Fortgang der Arbeiten im Steinbruch.

Am 14. März 1947 ließ das Hessische Staatsministerium die Arbeiten – (»zunächst«) wegen einer geplanten anderweitigen Überführung – erneut einstellen. Doch bis auf eine kleine Restmenge waren die Steine bereits zugeschnitten und auch die sollten geliefert werden, weil man sie für andere Bauwerke verwenden konnte. Bezahlt werden mussten sie ohnehin. Im Spätherbst 1947 wurde der Abtransport organisiert, Anfang November durch Auto-Scholz der Transport durchgeführt.²⁵

Das Hessische Kabinett vertagte am 29. Oktober 1947 Beratung und Beschlussfassung über die Fertigstellung der Hindenburg-Grabstätte in Marburg bis zur nächsten Sitzung, in der es dann, am 26. November, ins Protokoll schrieb:

»Der Herr Minister des Innern wird beauftragt, dem Kabinett einen Vorschlag für eine Umgestaltung der Hindenburg-Grabstätte in der Elisabethkirche in Marburg vorzulegen, welcher die Versenkung der Särge unter das Fußbodenniveau vorsieht, so daß die

23 Marburger Presse v. 27.8.1946. Ausschnitte bzw. Kopien finden sich in StadtA MR, 4 D 1085; StadtA MR, N 1, 725; StadtA MR, 16 Q 1409; Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 46.

24 Bauer, Särge (Anm. 3), S. 8f. Der unkritische und formulierungsfreudige Hermann Bauer, Vater einiger Marburger Geschichtslegenden, wird insb. bei Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 32, Anm. 1, viel zu positiv dargestellt: »Aus der Reihe der uns zugänglichen Materialien haben wir auf einen ganz wichtigen Text verzichtet: den bisher unveröffentlichten Artikel von Herman[n] Bauer vom 12.1.1963. Wir glaubten schon, daß er trotz seiner Länge von 21 Seiten für diese Sammlung geeignet sei, weil er unterhaltsam, spannend und konkret in einer sonst nirgends gefundenen Vollständigkeit die Ereignisse um die Gräber erzählt. Dieser Text hat aber eine liebevollere Herausgabe verdient, als wir sie hier leisten können [...]«

25 Vgl. dazu und zum Folgenden HStAM, 190 a Marburg, Nr. 68.

Deckplatten in gleicher Weise wie bei den Hohenzollern-Gräbern in der Elisabethkirche nicht über den Fußboden hinausragen.«²⁶

Dass dies technisch unmöglich war, erfuhr ein Ministerialbeamter erst bei einem Orts-termin. Eine Verlegung der Hindenburgsärge an andere Stelle, etwa Hannover, wurde am 1. Dezember 1947 in Erwägung gezogen. Wann die Grabstätte endgültig fertiggestellt wurde und wer die Kosten übernahm, bleibt bis heute unklar. Der Beschluss des Kirchenvorstands, die Kosten selber zu tragen, steht gegen den Befund in der Akte des Hochbauamts, die alle Baurechnungen und Zahlungsstellen enthält; und die Mitteilung des Innenministers vom 24. April 1948 an die Staatskanzlei, eine Verlegung der Gräber sei nicht mehr möglich, weil die Kirchengemeinde die Grabstätten habe fertigstellen lassen, steht ebenfalls im Widerspruch zu der Bauakte, deren letzter Vermerk vom 22. September 1948 die Beendigung der Bauarbeiten in der Turmnische durch das Hochbauamt dokumentiert. Kleinere Restarbeiten wie die Vergitterung der seitlichen Luftschlitze und die Vergoldung der Inschriften standen zu diesem Zeitpunkt noch aus. Die Kirchengemeinde trug nur die Kosten für Aufräumarbeiten. Die Bauarbeiten dürften irgendwann nach dem September 1948 abgeschlossen worden sein.

Abb. 1: Grabstätte Hindenburgs in der Gegenwart

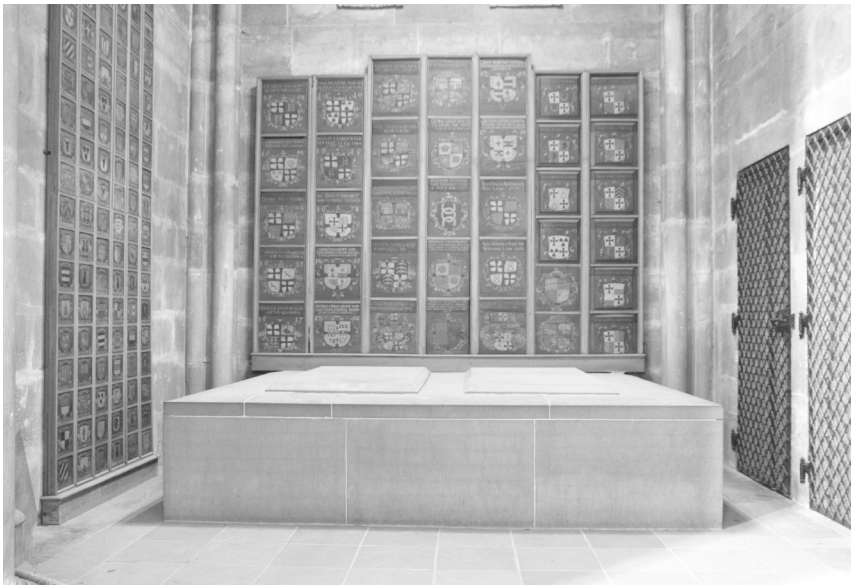


Foto: Pfarrer Bernhard Dietrich, Elisabethkirchengemeinde Marburg

26 Andreas Hedwig (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Hessischen Landesregierung. Kabinett Stock 1947-1950, Bd. 1: 1947-1948, Wiesbaden 2008, S. 393 u. 409 (Zitat).

VI. Der »Fall Marburg«

Die Zuständigkeit der Amerikaner war mit der letzten Beisetzungsfierlichkeit erledigt. Der weitere Gang lag nun bei den deutschen Dienststellen. Bald zeigte sich, dass die Hessische Landesregierung die Hindenburg-Särge am liebsten loswürde. Bei der Auseinandersetzung um Entnazifizierungsmaßnahmen an der Philipps-Universität und den damit verbundenen Entlassungen kam es zu einem Protest der Studierendenschaft und einer Grundsatzrede des hessischen Ministerpräsidenten, Christian Stock, im Februar 1947, in der er auch die Särge der Preußenkönige und der Hindenburgs thematisierte. Sie seien ohne den Willen der Regierung in die Marburger Elisabethkirche gelangt, wo sie jetzt Stätten der Demonstration gegen die Republik geworden seien. Das Presseecho war enorm, und in den Zeitungen wurde der Begriff »Fall Marburg« geprägt. Ein Kranz und einige Sträuße, die auf den Grabstätten niedergelegt wurden, seien freilich kaum dazu geeignet, die Öffentlichkeit zu alarmieren, entgegnete etwa der Marburger Oberbürgermeister Karl-Theodor Bleek. Eine Untersuchung ergab schließlich, dass drei junge Männer, die nicht der Universität angehörten, anlässlich des Geburtstages Friedrichs II. einen Kranz ohne Schleife an dessen Grab niedergelegt hatten; auch waren Heidekrautsträuße an der Hindenburggruft deponiert worden.²⁷

Auch wenn die große Befürchtung in Marburg, die Universität werde geschlossen, bald dementiert wurde, blieb die öffentliche Debatte heftig. Die Hessische Landesregierung verknüpfte noch einmal die mangelhafte Entnazifizierung mit den Gräbern in der Elisabethkirche. Die zuständigen Stellen seien nicht gut beraten gewesen, die Särge in Marburg abzustellen, denn sie seien Symbole des Monarchismus und des Militarismus. Hindenburg, wenn er noch lebte, wäre in Nürnberg der Prozess gemacht worden, weil er Deutschland an Adolf Hitler verraten habe. Erst nach einer heftig geführten Landtagsdebatte, in die sich auch der Marburger Oberbürgermeister einschaltete, beruhigte sich im Frühjahr 1947 die öffentliche Auseinandersetzung.²⁸ Politische Demonstrationen an den Gräbern und farbige Kranzschleifen (die durch die Wahl der Farben leicht zur Demonstration werden konnten) blieben verboten – jedenfalls offiziell. Denn Hermann Bauer musste 1951 Pfarrer Schallehn darauf hinweisen, dass dessen Erklärung namens der Kirchengemeinde, es würden keine Ansprachen und keine farbigen Kranzschleifen gestattet, nicht ganz zutrefte. So lag zu diesem Zeitpunkt auf dem Grab ein Kranz samt grüner Schleife – auf der zu lesen war: »Dem großen Feldherrn, die schlesischen Jäger.«²⁹

27 Zahlreiche Zeitungsartikel, ein Offener Brief des Juraprofessors Fritz von Hippel und das Manuskript der Rede von Karl-Theodor Bleek finden sich in StadtA MR, N 1, 727. Siehe ferner Eva Chr. Gottschaldt, Kontinuität und Neuordnung. Die evangelische Kirche nach 1945, in: Benno Hafener/Wolfram Schäfer (Hg.), Marburg in den Nachkriegsjahren, Bd. 2: Aufbruch zwischen Mangel und Verweigerung, Marburg 2000, S. 69-93, hier S. 76f.

28 Mehrere Zeitungsartikel sowie Auszüge aus den Reden im Hessischen Landtag sind abgedruckt bei Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 47-52; weitere Quellenbelege finden sich bei Kornelia Grundmann, Die Entwicklung der Hochschulmedizin in Hessen unter amerikanischer Besatzung am Beispiel der Medizinischen Fakultät Marburg, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte 110 (2005), S. 267-342, hier S. 307.

29 StadtA MR, N 1, 728.

VII. Die Abholung der Königssärge

Ab Mitte des Jahres 1951 bemühte sich die Familie der Hohenzollern, die beiden Särge ihrer königlichen Vorfahren auf die Burg Hohenzollern zu überführen, die der Familie als einziger preußischer Besitz verblieben sei und folglich »als geeignetster Platz für pietätvolle Traditionspflege« erschien, so lautete zumindest die spätere Argumentation.³⁰ Ein Abgesandter des Hauses Hohenzollern sondierte die Lage in der hessischen Provinz und schaltete umgehend Rechtsanwälte ein. Die Elisabethkirchengemeinde war zwar nicht Eigentümerin der Särge, hätte sie aber gerne in der Kirche behalten. Der amerikanische Hohe Kommissar hatte keine Einwände gegen die Überführung, die hessische Regierung auch nicht, sie beschloss jedoch, die Meinung der Bundesregierung einzuholen. Weder diese noch der Bundespräsident stellten sich gegen die Überführung.

Die Hohenzollern ließen ein Gutachten erstellen, der Kirchenvorstand ein Gegengutachten. Immerhin drohte der Rechtsbeistand der Hohenzollern, die Herausgabe der Särge zur Überführung in die Familiengruft notfalls vor Gericht durchzusetzen. Das hätte natürlich zu größtem Aufsehen geführt. Der Kirchenvorstand sah die Särge im Eigentum des Volkes. Der fast tägliche Schmuck an den Grabstätten stamme nicht von der Familie der Begrabenen, sondern von den Flüchtlingen aus der Ostzone und den Ostgebieten. Ein Protest von Studierenden im Februar 1952 und eine ausführliche Berichterstattung in der Presse begleiteten den Disput. Sie sahen in der Überführung zur Stammburg der Hohenzollern eine deutschlandpolitische Resignation, denn Potsdam läge noch immer in Deutschland, und eine Rückführung dorthin in einem nicht fernen Tage möglich. Von der Rechtslage her gesehen war die Sache für den Kirchenvorstand aussichtslos. In der Nacht vom 27. zum 28. August 1952 wurden die Hohenzollern-Särge nach Öffnung der Grabstätten herausgenommen und in den frühen Morgenstunden unter starkem Polizeischutz abtransportiert. Eine feierliche Übergabeceremonie gab es nicht.³¹ Anlässlich des Abtransports der Königssärge sah Pfarrer Schimmelpfeng den Zeitpunkt gekommen, den Text seiner Predigt bei der Beisetzungsfierlichkeit zu veröffentlichen.³²

VIII. Ereignisse und Diskussionen bis 1990

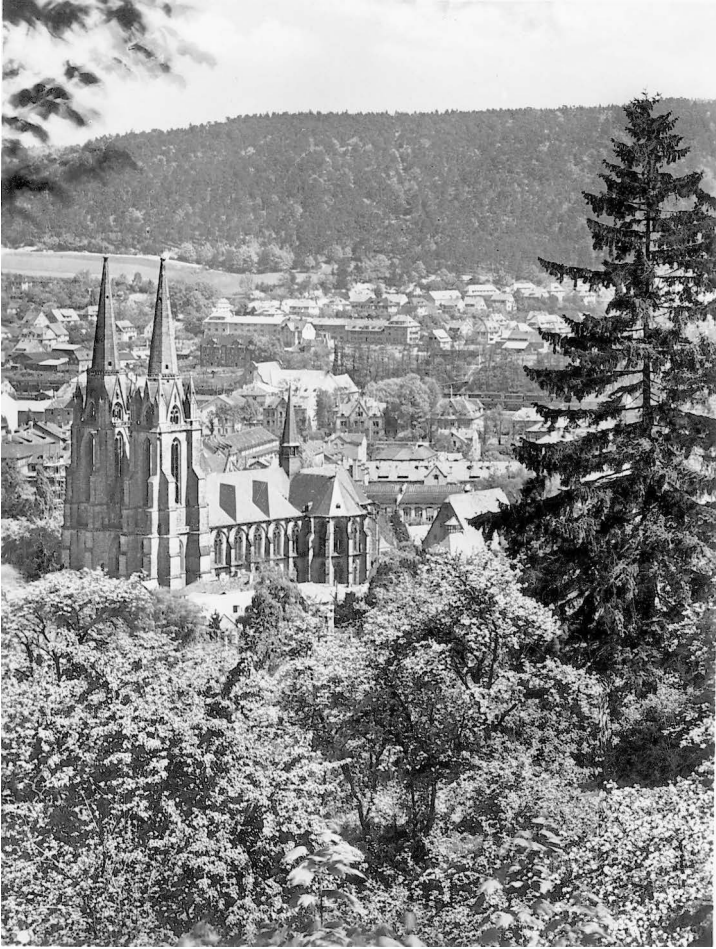
Die Demonstrationen an den Gräbern galten vorwiegend den Preußenkönigen. Nach 1952 entfiel dieser Konfliktgrund. Doch mit dem heraufziehenden Kalten Krieg erfuhr

30 Dazu und zum Folgenden siehe Martin Sabrow, Die Hohenzollern und die Demokratie nach 1918 (Teil 2), in: Deutschland Archiv v. 18.12.2020, <www.bpb.de/324802> (22.3.2021). Dort findet sich auch das Zitat.

31 Bauer, Särge (Anm. 3), S. 14-20, liefert hierfür als Beleg neben einem persönlichen Erlebnisbericht ferner eigene Zeitungsartikel sowie nachträglich aufgeklebte Fotoabzüge. Mehrere Presseberichte über die Umbettung historischer Symbole und über den Abtransport der Särge finden sich bei Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 53f.

32 Hans Schimmelpfeng, Die Beisetzung der Königssärge in Marburg, in: Deutsches Pfarrerblatt v. 15.4.1952, S. 233f. Ein Exemplar samt mit Anschreiben an Hermann Bauer findet sich in StadtA MR, N 1, 728.

Abb. 2: Die Elisabethkirche in Marburg, 1957



Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 212; unbekannter Fotograf

Hindenburg neue Wertschätzung als Kämpfer gegen Russland und als ostpreußische Identifikationsfigur. 1954, den 20. Todestag Hindenburgs, feierten dessen Sohn Oskar, mehrere Generale und der Kyffhäuserbund – mit wehenden Fahnen zogen sie anschließend zu den Stadtsälen.³³ Die 25-Jahrfeier richtete ebenfalls der Kyffhäuserbund aus.³⁴ Im Jahr 1962 wurde von einem Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife berichtet.³⁵ 1964 fand eine Gedenkfeier zum 30. Todestag in der Kirche statt, mit Angehörigen von Offiziersverbänden, deren Vertreter betonte, dass der Generalfeldmarschall »bis zuletzt alle

33 Bauer, Särge (Anm. 3), S. 21.

34 Ebd.

35 StadtA MR, N 1, 728.

seine Kräfte für sein Vaterland eingesetzt« habe.³⁶ Pfarrer Harald von Heyden sprach überdies von der Gewinnung des Landes jenseits der Weichsel für den christlichen Glaube und die deutsche Zunge durch den Deutschen Ritterorden, während die Orgel unter anderem das Lied vom guten Kameraden erklingen ließ. In der Presse war sogar zu lesen, dass die »deutschen Ordensritter [...] nach 1230 oft vom Haupthaus Marburg zu den Ländern an der Ostsee« zogen. Seit 1903 ist in der Aula der Philipps-Universität ein Monumentalgemälde zu sehen, das diese Szene inszeniert – ohne irgendeinen historischen Beleg.³⁷ Im gleichen Monat hielten die ost- und westpreußischen Landsmannschaften in der Elisabethkirche eine Feierstunde mit Kranzniederlegungen ab, um an den Sieg in der Schlacht von Tannenberg vor fünfzig Jahren zu erinnern.³⁸ 1966 berichtete der Pfarrer, dass es (wohl in jüngster Vergangenheit) nur einen Zwischenfall gegeben habe, und sollte die geforderte Zweifarbigkeit von Kranzschleifen nicht eingehalten werden, werde der Kranz alsbald als »verwelkt« abgeräumt.³⁹

Die merkwürdige Situation im Nordchor, wo an der Wand die Wappentafeln der Deutschordensherren aus dem 17. Jahrhundert und im Vordergrund die Sandstein-Grabstätten der Hindenburgs die Besucher anschauen, suchte Hermann Bauer zu vermitteln, indem er sich Wappen der Familie von Hindenburg und von Sperling über das Adelsarchiv beschaffte. In einem Schreiben an die Familie Gertrud von Hindenburgs vergaß er nicht hinzuzufügen, dass er seine Führungen in der Elisabethkirche stets mit besinnlichen Worten an der Hindenburg-Gruft ausklingen lasse.⁴⁰ Zu einer Aufhängung von Wappentafeln ist es allem Anschein aber nicht gekommen. Nichtsdestotrotz bekam Hermann Bauer bis ins hohe Alter, bis 1979, immer wieder Anfragen zu den Särgen in der Elisabethkirche, zumal er als »Marburger Auskunftei« galt.⁴¹

Im Jahr 1985 richtete dann die Geschichtswerkstatt einen Offenen Brief an die Besucher und Gemeindemitglieder der Elisabethkirche. In diesem wird der Beitrag Paul von Hindenburgs bei der Etablierung des NS-Regimes erläutert; darüber hinaus schildert der Brief den Weg der Hindenburg-Särge, den »Fall Marburg« und die regelmäßigen Kranzniederlegungen und politischen Reden am Hindenburg-Grab. Abschließend forderte die Geschichtswerkstatt die Streichung der Ehrenbürgerwürde Hindenburgs und, direkt an den Kirchenvorstand adressiert, er solle »seine eigenen Beschlüsse ernstnehmen und in Zukunft alle Kranzniederlegungen und Kundgebungen am Hindenburg-Grab untersagen«.⁴² Zu den Jägertagen 1986 berichtete die *Frankfurter Rundschau* mit

36 Oberhessische Presse v. 3.8., 28.8. u. 31.8.1964. Dort finden sich auch die nachfolgenden Zitate. Siehe ferner Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 55f.; StadtA MR, N 1, 727.

37 Siehe Agnes Niemann, »Kaiser Friedrich II. entlässt nach Preußen ziehende Deutsch-Ordensritter. 1236«, in: Holger Th. Gräf/Andreas Tacke (Hg.), Preußen in Marburg. Peter Janssens historische Gemäldezyklen in der Universitätsaula, Darmstadt 2004, S. 81-90, hier S. 220f. (Farbtafeln).

38 Oberhessische Presse v. 31.8.1964; Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 56.

39 StadtA MR, N 1, 728.

40 Ebd.

41 Ebd. Zum Zitat siehe Hanno Drechsler, Gedenkrede für Hermann Bauer, in: Hermann Bauer, Alt-Marburger Geschichten und Gestalten, Marburg 31986, S. 197-206, hier S. 201.

42 StadtA MR, N 1, 810; vgl. ferner Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 58f. Im Rahmen der Marburger Jägertage 1985, die mit internationaler Beteiligung und einem

der Überschrift »Am Grab diesmal kein Eklat«, was eine gewisse Erwartungshaltung ausdrückt.⁴³ Ansprachen bei der Kranzniederlegung gab es nicht. Der Kreisausschuss mit Landrat Kurt Kliem (SPD) beteiligte sich an der Totenehrung mit Kranzniederlegung im Schülerpark, nicht aber bei der Veranstaltung in der Elisabethkirche.

IX. Ereignisse und Diskussionen seit 1990

1991 wurden die Königssärge unter großem Spektakel und auch Gegendemonstrationen von der Burg Hohenzollern zur Garnisonskirche in Potsdam verbracht. Die Presse berichtete über das Ereignis und blickte auf die Geschichte der Särge zurück; alte Artikel und Fotos wurden reproduziert, journalistische Zeitgenossen befragt. Durch Kenntnisnahme des Aufsatzes von Ingrid Krüger-Bulcke geriet die Chronologie präziser.⁴⁴ Im Jahr 2002 befasste sich dann der Marburger Professor für Europäische Ethnologie und Kulturforschung Martin Scharfe in seiner Studie *Erkundungen über Kultur* mit dem Bedeutungswandel der Elisabethkirche und unterstrich deren »touristische Attraktion (zu der nicht wenig beiträgt, daß sich in ihr das Grab Hindenburgs befindet)«. ⁴⁵ Im Anschluss daran notierte schließlich der Autor des vorliegenden Aufsatzes im Jahr 2007:

»Unter den Anfragen, die an das Stadtarchiv gerichtet werden, sind es zu keinem Einzelthema mehr als zur Odyssee der vier Särge, von denen die beiden der Hindenburgs noch immer in der Elisabethkirche ruhen. Das Interesse an der heiligen Elisabeth fällt im Vergleich stark ab.«⁴⁶

2010 thematisierte auch das Monatsmagazin *Frizz* unter der Überschrift »Wallfahrtsstätte. Wohin mit den Gebeinen?« die Marburger Ruhestätte der beiden Hindenburgs, und empfahl in diesem Zusammenhang sogar deren Entsorgung auf einer Mülldeponie:

»In Marburg wäre man die Ikone des deutschen Nationalismus gerne los, weiß aber keinen Ort, wo er hin könnte. Vielleicht wäre das Atomlager Asse ein geeigneter Ort, oder einfach die nächste Mülldeponie. 75 Jahre nach dem Tod ist jede Pietät erloschen und der Mensch im juristischen Sinn nur noch Müll.«⁴⁷

Dagegen gelangte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Jahr 2015 zu einer gänzlich anderen Einschätzung: Da die ostpreußische Heimat der Hindenburgs inzwischen polnisch sei, könne man die Särge ohnehin nicht in familiäre Obhut geben – und »abgesehen

umfangreichen Programm gefeiert wurden, fand auch eine Kranzniederlegung in der Elisabethkirche statt. Vgl. Oberhessische Presse v. 10.9.1985; Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 60, 62.

43 Frankfurter Rundschau v. 1.9.1986. Vgl. auch Heiny/Methner/Fülberth, Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 64; StadtA MR, 16 Q 1409. Zum Jägerdenkmal siehe Harald Kimpel, Plastik des 20. Jahrhunderts in Marburg, Marburg 1980, S. 104-107.

44 Oberhessische Presse v. 7.8. u. 19.8.1991. Weitere Zeitungsartikel finden sich StadtA MR, 16 Q 1409.

45 Martin Scharfe, Menschenwerk. Erkundungen über Kultur, Köln 2002, S. 194.

46 Ulrich Hussong, Im Namen der heiligen Elisabeth. Nachleben und Jubiläumsfeiern in Marburg, Marburg 2007, S. 205.

47 Frizz (Oktober 2010), S. 7.

von gelegentlichen Blumengebinden und Treffen Nationalgesinnter an der Gruft der Hindenburgs hat sich deren Grabstätte aber auch nicht zum Wallfahrtsort nationalistischer oder gar nationalsozialistischer Elemente entwickelt«. ⁴⁸ Kritisiert wird hingegen der Umgang von Stadt und Elisabethkirche mit den historischen Hindenburg-Gräbern, vor allem weil nähere Auskünfte über das Leben des Generalfeldmarschalls sowie die Umstände der hiesigen Beisetzung fehlten.

Was bei der »ostpreußischen Heimat Hindenburgs« regelmäßig übersehen wird: Altersdomizil war nach dem Kriege Hannover, ⁴⁹ dort wurde auch dessen Ehefrau Gertrud 1921 in einem Ehrengrab beigesetzt. Die »Erbgrabstätte« sollte auch Paul von Hindenburg aufnehmen, doch mit der Wahl zum Reichspräsidenten und der Schenkung des Gutes Neudeck 1927 veränderte sich die Situation. Nach dem Tode des Reichspräsidenten wurde die Beisetzung im Tannenberg-Denkmal angeordnet und 1936 der Sarg seiner Ehefrau dorthin umgebettet. ⁵⁰ Die Grabstätte in Hannover wurde 1941 der Stadt zurückgeben, doch nicht wieder belegt. Am Rande des Feldes liegt ein Urnengrab von Christian von Pentz und seiner Frau Annemarie, der jüngsten Tochter Hindenburgs. Eine Tochter von Pentz, also Enkelin von Hindenburg, korrespondierte 1954 mit dem Garten- und Friedhofsamt Hannover. Offenbar hielt man die Grabstätte immer noch für Hindenburg offen. Die Tochter konnte Grabstätten für ihren zwei Jahre zuvor gestorbenen Vater und auch für ihre Mutter erwerben. Die Grabpflege übernahm eine andere Tochter bis zu ihrem Tod 1991, als ihre Asche im Grab der Eltern beigesetzt wurde.

Wenn Susanna Kolbe *Dunkle Geschichten aus Marburg* erzählt, dürfen die Grabstätten in der Elisabethkirche natürlich nicht fehlen. »Die ganze Kirche scheint eine große Begräbnisstätte zu sein«, schreibt sie sehr richtig. ⁵¹ Besprochen werden alle Grabmalgruppen, abgebildet aber nur die Grabstätte Hindenburgs. Über sie wird ausführlicher gehandelt als über die Elisabeths, die »unbeleuchtete Ecke im nördlichen Turmbau, wo man sie findet, wenn man Bescheid weiß. Es gibt keinerlei Hinweis, keine Tafel, keinen Pfeil, der die Besucher dorthin leitet.« Heute regten sich Besucher in erster Linie darüber auf, dass es keine Hinweise auf das Grab gäbe, wohingegen die Skandale der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit – unangekündigte Kranzniederlegungen, Kränze der Marburger Jäger, die Aufregung um das Buch der Sparkassenkulturstiftung oder ein Buttersäureattentat während eines Konzerts in der Kirche, als eine Gruppe ihren Unmut gegenüber dem Grabmal kundtat, – weitgehend verblasst sind. Abschließend wird der Text der Tafel zitiert, die die Kirchengemeinde aufhängen ließ: »Wir gedenken der Opfer von Krieg und Gewalt. Wir haben erfahren, du bist Herr. Das ward uns Trost im Gericht. Mache uns zu Boten deines Friedens.«

48 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.12.2015, S. 12.

49 Gerhard Schneider, Hindenburg-Gemälde für Hannover. Bemerkungen zur Entstehung des Hindenburgkultes im Ersten Weltkrieg, in: Hannoversche Geschichtsblätter 71 (2017), S. 209-234.

50 Dazu und zum Folgenden siehe Gerhard Schneider, Hindenburg in Hannover 1919-1925, Hannover 2019, S. 37, 65-81, 334.

51 Susanna Kolbe, *Dunkle Geschichten aus Marburg*, Gudensberg 2019, S. 40-44. Dort finden sich auch die Zitate. Die Bestattungen sowohl in den Chören als auch im Kirchenschiff behandelt Meiborg, Untersuchungen (Anm. 17), S. 201-228.

Das von Kolbe erwähnte Buch *Kulturelle Entdeckungen Mittelhessen*, welches 2007 von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen aufgelegt wurde und inzwischen vergriffen ist, enthält elf Artikel zu Marburg; ein Beitrag ist dem »Hindenburg-Grabmal« gewidmet und liefert neben einigen Farbabbildungen in erster Linie eine sachliche Darstellung der Fakten.⁵² Obwohl die Sparkassen-Kulturstiftung eine unabhängige Einrichtung darstellt, sind doch die Sparkassen mit den Städten und Landkreisen oft eng verbunden, von denen sie ursprünglich gegründet worden sind. Dies wird auch an *Kulturelle Entdeckungen Mittelhessen* deutlich: Insbesondere das Grußwort der Landräte und Oberbürgermeister, inklusive des Marburger Oberbürgermeisters Egon Vaupel (SPD), samt den dazugehörigen Unterschriften, erweckt den Anschein einer offiziellen Publikation, die sie aber nicht ist. Die Marburger Linke forderte im Schul- und Kulturausschuss, dass der Magistrat seinen Einfluss im Verwaltungsrat der Sparkasse geltend mache, um die Erwähnung des Hindenburg-Grabmals zu streichen; SPD und Grüne schlossen sich dem an. Vaupel, dem augenscheinlich nicht bewusst war, »dass in dem Buch das Hindenburg-Grab als touristischer Anziehungspunkt vermarktet wird«, wollte sich dafür einsetzen, dass in einer Neuauflage der Hinweis auf das Hindenburg-Grab entfernt wird.⁵³

Auch um die Marburger Jäger ist es stiller geworden, was vor allem mit der Überalterung des Traditionsverbandes zu tun hat. 2014 erschien eine umfangreiche Studie aus dem Kreis der Geschichtswerkstatt, die die Beteiligung der Marburger Jäger an Massakern in China und Südwesafrika und in Belgien während des Ersten Weltkriegs sowie in Oberschlesien nach dem Krieg behandelt; daneben werden ferner die Geschichte des Kameradschaftswesens und der Ablauf der Jägertage thematisiert.⁵⁴ Das Grab Paul von Hindenburgs trat gegenüber dem Jägerdenkmal im Schülerpark und dem Denkmal für Deserteure zuletzt etwas zurück.

Frühere Publikationen zur Elisabethkirche konzentrierten sich auf die Gesamterscheinung und die mittelalterliche Ausstattung. Nur das Buch von Hermann Bauer, das sich um alle Teile der Kirche kümmert, brachte ein Foto der Grabstätte Hindenburgs und auch ein Foto der Grabplatten im Nordchor, wo die Königssärge standen.⁵⁵ Heute wird im publizistischen Bereich immer häufiger die Hindenburg-Grabstätte abgebildet, wodurch sie mittlerweile auch zu einer Touristenattraktion geworden ist. Der heiligen Elisabeth, der Marburger Stadtheiligen Nummer Eins, hat sie nicht den Rang abgelassen, aber die ist auch nicht an das Gebäude gebunden, das ihren Namen trägt.

52 Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen (Hg.), *Kulturelle Entdeckungen Mittelhessen: Landkreis Gießen, Lahn-Dill-Kreis, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Marburg-Biedenkopf*, bearb. von Thomas Wurzel, Regensburg 2007, S. 166f.

53 Oberhessische Presse v. 8.3.2008.

54 Vgl. dazu die Beiträge in Klaus-Peter Friedrich/Albrecht Kirschner/Corinna Lützoff/Katharina Nickel (Hg.), *Zur Geschichte der »Marburger Jäger«*, Marburg 2014.

55 Siehe Hermann Bauer, *St. Elisabeth und die Elisabethkirche zu Marburg*, Marburg 1964, S. 168f. (Abb. 131: Königsgräber; Abb. 132: Hindenburg-Gräber).

X. Marburgs Ehrenbürger

Die Marburger Ehrenbürgerrechte für Hindenburg und Hitler sind eng miteinander verknüpft. Schon der Antrag an die Stadtverordnetenversammlung vom 3. April 1933, sie wolle mit Zustimmung des Magistrats beschließen, den »Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten Paul von Beneckendorff und Hindenburg und den Volkskanzler Adolf Hitler die Rechte von Ehrenbürgern der Stadt Marburg zu verleihen«, nannte beide Personen in einem Atemzug.⁵⁶ Die Ausfertigungen sprechen von einer Ernennung zum Ehrenbürger, was einen Unterschied macht zu der Verleihung des Rechts von Ehrenbürgern an eine natürliche Person. Ab Anfang Juli 1933 lagen beide Ehrenbürgerbriefe – d.h. für Hitler und Hindenburg – im Schaufenster der Buchhandlung Elwert zu jedermanns Einsicht aus.⁵⁷

Die Ausfertigung der Urkunde für Hitler wurde dem Kunstmaler Nicolaus Dauber übertragen, einem Bruder des sehr viel bekannteren Architekten August Dauber.⁵⁸ Die Gestaltung des Ehrenbürgerbriefes für Hindenburg sollte dagegen dem Maler Carl Bantzer obliegen, dem zuletzt ernannten Ehrenbürger. Bantzer sagte sofort zu, wobei er erwähnte, Hindenburg vor 14 Jahren in Kassel in elf Sitzungen porträtiert zu haben, »durch die ich ihm auch persönlich näher treten durfte.«⁵⁹ Gut zwei Wochen später sagte er überraschend ohne Begründung ab. Den Gestaltungsauftrag erhielt daraufhin ebenfalls Dauber.⁶⁰ Die beiden Urkunden sind schon deshalb nicht nur inhaltlich eng verbunden, sondern sie ähneln sich zudem in ihrer äußeren Erscheinung. Nach der Fertigstellung wurde der Ehrenbürgerbrief Hindenburg mit der Post übersandt.⁶¹ Hindenburg erhielt Tausende von Ehrenbürgerbriefen, die meisten während des Ersten Krieges und nach der Wahl zum Reichspräsidenten.⁶²

1983 beantragte die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, Hindenburg aus der Liste der Ehrenbürger der Stadt Marburg zu streichen, und informierte zeitgleich den Stadthistoriker und Publizisten Hermann Bauer über diesen Schritt.⁶³ Hier muss freilich erwähnt werden, dass die Streichung aus einer Liste etwas anderes bedeutet als der Verlust der Ehrenbürgerschaft oder gar die Aberkennung der Rechte eines Ehrenbürgers, der eine natürliche Person ist. Denn eine solche Liste existiert(e)

56 StadtA MR, 4 D 2863, S. 1. Der falsche Begriff »Volkskanzler« steht auch auf dem Aktenband, wohingegen der Ehrenbürgerbrief für Hitler diesen korrekt als »Reichskanzler« benennt.

57 Wortlaut der Ehrenbürgerbriefe in den beiden Aktenbänden StadtA MR, 4 D 2863 S. 7 und ebd. 1118 S. 19; Oberhessische Zeitung vom 6.7.1933; Nachdruck des Artikels im Faksimile bei Erhart Dettmerring, Was alle lesen konnten...Das Jahr 1933 im Spiegel der Marburger Lokalpresse, Marburg 2001, S. 291.

58 Vgl. StadtA N 1, 324.

59 Zu der Arbeit in Kassel siehe Bernd Küster, Carl Bantzer, Marburg 1993, S. 219-221 mit Abb. S. 221.

60 StadtA MR, 4 D 1118, S. 11-13, 17 (Briefe Bantzers vom 21.4. und 7.4.1933, S. 18 Beauftragung von Maler Lenz oder auch Dauber, Abrechnung, S. 20 über die Herstellung des Briefs durch Dauber und die Mappe aus braunem Saffianleder.

61 StadtA MR, 4 D 1118, S. 21, 25.

62 Schneider, Hindenburg (Anm. 49), S. 179, vgl. S. 47f.

63 StadtA MR, N 1, 728. Faksimile auch in: Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 57.

Abb. 3: Ehrenbürgerbrief für Hindenburg

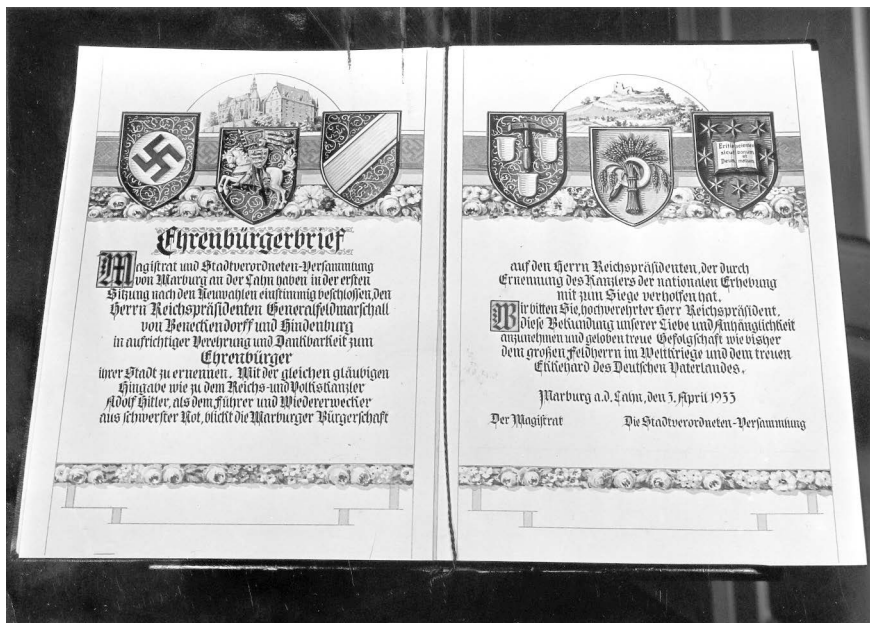


Foto: Elwert, Stadtarchiv Marburg, S 3/3, Nr. 1269

nicht; und selbst wenn der Magistrat oder die Stadtverordnetenversammlung eine solche geführt hätten, so würde sie nur die bisher verliehenen Ehrenbürgerschaften dokumentieren.⁶⁴ Nachweisbar sind somit lediglich einige Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vom 3. April 1933 sowie eine Sachakte, die für jede Person angelegt wurde, die das Ehrenbürgerrecht der Stadt Marburg erhalten hatte.

XI. Hindenburg in Marburg – vor dem Zweiten Weltkrieg

Zu Lebzeiten soll Hindenburg einmal in Marburg gewesen sein, und zwar am 14. November 1918.⁶⁵ Der Generalfeldmarschall weilte am 11. November 1918, unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes, im Großen Hauptquartier, das von Spa nach Homburg vor der Höhe verlegt worden war. Am 14. November traf er in Wilhelmshö-

64 In einer Broschüre des Presseamts des Magistrats vom Januar 1978 aus Anlass der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Gerhard Jahn ist S. 41–46 eine »Liste der Ehrenbürger seit 1834« abgedruckt, doch ist diese Liste keine offizielle Liste des Magistrats.

65 Wilhelm Kessler, Geschichte der Universitätsstadt Marburg in Daten und Stichworten, Marburg 21984, S. 124 unter diesem Datum: »Paul v. Hindenburg (1847–1934) in Marburg, wo er 1946 in der St.-Elisabethkirche beigesetzt wurde«. Anders Marburg im Nationalsozialismus (Anm. 2), S. 32: »Er war zu Lebzeiten nie in Marburg...«.

he ein, um die Demobilisierung der Truppen zu leiten.⁶⁶ Marburg lag auf dem Weg, Hindenburg passierte die Stadt im Auto.⁶⁷

Außerdem wurde im Jahr 1927 für eine Hindenburgspende gesammelt,⁶⁸ und 1936 überquerte das Luftschiff »Hindenburg« die Lahnstadt.⁶⁹ Nach seinem Tod 1934 hielt der Stahlhelm eine Gedächtnisfeier vor dem Kreiskriegerdenkmal ab und die NSDAP auf dem Kämpfrasen; Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung mussten zudem 14 Tage Trauerflor tragen.⁷⁰ Ein Jahr später veranstaltete die Berufsschule eine Gedächtnisfeier.⁷¹ Das Deutsche Reich prägte mindestens 1936 und 1937 Silbermünzen, die auf der Vorderseite Symbole der NS-Herrschaft zeigten und auf der Rückseite den Kopf Paul von Hindenburgs im Profil und seinen Namen – ohne Nennung von Staatsfunktionen.⁷² Offenbar war Hindenburg für die Konsolidierung und Sicherung der NS-Herrschaft von einer gewissen Bedeutung, auch über seinen Tod hinaus.

XII. Ehrung im öffentlichen Raum: Straßenbenennung

Die Benennung von Straßen nach noch lebenden Personen galt immer als anstößig, wurde aber in Einzelfällen vorgenommen. So ist es schon bemerkenswert, dass Friedrich Siebert, Ehrenbürger der Stadt Marburg, bereits Anfang 1915 beantragte, »des genialen Heerführers in der Ostmark Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Erinnerung an seine Bewahrung des deutschen Landes zu gedenken«. Er schlug vor, an Stelle »des nichtssagenden Namens ›Schwanallee« den Namen Hindenburgstraße zu verleihen. Der Magistrat antwortete ihm, eine passende Straße zu berücksichtigen. Siebert sah ein, dass die Schwanallee eine geschichtliche Vergangenheit hatte, und schlug stattdessen die Frankfurter Straße vor. Ihm war es allem Anschein nach wichtig, dass Hindenburg in dem Viertel einen Straßennamen erhielt, in dem bereits Bismarck und Moltke geehrt wurden.⁷³ 1917, zum gleichen Zeitpunkt, als in Posen ein Hindenburg-Museum vorbereitet wurde,⁷⁴ beschloss der Magistrat auf Anregung des Stadtverord-

66 Oberhessische Zeitung v. 12., 13. u. 14.11.1918.

67 Isabelle Berens, Die Auswirkungen der Demobilmachung in Marburg nach dem Ersten Weltkrieg im Spiegel zweier Lokalzeitungen, in: Mehr als Stadt, Land, Fluss. Festschrift für Ursula Braasch-Schwersmann, Neustadt an der Aisch 2020, S. 321-326, hier S. 321.

68 StadtA MR, 4 C 2675.

69 Oberhessische Zeitung v. 19.6.1936; auch in: StadtA MR, 4 D 1241, S. 245.

70 StadtA MR, 4 D 1246, S. 253, 257, 259.

71 StadtA MR, 7 G 216.

72 StadtA MR, S 4, SM 3993 u. 3994.

73 StadtA MR, 3 C 7235, S. 81-83. In den städtischen Akten lässt sich die Aussage von Bernd-Ulrich Kettner, Politische Straßennamen in der Stadt Marburg, in: Wolfgang Brandt (Hg.), Sprache in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge aus dem Institut für Germanistische Sprachwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1988, S. 141-154, hier S. 151, Anm. 14, nicht belegen: »Nur der Sieger von Tannenberg war gemeint, als bereits im März 1915 der Antrag gestellt wurde, den Krummbogen in Hindenburgstraße umzubenennen; der Antrag wurde allerdings zurückgezogen.«

74 Zentralblatt der Bauverwaltung (1917), S. 320. Am 4. Juli 1919 verliehen sämtliche Technischen Hochschulen Hindenburg die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber. Vgl. ebd. (1919), S. 407f.

neten Schäfer, dem Krummbogen die Bezeichnung »Hindenburgstrasse« zu geben. Als Verbindung zwischen Weidenhausen und dem Bahnhof werde die Straße große Bedeutung haben und da sie wenig bebaut sei, werde die Umbenennung auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen.⁷⁵

Gut ein Jahr später schrieb Edmund Stengel, Professor für mittelalterliche Geschichte, an Oberbürgermeister Troje, dabei zeigte er wenig Verständnis für diese Umbenennung. Im Anschluss an den Vortrag von Geheimrat Küch, dem auch Troje beiwohnte, kam Stengel dann auch auf das ehrwürdige Alter des Straßennamens Krummbogen zu sprechen. Als »Historiker und Freund des Heimatschutzes« äußerte er den Wunsch, dass »kein altes kostbares Sprachgut verdrängt wird«. Nach Hindenburg solle daher eine Straße jüngerer Datums oder noch ganz ohne Namen gewählt werden. Ohne dass Stengel eine Antwort erhielt oder dem Magistrat die Sache vorgelegt wurde, legte Troje den Brief zu den Akten.⁷⁶

Im Mai 1920, nach Ende des Krieges, beschäftigte sich die Stadtverwaltung erneut mit der Straßenumbenennung. Nun schlug das Stadtbauamt dem Magistrat vor, die Straße »Am Jägerheim« in »Hindenburgstraße« umzubenennen, da kaum anzunehmen sei, dass sich »im Volksmund« die Bezeichnung »Hindenburgstraße« für »Krummbogen« durchsetzen werde. »Die Bezeichnung »Krummbogen« ist so eigenartig und tief in der Bevölkerung eingewurzelt, daß dieselbe wohl so leicht nicht verschwinden wird.«⁷⁷ Doch die Polizeiverwaltung sprach sich gegen eine erneute Umbenennung aus, die eine Belästigung der Anlieger sei. Es blieb bei der Umbenennung des Krummbogens in Hindenburgstraße.⁷⁸ Allerdings zeigt ein gedruckter Stadtplan, der spätestens 1924 entstanden ist, den Namen »Krummbogen« (bis zum Schüler-Park) neben »Hindenburgstrasse« (bis Weidenhausen).⁷⁹

Mit dem Ausbau der Reichsstraße 3 im Jahr 1935, die über die Schützenpfehlbrücke geleitet und dann östlich der Lahn und um Weidenhausen herumgeführt wurde, um den Verkehr in den westlichen Stadtteilen zu entlasten, wurde die Hindenburgstraße bis zum Südbahnhof verlängert und zugleich zum Ring aufgewertet. Die Straßen- und Hausnummern wurden 1936 geregelt. Wie auf dem Stadtplan von 1939 zu sehen, ging der Ring nicht ohne Unterbrechung durch, denn ein kurzes Stück südlich von Weidenhausen hieß weiterhin »Cappeler Straße«.⁸⁰

Zwei Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner am 28. März 1945 wurden zehn Marburger Straßen umbenannt, die an bekannte Nationalsozialisten und Antisemiten oder an Gebiete außerhalb des Reiches – davon war allerdings nur die Egerländerstraße

75 Vgl. StadtA MR, 3 C 7235, S. 95-99, Beschluss des Magistrats vom 29.9.1917. Dagegen behauptet Bernd-Ulrich Kettner irrtümlich, die Umbenennung sei im Jahr 1920 erfolgt. Vgl. Kettner, Politische Straßennamen (Anm. 73), S. 144; Ders., Straßennamen (am Beispiel der Stadt Marburg), in: Norbert Nail (Hg.), Die Welt der Namen. Sechs namenkundliche Beiträge, Marburg 1998, S. 101-120, hier S. 112f.

76 StadtA MR, 3 C 7235, S. 107f.; vgl. ferner HStAM, M 21 Küch, Nr. III/8.

77 StadtA MR, 3 C 7235, S. 117.

78 Ebd., S. 119-121.

79 HStAM, Bestand Karten, Nr. Pii 3584.

80 Vgl. StadtA MR, 3 C 7235, S. 275-277; ebd., 4 D 1241, S. 167; Oberhessische Zeitung v. 8.2.1936; Kettner, Politische Straßennamen (Anm. 73), S. 145.

betroffen – erinnerten. Die Umbenennung wurde der städtischen Bevölkerung durch öffentlichen Aushang und durch Auswechslung der Straßenschilder bekanntgemacht.⁸¹ Der Hindenburgring blieb der Stadt dagegen erhalten. Im September 1945, zum Teil auch spontan gleich nach dem Einmarsch der Amerikaner, wurden alle nationalsozialistischen Namen aufgegeben, so Kettner ohne Beleg.⁸² Die Straßenbenennungsakte enthält keinen Vorgang zur Umbenennung der kaiserzeitlichen Straßen des Südviertels (nicht alle wurden umbenannt) oder in Bezug auf jene Straßen, die an Gebiete außerhalb des Deutschen Reiches erinnerten. Das lässt Rückschlüsse zu auf die geringe Wichtigkeit, die der Angelegenheit beigemessen wurde. Lediglich im Jahr 1950 wurde eine auswärtige Anfrage hinsichtlich einer Umbenennung von Sedan-, Orleans- und anderer Straßen damit beantwortet, dass solche Straßenbezeichnungen bereits 1945 ersetzt worden seien.⁸³ Aus der Straßenbenennungsakte geht aber hervor, dass die Amerikaner Ende des Jahres 1945 darauf drängten, auch die Namen von militaristischem, dynastischem sowie kriegsgeschichtlichem Charakter, die nach dem 1. Januar 1933 verwendet wurden, zu beseitigen.⁸⁴ Durch einen Aktenband des Bauamtes, in dem es um die Änderung von Hausnummern der Cappeler Straße geht, ist immerhin bekannt, dass am 13. Oktober 1945 der Hindenburgring vom Hauptbahnhof bis zum Südbahnhof durchgängig den Namen Krumbbogen trug und auch den bislang ausgesparten Teil der Cappeler Straße einbezog.⁸⁵

In den Verwaltungsberichten, die ab 1945 wieder gedruckt wurden, sind Umbenennungen von Straßen nicht erwähnt. Für das Berichtsjahr 1948/49 lässt sich aber ein Vorfall um den »Krumbbogen« feststellen: Offenbar regte im Jahr 1948 ein Anwohner an, wegen des unschönen Namens auf »Krumbbogen« zu verzichten und stattdessen »Nordring« und »Südring« einzuführen, was es dem Autofahrer einfacher machen würde.⁸⁶ Den Straßennamen »Hindenburg« wollte er also nicht wiederhaben. Hermann Bauer, der vom Bauamt um eine Erläuterung des Namens »Krumbbogen« gebeten wurde, lieferte 1949 neben einer zutreffenden Erklärung eine völlig falsche Datierung: Der Krumbbogen sei bereits 1932 in Hindenburgring umbenannt worden. Der Anwohner erhielt folglich eine ablehnende Antwort.⁸⁷

Nur bei einer 1945 umbenannten Straße gab es Bestrebungen, die durch die amerikanische Besatzungsmacht erzwungene Umbenennung rückgängig zu machen – dabei handelte es sich wiederum um den Hindenburgring. Die FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung beantragte 1954, den Krumbbogen in Hindenburg-Ring umzubenennen, wobei aus dem Beschlussprotokoll hervorgeht, dass nicht der gesamte Krumbbogen gemeint war, sondern der Abschnitt vom Erlenhof bis zum Südbahnhof, also die neugebaute Altstadtumgehung, die in etwa der heutigen Stadtautobahn von der

81 StadtA MR, 3 C 7236, S. 27, 29.

82 Kettner, Politische Straßennamen (Anm. 73), S. 145f.; Ders., Straßennamen (Anm. 75), S. 114.

83 StadtA MR, 3 C 7236, S. 121f.

84 Ebd., S. 32.

85 StadtA MR, 8 H 605, S. 61.

86 StadtA MR, Tätigkeitsbericht der Universitätsstadt Marburg, Berichtsjahr 1948/49, S. 47.

87 StadtA MR, 8 H 605.

Höhe des Südbahnhofs bis zur Abfahrt Marburg-Mitte entspricht. Die abenteuerliche Begründung lautete wie folgt:

»In fast allen deutschen Städten ist eine Strasse nach dem verstorbenen Reichspräsidenten Feldmarschall von Hindenburg benannt worden. Marburg, in dessen Elisabethkirche er seine letzte Ruhestatt gefunden hat, hat dazu aber eine ganz besondere Veranlassung und Verpflichtung. Der Name Krummbogen hat keinerlei historische oder kommunale Bedeutung.«⁸⁸

Unterschrieben war der Antrag von dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Friedrich Frohwein. Die ohnehin rechtsstehende FDP war unter seiner Führung weiter nach rechts gerückt. Der 1898 geborene Frohwein war Amts- und Landgerichtsrat und seit 1937 Richter bei der Luftwaffe; im gleichen Jahr trat er der NSDAP bei. Nach seiner 1947 im Rahmen der Entnazifizierung erfolgten Einstufung in die Gruppe 4 der »Mitläufer« amtierte er seit 1949 wieder als Richter.⁸⁹ Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde allerdings mit 13 gegen zehn Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt, woraufhin die *Oberhessische Presse* Leserbriefe von Vertriebenen abdruckte, die den verewigten Reichspräsidenten als deutschen Schirmherrn ansahen.⁹⁰ Noch bis in die 1960er Jahre soll in der Stadtverordnetenversammlung beantragt oder angeregt worden sein, den Namen Hindenburgstraße oder Hindenburgring wiederzubeleben, dies jedoch ohne Erfolg.⁹¹

Das gedruckte *Einwohnerbuch* von 1959, das Erläuterungen zu den Straßennamen enthält, führt den Krummbogen auf die Biegung der Lahn zurück. Dagegen findet das Hindenburg-Intermezzo keinerlei Erwähnung. Immerhin geben die 109 Hausnummern mit ihren vielen Bewohnern einen Hinweis darauf, dass die Straßensführung vor dem Ausbau der Marburger Stadtautobahn eine ganz andere gewesen sein muss.⁹² Heute ist der Teil ab der Anschlussstelle Marburg-Mitte bis zur Rudolf-Bultmann-Straße nach Wilhelm Röpke benannt, sodass die Universitätsinstitute eine Professorenanschrift haben. Nur der letzte, kerzengerade Teil bis zum Bahnhofsvorplatz heißt noch Krummbogen. Aber so ganz ist für den übrigen Straßenverlauf der ursprüngliche Name bei der Marburger Bevölkerung wohl noch nicht untergegangen.

88 Zit.n. Hansjochen Kochheim, Von der »Frohwein-F.D.P.« zum »Fall Daub«. Die Marburger Liberalen 1950-1965, in: Jan Marco Müller (Hg.), »Freiheit, Tüchtigkeit, Persönlichkeit«. Beiträge zur Geschichte des Marburger Liberalismus, Marburg 2000, S. 129-171, hier S. 141.

89 Vgl. Theo Schiller, Entnazifizierung in der hessischen Justiz – am Beispiel der politischen Strafsekte der Oberlandesgerichte Kassel und Darmstadt, in: Wolfgang Form/Theo Schiller/Lothar Seitz (Hg.), NS-Justiz in Hessen. Verfolgung, Kontinuitäten, Erbe, Marburg 2015, S. 373-407.

90 StadtA MR, 3 C 7236, S. 385-389.

91 Kettner, Politische Straßennamen (Anm. 73), S. 152, Anm. 26. Die Straßenbenennungsakten fehlen ab 1955.

92 StadtA MR, Einwohnerbuch für den Stadtkreis Marburg a. d. Lahn (1959), S. 47f.

Für eine »gewisse Glücksfähigkeit«

Die Kinder von Goddelau und die Gründung der »Lebenshilfe« in Marburg

Silke Fehlemann

I. Einführung

Betrachten wir die Nachkriegsjahre aus der Perspektive von Kindern, dann ist diese Zeitspanne von heute aus gesehen voll von dramatischen »Skandalen«. Minderjährige lebten in Flüchtlings- und Displaced Persons (DP)-Lagern oder in Trümmern, erfuhren Obdachlosigkeit, Hunger, Kälte und Trauer über familiäre Verluste. Fehlende Väter und traumatisierte, überlastete Elternteile bestimmten die Lebensbedingungen zahlreicher Kinder in ganz Europa. Unter besonders großen Härten litten die überlebenden Kinder aus den nationalsozialistischen Konzentrations- (KZ) und Vernichtungslagern, aus ehemaligen Zwangsarbeiterfamilien und aus jenen jüdischen Familien, die in der Nachkriegszeit vor in Osteuropa aufkommenden antisemitischen Verfolgungsaktionen ausgerechnet nach Deutschland fliehen mussten. Die überlebenden Kinder blieben häufig noch jahrelang in DP-Lagern in Deutschland, darunter auch große Gruppen sogenannter unbegleiteter Minderjähriger.¹

Vor einigen Jahren stellte die amerikanische Historikerin Tara Zahra heraus, dass in den europäischen Nachkriegsgesellschaften große nationale und internationale Anstrengungen in die Wiederherstellung der psychischen Gesundheit von Kindern und in die Rekonstruktion von Familien investiert wurden.² Dem ist die Forschung in den

1 Die Zahl der Kinder unterlag offenbar großen Schwankungen im Verlauf der Nachkriegsjahre. Minderjährige unter den ehemaligen Zwangsarbeiter*innen umfassten schon allein 1,5 Millionen Kinder. Der Kindersuchdienst, dessen Akten in den Arolsen Archives liegen, umfasste 65.000 Akten und 340.000 Kinder waren registriert. Vgl. dazu Henning Borggräfe/Akim Jah/Elisabeth Schwabauer, *Rebuilding Lives. Introduction*, in: Dies./Nina Ritz/Steffen Jost (Hg.), *Rebuilding Lives – Child Survivors an DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor*, Göttingen 2017, S. 15-23, hier S. 15; Susanne Urban, »More children are to be interviewed«. *Child Survivors narratives in the Child Search Branch Files*, in: ebd., S. 70-92, hier S. 76.

2 Tara Zahra, *The Lost Children: Reconstructing Europe's Families after World War II*, Cambridge 2011.

letzten Jahren weitgehend gefolgt.³ Doch die ambivalenten Logiken von Exklusion und Inklusion waren auch bei den Familienzusammenführungen und Emigrationsmöglichkeiten zu finden. Die Sozialarbeiterinnen und »tracing officers« der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) und ihrer Nachfolgerin International Refugee Organisation (IRO) sowie deren Child Tracing Section (CTS) – ab 1948 Child Search Branch (CSB) – durften sich um die Kinder deutscher und österreichischer Herkunft nicht kümmern. War diese Einschränkung vor dem Hintergrund der Kriegs- und Vernichtungserfahrungen mehr als nachvollziehbar, fand das weltweite Ziel der Familienzusammenführung allerdings noch weitere Einschränkungen. Ältere und kranke Familienmitglieder durften oftmals nicht mit ihren Kindern auswandern und umgekehrt blieben insbesondere Displaced Children mit geistiger Behinderung häufig außen vor. Sie stellen überdies noch ein erhebliches Desiderat der Forschung dar.⁴ Massive Probleme resultierten in dieser Hinsicht aus der Visapolitik der Staaten USA, Kanada und Australien. Wollten jüdische Eltern, ehemalige Zwangsarbeiter*innen, die im Land ihrer ehemaligen Verfolger und Peiniger nicht weiterleben wollten, oder nach dem Krieg aus ihren osteuropäischen Herkunftsländern geflohene Familien, emigrieren, mussten sie ihre geistig behinderten Kinder oftmals zurücklassen, denn die obengenannten Staaten stellten für diese Kinder kein Visum aus.⁵ Die Familien dieser Kinder waren aber häufig durch Krieg, Verfolgung und Vertreibung so drangsaliiert, dass sie für sich keine Möglichkeit sahen, sich in Deutschland niederzulassen. Da sie ihre Kinder aber weder bei der Emigration mitnehmen konnten und häufig noch während des Aufenthaltes in den DP-Lagern von ihren oft schwerstpflegebedürftigen Kindern getrennt wurden, wurde in einer Vereinbarung mit dem Land Hessen eine kleine Abteilung der Nervenklinik im Philippshospital in Goddelau geschaffen, in der zu Beginn der 1950er Jahre bis zu 80 geistig behinderte Displaced Children untergebracht wurden. Doch anders als hessische Politiker und die medizinisch Verantwortlichen vor Ort sah der Marburger Sozialarbeiter und Lehrer Tom Mutters durchaus einen Skandal in der isolierten Unterbringung geistig behinderter Displaced Children, wenn er dies auch öffentlich sehr viel vorsichtiger formulierte. Seine Erfahrungen in Goddelau und sein anderer Blick auf

-
- 3 Julia Reus, »Everywhere where human beings are, we can find our children«. On the Organization of the ITS Child Search Branch and its Predecessors, in: Henning Borggräfe/Akim Jah/Elisabeth Schwabauer/Nina Ritz/Steffen Jost (Hg.), *Rebuilding Lives – Child Survivors and DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor*, Göttingen 2017, S. 41-69, hier S. 42; Mary Fraser Kirsh, »Shattered by mental and physical strain«: The Treatment and Assimilation of »Defective« Child Survivors, in: ebd., S. 125-141; Dagmar Ellerbrock, »Healing Democracy« – Demokratie als Heilmittel. Gesundheit, Krankheit und Politik in der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949, Bonn 2004.
- 4 Bisher vor allem Ruth Balint, *Children Left Behind: Family, Refugees and Immigration in Postwar Europe*, in: *History Workshop Journal* 82 (2016), S. 151-172.
- 5 Archives Nationales, AJ/43/856/39/1, Marie B. Wills (Associate Child Care Officer, IRO, US Zone), *Survey of Mentally and Physically Handicapped Children and Rehabilitation Program*, Child Care Section, January to March 1950. Ich danke Herrn Dr. Christian Höschler von den Arolsen Archives für die Überlassung dieser Quelle und für seinen wertvollen fachlichen Rat. Vgl. zum Auswanderungsproblem auch Zahra, *Lost Children* (Anm. 2), S. 19; Balint, *Children Left Behind* (Anm. 4), S. 152-154.

die Lage der Kinder veränderten auch die Perspektive der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit. Die Stadt Marburg entwickelte sich dabei mehr und mehr zum Schauplatz in diesem Lernprozess der Empathie.

II. Die Geschichte des Goddelauer »Kinderskandals« in einem weiteren Forschungsumfeld

Die Episode in Goddelau und die Geschichte von Tom Mutters sind für unterschiedliche Forschungsbezüge relevant. Zum einen tragen sie dazu bei, Kindheit nach 1945 zu verstehen. Die historische Kindheitsforschung beschäftigt sich sowohl mit Kindern als auch mit Kindheitsgeschichte als Brennglas jeweiliger sozial- und kulturhistorischer Bedingungen.⁶ Die Geschichte von Tom Mutters und seiner Arbeit mit den Kindern von Goddelau fungiert entsprechend als Spiegelbild einer Nachkriegsgesellschaft zwischen schweren politischen und gesellschaftlichen Belastungen und Transformationserfordernissen, zwischen deutschen Begrenzungen und internationalen Vernetzungen. Vor diesem historischen Hintergrund musste sich auch der emotionale Umgang mit geistig behinderten Kindern erheblich verändern und Tom Mutters wirkte als Transmissionsagent dieses Wandels, in dem er einen neuen emotionalen Stil vorlebte und etablieren konnte. Insofern ist im Folgenden auch die Emotionsgeschichte einzubeziehen, denn es geht hier um einen Lehr- und Lernprozess von Empathie.⁷

Darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren die Forschungen zu »Displaced Persons« etabliert, die herausstellen, wie schwierig, langwierig und komplex Transformationsprozesse von Kriegs- zu Friedensgesellschaften sein können und dass die Belastungen 1945 keineswegs beendet waren.⁸ Haben in der Vergangenheit Historiker*innen einerseits vor allem die krisenhafte Zuspitzung der Lebenslagen von Familien in der deutschen »Zusammenbruchsgesellschaft« betont,⁹ hat die bereits oben zi-

6 Martina Winkler, *Kindheitsgeschichte. Eine Einführung*, Göttingen 2017; Till Kössler, *Neue Ansätze der historischen Kindheitsforschung*, in: *Neue Politische Literatur* 64 (2019), S. 537-558; Lu Seegers, »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013; Lynne Taylor, *In the Children's Best Interests: Unaccompanied Children in American-Occupied Germany, 1945-1952*, Toronto 2017.

7 Dafür werden die methodischen und theoretischen Überlegungen von Monique Scheer, *Are Emotions a Kind of Practice (and is that what makes them have a History)? A Bourdieuan Approach to Understanding Emotion*, in: *History and Theory* 51 (2012), S. 193-220, verwendet.

8 Vgl. dazu insb. die Beiträge in Henning Borggräfe/Akim Jah/Elisabeth Schwabauer/Nina Ritz/Steffen Jost (Hg.), *Rebuilding Lives – Child Survivors an DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor*, Göttingen 2017; Zahra, *Lost Children* (Anm. 2); Christian Höschler, *Home(less). The IRO Children's Village Bad Aibling, 1948-1951*, Berlin 2017; Angelika Königseeder/Juliane Wetzel, *Frauen in Lagern für jüdische Displaced Persons*, in: *Deutschland Archiv*, 30.11.2020, <www.bpb.de/322025> (2.4.2021); Atina Grossmann, *Wege in der Fremde. Deutsch-jüdische Begegnungstätze zwischen Feldafing, New York und Teheran*, Göttingen 2012; Balint, *Children Left Behind* (Anm. 4), insb. S. 152-159.

9 Siehe exemplarisch Seegers, *Vaterlosigkeit* (Anm. 6), S. 88-126. Vgl. allgemein Christine Mayer/Ingrid Lohmann/Ian Grosvenor (Hg.), *Children and Youth at Risk: Historical and International Per-*

tierte Tara Zahra andererseits darauf verwiesen, dass beim Ziel der internationalen Familienzusammenführungen das Motiv der Rekonstruktion stabiler nationaler Nachkriegsgesellschaften im Vordergrund stand.¹⁰ Das vierte hier relevante Bezugsfeld ist die Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Rahmen der Dis/ability Studies, die sich sowohl der individuellen Geschichte einzelner Psychiater und Berufsvertretungen als auch der Netzwerke und Verbände der geistig behinderten Menschen in NS- und Nachkriegszeit widmen sowie auch die Zeitgebundenheit medizinischer und psychiatrischer Diagnosen deutlich machen.¹¹

III. Tom Mutters: Niederländer und Marburger

Tom Mutters landete über viele Umwege in Marburg. Er war in den Niederlanden geboren und wuchs in Amsterdam auf. Während der deutschen Besetzung half seine Familie offenbar einem jüdischen Freund, sich vor den Nationalsozialisten zu verstecken. Tom Mutters selbst arbeitete während des Krieges zunächst in der Amsterdamer Lebensmittelversorgung und wurde zwischen 1943 und 1945 als Zwangsarbeiter in den Zeiss-Werken in Jena in der Funktion eines Nachkalkulators eingesetzt. Während der Befreiung wurden Anfang 1945 die Amerikaner auf ihn aufmerksam und setzten ihn wegen seiner guten Sprachkenntnisse im »Intelligence Corps« (508th CIC Detachment)

-
- spectives, Frankfurt a.M. 2009. Der Begriff der Zusammenbruchsgesellschaft stammt von Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Göttingen 1991.
- 10 Zahra, *Lost Children* (Anm. 2), S. 3.
- 11 Heiner Fangerau/Sascha Topp/Klaus Schepker (Hg.), *Kinder und Jugendpsychiatrie im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Zur Geschichte ihrer Konsolidierung*, Berlin 2017; Silke Fehlemann/Frank Sparing, *Gestörte Kindheiten. Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in psychiatrischen Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (1945-1975)*, Berlin 2017; Jan Stoll, *Behinderte Anerkennung? Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Westdeutschland*, Frankfurt a.M. 2017; Gabriele Lingelbach (Hg.), *Themenheft »Disability History«*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 70 (2019), H. 1/2, S. 5-86; Elsbeth Bösl, *Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld 2009; Dies./Anne Klein/Anne Waldschmidt (Hg.), *Disability History. Konstruktionen von Behinderung in der Geschichte. Eine Einführung*, Bielefeld 2010; Hans-Walter Schmuhl/Ulrike Winkler (Hg.), *Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History*, Stuttgart 2013, S. 15-17; Gabriele Lingelbach/Sebastian Schlund, *Disability History*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 8.7.2014, <http://docupedia.de/zg/lingelbach_schlund_disability_history_v1_de_2014> (2.4.2021); Rolf Castell/Jan Nedoschill/Madeleine Rupp/Dagmar Bussiek, *Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1961*, Göttingen 2003; Steffen Dörre, *Zwischen »Euthanasie« und »Anstaltsreform«: Die psychiatrischen Fachgesellschaften im geteilten Deutschland*, Wiesbaden 2020; Svenja Golttermann, *Opfer: Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne*, Frankfurt a.M. 2017; Sabine Hanrath, *Zwischen »Euthanasie« und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: Ein deutsch-britischer Vergleich (1945-1964)*, Paderborn 2002; Volker Roelcke, *Psychiatrische Diagnosen im Wandel. Soziale und kulturelle Dimensionen bei der Deutung und Prävalenz psychischer Störungen in historischer Perspektive*, in: Holger Freytag/GordonKrahl/ChristinaKrahl/Klaus-DieterThomann (Hg.), *Psychotraumatologische Begutachtung. Gesellschaftlicher Hintergrund. Klinisches Bild psychischer Störungen. Psychiatrische und psychologische Begutachtung*, Frankfurt a.M. 2012, S. 25-48.

als Officer ein.¹² Zum Ende des Jahre 1945 kehrte Mutters schließlich in die Niederlande zurück. Er arbeitete dort zunächst als Leiter der pädagogischen Filmdienststelle der Niederlande. 1949 zog es ihn offenbar aus privaten Gründen in die Welt hinaus und er fand die Möglichkeit beim International Tracing Service (ITS) der IRO tätig zu werden.¹³ Er wurde 1949 als »child search officer« eingestellt und sollte die Zusammenführung nicht-deutscher Kinder mit ihren Eltern unterstützen. Seine Arbeitsstätte befand sich zunächst in Marburg und seine Tätigkeit war in den nächsten Jahren geprägt durch die fortschreitende Reduzierung der UN-Flüchtlingspolitik im besetzten West-Deutschland. Schon im Mai 1950 wurde er kurzfristig nach Fulda versetzt und arbeitete dort bis zum Oktober 1950 als »tracing officer« und anschließend als »resettlement officer« bei der IRO in Frankfurt.

In diesen verschiedenen Funktionen musste er Rückführungen und Zusammenführungen von Displaced Persons organisieren. Tom Mutters trug die Verantwortung für zwölf Mitarbeiter und hatte diverse Beförderungen hinter sich; er hatte offensichtlich sehr erfolgreich gearbeitet, bevor auch diese Abteilung 1951 aufgelöst wurde, weil die Arbeit der IRO in Europa vollständig eingestellt und die meisten Mitarbeiter entlassen werden sollten.¹⁴ Aus dem Budget für die Liquidation der IRO wurden schließlich 10.000 Mark für eine Stelle am Philippshospital in Goddelau abgegeben, wo nach einem Abkommen zwischen der IRO und dem Land Hessen vom 13. September 1951 eine Sammelstelle für geistig behinderte nicht deutsche DP-Flüchtlingskinder geschaffen worden war, die aus den bereits genannten unterschiedlichen Gründen nicht bei ihren Familien sein konnten.¹⁵ Dort arbeitete Mutters von März 1952 bis März 1958 als »Liaison Officer and Medical Social worker« in enger Abstimmung mit dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen.¹⁶

Diese Tätigkeit hat ihn von Beginn an persönlich extrem beeindruckt. Spätestens ab 1954 versuchte er ein weiteres Heim für diese Kinder in Marburg zu schaffen, wo er seine Goddelauer Erfahrungen sowie neue pädagogische und medizinische Erkenntnisse über die Behandlung geistig behinderter Kinder anwenden wollte. Für dieses Vorhaben warb er unermüdlich um Geldspenden, traf aber auch auf erhebliche Widerstände.¹⁷

12 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Personalbogen der IRO. Ich danke Herrn Prof. Dr. Reinier Mutters für die Überlassung des Teil-Nachlasses seines Vaters an den Lehrstuhl für Hessische Landesgeschichte der Philipps-Universität Marburg (Prof. Dr. Sabine Mecking), wo die Unterlagen digitalisiert wurden.

13 Diese Stationen seiner Biographie wurden rekonstruiert anhand der Personalakte von Tom Mutters im Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV-Archiv), Kassel, P 18, Nr. 1000; Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters); sowie aus den Interviews in Markus Becker/Klaus Kaechler, Tom Mutters. Pionier – Helfer – Visionär, Münster 2016.

14 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Kündigungsschreiben an Tom Mutters zwecks Budgetkürzungen aufgrund der Liquidation der Displaced person Commission von Robert J. Corkery, Coordinator for Europe, 12.3.1952.

15 Vgl. ebd., Verwaltungsabkommen betreffend das Philippshospital für geistesschwache oder geisteskranken Kinder in Goddelau, Abschrift v. 18.11.1952.

16 Ebd., Bestätigungsschreiben des Hohen Kommissars für Flüchtlinge (Vertretung Deutschland), 13.6.1958.

17 Becker/Kaechler, Tom Mutters (Anm. 13), S. 66-71; Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Daniel Cederberg an Tom Mutters, 7.3.1958.

Im Jahr 1958 wurde Tom Mutters schließlich Initiator und Mitbegründer der »Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind«, einer wirkmächtigen Organisation für Menschen mit geistiger Behinderung, die einem breiten Publikum durch die Fernsehlotterie »Aktion Sorgenkind« vertraut wurde. Tom Mutters blieb der Lebenshilfe sein ganzes Leben lang treu, als Geschäftsführer und schließlich als Ehren-Vorsitzender. Die »Lebenshilfe« sorgte nach ihrer Gründung 1958 dafür, dass flächendeckende Angebote von Schulen für Kinder mit geistigen Behinderungen vergrößert und dass Werkstätten für angepasste Arbeit zur Berufsausbildung geschaffen wurden. Das führte unter anderem dazu, dass Kinder mit geistigen Behinderungen leichter bei ihren Familien untergebracht werden konnten und nicht mehr hospitalisiert werden mussten. Die Lebenshilfe gilt bis heute als der wichtigste Selbsthilfe- und Interessenverband für geistig behinderte Menschen.¹⁸ Einen lesenswerten Überblick zur Biographie von Tom Mutters bietet das Buch der Journalisten Markus Becker und Klaus Kaechler, das für ein breiteres Publikum geschrieben wurde.¹⁹ Neben einer spannenden Einstiegslektüre bietet es auch unschätzbare historische Quellen, wie etwa die hier ausgiebig zu zitierenden Interviews, welche die beiden Autoren mit Tom Mutters und seiner Frau Ursula noch zu ihren Lebzeiten geführt haben.²⁰

Im Folgenden geht es konkret um die Arbeit von Tom Mutters in Goddelau und um seinen Weg bis zur Gründung der Lebenshilfe in Marburg, eine weniger bekannte Lebensphase. Dafür sind Patientenakten aus Goddelau sowie die entsprechenden Kinderakten des Kindersuchdienstes aus den Arolsen Archives eingesehen worden. Die Namen der Kinder sind aus Datenschutzgründen anonymisiert worden.²¹

IV. Die Kinder von Goddelau

Zu Beginn der 1950er Jahre sollten die Arbeiten der IRO in Deutschland abgeschlossen werden und die DP-Camps wurden nach und nach geschlossen – bis auf das Lager Föhrenwald, das noch bis 1956 existierte. Die Arbeit der IRO wurde schließlich im Frühjahr 1951 »liquidiert«, ihre verbliebenen Aufgabengebiete in den International Social Service (ISS) überführt. Viele Kinder aus den Lagern waren versorgt, mögliche Familienzusammenkünfte und »resettlements« organisiert worden. »Übrig geblieben« waren bis zu 80 geistig behinderte Kinder im Philipppshospital in Goddelau und vermutlich noch weitere Kinder, die in anderen psychiatrischen Kliniken untergebracht waren.²² Bei ihnen

18 Stoll, Anerkennung (Anm. 11), S. 205-207.

19 Becker/Kaechler, Tom Mutters (Anm. 13), S. 174.

20 Klaus Kaechler, telefonische Auskunft v. 29.3.2021.

21 Bezüglich der Anonymisierung der Namen bestehen in der DP-Forschung und in der Psychiatrieforschung unterschiedliche Standards, geht es der DP-Forschung darum, dass »jeder Name zählt«, spielt in der Psychiatrie der Datenschutz eine entscheidende Rolle. Da im Beitrag Patientenakten aus Goddelau verwendet wurden, müssen die Namen aller ehemaligen Patient*innen anonymisiert werden.

22 Die Kriegs- und Nachkriegserfahrungen dieser Kinder zu rekonstruieren und ihre Unterbringung zu erforschen, soll das Ziel eines kommenden Forschungsprojektes sein.

bestand ein langfristiges Versorgungsproblem, denn sie waren für ihr ganzes Leben auf Hilfe angewiesen.

In ihrer Verfolgungs-, Kriegs- und Fluchterfahrung sowie in ihrer Unterbringung nach dem Krieg liegt der eigentliche »Skandal«. Deswegen sollen ihre Lebenslagen an dieser Stelle einmal eingehender dargelegt werden, denn es ist kaum etwas bekannt über die Geschichte der geistig behinderten Displaced Children. Eine geistige Behinderung betraf seinerzeit nach Angaben von Tom Mutters selbst mindestens drei Prozent aller Kinder,²³ darunter fielen womöglich auch schwer kriegstraumatisierte Kinder, die nach damaligem Kenntnisstand häufig als langfristig »schwachsinnig« oder »psychopathisch« diagnostiziert wurden.²⁴

Durch die Patientenakten aus Goddelau und die Akten des Kindersuchdienstes aus den Arolsen Archives können über biographische Skizzen die Kriegs- und Nachkriegserfahrungen dieser Kinder rekonstruiert werden, wie im Falle der drei Geschwister der Familie K. Ihre Eltern waren polnische Juden, die in München lebten. Die drei Söhne der Familie waren alle nach dem Krieg auf die Welt gekommen, dieser Kinderreichtum war keinesfalls unüblich, gerade in jüdischen DP-Lagern wurden sehr viele Kinder geboren – eine Tatsache, die viele aufgrund des schlechten Gesundheitszustands der Holocaust-Überlebenden erstaunte.²⁵ Aber nicht bei allen Familien verliefen Schwangerschaften und Geburten komplikationslos. So ging es auch der Familie K.: Die Eltern waren zunächst im Ghetto Lodz interniert worden, ab 1941 war der Vater dann in verschiedene Konzentrationslager verschleppt worden, die Mutter blieb noch bis 1944 im Ghetto und wurde dann nach Auschwitz deportiert. Schließlich kam sie in das »KZ Stutthof«, von wo aus sie von der Schutzstaffel der NSDAP (SS) entweder auf Todesmärschen oder auf viel zu leichten Schiffen, die den Bombenangriffen der Alliierten ausgesetzt waren, nach Neustadt in Holstein gebracht wurde,²⁶ wo sie schließlich von den britischen Truppen befreit wurde.²⁷ Die Mutter traf ihren Ehemann in Wolfratshausen im Mai 1945 wieder, ein Wiedersehen, das mehr als unwahrscheinlich gewesen war. Ein Jahr später kam Sohn N. auf die Welt, eine schwere Geburt und das Kind blieb schwer geistig behindert. Als die zweite Schwangerschaft begann, musste N. in klinische Pflege gegeben werden, da die Mutter laut Akte nicht mehr in der Lage war, die schwere Versorgungsarbeit durchzuführen. Die Eltern wünschten, dass er in eine Klinik in München-Haar käme, doch er wurde von der IRO nach Goddelau gebracht. Für die Eltern war es nun unmöglich, ihren Sohn regelmäßig zu sehen. In der Patientenakte wird jedoch erwähnt, dass die Eltern an dem Kind hingen und es gern in ihrer Nähe gehabt hätten. Das galt für viele Familien, die mit Hilfe und Unterstützung auch

23 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Vortrag in England im September 1957.

24 Fehleemann/Sparing, *Gestörte Kindheiten* (Anm. 11), S. 93-121.

25 Königseder/Wetzel, *Frauen* (Anm. 8).

26 In der Patientenakte wird nur vermerkt, dass die Mutter von Stutthof nach Neustadt kam. Aus der Forschungsliteratur wissen wir, dass dieser Transport entweder über martialische Todesmärsche mit wenigen Überlebenden oder in ungeeigneten leichten Schiffen, die den Bombenangriffen der Alliierten ausgesetzt waren, organisiert wurde. Vgl. Janina Grabowska, K.L. Stutthof. Ein historischer Abriss, Bremen 1990.

27 LWV-Archiv, Kassel, K 18, Nr. 17, Patientenakte N.K.

in den DP-Lagern ihre behinderten Kinder selbst versorgen wollten, jedoch wurde das hohe Lied der Familienrekonstruktion nicht für diese Kinder gesungen. Ganz im Gegenteil, bei Eltern, die sich nicht entschließen konnten, ihre geistig behinderten Kinder in die Fürsorge der IRO zu geben, wurde angegeben, dass die entsprechenden »Social Worker« noch einige Zeit mit diesen Eltern arbeiten müssten, um sie umzustimmen.²⁸ Aus heutiger Perspektive befanden sich vor allem die Mütter offenbar nicht selten in einem posttraumatischen Zustand und waren gesundheitlich erheblich belastet. Zudem war es damals unüblich, dass geistig behinderte Kinder bei ihren Eltern lebten. Auch für deutsche Familien war eine Trennung normal, die Kinder lebten oft in Anstalten, die mehrere hundert Kilometer von ihrem Elternhaus entfernt lagen.

Insbesondere nach 1951 lag aber auf diesen DP-Familien ein besonderer Druck, ihre Kinder abzugeben, da die Schließung der DP-Lager in Deutschland geplant war und die jeweiligen Familien nun endgültig entscheiden mussten, wo sie ihren zukünftigen Lebensmittelpunkt suchen wollten.²⁹ Damit kam bei vielen der in den DP-Lagern lebenden Familien nun die bereits erwähnte Emigrationsproblematik zum Tragen. Sie wollten und mussten aus Deutschland bzw. aus Europa emigrieren und konnten ihr Kind nicht in die USA, Australien, Kanada oder auch nach Venezuela mitnehmen.³⁰ Sie mussten allerdings bei der Überlassung des Kindes in die Fürsorge des IRO und später des internationalen Sozialdienstes versichern, dass sie die Kosten für Unterbringung und Behandlung übernehmen würden, sobald sie im neuen Land dazu in der Lage wären. Die ganz individuellen Familiendramen, die sich bei solchen Entscheidungsalternativen abspielten, sind kaum vorstellbar. In einer Akte findet sich die Schilderung eines Falles, bei dem die Mutter sich Tag und Nacht um ihre kranke Tochter sorgte und sogar überlegte, allein mit ihr in Deutschland zu bleiben und die restliche Familie in die USA auswandern zu lassen. Sie konnte sich nicht vorstellen, sich von dem Kind zu trennen. Wie die »Social Worker« der IRO es erreichten, dass dieses Mädchen nach Goddelau kam, wird aus der Akte nicht deutlich.³¹

Abb. 1: Liste der Kleidungsstücke, welche die Eltern ihrem Kind nach Goddelau in dem Wissen mitgaben, es voraussichtlich nicht wiederzusehen

3 pair of shoes, 3 vests, 1 waist, 4 pair's of stockings, 13 warm shirts, 8 pair of panties, 4 warm pair of panties, (overalls), 3 Pullover, 2 warm jackets, 3 warm combinations, 1 warm pair of panties, 1 coat, 1 warm cap, 2 hils, 4 upper-shirts, 11 baby-napkins, 2 warm blankets, 1 rubber sheet.

ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84309703

28 ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84557137; vgl. auch Balint, *Children Left Behind* (Anm. 4), S. 155.

29 Balint, *Children Left Behind* (Anm. 4), S. 160.

30 ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84309700. Die Eltern von V.K. emigrierten nach Venezuela, aber auch hier wurde die Mitnahme des spastisch gelähmten Kindes abgelehnt.

31 LWV-Archiv, Kassel, K 18, Nr. 6, Patientenakte V.B.

Für die oben beschriebene Familie K. war die Lage besonders schwierig, da auch ihre beiden nachfolgenden Söhne schwer geistig behindert zur Welt kamen. Möglicherweise war die Mutter durch ihre Aufenthalte im KZ gesundheitlich so geschädigt, dass sie keine gesunden Kinder mehr bekommen konnte. Die Familie K. plante ihre Auswanderung in die USA seit dem Sommer 1950, bekam aber keine Visa für ihre Kinder. Die Familie zögerte ihre Ausreise hinaus, in den Akten der IRO wird deutlich betont, dass die Eltern an ihren Kindern hingen. Doch fünf Jahre nach Kriegsende blieb ihnen nur die Wahl, im Land der Verfolger zu bleiben, um bei ihren Kindern zu sein, oder aber die Emigration durchzuführen und ihre Kinder zunächst in Deutschland zu belassen, in der Hoffnung, dass sich die Visumpolitik der Vereinigten Staaten eines Tages ändern würde. Der älteste Sohn verstarb schließlich im Jahr 1956 in Goddelau.³² Die Eltern befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch immer in München und hatten ihre Emigrationspläne bislang nicht verwirklichen können. Das war keineswegs selten, viele Eltern klammerten sich an die Hoffnung, ihre Kinder möglicherweise doch noch bei einer Emigration mitnehmen zu können und schoben die Abreise vor sich her. In manchen Fällen wurden letztlich auch die Eltern von den Zielstaaten abgelehnt, weil sie ebenfalls als krank eingeschätzt wurden, wenn sie Kinder mit geistigen Behinderungen geboren hatten.³³

Abb. 2: Ausschnitt aus der Patientenakte N.K.

History: Parents married in Poland. Address prior to displacement - Dzwonowska, Poland, No. 42. After occupation by Germans in Ghetto in Lodz. 1941 father deported. Worked in different KZ camps. Mother in the Ghetto till 1944, 1944 to Auschwitz. Later on in Reglerungslager Stutthof. On 3 May 1945 deliberated by British troops in Houtstedt (Holst.) Met her husband in May 1945. In November 1945 they moved to Wolfershausen, where the father's sister was living. On January 11, 1946, to Marbach. Since that time living privately here without interruption.

They would like to have their child placed in Haar, as it would be easier to visit it there. The mother is pregnant (2 months). That is why she must place the sick child somewhere.

Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel, K 18, Nr. 17

Ein ähnliches Schicksal erfuhr auch R.K. Die Eltern kamen aus Hammelburg, waren vermutlich ehemalige litauische Zwangsarbeiter aus dem Stammlager Hammelburg.³⁴ Im Jahr 1950 lebten sie immer noch in einem DP-Lager in Hanau und planten, in die USA auszureisen, um ein neues Leben zu beginnen. Ihren schwer behinderten Sohn durften sie nicht mitnehmen. Um ein Visum für die USA zu bekommen, mussten sie schriftlich einwilligen, dass sie das Kind ganz in die Obhut des IRO übergeben würden. Das Kind wurde schließlich 1950 nach Goddelau gebracht und kam unter die Vor-

32 LWV-Archiv, Kassel, K 18, Nr. 17, Patientenakte N.K.

33 Balint, Children Left Behind (Anm. 4), S. 152-160.

34 Das Stammlager XIII in Hammelburg diente als Kriegsgefangenenlager. Vgl. dazu Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Erfordernissen, Göttingen 2011.

mundschaft des Landrats in Groß-Gerau.³⁵ Diese amtlichen Vormundschaften durch das Landratsamt waren eine Option für die Obhut der Kinder, eine andere Variante bestand darin, Kinder nach Belgien in ein Programm der Caritas zu senden, wo sie langfristig versorgt werden sollten.³⁶

Ein weiterer Patient (K.S.), war vermutlich ein Opfer der deutschen Zwangsgermanisierung in Polen. In den letzten Kriegsjahren waren vermeintlich »arisierungsfähige« Kinder von polnischen Zwangsarbeiterinnen weggenommen und an deutsche Eltern zur Adoption weitergeleitet worden, verantwortlich dafür war häufig die NS-Organisation »Lebensborn e.V.«³⁷ K.'s deutsche Pflegeeltern bemerkten aber nach einiger Zeit, dass er geistig behindert war, versuchten bei verschiedenen Ärzten vergeblich »ihn normal zu machen«³⁸ und ließen ihn schließlich in Goddelau zurück. So wurde auch er zu einem verlassenen Kind, das möglicherweise noch lebende Eltern in Polen hatte, die nicht mehr ausfindig gemacht werden konnten.

Zahlreiche Fallbeschreibungen lassen die dramatischen Lebenslagen der betroffenen Mütter nur erahnen, wie etwa die journalistisch ausgeschmückte biographische Beschreibung im Falle von S.N. im Jahr 1954:

»[...] ein kleiner Bube mit einem Pullover, blauer Hose bis auf die Waden. Keiner würde sagen, dass er schwachsinnig wäre. In einem Lager wurde er geboren, Kind einer unverheirateten, polnischen Frau, die ihr erstes Kind bekam als sie 16 Jahre alt war. Als die Mutter von S[.] im Begriff war, nach Australien auszuwandern, wurde sie abgelehnt, da sie schwanger war.«³⁹

Weiter vermutet der Autor des Artikels:

»Sie haßt den kleinen S[.]. Darum und weil er seinem Vater ähnelt, der sie im Stich ließ. Sie will nichts mehr von ihm wissen und für S[.] ist Tom Mutters alles: Vater, Freund, Vormund, Schutzengel.«

Bei der Durchsicht der Kinderakte von S.N. wird allerdings deutlich, dass in dem entsprechenden Zeitungsartikel doch einiges durch Klischees »glattgebügelt« wurde. Die Mutter wurde mit 16 Jahren in Polen zum ersten Mal schwanger, ihre Eltern waren von den Deutschen erschossen worden, der polnische Kindsvater wurde ebenfalls getötet. Das Kind starb mit einem Jahr an der Grippe, die Mutter wurde als Zwangsarbeiterin

35 ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84338124. Dort findet sich die Liste der unter dieser Vormundschaft stehenden Kinder, wie etwa bei V.K., vgl. ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84309710. In einem Fall fungierte auch Tom Mutters selbst als gesetzlicher Vormund, vgl. LWV-Archiv, Kassel, K 18, Nr. 6, Patientenakte V.B.

36 Siehe exemplarisch ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84557128, I. V.; ferner Balint, *Children Left Behind* (Anm. 4), S. 159.

37 Reiner Engelmann, »Alodia, du bist jetzt Alice!« Kinderraub und Zwangsadoption im Nationalsozialismus, Bonn 2020.

38 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Übersetzung eines Artikels über die Kinderabteilung des Philipphospitals in der niederländischen Zeitung *Het Vrije Volk* v. September 1954.

39 Ebd. Dort auch das folgende Zitat.

nach Arzberg in Deutschland verbracht und musste in der dortigen Porzellanfabrik arbeiten. Nach der Befreiung in verschiedenen DP-Lagern untergebracht, versuchte sie zunächst in die USA auszuwandern, was aber wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes abgelehnt wurde. Ihr nächster Versuch der Emigration nach Australien 1950 scheiterte an ihrer zweiten Schwangerschaft. Sie hatte offensichtlich überlegt, für ihre Auswanderung die Schwangerschaft abzubrechen, war aber nach eigenem Bekunden »zu ehrlich« dafür.⁴⁰ Selbst erkrankt und vermutlich traumatisiert, konnte sie zu dem pflegebedürftigen Kind keine tiefe Beziehung entwickeln. Offensichtlich fühlte sie sich nicht in der Lage für das kranke Kind allein zu sorgen. Das Kind wurde zunächst in der Heckscher Klinik in München aufgenommen, kam schließlich ins DP-Kinderlager in Bad Aibling.⁴¹ Die Mutter wünschte weiterhin, nach Australien auszuwandern, wohin sie ihren Sohn nicht mitnehmen durfte. Im späteren Verlauf wird allerdings deutlich, dass die Emigration auch dann nicht durchgeführt werden konnte, als sie das Kind abgegeben hatte. 1954 befand sich die Mutter immer noch in Bayern.⁴²

Diese Kinder stellen also in mehrfacher Hinsicht Kriegs- und Verfolgungsoffer dar. Sie waren geboren worden von Verfolgten des NS-Regimes oder stellten selbst Opfer von antisemitischen Ausschreitungen dar, die nach dem Krieg in einigen osteuropäischen Ländern stattfanden.⁴³ Es ist unklar, ob ihre zum Teil schweren Behinderungen durch die Umstände der politischen oder rassischen Verfolgung der Mütter oder durch schwierige Lebenslagen zur Zeit der Geburt bedingt waren, es ist aber wahrscheinlich, dass das doch bei vielen Kindern der Fall war.

Die »Abteilung für geistesschwache und geistesgestörte Kinder von nichtdeutschen Flüchtlingen am Philipppshospital in Goddelau« diente als Auffangbecken für diese Minderjährigen. Tom Mutters wurde mit dem Liquidationsgeld der IRO in Goddelau eingestellt, um sich übergangsweise um die Kinderpatienten zu kümmern. Diese Tätigkeit als Fürsorger und Verbindungsoffizier wurde offenbar von der IRO als notwendig erachtet, um einer Vernachlässigung dieser Kinder entgegenzuwirken und eine gewisse Kontrollinstanz für eine Übergangsperiode dort zu installieren.⁴⁴ Manche der Kinder hatten nur leichte geistige Behinderungen, die meisten sehr schwere.

Häufig hatten die Kinder zu Beginn der 1950er Jahre keine Verwandten mehr in Deutschland und waren für ihr alltägliches Leben ausschließlich dem guten Willen des Klinikpersonals ausgeliefert. Sie waren auf Menschen angewiesen, die Empathie empfinden konnten. In Goddelau fanden sie dieses Einfühlungsvermögen offensichtlich nicht. Hier stellten sie die Kinder ehemaliger Feinde dar und wären einige Jahre früher noch als sogenannte »geistig Minderwertige« einer tödlichen Gefahr ausgesetzt gewesen. Aus anderen Kliniken ist bekannt, dass das knappe medizinische Personal nach 1945 nur in wenigen Fällen ausgetauscht wurde. Selbst Klinikleiter, die ganz offensichtlich in Euthanasieaktionen eingebunden waren, wurden nach dem Ende der

40 ITS Digital Archive, Arolsen Archives 6.3.2.1/84409840.

41 ITS Digital Archive, Arolsen Archives 6.3.2.1/84409855.

42 ITS Digital Archive, Arolsen Archives 3.3.2.3/81891356.

43 Vgl. dazu auch Grossmann, Wege (Anm. 8).

44 LWV-Archiv, Kassel, P 18, Nr. 1000, Schreiben von Frau Dr. Mende aus München, 30.4.1952.

NS-Herrschaft nur selten länger als wenige Monate vom Dienst suspendiert.⁴⁵ Die Kinderpatienten von Goddelau waren vielfach jüdischer Herkunft und geistig behindert, oftmals auch sehr schwer, sie entsprachen damit in doppelter Weise den Personengruppen, die zuvor jahrelang als »minderwertig« eingeordnet worden waren. Das Klinikpersonal hatte also auf zweifache Weise jahrelang gelernt, diese Kinder sowohl als »rassisch minderwertig« als auch als »erbkrank« zu stigmatisieren. Diese erlernte Verachtung gepaart mit den ökonomischen Beschränkungen der unmittelbaren Nachkriegsverhältnisse brachte offenbar eine grauenhafte Vernachlässigung der Kinder mit sich, die bis in die 1950er Jahre anhielt. In dieser Situation nahm sich nun Tom Mutters dieser Kinder an.

In den Interviews, die die Journalisten Klaus Kaechler und Markus Becker mit Tom Mutters zu seinen Lebzeiten führten, ist eine eindrückliche Beschreibung seines ersten Eindrucks in Goddelau zu finden: »Die Situation war menschenverachtend. Sie lagen da in stinkenden Holzbetten. Ich hatte vorher nie mit solchen Kindern zu tun gehabt.« Der stellvertretende Anstaltsdirektor belehrte ihn: »[...] lassen Sie sich von einem erfahrenen Arzt sagen, dass auch Sie als Pädagoge aus diesen Idioten keine Professoren machen können. Überlassen Sie die Sorge für diese Kinder uns und machen Sie sich mit ihrer Familie eine schöne Zeit.«⁴⁶ Auch in einem niederländischen Zeitungsartikel aus dem Jahr 1954 wurde diese Verwahrlosung beschrieben. »Als er in Goddelau ankam, fand er hundert so gut als nackte, idiote, imbezile und debile Geschöpfe in 2 stinkenden Lokalen, voller Exkreme. Er ekelte sich, wollte zurückkehren, überlegte es sich.«⁴⁷ Sieben Jahre nach Kriegsende lebten diese »nichtdeutschen Flüchtlingskinder« offenbar noch immer unter unmenschlichen und skandalösen Bedingungen.

Tom Mutters blieb trotz großer Bedenken vor Ort und bemühte sich zunächst um ganz praktische Verbesserungen. Er sammelte Spenden im In- und Ausland für die ihm anvertrauten Kinder, er ließ einen trockenen Fußboden legen und solide Möbel schreinern:

»Seitdem hat Tom Mutters ununterbrochen gebettelt. [...] er bettelte Kleider zusammen und Geld um Räder unter die Bettchen machen zu lassen, sodaß hilflose, spastische (und idiote) Kinder in die Sonne gebracht werden könnten. Er bettelte Gardinen und Farbe zusammen, ließ Laufgestelle machen, Linoleum legen und Schränke machen.«⁴⁸

Eine besondere Attraktion war offenbar ein Ponywagen, mit welchem Mutters Ausflüge mit den Kindern organisierte. Damit wurde seine Arbeit auch öffentlich sichtbar. Darüber hinaus bemühte er sich um kleine symbolische Aktionen, wie etwa Sonder Spenden für Weihnachtsgeschenke.⁴⁹ Mithilfe von Offizieren der US-amerikanischen

45 Franz-Werner Kersting, *Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen*, Paderborn 1996; Fehlemann/Sparing, *Gestörte Kindheiten* (Anm. 11), S. 104f.

46 Becker/Kaechler, *Tom Mutters* (Anm. 13), S. 41.

47 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Übersetzung eines Artikels über die Kinderabteilung des Philipphospitals in der niederländischen Zeitung *Het Vrije Volk* v. September 1954.

48 Ebd.

49 Ebd., Schreiben des Regierungspräsidenten in Darmstadt an Tom Mutters, 15.12.1952.

Abb. 3: Tom Mutters und die Kinder beim Ausflug mit dem Ponywagen, Goddelau in den 1950er Jahren



Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg

Streitkräfte in Hessen gelang es ihm außerdem, dass ein Spielplatz im Hof des Klinikbaus gebaut werden konnte. Laut einer Tätigkeitsbeurteilung kümmerte er sich vor allem um jene Kinder, die laut Akte noch »bildungsfähig« waren. In den folgenden Jahren entwickelte sich die trostlose Klinikabteilung in Goddelau zu einem Ausgangspunkt der Veränderung: Neben den materiellen Verbesserungen schuf Mutters offenbar ein Klima von Freundlichkeit und Zuwendung, in dem die Kinder sich weitaus besser entwickelten und eine Lernfähigkeit an den Tag legten, die das bisherige Klinikpersonal überraschte. Leicht verwundert bemerkte sein Vorgesetzter, dass Mutters in der Lage sei, eine »gewisse Glücksfähigkeit« dieser Kinder zu Tage zu fördern.⁵⁰

Für die IRO war die Klinik in Goddelau offenbar als Auffanglager für besonders schwere und langfristige Fälle gedacht.

»The children we saw were all idiots, mostly of high degree. All of them were incontinent, many could not walk, one or two were blind and few could speak. I myself feel that as these children are like animals, there is very little else that can be done for [...] idiot children whose only needs are to be kept clean and fed.«⁵¹

Mit diesen Worten beschrieb Amy Cohen, Ärztin und Beobachterin für das American Joint Distribution Committee, im Jahr 1954 ihre Eindrücke von Goddelau. Bei Tom Mutters sehen die Schilderungen dagegen ganz anders aus, denn er beschreibt Kinder, die durchaus »bildungsfähig« gewesen seien. Sein öffentlicher Erfolg resultierte schließlich

50 LWV-Archiv, Kassel, P 18, Nr. 1000, Arbeitsbericht und -zeugnis für den Landeswohlfahrtsverband Hessen, 4.12.1954.

51 UN Archives Geneva, G45-54/4/80/4/GB20, Report on a Visit St. Phillips Hospital Goddelau from Amy Cohen, 9.6.1954, zit.n. Balint, Children Left Behind (Anm. 4), S. 15.

auch aus den Lernfortschritten dieser Kinder. In seinem Arbeitszeugnis wird hervorgehoben, dass seine Freizeitgestaltung mit den Kindern auch das Pflegepersonal sehr entlastete und dieses deshalb sehr zufrieden mit der Arbeit von Tom Mutters sei.⁵² In einigen Fällen gelang es ihm trotz erheblicher Widerstände, den Kindern ein Zusammensein mit ihren Familien zu ermöglichen. Besonders erfolgreich zeigte sich seine Arbeit bei einem ukrainischen Mädchen, das mit seiner Hilfe sogar ein bisschen Englisch lernte. Gemeinsam reisten sie im Jahr 1957 nach langem Warten in die USA, wo es schließlich zu einer Familienzusammenführung kam.⁵³

Seine praktische und einfühlsame Arbeit erfüllt Kriterien, die mit der Kulturwissenschaftlerin Monique Scheer als kommunikative und mobilisierende emotionale Praktiken beschrieben werden können.⁵⁴ Der sichtbare respektvolle und ressourcenorientierte Umgang mit den Kindern kommunizierte auch an das Pflegepersonal Empathie und Fürsorge und wirkte mobilisierend im Hinblick auf eine neue und aufgeschlosseneren Behandlung und Betrachtung der Kinder. Durch die Spenden, die vor allem aus Schweden und über die US-Besatzungseinheiten eintrafen, konnte Mutters nicht nur in der Klinik selbst die Perspektiven der Kinder verbessern, sondern auch in einer interessierten Öffentlichkeit die Lebens- und Unterbringungsbedingungen kritisch ins Bewusstsein rufen. Dies war allerdings nur möglich, weil andere Entwicklungen parallel stattfanden. So öffnete sich nicht nur die deutsche Psychiatrie langsam gegenüber einem europäischen und westlichen Weg, sondern es formierten sich auch neue soziale Bewegungen.

V. Von Goddelau nach Marburg: Der Weg zur Gründung der Lebenshilfe

Die 1950er Jahre sind immer noch ein nur spärlich beleuchtetes Gebiet in der deutschen Psychiatriegeschichte. Wir wissen nur wenig über die verdeckten Transformationen, die dazu führten, dass in den 1960er und 1970er Jahren Reformen und neue Wege möglich waren. In den noch überschaubaren Arbeiten zur Erwachsenenpsychiatrie nach 1945 galt die unmittelbare Nachkriegszeit zunächst als »Zeit der Stille«, eine bleierne Phase fehlender Reformen und Therapien, in der bestenfalls eine Mangelverwaltung stattfand, also der Umgang mit Hunger und Kälte dominierte.⁵⁵ Erst die 1960er Jahre wurden als Vorbereitungsphase einer umfassenden Psychiatriereform gesehen. Doch

52 LWV-Archiv, Kassel, P 18, Nr. 1000, Arbeitsbericht und -zeugnis für den Landeswohlfahrtsverband Hessen, 4.12.1954.

53 Becker/Kaechler, Tom Mutters (Anm. 13), S. 50-53. Vgl. auch ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84497849-84497855.

54 Scheer, Emotions (Anm. 7), S. 193-220.

55 Max Gawlich, Tagungsbericht: Psychiatry in Europe after World War II, Heidelberg 30.-31.10.2015, in: H-Soz-Kult, 13.2.2016, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6393> (2.4.2021); Svenja Goltermann, Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg, München 2009; Stefanie Coché, Psychiatrie und Gesellschaft: Psychiatrische Einweisungspraxis im »Dritten Reich«, in der DDR und der Bundesrepublik 1941-1963, Göttingen 2017.

jüngere Arbeiten lassen die Jahre von 1945 bis 1960 als eine spannungsreiche Transformationsphase hervortreten, in der Beharrungstendenzen und entschiedene Erneuerungsbestrebungen bereits in einem permanenten Widerstreit lagen.⁵⁶

Gerade der Blick auf die Tätigkeit von Tom Mutters in Goddelau und Marburg macht einmal mehr deutlich, wie sehr die Nachkriegsjahre weniger als spezifisch deutsche Entwicklung, sondern vielmehr als europäische und westliche Verflechtungsgeschichte verstanden werden können. So zeigten sich massive inhaltliche Einflüsse auf die theoretischen Grundlagen der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie, die in einem doppelten Sinne aus benachbarten Gebieten kamen: Zum einen aus dem europäischen Ausland, aber auch aus den Fachgebieten Pädagogik und Psychologie. Dabei war vor allem die Frage nach den Ursachen der psychiatrischen Erkrankungen von Bedeutung. Welche Faktoren waren entscheidend für den Verlauf der Erkrankung, genetische oder umwelt- bzw. milieubezogene?

In den Jahren zwischen 1945 und 1958 zeigte sich ein Wechselspiel zwischen der deutlichen Kritik an dem Ansatz der somatischen bzw. erblichen Disposition für eine geistige Behinderung und psychischen Erkrankungen und der ebenso deutlichen Kritik daran. Einerseits gab es Unbelehrbare, wie den Bonner Oberarzt Herrmann Schmitz, der Kinder in der Rheinischen Landeslinik für Jugendpsychiatrie in Bonn begutachtete und im Jahr 1956 betonte, dass man allen Grund habe,

»uns der Tatsache zu erinnern, daß die Ergebnisse der Erbllichkeitsforschung auch für den Menschen nichts an ihrer Gültigkeit eingebüßt haben. Dabei kann die Umwelt nur dort als Reiz wirken, wo in der Anlage ein bestimmter Angriffspunkt bereit liegt.«⁵⁷

Andererseits kamen vor allem aus den benachbarten Disziplinen der Pädagogik und der Psychologie milieuorientierte Ansätze.⁵⁸ Ähnliche Einflüsse kamen aus ganz Europa, unter anderem aus London: Neben den psychoanalytischen Arbeiten von Anna

56 Steffen Dörre, *Konservative Reform vor der Reform? Die Umgestaltung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen unter Ausblendung der »Euthanasie«-Vergangenheit*, in: Westfälische Forschungen 70 (2020), S. 79-102; Viola Balz/Lisa Malich (Hg.), *Psychologie und Kritik. Formen der Psychologisierung nach 1945*, Wiesbaden 2020. Vgl. auch Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen eugenischen Bewegung im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2014; Silke Fehlemann/Frank Sparing, *Wiederkehrende Gewalt. (Kriegs-)Kinder in den psychiatrischen Einrichtungen des Rheinlandes 1945-1954*, in: Stefan Grüner/Markus Raasch (Hg.), *Zucht und Ordnung. Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive*, Berlin 2019, S. 213-240.

57 Hermann Schmitz, *Abnorme Jugendliche. Vererbung, Krankheit, Fehlerziehung*, in: Werner Schöllgen/Hermann Döbelstein (Hg.), *Gegenwartsfragen der Psychiatrie: für Ärzte, Erzieher und Seelsorger*, Freiburg 1956, S. 191-209, hier S. 192. Vgl. zu dieser Frage allgemein Constantin Göschler/Till Kössler (Hg.), *Ungleichheit zwischen Biologie und Gesellschaft seit 1945. Einleitung*, in: Dies. (Hg.), *Vererbung oder Umwelt? Ungleichheit zwischen Natur und Gesellschaft seit 1945*, Göttingen 2016, S. 7-22.

58 Fehlemann/Sparing, *Gestörte Kindheiten* (Anm. 11), S. 113-118; Volker Roelcke, *Erbbiologie und Kriegserfahrung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der frühen Nachkriegszeit: Kontinuitäten und Kontexte bei Hermann Stutte*, in: Heiner Fangerau/Sascha Topp/Klaus Schepker (Hg.), *Kinder und Jugendpsychiatrie im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Zur Geschichte ihrer Konsolidierung*, Berlin 2017, S. 447-464.

Freud mit kriegsgeschädigten Kindern, wirkte auch die Entwicklung der Bindungstheorie durch den Kinderpsychiater John Bowlby in diese Richtung.⁵⁹ Und die Untersuchung des Schweizer Reformpädagogen Adolphe Ferrière über die Kinder als Hauptkriegsopfer von 1948 wurde noch im selben Jahr ins Deutsche übersetzt.⁶⁰ Ebenso betonten Forschungen niederländischer Kinderärzte die potentiell fatalen Auswirkungen von Kriegserfahrungen auf die kindliche Psyche.⁶¹ Insgesamt waren von 1947 bis 1955 also international zahlreiche Stimmen vernehmbar, welche die Thesen von angeborenen Charakterschäden, aber auch die vermeintlich eindeutigen Symptome der »Psychopathie« und des »Schwachsinn« zunehmend infrage stellten. Tom Mutters gehörte als Niederländer und als ausgebildeter Pädagoge zu dieser fortschrittlicheren Richtung. Er machte immer wieder deutlich, wie wichtig die Umgebung für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder sei.⁶²

Doch ein großer Teil der führenden Kinder- und Jugendpsychiater in Westdeutschland beharrte noch bis Mitte der 1950er Jahre darauf, dass Kinder vor allem dann auf Belastungen verstört reagieren würden, wenn sie intelligenzgemindert seien oder irreparable Hirn- und Charakterschädigungen vorlägen, und dass bei Kindern mit schweren geistigen Behinderungen kaum Weiterentwicklungen zu erreichen seien. Dabei ging es auch um die Sicherung von Tätigkeitsfeldern. Die Kinder- und Jugendpsychiater wollten ihren Zuständigkeitsbereich gegenüber der wachsenden Zahl von Heilpädagogen und Psychologen einerseits und gegen die Kinderärzte andererseits abstecken, insofern verwiesen sie auf neurologische und psychiatrische Ursachen der Krankheiten.⁶³ Das Arkanum der Kinder- und Jugendpsychiatrie zeigte vor allem auf der Ebene der diagnostischen Praktiken noch starke Beharrungskräfte. Jedoch nahmen die Psychiater die gegenläufigen Forschungen durchaus wahr und reagierten in eigenen Publikationen alarmiert auf die außerdisziplinäre und internationale Kritik. Letztlich waren sie sich darüber im Klaren, dass sie einen Anschluss an die westliche Forschung finden müssten.⁶⁴

Auch in der deutschen Bevölkerung veränderte sich die Perspektive langsam. Durch die immer noch vorherrschende Dominanz der Degenerationsthese, betrachteten viele

59 Vgl. dazu Claudia Moisel, *Geschichte und Psychoanalyse. Zur Genese der Bindungstheorie von John Bowlby 1907-1990*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 51-74; Helga Watson (Red.), *Die Schriften der Anna Freud, Bd. 2: 1939-1945. Kriegskinder. Berichte aus den Kriegskinderheimen »Hampstead Nurseries« 1941 und 1942*. In Zusammenarbeit mit Dorothy Burlingham, München 1980.

60 Adolphe Ferrière, *Unsere Kinder, die Hauptkriegsopfer. Eine seelen- und seelenheilkundliche und erzieherische Studie*, übersetzt von Gudula Kall, Paderborn 1949. Das französische Original erschien bereits 1945: Ders., *Maisons d'enfants de l'après-guerre*, Neuchâtel 1945. Vgl. ferner Seegers, *Vaterlosigkeit* (Anm. 6), S. 117-121.

61 Siehe exemplarisch Th. Hart de Ruyter, *Massenpsychologische und psychopathologische Erscheinungen bei Kindern und Jugendlichen während des Krieges und der Nachkriegszeit*, in: *Zeitschrift für Kinderpsychiatrie* 13 (1947), S. 205-220.

62 Becker/Kaechler, *Tom Mutters* (Anm. 13), S. 53.

63 Castell/Nedoschill/Rupps/Bussiek, *Kinder- und Jugendpsychiatrie* (Anm. 11), S. 102.

64 Ausführlicher dazu Fehlemann/Sparing, *Gestörte Kindheiten* (Anm. 11), S. 105-120; Roelcke, *Erbbiologie* (Anm. 58); Dörre, *Euthanasie* (Anm. 11), S. 191-216.

Eltern die Tatsache, ein geistig behindertes Kind geboren zu haben, als Makel und als eine beschämende Tatsache, die auf ihr eigenes vermeintlich schlechtes Erbgut zurückzuführen sei.⁶⁵ Im Verlauf der 1950er Jahre führte allerdings nicht zuletzt die wachsende Popularität der Bindungstheorie und die zunehmenden Kenntnisse über die NS-»Euthanasie« dazu, dass Eltern der staatlichen Behindertenpolitik misstrauischer gegenüber standen und die Lebensbedingungen ihrer Kinder in Kooperation mit Expert*innen mitgestalten wollten. Sowohl auf der medizinisch-fachlichen Ebene als auch bei den betroffenen Familien war somit eine gewisse Bereitschaft für eine Neugestaltung der Behindertenarbeit und -politik schon in den 1950er Jahren vorhanden, wenngleich diese Bewegung unter der Beteiligung von wissenschaftlichen Expert*innen und vom sozialen Hintergrund der Eltern her als bürgerlich-konservative Reformbewegung einzuordnen ist.⁶⁶

In praxeologischer Perspektive kann davon ausgegangen werden, dass Tom Mutters bei seiner Tätigkeit in Goddelau diese moderneren Perspektiven umsetzen konnte. Er erkannte offenbar die Bildungsfähigkeit und das Bindungsbedürfnis vieler Kinder und konnte mit ihrer Weiterentwicklung auch öffentlich sichtbare Erfolge erzielen. Tom Mutters eigener Blick öffnete sich im Zeitraum von wenigen Jahren noch weiter. Sprach er selbst im Jahr 1954 noch davon, jene Kinder »herauszuangeln«, die etwas lernen könnten, hat er im Jahr 1957 seine Perspektive noch einmal erweitert. Nun erklärte er seinen ressourcenorientierten Ansatz als maßgeblich für alle »geistig-seelisch geschädigten Kinder«.⁶⁷

Von einem älteren Arzt in Goddelau war Mutters geraten worden, sich mit seinem Anliegen, ein spezielles Klinikheim für Kinder mit geistigen Behinderungen aus DP-Lagern zu etablieren, nach Marburg zu wenden, denn dort »interessieren sich einige Professoren für die Schwachsinnigen«.⁶⁸ Mutters nahm den Kontakt nach Mittelhessen auf, mit Erfolg: Die Marburger Kinder- und Jugendpsychiater Werner Villinger und Herrmann Stutte erklärten sich dazu bereit, das Projekt zu unterstützen – allerdings verfolgten sie dabei andere Motive. Beide hatten auf unterschiedliche Weise bei den Krankenmorden im NS-Regime mitgewirkt, ohne dass ihre Beteiligung zu diesem Zeitpunkt schon öffentlich skandalisiert worden war.⁶⁹ Als ehrgeizige Vertreter der noch jungen Fachdisziplin der Kinder- und Jugendpsychiatrie hatten sie auf diversen Auslandsreisen verstanden, dass sich die deutschen Kinder- und Jugendpsychiater bemühen mussten, international wieder Anschluss zu finden und einen neuen Blick auf »behinderte« Kinder zu finden und die Fachdisziplin zu modernisieren.⁷⁰

65 Stoll, Anerkennung (Anm. 11), S. 136-140.

66 Dörre, Reform (Anm. 56), S. 80-86; Stoll, Anerkennung (Anm. 11), S. 133-138.

67 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Manuskript für eine Rede in Schweden.

68 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.11.1998, S. 14.

69 Zu Villinger und dessen ambivalenter Haltung im Nationalsozialismus vgl. neuerdings Dörre, Euthanasie (Anm. 11), S. 74-79.

70 Roelcke, Erbbiologie (Anm. 58), S. 447-464, macht deutlich, wie die beiden Protagonisten der Kinder- und Jugendpsychiatrie sich um eine demonstrative Westernisierung und Modernisierung ihrer Ansichten in den 1950er Jahren bemühten, sie dabei aber grundsätzlich dem Erblichkeitsparadigma verbunden blieben.

Die Spendenbriefe, die Mutters daraufhin an verschiedene Organisationen versendete, gingen vorrangig ins Ausland. Insbesondere aus Schweden erhielt er viel Unterstützung.⁷¹ Die Errichtung des Kerstin-Heims in Marburg, die schließlich 1962 realisiert werden konnte, war für ihn jedoch mit derart vielen Widerständen vor Ort, Rückschlägen sowie persönlichen Verletzungen verbunden, dass er sich schon ab 1958 viel stärker der Gründung der »Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind« widmete.⁷²

Wie beschrieben verfügten die Kinder in Goddelau kaum noch über familiäre Bindungen. Offenbar hat diese Tatsache und die daraus folgende massive Vernachlässigung der Kinder Tom Mutters enorm beschäftigt. Die Arbeit mit den elternlosen Kindern, die in ihm eine Art Vaterfigur sahen, sowie ihre Bindungsbedürfnisse und Kompetenzen richteten seine Aufmerksamkeit auf die Rolle und die Potentiale der Eltern. Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant, dass sich der Ansatz der »Lebenshilfe« an der Familiengemeinschaft und am Selbsthilfeprinzip der Eltern orientierte. Angesichts dieser Vorgeschichte und der Vorarbeit von Tom Mutters, der sich vor allem um eine enge Zusammenarbeit mit der Marburger Universitätspsychiatrie und um die Mitarbeit der betroffenen Eltern kümmerte, ist der Gründungsort Marburg wohl alles andere als ein Zufall. In den Jahren zwischen 1954 und 1958 entwickelte Mutters bei Reisen nach England und nach Schweden und beim Blick in die Niederlande und in die USA weitere neue Perspektiven für die Arbeit mit den betroffenen Kindern. Insbesondere seine Englandreise im Jahr 1957 bestärkte ihn in der Ansicht, dass ein Einbezug der Eltern in die Fürsorge für Kinder mit geistigen Behinderungen wichtig sei. Mit der »British Society for the Mentally Handicapped Children« existierte in England bereits eine ähnliche Bewegung von Eltern, die für die spätere Lebenshilfe-Gründung beispielgebend wirkte.⁷³

Die Gründungsversammlung der »Bundesvereinigung der Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind« fand schließlich am 23. November 1958 in Marburg statt; sie wurde als bundesweiter Dachverband mit lokalen Ortsgruppen konzipiert.⁷⁴ Beteiligt waren vor allem Eltern, Expert*innen sowie lokale medizinische und kirchliche Honoratioren. Die Marburger Kinderpsychiater Herrmann Stutte und Werner Villingner hatten Mutters bei seinem Vorhaben sehr unterstützt. Mit diesem bürgerlichen Verein wurde ein ressourcenorientierter Blick auf Kinder praktisch umgesetzt, dennoch mussten die beteiligten Ärzte zu diesem Zeitpunkt das Dispositions- und Erblichkeitsparadigma nicht grundlegend infrage stellen. Für die Vertreter der Kinder- und Jugendpsychiatrie bot

71 Dies jedenfalls erzählte Mutters einem niederländischen Journalisten im Jahr 1954. Siehe dazu Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Übersetzung eines Artikels über die Kinderabteilung des Philippphospitals in der niederländischen Zeitung *Het Vrije Volk* v. September 1954.

72 Klaus Kaechler, telefonische Auskunft v. 29.3.2021. Vgl. auch Kerstin-Heim e.V. (Hg.), 50 Jahre Kerstin-Heim. Geschichte, Geschichten und Gedanken zum 50. Geburtstag, Marburg 2012, <https://www.kerstin-heim.de/files/kerstinheim/content/downloads/50_Jahre_Kerstin_Heim.pdf> (2.4.2021).

73 Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg (Teil-Nachlass Tom Mutters), Vortragsmanuskript für eine Rede vor der »British Society für the Mentally Handicapped Children« im September 1957.

74 Die konstituierende Sitzung wurde am 18. Januar 1959 ebenfalls in Marburg durchgeführt.

die »Lebenshilfe« insofern einen dritten »modernen« Weg zwischen Erblichkeitsthe-
se und Milieuorientierung.⁷⁵ In den folgenden Jahren begleitete Mutters hunderte von
lokalen Gründungen mit vorbereitenden Gesprächen, Ratschlägen und Einführungs-
vorträgen.⁷⁶

VI. Resümee: Empathie und Tatkraft

Die Biographie des Marburger Tom Mutters lässt sich auf verschiedene Weisen lesen. Wir können sie als Teil einer Geschichte der sozialen Bewegung von Menschen mit Behinderungen, als Teil der Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder der Reform der psychiatrischen und pädagogischen Versorgung verstehen. Wir können sie aber auch lesen als eine Geschichte der Empathie. In Deutschland war der Blick auf diese Kinder verstellt, durch die rassenhygienische Ausbildung der Ärzte und des Pflegepersonals, das an Krankentransporten und -tötungen beteiligt war. Die emotionale Abgestumpftheit dieser Nachkriegsjahre konnte Tom Mutters durchdringen, indem er mit dem fremden Blick von außen offenbar in der Lage war, Empathie zu empfinden und diese Empfindungen auch öffentlich wieder akzeptabel zu machen. Wenn seine Arbeit zunächst auch nur »nichtdeutschen Flüchtlingskindern« zugute kommen durfte, längerfristig setzte sich sein Verständnis von einer selbstverständlichen pädagogischen Förderung von Kindern mit erheblichen geistigen Behinderungen in Deutschland durch. Durch die »Lebenshilfe« konnte Mutters Schulen und beschützende Werkstätten nach jahrelanger Arbeit auch in Deutschland etablieren. Die Erfahrungen in Goddelau hatten auf ihn einen ganz maßgeblichen Einfluss. Die Erfahrung der massiven Vernachlässigung dieser Kinder ohne familiäre Bindung war einschneidend, weil Mutters in der Lage war, diese Verhältnisse überhaupt als Skandal wahrnehmen zu können. Dennoch verzichtete er auf eine spektakuläre öffentliche Skandalisierung der Verhältnisse in der Goddelauer Klinik, sondern suchte die Öffentlichkeit, indem er von seiner Arbeit und von den betroffenen Kindern berichtete. Auf diese Weise veränderte er vor Ort in kleinen Schritten die Lebenswelten dieser Kinder und verlor das große Vorhaben einer umfassenden Reform nicht aus dem Blick. Revolutionäre Zäsuren oder bahnbrechende Veränderungen waren mit einem solchen Ansatz kaum erreichbar, in längerfristiger historischer Perspektive trug er mit der Gründung der Lebenshilfe jedoch zu einer nachhaltigen und strukturellen Veränderung der deutschen Behindertenpolitik bei.

75 Fehleemann/Sparing, *Gestörte Kindheiten* (Anm. 11), S. 105-120; Roelcke, *Erbbiologie* (Anm. 58), S. 447-464.

76 Becker/Kächler, *Tom Mutters* (Anm. 13), S. 80-90; sowie Klaus Kächler, telefonische Auskunft v. 29.3.2021.

Wie kam Abendroth in die Alte Jägerkaserne?

Eine Hausbesichtigung Anfang der 1950er Jahre mit einem Ausblick auf das nachfolgende Jahrzehnt

Wolfgang Hecker

Am 1. April 1951 nahm Wolfgang Abendroth, ordentlicher Professor für Öffentliches Recht und Politik,¹ seine Lehrtätigkeit für Wissenschaftliche Politik an der Philipps-Universität Marburg auf.² Wie üblich für Ordinarien war er zugleich zum Direktor des neu eingerichteten gleichnamigen Instituts ernannt worden, das sich in der Alten Jägerkaserne, Gutenbergstraße 18, Hochparterre befand. Die ehemalige Kaserne wurde von der Universität genutzt; hier waren Institute sowie Seminarräume und Wohnungen für Universitätsangehörige untergebracht. Die links vom Eingang im Jahr 1947 eingerichtete Schusterwerkstatt für Studierende war inzwischen wieder aufgelöst worden, ebenso die provisorische Neue Mensa Academica.³ Es ging allmählich wieder aufwärts. Im dritten Geschoß befand sich das 1949 neu eingerichtete Studentenwohnheim Collegium Gentium (CG) sowie eine kleine Professorenwohnung, belegt von Erich Schwinge,⁴ ordentlicher Professor für Öffentliches Recht an der Universität.⁵ Doch wie kamen das Collegium Gentium, Schwinge und Abendroth unter ein Dach? Dazu sind Rückgriffe in die Universitäts-, Stadt- und Landesgeschichte unter den Bedingungen der

-
- 1 Universitätsarchiv Marburg (UAM), 6098, Abendroth 1950-2012; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 511, Nr. 841, Personalakte Abendroth. Abendroth war am 15. November 1950 ernannt worden, trat seinen Dienst in Marburg jedoch erst nach Abwicklung seiner Lehrverpflichtungen in Wilhelmshaven-Rüstersiel an.
 - 2 Das Fach war neu und beschäftigte sich mit den »Problem- und Stoffgebieten der politischen Soziologie, der neuesten Geschichte und des öffentlichen Rechts«. Sein Ziel sei es, »die durch die Unverbundenheit der Einzelwissenschaften gehemmte einheitliche Wirklichkeitskenntnis des Politischen wieder herzustellen.« Wolfgang Abendroth, Wissenschaftliche Politik, in: Pressestelle der Philipps-Universität (Hg.), Marburg. Die Philipps-Universität und ihre Stadt, Marburg 1952, S. 141.
 - 3 Philipps-Universität Marburg, Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1948, Marburg 1948, S. 10.
 - 4 Inge Auerbach (Bearb.), *Catalogus professorum academiae Marburgensis*, Bd. 2: Von 1911 bis 1971, Marburg 1979, S. 141.
 - 5 Vgl. dazu das Adressbuch für den Stadtkreis Marburg a.d.L. 1950/51, Marburg 1950, <[http://wiki-de.genealogy.net/w/index.php?title=Datei %3AMarburg-AB-1950-51.djvu&page=68](http://wiki-de.genealogy.net/w/index.php?title=Datei_%3AMarburg-AB-1950-51.djvu&page=68)> (15.3.2021).

ersten Nachkriegsjahre sowie biographische Rückschauen nötig, die wegen noch nicht hinreichend aufgearbeiteter Quellen bruchstückhaft bleiben müssen.⁶

I. Das Collegium Gentium

Was war das CG und wie kam es in die Alte Jägerkaserne? Nach der Befreiung Marburgs am 28. März 1945 requirierten die amerikanischen Militärbehörden in großem Umfang Wohn- und Arbeitsraum für ihre Truppen. Die Kasernen in der Frankfurter Straße und auf dem Tannenbergr wurden belegt, auch der untere Teil des Landgrafenhauses zur Universitätsstraße hin; ferner wurden einzelne Wohnhäuser und alle Verbindungshäuser rund um den Schlossberg beschlagnahmt und umgewidmet – darunter auch die Deutsche Bourse neben dem Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum, am Rotenberg 21 gelegen. Das Institut hatte seit den 1920er Jahren völkische Studien zur »Kultureinheit des deutschen Gesamtvolkes«⁷ betrieben, Forschungsobjekt waren sogenannte Reichsdeutsche im Inland und in Grenzregionen (auch jenseits der Reichsgrenzen) sowie Grenz- und Auslandsdeutsche. Die Forschungen waren nach 1933 von der NS-Regierung als propagandistische wie militärische Wegweiser für ihr expansives Vorgehen in Europa genutzt worden. Diese Einrichtungen standen bei den Amerikanern ganz oben auf der Schließungsliste. Der frühere Leiter des Instituts, Professor Johann Wilhelm Mannhardt, überzeugter Nationalsozialist und Aktivist, war 1945 – noch in Kriegsgefangenschaft – entlassen und das Marburger Institut geschlossen worden.⁸

Die amerikanische Besatzungsmacht wollte zunächst die Strukturen des US-Hochschulsystems – wie etwa Kuratorien oder Lehr- und Lebensformen in Colleges – den deutschen Verantwortlichen für den Wiederaufbau der Universitäten nahebringen, was allerdings nur partiell auf Interesse stieß.⁹ Das Collegium war daher als

6 Zur Universitätsgeschichte während der NS- und Nachkriegszeit fehlt eine Gesamtdarstellung analog zur beispielhaften Analyse der Marburger Stadtgeschichte von Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, *Marburger Rathaus im Nationalsozialismus*, Marburg 2018. Vgl. exemplarisch bislang die Einzelstudien: Ingrid Krüger-Bulcke, *Universität im Zwielicht. Der Zustand der Universität Marburg und ihre Erneuerungsbemühungen unter amerikanischem Einfluß 1945/46*, in: Gerhard Aumüller/Hans Lauer/Helmut Renschmidt (Hg.), *Kontinuität und Neuanfang in der Hochschulmedizin nach 1945*, Marburg 1997, S. 13-35; Andreas Lippmann, *Marburger Theologie im Nationalsozialismus*, München 2003.

7 Hans-Werner Retterath, *Deutsche Bourse zu Marburg/Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum*, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, Bd. 2: *Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften*, Berlin/Boston² 2017, S. 1784-1795, hier S. 1785. Siehe zur Deutschen Bourse auch den Beitrag von Hans-Werner Retterath im vorliegenden Band.

8 Mannhardt gelang es, »innerparteiliche Konflikte als NS-Verfolgung vorschützend, vor der Marburger Spruchkammer am 1. September 1949 als entlastet (Gruppe 5) eingestuft zu werden«. Hans-Werner Retterath, Johann Wilhelm Mannhardt, in: Fahlbusch/Haar/Pinwinkler, *Handbuch* (Anm. 7), Bd. 1: *Biographien*, Berlin/Boston² 2017, S. 461-468, hier S. 462.

9 Stefan Paulus, *Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945-1976*, München 2010, S. 148-151.

Abb. 1: Die Alte Jägerkaserne Marburg 1950. Das Institut für Wissenschaftliche Politik war im Hochparterre rechts, das Collegium Gentium unter dem Dach



Bildarchiv Foto Marburg, fmla1186_27

demokratiebildende Alternative zur Burse, vor allem aber zu den reaktionären Studentenverbindungen mit Leibburschenschaft, Mensurfekten und Saufgelagen, die auch in Marburg verboten worden waren, gedacht. Und als 1947 die Alte Jägerkaserne der Universität verfügbar gemacht worden war, fand die Einrichtung eines Wohnheims als »neue studentische Lebensform« auch das Interesse der Universitätsleitung.¹⁰

Die Idee der studentischen Selbstverwaltung in Wohnheimen war keineswegs neu, diese existierte bereits in den beiden, freilich nach Geschlechtern getrennten, Studentenwohnheimen der Universität.¹¹ Die paritätische Aufnahme von deutschen und ausländischen Studierenden war dagegen einen Novum, ebenso die Unterbringung von »Damen und Herren« auf einer Etage – zwar nach Wohnflügeln und separater »männlicher und weiblicher Küche« getrennt, dazwischen gemeinsam genutzte Seminar- und Aufenthaltsräume sowie eine Bibliothek, aber immerhin! Eine Wirtschaftsverwalterin und Reinigungskräfte sollten von lästigen Alltagsdiensten entlasteten:

»Das Collegium Gentium ist [...] nach seiner ganzen Gestaltung geeignet und bestimmt, Studenten zu vereinen, die sich für Fragen der wissenschaftlichen Politik, für internationale Probleme und die Kenntnis des Auslandes interessieren. Deshalb ist

10 Gerhard Wacke, Das Collegium Gentium in Marburg. Durch Heimgemeinschaft zu neuer studentischer Lebensform, in: Deutsche Universitätszeitung 6 (1951), H. 2, S. 16-17, hier S. 17.

11 Bericht von Lisa Abendroth über das Bettina-Haus, zit.n. Ulrich Schneider, Widerstand und Verfolgung an der Marburger Universität, in: Dieter Kramer/Christina Vanja (Hg.), Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977, S. 219-255, hier S. 254f.

das »Institut für Auslandskunde und internationale Beziehungen«, dessen Leiter der Inhaber des Lehrstuhls für Politik ist, in das gleiche Haus verlegt worden.«¹²

Im Sommersemester 1950 hatten sich die Bewohner*innen eine »Verfassung ihres Lebens« in Form von für alle verbindlichen »Grundgedanken« gegeben, in denen unter anderem zu lesen ist:

»Wir glauben die Würde des Menschen nur im Zustand der persönlichen Freiheit gewahrt. [...] Wir bekennen uns zur Gleichberechtigung der Völker und Rassen, Religionen und Geschlechter. [...] Wir bekennen uns zum Frieden und wollen alles tun, Kriege zu vermeiden. Wir glauben, dass alle Streitfragen zwischen den Völkern und Staaten ohne Kriege gelöst werden können.«¹³

In der Tat ein Gegenmodell zur Deutschen Bursche und dem wieder entstandenen privaten Institut für Volkswissenschaft am Rotenberg.¹⁴ Die volle Entfaltung dieser »Grundgedanken« lässt sich seit Mitte der 1960er bis in die 1980er Jahre hinein verfolgen. In dieser Zeit war das CG ein Zentrum der demokratischen Studierendenbewegung. 2006 wurde das Wohnheim aufgelöst und in Institutsräume umgewandelt; die Verwaltung hatte angeblich nicht behebbare Mängel im Brandschutz festgestellt.¹⁵

II. Wer war Erich Schwinge und warum wohnte er unter dem Dach der Alten Jägerkaserne?

Der Wiener Professor Erich Schwinge hatte im März 1945 die Stadt vor der anrückenden Roten Armee verlassen und geriet als Wehrmichtsangehöriger in Italien in englische Kriegsgefangenschaft.¹⁶ 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, war er mit seiner Familie in Bad Homberg v.d.H., Jaminstr. 27 als Hauptwohnsitz gemeldet. Noch im selben Jahr zog es ihn zurück an seine alte Wirkungsstätte, die Philipps-Universität, an der er von 1936 bis 1939 als Ordinarius für Strafrecht einen Lehrstuhl innehatte. Dort war er nun wieder vom Wintersemester 1946/47 bis Ende des Jahres 1947 über Lehraufträge befristet beschäftigt.¹⁷ Und was lag der Universitätsverwaltung näher, als ihrem hoch

12 Wacke, Collegium Gentium (Anm. 10), S. 17, verwendet die 1947 neu eingeführte Bezeichnung des ehemaligen Instituts für Grenz- und Auslandsdeutschum. Erst mit Abendroths Dienstantritt 1951 wurde es in Institut für Wissenschaftliche Politik umbenannt.

13 Ebd.

14 Beide Einrichtungen hatten 1953 ihren Betrieb wieder aufgenommen; Mannhardt wurde erneut Institutsleiter.

15 Die beabsichtigte Schließung hatte zu einer Kleinen Anfrage des Marburger Abgeordneten Dr. Spies (SPD) im Hessischen Landtag geführt, initiiert vom letzten Senatsbeauftragten für das CG, Prof. Burkhardt Tuschling. Diese Initiative änderte aber an der Schließung nichts. Hessischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/5916 v 1.11.2006, S. 1f. Heute befinden sich dort Institutsräume.

16 Ursula Schwinge-Stumpf (Hg.), Erich Schwinge. Ein Juristenleben im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1997, S. 102-109.

17 Siehe dazu UAM, 307d, 3730.

geschätzten ehemaligen Professor und Kriegsrichter übergangsweise eine kleine Wohnung in der ehemaligen Kaserne zu vermieten?

Schwinge hatte sich bis 1939 gemeinsam mit seinem Marburger Kollegen Leopold Zimmerl als Strafrechtler auf die Militärgerichtsbarkeit spezialisiert. Ein rechtswissenschaftlicher Bereich, der in der Weimarer Republik mit Auflösung der Reichswehr obsolet geworden, im Zuge der nationalsozialistischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung allerdings wieder eingeführt worden war. Die von beiden verfassten Kommentare galten als Standardwerk; sie wurden während des Krieges mehrfach verändert, verschärft und schließlich durch »Führerbefehle« drastisch radikalisiert.¹⁸ Die Kriegsgerichtsbarkeit bestand aus etwa 3.000 aktiven Kriegsrichtern, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges über 25.000 Todesurteile wegen Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung fällten, von denen etwa 70 Prozent vollstreckt wurden – deutlich mehr als der berühmte Volksgerichtshof.¹⁹

In den letzten Tagen des Sommersemesters vor Kriegsbeginn fand am 16. Juli 1939 die traditionelle akademische Feier zum Jahrestag der Universitätsgründung statt. Die gedruckt vorliegende Festrede hielt Schwinge zum Thema *Soldatischer Gehorsam und Verantwortung*.²⁰ Der Sinn und Zweck der Kriegsgerichtsbarkeit sollte nach Schwinge darin bestehen, Manneszucht, Ehre und Wehrkraft der Truppe zu sichern und zu steigern. Er erörterte dabei die Frage, ob es möglich sein könne, dass höhere Befehlshaber gegenüber ihrem Obersten Befehlshaber Befehle nicht befolgen dürften, was wehrrechtlich als ausgeschlossen und strafbar galt. Schwinge führte aus, dass dies für untere und mittlere Ränge »naturgemäß« nicht möglich sei, für höchste allerdings schon, freilich nur in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn die militärische Lage es erfordere und der Oberste Befehlshaber nicht erreichbar sei.²¹ In diesen Ausnahmesituationen müsse aber »im Geiste der Oberleitung« gehandelt werden.²² In keiner Weise erwähnt er, dass es Ungehorsam oder gar Widerstand gegen den Oberbefehlshaber geben könne, wie wir das etwa aus der späteren Geschichte des militärischen Widerstandes gegen Adolf Hitler kennen.

Schwinge war 1940 von Marburg an die Universität Wien berufen worden und galt auch dort als Experte in Sachen Kriegsgerichtsbarkeit. Als Professor und Kriegsgerichtsrat soll er seine Vorlesungen in Uniform gehalten und seine Studenten zur Teilnahme an praktischen Übungen, d.h. Kriegsgerichtsverfahren unter seiner Leitung als Kriegsrichter, eingeladen haben, quasi als Verbindung von Theorie und Praxis. In diesen Verfahren wurden auch Todesurteile verhängt – wie jenes gegen den 17-jährigen Soldaten Anton Reschny, der aus einem zerbombten Haus kleinere Wertgegenstände an sich

18 Erich Schwinge, *Militärstrafgesetzbuch*, Berlin 1936 (²1939, ³1940, ⁴1940, ⁵1943, ⁶1944).

19 Detlef Garbe, »In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe«. Der Militärstrafrechtler Erich Schwinge. Ein deutsches Juristenleben, Hamburg 1989, S. 109.

20 Erich Schwinge, *Soldatischer Gehorsam und Verantwortung*, Marburg ²1939.

21 Ebd., S. 10: »Bei den Organen der unteren und mittleren Führung verbietet sich eine Anerkennung des Rechts zum Ungehorsam unter dem Gesichtspunkt des übergesetzlichen Notstands schon durch die Bedürfnisse der Manneszucht. [...] Es wäre der Tod der Manneszucht und das Ende der Schlagkraft der Armee, wenn der renitente Untergebene keinerlei strafrechtliche Verantwortung zu fürchten hätte.«

22 Ebd., S. 19.

genommen hatte und deshalb von Erich Schwinge wegen Plünderung zum Tode verurteilt worden war. Heinrich Himmler hob das Urteil allerdings auf und begnadigte den Verurteilten.²³ Schwinge hingegen rechtfertigte die Härte dieses und weiterer Todesurteile mit der Notwendigkeit, abschreckende Wirkung zu erzielen – im Sinne des in seinem Kommentar dargelegten eigentlichen Zwecks der Militärgerichtsbarkeit: die »Aufrechterhaltung der Manneszucht und damit Sicherung des inneren Zusammenhalts, der Schlagkraft und der Schlaghaftigkeit der Truppe«.²⁴

Es ist unklar, ob im Spruchkammerverfahren 1947/48 Schwinges praktische Tätigkeit als Kriegsrichter eine Rolle gespielt hat. Das Verfahren wurde an Schwinges Hauptwohnsitz in Bad Homburg v.d.H. durchgeführt, die Unterlagen wie auch der Text des Entscheides konnten bislang nicht ausgewertet werden. Professor Hermann Conrad, Dekan der Marburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, führte in seinem Entlastungsschreiben für Schwinge an die Spruchkammer vom 24. September 1946 an, dass dieser schon in seiner Universitätsrede vom Juli 1939 das »Recht und [die] Pflicht des hohen militärischen Führers proklamiert [hatte], in bestimmten Fällen den Gehorsam zu verweigern«.²⁵ Darüber hinaus legt Conrad dar, dass Schwinges Rechtsauffassung, fokussiert auf den Begriff des »Rechtsgutes« im Sinne eines Rechtspositivismus, gegen das von der »Kieler Richtung« im nationalsozialistischen Sinne dogmatisierte Rechtsverständnis gestanden habe. Am Ruf der Marburger Universität, »ein Bollwerk des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus« gewesen zu sein, »habe die Wirksamkeit von Prof. Schwinge und seiner ihm gleichgesinnten Kollegen in der juristischen Fakultät einen wesentlichen Anteil«. Abschließend heißt es zur Frage der Parteimitgliedschaft:

»Die Zugehörigkeit von Prof. Schwinge zur NSDAP war rein formaler Natur. Sein Beitritt erfolgte seinerzeit, nachdem ihm die persönliche Aufforderung von der Gauleitung zugegangen war, den Eintritt in die Partei zu vollziehen. Aus eigenem Antrieb wäre er nach unserer festen Überzeugung nicht zur Partei gestoßen.«²⁶

Das ist brisant, gibt es doch bislang keinen eindeutigen Beleg für Schwinges Mitgliedschaft in der NSDAP; selbst hatte dieser lediglich seine Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund, vormals Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, angegeben. Aber weder in der NSDAP-Mitgliederkartei des Berlin Document Center findet sich ein Eintrag über eine Mitgliedschaft, noch ist in der Hessischen Kartei über Spruchkammerverfahren eine Karte unter dem Namen Schwinge hinterlegt.²⁷ Auch der für die Neueinstellung als Ordinarius erforderliche »Fragebogen« mit entspre-

23 Detlef Garbe, Der Marburger Militärjurist Prof. Erich Schwinge. Kommentator, Vollstrecker und Apologet, in: Albrecht Kirschner (Hg.), Deserteure, Wehrkraftzersetzer und ihre Richter. Marburger Zwischenbilanz zur NS-Justiz vor und nach 1945, Marburg 2010, S. 109-131, hier S. 118f.

24 Kommentar MStGB (1) 1936, S. 2. Vgl. ferner Garbe, Marburger Militärjurist (Anm. 23), S. 114.

25 UAM, 307d, 3730, Hermann Conrad an die Spruchkammer Homberg v.d.H., 24.9.1946, S. 1.

26 Ebd., S. 2.

27 Nach o.V., Rechtslehrer im Dritten Reich, in: Süddeutsche Zeitung v. 16.8.1965, soll Schwinge als »Entlasteter« eingestuft worden sein.

chenden Selbstauskünften fehlt in seiner Personalakte.²⁸ Albrecht Kirschner vermutet, dass Schwinge gar nicht Parteimitglied werden durfte, war er doch mit einer arabischstämmigen Frau verheiratet, was nach den »arischen« Voraussetzungen für die Mitgliedschaft ausschließend war.²⁹ Nachvollziehbar erscheint die Argumentation Detlef Garbes, wonach der formellen Zugehörigkeit zur Partei eine untergeordnete Bedeutung beizumessen ist: »Die Judikatur der Militärgerichte agierte auch da vielfach NS-mäßig [...], wo eine Parteizugehörigkeit der Richter nicht nachweisbar ist oder ausgeschlossen werden kann.«³⁰ Auch Schwinge hat als Kommentator der Kriegsgerichtsbarkeit wie als aktiver Kriegsrichter im Sinne des Systems hervorragend funktioniert und nie die über dem Rechtssystem stehende Autorität des »Führers« angezweifelt.

Ob allerdings Schwinges heute aktenmäßig nachgewiesene Mitwirkung an 18 Todesurteilen allein zwischen Januar 1944 und Februar 1945³¹ sowie das Ausmaß und die Funktion der NS-Wehrmichtsgerichtsbarkeit den amerikanischen Besatzungsbehörden im Jahr 1946 bzw. der zuständigen Spruchkammer im Folgejahr tatsächlich bekannt gewesen sind, mag an dieser Stelle bezweifelt werden, denn einschlägige Forschungsergebnisse dazu liegen erst seit den 1980er Jahren vor.³² Wenn es aber Schwinge gelungen war, schon 1946 gegenüber dem damaligen US-amerikanischen Universitätsoffizier Edward Yarnall Hartshorne den Eindruck zu vermitteln, dass es Kriegsgerichtsbarkeit in allen Armeen der Welt gebe und dass es eine Armee ohne Disziplin (»Manneszucht«) nicht geben könne, dass er also ganz normaler Offizier mit wissenschaftlichem Hintergrund gewesen sei, dann ist verständlich, warum er schon im März 1946 – noch vor Einleitung des Spruchkammerverfahrens – eine Arbeitserlaubnis von Hartshorne erhalten hatte.³³ Und diese war Voraussetzung dafür, dass er ab dem Wintersemester 1946/47 über drei Lehraufträge einen Fuß in die Pforte seiner Alma Mater bekam.

So verwundert es nicht, dass seine »alte Fakultät« ihren ehemaligen Ordinarius 1948 über eine Neuberufung auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht wieder in ihren Lehrkörper aufnahm. In diesem Verfahren griff der Dekan Wolfram Müller-Freienfels in einem Schreiben an das Kultusministerium auch die von Hermann Conrad kolportierte Version von »Widerstand« auf und behauptete sogar, Schwinge habe eine entsprechende »Marburger Schule« gegen die Kieler etabliert.³⁴ Nach diesem »Ausflug ins Öffentliche Recht«³⁵ konnte er dann schon ab 1952 als Nachfolger des nach Würzburg berufenen

28 UAM, 307d, 3730. 1948 bestätigte die Militärregierung telegraphisch Schwinges Unbedenklichkeit, worauf dessen Einstellung sofort vollzogen wurde.

29 Albrecht Kirschner, mündliche Mitteilung v. 20.12.2020.

30 Garbe, Marburger Militärjurist (Anm. 23), S. 120.

31 Ebd., S. 118.

32 Siehe Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, Die Wehrmichtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.

33 UAM, 307b, 3659, Universitätsoffizier Edward Yarnall Hartshorne an den Marburger Rektor, 12.6.1946: »The following applicants for posts in the Law Faculty have been approved by Military Government and may be employed: Schwinge, Erich, Professor [...].«

34 UAM, 307b, 3659, Wolfram Müller-Freienfels an den hessischen Minister für Kultus und Unterricht, 28.6.1947, S. 2.

35 UAM, 307b, 3659, Abschrift der Ernennung Schwinges zum ordentlichen Professor für Öffentliches Recht am 16.3.1948.

Strafrechtlers Ulrich Stock³⁶ seiner eigentlichen Berufung auf »seinem« ehemaligen Ordinariat für Strafrecht wieder nachkommen. In Marburg fest bestellt, amtierte er seit Ende der 1940er Jahre für mehr als zwei Jahrzehnte als Dekan, als gewähltes Senatsmitglied und im Amtsjahr 1954/55 sogar als Rektor der Hochschule. Daneben blieb ihm außerdem ausreichend Zeit, noch bis in die 1960er Jahre als Anwalt für »im Ausland festgehaltene Kriegsgefangene« tätig zu werden.³⁷

Schwinge hatte schon 1947 als Mitarbeiter der Verteidigung im Kesselring-Prozess in Venedig und 1948 als Verteidiger bei den Nürnberger Juristenprozessen angeklagte Kriegsverbrecher erfolgreich verteidigt.³⁸ 1949 war er in diesem Sinne auch in Bordeaux tätig, wo er Angehörige der SS-Einheit »Das Reich« verteidigte, die in Tulle unbewaffnete Eisenbahner als Geiseln genommen und anschließend erschossen hatten; Schwinge und seine juristischen Kollegen erreichten tatsächlich, dass die beantragte Todesstrafe für zwei der Angeklagten in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wurde.³⁹ Über seine Rolle als Verteidiger im Pariser Prozess gegen den Wehrmachtsgeneral Hermann-Bernhard Rahmke berichtete er in aller Ausführlichkeit in der *Oberhessischen Presse*: Der im September 1944 mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten ausgezeichnete »Verteidiger von Brest« war von den US-Amerikanern an Frankreich ausgeliefert und in Paris inhaftiert worden – dort floh er zunächst aus Protest gegen die lange Wartezeit auf seinen Prozess, kehrte aber kurz darauf zurück, um öffentlich auf seinen Fall aufmerksam zu machen.⁴⁰ Im Militärgerichtsverfahren wurde ihm im März 1951 vorgeworfen, als Kommandeur einer 40.000 Soldaten starken Fallschirmspringereinheit Geiselschießungen, Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und Brandstiftung befohlen zu haben. Schwinges Verteidigung wiederholte hingegen die schon in anderen Prozessen erprobte Argumentation, wonach die Aktionen der französischen Partisanengruppen völkerrechtswidrig gewesen seien:

»So kann rückblickend von deutscher Seite nicht die Bemerkung unterdrückt werden, daß zahlreiche damals getötete Franzosen noch heute am Leben wären, wenn die Führung der französischen Widerstandsbewegung dafür gesorgt hätte, daß die gegen die deutschen Truppen operierenden Partisanengruppen die völkerrechtlich vorgeschriebenen Abzeichen angelegt und sich offener Kampfweise befleißigten. Es ist in diesen

36 Der Strafrechtler Ulrich Stock, Ordinarius seit dem 1. November 1933, war schon vor seiner Berufung 1941 nach Marburg im Jahr 1936 zum Reichskriegsgerichtsrat ernannt worden. Im August 1945 wurde er, »trotz der erfolgreichen Fürsprache für Werner Krauss nach dessen Todesurteil« vom Januar 1941, von der amerikanischen Militärregierung verhaftet, für acht Monate interniert und dienstentlassen. Über ein Ordinariat in Saarbrücken gelangte er ab dem Wintersemester 1950 als kommissarischer Verwalter des Lehrstuhls für Strafrecht wieder nach Marburg zurück, nahm aber schon im Mai 1951 einen Ruf an die Universität Würzburg an. Siehe dazu Auerbach, *Catalogue* Bd. 2 (Anm. 4), S. 134.

37 *Oberhessische Presse* v. 20.3.1951.

38 Siehe hierzu ausführlich Schwinge-Stumpf, *Juristenleben* (Anm. 16), S. 119-163.

39 Vgl. o.V., 15 ans de travaux forcés à Reichmann et Schlewski, in: *Sud-Ouest. Grand Quotidien Républicain Régional d'Information* v. 31.3.1948, S. 1 u. 3; Schwinge-Stumpf, *Juristenleben* (Anm. 16), S. 200-206.

40 *Oberhessische Presse* v. 20., 21. u. 22.3.1951. Rahmke wurde im März 1951 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, kam allerdings schon im Juni desselben Jahres wieder frei.

Kriegsverbrecherprozessen in Frankreich immer nur von völkerrechtswidrigem Verhalten deutscher Soldaten, niemals aber von der Gegenseite die Rede.«⁴¹

Während der in den 1950er Jahren in Marburg stattfindenden Treffen ehemaliger Kriegsrichter brachte sich Schwinge auch wiederholt bei der Wiedereingliederung vieler »Amtsverdrängter« Juristen mit Rat und Tat ein.⁴² Als Dekan, Senatsmitglied und kooptierter Vertreter der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät spielte Schwinge überdies in der Berufungskommission der Philosophischen Fakultät für die Besetzung des neu geschaffenen Lehrstuhls für Wissenschaftliche Politik eine hervorgehobene Rolle.

III. Wie kam Abendroth nach Marburg?

Die Berufung von Wolfgang Abendroth auf einen Lehrstuhl der Marburger Universität im Oktober 1950 war kein Skandal. Oft wird behauptet, Marburg habe keine, sondern sei eine Universität. Das bedeutet aber nicht, dass die Stadt weiß, was in der Universität geschieht. So gab es zur Berufung Abendroths weder in der lokalen noch in der regionalen Presse irgendeine Information. Nicht einmal universitätsintern gab es Protest, obwohl sich der Senat ausdrücklich gegen seine mögliche Berufung ausgesprochen hatte. Zu Recht stellt Lothar Peter die Frage, wie es sein konnte, dass im Jahr 1950 – vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges und einer massiv einsetzenden Restaurationsperiode – ausgerechnet an der als konservativ geltenden Marburger Universität⁴³ ein kritischer Jurist, Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime und Linkssozialist in der SPD den Ruf auf ein Ordinariat erhielt. Wenn im Folgenden der Versuch unternommen wird, auf Basis bereits vorliegender Studien eine Antwort auf diese Frage zu finden, geht es also weniger um die Bedeutung der Berufung Abendroths für die Entwicklung der Politikwissenschaft als vielmehr um die Motive, Interessen und politischen Hintergründe der unmittelbar am Berufungsprozess beteiligten Akteure.⁴⁴

41 Erich Schwinge, Der Prozeß Rahmke, in: Oberhessische Presse v. 31.3.1951.

42 Siehe Ulrich Vultejus, Kampfanzug unter der Robe. Kriegsgerichtsbarkeit des Zweiten und Dritten Weltkriegs, Hamburg 1984, S. 106-114; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 21997, S. 69-100.

43 Aus zeitgenössischer studentischer Sicht siehe Peter Merseburger, Aufbruch ins Ungewisse. Erinnerungen eines politischen Zeitgenossen, München 2021, S. 89-95; ferner Ermhild Neusüß-Hunkel, Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945, Meisenheim a.G. 1973, S. 51-103; Wilder/Cramer/Stolper, Marburger Rathaus (Anm. 6); John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Köln 1964.

44 Arno Mohr, Entstehung und Entwicklung der Politikwissenschaft in Hessen, in: Michael Th. Greven/Hans-Gerd Schumann (Hg.), 40 Jahre Hessische Verfassung. 40 Jahre Hessische Politik, Opladen 1989, S. 211-233; Hans Karl Rupp, Die Berufung Wolfgang Abendroths nach Marburg, in: Benno Hafenegger/Wolfram Schäfer (Hg.), Marburg in den Nachkriegsjahren, Bd. 2: Aufbruch zwischen Mangel und Verweigerung, Marburg 2000, S. 353-371; Manfred Bock, Soziale Demokratie und wissenschaftliche Politik. Zu Wolfgang Abendroths Verständnis der Politikwissenschaft in den fünfziger Jahren, in: Wolfgang Hecker/Joachim Klein/Hans Karl Rupp (Hg.), Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg, Bd. 1: Zur Geschichte des Instituts, Münster 2001, S. 85-143; Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Lin-

Abb. 2: Wolfgang Abendroth 1971 im Marburger Audimax

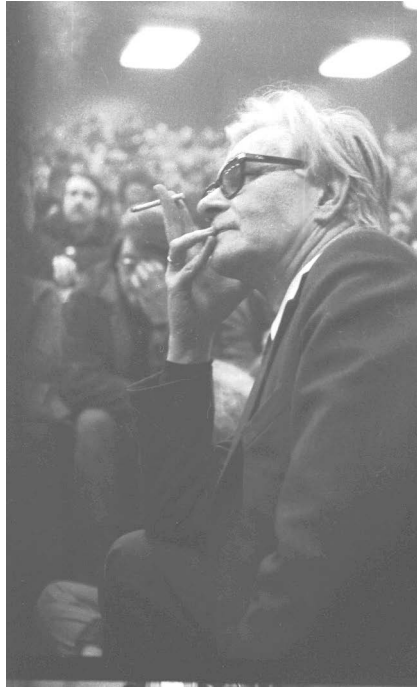


Foto: Witich Roßmann, Marburg

Die Erklärungen zur Berufung Abendroths reichen von »politisches Wunder«⁴⁵ (Lothar Peter), über »Staatsstreich gegen die Universität«⁴⁶ (durchaus wohlmeinend von Herbert Claas) bis hin zu Vermutungen von Abendroth selbst, der seine Berufung auf

ken (1950–1968), Berlin 2008; Andreas Diers, Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat: Wolfgang Abendroth. Leben und Werk (1906-1948), Hamburg 2006; Friedrich-Martin Balzer/Hans-Manfred Bock/Uli Schöler (Hg.), Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2001; Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008; Michael Buckmiller/Joachim Perels/Uli Schöler (Hg.), Wolfgang Abendroth. Gesammelte Schriften, 3 Bde., Hannover 2006-2013.

- 45 Vgl. dazu Marx à l'université, retour sur l'école de Marbourg. Entretien avec L. Peter, in: Contre-temps. Revue de critique Communiste v. 17.2.2020, <<https://www.contretemps.eu/marx-universite-e-ecole-marbourg-lothar-peter/?fbclid=IwAR2JzvMhFJJJuxW19eFhCVuVU4AcANZu40v4TvAEgpdTCKmh9NByUg-wSy8>> (27.2.2021): »Qu'un résistant et intellectuel socialiste puisse obtenir une place de professeur en pleine »guerre froide« dans un pays inondé par l'anticommunisme, dans le très réactionnaire Marbourg, ... ressemblait à un miracle politique«.
- 46 Herbert Claas, Organisationslehre statt Demokratiewissenschaft. Die Selbstdemontage der akademischen Soziologie nach 1945, in: Forum Wissenschaft 11 (1994), S. 6-8, hier S. 8.

die Unterstützung des 1947 an die Marburger Universität berufenen Psychologieprofessors Heinrich Düker zurückführt – und auf die hessische SPD.⁴⁷ Aber wie konnte es sein, dass ein einzelner Professor und die SPD so viel Einfluss auf die Entscheidung der überwiegend konservativen Ordinarien an der Philipps-Universität gehabt haben?⁴⁸ Schließlich besaßen nur diese allein das Recht zur Aufstellung von Berufungsvorschlägen. Rückblickend bemerkte Abendroth später, der Kultusminister Erwin Stein (CDU) »berief mich nach Marburg«⁴⁹ – aber war das auch so?

In der Ordinarienuniversität ging es gelegentlich recht wunderbar zu, aber von einem »politischen Wunder« kann keine Rede sein, eher von der Durchsetzung politischer Interessen. Und hätte es sich bei der Berufung Abendroths um einen Staatsstreich gegen die Universität gehandelt, hätte das sowohl öffentlich als auch inneruniversitär zu massiven Protesten geführt – wie etwa in Frankfurt: Dort hatte Erwin Stein im Frühjahr 1948 den Leiter der Hessischen Staatskanzlei, Hermann Brill (SPD), als Honorarprofessor an die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Frankfurter Universität berufen, gegen das Votum der Universität, was zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen führte.⁵⁰ Nichts von alledem war jedoch mit der Berufung Abendroths verbunden. Der gesamte Berufungsprozess hat nicht nur hinter verschlossenen Türen stattgefunden, sogar das Ergebnis war weder lokal noch regional kommuniziert worden. Die Fakultät richtete nicht einmal die ansonsten übliche Antrittsvorlesung aus.

3.1 Wer war Wolfgang Abendroth?

Abendroth war durch seine sozialdemokratischen Eltern »von Hause aus« politisch engagiert. Während seiner Schulzeit in Frankfurt a.M. in den 1920er Jahren gehörte er sozialistischen Gruppen an, als Student trat er dann kommunistischen Verbänden bei. Mit dem Studium der Rechtswissenschaften absolvierte er die klassische Juristenausbildung zum Gerichtsassessor, mit dem besonderen Schwerpunkt auf Arbeitsrecht. Er hatte das Jurastudium gewählt, um in der Arbeiterbewegung Rechtsuchende zu unterstützen – und das praktizierte er dann auch in der Roten Hilfe. Zugleich ergänzte er seine Juraausbildung durch das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung bei Carl Grünberg am Institut für Sozialforschung.

47 Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und hg. von Barbara Dietrich/Joachim Perels*, Frankfurt a.M. 1976, S. 214.

48 Zu Beginn der 1950er Jahre lehrten, so die Auskunft des langjährigen Marburger SPD-Politikers und Abendroth-Schülers Kurt Kliem (mündliche Mitteilung v. 2.12.2020), neben Abendroth allem Anschein nach nur vier weitere Professoren, die als SPD-Mitglieder eingeschrieben waren, an der Marburger Universität.

49 Abendroth, *Leben* (Anm. 47), S. 214.

50 Vgl. Hessischer Landtag, *Stenographischer Bericht über die 44. Sitzung am 28.7.1948*, Drucksache Abt. III, Nr. 44, Wiesbaden, S. 1564-1579; *Denkschrift der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M. zur Landtagsrede des Ministers für Kultus und Unterricht Dr. Erwin Stein vom 18. Juli 1948*, Frankfurt o.J.; Stephanie Zibell, *Der »Fall Brill« oder die Schwierigkeit, die hessischen Hochschulen zu demokratisieren*, in: Renate Knigge-Tesche/Peter Spirek (Hg.), *Hermann Louis Brill 1895-1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat*, Wiesbaden 2011, S. 151-172.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik herrschten in der realen Arbeiterbewegung Auseinandersetzungen um die Einheitsfrontpolitik, wobei Abendroth sich für den gemeinsamen Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die erstarkende NS-Bewegung einsetzte – und deshalb vom Thälmann-Flügel aus der KPD ausgeschlossen wurde, der die Sozialfaschismus-These vertrat, wonach die systemkonforme Sozialdemokratie mindestens genauso stark bekämpft werden musste wie der Nationalsozialismus. Organisatorischen Rückhalt findet Abendroth schließlich in der abgespaltenen KPD-Opposition um Brandler und Thalheimer.⁵¹

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde Abendroth zusammen mit seinem Doktorvater Hugo Sinzheimer am 1. April 1933 kurzfristig verhaftet und am 27. Mai des Jahres, wenige Wochen vor dem zweiten Examen, aus dem Justizdienst entlassen. Zunächst setzte er in Deutschland seine aktive Widerstandstätigkeit in der Gruppe »Neu Beginnen« fort, die ebenso wie er eine strikte Einheitsfrontpolitik verfolgte, studiert dann aber ab Oktober des Jahres in der Schweiz, wo er 1935 an der Universität Bern mit einer Dissertation über *Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate* promoviert wurde.⁵² Kurz darauf verlässt er die sichere Schweiz wieder, um seinen konspirativen Widerstand im Deutschen Reich fortzusetzen. 1937 wurde er in Berlin verhaftet, gefoltert und in Kassel wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung, die mit Meldeauflagen bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Berlin verbunden war, wurde er im Februar 1943 zum Dienst in der Strafdivision 999 gezwungen, einem »Bewährungsbataillon für Wehrunwürdige«, bestehend aus einem Drittel »politischer« und zwei Dritteln »krimineller«. Nach kurzer Ausbildung in Deutschland wurde er von April 1943 bis September 1944 auf der griechischen Insel Limnos eingesetzt; hier gelang es ihm zu desertieren und sich dem griechischen Widerstand anzuschließen. Im Oktober 1944 gelangte er in englische Kriegsgefangenschaft, wo er im POW-Lager nahe Kairo bis August 1946 mit anderen NS-Gegnern eine »Wüstenuniversität« etablierte, in der er mit Vorträgen und Schulungskursen eine Minderheit unter den deutschen Kriegsgefangenen »auf Verwaltungsarbeit[en] vorbereitet[e], die im vom Faschismus befreiten Deutschland später zu tun sein« würden.⁵³ Die im Londoner Exil lebenden Mitglieder der Gruppe »Neu Beginnen«, Waldemar von Knoeringen und Richard Löwenthal, setzten sich für die Rückführung der inhaftierten Widerständler in das für deutsche Kriegsgefangene eingerichtete Umschulungscamp Wilton-Park ein. Hier traf Abendroth am 16. August 1946 ein, zu einer Zeit, als in den Besatzungszonen bereits wesentliche Weichen für den Neuaufbau gestellt worden waren (Länderverfassungen und Wahlen) – und der Kalte Krieg nach der Byrnes-Rede an Fahrt aufnahm.

Wichtig war für Abendroth die Diskussion mit Richard Löwenthal über dessen Manuskript zur 1946 unter dem Pseudonym »Paul Sering« erschienenen Schrift *Jen-*

51 Karl Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim a.G. 1964.

52 Wolfgang Abendroth, *Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate*, Breslau 1936.

53 Abendroth, *Leben* (Anm. 47), S. 190.

seits des Kapitalismus.⁵⁴ Er stimmte mit Löwenthals Analyse der Nachkriegssituation Deutschlands und der Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus überein. Deutschland könne parlamentarisch-demokratisch und antikapitalistisch unter der Führung einer Sozialdemokratie wieder neu aufgebaut werden, in der sich alle »Zwischengruppen« (zwischen SPD und KPD) der Weimarer Zeit versammeln und so den fatalen Anpassungskurs gegen Ende der Weimarer Republik überwinden könnten: Planwirtschaft und Demokratie, Antifaschismus und Antimilitarismus, sozial, humanistisch – das sollten die Eckpfeiler der neuen deutschen Republik sein. Auch die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung könne in Anknüpfung an die Einheitsfront-Strategie mittelfristig in einer neuen Einheitspartei »Sozialistische Partei« überwunden und mit dieser Kraft auch die Mehrheit im neuen Staat errungen werden. Erich Ollenhauer, der die Sozialdemokratie im britischen Exil führend vertrat, Kurt Schumacher als Überlebender aus dem Konzentrationslager Dachau und Willy Brandt aus dem schwedischen Exil, aber auch Herbert Wehner aus der KPD könnten in der neuen Sozialdemokratie vereint werden, um mit den in allen Besatzungszonen engagierten progressiven Kräften gemeinsam die politische Mehrheit in Deutschland zu erringen. Bei aller Übereinstimmung mit der Kritik am Stalinismus wahrte Abendroth jedoch Distanz zu Löwenthals Ablehnung des sowjetischen Kommunismus-Modells, und hoffte auf einen eigenständigen deutschen Entwicklungsweg, gemeinsam mit den sozialistischen Kräften in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

In Wilton Park verfasste er überdies programmatische Überlegungen zum Verwaltungsaufbau und zur demokratischen Nachkriegsjustiz Deutschlands. Hier entwickelte er ein Modell für den künftigen demokratischen Rechtsstaat einschließlich genauerer Vorstellungen über die Ablösung der alten Eliten innerhalb der Justiz, etwa durch die Ausbildung von Richtern und Juristen aus allen Bevölkerungsschichten in besonderen Studiengängen.⁵⁵

Bis auf seine zweijährige Promotionszeit in Bern, die er zeitweise unter Klausurbedingungen verbracht hatte, waren die Bedingungen, unter denen er in der Illegalität, im Zuchthaus und in der Kriegsgefangenschaft seine wissenschaftliche und politische Arbeit weitergeführt hatte, prägend für sein Wirken: Diskussionen mit Gleichgesinnten unter den Bedingungen von Zuchthaus, Verfolgung und Gefangenschaft, Rekapitulation erworbenen Wissens aus dem Gedächtnis, Darlegungen und Vorträge ohne Bibliothek, Archiv oder Medien. Das machte den Unterschied zur »klassischen« Wissenschaftlerkarriere aus und war der Hintergrund für seine beeindruckende Wirkung in Vorlesungen, Reden und Diskussionen als Hochschullehrer. Sein unpräntiöser Habitus, seine Offenheit im wissenschaftlichen und politischen Diskurs sowie sein solidarisches Handeln – für einen Ordinarius der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit außergewöhnliche Eigenschaften – waren auch dafür ausschlaggebend, dass Jür-

54 Paul Sering, *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung*, Lauf bei Nürnberg 1946.

55 Diers, *Arbeiterbewegung* (Anm. 44), S. 410.

gen Habermas den Marburger Hochschullehrer in der *ZEIT* als »Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer« bezeichnete – zu dessen 60. Geburtstag wohlgermerkt.⁵⁶

Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft kehrte er am 15. November 1946 vollkommen erschöpft und stark erkältet zu seiner Verlobten Lisa Hörmeyer in Marburg zurück, wo bereits am 6. Dezember 1946 die längst geplante Heirat nachgeholt wurde, die aufgrund Abendroths Zwangseinberufung im Jahr 1943 verschoben worden war. Einem Brief an seine in Potsdam lebenden Eltern vom 20. November 1946 ist zu entnehmen, dass er nach der Zugreise durch zertrümmerte Städte erschüttert und deprimiert war, sich aber trotz aller Erschöpfung und Entbehrungen der letzten Jahre glücklich fühlte und mit Hoffnung in die Zukunft blickte. Er erwähnt auch, dass sich »Taegers« rührend um sie kümmerten.⁵⁷ Damit waren der Althistoriker Fritz Taeger und dessen Ehefrau gemeint. Wie Abendroths Tochter Elisabeth später erinnert, war ihre Mutter während des Studiums dem Philosophen Julius Ebbinghaus wegen ihrer hervorragenden Altgriechisch-Kenntnisse aufgefallen und wegen ihrer Sprachkenntnisse war sie später beim Althistoriker und Graecisten Fritz Taeger für wissenschaftliche Hilfsarbeiten beschäftigt worden. Gegen Kriegsende wohnte sie bei Taegers am Rotenberg 26a und hier wurde auch auf die Hochzeit angestoßen, die letzte Flasche Wein aus dem Keller war gut genug dafür.⁵⁸

Lisa Hörmeyer hatte vom Wintersemester 1938/39 an in Marburg, Innsbruck und Berlin Geschichte, Deutsch und Erdkunde studiert und bei dem Historiker Wilhelm Mommsen zum Ende des Wintersemesters 1944/45 ihre Dissertation *Untersuchungen zum Volksbegriff in der Publizistik von 1813-1819* eingereicht.⁵⁹ Obwohl das Schlusskapitel noch fehlte, hielt Mommsen die vorliegende Fassung schon für promotionsreif. So konnte das Rigorosum bereits abgehalten werden, und zwar am Tag des Einmarsches amerikanischer Truppen in Marburg, am 28. März 1945, in der Calvinstraße 14a bei Mommsens zuhause. Gemeinsam beobachteten sie das Geschehen vom Rotenberg aus, wie sie später häufig erwähnte.⁶⁰ Erst 1947 konnte das Promotionsverfahren abgeschlossen werden, nachdem das Schlusskapitel geschrieben und der im Jahr zuvor emeritierte Historiker Edmund Ernst Stengel die Betreuung übernommen hatte – denn

56 Jürgen Habermas, Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer. Der Marburger Ordinarius Wolfgang Abendroth wird am 2. Mai sechzig Jahre alt, in: Die Zeit v. 29.4.1966, <<https://www.zeit.de/1966/18/partisanenprofessor-im-lande-der-mitlaeuer/komplettansicht?print>> (18.11.2020). Abendroth erinnerte Habermas offenbar an jene »Partisanenprofessoren«, die er in den Sommerschulen in Jugoslawien kennen gelernt hatte. Habermas hatte sich bei Abendroth überdies habilitiert. Siehe Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.

57 International Institute of Social History (IISG), ARCH0003, Nachlass Wolfgang Abendroth, 1206. Für diesen Hinweis danke ich Michael Buckmiller, dem Herausgeber der Schriften Wolfgang Abendroths.

58 Elisabeth Abendroth, mündliche Mitteilung v. 8.12.2020.

59 Lisa Abendroth, Untersuchungen zum Volksbegriff in der Publizistik von 1813-1819. Dargestellt an den Deutschen Blättern, Rheinischer Merkur, Nemesis und Kieler Blättern, Masch. Ms., Marburg 1947.

60 Frank Deppe, Lisa Abendroth (1917-2012). Leben im »Zeitalter der Extreme«, in: Sozialismus.de v. 24.2.2020, <https://www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/sozialismus/detail/artikel/leben-im-zeitalter-der-extreme/> (20.2.2021).

sowohl Mommsen als auch Taeger hatten wegen ihrer Verstrickungen mit dem NS-Regime 1945 ein Lehrverbot von den Amerikanern erhalten.⁶¹

Abb. 3: Lisa und Wolfgang Abendroth 1974 in Linz



Foto: Wolfgang Hecker, Marburg

In der zweiten Novemberhälfte und im Dezember 1946 kümmerte sich das frischvermählte Ehepaar gemeinsam um mögliche Berufsperspektiven – vordringlich für ihn allerdings. Dabei ging es um die noch fehlende 2. Juristische Staatsprüfung. Erkundigungen an der Marburger Universität ergaben, dass dies erst nach Wiederholung des zweijährigen Referendariats möglich sei. Von Justizminister Georg August Zinn (SPD), den Abendroth aus Studienzeiten »flüchtig« kannte, erhielt er den Rat, die zweite Staatsprüfung beim Prüfungsamt in Potsdam abzulegen, denn dort sei es – anders als in Hessen – möglich, sich ohne Wiederholung des gesamten Referendariats direkt prüfen zu lassen.⁶² Danach könne er versuchen, als Volljurist in der Stadtverwaltung Frankfurts unterzukommen und von dieser Position aus seinen universitären Ambitionen nachgehen. Zinn gab Abendroth auch ein inoffizielles Empfehlungsschreiben für den Leiter der Justizverwaltung der SBZ, Eugen Schiffer, mit. Mit dieser hoffnungsvollen Entwicklungsperspektive im Gepäck brach das junge Ehepaar von Marburg über

61 Auskunft des stellv. Leiters des Marburger Universitätsarchivs, Dr. Carsten Lind, v. 10.11.2020 auf Grundlage der nicht öffentlich zugänglichen Promotionsakten der Philosophischen Fakultät.

62 Abendroth, *Leben* (Anm. 47), S. 196. Dort auch zum Folgenden.

Bremen (hier lebten Lisas Eltern) zu seiner Familie nach Potsdam in die Sowjetische Besatzungszone auf. Nach sechs Wochen wollten sie wieder in Frankfurt sein.

Daraus wurden zwei Jahre, in denen es Abendroth gelang, nicht nur das fehlende Examen im Mai nachzuholen, sondern auch eine bemerkenswerte Karriere als Wissenschaftler zu beginnen: Nach seiner Habilitation in Völkerrecht im April 1947 und einer anschließenden Dozentur an der Universität Halle erfolgte 1948 die Berufung auf eine außerordentliche Professur an der Leipziger Universität und schließlich im September des Jahres auf ein Ordinariat in Jena. Parallel dazu arbeitete er in der Justizverwaltung; schon im Januar 1947 war er zum Richter beim Landgericht in Potsdam bestellt und an den höheren Dienst des Justizministeriums Brandenburg abgeordnet worden. Unterstützt wurde er dabei von Hilde Benjamin (SED)⁶³ und Justizminister Ernst Stargard (CDU), dem er als Oberjustizrat zuarbeitete.⁶⁴ Er arbeitete Konzeptionen zur Reform der Juristenausbildung aus, die zum Ziel hatten, die alten Funktionselementen durch »Volksrichter« aus bis dahin bildungsfernen Schichten abzulösen.

Eigentlich hätte Abendroth in der SBZ und späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Karriere machen können – wenn er nicht an seinen politischen Ansichten festgehalten hätte. Die Vereinigung von SPD und KPD entsprach seinen Vorstellungen einer geeinten sozialistischen Partei nicht; vielmehr sympathisierte er mit Anton Ackermanns Vorschlägen für einen deutschen Weg zum Sozialismus. Außerdem hatte er seine SPD-Mitgliedschaft nicht aufgegeben, womit er sich der Gefahr aussetzte, als Westspion verfolgt zu werden. Mit der Währungsreform und der Blockade Westberlins verschärfen sich 1948 die Fronten im Kalten Krieg. Bereits im Mai 1947 hatte er über Lisa seine Fühler in das von Zinn geführte hessische Justizministerium ausgestreckt, und auch mit dem niedersächsischen Kultusministerium stand er in Kontakt. Anlässlich der Tagung der Staatsrechtslehrer 1948 in Hamburg, zu der er offiziell eingeladen worden war, nutzte er die Gelegenheit, um mit Niedersachsens Kultusminister Adolf Grimme in Hannover über seine Berufung als Gründungsrektor an die geplante Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel zu verhandeln. Der Hinweis, dass ein Kurier des Ost-Büros der SPD »aufgeflogen« sei, veranlasste die Familie Abendroth Ende 1948 dazu, aus der SBZ zu fliehen.⁶⁵ Schon Anfang 1949 konnte er jedoch seine neue Stelle in Wilhelmshaven-Rüstersiel antreten – ein spannendes Experiment mit dem Anspruch, Studienanwärtern ohne Abitur über vorbereitende Kurse den Zugang zum Studium zu ermöglichen; dazu gab es eine Vereinbarung mit der Uni-

63 Hilde Benjamin leitete nach Widerstand, Verfolgung und Konzentrationslager ab 1947 die Personal- und Schulabteilung der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz in der sowjetischen Besatzungszone. Sie kannte Abendroth aus der gemeinsamen Arbeit in der Roten Hilfe sowie aus der illegalen Widerstandsarbeit in Berlin. Vgl. dazu Diers, Arbeiterbewegung (Anm. 44), S. 435f.

64 Der ehemalige deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Ernst Stargard war von 1946 bis 1949 Justizminister in Brandenburg, bevor er 1950 in die Bundesrepublik floh. Vgl. ebd., S. 435.

65 Ebd., S. 474-480.

versität Göttingen.⁶⁶ Dieses Amt übte Abendroth bis zu seinem Dienstantritt am 31. März 1951 als Ordinarius für Wissenschaftliche Politik in Marburg aus.

3.2 Marburg und Wiesbaden – Kontinuität und Neuanfang nach 1945

Die Analyse der an der Berufung Abendroths beteiligten Institutionen und Personen ergibt ein bemerkenswert ambivalentes Bild. Die Universitätsentwicklung war von Kontinuität, die des Landes dagegen von Umbruch geprägt. Die altehrwürdige Marburger Universität hatte ihre jahrhundertealte Struktur – Rektoratsverfassung, Fakultäts- und Ordinarienstruktur – bis in die 1970er Jahre bewahrt. Kurzum: Ein von den Ordinarien jährlich gewählter Rektor leitete, unterstützt vom Leiter der Verwaltung, die Universität. Die Wissenschaftsstruktur der Universität war durch vier Fakultäten (Theologische, Rechts- und Staatswissenschaftliche, Medizinische und Philosophische) bestimmt. Abberufungen von Ordinarien waren nur aus beamtenrechtlichen Gründen möglich und Nachfolger von vakanten Lehrstühlen durften ohne Stellenausschreibung ausschließlich von fachnahen Ordinarien der Fakultät in Form von Berufungslisten (i.d.R. drei Kandidaten) ausgewählt werden – eine Berufung vonseiten des Kultusministeriums erfolgte anhand dieser Berufungslisten. Andere Wissenschaftler*innen – Privatdozent*innen, außerordentliche oder Honorarprofessor*innen – waren an diesem Prozess nicht beteiligt, Studierende schon gar nicht. Es waren überdies seit 1527 nur Männer, die ein Ordinariat bekleideten. Erst 1952 wurde mit der Pädagogin Elisabeth Blochmann die erste Frau auf ein Ordinariat an der Marburger Universität berufen.⁶⁷

Universitätsangehörige, die jüdischer Herkunft oder politisch unliebsam waren, hatte die NS-Diktatur zunächst aus dem Lehrkörper der Universität entfernt, später auch verfolgt, inhaftiert, ermordet oder in die Emigration getrieben. Mit zunehmender Dauer des Regimes erhöhte sich der politische, wirtschaftliche und psychologische Druck sowie die Repressionen auf diejenigen Universitätsangehörigen, die sich dem System verweigerten oder widerständig waren – unter anderem Angehörige der Bekennenden Kirche, die an der Marburger Universität stark vertreten waren. Zu den indirekten Druckmitteln gehörte etwa die Aufforderung an alle deutschen Beamten, inklusive der Ordinarien, in die NSDAP einzutreten. Eine Parteimitgliedschaft war nach 1945 vor allem hinsichtlich der Entnazifizierung von hoher Bedeutung, da sie zur Entlassung aus einem Ordinariat führen konnte und in den Spruchkammerverfahren ein zentrales Kriterium darstellte. Zu den entlassenen Ordinarien der Marburger Universität gehörten neben den beiden Historikern Mommsen und Taeger⁶⁸ auch die Juristen Heinrich

66 Vgl. dazu Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim, Ein Hochschulexperiment der frühen Nachkriegsjahre: Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel 1949-1962, in: Martin Baethge/Wolfgang Eßbach (Hg.), Soziologie: Entdeckung des Alltäglichen. Hans Paul Barth. Festschrift zu seinem 65. Geburtstag, Frankfurt a.M. 1983, S. 455-476.

67 Als erste Professorin an der Philipps-Universität gilt Luise Berthold, die seit 1930 in Marburg forschte und 1947 allerdings »nur« zur außerplanmäßigen Professorin berufen worden war.

68 Siehe dazu Anne C. Nagel, Von der Schwierigkeit, in Krisenzeiten liberal zu sein. Der Fall Mommsen, in: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 229-251; Interview »Neubeginn und Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in den 1950/60er

Herrfahrdt, Rudolph Reinhardt und Ulrich Stock sowie der Bursenleiter Mannhardt und der außerordentliche Professor für Psychologie Gert Heinz Fischer, der sich im NS-Staat als Rassenpsychologe einen Namen gemacht hatte. Bis auf einen gelangten alle entlassenen Ordinarien der Universität Marburg Anfang der 1950er Jahre wieder auf ihren Lehrstuhl; »Amtsverdrängte« wurden wieder »eingegliedert«, wie es in dieser Zeit beschönigend hieß.⁶⁹

Zur Gruppe derjenigen Ordinarien, die während der NS-Zeit und auch nach 1945 Funktionen in der akademischen Selbstverwaltung wahrgenommen hatten, zählten neben dem Philosophen Julius Ebbinghaus als Rektor auch der Jurist Gerhard Albrecht und die Theologen Rudolph Bultmann, Ernst Benz sowie Emil Balla, die sämtlich als Dekane amtiert hatten. Nach 1945 als Ordinarien neu berufen wurden der Psychologe Heinrich Düker, der Historiker Fritz Wagner, der Musikwissenschaftler Hans Engel und der Mediziner Werner Villinger; darüber hinaus wurden die emigrierten Germanisten Werner Milch und Johannes Klein als außerplanmäßige Professoren wieder eingestellt.

Bis zum Herbst 1950 hatten aber auch vom NS-Regime verfolgt und nach 1945 wieder eingestellte Wissenschaftler wie der Ordinarius für romanische Philologie Werner Krauss oder der auf amerikanischen Druck berufene Neuzeithistoriker Franz Borkenau die Universität Marburg wieder verlassen: Krauss, inzwischen der KPD beigetreten, war nach Leipzig in die SBZ gegangen, und Borkenau, dessen Vorlesungen starken Zulauf von Studierenden erhielten, war wieder an die US-amerikanische »Information Services Division« mit Sitz in Bad Nauheim zurückgekehrt. Offensichtlich war er in der Marburger Professorenschaft als außerordentlicher Professor nicht angekommen und angenommen.⁷⁰ Insgesamt kann ein hohes Maß an personeller Kontinuität in der Gruppe der Ordinarien festgestellt werden, nicht nur im Wissenschaftsbetrieb allgemein, sondern auch in den akademischen Leitungsfunktionen der Universität, der Dekanate – und nicht zuletzt auch in der Berufungskommission zur Besetzung des Lehrstuhls für Wissenschaftliche Politik.

Dagegen muss die Entwicklung des Landes Hessen als Umbruch bezeichnet werden.⁷¹ Der institutionelle Rahmen wurde durch neue demokratische Strukturen (Landesverfassung, Pressewesen, Parteien und Wahlen) sowie neues »Personal« umfassend umgestaltet. Viele Landes- und Regierungspolitiker – Karl Geiler (parteilos), Oskar Müller (KPD), Ludwig Bergsträsser (SPD), Eugen Kogon (CDU), Christian Stock (SPD), Erwin Stein (CDU), Walter Hilpert (CDU), Georg August Zinn (SPD), Hermann Louis Brill (SPD) – hatten unter dem NS-Regime gelitten; sie waren unterdrückt, verfolgt, inhaftiert oder gefoltert worden. Ihr Antifaschismus war sozusagen parteiübergreifend. Die

Jahren« mit Hans Mommsen, H-Soz-Kult v. 3.2.1999, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/intervie/hmommsen.htm>> (21.2.2020); Mathias Willing, Häutungen eines Althistorikers. Das Bild Fritz Taegers (1894-1960) in der Wissenschaftsgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 67 (2019), H. 12, S. 1011-1030.

69 Oliver Schael, Die Grenzen der akademischen Vergangenheitspolitik: Der Verband der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer und die Göttinger Universität, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 53-72, hier S. 70-72.

70 Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996, S. 201-204.

71 Bis auf die Gemeinsamkeit, dass auch in der Landesregierung nur Männer vertreten waren.

Auffassung, politische und soziale Demokratie gehörten zusammen, war grundlegend für die ab 1946 in Hessen regierende Große Koalition. Hier verbanden sich Elemente des »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«⁷² mit sozialdemokratischen Vorstellungen eines geplanten, demokratischen Sozialismus. Der in der Hessischen Verfassung verankerte »Sozialisierungsartikel« war Ausdruck dieser Haltung und durch Zustimmung per Volksabstimmung 1946 eindrucksvoll bestätigt worden.

Konsens herrschte auch in Fragen der Bildungspolitik. Demokratisches Verhalten und Bewusstsein sollten durch Öffnung der verkrusteten Bildungsstrukturen und durch politische Bildung gefördert werden – nicht nur an den Schulen, sondern auch an der Hochschule und den beiden Landesuniversitäten. Die neue Disziplin Wissenschaftliche Politik sollte als Demokratiewissenschaft fest etabliert werden. Das fand die uneingeschränkte Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht, die 1945 den Kultusminister Franz Böhm (CDU) wegen seiner konservativen Schulpolitik amtsentlassen hatte.⁷³ Am symbolträchtigen Tag der 100-Jahr-Feier der Paulskirchen-Bewegung im Mai 1948 hatte Ministerpräsident Stock den Kabinettsbeschluss verkündet, drei neue Lehrstühle für Wissenschaftliche Politik zu schaffen.⁷⁴ Bereits 1947 hatte der Kultusminister Stein in seiner Antrittsrede im Landtag deutliche Kritik am zögerlichen Reformverhalten der hessischen Professorenschaft geäußert – verbunden mit der Entlassung eines Marburger Ordinarius.⁷⁵ Ein solches Vorgehen hatte es bis dahin weder in Hessen noch in Marburg je gegeben.

Stein nahm die Vorkommnisse an der Universität Marburg zum Anlass, seine demokratischen Reformvorstellungen darzulegen und gegen restaurative Tendenzen durchzugreifen. Die Umbettung Friedrichs des Großen und Paul von Hindenburgs in die Elisabethkirche 1947 war von zwei Jugendlichen zur Niederlegung eines Trauerkranzes genutzt worden, was in weiten Teilen der Marburger Öffentlichkeit als Sympathiebekundung gesehen und begrüßt worden war.⁷⁶ Etwa zeitgleich hatte sich an der Universität eine Gruppe von Wissenschaftlern unter Führung des Sprachwissenschaftlers Walther Mitzka gebildet, die massiv gegen die unter dem Rektorat des Philosophen Ebbinghaus 1945/46 durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen protestierten: Wie die NS-Politik zur Einvernahme der Wissenschaft sei auch die neuerliche »Politisierung« durch die Entnazifizierungspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht und

72 Zit.n. Andreas Hedwig, Erwin Stein und der Leitgedanke des Sozialismus aus christlicher Verantwortung, in: Ders./Gerhard Menk (Hg.), Erwin Stein (1903-1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegspolitikers, Marburg 2004, S. 45-64; Anne C. Nagel, Ein Mensch und zwei Leben: Erwin Stein (1903-1992), Wien 2019, hier S. 100f.

73 Hessische Landesregierung, Protokoll der Kabinettsitzung v. 21.2.1946, in: Andreas Hedwig (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Hessischen Landesregierung, Bd. 1: Kabinett Geiler (1945-1946), Wiesbaden 2000, S. 440-442; Barbara Wolbring, Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945-1949), Göttingen/Bristol 2014, S. 349-408.

74 HHStAW, 502, 8221, Beschluss-Protokoll der Sitzung des Kabinetts v. 12.5.1948, S. 3. Die ursprünglich favorisierte Hochschule für Politik scheiterte am Einspruch des Finanzministers Walter Hilpert.

75 Erwin Stein, Das Hochschulwesen und Reorganisation des Hochschulwesens. Rede im Hessischen Landtag, in: Hessischer Landtag, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll Nr. 5 v. 19.3.1947, S. 52-58.

76 Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Hussong im vorliegenden Band.

ihrer Handlanger (Ebbinghaus) abzulehnen. In der Folge entließ der Kultusminister den aufrührerischen Professor Mitzka und prangte im Landtag öffentlich die mangelnde Kooperationsbereitschaft vieler Professoren beim demokratischen Neuaufbau des hessischen Hochschulwesens an:

»Verbürgen die Senate und Fakultäten in ihrer heutigen Zusammensetzung den Willen, die Kraft und die Einsicht zu energischer und zielbewußter Erneuerung? Werden sie entschlossen und beharrlich genug nach solchen Kräften Ausschau halten, die vom Dritten Reich aus einer aussichtsreichen Laufbahn verdrängt worden sind? Bisher erscheint es mir zuweilen, als sei das Interesse an der Rettung Gefährdeter stärker als das Interesse an der Wiedergewinnung Verfolgter, als sei die persönliche Rücksichtnahme auf den Kollegen und die gesellschaftliche Bindung an ihn stärker als die wahre, an den Forderungen der Sittlichkeit und dem Gewissen orientierte Kollegialität.«⁷⁷

1951 durfte Mitzka seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Zwischenzeitlich war Luise Berthold stellvertretend die Leitung des Sprachatlasses übertragen worden; nach der Wiedereinsetzung Mitzkas musste sie wieder zurück zum Hessisch-Nassauischen Wörterbuch.

Die Besetzung der drei neuen Lehrstühle für Wissenschaftliche Politik zog sich hin, da die im Wintersemester 1948 und im Sommersemester 1949 von den Universitäten vorgelegten Berufungsvorschläge sich nicht hatten realisieren lassen – vor allem deshalb, weil der auf Platz eins gesetzte Ernst Wilhelm Meyer sich nicht entscheiden konnte, an welche Universität er denn gehen wollte. Alle anderen Kandidaten der Liste waren vom Ministerium abgelehnt worden oder hatten inzwischen andere Positionen gefunden.⁷⁸ Damit scheiterte der erste Besetzungsversuch für Marburg.

Der vom Ministerium und auch von der Marburger Universität favorisierte Meyer hatte als Jurist und Diplomat schon während der Weimarer Republik praktische Politikerfahrung sammeln können und hatte außerdem von 1937 bis 1947 als Professor für Political Science an der Bucknell University in Pennsylvania gelehrt. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1947 war er von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Marburg vom Wintersemester 1948/49 bis zum Wintersemester 1949/50 mit einem Lehrauftrag für Außerdeutsches Staatsrecht, Völkerrecht und Außenpolitik betraut worden.⁷⁹ Sicher auch mit dem Kalkül, ihn auf den Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik zu holen und wenn schon nicht an die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, dann eben an die Philosophische – mit der Gewissheit, dort einen engen Verbündeten zu haben. Und in der Tat hatte ihn die Kommission auf den ersten Platz der Berufungsliste gesetzt. Der Plan schien aufgegangen. Allein, Meyer konnte sich zunächst nicht zwischen Marburg und Frankfurt entscheiden. Schließlich zog er Frankfurt vor, sehr zur Enttäuschung der Marburger Juristen.⁸⁰

77 Stein, Hochschulwesen (Anm. 75), S. 56.

78 HHStAW, 502, 8325, Protokoll der Sitzung des Kabinetts v. 19.4.1950, S. 2; Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 307d, 2836, Notiz des Dekans Dahlmanns v. 29.9.1949.

79 Philipps-Universität Marburg, Vorlesungsverzeichnis, Wintersemester 1948/49, S. 34.

80 Bereits 1953 kehrte Meyer als deutscher Botschafter in Indien in den diplomatischen Dienst zurück. Sein Nachfolger an der Frankfurter Universität wurde Carlo Schmid.

Für die Technische Hochschule in Darmstadt zeichnete sich als einvernehmliche Lösung die Berufung des promovierten Juristen Eugen Kogon ab, Mitherausgeber der *Frankfurter Hefte* und Verfasser der damals weit verbreiteten Schrift *Der SS-Staat*, in welcher er seine Erfahrungen aus der Haft im Konzentrationslager Buchenwald verarbeitet hatte.⁸¹

3.3 Neuer Versuch

Die bildungspolitischen Pläne der Hessischen Landesregierung zur Wissenschaftlichen Politik fanden über die Landesgrenzen hinaus Beachtung. In Kooperation mit der US-amerikanischen Besatzungsmacht war für September 1949 eine wissenschaftspolitische Konferenz über die »Einführung der politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen« in Waldeinigen organisiert worden, zu der Vertreter aller westdeutschen Kultusministerien sowie Universitäten und Hochschulen eingeladen worden waren.⁸² Hauptredner waren Karl Loewenstein, der Political Science am Amherst College lehrte, Doyen der deutschsprachigen Emigration in den USA, der Straßburger Ordinarius für Internationales Öffentliches Recht Robert Redslob sowie der ehemalige Hessische Ministerpräsident Karl Geiler, der seit 1947 als ordentlicher Professor für Internationales Recht an der Universität Heidelberg lehrte.

Die positiven Erfahrungen in den USA und in Frankreich sollten die wissenschaftliche und hochschulpolitische Elite Westdeutschlands motivieren, die neue Disziplin in den universitären Fächerkatalog aufzunehmen. In der Diskussion über dieses Ansinnen gab es von deutscher Seite allerdings nur wenig Zustimmung. Lediglich der Gründungsrektor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel, Wolfgang Abendroth, setzte sich dafür ein und berichtete von den ersten Erfahrungen dieser Reformhochschule. Dort war die Disziplin interdisziplinär mit klassischen Fächern wie Recht, Geschichte, Wirtschaft und Soziologie verbunden. Über spezielle Kurse sollte Studierwilligen ohne Abitur das »ordentliche« Studium an einer deutschen Universität ermöglicht werden.⁸³

Die positive Stellungnahme Abendroths blieb im Verlauf der Debatte nicht nur die Ausnahme, vielmehr wurde sie mehrheitlich von den anwesenden deutschen Hochschulvertretern als nicht übertragbar für klassische Universitäten angesehen. Das neue Fach sei überflüssig und dessen Inhalte bereits in traditionellen Fächern wie Rechtswissenschaften, Geschichte und Soziologie bestens aufgehoben. Einer der Hauptkritiker, der Erlanger Rektor Friedrich Baumgärtel, lenkte in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf anwesende Vertreter der Militärregierung, deren Namen nicht in der Teilnehmerliste aufgeführt worden waren. Er suggerierte eine »ausländische Einflussnahme« auf Angelegenheiten, die eigentlich von deutscher Seite zu entscheiden seien.

81 Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, Berlin 1947.

82 Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.), *Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Gesamtprotokoll der Konferenz von Waldeinigen vom 10. und 11. September 1949*, Frankfurt o.J. [1950].

83 Vgl. dazu ausführlich Solms-Roedelheim, *Ein Hochschulexperiment* (Anm. 66).

Die große Zahl bereits abgereister Teilnehmer vor der Abstimmung über die Schlussresolution lässt auf große Sympathien für die Position Baumgärtels schließen.⁸⁴ Immerhin wurde beschlossen, die Etablierung der Disziplin zu prüfen und für die Ausarbeitung von Verfahrensvorschlägen einen Vorbereitungsausschuss einzusetzen. Die Folgekonferenz in Königsstein 1950 war wesentlich erfolgreicher: Sie empfahl die Einrichtung des Faches und beschloss überdies die Herausgabe einer speziellen Fachzeitschrift sowie die Gründung einer eigenen Fachgesellschaft, die den Namen »Deutsche Vereinigung für wissenschaftliche Politik« tragen sollte und zu dessen Vorstandsmitglied Abendroth gewählt wurde.⁸⁵

3.4 Das Berufungsverfahren in Marburg

Mit Bezug zur Konferenz von Waldeiningen hatte das hessische Kultusministerium im Oktober 1949 die Universitäten des Landes aufgefordert, zur Einrichtung des Faches Wissenschaftliche Politik Stellung zu nehmen und erneut Berufungsvorschläge einzureichen. Kultusminister Stein betont in diesem Zusammenhang, dass er bei weiterer Untätigkeit auch selbst berufen könne, da es sich um neu geschaffene Lehrstühle handle – eine Rechtsauffassung, die die Universität Marburg freilich vehement bestritt.

In Marburg war die neue Disziplin skeptisch aufgenommen worden. Die Theologische Fakultät begrüßte zwar deren Einrichtung, lehnte aber die obligatorische Teilnahme an Seminaren und Vorlesungen zur staatsbürgerlichen Bildung ab und warnte vor parteipolitischen Einflüssen.⁸⁶ Die Juristische Fakultät teilte die auch von anderen Universitäten vorgetragenen Bedenken: Die Konturen des Faches seien unscharf, Forschungsmethoden und Teilgebiete nicht entwickelt und schließlich existiere mit der Hochschule für Politik lediglich außerhalb der Universität angesiedelte Erfahrung. Vergleiche »aus dem Ausland« – wie etwa in Frankreich mit den *Sciences Politiques* oder im angelsächsischen Raum mit der *Political Science* – seien nicht auf Deutschland übertragbar:

»Die Errichtung von Lehrstühlen für Politik kann nur ausnahmsweise empfohlen werden, wo besonders geeignete Persönlichkeiten dazu vorhanden sind. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so bieten politische Lehrstühle einen Anreiz für Parteipolitiker und Journalisten in die Universität einzudringen, ohne deren wissenschaftliche Ansprüche zu erfüllen.«⁸⁷

Als besten Weg zur Förderung der »politischen Wissenschaften« empfahl die Fakultät nicht die Einrichtung von besonderen Lehrstühlen, sondern den »Zusammenschluss

84 Friedrich Baumgärtel/Georg Weippert, *Politische Wissenschaften an den Hochschulen?*, Erlangen 1949, S. 3-14.

85 Die neue Disziplin trug anfänglich verschiedene Bezeichnungen u.a. Wissenschaft von der Politik, Politologie, Politische Wissenschaften oder Wissenschaftliche Politik. Erst in den 1980er Jahren setzte sich der Terminus Politikwissenschaft durch.

86 UAM, 307d, 2836, Bericht des Marburger Rektors an die deutsche Rektorenkonferenz, v. 14.11.1949, S. 1.

87 Ebd., S. 2.

von bewährten Vertretern der verschiedenen, für die Politik wesentlichen Einzelwissenschaften in Arbeitsgemeinschaften«. ⁸⁸ Dieser Vorschlag fand im Ministerium jedoch keine Zustimmung, zumal die Philosophische Fakultät ihre Bereitschaft zur Aufnahme des Lehrstuhls erklärt hatte. Auf Beschluss des akademischen Senats wurde die Disziplin dann auch dort verortet. Zur Beschleunigung des Marburger Berufungsverfahrens benannte Stein schon mal seinen Favoriten: Carlo Schmid, Ordinarius für Rechtswissenschaften, Staatsrat in Südwürttemberg-Hohenzollern (Tübingen) und stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

Von Oktober 1949 bis Juni 1950 nahm die Berufungskommission ⁸⁹ einen erneuten Anlauf und einigte sich schließlich auf einen ungewöhnlichen Vorschlag, der aus drei Teilen bestand. Der vom Kultusministerium als Kandidat vorgeschlagene Schmid wurde in einem Sondergutachten zwar als politikerfahrener Hochschullehrer gewürdigt, zugleich aber mit dem Argument abgelehnt, er könne angesichts seiner vielfältigen politischen Verpflichtungen das Amt als Ordinarius in Marburg wohl nicht voll ausüben. ⁹⁰ Die Kommission hatte sich ohne Konflikte auf Johann Albrecht von Rantzau geeinigt. In den letzten Kommissionssitzungen im Juni 1950 konzentrierte sich die Diskussion auf zwei Kandidaten für die weiteren Plätze: Jürgen von Kempfski und Wolfgang Abendroth.

Der Kommissionsvorsitzende Hermann Walcher war in der Sitzung vom 5. Juni 1950 aufgefordert worden, zu beiden die Meinung des zur Sitzung verhinderten Mitglieds Schwinge einzuholen, die er in der Sitzung vom 7. Juni 1950 mitteilte: »1) zu Abendroth: a) Steininger (Staatsrechtler an Humboldtuniversität, Kommunist) nennt ihn einen Trotzkieker. b) Meyer (Ffm.) sagt, er gehöre dem sozialrevolutionären Flügel der SPD an.« Zu Kempfski habe Schwinge ausgeführt, dass dieser 1933 der Berliner Fakultät als »Paradepferd« oktroyiert worden sei und eine »rein politische Karriere« aufweise, was im Berufungsverfahren die »Abwehrstellung gegen aktive Parteipolitiker« erschwere. Die Kandidaten Abendroth und Kempfski »gefährden unsere Spitzenkandidaten« meinte Schwinge. Walcher habe Schwinge das von Düker in den vorangegangenen Diskussionen vorgebrachte Argument dargelegt: Wir haben Kollegen in den Lehrkörper aufgenommen, die im 3. Reich zunächst mitgemacht und dann abgeschwenkt haben. Warum soll A. nicht ebenso behandelt werden?«, worauf Schwinge geantwortet habe: »Fehler, die man im 3. Reich gemacht hat, sollten eine Lehre sein, jetzt dürften sie nicht wiederholt werden.« ⁹¹

88 Ebd.

89 Mitglieder waren die 1946/47 nach Marburg berufenen Ordinarien Hermann Walcher (Physik), Fritz Wagner (Geschichtswissenschaft), Heinrich Düker (Psychologie) und Hans Engel (Musikwissenschaft) sowie die bereits vor 1933 berufenen Professoren Julius Ebbinghaus (Philosophie), Fritz Taeger (Alte Geschichte), Heilfried Dahmann (Klassische Philologie) und Walther Fischer (Englische Philologie). Als nicht stimmberechtigte Mitglieder kooptiert waren Heinrich Herrfahrdt (Öffentliches Recht) und Erich Schwinge (Strafrecht) von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, die ebenfalls während der NS-Zeit berufenen worden waren.

90 UAM, 307d, 2836, Dekan der Philosophischen Fakultät an den Hessischen Kultusminister, 15.6.1950, S. 1.

91 UAM, 307d, 2836, Wissenschaftliche Politik ab 1948. Handschriftlicher Protokollvermerk Walcher über die Sitzung der Berufungskommission v. 7.6.1950.

Der Historiker Fritz Wagner hatte schon in der Sitzung vom 5. Juni 1950 bemerkt, dass die Gutachten über Abendroth »dürftig« seien; im Übrigen teilte er mit, dass »der Kultusminister nichts gegen die Streichung von Abendroth« habe.⁹² Aus dem Kandidatenfeld wurde schließlich eine »normale« Dreierliste geformt mit von Rantzau, von Kempfski und Abendroth. Parallel dazu wurde eine Zweierliste mit eher journalistisch qualifizierten Bewerbern (Dietrich Mende und Henry Paul Jordan) verabschiedet. Diese Aufstellung wurde von der Philosophischen Fakultät beschlossen und sollte über den Senat nach Wiesbaden weitergeleitet werden. Der Senat gab die Listen jedoch nach Intervention Schwinges, der als Dekan Mitglied des Senates war, an die Fakultät mit der Aufforderung zurück, eine Liste mit von Rantzau, Mende und Jordan aufzustellen.⁹³ Das lehnte die Fakultät allerdings ab, woraufhin der Senat ein Sondervotum beschloss. Er stimmte für die Berufung der beiden Erstplatzierten von Rantzau bzw. Mende und äußerte mehrheitlich Bedenken gegen die Berufung von Jordan, von Kempfski und Abendroth.⁹⁴ Mit diesen Beschlüssen schien die Berufung Abendroths höchst unwahrscheinlich. Warum kam sie trotzdem zustande?

3.5 Die Entscheidung in Wiesbaden

Abendroth war sich – wie dargestellt – sicher, dass Stein ihn berufen habe. Es mag sein, dass der Kultusminister qua Amt mit Abendroth die Berufungseinzelheiten kommuniziert hat, aber für dessen Berufung war er keineswegs, wie er 1980 gegenüber Arno Mohr bemerkte. Demnach wollte selbst Ministerpräsident Stock Abendroth nicht berufen, da er ihm zu »wirr« sei.⁹⁵ Nach Aussage Steins habe man dem Ministerpräsidenten Abendroth aus bestimmten SPD-Kreisen »aufgenötigt«.⁹⁶ Wenn demnach weder Stock noch Stein Abendroth wollten, wieso kam es dann im Oktober 1950 zu jenem Kabinettsbeschluss, der eine Berufung Abendroths nach Marburg vorsah – und zwar verfahrenswidrig ohne Kabinettsvorlage, auf Vorschlag von Stock und per Mehrheitsbeschluss gegen das Votum Steins?

Aus der Gesamtkonstellation der Machtverhältnisse im 2. Kabinett der Hessischen Landesregierung können es nur zwei einflussreiche SPD-Politiker gewesen sein, die dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten überhaupt etwas hätten »aufnötigen« können: Brill und Zinn. Zweifellos stand Abendroth diesen näher als die beiden anderen

92 UAM, 307d, 2836, Wissenschaftliche Politik ab 1948. Handschriftlicher stenographischer Protokollvermerk Walchers über die Sitzung der Berufungskommission v. 5.6.1950, S. 1. Für die Übertragung danke ich vielmals Claudia Lingelbach.

93 UAM, 305a, 8912, Senat, Bd. 1: 1948-52, Niederschrift der Senatssitzung v. 8.5.1950, S. 1

94 UAM, 305a, 8912, Senat, Bd. 1: 1948-52, Niederschrift der Senatssitzung v. 19.6.1950, S. 3.

95 Arno Mohr, Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Wege zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1965, Bochum 1988, S. 135. Quellenkritisch muss angemerkt werden, dass dies die Erinnerung Steins von 1980 ist. Sein »zweites Leben« als Richter am Bundesverfassungsgericht, dem es oblag, den Verbotantrag im KPD-Prozess zu formulieren, mag die Einschätzung des von ihm nicht gewollten Ergebnisses akzentuiert haben. Abendroth war bekannter Gegner des KPD-Verbots. Vgl. Wolfgang Abendroth, Einige Bemerkungen zur Analyse der politischen Funktion des KPD-Verbotes, in: Ders./Helmut Ridder/Otto Schönfeld (Hg.), KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben?, Reinbek 1968, S. 27-29.

96 Mohr, Politikwissenschaft (Anm. 95), S. 135.

nominierten Kandidaten von Rantzau und von Kempfski. Mit ihm waren sie nicht nur über die gemeinsame Parteimitgliedschaft verbunden, sondern auch durch antifaschistische Widerstandserfahrungen (während Brill Mitverfasser des *Buchenwalder Manifestes für Frieden, Freiheit, Sozialismus* war, kannten sich Zinn und Abendroth aus Aktionen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin). Und schließlich hatte Zinn Abendroth 1946 geraten, sein 2. Staatsexamen in Potsdam nachzuholen. Der Justizminister war an der Etablierung des Fachs an der als konservativ geltenden Universität Marburg besonders interessiert und wusste sicher auch von seiner Ehefrau, die in Marburg unter anderem bei Schwinge studiert hatte,⁹⁷ wo der größte Nachholbedarf in Sachen Demokratiewissenschaft bestand.

Brill und Zinn waren allerdings nicht mehr am Kabinetttisch vertreten, denn sie hatten nach der Bundestagswahl vom August 1949 ihr Mandat in Bonn angenommen – waren also »außenstehend«. Brill war aber als Leiter der Staatskanzlei von 1946 bis 1949 tief in den Politik- und Verwaltungsstrukturen der Ministerien sowie in Kabinettskreisen verwurzelt. Ihm war die Etablierung des Fachs Wissenschaftliche Politik und die viel zu lange verzögerte Besetzung der Lehrstühle eine »Herzensangelegenheit«.⁹⁸ Noch wirkungsmächtiger war dagegen Zinn, der seit den Gründungsverhandlungen über die Landesverfassung mit Stock und Stein die Geschicke des Landes wesentlich mitbestimmt hatte. Als Justizminister und Vorsitzender der Landespersonalkommission war er ferner an allen relevanten Personalentscheidungen beteiligt. Last but not least hatte Zinn die Konferenz von Waldeiningen wesentlich mit vorbereitet, dafür hatte ihm Stein in seiner Eröffnungsrede gedankt.⁹⁹

Weiterhin kommt hinzu, und das erklärt das ungewöhnlich hektische Vorgehen: nämlich der Zeitdruck durch die anstehenden Landtagswahlen. Die Berufungsentscheidung für Abendroth fiel in einer der letzten Kabinettsitzungen vor der Landtagswahl am 19. November 1950.¹⁰⁰ Wie die Wahl ausgehen würde, war nicht eindeutig und es war unsicher, ob die bestehende Große Koalition fortgesetzt werden könnte. Daher war es für Brill und Zinn, aber auch offensichtlich für Stock wichtig, dass der dritte noch zu besetzende Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik mit einem Sozialdemokraten besetzt werden würde – und das war Abendroth, der sich zudem auf Anfrage kurzfristig für die Übernahme des Lehrstuhls in Marburg entschieden hatte, trotz einer Berufungsanfrage der Freien Universität Berlin.

97 Schwinge-Stumpf, Juristenleben (Anm. 16), S. 110.

98 Zibell, Der »Fall Brill« (Anm. 50), S. 169.

99 Hessisches Ministerium, Die politischen Wissenschaften (Anm. 82), S. 7.

100 Hessische Landesregierung, Protokoll der Kabinettsitzung v. 26.10.1950, in: Klaus Eiler (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Hessischen Landesregierung, Bd. 2: Kabinett Stock 1947-1959, Wiesbaden 2020, S. 506. Dieter Kramer setzt irrtümlich die Erstberufung Abendroths als Ordinarius nach Jena 1948 mit dem Datum seiner Berufung nach Marburg (1950) gleich. Siehe dazu Dieter Kramer, »Marx an der Uni«. Zur Tätigkeit von Wolfgang Abendroth in Marburg, in: Ders./Christina Vanja (Hg.), Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977, S. 275-291, hier S. 276.

3.6 Im Ordinariat zwischen den Stühlen

Nach Aufnahme seiner Lehrtätigkeit zum Sommersemester 1951 eröffnete der amtierende Dekan Wagner, der sich in der Berufungskommission gegen Abendroth ausgesprochen hatte, dessen Amtsantritt nicht wie üblich mit der Erörterung, wann die Antrittsvorlesung stattfinden solle, sondern mit der Erwartung, dass Abendroth keinen »parteilichen« Einfluss ausüben möge.¹⁰¹ Abendroth erinnert sich an diese Zeit als eine Phase, in der »man versucht [hatte], mir das Leben schwer zu machen«.¹⁰² So wurde seine Vorlesung »Internationale Beziehungen und Völkerrecht« von der Juristischen Fakultät per Aushang für die Referendarsausbildung nicht anerkannt, obwohl das nicht im Ermessen des Dekans lag. Die Anerkennung hätte lediglich vom Staatlichen Prüfungsamt beim Oberlandesgericht Frankfurt verweigert werden können; Abendroths Protest blieb jedoch folgenlos. Seine Benennung in den Prüfungsausschuss für das juristische Staatsexamen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät durch dessen Vorsitzenden führte prompt zum Protest des Dekanats.¹⁰³ Doch hier hatte Schwinge keinen Erfolg, Abendroth blieb als Prüfer während der 1950er Jahre in der Kommission und ihm wurden keineswegs nur Prüfungen zu kirchenrechtlichen Themen zugewiesen; die Zuteilung oblag dem Vorsitzenden Curt Staff, der nach den anstrengenden Prüfungstagen im Kurhotel Ortenberg zu übernachten pflegte und bei dieser Gelegenheit die Einladung zum Abendessen bei den Abendroths gern annahm, die in der Georg-Voigt-Str. 7a, links vom Hotel, in einer Dependence wohnten.¹⁰⁴ Rechts davon, in Nr. 9, wohnte mittlerweile Familie Schwinge. Mit Stolz soll Schwinge seinem Nachbarn in den 1950er Jahren das von Otto Dix gemalte Portrait mit ihm als Rektor gezeigt haben – Marburger Wohnverhältnisse in der Kesseltalage.¹⁰⁵

Nicht ohne Folgen blieb die Anfrage des Abgeordneten Wolfgang Mischnick (FDP) im Hessischen Landtag vom 5. Oktober 1955, der wissen wollte, ob dem Minister bekannt sei, dass Abendroth vorgeworfen werde, in den staatspolitischen Lehrgängen für Gerichtsreferendare »einseitige« Auffassungen vertreten zu haben.¹⁰⁶ Ministerialdirektor Rosenthal-Pelldram fiel es leicht, diese Unterstellung zurückzuweisen, denn Abendroth hatte die Veranstaltung gemeinsam mit dem Marburger Ordinarius für Öffentliches Recht Heinrich Herrfahrdt durchgeführt und da könne von Einseitigkeit keine

101 Kritisch wird diese Position aufgearbeitet in Wolfgang Abendroth, Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966, Berlin 1966, S. 189-208.

102 Abendroth, *Leben* (Anm. 47), S. 115.

103 HHStAW, Abt. 511, Nr. 841, Personalakte Abendroth, Rudolf Reinhardt an Hessischen Minister für Justiz, 12.12.1952, S. 49-52.

104 Elisabeth Abendroth, mündliche Mitteilung v. 8.12.2020.

105 Herbert Claas, schriftliche Mitteilung v. 19.10.2020. Erst zu Beginn der 1960er Jahre zog die Familie Abendroth in die Wilhelm-Roser-Str. 52 und wohnte dort bis zur Emeritierung 1972 zur Miete. Schwinge konnte dagegen zur Rufabwehr mit der Universität Bleibeverhandlungen führen, was es ihm ermöglichte, günstig ein landeseigenes Grundstück am Reitplatzgelände der Universität zu erwerben. Vgl. UAM, 3076, 3659, Schwinge an den Dekan, 28.11.1950.

106 Hessischer Landtag, Protokoll der Plenumsitzung v. 5.10.1955, Beantwortung der Großen Anfrage des Abgeordneten Mischnick (FDP), S. 628-633, hier S. 629.

Rede sein; er verwies zusätzlich auf den Verfassungsgrundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre. Folgenreich blieb dieser, wie auch die an der Universität regelmäßig erhobenen Vorwürfe insofern, als sich mittlerweile in der Stadtgesellschaft herumgesprochen hatte, dass Abendroth ein »Roter« sei.¹⁰⁷ Ihm und seiner Familie machte das wenig aus, aber es war schon verstörend, wenn Lisa Abendroth in manchen Geschäften einfach stehen gelassen und nicht bedient wurde – Selbstbedienung gab es noch nicht – oder die Töchter an der Schule gemobbt wurden.¹⁰⁸

»Die politische Atmosphäre in den fünfziger Jahren kann man sich gar nicht reaktionär genug vorstellen. [...] Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben. Es wurde heimgezahlt, dass die wenigen Antifaschisten in der gerade vorangegangenen Zeit als Aushängeschilder gegenüber den Besatzungsmächten und als ›Persilschein‹-Schreiber im Entnazifizierungsverfahren benutzt werden mussten.«¹⁰⁹

Unter diesem Aspekt ist auch die wissenschaftliche Ausgrenzung Abendroths zu verstehen. So durfte er auf der Jahrestagung der Staatsrechtslehrervereinigung 1953 sein angekündigtes Referat zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nicht halten; Ernst Forsthoff erhielt den Vorzug.¹¹⁰

Süffisant bemerkte Abendroth später, dass er in der Fakultät leidlich geduldet, aber wegen seiner »juristischen Fähigkeiten und Kenntnisse bei den ständigen Fehden zwischen Philosophischer und Juristischer Fakultät oftmals eingespannt« wurde. Mit einer gewissen Verbitterung, die seinen enormen Frust über die restaurativen Entwicklungen in Hochschule und Gesellschaft ausdrückt, muss Abendroth 1972 den Text für seine biographischen Angaben im Professorenkatalog formuliert haben: »1937-1941 passive Tätigkeit im Strafvollzug des 3. Reiches; [...] Wehrmacht und Kriegsgefangenschaft: Februar 1943–November 1946«.¹¹¹ Für eine Neuauflage des Katalogs wurde 1986 auf Wunsch von Lisa Abendroth die Formulierung geändert in: »1937 Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats; 1942 Tätigkeit in einem Wirtschaftsprüferbüro, anschließend Strafbataillon 999«.¹¹²

In den langen 1950er Jahren hatte sich Abendroths politische und wissenschaftliche Position gegenüber der von 1946 nicht wesentlich verändert. Er hielt am Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes fest, soziale und politische Demokratie gehörten für ihn zusammen. Er lehnte die Westintegration der Bundesrepublik in ihren konkreten Schrit-

107 Hessischer Landtag, 5. Wahlperiode, Drucksache, Abt. I, Nr. 1419, Große Anfrage des Abgeordneten Schauß (FDP) v. 3.6.1965.

108 Elisabeth Abendroth, mündliche Mitteilung v. 8.12.2020.

109 Abendroth, *Leben* (Anm. 47), S. 216.

110 Das nicht gehaltene Referat erschien gedruckt als Wolfgang Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Alfred Herrmann (Hg.), *Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser*, Düsseldorf 1954, S. 279-300.

111 Auerbach, *Catalogus* Bd. 2 (Anm. 4), S. 470.

112 Dies. (Bearb.), *Catalogus professorum academiae Marburgensis*, Bd. 3: Von 1971 bis 1991, Teil 1: Fachbereich 01-19, Marburg 2000, S. 2.

ten Wiederbewaffnung, Aufbau der Bundeswehr, EVG-Beitritt sowie das KPD-Verbot entschieden ab. Er unterstütze aktiv die Anti-Atom-Bewegung, zu der auch der Mitunterzeichner des Aufrufs der Göttinger 18, der Marburger Physiker und Atomforscher Wilhelm Walcher gehörte – der ehemalige Vorsitzende der Berufungskommission.

Den Gewerkschaften war Abendroth ein gefragter juristischer und politischer Ratgeber und Unterstützer in der Verteidigung des Streikrechts. Ausgrenzungen wie die Entlassung von Viktor Agartz (Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes) wegen angeblicher Unterstützung aus »Pankow« trat er entgegen – und war doch am Ende der 1950er Jahre innerhalb der SPD isoliert. Das war weniger seiner eigenen Haltung als den Positionsveränderungen der SPD geschuldet. Für seinen mit linkssozialistischer Unterstützung ausgearbeiteten Alternativentwurf zum Godesberger Parteiprogramm hatte er in der Marburger SPD noch Unterstützung bekommen.¹¹³ Doch nach dessen Ablehnung auf dem Godesberger Parteitag blieb nicht mehr viel Gemeinsames. Sein Parteiausschluss 1961 wegen weiterer Unterstützung des im selben Jahr aus der SPD verstoßenen Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) traf ihn schon nicht mehr wirklich.¹¹⁴ Seine politischen Hoffnungen sah er fortan außerhalb der Partei, in den Gewerkschaften und in den sich langsam entwickelnden außerparlamentarischen Bewegungen (wie dem Ostermarsch) sowie in sich formierenden sozialistischen Gruppen.¹¹⁵

3.7 Der weiße Rabe

Rückblickend und kurz vor seiner Emeritierung betrachtete Abendroth 1972 seine Rolle als Hochschullehrer Anfang der 50er Jahre folgendermaßen:

»Der marxistische Hochschullehrer in dieser Zeit, der total vereinzelt war, musste sich darüber klar sein, dass er zunächst nur als Visitenkarte der Ordinarienuniversität von damals existieren konnte. [...] Ordinarien, die mit wenigen Ausnahmen noch aus dem Dritten Reich übernommen waren. Diese Visitenkarte konnte er zu etwas anderem nutzen, was dieser Rolle widersprach. Er konnte dabei teilweise auf das angeschlagene Gewissen seiner Kollegen rechnen, die ihn gleichzeitig als »weißen Raben« ansahen.«¹¹⁶

Dabei konnte er keineswegs »in der Studentenschaft wie ein Fisch im Wasser schwimmen, wie dies in den 60er Jahren in relativem Ausmaß der Fall gewesen« sei.¹¹⁷ Er habe in den ersten Jahren hauptsächlich verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Probleme in den Vorlesungen behandelt, um alle Möglichkeiten wahrzunehmen, das Grund-

113 Georg Fülberth, Wolfgang Abendroth im Kreisverband Marburg/Stadt der SPD, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer, *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe*, Innsbruck 2013, S. 269-283.

114 Richard Heigl, *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968)*, Diss. Augsburg 2007, S. 187-190, <<https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/index/index/docId/567>> (20.5.2020).

115 Gregor Kritidis, *Linkssozialistische Opposition* (Anm. 44), S. 536-539.

116 Abendroth emeritiert. Interview mit Wolfgang Abendroth, in: *marburger blätter* 2 (1972), S. 9-14, hier S. 12. Das Interview führten Herbert Claas, Günter Faure und Wolfgang Hecker.

117 Ebd., S. 13.

gesetz und das Verfassungsrecht der Länder gegen die Umdeutung durch autoritäre und restaurative Interpretationen zu sichern.¹¹⁸

IV. Ausblicke auf die 1960er und 1970er Jahre

Mit der Außerparlamentarischen Opposition in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre hatte sich jedoch die Situation an den Hochschulen deutlich geändert. Nach der Ermordung Benno Ohnesorgs 1967, dem Protest gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und in den Anti-Springer-Kampagnen 1968 fand Abendroth nunmehr Bestätigung und Anerkennung für seine wissenschaftlichen und politischen Positionen. Und er engagierte sich kommunalpolitisch: Zur Wahl der Marburger Stadtverordnetenversammlung 1968 kandidierte er auf Platz 3 der Liste »Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO)«, nach Eberhard Dähne, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des SDS, und Dieter Höhne, dem früheren Geschäftsführer der Marburger SPD. Heinrich Düker kandidierte ebenfalls auf der Liste.¹¹⁹ Die Unterstützungsbekundungen von Hermann Bauer und Rudolph Bultman zeigen, wie stark der gesellschaftliche Wandel hin zu Alternativen sich 1968 auch in Marburg entwickelt hatte.¹²⁰

Mit steigender Anerkennung und Popularität Abendroths wuchsen allerdings auch die Angriffe – erneut und aus den gleichen Kreisen wie zu Beginn der 1950er Jahre. Der Ordinarius für Staatsrecht, Ernst Heuß, behauptete in einem Leserbrief an die *Oberhessische Presse*, dass Abendroth gleich Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels der Brandstifter in der Studentenbewegung sei.¹²¹ »Abendroth = Schreibtischmörder von Frings«, so pinselten es dann auch Korporierte und/oder Neonazis auf die Lahnbrücke zur Mensa.¹²² Und im Bundestagswahlkampf des Jahres 1969 fand der CDU-Wahlkreiskandidat und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Landgerichtsrat Walter Wallmann, dass das Zuchthausurteil über Abendroth von 1937 wegen Hochverrats »sorgsam begründet« und seine Verurteilung nach den damals geltenden Gesetzen rechtskonform gewesen sei; schließlich habe er zum Umsturz aufgerufen – wie in der Weimarer Republik und auch heute (1968).¹²³ Hier scheint die Tradition jener »Marburger Schule« durch, die Schwinge angeblich während der NS-Zeit etabliert hatte. Abendroths Antwort in einem Flugblatt lautete:

»Gegen die Verleumdungen eines Richters zu klagen, der sich in aller Offenheit mit dem Urteil eines politischen Sondersenats des Dritten Reiches identifiziert, scheint

118 Ebd.

119 Vgl. IISG, ASO-Archiv, Wahlzeitung der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition, Marburg 1968, S. 1; Wahlvorschläge zur Kommunalwahl am 28.10.1968, in: *Oberhessische Presse* v. 9.10.1968.

120 IISG, ASO-Archiv, 54, Hermann Bauer an Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition, 1.9.1967; ebd., Rudolph Bultmann an Herrn Weltecke, 23.1.1967.

121 Ernst Heuß, »Schreibtischmörder« (Leserbrief), in: *Oberhessische Presse* v. 27.4.1968; Ders., Ideologie und ihre Folgen (Leserbrief), in: *Oberhessische Presse* v. 11.5.1968.

122 Hans Eifler, Fotografie der Mensabrücke, in: *Oberhessische Presse* v. 19.4.1968; o.V., Verhaßter Kollege, in: *Der Spiegel* Nr. 20 v. 12.5.1968, S. 54f.

123 Stadtarchiv Marburg (StadtA MR), N_12_53_0001, Zeitungsausschnitt »Ein Partisan im Lande der Mitläufer«, aus: *Oberhessische Presse* v. 16.5.1986.

mir im übrigen sinnlos. Zwischen Demokraten, die gegen den Faschismus gekämpft haben, die Gefahren seiner Wiederholung erkennen und deshalb heute rechtzeitig bannen wollen, und Ihnen, Herr Dr. Wallmann, gibt es keine Möglichkeit der Verständigung. Deshalb halte ich die Debatte hiermit für geschlossen.«¹²⁴

Die Rektoren der Universität Marburg, der Rechtswissenschaftler Ekkehard Kauffmann und der Erziehungswissenschaftler Leonhard Froese, distanzieren sich in einem Leserbrief von Wallmanns Wahlkampfmanöver und bedauern öffentlich, dass »sich offenbar Mitglieder des Lehrkörpers dafür hergegeben hätten, der CDU bei ihrer Aktion gegen Abendroth eindeutig Hilfestellung« zu leisten.¹²⁵ Auch die FDP- und SPD-Fraktion im Marburger Stadtparlament verurteilten die Aktion und der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Hanno Drechsler kritisierte die »unqualifizierte Identifizierung der CDU mit der Nazi-Justiz« scharf.¹²⁶ Erst anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Instituts für Politikwissenschaft 2001 fand sich die Stadtgesellschaft dazu bereit, Abendroth zu würdigen. Seitdem dürfen wir die Lahn auf Höhe der Mensa über den Abendroth-Steg queren.

124 Wolfgang Abendroth, Jawohl, Herr Dr. Wallmann. Ich bin Sozialist!, in: Oberhessische Presse v. 27.9.1969; ferner HHStAW, Abt. 511, Nr. 841, Personalakte Abendroth, Sammlung von Zeitungsartikeln v. 27.9.1969.

125 Rektoren gegen CDU-Anwürfe, in: Frankfurter Rundschau v. 27.9.1969. Der Artikel ist in HHStAW, Abt. 511, Nr. 841, Personalakte Abendroth, Sammlung von Zeitungsartikeln v. 27.9.1969, verzeichnet.

126 Ebd.

Ein »Atom-Mädchen« lässt sich anwerben Ulrike Meinhof in ihrer Marburger Zeit

Wolfgang Kraushaar

Nicht wenige Biographen erliegen bekanntlich dem Zwang, den Lebenslauf der jeweils von ihnen dargestellten Person von ihrem Ende her zu definieren und auf diese Weise eine Vita aus ihrer scheinbar immanenten Logik heraus zu entwickeln und so ihre Leserschaft mit einer unübersehbaren Tendenz zur Kausallogik überzeugen zu wollen. Eine solche Finalisierungslogik ist auch im Falle verschiedener Ulrike-Meinhof-Biographien zu beobachten.¹ Eine derartige Linienführung muss aber allein schon deshalb als problematisch erscheinen, weil sie in mancherlei Hinsicht zu sehr zugespitzt wird, vielleicht sogar eindimensional vorgeht, in der Regel aber nur wenig Spielraum für alternative Deutungen bietet, die der Vielschichtigkeit einer Person vermutlich gerechter werden.

Die Entscheidung der einstigen *konkret*-Kolumnistin, sich maßgeblich an der Gründung der Roten Armee Fraktion (RAF) zu beteiligen und in den Untergrund zu gehen, um den bewaffneten Kampf gegen das verhasste politische System aufzunehmen, hat ihrer Biographie gewiss den stärksten Stempel aufgesetzt. Das war zweifelsohne ein existentiell konnotierter Bruch, der durch ihr Bild als Terroristin mehr als jedes andere Rollenverständnis bestimmt hat – und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: in privater, in sozialer, in beruflicher wie in familiärer. Sie trennte sich von ihrem Ehemann, sie nahm einen Ortswechsel vor, indem sie von Hamburg-Blankenese nach West-Berlin zog, womit sie zugleich von einem bourgeoisen in ein kleinbürgerliches Milieu wechselte, sie verließ die *konkret*-Redaktion und hängte mit einem großen Bohei ihren Beruf als Journalistin an den Nagel und sie scheute sich als RAF-Gefangene später nicht einmal davor, den Kontakt zu ihren Zwillingstöchtern abzubrechen und von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht einmal deren Briefe zu beantworten.

Eine andere, kaum weniger problematische Darstellungslogik besteht darin, das Leben einer oder eines Prominenten dem Kriterium einer vermeintlich alles überragenden Kontinuitätslinie unterordnen zu wollen. Auch dafür ließen sich in Meinhofs Fall Beispiele anführen, die darauf hinauslaufen, sie als eine politische Moralistin von

1 Vgl. exemplarisch Katriina Lehto-Bleckert, Ulrike Meinhof 1934-1976. Ihr Weg zur Terroristin, Marburg 2010; Jutta Ditfurth, Ulrike Meinhof. Die Biographie, Berlin 2007.

historischem Rang herauszustellen, die sich nur mit einer tragischen Ausnahmefigur wie der von Freischärlern ermordeten Sozialistin Rosa Luxemburg vergleichen ließe und die ihren Idealen allen Brüchen zum Trotz letztlich immer treu geblieben sei.²

Die Vorbehalte gegenüber diesen beiden Darstellungsvarianten sollten aber nicht dazu führen, die Möglichkeit biographischer Brüche von vornherein nur als gering zu veranschlagen oder aber sie ganz ausschließen zu wollen. Genau um einen solchen *break* soll es in Meinhofs Fall in einer ganz bestimmten Zeitspanne gehen. Er trug sich in ihrer Marburger Zeit zu, in einer Phase also, in der sie noch ein Twen war, eine junge Studentin, die ihr Erwachsenenleben eigentlich noch vor sich hatte.

I. Studienbeginn an der Philipps-Universität Marburg

Als »Fräulein stud. phil. Ulrike Meinhof« – wie es damals üblicherweise noch hieß – im April 1955 in Marburg eintraf, um als 20-Jährige an der Philipps-Universität ein Studium der Pädagogik, Germanistik und Psychologie zu beginnen, galt sie als hochbegabt und konnte auf Voraussetzungen zurückgreifen, von denen die meisten ihrer Kommiliton*innen nur träumen konnten. Sie hatte kurz zuvor am Gymnasium Philippinum in Weilburg ihr Abitur in vier Fächern, darunter Deutsch, Geschichte und Englisch, mit der Bestnote abgeschnitten und zum Monatsbeginn die Bewilligung erhalten, künftig ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes zu beziehen.³ Das war vielversprechend und ließ Gutes, ja Außergewöhnliches erhoffen.

Doch es gab eine schwere Bürde. Die 1934 im niedersächsischen Oldenburg Geborene hatte schon lange zuvor den entscheidenden Teil ihrer Familie verloren. In einem noch am Gymnasium verfassten Lebenslauf schrieb sie:

»Mein bisheriges Leben wurde entscheidend bestimmt durch den Tod meines Vaters als ich fünf Jahre alt war, und durch die Kriegsjahre, die meine Mutter mit uns Kindern durchstand, während sie selber in Ausbildung war. Ich war minderjährig, als sie starb und als meine Schwester und ich Zuflucht fanden bei Frau Prof. Riembeck.«⁴

Sie hatte also nicht nur 1940 ihren Vater, den promovierten Kunsthistoriker Dr. Werner Meinhof, durch eine Krebserkrankung verloren, sondern als 13-Jährige auch noch ihre Mutter Ingeborg, die an den Folgen einer Grippe gestorben war. Die Vormundschaft über die beiden Töchter Ulrike und die drei Jahre ältere Wienke hatte ihre Freundin Renate Riembeck übernommen. Die mit 32 Jahren jüngste Professorin der Republik, die an der Pädagogischen Hochschule Wuppertal Geschichte und politische Bildung lehrte, war nach dem Tod der Mutter psychisch wie geistig zu ihrer wichtigsten Bezugsperson

2 Vgl. u.a. Alois Prinz, Lieber wütend als traurig. Die Lebensgeschichte der Ulrike Marie Meinhof, Weinheim 2003; Mario Krebs, Ulrike Meinhof. Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1988.

3 Vgl. Alexander Gallus, Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes, Göttingen 2016.

4 Lebenslauf zit.n. Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß. Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret, Hamburg 2006, S. 168-170, hier S. 169.

geworden. Diese Rolle gab Riemeck nach Meinhofs Abitur und zu ihrem Studienbeginn nicht einfach auf. Sie transformierte sie eher in die einer Mentorin, die über Jahre hinweg die Entwicklung der jüngeren der beiden Meinhof-Töchter noch maßgeblich beeinflussen sollte.

Das schlug sich schon bei der Auswahl ihrer Studienfächer nieder. Denn sie studierte Fächer, die auf das Lehramt ausgerichtet waren. Sie wollte Lehrerin werden. In ihrem bereits erwähnten Lebenslauf hatte sie geschrieben, dass sie dazu »selbstverständlich durch Renate Riemeck« angeregt worden sei. Eine Rolle habe für sie allerdings auch die Erziehung an der katholischen Liebfrauenschule in Oldenburg und die an der Rudolf-Steiner-Schule in Wuppertal gespielt. Das in beiden Fällen weltanschaulich geprägte Menschenbild habe sie zu dem Wunsch veranlasst, »in die tiefere Problematik der Menschenbildung einzudringen«.⁵ Das schien jedenfalls zum Studienbeginn ihre pädagogische Grundorientierung zu bestimmen.

Dazu passte auch die Einstellung, die sie dabei an den Tag legte. Sie war fleißig, sie war interessiert, nicht unwählerisch und ging ihre Sache überlegt und gut organisiert an. Zwar besuchte sie hin und wieder auch Veranstaltungen des Politik- und Rechtswissenschaftlers Wolfgang Abendroth, den Jürgen Habermas später einmal anerkennend als einen »Partisanen im Lande der Mitläufer« bezeichnen sollte,⁶ aber darin war noch keine besonders ernst zu nehmende Ambition zu erkennen, sich etwas näher mit dem Marxismus oder einer sozialistischen Gesellschaftsoption auseinandersetzen zu wollen. Eigentlich war sie trotz der Einflüsse ihrer Ziehmutter, die bereits eine aktive Rolle in der Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung gespielt hatte, noch ziemlich unpolitisch.

Dabei hätte die politische Situation zu Beginn des Sommersemesters 1955 durchaus Anlass bieten können, sich mit der Entwicklung der Nachkriegsrepublik eingehender auseinanderzusetzen. Denn seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren genau zehn Jahre vergangen. Die Ära der Besatzungszeit ging am 5. Mai 1955 zu Ende und die Bundesrepublik wurde ein souveräner Staat, zumindest wenn man einmal von einigen weiter geltenden und nicht zu unterschätzenden Vorbehaltsrechten der Besatzungsmächte absah. Erst jetzt konnte die Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer, die bis dahin einem Besatzungsstatut unterworfen war und in ihren ersten Jahren noch nicht einmal über ein Außenministerium verfügte, selbstbewusster auftreten. Doch mit der Verabschiedung der Pariser Verträge waren auch neue Verpflichtungen deutlich geworden. Die Westmächte erwarteten, dass der noch junge Staat zielstrebig aufrüsten und möglichst bald Mitglied im Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization) werden würde. Mit der Umsetzung dieser Absichten waren keine geringen Schwierigkeiten verbunden. Denn der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung wollte so wenige Jahre nach Kriegsende keine Wiederbewaffnung.

5 Ebd., S. 170.

6 Jürgen Habermas, Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer. Der Marburger Ordinarius Wolfgang Abendroth wird am 2. Mai sechzig Jahre alt, in: Die Zeit v. 29. 4. 1966, <<https://www.zeit.de/1966/18/partisanenprofessor-im-lande-der-mitlaeufer/komplettansicht?print>> (21. 2. 2021). Zu Wolfgang Abendroth siehe auch den Beitrag von Wolfgang Hecker im vorliegenden Band.

Eine nicht geringe Rolle spielte für die junge, trotz ihrer biedereren Kleidung von Mitstudierenden als attraktiv beschriebene Studentin, die in dem am Steinweg gelegenen Café »Heyden« Jazz-Musik hörte und dabei zum allgemeinen Erstaunen mitunter sogar Pfeife rauchte, die Gestaltung ihrer Freizeit. Schon bald lernte sie den Physikstudenten Lothar Wallek kennen, einen gläubigen Katholiken und angehenden Atomphysiker, der schon an seiner Diplomarbeit saß. Es dauerte nicht lange und sie wurden ein Paar. Von Anfang an ließen sie keinen Zweifel daran, dass sie es mit ihrer Beziehung durchaus ernst nahmen. Sie beschäftigten sich mit Heiratsplänen und kündigten an, sich verloben zu wollen. Kurzum, es ging um eine ziemlich harmonische Einheit von Studium und Privatleben. Alles verlief in ganz geordneten Bahnen, die denen einer überaus angepassten Gesellschaft durchaus entsprachen. Kaum etwas schien auf eine außergewöhnliche Entwicklung der Pädagogik-Studentin hinzuweisen. Doch es sollte anders kommen.

Die junge Meinhof war immerhin eine überzeugte Pazifistin. Diese moralisch begründete Haltung funktionierte wie ein Einfallstor für bestimmte, unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges besonders konfliktbesetzte Themen. Sie beschäftigte sich mit Schriften von gegen den Nationalsozialismus eingestellten Theologen wie Karl Barth oder Dietrich Bonhoeffer und las Robert Jungks Bestseller *Heller als tausend Sonnen*. Darin wurde die Geschichte der am Manhattan-Projekt beteiligten Physiker geschildert, die die erste Atombombe entwickelt hatten, und in der energisch vor einem Nuklearschlag gewarnt wurde.⁷ Und wie es der Zufall wollte, dauerte es nicht lange bis auch das Thema Atomrüstung auf der Tagesordnung der jungen Bundesrepublik Deutschland (BRD) stand. Die Tatsache, dass sie mit dem Wintersemester 1955/56 die beiden Fächer Psychologie und Germanistik aufgab und sich stattdessen für Kunstgeschichte und Geschichtswissenschaft entschied, könnte bereits ein Anzeichen für eine Interessensverschiebung gewesen sein. Allerdings wollte sie noch immer Lehrerin werden und hielt deshalb an Pädagogik als ihrem Hauptfach unverändert fest.

II. Die Gründung des *Studenten-Kurier*, der späteren Zeitschrift *konkret*

Zur selben Zeit als Meinhof in Marburg ihr Studium begann, fand in Ost-Berlin eine denkwürdige Sitzung des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend (FDJ) statt. Es ging an jenem 6. April 1955 um – wie es in der dazugehörigen Vorlage hieß – die »Schaffung einer westdeutschen Studentenzeitung« namens *Studenten-Kurier*. Die staatliche Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gründete ein Blatt, das zweieinhalb Jahre später in *konkret* umbenannt werden und in der Folge noch für manche Schlagzeile sorgen sollte. Die Umbenennung ging auf einen Vorschlag des Schriftstellers Arno Schmidt zurück, der damit erreichen wollte, dass die Studentenschaft als Adressat im Titel verschwand. Er glaubte, dass die Zeitschrift durch diese Aufgabe ihrer Bindung an eine exklusive Lesergruppe eine größere Resonanz erzielen würde.⁸ Die Wahl des neuen Titels beanspruchte der Herausgeber der Zeitschrift Klaus

7 Robert Jungk, *Heller als tausend Sonnen*. Das Schicksal der Atomforscher, Bern u.a. 1956.

8 Vgl. Klaus Rainer Röhl, *Fünf Finger sind keine Faust*, Köln 1974, S. 110.

Abb. 1: Ulrike Meinhof als junge Journalistin, 1964



Privatarchiv Bettina Röhl

Rainer Röhl für sich.⁹ Er sei auf *konkret* gekommen, weil er nach einer Analogie für *Po Prostu* gesucht habe, dem Namen einer seinerzeit als besonders systemkritisch geltenden polnischen Wochenzeitung, der sich am besten mit »offen gesagt« übersetzen

9 Ebd., S. 21. Dies wird auch durch die Erinnerung des *konkret*-Graphikers Horst Sikorra gestützt, vgl. dazu Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 123.

lässt.¹⁰ Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die durch den neuen Titel offenbar Ungemach befürchtete, stimmte ihm nur zögerlich zu.

Die 120.000 Studierenden in der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bekämpften Bundesrepublik stellten, hieß es in dem Papier, »eine bedeutende Kraft in der nationalen Bewegung des deutschen Volkes gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus« dar, die es für die angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands zu nutzen gelte.¹¹ Da es aber in der Studentenschaft Strömungen gebe, in denen die Ablehnung der Remilitarisierung nicht so fest verankert und die zudem antikommunistisch ausgerichtet seien, bedürfe es einer Studentenzeitung, die eine offensive Aufklärungsarbeit betreibe, um »die wahrhaft nationalen Stimmungen« darunter »zum Organ des demokratisch und politisch gesinnten Teils« der Studierenden zu machen. Die Zeitung müsse das »Organ der antimilitaristischen und nationalen Strömungen« werden. Dabei sollten, hieß es geradezu ermahmend, die aus der DDR und der Sowjetunion stammenden deutschlandpolitischen Vorschläge »die feste politische Grundlage der Zeitung« darstellen. Bemerkenswert waren die wahrlich nationalistisch zugespitzten Ober- und Untertöne des Unterfangens. Die Losung, die für diese Einflussnahme auf die oppositionellen Kräfte in der BRD explizit ausgegeben wurde, lautete: »Einheit, Freiheit und Frieden für Deutschland.« Dann folgten die praktischen Vorgaben. Verlagsort der Zeitung sei Hamburg. Dort habe auch die Redaktion ihren Sitz. Das Blatt, das auf das sogenannte »demokratische Kulturgut« eingeschworen wurde, solle im Großformat Din A3 erscheinen und 20 Pfennig kosten. Die Startauflage betrage 5.000 Exemplare. Der *Studenten-Kurier* solle nach Möglichkeit an allen westdeutschen Universitäten und Hochschulen vertrieben werden.

Die Zusammensetzung der Redaktion stand nicht zur Erörterung, sie war bereits zuvor festgelegt worden. Ihr gehörten mit dem Philosophiestudenten Klaus Rainer Röhl, dem Rundfunkjournalisten Eckard Heimendahl und dem Jurastudenten Klaus Hübotter drei Mitglieder der in der Hansestadt aktiven kommunistischen Studentengruppe an.¹² Auch die anfallenden Kosten für Druck und Vertrieb, für Honorare, Archiv-

10 Der Untertitel von *Po Prostu* lautete *Tygodnik studentów i młodej inteligencji*, woraus hervorging, dass sie sich vor allem an Studierende und die junge Intelligenz wenden wollte. Als sich das 1947 von der kommunistischen Staatspartei ursprünglich als Pflichtlektüre für die akademische Jugend gegründete Blatt nach dem von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) eingeschlagenen Entstalinisierungskurs in ein Organ der Opposition verwandelte, wurde es 1957 vom Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, trotz massiver Proteste kurzerhand verboten.

11 Bundesarchiv Koblenz (BArch), BY1/Unbearbeitet 518, Vorlage, Betrifft: Schaffung einer westdeutschen Studentenzeitung *Studenten-Kurier*. Dort auch die folgenden Zitate.

12 Der 1950 der KPD beigetretene Klaus Hübotter hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine bewegte Geschichte hinter sich. Nach dem 1951 erfolgten Verbot der westdeutschen FDJ war er 1953 wegen illegaler Mitgliedschaft in der FDJ verhaftet worden. Nach einer neunmonatigen Untersuchungshaft hatte er zum Wintersemester 1954/55 an der Universität Hamburg begonnen, Jura zu studieren, und sich gleichzeitig der Kommunistischen Hochschulgruppe angeschlossen. 1956 wurde er dann vom Landgericht Düsseldorf als »Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« zu einer anderthalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Diese musste er jedoch nicht antreten, weil zum einen seine Untersuchungshaft angerechnet und ihm zum anderen seine Reststrafe vom nordrhein-westfälischen Innenminister Rudolf Amelunxen erlassen wurde.

und Büromaterial waren bereits allesamt durchkalkuliert. Unterzeichnet war das Protokoll von Erich Honecker, dem Zentralratsvorsitzenden der FDJ, und Herbert Mies, dem Vorsitzenden der bereits 1951 verbotenen westdeutschen FDJ. Letzterer hatte sich angesichts der mit der Illegalität verbundenen Gefahren und des nun auch noch drohenden KPD-Verbots zusammen mit deren Vorsitzenden Max Reimann und anderen in Ost-Berlin vorsorglich in Sicherheit gebracht. Später sollte Mies über viele Jahre hinweg (von 1973 bis 1990) Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) werden.

Danach lief alles wie am Schnürchen. Es dauerte nicht lange, bis die erste Ausgabe des *Studenten-Kurier* zwischen Kiel und Freiburg an 24 Universitäten und Hochschulen erscheinen konnte. Und zwar am Jahrestag einer historischen Zäsur wie es kaum eine wichtigere hätte geben können: Am 8. Mai 1955, dem 10. Jahrestag der von der Roten Armee erzwungenen Kapitulation des NS-Regimes. Wichtigster Beitrag war ein von dem mit Röhl befreundeten Lyriker Peter Rühmkorf verfasster Artikel zum Ende dieses alptraumartigen »Dritten Reiches«. Mit sichtlichem Stolz wurde zum Start des Projekts auch der Brief eines prominenten Schriftstellers veröffentlicht. Er stammte von keinem Geringeren als dem aus dem Exil zurückgekehrten und in beiden deutschen Staaten angesehenen Nobelpreisträger Thomas Mann, der mit seiner während des Zweiten Weltkrieges getroffenen und aus Gründen der ideologischen Selbstrechtfertigung häufig von der orthodoxen Linken zitierten Feststellung, der Antikommunismus sei »die Grundtorheit unserer Epoche«, unfreiwillig den Anschein erweckt hatte, dass er den Kommunismus als eine legitime politische Strömung betrachte. In seinem Brief für den *Studenten-Kurier* gab er nicht nur seiner Überzeugung Ausdruck, dass die neue Studentenzeitung »eine notwendige Funktion« ausüben werde, ohne zu verraten, welche er damit eigentlich meine, sondern dass er mit deren Tendenzen auch »sympathisiere«.¹³

Von welchem Schläge der angehende Chefredakteur Röhl war, verriet sich darin, dass er schon in der ersten Nummer ein Preisausschreiben veranstaltete. Die geeignete Leserschaft solle herausfinden, wer denn eigentlich hinter dem Blatt stehe und es finanziere. Um die Phantasie anzureizen, stellte er zur Wahl: »Eine Firma, eine Partei, eine andere politische Interessengruppe, das Verfassungsschutzamt, irgendeine kommunistische oder nazistische Tarnorganisation, irgendein Personenkreis oder sonst noch ein großer Unbekannter?«¹⁴ Da er sich offenbar sicher war, dass Mutmaßungen auf den Plan treten würden, dass die neue Zeitung »aus dem Osten« finanziert und gesteuert werden würde, versuchte er durch diesen Schalk derartige Phantasien gleich zu Beginn in Gestalt einer ironisch-sarkastischen Überhöhung ad absurdum zu führen. Dem Gewinner winkten zur Belohnung drei Flaschen Sekt, überreicht und zugleich geleert bei einem von der Redaktion veranstalteten Sommerfest.

Im Untertitel firmierte der *Studenten-Kurier* von Anfang an als ein »Unabhängiges Magazin für deutsche Studenten«. Angesichts der Konspirativität, die zur Ostberliner Fernsteuerung wie selbstverständlich dazu gehörte, war das eine an Dreistigkeit kaum zu überbietende Lüge. Die ersten konspirativen Treffen fanden in dem berühmten, ganz in der Nähe des Brandenburger Tors gelegenen Hotel Adlon statt, das wegen der

13 Briefe, in: *Studenten-Kurier* 1 (1955), H. 1/2, S. 4.

14 Ebd., S. 12.

während des Krieges erlittenen Schäden in großen Teilen immer noch wie eine Ruine aussah. Den Redakteuren hatten erst einmal in Schnellkursen die für ihr Tun nötigen Tarnroutinen beigebracht werden müssen, damit sie nicht Gefahr liefen, sich Patzer zu leisten und damit das gesamte subversive Unternehmen zu gefährden. Sie lernten, wie man auf dem Weg zu einem zuvor ausgemachten Treffpunkt Verfolger abschüttelte, indem man etwa auf dem Bahnsteig einer S-Bahn-Station im letzten Moment noch den anderen gerade abfahrenden Zug nahm oder wie man sich ins Gewühl eines Kaufhauses stürzte, um möglichst unerkannt einen Hinterausgang zu nehmen. Zumindest im Ansatz waren es Techniken einer Agententätigkeit, mit denen sich Röhl und seine Kollegen vertraut machen mussten.

Röhl räumte ein, dass die Studentenzeitung politisch betrachtet noch in den Kinderschuhen stecke. Ihr Hauptmangel bestehe darin, dass sie bei Lichte betrachtet »ein Blatt für literarische Snobs« sei. Aber das, was er als Manko meinte hinstellen zu müssen, war zugleich eine besonders wirksame Tarnung. Denn unter der Fassade klassischer deutscher Literatur und humanistischer Werte ließ sich die Konterbande politischer Gesinnung besonders gut transportieren. Dass die Befürchtung, bei irgendeiner Gelegenheit aufzufliegen, allgegenwärtig war, ließ sich schon daran erkennen, dass die Instruktoren der Redaktion gegenüber angeordnet hatten, in jeder Ausgabe mindestens einen Artikel unterzubringen, der sich kritisch mit der DDR, der Sowjetunion oder einem anderen ihrer Satellitenländer auseinandersetzte, um so den Anschein eines antikommunistischen Einflusses zu suggerieren.

Bei der Erfüllung eines solch subversiven Auftrages war es naheliegend, dass es eines Führungsoffiziers bedurfte, der für die nötigen Instruktionen sorgte, seine Untergebenen kontrollierte, die Fäden immer in der Hand zu halten versuchte und manchmal auch in die Rolle eines Troubleshooters wechseln musste. Für Röhl war das der 26-jährige Manfred Kapluck, Deckname »Chapel«, ein mit Selbstbewusstsein, Witz und Chuzpe ausgestatteter Ostagent. Später sollte er einmal behaupten, dass er nach dem von der Bundesregierung 1951 ausgesprochenen Verbot der westdeutschen FDJ nicht weniger als hundert »illegale Kader« aufgebaut habe, die von ihm »in der legalen Massenarbeit« eingesetzt worden seien.¹⁵ Um etwa einen tendenziellen Freigeist wie Rühmkorf stärker »ideologisch und politisch« zu binden, habe er im Oktober 1955 dafür gesorgt, dass der aufstrebende Hamburger Jungschriststeller zu einer sechswöchigen Reise in die kommunistische Volksrepublik China mitgenommen wurde.

Zusammen mit dem fünf Jahre älteren Richard Kumpf, seines Zeichens Leiter der Jugendabteilung im Zentralkomitee der KPD, war Kapluck bei manchem konspirativen Treffen in Ost-Berlin selbst mit dabei. Er sorgte immer gleich vor Ort dafür, dass es an den nötigen Finanzen nicht mangelte. Weil schon seine Eltern KPD-Mitglieder waren und sein Vater zudem ein sogenannter »Spanienkämpfer«, verfügte er beim Politbüro über einen gehörigen Vertrauensbonus. Es sollen – wie er selbst hervorhob – ein ums andere Mal 40.000 Mark gewesen sein, die er von Ausgabe zu Ausgabe bei der SED zunächst für den *Studenten-Kurier* und dann seit 1957 für *konkret* locker machen konnte.

15 So jedenfalls 1996 im Gespräch mit einer von Meinhofs beiden Töchtern, vgl. Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 81. Dort auch die folgenden Zitate.

Ohne ihn hätte es das spätere Vorzeigebblatt der außerparlamentarischen Linken überhaupt nicht geben können, betonte er. Für ihn war Röhl »das größte Schlitzohr weit und breit«. Dessen politische Vorstellungen, hielt er nicht hinter dem Berg, seien immer mit einer gehörigen Portion Egoismus gepaart gewesen.

Sein Schützling entschied sich, exakt an jenem Tag Mitglied der KPD zu werden, an dem sie vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde: am 17. August 1956 – »aus »Solidarität« wie er später einmal erklären wird. Dieses Motiv dürfte, gepaart mit dem Reflex des »Jetzt erst recht«, durchaus ernst zu nehmen gewesen sein. In seinen Erinnerungen schilderte er eine unter gebildeten jungen Leuten der Adenauer-Ära gar nicht selten anzutreffende Trotzhaltung:

»Lange bevor ich Kommunist wurde, wurde ich so häufig und ungerechtfertigt, so absurd und bössartig Kommunist genannt, dass es mir am Ende nichts ausgemacht hätte, es wirklich zu sein: Mitglied einer geprügelten Minderheit, die sich verstecken und verbergen musste und die man am liebsten gelyncht hätte.«¹⁶

Diese Haltung dürfte also eher etwas mit Altruismus zu tun gehabt haben als mit ideologischer Verblendung. Der spätere *konkret*-Chef Röhl wurde bezeichnenderweise erst in dem Moment Parteimitglied, als seine Partei für illegal erklärt und in seinen Augen unterdrückt worden war. Andererseits aber war es auch eine Geheimaktion: zum einen gegenüber den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik und zum anderen gegenüber der Leserschaft seiner Zeitschrift. »Die Aufnahme in die Kommunistische Partei«, beschrieb er diesen Akt Jahrzehnte später, als die DDR längst Vergangenheit war,

»erfolgte mündlich durch Handschlag. Es wurde gesagt: »Ihr bekommt auch keinen Parteiausweis, das werdet ihr ja verstehen, liebe Genossen, denn ihr seid hier mit Handschlag Mitglieder, und jetzt müsst ihr euch anpassen. Wir haben uns nach dem demokratischen Zentralismus zu richten.«¹⁷

Dieses bereits von Lenin in seinem 1902 publizierten Buch *Was tun?* begründete Prinzip war eher das glatte Gegenteil von Demokratie.¹⁸ In seinem Kern bedeutete es nichts anderes als die Tarnung einer hierarchisch organisierten Befehlskette, in der die einfachen Mitglieder den von der Parteispitze ausgegebenen Direktiven Folge zu leisten hatten.

Als Röhl am 22. August 1956 das nächste Mal wieder zu einer konspirativen Sitzung in Ost-Berlin eintraf, diesmal zusammen mit Siegfried Burmeister und dem für die Finanzen seines Blattes zuständigen Uwe Larsen, wurde entschieden, dass er von nun ab endgültig Kapluck und Kumpf unterstellt sei. Der Kontakt zur Kommunistischen Hochschulgruppe in Hamburg wurde gleichzeitig abgebrochen, offenbar um Loyalitätskonflikte zu vermeiden.

16 Röhl, *Fünf Finger* (Anm. 8), S. 55.

17 Ebd., S. 118.

18 Vgl. N. Lenina [Vladimir Il'ič Lenin], *Čto delat? Nabolěvsie voprosy našego dviženija*, Stuttgart 1902.

III. Meinhofs politisches Coming-Out im Kontext der Anti-Atomtod-Bewegung

Währenddessen schien Ulrike Meinhof im Sommersemester 1956 immer noch völlig in ihrem Studium aufzugehen. Sie beschäftigte sich mit Klassikern der Pädagogik wie etwa Rousseaus 1762 erschienenem *Émile*,¹⁹ mit der sogenannten Persönlichkeitskunde, wie es in einer antiquierten Diktion immer noch hieß, in pädagogischer Diagnostik, Kinderpsychotherapie, christlicher Sozialethik und Kunstgeschichte. Sie schrieb, dass es ihr bis dahin »schönstes Semester« gewesen sei und ihr das Studium regelrecht Vergnügen bereite. Dennoch zeichnete sich ab, dass sie nicht länger an der Marburger Universität bleiben wollte. Daran änderte auch nichts, dass ihr zielstrebigem Verlobter an die Philipps-Universität gebunden blieb. Seine angehende Lebensgefährtin zeigte sich durch ein kontrovers besetztes politisches Thema, das in der Öffentlichkeit immer größeren Raum für sich beanspruchte, zunehmend stärker beunruhigt.

Die Bundesregierung hatte die Absicht, die gerade erst gegen enorme Widerstände in der Bevölkerung gegründete Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Zwar war ihr mit der Verabschiedung der Pariser Verträge, die erst die Voraussetzungen für die Wiederbewaffnung geschaffen hatten, untersagt worden, Nuklearwaffen zu produzieren, zu besitzen oder zu verwenden, das schien aber für Bundeskanzler Adenauer und seinen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß kein hinreichender Grund zu sein, darauf zu verzichten. Da sie einen Angriff aus dem Osten befürchteten, wollten sie sich im Notfall nicht allein auf die Westalliierten verlassen müssen und an der Verteidigung auch selbst beteiligen. Hinzu kam, dass der NATO-Oberbefehlshaber Lauris Norstad im Februar 1957 im Einvernehmen mit der US-Regierung gefordert hatte, dass die in der Bundesrepublik reduzierte Präsenz US-amerikanischer Truppen durch die Aufstellung taktischer Atomwaffen ausgeglichen werden müsse.

Da Adenauer im April 1957 bei einer Pressekonferenz so leichtfertig war, derartige Atomraketen als eine »Fortentwicklung der Artillerie« herunterzuspielen, löste er unter den weltbekannten Göttinger Atomphysikern, darunter Otto Hahn, Carl Friedrich von Weizsäcker, Max von Laue und Werner Heisenberg, Empörung über eine derartige Verharmlosung aus.²⁰ Und deren Erklärung wiederum rief eine breite, maßgeblich von der sozialdemokratischen Opposition organisierte Protestbewegung auf den Plan – die Kampagne »Kampf dem Atomtod«.²¹ An ihr beteiligten sich im Frühjahr 1958 Hunderttausende von Gegnern der Atomrüstung. Zu ihr zählten nicht nur Arbeiter und Angestellte, Christen und Gewerkschaftler, Intellektuelle und Universitätsprofessoren, sondern auch Studierende, die sich in eigenen Arbeitskreisen und Komitees formierten.

In Marburg musste Ulrike Meinhof allerdings erleben, dass es universitäre Kräfte gab, die die Empörung über den von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurs nicht teilten und allein schon der Artikulation einer Gegenposition einen Riegel vorzuschieben versuchten. Angesichts der Tatsache, dass es mehr als dreißig Korporationen in

19 Jean-Jacques Rousseau, *Émile, ou De l'éducation*, Amsterdam 1762.

20 Vgl. Robert Lorenz, *Protest der Physiker. Die Göttinger Erklärung von 1957*, Bielefeld 2011.

21 Vgl. Hans Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*, Köln 1970.

der Universitätsstadt an der Lahn gab und sich selbst der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) zur Hälfte aus Korpsbrüdern zusammensetzte, konnte das kaum verwundern. Als am 9. Juli 1957 im Auditorium Maximum eine außerordentliche studentische Vollversammlung einberufen wurde, um aufgrund eines vom Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zusammen mit dem Christlich-Demokratischen Hochschulring (CDH) gestellten Antrags, sich für die Erklärung der Göttinger 18 auszusprechen, abzustimmen, intervenierte der Ältestenrat und verhinderte die Abstimmung mit der Begründung, dass der Studierendenschaft kein allgemeinpolitisches Mandat gebühre. Das dürfte die Pädagogikstudentin maßlos geärgert und ihre Neigung, die Marburger Universität zu verlassen, verstärkt, vielleicht sogar den Ausschlag für einen derartigen Entschluss gegeben haben.

Und in der Tat, sie verließ nach vier Semestern die Philipps-Universität. Nach einem einsemestrigen Intermezzo an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal wechselte sie schließlich zum Wintersemester 1957/58 an die Universität Münster. Nun schien es so zu sein, dass nicht mehr das Pädagogikstudium im Zentrum ihres Interesses stand, sondern sie primär nach Möglichkeiten und Wegen suchen wollte, um etwas gegen die atomare Bedrohung zu unternehmen. Diese politische Herausforderung stellte für sie jedenfalls einen einmaligen, für ihre Disposition einen geradezu prädestinierten Kontext dar. Ihre Politisierung vollzog sich in diesem existentiell aufgeladenen Zusammenhang überhaupt erst oder aber sie erhielt darin zumindest einen enormen Schub. Eines zumindest ist sicher, sie war nach der Anti-Atomtod-Bewegung nicht mehr dieselbe. Weder in politischer noch in privater Hinsicht.

Und dieses politische Coming-Out spielte sich in einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit nicht an der Marburger Philipps-, sondern an eben jener Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster ab. Die mit ihr in einem regen Austausch befindliche Sozialpädagogin Elisabeth Heimpel, die durch einen alarmierenden Brief an Heisenberg bereits die Göttinger Erklärung der 18 Atomphysiker angeregt hatte, unterstützte sie in ihrer Haltung, es nicht nur bei ihrer Empörung über die in ihren Augen abenteuerliche Politik von Adenauer und Strauß zu belassen, sondern etwas Praktisches zu unternehmen. Ulrike Meinhof – sie war nun 23 Jahre alt – suchte in der örtlichen Hochschulgruppe des SDS nach Mitstreitern und gründete zusammen mit ihrem wichtigsten Kampfgefährten, dem später an der Technischen Hochschule Hannover lehrenden Staatsrechtler und Politikwissenschaftler Jürgen Seifert, einen »Studentischen Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland«. Sie übernahm darin den Vorsitz und hielt vor allem am 20. Mai 1958, dem Tag, an dem studentische Komitees bundesweit gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr auf Straßen und Plätze strömten, auf dem Platz vor dem Münsteraner Schloss vor 1.200 Menschen ihre erste große öffentliche Rede. Nachdem die Kundgebung vorüber war, zogen 500 von ihnen in einem Schweigemarsch durch Münster. Seifert wird seinen Eindruck von Meinhofs Auftritt später in die Worte fassen, er habe geglaubt, »eine neue Rosa Luxemburg« vor Augen zu haben.²²

22 Jürgen Seifert, Ulrike Meinhof. Ein Porträt, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), Die RAF und der Linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 350-372, hier S. 354.

Doch es gab eine andere, gewiss weitaus weniger heroisch besetzte Frauengestalt, die Seifert in diesem Zusammenhang hätte erwähnen können: Ulrike Meinhofs Ziehmutter Renate Riemeck. Denn sie fungierte nicht nur im Hinblick auf ihr Studienziel als Vorbild, sondern auch in politischer Hinsicht und das auf eine ganz konkrete Weise. Sie hatte den »Appell der 44« formuliert, mit dem sich die Gewerkschaften gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr aussprachen. Sie arbeitete danach in führender Rolle in der »Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung der Bundeswehr« mit und beteiligte sich nicht weniger gewichtig an dem sich im Juni 1958 in Gelsenkirchen konstituierenden »Ständigen Kongress gegen die atomare Aufrüstung«. Angesichts der engen Bindung, die sie weiterhin zu ihrer Quasi-Stieftochter pflegte, dürfte es wahrscheinlich gewesen sein, dass sie sie bei ihrem Start in den politischen Aktivismus eingehend beraten hat.

Was Meinhof zumindest bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, vielleicht aber geahnt hat, war die Tatsache, dass ihr Vormund an der Angel eines der einflussreichsten pro-sowjetischen Einflussagenten hing, von Paul Neuhöffer. Sie hatte Seifert im Tone der Vertraulichkeit berichtet, dass Neuhöffer regelmäßig Riemeck mit einem Paken internationaler Pressebeiträge ausgestattet besuche und mit ihr das weitere Vorgehen bespreche. Der Mann, der in der Waffen-SS-Division »Hitler-Jugend« gewesen und mit einer Beinamputation aus dem Krieg zurückgekehrt war, hatte sich nun in einen überzeugten Kommunisten verwandelt und zu einer entsprechenden subversiven Tätigkeit verpflichten lassen.²³ Er war es, der Renate Riemeck, die als ehemaliges Mitglied der NSDAP und des Bundes Deutscher Mädel (BDM) selbst auf eine verschwiegene NS-Vergangenheit zurückblicken konnte, bei ihren keineswegs nur publizistischen Aktivitäten dirigierte. In welchem Maße sich die Wuppertaler Jungprofessorin die Gesinnung ihrer Instrukteure bisweilen zu eigen machte, wurde in einem Artikel zur Koexistenzpolitik der Sowjetunion deutlich. Zu dem von westlicher Seite immer wieder ange-mahnten Problem des mangelnden Rechts auf freie Meinungsäußerung stellte sie unmissverständlich fest: »Der Marxismus-Leninismus besitzt uneingeschränkt das geistige Monopol.«²⁴ Das war so klar, dass die *konkret*-Instrukteure das bestimmt als einen taktischen Fehler bemängelt hätten.

Wie sehr sich Ulrike Meinhof mit der Mission, eine Atomrüstung auf deutschem Boden zu verhindern, offenbar identifizierte, ließ sich schon daran erkennen, dass man ihr den Spitznamen »Atom-Ulrike« gab. Das mochte zwar spöttisch klingen, verriet aber gleichzeitig wie ernst sie die Kampagne »Kampf dem Atomtod« nahm. Sie war für sie vor allem moralisch begründet. In einem von ihr verfassten Flugblatt hatte sie den Widerstand gegen die Atomrüstung mit den Worten begründet: »Wir wollen uns nicht noch einmal wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« vor Gott und den Menschen

23 Neuhöffer war sowohl Mitglied in der illegalen FDJ als auch in der illegalen KPD. Wegen kommunistischer Propagandatätigkeit war er bereits 1950 von einem Gericht zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Später trat er als Sekretär des Deutschen Clubs 1954, Propagandaleiter des Bundes der Deutschen (BdD) und als der von Historikern wie Manfred Rowold als der »eigentliche Lenker« der Deutschen Friedensunion (DFU) apostrophierte Strippenzieher auf. Vgl. Manfred Rowold, *Im Schatten der Macht*, Düsseldorf 1974, S. 148, Anm. 48.

24 Renate Riemeck, *Die Wandlungen im Ostblock und unser Russlandbild*, in: *Stimme der Gemeinde* 10 (1958), H. 1, Sp. 15-20, hier Sp. 20.

schuldig bekennen müssen.«²⁵ Sie war jedoch keineswegs die Einzige, die mit dem erwähnten Etikett versehen wurde. Es war gleich eine ganze Gruppe von Studentinnen, die als »Atom-Mädel« bezeichnet wurden. Das war zweifelsohne etwas despektierlich gemeint. Noch entscheidender dürfte allerdings gewesen sein, dass sie für bestimmte Interessenten in einem gewissen Sinne als potentielle Beuteobjekte betrachtet wurden. Sie warteten nur darauf, dass sie ihnen wie Fische ins Netz gehen würden.

Die Rede ist von den bereits erwähnten Mitgliedern der illegalen KPD und Einflussagenten der SED bzw. des Ministeriums für Staatssicherheit (kurz: Stasi; MfS). Ohne diesen Hintergrund zu skizzieren, wäre es unmöglich, die Wandlung der Ulrike Marie Meinhof von einer begabten, aber eher unauffälligen Studentin zu einer politischen Frontfrau zu begreifen, die sich mit an die Spitze der Anti-Atomtod-Bewegung setzte und zugleich mehr und mehr ins Rampenlicht der Öffentlichkeit schob. Die kommunistischen Kader waren auf die sogenannten »Atom Mädchen« regelrecht angesetzt worden. Sie wurden als naiv eingeschätzt und galten deshalb als eine relativ leicht einzufangende »Beute«. Die ganze Sache hatte zwar eindeutige politische Ziele, durch die kaum zu übersehende amouröse Dimension bekam sie aber einen Doppelcharakter. Die spätere Parole der Berliner Kommunarden, dass das Private politisch und das Politische privat sei, war hier zwar nicht vorweggenommen, aber in gewisser Weise ebenfalls strapaziert worden. Im Nachhinein könnte man meinen, dass die Emissäre eher etwas mit den Romeo-Agenten der Stasi zu tun gehabt hätten. Doch angesichts der Tatsache, dass aus den ursprünglich politisch inspirierten Anbahnungen eine Reihe von Ehen resultierten, dürfte auch diese Interpretationsfigur nur bedingt tauglich sein, um die sich im Sommer 1958 abspielenden Vorgänge zu verstehen.

Konkret-Redakteur Reinhard Opitz hatte eine ganze Kartei aufgebaut, um die studentischen Atomausschüsse zum Teil mit Fotos nach geeigneten Kandidaten und vor allem Kandidatinnen zu durchforsten. Zusammen mit Röhl klapperte er eine Universitätsstadt nach der anderen ab. Zu den Aktivistinnen, die sie besonders umwarben, gehörte etwa die Marburger SDS-Vorsitzende Eva Titze, die spätere Ehefrau von Peter Rühmkorf und zeitweilige schleswig-holsteinische Bildungsministerin, die SDS-Aktivistin Monika Mitscherlich, Tochter des Psychoanalytikers Alexander Mitscherlich, spätere Ehefrau Jürgen Seiferts und im Kontext der 68er-Bewegung Begründerin der antiautoritären Kinderläden, und natürlich Ulrike Meinhof, in die sich Opitz verguckt hatte.

Die *konkret*-Kommunisten fuhren zur Kontaktaufnahme für eine etwaige Anwerbung unter anderem nach Marburg, Frankfurt a.M., München und West-Berlin. Opitz fuhr sogar in eine Universitätsstadt wie Münster und das nicht nur einmal. Die Tatsache, dass es Studierende gab, die es in nur kurzer Zeit geschafft hatten, in einer solch konservativ wie katholisch geprägten Provinzstadt eine Hochburg der Anti-Atomtod-Bewegung zu schaffen, hatte ihre besondere Aufmerksamkeit geweckt. Opitz sei eines Tages, wie Röhl Jahrzehnte später schildern wird, zu ihm gekommen und habe voller Überschwang erklärt:

25 Zit.n. Ditfurth, Meinhof (Anm. 1), S. 108.

»Da ist eine ganz tolle, begabte junge Studentin. Die heißt Ulrike Meinhof, die leitet den Atomausschuss in Münster zusammen mit einem Jürgen Seifert, und die hat da ganz selbständig schon mit Seifert dieses Blättchen *argument* auf die Beine gestellt. Die müssen wir unbedingt ›knacken‹, das wird bestimmt eine gute Genossin für die Partei.«²⁶

Doch die Sache gestaltete sich bei der Umworbenen offenbar besonders schwierig. Meinhof wollte sich partout nicht von jemandem aus der *konkret*-Redaktion engagieren lassen. Sie gab vor, dass es sich dabei vielleicht um einen Unterwanderungsversuch handeln könne und meinte, dass es wohl besser sei auf ihrer Unabhängigkeit zu bestehen. Die letzte Hoffnung bestand nun darin, dass der Chefredakteur persönlich aktiv werden und sich der Sache annehmen würde. Dass auch für ihn die Hürden besonders hoch liegen würden, hatte allerdings ganz andere Gründe.

Wenn man das anfängliche Verhältnis zwischen Röhl und Meinhof charakterisieren wollte, dann müsste man wohl am besten auf eine altbekannte Formulierung zurückgreifen, wonach sich zwei Menschen zuweilen »in herzlicher Abneigung einander zugetan« seien. Genauso verhielt es sich zunächst mit den beiden. In seinen 1974 erschienen Memoiren *Fünf Finger sind keine Faust* beschreibt Röhl ungeschminkt den Eindruck, den er beim ersten Zusammentreffen mit ihr im Mai 1958 am Rande einer Pressekonferenz der Atomwaffengegner in Bonn gewonnen hatte:

»Es war Abneigung auf den ersten Blick. Auf beiden Seiten. Für mich war sie der Typ: vollkommen uninteressant. Der Typ, den ich auf den Tod nicht ausstehen konnte. Gradlinig, mit tiefem, ernstem Blick, das Gegenteil von oberflächlich, voll intellektueller Redlichkeit.«²⁷

Während der *konkret*-Chefredakteur für sie »ein Fatzke«, »ein fieser Kerl« und ein Mann »mit einem Agentengesicht« war, wurde diese unübersehbare »Abneigung auf den ersten Blick« von ihm umgekehrt noch überboten. Die »Friedenstante mit der schrecklichen Sophie-Scholl-Frisur« war überhaupt nicht sein Typ. Sie trug meistens dunkelgrüne Kleider, dazu Holzperlenketten und rauchte bisweilen auch ein so eindeutig männlich attribuiertes Genussobjekt wie eine Tabakpfeife. Kurzum, die Anti-Atomtod-Aktivistin, die mit ihrer ganzen Energie überhaupt nicht mehr wusste, wohin mit sich, war als Frau in keiner Weise sein Typ. Das bedeutete aber längst noch nicht, dass das auch in politischer Hinsicht der Fall sein musste. Der unbestreitbar eitle, als Schlitzohr geltende und mit kaum zu ertragender Arroganz auftretende Röhl war nicht zufällig Mitglied in einer illegalen Partei geworden, der er gewiss nicht alles, letztlich aber vieles, zuweilen auch seine amourösen Gepflogenheiten unterzuordnen bereit war.

26 Röhl, Kommunismus (Anm. 4), S. 211.

27 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 130.

IV. Eine Anwerbung als Brautwerbung

Als sich Meinhof und Röhl persönlich kennenlernten,²⁸ war die große Zeit der Anti-Atomtod-Bewegung, die – wenn man einmal von den Nachrüstungsprotesten zu Beginn der 1980er Jahre absieht – mehr Protestierende als zu irgendeiner anderen Zeit auf die Straßen getrieben hat, eigentlich schon vorüber. Zum einen war es der Bundesregierung am 25. März 1958 nach einer viertägigen Redeschlacht gelungen, die für die Annahme ihres Atomrüstungskurses erforderliche Stimmzahl zu gewinnen, und zum anderen war es der SPD-Opposition misslungen, diese Entscheidung durch die Abhaltung von Volksabstimmungen in den drei von ihr regierten Bundesländern zu konterkarieren. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem mit dem Argument, dass ein Vorhaben von bundespolitischer Tragweite nicht mehr durch ein auf der Ebene von einzelnen Bundesländern einzuholendes Votum gestoppt werden könne, einen Riegel vorgeschoben.

Das war eigentlich schon das endgültige Aus der Kampagne »Kampf dem Atomtod«. Doch die außerparlamentarische Linke wollte diese Niederlage nicht oder nur bedingt zur Kenntnis nehmen. Sie fühlte sich geradezu dazu ermuntert, ihren Kampf noch vehementer als zuvor fortzusetzen, und konzentrierte sich nun darauf, einen großen studentischen Kongress in West-Berlin vorzubereiten. Darin sahen nun die Kader der illegalen KPD eine besondere Gelegenheit, Einfluss auf den Kurs dieser von der SPD maßgeblich vorbereiteten Großveranstaltung zu nehmen. Da in Berlin noch keine Mauer existierte, schien es zum einen besonders leicht zu sein, von Ost-Berlin aus Aktivisten der FDJ dafür zu mobilisieren. Zum anderen hatten die Erfahrungen im Zuge der Anti-Atomtod-Bewegung gezeigt, wie leicht es war, insbesondere bei den studentischen Akteurskohorten anzudocken. Falls es sich dennoch als zu schwierig erweisen sollte, dann könnten zumindest neue Mitglieder für die illegale KPD angeworben werden.

Am 7. Juni 1958 fuhr Röhl zusammen mit seinem Redakteur Reinhard Opitz, auch er KPD-Genosse, nach Ost-Berlin, um sich beim weiteren Kurs im Kampf gegen die Atombewaffnung zu beraten. Kurz zuvor war eine Sondernummer von *konkret* zum Stand der Bewegung herausgebracht worden. Wie begehrt diese Ausgabe war, ließ sich schon daran erkennen, dass allein in Köln 2.000 Exemplare der Sondernummer angefordert worden waren. Ihr Hauptproblem war, dass sich als gegnerisch angesehene Kräfte formiert hatten, denen es in Frankfurt gelungen war, einen zentralen Ausschuss zu gründen. Der Kopf dieser Strömung, die es darauf angelegt hatte, den Einfluss der *konkret*-Gruppe entweder zu beschneiden oder sie ganz hinauszudrängen, war der linksliberal eingestellte Carl-Christian Kaiser, der später jahrzehntelang für die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* als Bonner Korrespondent arbeiten sollte. Als dieser im Juli 1958 eine Erklärung verbreitete, mit der die Ausschüsse aufgefordert wurden, sich von *konkret* zu distanzieren, der Zeitschrift ebenso wie der nach ihr benannten Gruppierung,

28 Nach Röhl's eigener Darstellung spielte sich das am Rande einer Pressekonferenz in Bonn ab, nach der Darstellung seiner Tochter Bettina bei einem Treffen der Anti-Atomtod-Ausschüsse in Frankfurt. Lediglich in der Zeitangabe stimmen die Schilderungen überein. Die Begegnung fand demnach im Mai 1958 statt.

versuchte Röhl ihn in einem ausführlichen Schreiben zu beschwichtigen. Darin besaß er die Chuzpe zu behaupten, seine Zeitschrift stehe »auf der Beschlagsnameliste des Staatssicherheitsdienstes der DDR«, verfüge über »eine völlig unabhängige finanzielle Basis« und nehme eine »unabhängige Haltung gegenüber der DDR« ein, was man schon allein an einem aktuellen Artikel erkennen könne, in dem die Entwicklung der DDR als »Kulisierung und Fellachisierung« bezeichnet worden sei. Kaiser schien das allerdings nicht besonders zu beeindrucken.

Verdächtigungen, dass die Zeitschrift *konkret* vom »Osten« finanziert werden würde, hatten im Zusammenhang mit der Anti-Atomtod-Bewegung wiederholt eine Rolle gespielt. So war Chefredakteur Röhl etwa am 28. Juni 1958 auf einer Sitzung des Koordinierungsausschusses der studentischen Ausschüsse explizit dazu befragt worden. Der alte Illegale log, dass sich die Balken bogen. Er sei gerne bereit, stellte er voller Selbstbewusstsein fest, »notfalls unter Eid zu erklären, dass seine Zeitschrift keine finanziellen Zuwendungen von kommunistischen Gruppen oder Einzelpersonen« erhalte.²⁹ Er hätte auch genauso gut erklären können, dass das in Wirklichkeit völlig untertrieben sei. Schließlich bestand die Redaktion weitgehend aus Illegalen und deren Arbeit wurde zudem ununterbrochen auf eine konspirative Weise gesteuert. Doch er wusste nur zu gut, dass ein Skandal die Folge gewesen wäre, der zudem die Ermittlungsbehörden auf den Plan gerufen hätte. Insofern dürfte er sich insgeheim gesagt haben, dass es wohl besser sei, die Flucht nach vorn anzutreten.

Eine ganz ähnliche Erklärung hatten Meinhof und Seifert zum Verdacht abgegeben, dass auch ihr Münsteraner »Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland« kommunistisch unterwandert worden sei. Unter der Überschrift »In eigener Sache« schrieben sie dazu in ihrem Informationsblatt *argument*, dass es von Anfang an zu den Prinzipien ihres Kreises gehört habe, »keinerlei Aktionsgemeinschaft mit Leuten einzugehen, die für den Osten arbeiten« würden.³⁰ Es sei infam, versuchten sie dagegen zu halten, dass Bundesinnenminister Gerhard Schröder behauptet habe, die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung würde »vom Osten gesteuert«. Dadurch werde der Anschein erweckt, »als bedürfe es einer Weisung aus Moskau«, um gegen diese Bedrohung zu protestieren. Doch es sollte nicht allzu lange dauern, bis sich herausstellte, dass es tatsächlich – wie im *Vorwärts*, dem Presseorgan der SPD zu lesen war – zwei SDS-Mitglieder gab, die im Münsteraner Arbeitskreis aktiv waren und für die illegale KPD arbeiteten. Doch weder Meinhof noch Seifert hatten gelogen, sie hatten es im Unterschied zu Röhl einfach nicht besser gewusst.

Ihren Urlaub hatte Ulrike Meinhof im August 1958 zusammen mit ihrem Verlobten, der gerade in Physik seine Diplomprüfung mit Bestnote bestanden hatte, auf der Ostseeinsel Fehmarn verbracht – vier Wochen lang faulenzend, Musik hörend und Bücher lesend. Zusammen mit Lothar Wallek fuhr sie Anfang September 1958 nach Marburg, um einiges an Semesterarbeiten zu erledigen, zu denen sie wegen ihrer politischen Aktivitäten nicht mehr gekommen war. Außerdem hatte sie vor, sich mit dem frisch

29 Privatarchiv Jürgen Seifert, Hannover, Protokoll des Hauptausschusses der studentischen Ausschüsse gegen die atomare Aufrüstung in Frankfurt a.M. am 26.6.1958.

30 Ulrike Meinhof/Jürgen Seifert, In eigener Sache, in: *argument* 7 v. 13.7.1958.

diplomierten Physiker über den Status ihrer Beziehung, die unter den längeren Trennungsperioden gelitten hatte, endlich einmal auszusprechen. Doch es kam anders. Sie staunte nicht schlecht, als am Abend des 12. Septembers, einem Freitag, plötzlich Röhl zusammen mit Opitz und Erika Runge, einer weiteren *konkret*-Redakteurin, vor ihrer Tür standen. Sie wollten, gaben sie vor, mit ihr gerne das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Berliner Kongress besprechen. Zu ihrer Überraschung blieben sie schließlich das ganze Wochenende über. Natürlich führten sie noch anderes im Schilde. Das verriet sich allein schon dadurch, dass sie der Umworbenen als Geschenk »einen Plattenspieler und einen Batzen Brecht-Platten«, wie sie kurz darauf Seifert in einem Brief offenbarte, mitgebracht hatten.

Am Samstagnachmittag fuhren sie mit ihr in ein außerhalb von Marburg, am Waldesrand gelegenes Ausflugslokal und besprachen nicht nur ihre Anti-Kaiser-Strategie. Es war ein lauer Spätsommertag und die Atmosphäre wurde Stunde für Stunde romantischer. Sie glaubten offenbar, dass es nun einfacher werden würde, Meinhof in dieser Stimmung für ihre Partei anzuwerben. Röhl verstand sich in der Rolle des doppelten »Brautwerbers« – und zwar für den bis über beide Ohren verliebten Opitz ebenso wie für die KPD. »Ich redete wie ein Buch auf Ulrike ein,« schrieb er anderthalb Jahrzehnte später in seinen Memoiren, nicht ohne sich im Datum um geschlagene drei Monate zu vertun und den entscheidenden Tag in den Juni vorzuverlegen,³¹

»war nicht verkrampft, noch arrogant, hatte meinen großen Abend. [...] Ich schilderte ihr den Sozialismus als die einzige Möglichkeit, alles zu verwirklichen, was die wirklichen Christen (ich kannte schon meine Partnerin) wirklich gewollt hatten. Was die größten Denker der Antike gewollt hatten: die größten Träume der Menschheit. Vor allem der gewaltige Traum Gerechtigkeit, er würde nur durch den Kommunismus verwirklicht werden.«³²

An diesem Abend habe es überhaupt nicht kühler werden wollen. Er habe Bertolt Brecht und Ernst Busch, Lenin und Christus sowie Mao und Platon zitiert. Im Hintergrund sei aus einer Musikbox immer wieder dieselbe Platte zu hören gewesen. Es sei weder die *Internationale* noch *Der Osten wird rot* gewesen, hebt er hervor, sondern ein Schlager, der sie »ganz mild und wild und sensibel und schwärmerisch gemacht« habe. Es war der im Original ursprünglich von der amerikanischen Schauspielerin Debbie Reynolds und in der deutschsprachigen Coverversion von der Schweizer Schlagersängerin Angela intonierte Song *Tammy*, die Titelmelodie des Liebesfilms *Tammy, das Mädchen vom Hausboot*. Ein regelrechter Schmachtfetzen, in dem der Refrain lautet: »Hörst du den Südwind, er flüstert dir zu: Tammy, Tammy, dein Glück bist du.«

Röhl kommentierte die Überraschung jenes Abends, an dem sein Anwerbeversuch als Kommunist von einem trivialen Schlager auf ungeahnte Weise befördert und zugleich bei weitem in den Schatten gestellt wurde, mit den Worten:

31 An dem Datierungsirrtum kann deshalb kein Zweifel gehegt werden, weil die zeitliche ebenso wie die inhaltliche Abfolge durch mehrere Briefe auf den Tag genau angegeben worden sind. Vgl. Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 230f.

32 Röhl, *Fünf Finger* (Anm. 8), S. 131.

»Das wollen wir festhalten. Am Anfang stand nicht das Lob des Kommunismus oder die Einsicht in die Notwendigkeit und die Solidarität, sondern etwas ganz Privates, etwas Unpolitisches (und vielleicht stand deshalb auch am Ende etwas Unpolitisches), und das war in diesem besonderen Fall der amerikanische Schlager Tamy [sic!].«³³

Ihm war offenbar klar, dass sich in Meinhofs Fall Privates und Politisches miteinander verbunden und eine überraschende Einheit gebildet hatten. Aber das war seinem Eindruck nach noch nicht alles gewesen. Indem er seine Rolle als Anwerber übertrieben habe, versuchte er den Vorgang weiter zu interpretieren, sei etwas eingetreten, wofür man in der Psychoanalyse den Begriff der »Übertragung« gebrauchte:

»Ulrike hatte an dem Brautwerber mehr Gefallen gefunden als an dem Freier. Das wussten wir damals aber noch nicht, erst einmal hatte sie sich für uns entschieden, für den Fortschritt. Ein paar Monate später schleppten wir sie schon nach Ostberlin, wie eine kostbare Beute. Die Partei war hell begeistert, fühlte sich in ihrer Beurteilung bestätigt. Die hat, sagte Manfred Kapluck bewundernd, eine große politische Karriere vor sich. Eine ganz große Karriere.«³⁴

An diesem ach so lauen Spätsommerabend am Waldesrand, der eher in einen Heimatfilm vom Schlage *Schwarzwaldmädel* gepasst hätte, hatte der KPD-Kader Röhl also die so nachdrücklich umworbene Meinhof – um es einmal im Jargon Pubertierender zu formulieren – gleich in doppelter Weise »rumgekriegt«. Er hatte sie für die Partei und damit für die Sache des Kommunismus gewonnen. Aber zugleich hatte er auch erreicht, dass sie sich genau in diesem Moment in ihn selbst verliebt hatte. In ihn, das angebliche Scheusal mit dem Agentengesicht! Es scheint ganz so gewesen zu sein, dass in Ulrike Meinhofs Chemie der Gefühle die moralisch grundierte Weltanschauung – manche mögen es »Politik« nennen – die Rolle eines Türwächters einnahm. In dem Augenblick, als dieser jedoch neutralisiert und seiner Funktion enthoben worden war, gab es für sie keine Möglichkeit mehr zur Gegenwehr. Der »Brautwerber« konnte nun – um im Bild zu bleiben – ungehemmt durch das Portal treten und sie »erobern« und dies als Objekt seiner eigenen Liebe. Dieser am Rande Marburgs verbrachte Abend, in dem ein Anwerbungsversuch ein Liebesabenteuer ausgelöst hatte, dürfte der entscheidende in Ulrike Meinhofs noch jungem Leben gewesen sein. Er hatte Folgen, viele Folgen, die sie bis zu ihrem frühen Tod in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 nicht mehr unbeeinflusst lassen sollten.

V. Die Folgen

Der Abend im Marburger Ausflugslokal führte in Meinhofs Leben einen regelrechten Dammbbruch herbei. Wie in einem Zeitraffer änderte sich in nur wenigen Wochen Entscheidendes für sie. Privates ebenso wie Politisches kurz hintereinander:

33 Ebd., S. 132. Mit »Tamy« ist selbstverständlich *Tammy* gemeint. Röhl hat sich lediglich verschrieben.

34 Ebd.

Zunächst änderte Ulrike Meinhof ihre Haltung zu den »*konkret*-Leuten« grundlegend. Nachdem sie ihnen gegenüber zuvor äußerst reserviert eingestellt war, um sich nicht instrumentalisieren zu lassen, betonte sie nun, dass sie Respekt vor ihnen habe und sich keinerlei Sorgen mehr mache, »benutzt« zu werden. Das passe nicht zu »ihrer politischen Linie«. Nur wenige Wochen nach dem geschilderten Abend fand auch das besagte Treffen in der konspirativen Ostberliner Wohnung statt. Röhl und Opitz hatten Meinhof begleitet, um sie in der Tat wie ein »Beutestück« den beiden Führungsoffizieren Kapluck und Kumpf vorzustellen. Als sie dann im Oktober nach Münster zurückgekehrt war, dauerte es nicht lange, bis sie sich mit Jürgen Seifert, ihrem engsten damaligen Kampfgefährten, überworfen hatte. Obwohl dieser nicht wusste, dass sie sich mittlerweile entschlossen hatte, der KPD beizutreten, war ihm klar, dass sich während ihres Marburg-Aufenthalts ein »Gesinnungswechsel« vollzogen haben musste. Das Hauptanliegen ihres politischen Engagements war nun nicht mehr der Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, sondern der gegen das kapitalistische System. Am 14. Oktober 1958 schrieb sie Seifert in einem Brief, dass »die politische Alternative zur westlichen Politik im Sozialismus zu sehen« sei.³⁵ Es ging ihr von nun also in erster Linie um die sogenannte Systemfrage. Ihr Eintritt in die KPD wurde nicht etwa von Röhl vollzogen, sondern von dem dafür zuständigen Führungsoffizier Kapluck. Ob in Ost-Berlin oder irgendwo im Westen blieb ungeklärt. »Ich habe Ulrike«, erklärte Kapluck später, »in die Partei geholt. Sie wollte es auch selbst, und ich habe sie eingeweiht in die Partei und ihr alles erklärt. [...] Sie fragte: Was ist das Zentralkomitee, was ist das Politbüro, und ich musste ihr alles erklären, wie wir hier arbeiten. Sie war fasziniert.«³⁶

Auf der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz des SDS im Oktober 1958 in Mannheim wurde mit dem Heidelberger Oswald Hüller ein Gefolgsmann der *konkret*-Gruppe zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Damit waren im Verhältnis zur SPD die Zeichen auf Sturm gestellt. Meinhofs erster großer öffentlicher Auftritt als Sprecherin der *konkret*-Gruppe spielte sich während des lange vorbereiteten »Studentenkongresses gegen Atomrüstung« am 3. und 4. Januar 1959 an der Freien Universität in West-Berlin ab. Sie trat dort als Kontrahentin des SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt auf, der ein Jahrzehnt zuvor Bundesvorsitzender des SDS gewesen war. Der Kongress erregte bundesweit Aufmerksamkeit, weil dort eine von der *konkret*-Gruppe eingebrachte und vom Plenum mehrheitlich befürwortete Resolution zur deutschen Frage, in der Verhandlungen mit der DDR über »eine interimistische Konföderation« vorgeschlagen worden waren, insbesondere Sozialdemokraten auf die Palme gebracht hatte. Schmidt war noch vor Empörung bebend zum Podium gelaufen, um von oben in den Saal zu rufen, dass diese Resolution »an anderem Ort psychologisch vorbereitet worden« sei; an der Niederlage hatte er dennoch nichts mehr ändern können. Nur einen Tag später wurden Meinhof, Opitz und Röhl vom Zentralkomitee der KPD in deren im brandenburgischen Caputh gelegenen Gästehaus empfangen, um den »Sieg« über die als Verräterin an der proletarischen Klasse verachtete SPD gebührend zu feiern.

35 Röhl, *Kommunismus* (Anm. 4), S. 237.

36 Ebd., S. 241.

Im Februar 1959 löste sie die Verlobung mit Lothar Wallek auf.³⁷ Bereits bei ihrer Rückkehr nach Münster war Seifert aufgefallen, dass sie ihren Verlobungsring nicht mehr trug. Wahrscheinlich hatte sie sich innerlich von ihm schon im Oktober getrennt, aber noch gezaudert, ihm das mitzuteilen.

Der Parteivorstand der SPD nahm nach der Berliner Niederlage die Rolle der *konkret*-Gruppe genauer unter die Lupe. Zahlreiche Indizien sprachen dafür, dass sie von Ost-Berlin ferngesteuert wurde und der Bundesrepublik zu schaden versuchte, der Sozialdemokratie ebenso wie der Bundesregierung. Ein vom SPD-Parteivorstand in Auftrag gegebenes *konkret*-Dossier ergab, dass es insgesamt 13 »Schlüsselpersonen« gab, die den SDS zu unterwandern versuchten.³⁸ Eine dieser Personen war Ulrike Meinhof. In der Konsequenz führte diese Untersuchung zu dem im November 1961 verhängten Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit dem SDS. Wer noch länger in der als kommunistisch unterwandert geltenden Hochschulgruppe bleiben wollte, konnte gleichzeitig nicht mehr länger Mitglied in der SPD sein und umgekehrt.

Im Oktober 1959 trat Ulrike Meinhof der *konkret*-Redaktion bei, in der zu diesem Zeitpunkt noch sechs weitere Redakteure arbeiteten. Sie war unter anderem für Außenpolitik und die Presseschau zuständig. Am 13. September 1960 verlobte sich Ulrike Meinhof dann zum zweiten Mal. Nun mit ihrem sechs Jahre älteren Chefredakteur Klaus Rainer Röhl. Das Ganze ging ohne Feierlichkeiten über die Bühne: zu zweit und heimlich. Während der Weihnachtstage 1961 besiegelten Röhl und Meinhof ihre Verbindung, indem sie den Bund der Ehe schlossen. Weil Röhl im Zuge des Bundestagswahlkampfes 1961 verpflichtet wurde, die Wahlkampfleitung der Deutschen Friedens-Union (DFU) wahrzunehmen, übernahm Meinhof für diesen Zeitraum die Chefredaktion der Zeitschrift. Diese wichtige Aufgabe war ihr zugleich Anlass, ihr Studium endgültig aufzugeben.

Die Bundestagswahlen am 17. September 1961 endeten für sie mit einem Desaster. Die von Renate Riemeck angeführte DFU, für die sie sich so sehr ins Zeug gelegt hatten, scheiterte mit 1,9 Prozent der Stimmen klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Ob ihre Chancen ohne den einen Monat zuvor erfolgten Bau der Berliner Mauer aussichtsreicher gewesen wären, darf bezweifelt werden. Der Verdacht, dass es sich bei der erst im Jahr zuvor gegründeten neutralistischen Partei in Wirklichkeit um ein U-Boot der SED handelte, war zu massiv.

VI. Die protestantische Moral und der doppelte Boden ihrer politischen Existenz

Ulrike Meinhof war zuerst eine überzeugte Christin, dann eine prominente Publizistin, eine erklärte Antifaschistin, eine überzeugte Kommunistin und mehr als nur eine bloße Anhängerin des bewaffneten Kampfes – sie war eine exponierte, durch Wort und Tat beglaubigte Terroristin. Dies hat ihrem Leben, dem sie mit nur 41 Jahren in ihrer

37 Wallek selbst schildert den Vorgang so, dass er es gewesen sei, der den Vorschlag zur Trennung gemacht habe. Grund sei »Ulrikes Hinwendung zur KPD« gewesen.

38 Vgl. Tilman Fichter, SDS und SPD: Parteilichkeit jenseits der Partei, Wiesbaden 1988, S. 295-302.

Stammheimer Zelle vorzeitig ein Ende bereitet hat, wohl den stärksten Stempel aufgesetzt.

Doch so zahlreich ihre Lebensentwürfe, Rollen und Facetten auch gewesen sein mögen, diese besaßen einen konstanten Glutkern: ihre protestantische Moral und dies im Negativen ebenso wie im Positiven. Man kann vielleicht sogar feststellen, dass sie eine der moralisierendsten Stimmen in der alten Bundesrepublik gewesen ist. Und das ist angesichts einer zumindest idealiter existierenden Konkurrenz wie etwa der zum Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll ein Wort! In welchem Maße diese Moralität in ihr verwurzelt war und in gewisser Weise das Epizentrum ihres politischen Handelns ausgemacht hat, lässt sich anhand eines von ihr besonders gewagten Vergleichs in Erinnerung rufen.

Im Jahr 1961 hat sie der jüngeren Generation in ihrem *konkret*-Artikel »Hitler in Euch« zu Bedenken gegeben: »So wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.«³⁹ Der damals noch amtierende und im Jahr darauf wegen der *Spiegel*-Affäre zum Rücktritt gezwungene Bundesverteidigungsminister hatte gegen diesen Vergleich zwar umgehend geklagt, Meinhof war jedoch – vertreten durch ihren Anwalt, keinen Geringeren als den späteren Bundesjustizminister und Bundespräsidenten Gustav Heinemann – vor Gericht damit durchgekommen.

Von Jürgen Seifert stammt einer der bedenkenswertesten Sätze, die je über Ulrike Meinhof geäußert worden sind. Zum Zeitpunkt ihres Sprunges in den Untergrund, den sie am 14. Mai 1970 im Zuge der Baader-Befreiung wagte, sei sie bereits über ein Jahrzehnt in der Illegalität gewesen.⁴⁰ Was er damit meinte, war die Tatsache, dass sie bereits 1958 Mitglied in der am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen und damit verfassungsfeindlichen KPD geworden sei. Was das bedeutete, hatte ihr Genosse und vorübergehender Ehemann Klaus Rainer Röhl in seinen Erinnerungen mit den Worten veranschaulicht: »Wir waren Illegale, ständig von Verhaftung bedroht, immer in Angst, immer auf dem Sprung, ständig in Erwartung des Schlimmsten.«⁴¹ Die ihnen beim geringsten Fehltritt drohenden Konsequenzen hatten sie stets vor Augen: Gefängnisstrafen von drei Monaten bis hin zu mehreren Jahren. Nach dem Karlsruher Verbotsurteil waren von den Behörden zwischen 125.000 und 200.000 Ermittlungsverfahren durchgeführt und zwischen 7.000 und 10.000 Betroffene verurteilt worden.⁴² Bei einer Mitgliederzahl der KPD zuletzt von nicht mehr als 7.000 eine wahrlich happige Anzahl!

Ulrike Meinhofs politische Existenz war mit einem doppelten Boden ausgestattet. Wie kam es, so ist zu fragen, dass sich eine überzeugte Protestantin für eine kommunistische Partei hatte anwerben lassen, die kaum mehr als der verlängerte Arm der SED, also der Staatspartei der DDR, gewesen ist?

39 Ulrike Meinhof, Hitler in Euch, in: *konkret* 10 (1961), S. 8.

40 Seifert, Meinhof (Anm. 22), S. 351.

41 Röhl, Fünf Finger (Anm. 8), S. 165.

42 Zu den Zahlen siehe bspw. Rolf Cössner, Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. Verdrängung im Westen – Abrechnung mit dem Osten?, Berlin 1998, S. 26; Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M. 1978, S. 242.

Meinhof hat ihre Partei, aus der sie übrigens im Unterschied zu Röhl nie ausgeschlossen worden ist, niemals ernsthaft kritisiert – weder wegen der diktatorischen Form ihrer Machtausübung noch wegen der Unterdrückung jeglicher Form politischer Opposition, weder wegen des Baus der als »antifaschistischen Schutzwalls« deklarierten Berliner Mauer noch wegen der vielen auf der Flucht Erschossenen wie etwa dem im August 1962 mit 19 Jahren hilflos an der Mauer verbluteten Peter Fechter. Ihr damaliger Mann schrieb in seiner Autobiographie rückbetrachtend, dass es ihr – und er scheute sich nicht, sich dabei auch selbst mit einzubeziehen – »an einem Unrechtbewusstsein [...] vollständig gefehlt« habe.⁴³

Die KPD und die SED waren für sie – in einem Wort formuliert – gleichermaßen sakrosankt. Doch warum? Weil beide Parteien und damit die als antifaschistisch glorifizierte DDR in ihren Augen als das bessere, das einzig legitimationsfähige Deutschland galten. Sie glaubte insbesondere in der SED, die sich 1946 die Sozialdemokratie in einem Zwangsakt unter den Nagel zu reißen versucht hatte, ein Bündnis von Antifaschisten sehen zu können, die den Kampf gegen die in Westdeutschland angeblich an der Macht befindlichen Alt- und Neonazis eröffnet hätten. In der DDR wiederum sah sie nichts anderes als eine friedliebende Alternative zur BRD, die unter dem Scheffel der einstigen Besatzungsmacht stand, den imperialistischen USA.

Gemessen an ihrer Einbindung in die von KPD und SED gleichermaßen im angefeindeten Westdeutschland betriebene subversive Politik erscheint es müßig, Meinhofs politischen Positionen eine intellektuelle Autonomie unterstellen zu wollen. Sie hat zuallererst im Auftrag gehandelt. Das galt über viele Jahre hinweg auch für ihre Rolle in der 1955 vom Zentralrat der FDJ unter ihrem damaligen Vorsitzenden Erich Honecker gegründeten Zeitschrift *konkret*. Was darin publiziert werden sollte, war zumindest bis 1964 zuvor in konspirativen Wohnungen in Ost-Berlin ausgemacht worden. Das ging soweit, dass zu diesem Auftrag auch gehörte, dass rund 20 Prozent der Artikel DDR-kritisch sein mussten, um sich nicht als ferngesteuert verdächtig zu machen.

Das bis heute von nicht wenigen ebenso respektierte wie zuweilen gar gefeierte Urteilsvermögen Ulrike Meinhofs, das hinsichtlich der NS-Vergangenheit, der Rolle der Großindustrie, den imperialen Interessen der USA, dem verbrecherischen Vietnamkrieg, den Demokratiedefiziten des Parlamentarismus und anderem mehr als unbezweifelbar galt, bedarf insofern einer gewissen Skepsis, wenn nicht gar eines grundsätzlichen Misstrauens. Denn vieles, was sie in diesen Jahren publiziert und in Fernseh- und Rundfunkbeiträgen geäußert hat, ließ sich von der SED gleichzeitig 1:1 publizistisch ausschlichten. Nur zu häufig war es kaum etwas anderes als ideologische Munition im Kalten Krieg.

Gemessen an dieser Kontextualisierung bedarf vor allem die Unbedingtheit ihres Urteils einer anderen Bewertung. Auch wenn die Wurzeln ihrer Urteilsfindung in ihrem persönlichen Bereich gelegen haben mögen, so spricht die Tatsache, dass diese Kritikmuster an der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft von Leuten wie dem SED-Propagandachef Professor Albert Norden zugespitzt, vereinseitigt und weiter radikalisiert worden sind, doch für einen hohen Grad an Instrumentalisierung.

43 Röhl, *Fünf Finger* (Anm. 8), S. 11.

Ulrike Meinhof trat zwar nicht fortwährend, aber doch für eine ganze Reihe von Jahren wie eine ideologische Agentin auf. Die Tatsache, dass die von ihr maßgeblich mitbegründete Stadtguerillaorganisation »Rote Armee Fraktion« genannt wurde, hätte allein schon wegen dieser Namensgebung misstrauisch machen müssen. Angesichts des Schreckens, für den die Armee der Sowjetunion gerade in den Augen vieler Westberliner stand, dort unter diesem Namen eine Untergrundorganisation ins Leben zu rufen, die sich als Vorhut der Arbeiterschaft begriff, zeugte von kaum etwas anderem als Phantasterei.

Meinhofs Urteilsvermögen war tief gespalten und die Unbedingtheit, mit der sie es vertrat, kann deshalb nicht statthaft gewesen sein. Denn die von ihr eingenommenen und als ultimativ vertretenen Positionen waren nicht universalisierbar, sondern höchst parteilich. Und zwar Partei ergreifend für eine Sache, die inzwischen historisch längst falsifiziert ist.

DDR-Spionage in Marburg

Helmut Müller-Enbergs

Marburg zählte nicht zu den operativen Zentren der nachrichtendienstlichen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das sich als Schild und Schwert der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) betrachtete,¹ und die innere und äußere Sicherheit des westlichsten Vorpostens der Sowjetunion namens Deutsche Demokratische Republik (DDR) zu schützen oder auszubauen hatte.² Die gemeinsame deutsche Sprache und die vielfachen familiären Verknotungen boten einen faszinierenden Humus, um der Sache des Sozialismus auch im Schatten einer bürgerlichen Gesellschaft und von ihr unbemerkt dienlich zu sein. Sieben Prozent der Quellenressource, also – je nach Geschmack Agenten, Kundschafter und Spione – des wichtigsten Auslandsnachrichtendienstes der DDR hatte ihre Hauptverwaltung A (HVA), eine von Dutzenden Dienststeinheiten des MfS, in Hessen konzentriert. In diesem Bundesland gab es im Dezember 1988 112 inoffizielle Mitarbeiter (IM) und 28 nachrichtendienstlich relevante Kontaktpersonen (KP), womit ihr unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland Platz 4 unverrückbar sicher ist.³ Marburg nimmt mit drei inoffiziellen Mitarbeitern der HV A im Dezember 1988 in dieser konspirativen Welt den Platz 9 ein (vgl. Tabelle 1).⁴ Eine nachrichtendienstliche Metropole war Marburg für die DDR somit nicht, aber wegen der Philipps-Universität auch nicht uninteressant, die mit ihren Studierenden nahezu ein ergiebiger Angelteich für zukünftige Spione war.

1 Vgl. Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997.

2 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989; Jens Gieseke, Die Stasi. 1945-1990, München 2011.

3 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 194.

4 Vgl. Ders., Ausspionierte Republik. Bundesbürger als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und Kontaktpersonen der HV A Ende 1988, in: Der Spiegel Nr. 47 v. 20.11.2011, S. 45.

Tab. 1: Regionale Verteilung von IM und KP der HVA in Hessen (Dezember 1988)

Stadt	Anzahl IM/KP	Platzierung
Frankfurt a.M.	59	1
Kassel	16	2
Wiesbaden	13	3
Gießen	9	4
Darmstadt	7	5
Offenbach	6	6
Hanau	5	7
Fulda	4	8
Bad Homburg	3	9
Eschwege	3	9
Marburg	3	9
Bad Schwalbach	2	12
Bad Hersfeld	1	13
Frankenberg	1	13
Friedberg	1	13
Gelnhausen	1	13
Gemershausen	1	13
Groß-Gerau	1	13
Höchst	1	13
Lorch	1	13
Rüsselsheim	1	13
Schlüchtern	1	13
Witzenhausen	1	13

I. Das Problem mit der archivarischen Überlieferung

Das Gestrüpp der unterschiedlichen Organisationseinheiten des MfS und die ungleiche archivarische Überlieferungslage legen nicht nur einen differenzierenden Zugang und eingeschränkte Erkenntnismöglichkeiten nahe, sondern erzwingen angesichts der Fülle an Einzelaktivitäten auch eine Stichprobe. Für den Dezember 1988 liegt eine besondere Überlieferung vor: die sogenannten Statistikbögen der HVA. Diese Bögen enthalten jeweils auf einer DIN A4-Seite die wesentlichen Angaben zu einer Quelle oder einer Kontaktperson der HVA, schon aus konspirativen Gründen zwar nicht den bürgerlichen Namen, aber immerhin Eintragungen zum Wohnort, zum beruflichen und nachrichtendienstlichen Tätigkeitsfeld sowie zur Art und Weise, wie Verbindung zur Nor-

mannenstraße in Ost-Berlin, dem Sitz des Ministeriums, unterhalten werden sollte.⁵ Als zentrales Auswahlkriterium für die nachfolgende Untersuchung dient der Wohnort Marburg, die wesentlichen Arbeitsfelder der HV A, also die politische und Militärspionage, die Wissenschafts- und Technik-Spionage oder die Gegenspionage, mithin das Eindringen in den Verfassungsschutz, Militärischen Abschirmdienst oder in Filialen des Bundesnachrichtendienstes. Im Folgenden geht es nicht um die spektakuläre Enthüllung der bürgerlichen Identitäten von DDR-Spionen, sondern um die Vielfalt nachrichtendienstlicher Vorgehensweisen, die auch in Marburg praktiziert worden sind.

Die Fallauswahl nach dem Kriterium des Wohnortes schließt eine gewisse Unsicherheit ein. Die operativen Mitarbeiter der HV A hatten der hausinternen Registratur die erforderlichen Angaben zu einer Person zu liefern. Diese geschah regelmäßig, wenn ein Personenvorgang neu angelegt wurde. Zwar musste auch angezeigt werden, wenn eine Person den Wohnort wechselte, aber dies wurde in der Praxis nachlässig gehandhabt. Manch einem operativen Mitarbeiter galt – zu Recht – die Konzentration solcher Angaben auf einer DIN A4-Seite unter konspirativen Gesichtspunkten als ein Risiko. Deshalb erfolgten solche Meldungen gar nicht oder nur schleppend. Der in der ausgewerteten Stichprobe vom Dezember 1988 angegebene Wohnort Marburg musste zu diesem Zeitpunkt also nicht mehr unbedingt zutreffend gewesen sein.⁶

Die zu den im Folgenden untersuchten »Vorgänge« zu Marburg angelegten Akten sind – mit seltenen Ausnahmen – von Januar bis Juni 1990 von der HV A in eigener Regie vernichtet worden.⁷ Überliefert sind lediglich regelmäßig Hinweise auf diese Aktenvorgänge, vergleichbar mit der Kartei einer Bibliothek, die auf Bücher verweist, die selbst nicht gelesen werden können. Das schränkt die Möglichkeit, den einzelnen Lebenswegen Konturen zu geben und sie in eine Erzählung einzuweben, stark ein. Dies kann allein durch noch so viele statistische Angaben nicht geleistet werden.

Eine weitere Erschwernis tritt hinzu. Zwar sind der Stasi-Unterlagenbehörde überwiegend die bürgerlichen Namen bekannt, und das Erfahrungswissen erlaubt zuverlässige Mutmaßungen über ihre Beziehungen zur HV A, aber an »harten« Belegen für die konkreten Beziehungen mangelt es oft.⁸ Es lässt sich also die Tatsache feststellen, dass eine konkret benennbare Person in den Registern der HV A verzeichnet ist. Aber ob diese ein IM oder eine Zielperson war, ist juristisch abgesichert nicht feststellbar.

5 Vgl. Ders., »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, Berlin 2007, S. 93-125.

6 Das zeigt zum Beispiel der Fall des Pfarrers Josef Frindt, »Erich Neu« (Reg.-Nr. III 289/72), der 1972 von der Bezirksverwaltung Neubrandenburg des MfS mit dem Wohnort Münster registriert wurde, obwohl er seit 1962 im Kreis Recklinghausen tätig war und in Münster lediglich an der Hochschule gelegentlich Unterricht gab. Vgl. Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz); ebd., Statistikbogen (Rosenholz).

7 Vgl. Bernd Fischer, Das Ende der HV A. Die Abwicklung der DDR-Auslandsaufklärung, Berlin 2014, S. 26.

8 Siehe exemplarisch den Fall des Ehepaars Barbara und Wolfgang Deuling bei Markus Wehner, Stasi-Agenten bei der SPD. Für Verdienste um Volk und Vaterland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 28.10.2012, S. 6; Ders., Solidarität mit deutschem Forscher. Wissenschaftler rügen Stasi-Unterlagen-Behörde, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 4.11.2012, S. 1; Andreas Förster, Agentenehepaar klagt gegen Historiker, in: Berliner Zeitung v. 5.11.2012, S. 6; Markus Decker, Später Streit über angebliche Stasi-Spitzel, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 7.11.2012, S. 5.

Daher werden im Weiteren zumeist die bürgerlichen Namen von Personen nur dann genannt, wenn sie von der HV A mit herausragenden nachrichtendienstlichen Leistungen in Verbindung gebracht worden sind und die Nennung für die Untersuchung von Bedeutung ist.

II. Rudolf Horst Brocke

Der Diplompolitologe (*1948) ist bei der HV A als »Thomas Münzer« verzeichnet.⁹ Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg, wechselte jedoch 1986 zum Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) nach Erlangen. In den Büchern der HV A ist er seit 1971 registriert, eine Beziehung, die wohl erst mit der Auflösung der HV A ihr Ende fand. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte ihn am 6. Dezember 1993.¹⁰

Brocke war in der Studentenbewegung an der Gesamthochschule Kassel aktiv. 1970 nahm er im Rahmen seiner Tätigkeit beim Jugendbildungswerk der Stadt Kassel an einer mehrtägigen Reise nach Ost-Berlin teil, wo er und sein Freund Wolfgang Fischer (*1942), Filme für die »Vietnam-Filmtage« suchten. Im Herbst 1971 leistete Brocke seinen Wehrersatzdienst, als Fischer ihn nach Ost-Berlin mitnahm, und mit dessen Kontaktpersonen vom MfS – konkret der HV A X/3 – bekannt machte. Wunschgemäß erzählte Brocke seinen Lebenslauf, bei einer weiteren Begegnung in Ost-Berlin gab er eine »Absichtserklärung« ab und wählte sich den Decknamen »Thomas Münzer«. In nachfolgenden Gesprächen wurde ihm nahegelegt, der CDU beizutreten, was er aber ablehnte. Im November 1972 erhielt er den Auftrag, Exemplare eines Buches in bestimmte Briefkästen in der Bundesrepublik zu stecken. Die Publikation, die in ihrer Aufmachung einem Rowohlt-Taschenbuch ähnelte, war von der HV A X erstellt, und zielte darauf ab, den Kanzlerkandidaten Dr. Rainer Barzel zu diskreditieren. Brocke studierte zunächst an der Freien Universität Berlin, dann ab 1974 in Marburg. Er erhielt von der HV A »Stipendienzahlungen«. Bis dahin traf er sich vierteljährlich mit der HV A, dann in größeren Abständen in Ost-Berlin, aber auch in Frankfurt a.M., Marburg, Würzburg, Innsbruck und in Dänemark.¹¹

1979 schloss Brocke sein Studium als Diplompolitologe ab. Er erhielt zunächst eine Stelle als wissenschaftliche Hilfskraft, ab 1981 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Wilfried von Bredow (*1944) am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität.¹² Berichtete er zuvor der HV A lediglich über Studierende, hatte er nun Zugang zu Forschungsergebnissen aus den Bereichen der Sicherheitspolitik, Wirtschaftsbeziehungen und der US-Außenpolitik, mehr noch 1985/86 zu Analysen

9 Vgl. BStU, MfS, HV A F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 3391/71, O-Quelle »Thomas Münzer« (teilweise auch »Thomas Müntzer« bzw. »Müntzer«); ebd., Statistikbogen (Rosenholz).

10 Vgl. Klaus Wagner, Die Sitzung ist eröffnet. Spione vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Ein Richter erinnert sich, Düsseldorf 1996 (Ms.), S. 83f.

11 Vgl. Urteil des OLG Düsseldorf (IV-40/92) v. 6.12.1993.

12 Vgl. Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke, Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Stuttgart 1981.

von Parteien zu deutschlandpolitischen Positionen.¹³ Diese Unterlagen leitete Brocke, meist in Kopie, an die HVA weiter. Spätestens ab Dezember 1983 hatte »Thomas Münzer« Erkenntnisse zu Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes, die an die dafür zuständige Auswertungsdienstleistung der HVA IX/C weitergeleitet wurden. In der Regel ging es um Mitarbeiter, die mit ihrem Arbeitsnamen auftraten wie etwa Schwarzenbach. Die letzte dieserart Informationen datiert auf September 1987.¹⁴ Aus Sicherheitsgründen wurde die Quelle »Thomas Münzer« im Sommer 1986 eine Zeitlang »konserviert«, heißt, seine nachrichtendienstlichen Mittel wie Schnellgeber, Container und Codierungsunterlagen waren zu vernichten, die Kooperation pausierte.

Im Oktober 1986 wechselte Brocke als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die nachrichtendienstliche Kooperation wurde fortgesetzt. Mit Auflösung der HVA erhielt er eine Abfindung in Höhe von 3.000 DM, wobei es intern ernsthafte Erwägungen gab, diese nachrichtendienstliche Quelle an den sowjetischen Nachrichtendienst KGB weiterzugeben.¹⁵

Führungsstelle innerhalb der HVA war das Referat X/3, das inoffizielle Mitarbeiter und Stützpunkte im Medienbereich unterhielt, um diese auch als (unbewusste) Multiplikatoren zu nutzen, was in der Fachsprache »aktive Maßnahmen« heißt. Dabei handelte es sich vornehmlich um ein Lancieren von Informationen, deren DDR-Hintergrund nicht erkannt werden sollte. Die Multiplikatoren sollten in der Lage sein, politische Bewegungen auszulösen und zu steuern, Meinungen in der Öffentlichkeit zu bilden oder auch Enthüllungskampagnen zu initiieren. Mit diesem Aufgabenkatalog war das Referat HVA X/3 das Zentrum innerhalb der HVA in Sachen politischer Einflussnahme auf das »Operationsgebiet«.¹⁶

III. Die Philipps-Universität als nachrichtendienstliche Kaderschmiede der HVA

Rudolf Horst Brocke war mithin ein Dutzend Jahre – in den Jahren von 1974 an bis 1986 – Quelle der HVA an der Marburger Universität. Doch auch vor ihm gab es dort Studierende, die mit der HVA eine nachrichtendienstliche Verbindung eingegangen waren. Etwa die Objektquelle »Tommy« (*1954), die ebenfalls in Marburg studiert hatte, ab 1975 mit dem Nachrichtendienst kooperierte, und zuletzt als Angestellter

13 Vgl. Rudolf Horst Brocke, Deutschlandpolitische Positionen der Bundestagsparteien. Synopse, Erlangen 1985; Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke, Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problembereiche der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre, Erlangen 1986; Dies., Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa, Opladen 1987.

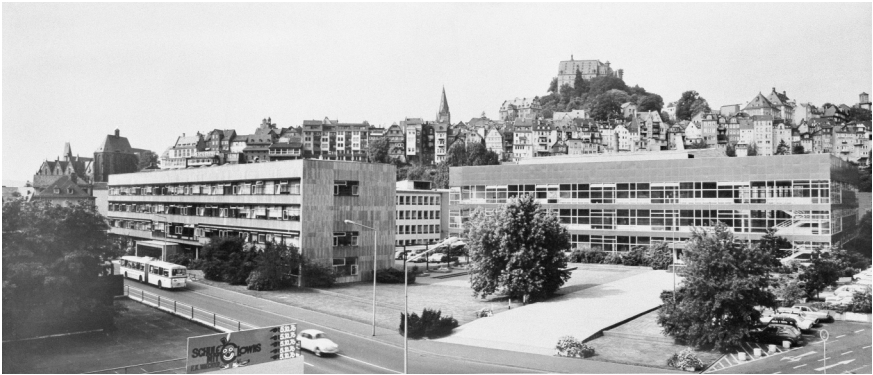
14 Vgl. BStU, MfS, HVA, SIRA-Teildatenbank 14, SE 8402217, SE8502610, SE8503308, SE8766407, SE8766657, SE8766838, SE8766839, SE8767313, SE8767314, SE8767315.

15 Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hg.), Strafrecht und DDR-Unrecht, Bd. 4/1: Spionage, Berlin 2004, S. 527-532.

16 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A. Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2011, S. 175.

in Berlin-Charlottenburg auf dem Gebiet der Fernmelde- und Nachrichtentechnik gearbeitet hat. Er war nachrichtendienstlich mit einigen Hilfsmitteln wie dem UKW-Signalisationssystem »Panorama«, einer Deckadresse, Geheimschreibmittel, Chiffre ausgestattet und ein Instrukteur unterhielt die Verbindung zu ihm. »Tommy« und die mit ihr verbundene Kontaktperson »Hahn« (*1948), die Jura studiert hatte, und Angestellter im Deutschen Bundestag war, lieferten 71 nachrichtendienstliche Informationen, zumeist wissenschaftlich-technischen Charakters (52), seltener von politisch-militärischer Natur (14).¹⁷

Abb. 1: Hörsaalgebäude & Auditorium maximum in der Marburger Biegenstraße, um 1961/62



Bildarchiv Foto Marburg, fm432976

Knut Gröndahl (*1941) studierte in den Jahren von 1962 an bis 1971 in Freiburg und in Marburg Rechtswissenschaften. Im Jahre 1966 lernte er einen vorgeblichen Wissenschaftsjournalisten kennen, der tatsächlich für die HV A I aktiv war, eine Dienst Einheit, die operativ für das Bundeskanzleramt und Bundesministerien zuständig war. Das SPD-Mitglied Gröndahl schätzte ihn und erstellte wunschgemäß einige Bibliografien zur Hochschul- und Studienreform, ohne zu ahnen, dass es einen Mfs-Hintergrund gab. Als Gröndahl 1972 nach bestandenen juristischen Assessor-Examen als Hilfsreferent im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen anfang, eröffnete die HV A den tatsächlichen DDR-Hintergrund; er blieb dabei und wurde »Töpfer« genannt, seine Frau »Vera«.¹⁸ Gröndahl stieg beruflich auf. Er wurde Leiter des Referats Politik im Bundesministerium, 1986 Referatsleiter Politik in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, 1989 Regierungsdirektor im Bundesministerium des Innern – und von 1990 bis 1993 Mitarbeiter des stellvertretenden SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Thierse. Auf »Töpfer« gehen für den Zeitraum von 1973 bis 1987 insgesamt 538 Informationen zurück, darunter 316 dokumentarische Unterlagen. Dabei

17 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 3076/75, O-Quelle »Tommy« bzw. KP »Hahn«; ebd., Statistikbogen (Rosenholz).

18 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 821/66, »Töpfer« und »Vera«; ebd., Statistikbogen (Rosenholz). »Vera« ist erst ab Februar 1977 bei der HV A verzeichnet.

fallen die ungewöhnlich hohen Bewertungen auf. Die Bestnote »sehr wertvoll« erhielten 111 Informationen, 181 immerhin das Prädikat »wertvoll«. Der Leiter des Referats Politik im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen sicherte nahezu allein den Informationsbedarf der HV A I hinsichtlich der Beziehungen von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Von 219 einschlägigen operativen Informationen gehen 113 auf »Töpfer« zurück. Die Auswerter der HV A stützten sich bei 17 Ausarbeitungen für die Parteiführung auf seine Informationen.¹⁹

Auffallend an den Beispielen zu Rudolf Horst Brocke, »Tommy« und Knut Gröndahl ist nicht allein die Gemeinsamkeit, für die HV A nachrichtendienstlich in Marburg aktiv gewesen zu sein, sondern, dass ihre Karrieren als Studenten begannen. Das ist jedoch kein Zufall. Das inoffizielle Netz der HV A umfasste im Dezember 1988 allein 141 Studierende in der Bundesrepublik, was einen Anteil von sieben Prozent unter ihren Inoffiziellen und Kontaktpersonen ausmacht.²⁰ In den 1970er Jahren wurden von der HV A bei Studierenden »operative Ansatzpunkte« gesucht, die sich aus der sozioökonomischen Struktur ergaben. In einer Forschungsarbeit der HV A war die Annahme grundlegend, dass Studierende in Erwartung ihres sozialen Aufstieges ihre »niedrigere« Herkunft negieren würden, weil sie erkennen, dass ihre Herkunft die Karrierechancen begrenze. Trotz der sozialökonomischen Auflockerung der »Funktionseliten« würde die Masse der Studierenden aus unteren und aufstrebenden Schichten »sehr bald enttäuscht« werden. Aus dieser Erkenntnis heraus würden Studierende »nicht selten« bereit sein (»Negation der Negation«), zu Gegnern des »Regimes« zu werden. Angesichts der sozialen Zusammensetzung der Studierenden waren daher jene für die HV A von besonderem Interesse, die aus Arbeiter-, unteren und mittleren Beamten- und Angestelltenfamilien kamen.²¹

Und Marburg? In der Personenkartei der HV A sind 525 Bürger mit dem Wohnort bzw. einer Arbeitsstelle in Marburg verzeichnet. Darunter befinden sich dezidiert 201 Bürger*innen, die an der Philipps-Universität studierten oder dort arbeiteten.²²

19 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 16), S. 57; Detlef Kühn, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit, Berlin 2001; Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (Hg.), Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten an den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, Berlin 2013, S. 278f.; Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 358-360.

20 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Soziologie der Agenten. Empirische Sozialforschung zu einer unsichtbaren Gruppe, in: Enrico Heitzer/Martin Jander/Anetta Kahane/Patrice G. Routrus (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt a.M. 2021, S. 114-128, hier S. 123. Zu Aktivitäten an anderen Hochschulen siehe exemplarisch Sabine Kittel, Die unterwanderte Universität? Die Westfälische Wilhelms-Universität im Fokus der Staatssicherheit der DDR in den 1970er und 1980er Jahren, in: Geschichte im Westen 33 (2018), S. 135-160.

21 Vgl. Major Hermann, Schulungsmaterial. Die zielgerichtete Bestimmung und operative Analyse operativ interessierender Personengruppen im Operationsgebiet Westdeutschland, Potsdam 1972; BStU, MfS, BV Gera, Abt. XV 367/6, S. 49-61; Klaus Rösler, Psychologische Bedingungen der inoffiziellen Arbeit in das und im Operationsgebiet, Potsdam 1972; BStU, MfS, JHS 21819, Bl. 55-63.

22 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 (Rosenholz). Die Angaben können lediglich Größenordnungen beschreiben. Das hat mehrere Gründe: Nicht alle Karteikarten zu Personen blieben erhalten. Die HV A hat

IV. Das nachrichtendienstliche Netz in Marburg im Dezember 1988

In Marburg wohnten faktisch zuletzt – wie bereits angeführt – drei inoffizielle Mitarbeiter der HV A:²³

Tab. 2: IM der HV A mit Wohnort in Marburg (Dezember 1988)

Führungsstelle	Deckname	Reg.-Nr.	Kategorie	Jahrgang	Beruf	Zielobjekt
BV Halle XV	»Zenith«	XV 2378/85	Werber II	1943	Geschäftsführer	Bauwesen
HV A IX/B/5	»Otto«	XV 4482/86	Werber II	1953	Arzt	
HV A XI/3	»Bischof«	XV 5286/85	SIM	1945	Juristin	Philipps-Universität

Die operative Aufgabe des Geschäftsführers »Zenith« (*1943) und des Arztes »Otto« (*1953) waren nachrichtendienstlich betrachtet die des »Werbers«. »Werber« nahmen bei der Erweiterung des IM-Netzes eine »Schlüsselstellung« ein. Sie hatten »planmäßig« potenzielle Kandidaten für die inoffizielle Arbeit zu kontaktieren und für die HV A oder einen vorgetäuschten Beziehungspartner zu rekrutieren. Ursprünglich waren »Werber« ausschließlich für die Rekrutierungsarbeit vorgesehen, doch konnten sie später oftmals die Anleitung des IM als Führungs-IM übernehmen, die ansonsten ein Instrukteur wahrnahm. »Zenith« und »Otto« sind im Speziellen als »Werber II« ausgewiesen, heißt, sie hatten sich wesentlich mit der Dossierarbeit befasst, also Informationen über einen Kandidaten zur inoffiziellen Kooperation zusammengetragen, damit die HV A prüfen konnte, ob es eine zureichende Eignung für eine Ansprache zur nachrichtendienstlichen Arbeit gab.²⁴

Die Kooperation mit »Zenith« währte nicht lange: Er sei zwar in der DDR auf materieller Basis – offenbar durch Christian Voigtländer, Offizier der Hallenser Dependence der HV A – ab Juni 1985 ins Visier genommen worden. Nur: Am 29. Januar 1987 schloss er den Aktenvorgang wieder. »Zenith« hat offenkundig eine Deckadresse in der DDR erhalten, hatte verwandtschaftliche Beziehungen in die DDR, galt aber lediglich als »vertrauenswürdig«.²⁵

von sich aus wiederholt Löschungen vorgenommen, wenn sie keinen weiteren Bedarf vermutete. Auch sind in der vorliegenden Personenverzeichnungen nur Bürger mit deutscher Staatsbürgerschaft überliefert, jene mit anderen Staatsbürgerschaften – und die möglicherweise ebenfalls einen Bezug zu Marburg hatten – sind darin nicht enthalten. Schließlich wurden Personalien von echten bzw. vermeintlichen Marburgern für gefälschte Ausweise genutzt. Darauf deuten neun Karteikarten mit Marburg-Bezügen in »Rosenholz« hin.

23 BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz); ebd., Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 16), S. 98.

24 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2 (Anm. 3), S. 71f.

25 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 2378/85, »Zenith«; ebd., Statistikbogen (Rosenholz). Mithin wurde statistisch der Vorgang zu »Zenith« noch als Aktivposten geführt, obgleich tatsächlich der zu ihm angelegte Vorgang bereits zuvor beendet worden war.

Der promovierte Humanmediziner »Otto« wurde im Oktober 1986 durch Jochen Heller, Offizier der HV A IX/B/5, in der Kartei der HV A verzeichnet. Er war demnach bei einer Auslandsvertretung der DDR aufgefallen. Im gleichen Jahr noch wurde er auf Basis einer politischen Nähe (»ideologische Basis«) in der DDR angesprochen. Auch »Otto«, der eine eigene Arztpraxis in Marburg führte, galt der HV A als lediglich »vertrauenswürdig«; er erhielt atypischerweise nicht einmal eine Deckadresse in der DDR, um von sich aus Verbindung aufzunehmen. In der DDR hatte er keine Verwandten, hielt sich jedoch dort als Tourist auf. »Otto« war jedoch vernetzt, hielt Kontakte zu einer im medizinischen Bereich tätigen Familie in Lahntal, einer Apothekerin in Hamburg, einer Therapeutin in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik und einem Radiologen am Klinikum Westend in Westberlin.²⁶

Etwas anders liegt der Fall bei »Bischof«, die als »Sicherungs-IM« (SIM) registriert ist. Die HV A verpflichtete oftmals einen Ehepartner eines IM als SIM, der ihn bei seiner operativen Arbeit unterstützte und bei Komplikationen zur Seite stand.²⁷ Die Führungsstelle von »Bischof« war die HV A XI/3, die sich darauf spezialisiert hatte, DDR-Bürger auf der amerikanischen Linie in die Bundesrepublik überzusiedeln, teils unter echter, teils unter fiktiver Identität.²⁸ Lothar Ziemer hatte die Akte zu »Bischof« im Dezember 1985 angelegt und bis zur Auflösung der HV A behalten.²⁹ Die gelernte Juristin »Bischof« war im gewerkschaftlichen Milieu Marburgs aktiv und hatte Bezüge zur Universität,³⁰ ihre akademisch ausgelegte Bezugsperson Berührungspunkte zu den USA.³¹

V. Im Visier der HV A

Zuweilen mühte sich die HV A um Marburger Studenten, Dozenten und Hochschullehrer jedoch teils vergeblich. In »Rosenholz« lassen sich noch zwölf Hinweise zu diesen Vorgängen finden, die Akten selbst sind vernichtet. Gemeinsam ist diesem Dutzend, dass kaum einer in der DDR geboren worden ist, und überwiegend von außerhalb Marburgs kamen. Auf einen Professor (*1941) war die für Wissenschafts- und Technikspionage interessierte HV A XV/4 im November 1983 aufmerksam geworden, doch erlahmte das Interesse an ihm. Der Vorgang »Erz« wurde im Juli 1984 wieder archiviert.³² Die

26 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 4482/86, »Otto«; ebd., Statistikbogen (Rosenholz).

27 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2 (Anm. 3), S. 67f.

28 Vgl. Ders., Hauptverwaltung A (Anm. 16), S. 185f.

29 Vgl. hierzu Ders., DDR-Spionage in Amerika, in: Ders./Thomas Wegener Friis (Hg.), DDR-Spionage. Von Albanien bis Großbritannien, Frankfurt a.M. 2018, S. 47-95, hier S. 61.

30 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 5286/85, »Bischof«.

31 Der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Philipps-Universität war der HV A bereits in den 1970er Jahren in Potsdam aufgefallen, doch verlor sich das Interesse an ihm zunächst im April 1981. Im Februar 1986 wurde es wieder geweckt und er wurde in einem Sicherungsvorgang für die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam registriert. Vgl. BStU, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 4468/80.

32 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 4417/83, OPK »Erz«.

Studentin »Robe« (*1963) war im Mai 1986 der HV A-Filiale in Neubrandenburg aufgefallen, doch bereits im Juli 1987 wurde ihre Akte archiviert.³³ Nicht anders erging es dem Studenten »Vordiplom« (*1961), der für die Abteilung XV der HV A in Erfurt im November 1986 ein- und im Juli 1987 wieder ausgetragen wurde.³⁴ An einem Bibliothekar an der Philipps-Universität, »Dampflok« (*1941) genannt, blieben die Erfurter seit Mai 1986 dran.³⁵ Ein weiterer Student, der als »Roland Stein« (*1960) firmierte, war der Dienststelle der HV A in Frankfurt (Oder) im Mai 1984 aufgefallen, nur wurde im April 1986 seine Akte wieder geschlossen.³⁶

Bis zuletzt war die Abteilung VI/A/5 an dem Studenten »Franz Schreiber« (*1965) interessiert, der im Dezember 1986 in der Kartei vermerkt wurde.³⁷ Das Interesse hielt auch an dem Professor der Philipps-Universität »Mohl« (*1942) an. Er war im April 1982 für die Abteilung I/1 der HV A erfasst worden.³⁸ Der wissenschaftliche Assistent »Steiner« (*1953) war der HV A-Dependance in Halle im Januar 1987 aufgefallen und das Werbeverlangen hielt an ihm bis zur Auflösung der HV A an.³⁹

Besonders lange galt der Marburger Ärztin »Baal« (*1947) die Aufmerksamkeit der Abteilung I/3 der HV A. Dieses setzte im Dezember 1982 ein und erlosch zu Zeiten der HV A nicht, was auf einen langen Atem der Tschekisten bei ihr deutet.⁴⁰ Das gilt auch für »Elle« (*1949), der im Mai 1983 in der Kartei der HV A aufgetaucht ist.⁴¹

Während bei diesen Bürger*innen mangels Aktenüberlieferung kaum etwas Näheres zu den Umständen bekannt geworden ist, liegt der Fall bei »Lahn« und »Flor« etwas anders. Deren Akten sind zwar auch vernichtet, aber: Der sie betreuende operative Mitarbeiter der Abteilung XV der HV A war Hauptmann Dr. Werner Teske (1942-1981), der letzte Bürger, der in der DDR wegen »vorbereiteter und vollendeter Spionage im besonders schweren Fall in Tateinheit mit vorbereiteter Fahnenflucht im schweren Fall« hingerichtet wurde. Über ihn gibt die Biografie von Günter Lange näheren Aufschluss.⁴² Und darin finden sich im Zuge der gegen Teske gerichteten Ermittlungen Angaben zu »Lahn« und »Flor«.

Ein Professor des Instituts für Politik und Wissenschaft (IPW) der DDR hielt an der Marburger Universität 1974 einen Vortrag und übernachtete bei »Lahn« und »Flor«. Sie studierten Politologie und waren am IPW interessiert, weshalb sie ihm einen Brief an dieses Institut mitgaben. Der gelangte zur HV A und dann eben zu Werner Teske. Er legte zu ihnen 1974 bzw. 1975 Vorgänge an mit dem Ziel, sie als nachrichtendienstliche Quellen aufzubauen. Nach dem Studium sollten die beiden in politische Institu-

33 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 2191/86, OPK »Robe«.

34 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 5109/86, OPK »Vordiplom«.

35 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 2288/86, OPK »Dampflok«.

36 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XVC 2175/84, OPK »Roland Stein«.

37 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 5510/86, OPK »Franz Schreiber«.

38 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 2884/82, OPK »Mohl«.

39 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 483/87, OPK »Steiner«.

40 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 6785/82, OPK »Baal«.

41 Vgl. BStU, MfS, HV A, F 16 u. F 22 (Rosenholz), Reg.-Nr. XV 875/83, OPK »Elle«.

42 Vgl. dazu und zum Folgenden Günter Lange, *Der Nahschuss. Leben und Hinrichtung des Stasi-Offiziers Werner Teske*, Berlin 2021, der sich auf BStU, MfS, HA IX, Nr. 24639, Bl. 173, 179, 192 u. 196, stützt.

tionen eingeschleust werden. Allerdings hatten sie ein enormes Handicap: Sie waren seit Beginn des Studiums im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) engagiert, der pro-sowjetisch ausgelegt war. Ferner hatten sie an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Juli/August 1973 in Ost-Berlin sowie an einem Seminar der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Frankfurt (Oder) teilgenommen. »Lahn« und »Flor« selbst schlossen nicht aus, unterdessen ins Visier des Verfassungsschutzes gekommen zu sein, was Perspektivpläne einschränkte.

Gleichwohl begann deren operative Arbeit für die HV A. Sie trafen sich mit Teske im Herbst 1976 und im Sommer 1977 eine Woche jeweils in Maribor (damals Jugoslawien). Dieser war sich freilich über deren begrenzte Verwendung bewusst. Allerdings wurde »Lahn« 1978 eine Tätigkeit im Auswertungsbereich des Bundesnachrichtendienstes (BND) angeboten, was gänzlich neue Perspektiven ermöglichte. Nur: »Lahn« schlug nicht sofort ein, der BND verlor das Interesse. Beide wurden fortan als »Werber« kategorisiert und waren in Geheimschrift und Funk ausgebildet.

Abb. 2: Philosophische Fakultät der Universität Marburg, 1984



Bildarchiv Foto Marburg, B 3.438/12

VI. Die tschekistischen Paten – und die Mühen des Alltags

Die nachrichtendienstliche Arbeit der HV A in der Bundesrepublik erfolgte systematisch. Den zentralen und regionalen Dienststeinheiten (innerhalb der Bezirksverwaltungen des MfS die Abteilungen XV) waren bestimmte »Objekte« im »Operationsgebiet« zugewiesen. Das betraf regelmäßig konkrete Städte, Unternehmen, Organisationen

und eben auch Universitäten. Die tschekistische Patenschaft für Marburg oblag der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Halle, die für die Philipps-Universität der HV A XI, die ansonsten für die politische und militärische Aufklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas und der US-Streitkräfte sowie nachgeordnet die kanadischen Streitkräfte in Europa zuständig war.⁴³ Innerhalb der HV A XI befasste sich eigens das Referat 10 – die Arbeitsgruppe Universität (AGU) – mit der Schaffung operativer Stützpunkte an westdeutschen Hochschulen, neben Marburg auch an den Universitäten in Heidelberg, Göttingen und Düsseldorf.⁴⁴ Die Mühen scheinen sich punktuell gelohnt zu haben.

Die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung in Halle sollte eigentlich auf Rheinland-Pfalz fixiert sein, aber Marburg fiel auch unter ihre operative Obhut. Doch von dieser Dienststelle selbst ist kaum ein Meter laufender Akten überliefert. Hingegen jedoch Unterlagen von den Offizieren für Aufklärung (OfA) in den Kreisdienststellen dieser Bezirksverwaltung. Die HV A hatte mithin in jeder Kreisdienststelle einen hauptamtlichen Mitarbeiter, den OfA, der wesentlich die Zuarbeit zu organisieren hatte. Da nun Marburg in die Zuständigkeit der Hallenser fiel, wurden Hinweise auf Einreisen von Marburgern in den Bezirk an diese OfA geleitet, damit diese sich der Angelegenheit annahmen.

Für die Kreisdienststelle Aschersleben des MfS findet sich für das Jahr 1985 der Hinweis auf einen »Wingert«, wie er genannt wurde, von dem bekannt war, dass er 21 Jahre alt ist, männlich und ledig, ferner, dass er Student an der Philipps-Universität ist und in Marburg wohnt. Was aus diesem Hinweis geworden ist, erschließt sich aus dem Jahresarbeitsplan für 1986 nicht; allein, man hatte sich mit ihm befasst.⁴⁵

Der Kreisdienststelle in Quedlinburg lag im Jahre 1984 ein Hinweis auf einen »Uhr« vor, der 20 Jahre alt war, männlich, ledig, an der Marburger Universität studierte, und noch in Bad Bentheim wohnte. Er sollte als »Perspektiv-IM« (PIM) in Augenschein genommen werden und diverse Recherchen zu ihm in den Monaten April bis August 1985 stattfinden.⁴⁶ Ein Jahr später war von »Uhr« nicht weiter die Rede. Dafür gab es den Hinweis »Schaf«, 49 Jahre alt, männlich, verheiratet und Doktorand an der Philipps-Universität und wohnhaft in Marburg. Für ihn hatte sich das MfS als Perspektive »Werber« bzw. »Stützpunkt-IM« ausgedacht. Entsprechende Recherchen zu ihm sollten von März bis Juli 1986 erfolgen.⁴⁷ Der wissenschaftliche Mitarbeiter »Schaf« hatte einen Kontakt in die DDR, der als »Motor« bezeichnet wurde. Ein Plan für Weiteres war vorgesehen.⁴⁸ Immerhin gab es ebenfalls 1986 für diese Kreisdienststelle noch den Hinweis auf einen »Buche«: 25 Jahre alt, männlich, ledig, Student des Wirtschaftsrechts an

43 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 16), S. 179.

44 Vgl. ebd., S. 192.

45 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Aschersleben 27, Bl. 3, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung in der KD Aschersleben, Jahresarbeitsplan 1986 des Offiziers für Aufklärung, Hauptmann Hadan, 23.12.1985.

46 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Quedlinburg 3, Bl. 92, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung der KD Quedlinburg, Jahresarbeitsplan 1985 des Offiziers für Aufklärung Gen. Hauptmann Lehmann, 11.12.1984.

47 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Quedlinburg 3, Bl. 71, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung der KD Quedlinburg, Jahresarbeitsplan 1986 des Offiziers für Aufklärung Gen. Hauptmann Lehmann, 11.12.1985.

48 BStU, MfS, BV Halle, Quedlinburg 3, Bl. 64, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung der KD Quedlinburg, Jahresarbeitsplan 1986 des Offiziers für Aufklärung Gen. Hauptmann Lehmann, 17.12.1986.

der Philipps-Universität und wohnhaft in Wilnsdorf. Bei ihm war ebenfalls an einen »Perspektiv-IM« gedacht, zumal er zu einem DDR-Bürger namens »Erle« Kontakt unterhielt. Deshalb war ein »Operativplan« auszuarbeiten und zunächst im Januar 1986 ein Kontakt mit »Erle« aufzunehmen.⁴⁹ Auch von ihnen war späterhin nicht weiter die Rede. Im Jahre 1988 gab es dann in der Kreisdienststelle Quedlinburg den Hinweis auf »Koch«, 38 Jahre alt, männlich, verheiratet, promoviert, der bei der Behringwerke AG in Marburg arbeitete. Bei ihm war an eine nachrichtendienstliche »Quelle« gedacht, zumal er eine indirekte Verbindung zu einem IM »Schreiber« in Aschersleben hatte, der selbst den Jugendclub in der Stadt leitete. Zu »Koch« hatte das MfS immerhin einen »persönlichen Kontakt« aufgebaut, zumal dessen in der DDR lebende Mutter daran interessiert war, ihn zu Besuchen einzuladen.⁵⁰

Neben Studierenden und Wissenschaftler*innen der Philipps-Universität in Marburg hatte es die HV A explizit auf eine spezielle Einrichtung abgesehen, in der sie Quellen platzieren wollte: Das Gottfried-Herder-Institut. Welchen Stellenwert dieses Institut hatte, zeigt sich daran, dass es in dem am 10. Oktober 1989 beschlossenen zentralen Plan der HV A als »feindliche Stelle« bezeichnet und als operatives Ziel der HV A I, die ansonsten für das Bundeskanzleramt und die Bundesregierung zuständig war, vermerkt wurde. Nähere Erläuterungen erfolgten nicht,⁵¹ obgleich es naheliegend für die HV A war, das Institut wegen seiner Osteuropaforschung aufs Korn zu nehmen.

Wenn untersucht wird, was über Marburg an die Spitzen von Partei und Staat operativ an Informationen zusammenkamen, ist das Ergebnis überschaubar: Da ist unter anderem zu erfahren, welche Reaktionen es innerhalb der FDP zum Auftritt von Dr. Dieckmann beim Liberalen Studentenbund in Marburg am 13. Januar 1961 gab. Oder ein fünfseitiger Bericht der 2. Arbeitstagung über extraterrestrische Biophysik und Biologie und Raumfahrtmedizin, die am 9./10. Oktober 1967 in Marburg stattgefunden hat.⁵² Diese kargen Informationen erlauben die Annahme, dass die HV A weniger an Ereignissen in Marburg als vielmehr an konkreten Personen interessiert war.

VII. Die »Abwehr« des MfS und Marburg

Die Hauptverwaltung A des MfS war zwar als »Aufklärung« auf Spionage in der Bundesrepublik spezialisiert, was jedoch nicht bedeutet, dass diese Diensteinheit allein ein Monopol auf Bürger*innen dieses Landes hatte. Vielmehr versuchten Diensteinheiten der »Abwehr« gleichfalls, dort inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen und zu führen.⁵³

49 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Quedlinburg 3, 11.12.1985, Bl. 71, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung der KD Quedlinburg, Jahresarbeitsplan 1986 des Offiziers für Aufklärung Gen. Hauptmann Lehmann.

50 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Quedlinburg 3, 11.12.1988, Bl. 69, Abteilung XV, Offizier für Aufklärung der KD Quedlinburg, Jahresarbeitsplan 1986 des Offiziers für Aufklärung Gen. Hauptmann Lehmann.

51 Vgl. BStU, MfS, BV Gera, Abt. XV 142/3, Bl. 55-62, hier Bl. 56, HV A, Planauflage 1990, 10.10.1989.

52 Vgl. BStU, MfS, Einzelinformation 16/1961 (nur Hinweis existent); ebd., Einzelinformation 1040/1968, 17.9.1968, HV A 135.

53 Hierzu wenig aussagekräftig und allein der guten Ordnung halber angeführt: BStU (Hg.), Hessen und die Stasi. Die Überwachung im »Operationsgebiet West«, Berlin 2015. Darin befinden sich Faksimile aus zehn Akten des MfS auf 38 Seiten, bei denen es sich um folgende handelt: BStU,

Dafür mag folgendes Beispiel stehen: Ein verschuldeter und von persönlichen Krisen heimgesuchter Versicherungsvertreter aus Marburg wollte Mitte der 1980er Jahre in die DDR fliehen. Nach einer ersten Befragung an der Grenzübergangsstelle in Wartha wurde er in das zentrale Aufnahmeheim der DDR in Röntgental überbracht. Für dieses Heim war die Hauptabteilung VII/3 des MfS zuständig, das ihn wiederum an die Hauptabteilung VIII übergab, die für Beobachtungen und Ermittlungen auch im Westen sorgte. Der Versicherungsvertreter wurde davon überzeugt, zurückzukehren, nachdem ihm Unterstützung für seine berufliche Existenz zugesichert worden war. Er wurde zur inoffiziellen Kooperation verpflichtet. Von Marburg aus lieferte er dann an das MfS bis zu dessen Auflösung zahlreiche Personeninformationen, zumal er aufgrund seines Berufes bei der Schufa und beim Einwohnermeldeamt unverdächtig Nachfragen stellen konnte.⁵⁴ Es ist nicht auszuschließen, dass es weitere Vorgänge dieser Art gab – doch sind diese nicht so recherchierbar wie bei der HV A.

Die Hauptabteilung III des MfS war für das Abhören von Kommunikationsmitteln zuständig, darunter von Telefonen, aber auch Datenflüssen. In der Aktion »Zugriff« wurde mit frisierten Funk- bzw. Autotelefonen aktive Recherchen und Ermittlungen in den verschiedensten Speichern der Bundesrepublik durchgeführt. Auf diese Weise hatte diese Hauptabteilung Zugang zu Daten aus dem Gewerbeaufsichtsamt der Industrie- und Handelskammer in Marburg wie auch auf die des städtischen Ordnungsamtes.⁵⁵

VIII. Militärischer Nachrichtendienst in Marburg

Nicht allein das MfS unterhielt Quellen in Marburg, sondern auch der militärische Nachrichtendienst der DDR, »Verwaltung Aufklärung« genannt, der dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt war.⁵⁶ Dieser Nachrichtendienst war in diverse Abteilungen unterteilt, deren Abteilung 16 durch Fregattenkapitän Fötsch ein kleines Netz in Marburg unterhielt. Zu diesem Zweck hatte er mit »Alke« (*1953) einen Gruppenleiter eingesetzt. »Alke« studierte zunächst an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, dann in Berlin Sozialwissenschaften und unterhielt seit 1971 persönliche Verbindungen zu Fötsch. Der hatte ihn mit reichlich nachrichtendienstlichen Mitteln ausgestattet wie etwa einseitigen Funk, sympatetische Tinte (ein Geheimschreibmittel) und Chiffrierunterlagen, dazu einen gefälschten Ausweis, einen Gegenstand mit einem Versteck (Container) und Fototechnik. Er galt Fötsch als zuverlässig, der ihn nicht nur zur militärischen Beobachtung (marschagenturische Aufgaben genannt), sondern auch zur Führung seines Bruders, des Perspektivkandidaten »Aropf«

MfS, AIM, Nr. 15557/89; ebd., ZKG Nr. 735; ebd., HA VIII Nr. 6603; ebd., BV Erfurt, bt. VI, Nr. 900; ebd., BV Erfurt, AIM Nr. 185/89; ebd., BV Erfurt, Abt. VI, Nr. 321; ebd., HA XIX, Nr. 5542; ebd., HA XIX Nr. 7719; ebd., HA XIX, Nr. 5542. Ein Bezug zu Marburg ist darin nicht enthalten.

54 Vgl. BStU, MfS, AIM 2958/91, Bd. I/1, zit.n. Herbstritt, Bundesbürger (Anm. 19), S. 177.

55 Vgl. BStU, MfS, HA III 13732, Bd. 1, Bl. 62-70, hier Bl. 67, zit.n. Andreas Schmidt, Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, Berlin 2010, S. 112.

56 Vgl. Bodo Wegmann, Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2005.

einsetzte. Im Jahre 1980 schloß »Alke« sein Studium ab und begann eine journalistische Laufbahn in West-Berlin.

Sein zwei Jahre jüngerer Bruder »Aropf« studierte Sportpädagogik, Geografie und Soziologie an der Philipps-Universität in Marburg, 1985 promovierte er. Er interessierte sich für die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Friedens- und Abrüstungsforschung sowie für das Zentrum für Konfliktforschung an der Universität. Zugleich war er zunächst Leutnant, dann Oberleutnant der Reserve der Bundeswehr. Absolvierte er 1974 seine erste Wehrübung und beschaffte dabei Dokumente und Informationen über Korps-Fla-Einheiten der Bundeswehr, folgte 1975 die nächste Übung, 1977/78 und 1979/80 weitere. Seine Informationen über das Flugabwehrbataillon 310 galten als zuverlässig. »Aropf« unterhielt seit 1973 persönliche Verbindungen zu Fötsch, wozu er wie schon sein Bruder mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln ausgestattet war. Er galt als »Fester Vorgesehener«. Seine operativen Leistungen wurden mit der »Medaille für treue Dienste in Bronze« ausgezeichnet und 1979 schwebte seiner Führungsstelle vor, ihn als aktiven Offizier in die Bundeswehr einzuschleusen. Seine Frau »Arena« studierte gleichfalls in Marburg, allerdings Biologie und Politologie. Sie lernte den militärischen Nachrichtendienst 1974 persönlich kennen und verfügte gleichfalls über nachrichtendienstliche Hilfsmittel; im zweiseitigen Funken wurde sie 1979 ausgebildet.⁵⁷

IX. Ekkehard Dennewitz

Es sind nicht die Vorgänge des Regierungsdirektors »Töpfer« oder der Juristin »Bischof«, des Angestellten »Tommy« oder des Arztes »Otto«, die das öffentliche Interesse in Marburg am Thema DDR-Spionage in Marburg geweckt haben. Schlagzeilen machte in den 1990er Jahren vor allem der Fall eines DDR-Bürgers, den es erst nach der Herbstrevolution von 1989 in die hessische Provinz verschlagen hat und der dort Karriere machte: Ekkehard Dennewitz (*1945), Intendant des (Nord-)Hessischen Landestheaters Marburg. Dieser war zuvor als Oberspielleiter in Plauen und Neustrelitz tätig gewesen und gehört zu den insgesamt 40 Bewerbern, die sich auf den Posten des Intendanten des Marburger Landestheaters beworben hatten – 1991 erhielt Dennewitz den Zuschlag. Ihm gelang, was kaum jemand für möglich gehalten hatte: Die Zahl der Schauspielbesucher stieg bis 1995 auf 88.000. Nur holte ihn die Vergangenheit aus Cottbus und Neubrandenburg ein. Er war von der Bezirksverwaltung Cottbus des MfS 1976 als IM »Ekke« verzeichnet worden, und sollte im »Abwehrbereich der Theaterschaffenden« eingesetzt werden, und dabei Auskunft geben, »welche Schauspieler als politisch zuverlässig gelten« könnten.⁵⁸

57 Vgl. Archiv des Verfassers, Gliederung des Verbindungswesens der Abteilung 16, A 213121, Bl. 1-13, hier Bl. 1f.

58 Die Ausführungen basieren auf Medienberichten: Henryk M. Broder, Affären. »Mit Elan und Eifer«, in: Der Spiegel Nr. 36 v. 3.9.1995, S. 220f.; o.V., Theater. Neue Stasi-Fälle in Marburg, in: Der Spiegel Nr. 39 v. 24.9.1995, S. 278; Richard Laufner, Ja, wollen wir denn richten?, in: Die Tageszeitung v. 24.6.1995, S. 15.

Die Kooperation verlief nach Aktenlage uneinheitlich. Einmal verzeichnete das MfS »Elan und Eifer«, dann eine »schleppende Zusammenarbeit«. Im Mai 1979 endete die Kooperation, jedoch nur vorläufig. Denn drei Jahre später, im April 1982, wurde Dennewitz als IM »Bergner« für die Bezirksverwaltung Neubrandenburg erfasst. Zu Beginn gab es eine »kontinuierliche Trefftätigkeit«, dann endete die Kooperation – abermals vorläufig – im Dezember 1985. Eine dritte Phase der Kooperation ist für 1988/89 verzeichnet. Im Februar 1995 erfuhr der Marburger Bürgermeister Dietrich Möller (CDU) von Hinweisen auf Verbindungen zum MfS und seiner Tätigkeit als IM. Ein Gutachten des ehemaligen Bundesjustizministers Gerhard Jahn, einst selbst Student der Rechtswissenschaften in Marburg, scheint den »nichtssagenden Papierchen«, die Dennewitz für das MfS erstellt haben soll, nichts entnommen zu haben. Eine Betroffene, der »Bergners« Berichte galten, seinerzeit Dramaturgin am Friedrich-Wolf-Theater in Neustrelitz, Susanne Toelcke, problematisierte dagegen den Umgang. Ekkehard Dennewitz bestritt diese Vorhaltungen, sein Oberspielleiter Peter Radestock und der Schauspieler Thomas Streibig räumten indes ihre Kooperation als IM mit Bedauern ein. Radestock trat als Oberspielleiter zurück, während Dennewitz zunächst Intendant bleiben durfte.

X. Schluss

Marburg bildet einen kleinen Ort auf der nachrichtendienstlichen Landkarte der DDR-Spionage. Die achtgrößte Stadt Hessens rangierte – quantitativ betrachtet – auf dem neunten Platz der Quellenressource der HV A in Hessen. Es ist vor allem die Philipps-Universität, auf der das Auge der für die USA zuständigen Abteilung XI der Hauptverwaltung A des MfS lag, für Studenten durchaus nicht folgenlos: Diese konnten nachrichtendienstlich verstrickt sein, verbunden mit den Folgen, die das für sie persönlich haben konnte. Die Stadt Marburg selbst, wie auch die Behringwerke als Teil der Hoechst AG, lagen auch im Interesse der Dependance der HV A in der Bezirksverwaltung Halle des MfS. Von einer nachrichtendienstlichen Unterwanderung Marburgs wird kaum zu sprechen sein, vielmehr wegen seiner Studenten von einem möglichen Potential, wobei auffällig an den bislang aufgefundenen Stasi-Unterlagen ist, dass der hessische Ort im Wesentlichen ein Durchgangsort von dort zeitweilig aktiven Agenten für lohnendere operative Ziele gewesen zu sein scheint. Die drei Marburger, die zuletzt für das Spionagenetz der HV A tätig waren, gerieten erst 1985/86 ins Visier, wenige Jahre vor Insolvenz des Staates, den sie zu unterstützen halfen. Mithin war Marburg ein Hebel, nicht primäres Ziel von Operationen, auch wenn Daten aus dem Ordnungsamt oder wissenschaftlichen Instituten der Philipps-Universität nach Ost-Berlin abgeflossen waren.

Schrankenlos für den Autoverkehr

Marburg an der Lahn und Autobahn

Anne Maximiliane Jäger-Gogoll

»Sobald das erste Straßennetz fertig ist, beginnt erst der große Tanz. Das zweite wird die Stadt nach allen Richtungen durchbrechen, um die Vorstädte mit dem ersten Netz zu verbinden. Alles, was noch stehenbleibt, wird in Schutt und Staub ersticken...«

Émile Zola, Die Beute (1871)

»Ist das nicht grauenhaft? Das ist die Hinrichtung der Stadt Marburg. Die verkehrsgerechte Stadt der 70er Jahre, deutlich hier in Marburg, dieser wunderschönen Stadt, zu sehen.« Christoph Mäckler, bekannter Architekt und Gründer des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst, steht an der Hochbrücke, euphemistisch auch »Fly Over« oder »Overfly« genannt, über die im Bereich des Bahnhofs die Marburger »Stadtautobahn« und auf ihr regionaler und überregionaler Kfz-Verkehr in mehreren Metern Höhe mit Tempo 100 Kilometer/Stunde mitten durch die Stadt braust. Über ihre gesamte Länge erfüllt sie Marburg mit Lärm und Abgasen und zerschneidet nicht nur die Sichtachse zwischen Bahnhof und Universitätsstadt, sondern äußerst brutal auch die Verbindung zwischen jenseits und diesseits der Lahn. Die unter der Hochstraße verlaufenden Straßenführungen wie auch die Elisabethbrücke, an der Mäckler und sein Kamerteam stehen, dienen über entsprechende Auf- und Abfahrten vor allem als Zubringer zu Marburgs gern so betitelter Kfz-»Verteilerschiene«, der B3a. Auch wenn Fußgänger und Radfahrer per Bürgersteig und in jüngster Zeit sogar per markierten Radwegen durchaus vorgesehen sind, ist längerer Aufenthalt hier weder erstrebens- noch empfehlenswert. Der Weg vom Bahnhof in die Stadt ist hart zu erkämpfen, erst am Fuß der Oberstadt erwartet die Besucher*innen das Idyll, das Fremdenverkehrsprospekte so gern verheißen. Doch auch oben, auf dem Overfly, wird es einem nicht unbedingt wohl: »Stellen Sie sich mal vor, Sie müssen hier wohnen!«, so Mäckler bei der Autofahrt entlang der oberen Stockwerke der nur wenige Meter von der Hochstraßenführung entfernten Wohnhäuser in der Ernst-Giller-Straße: »Das Auto fährt Ihnen durch's Wohnzimmer durch, das ist unglaublich! Ich weiß gar nicht, wie man sowas überhaupt

machen durfte.« Klares Fazit des Stadtarchitekten im November 2010: »Das müssen wir zurückbauen.«¹

Die Marburger »Stadtautobahn«: ein »Skandal!« Ja, ganz gewiss. Und zwar einer nicht nur des zwanzigsten, in dem sie geplant und gebaut wurde, sondern auch noch des einundzwanzigsten Jahrhunderts, in dem bislang immer noch jede zivilgesellschaftliche und lokalpolitische Bemühung, ihre Auswirkungen für Aufenthaltsqualität, Gesundheit, Verkehrsplanung und Stadtbild einzudämmen, das »Monstrum« in der einen oder anderen Weise zeitgemäß in den Griff zu bekommen, am hartnäckigen Widerstand der übergeordneten Behörden gescheitert ist. Darum wird es in diesem Beitrag gehen.

I. Stadt, Bahn, Autobahn: Weichenstellungen

»Geißel des Lahntals« (G. Fülberth), »Hinrichtung« (Chr. Mäckler), »Verbrechen« (J.M. Becker) oder eben: »Skandal« – die Marburger Stadtautobahn erregt die Gemüter und bewegte seit ihrer Planung so manche Initiative, ihre Auswirkungen in Form von Lärm, Abgasen, räumlicher Zerstückelung und optischer Verschandelung der Stadt zu verringern. Wenn man freilich Zeitzeugnisse aus jenen 1950er und 1960er Jahren zur Kenntnis nimmt, in denen sich die B3 zwischen Nord und Süd noch ohne eigene Streckenführung über die erst nach und nach durch Teilumgehungen ergänzten städtischen Straßen schlängelte, scheint der »Skandal« zunächst eher in dem Zustand zu liegen, der Marburg den gern und nicht ohne Spott zitierten Beinamen »Marburg an der Schranke« oder, korrekter noch, »Marburg an den Schranken« bescherte.²

Tatsächlich mussten Autos auf ihrer Fahrt durch Marburg ganze fünf Mal die Gleise der – naturgemäß ebenfalls durch das Lahntal verlaufenden – Main-Weser-Bahn queren: von Norden kommend erstens an der Neuen Kasseler Straße, zweitens am Blitzweg, drittens bei St. Jost, viertens am Cappeler Berg und schließlich, fünftens, am Südbahnhof.³ Schon seit 1949 befasste sich die Stadt Marburg verstärkt mit Möglichkeiten, diese für den inner- wie überörtlichen Autoverkehr missliche Situation durch neue Straßenführungen und mögliche Überführungen über die Bahnlinie zu entschärfen. Bereits 1950/51 brachte die Straßenbauverwaltung die Verlegung des Fernverkehrs auf eine eigene Trasse ins Spiel. Sucht man nach den Ursprüngen des »Skandals Stadtautobahn«, dann findet man einen Teil sicherlich hier. Eine eigene Trasse für den Fernverkehr lag neben der lokalen auch ganz besonders im Interesse der überregionalen Verkehrsplanung. Sie musste angesichts der Marburger Topographie nicht nur die Lahnauen ins Visier der Verkehrsplaner bringen, sondern auch die Perspektive eines weiter ausbaufähigen Anschlusses an das Fernverkehrsnetz und damit einen umfanglicheren Ausbau

1 Christoph Mäckler, Architektursünden in Hessen, in: hr-Fernsehen v. 23.11.2010.

2 Zu den Zitaten siehe Elmar Brohl, Stadtentwicklung unter dem Baudezernenten Dr. Ing. Adolf Bernt 1954-1966, in: Benno Hafeneeger/Wolfram Schäfer (Hg.), Marburg in den Nachkriegsjahren, Bd. 3: Entwicklungen in Politik, Kultur und Architektur, Marburg 2006, S. 389-459, hier S. 441 u. 444.

3 Vgl. ebd.

der Trasse beinhalten. Tatsächlich kam Ende des Jahres 1955 »aus Wiesbaden die Entscheidung, dass die Straße vierspurig, also auf 28,5 m Breite ausgebaut werden musste.«⁴ Die Weichen für die Stadtautobahn als autobahnartig ausgebauter Bundesstraße mitten durch die grüne Lunge der Universitätsstadt mit offenen Anschlussmöglichkeiten an den überregionalen Fernverkehr in Nord und Süd waren gestellt, die argumentative Gemengelage, die scheinbar unauflösliche Verknüpfung lokaler und überregionaler Interessen, die sich mit der Straße verbanden und die bis heute jede Diskussion um sie prägen, war grundgelegt.

Bis zum Beginn des Baus der B3a in ihrer heutigen Gestalt dauerte es freilich noch rund ein Jahrzehnt, bis zu ihrer Fertigstellung rund zwanzig Jahre. Zunächst stand selbst der Marburger Oberbürgermeister Georg Gassmann den Planungen skeptisch gegenüber, allerdings nicht aus stadtplanerischen oder gar ökologischen, sondern schlicht aus Kostengründen. Als 1955 eine Bahnüberführung am als besonders problematisch bekannten Übergang an der Neuen Kasseler Straße geplant wurde, wird Gassmann in der Oberhessischen Presse mit der Aussage zitiert: »Wir werden uns bis zum Äußersten dagegen wehren, dass die Stadt Marburg für dieses Projekt auch nur einen Pfennig zahlen muss.«⁵ Diese Haltung betraf auch die anderen Planungen für die B3, an deren Kosten die Stadt sich aufgrund der damaligen Rechtslage wie auch nach dem Willen des Straßenbauamts mit nicht unbeträchtlichen Summen beteiligen sollte. Erst 1962 ging die Baulast an Bundesstraßen in Gemeinden dieser Größenordnung an den Bund über. Die Planungen zum Ausbau der B3a konnten auch von Seiten der Stadt wieder Fahrt aufnehmen.⁶

An dieser Stelle kommt ein weiterer Aspekt ins Spiel, der aus späterer Sicht vielleicht als ein Teil-»Skandal« dieses Autobahnbaues bezeichnet werden kann. Dass eine eigene Trasse im Stadtbereich Marburgs zwar den Konflikt zwischen Bahn- und Autoverkehr entzerren würde, dafür aber beträchtliches Konfliktpotential mit bestehender Wohn- und Straßenbebauung produzieren musste, war besonders den Planern in Marburg sicherlich mehr als bewusst. Jedoch war es das Straßenbauamt in Wiesbaden, das schon im »Dezember 1957, dann im Januar 1958, im Mai 1959 und noch im November 1960 [...] die Tieferlegung der B-3« vorschlug.⁷ Eine Variante, die zwar nicht die grundsätzliche ökologische Problematik des Straßenbauprojekts, die aber sehr wohl seine verheerenden Folgen stadtplanerischer und unmittelbar emissionsbezogener Art zumindest im Bereich der späteren Hochstraße vermieden hätte, lag damit in greifbarer Nähe. Sie verschwand – zunächst zumindest – aus der Debatte, als die Baulast 1961 von der Stadt auf den Bund übergang und die Stadt die Planungen verstärkt in ihre Hände nahm. Während einzig die FDP eine Umgehungsstraße für den Fernverkehr jenseits der Lahnberge forderte,⁸ fokussierte sich die städtische Verwaltung ansonsten auf die Trassenführung der B3 durch das Stadtgebiet. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass von den insgesamt rund 8.000 Fahrzeugen, die im Jahr 1960 in

4 Ebd., S. 442.

5 Zit.n. ebd., S. 443.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. ebd., S. 442.

8 Vgl. ebd., S. 445.

Marburg täglich auf der B3 gezählt wurden, nur rund 27 Prozent auf den Durchgangsverkehr entfielen. Die neue Trasse, auf Kosten des Bundes erbaut, versprach also zu diesem Zeitpunkt vor allem dem innerstädtischen Verkehr zugute zu kommen. Selbstverständlich sagte die Stadt Marburg da nicht Nein. Was dieser Ausbau später für die Gesamtzunahme des Kfz-Verkehrs, vor allem aber für die Zunahme des überörtlichen und insbesondere des Schwerlastverkehrs im Stadtgebiet bedeuten würde, das konnten oder wollten die Verantwortlichen dabei wohl nicht voraussehen.

Man mag durchaus einen spekulierenden Gedanken auf die Frage verwenden, ob die Gesamtplanung der Trasse mit ihrer aufgestellten Hochstraße, den riesigen Auf- und Abfahrten und den zum Teil Lahn, Bahn und Autobahn in einem überspannenden Brückenführungen nicht in dieser Weise realisiert worden wäre, wenn die Stadt die Planungen in der eigenen Hand behalten hätte. Wegen der Komplexität und des planerischen Umfangs des Unternehmens beauftragte sie jedoch 1960 das Frankfurter Planungsbüro Schwebel.⁹ Schwebel lieferte den Gesamtplan, der im Wesentlichen der dann realisierten Stadtautobahn entspricht, in manchen Teilen zunächst allerdings noch umfänglicher veranschlagt war. So sah Schwebel etwa die Kreuzung B3/Beltershäuser Straße als einen »großen Hochkreisel« vor, an den »eine Verbindung zur Südbahnhofsbrücke angeschlossen werden sollte« – das Ganze, so der damalige Marburger Baudezernent Adolf Bernt kritisch, »von den Ausmaßen des Petersplatzes in Rom«.¹⁰ Sowohl dieses als auch das für Marburg-Mitte vorgesehene Kreuzungsbauwerk wurden für die Umsetzung erheblich verkleinert. Es blieb jedoch bei der Hochstraße, und es blieb insgesamt bei der brutalen Durchtrennung der Stadt und der tiefgreifenden Zerstörung der Stadtstruktur, die teils vorgängig, teils parallel und in unmittelbarer Wechselwirkung, teils als Folge des Autobahnbaus bis zum heutigen Tag immer noch weiter vorangeschritten ist.

II. 1964–1973: Was Marburg bekam – und was es verlor

»Marburg an den Schranken wird es nicht mehr geben«. Als der hessische Verkehrsminister Rudi Arndt am 6. Juni 1969 mit diesen Worten die Zeppelinspange (dann Konrad-Adenauer-Brücke) für den Verkehr eröffnete,¹¹ hatte sich Marburg auf dem Weg zur Stadtautobahn seit einem halben und für insgesamt rund ein ganzes Jahrzehnt großflächig in »Marburg an der Baustelle« verwandelt. Der Ausbau der B3a auf eigener Trasse brachte nicht nur den Abriss einer ganzen Reihe von historischen Bauten, den Verlust unzähliger Alleebäume, die Zerstörung und Entwertung von Wohngebieten und den über die Jahre stetig ansteigenden Lärm- und Abgasausstoß mit sich, sondern auch,

9 Vgl. dazu ebd., S. 444.

10 So die Formulierung des damaligen Baudezernenten Dr. Ing. Adolf Bernt, zit.n. ebd., S. 445. Eine vergleichende Karte von a) der Verkehrsführung der B-3 im Marburger Stadtgebiet um 1950 und b) der Planung des Büros Schwebel von Ende 1960 findet sich ebd., S. 446f.

11 Zit.n. Winfried Wolf, Die autofreie Stadt. Der Autowahn am Beispiel der Stadt Marburg an der Lahn. Geschichte, Perspektive und Alternative, Köln 1993, S. 46.

konsequent aus der Planung folgend, eine weit über die eigentliche Trasse hinausreichende breit ausgebaute Auf- und Abfahrts-, Unter- und Überführungswegeinfrastruktur.

Abb. 1: B3a und neue Uni-Türme



Repro nach Fotodruck: Hartwig Bambej; Urheber unbekannt

1964 wurde zuerst die Autobrücke am vielgescholtenen Bahnübergang Nord fertiggestellt. 1968 folgte der 30 Meter lange Fußgängertunnel, durch den man unter der B3a hindurch zu den ab 1963 erbauten neuen Universitätsgebäuden, der sogenannten »PhilFak«, gelangt. »Noch in der Planungsphase kam es durch den Bau der vierspurigen Schnellstraße zu starken räumlichen Einschränkungen, einem Ausweichen in die Höhe und einer inzwischen erheblichen Lärmbelastung«, merkt heute die Internetseite der Philipps-Universität im Rückblick an.¹² Ebenfalls 1968 wurde der Erlenring mit der Bahnlinie und Autobahn überspannenden Kurt-Schumacher-Brücke eröffnet. Ein Teil des Friedhofs von St. Jost, der in der Folge unter dem Niveau der Zubringerstraße in einer Art Loch zu liegen kam, fiel ihm ebenso zum Opfer wie die gut erhaltenen Wohngebäude der Christlichen Nothilfe am Erlenring.¹³ Das um 1580 erbaute Gebäude der Unteren Sieche, des mit der Kapelle St. Jost verbundenen ehemaligen Krankengebäudes für leprakranke Frauen, musste ein Jahr später dem Fuß des über die B3a führenden Fußgängerstegs weichen.¹⁴ 1969 war auch das Eröffnungsjahr der Verbindungsspanne Zeppelinstraße/Gisselbergerstraße mit der auf vier Spuren mit einer Gesamtbreite

12 Siehe <<https://www.uni-marburg.de/de/universitaet/profil/geschichte/geschichte>> (26.1.2021).

13 Vgl. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 46.

14 Vgl. Initiativgruppe Marburger Stadtbild e.V. (Hg.), Marburg im Abbruch 1945-1970. Eine Bildokumentation, Marburg 1972, S. 37.

von 21 Metern über eine Länge von 180 Metern Lahn, Bahnstrecke und B3a überspannenden Konrad-Adenauer-Brücke als ihrem Kernstück. Sie ist, wie der Verkehrsexperte und Marburg-Kenner Winfried Wolf betont, eines der Renommierobjekte dieser Umgestaltung Marburgs im Zeichen des Kfz-Verkehrs. Die für die Spange fälligen rund 6 Millionen DM Baukosten »wurden vom Bund mit 2,2 Millionen, vom Land Hessen mit 1,1 Millionen und von der Bundesbahn (!) ebenfalls mit 1,1 Millionen Mark getragen. Die Stadt Marburg selbst mußte rund 1,6 Millionen Mark aufbringen.«¹⁵ Den »beharrlichen Hinweise[n] auf die schlechte Finanzlage der Stadt« durch den amtierenden Oberbürgermeister Georg Gassmann und seinen »guten Kontakte[n] als Landtagsabgeordneter mit den zuständigen Ministerien, insbesondere mit Innenminister Schneider« war es zu verdanken, dass die Stadt bei dem Objekt so günstig wegkam, merkt Elmar Brohl dazu an.¹⁶ Ein beim Ausbau der Verbindungsspanne in Kauf genommener Kollateralschaden war die Verstümmelung und der folgende Abriss des Gasthofs »Zum Schützenpfehl«, des berühmten »Wirtshauses an der Lahn«. Im Zuge des Straßenneubaus wurde zunächst sein imposantes Einfahrtstor mitsamt den alten Linden abrasiert, bald darauf das ganze Anwesen eingerissen – angesichts der Stabilität seines Gebälks keine bauliche Notwendigkeit,¹⁷ sondern ein offensichtliches stadtplanerisches Statement: An die Stelle des alten Gasthofs trat mit dem »Affenfelsen« ein Neubau, der, zumal in unmittelbarer Nachbarschaft zu Zeppelinspanne und Autobahn und für das Stadtbild im Süden ebenso prägend wie die Elisabethkirche im Norden, das neue Image Marburgs als »Großstadt«¹⁸ sinnfällig betonierte.¹⁹ Das Jahr 1970 brachte zudem die Fertigstellung der Fußgängerbrücke am Schülerpark, der ebenfalls einen Teil seiner Fläche sowie Zugang und Blick zum Lahnufer an die – hier bereits zur Hochstraße ansteigende – Autobahntrasse verloren hatte. 1971 wurde der Fußgängerüberweg am Südbahnhof eröffnet, dessen Bahnsteige sich jetzt nur noch wenige Meter von der vierspürigen und mit Tempo 100 Kilometer/Stunde befahrenen Stadtautobahn befinden. Nicht nur, dass der Aufenthalt für Bahnreisende dort nicht anders als eine Zumutung genannt werden kann, sondern auch und mehr noch, dass der Zugang zum westlichen Bahnsteig bis heute nicht barrierefrei ausgebaut ist, darf übrigens ebenfalls als »Skandal« bezeichnet

15 Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 46.

16 Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 456f.

17 Vgl. Initiativegruppe Marburger Stadtbild e.V., Marburg im Abbruch (Anm. 14), S. 44.

18 »Marburg wird Großstadt«, diesen (bei ihm selbst zitierten) Satz hatte der Kunsthistoriker Franz Bopp schon im Jahr 1907 als einen »verhängnisvolle[n] Wahn« bezeichnet, der zu nicht wieder gut zu machenden Zerstörungen in Marburg führe (zit.n. ebd., S. 9). Liest man etwa im Gewerbeentwicklungskonzept der Universitätsstadt Marburg von 2017 die Einschätzung: »Durch den steigenden Standortwettbewerb steigen gleichzeitig die Chancen aber auch die Notwendigkeit zur überregionalen Profilierung der Universitätsstadt Marburg. Der Trend zur Urbanisierung bietet Wachstumschancen«, dann scheint jedoch wenig Optimismus hinsichtlich der erfolgreichen Verabschiedung dieses »Wahns« am Platz zu sein. Vgl. dazu das Gewerbeentwicklungskonzept Marburg, 30.6.2017, S. 7, <<https://www.marburg.de/portal/seiten/gewerbeentwicklungskonzept-marburg-900001710-23001.html>> (26.1.2021).

19 Bauherrin des »Affenfelsens« war die »Organisation für Bauinteressenten (OFB) Frankfurt a.M. – Bauvermittlung und Gewerbebau GmbH«. Vgl. Initiativegruppe Marburger Stadtbild und Stadtentwicklung e.V. (Hg.), Marburg – Abbruch und Wandel. Städtebauliche Planungen in einer historischen Stadt, Marburg 2007, S. 104.

werden, der die verkehrsplanerischen Prioritäten der vergangenen Jahrzehnte deutlich macht.²⁰ 1973 wurde schließlich die Südspange für den Verkehr freigegeben; ihre Zubringerkreuzung Cappeler Straße/Beltershäuser Straße wurde erst jüngst aufgrund des unablässig steigenden Kfz-Aufkommens in zweijähriger Bauzeit nochmals verbreitert und mehrspurig ausgebaut. Im Jahr 1974 wurde schließlich auch der Overfly, die Hochstraße vor Krummbogen und Bahnhof, fertiggestellt:

»Die 425 m lange Hochstraße mit fast 1000 m Stützmauern von max. 5 m Höhe steht auf Großbohrpfählen von max. 20 m Tiefe; sie hat schließlich 21 Mio. DM gekostet. Die gesamte Baumaßnahme für die 5 km lange Strecke kostete 68 Mio. DM.«²¹

III. »...im Ergebnis: katastrophal«. Die B3a als Wirtschaftsfaktor

»Marburg hat nun [...] eine Autobahn«.²² Ob diese Feststellung in der *Oberhessischen Presse* vom Oktober 1973 Freude, Erleichterung, gar Triumph oder doch eher Erschrecken zum Ausdruck bringen soll, lässt sich heute nicht mehr genau sagen; es mag eine Mischung aus allem gewesen sein. Die Marburger Stadtautobahn ist jedenfalls bis heute ein, für verkehrspolitische Diskussionen oft paradigmatisches, Objekt kontroverser Diskussionen, die Notwendigkeit, Vor- und Nachteile nicht selten hitzig, dabei mit weitgehend gleichbleibenden Argumenten gegeneinander in Stellung bringen. Mit Abstand betrachtet wirkt die Tatsache, dass, wie Winfried Wolf es pointierend zusammenfasst, in Marburg das »Problem der geforderten Beseitigung eines beschränkten Bahnübergangs [...] durch den Bau einer Autobahn ›gelöst« wurde,²³ einigermaßen kurios. Und es ist auch erstaunlich, dass ausgerechnet in Marburg, wo schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts Experten dringend den Erhalt der alten Bausubstanz und des gewachsenen architektonischen Gesamtensembles anmahnten,²⁴ ausgerechnet diese größtmögliche aller Lösungsoptionen realisiert werden konnte, dass der – durchaus vorhandene – Widerstand nicht groß genug war, um sie einzudämmen oder gar zu verhindern. Natürlich konnte nur ein Komplex unterschiedlicher Faktoren und Interessen das ermöglichen. Wobei sich noch zusätzlich die Frage stellt, warum, wenn denn schon eine Straße dieses Ausmaßes für notwendig erachtet wurde, nicht zumindest der Gipfel des städtebaulichen Ärgernisses, die Hochstraße, vermieden und durch die mehrfach in greifbarer Nähe liegende Tunnelführung ersetzt wurde, die immerhin den beliebten Schülerpark am Lahnufer, die Verbindung zwischen Bahnhof und Innenstadt

20 »Der Umbau des Bahnhofs Süd in Marburg soll in den Jahren 2024 und 2025 erfolgen«, informierte immerhin 2021 die Deutsche Bahn, <<https://www.marburg.de/portal/meldungen/online-dialog-suedbahnhof-wird-barrierefrei-900006813-23001.html>> (26.1.2021).

21 Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 456.

22 Oberhessische Presse v. 11.10.1973, zit.n. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 47.

23 Ebd., S. 44.

24 Vgl. Elmar Brohl, Verunstaltungen und Gestaltungsvorschriften in Marburg 1904 bis 1986, in: Initiativgruppe Marburger Stadtbild und Stadtentwicklung e.V. (Hg.), Marburg – Abbruch und Wandel. Städtebauliche Planungen in einer historischen Stadt, Marburg 2007, S. 122-139.

und die an der Uferstraße liegenden Schulen vor den gravierendsten Beeinträchtigungen bewahrt hätte.

Einige Aspekte, die zur Beantwortung dieser Fragen beitragen können, sind in den letzten Abschnitten schon genannt worden. Zum einen lag es ganz offensichtlich im Interesse der Stadt und insbesondere des Stadtkämmerers, die Straße möglichst günstig bauen zu können. Und da sie nicht (bzw. nicht nur) dem innerörtlichen, sondern auch und besonders dem überörtlichen Durchgangsverkehr der B3 dienen sollte, war es so naheliegend wie nachvollziehbar, hier die entsprechenden Zuständigen, den Bund bzw. das Land, in die Pflicht zu nehmen. Bis abzusehen war, dass die Baulast 1962 von der Stadt auf den Bund übergehen würde, stockten dementsprechend die Planungen auf Seiten der Stadt, wurden vom Oberbürgermeister möglicherweise sogar verzögert.²⁵ Da der Kfz-Verkehr schon seit den 1950er Jahren entsprechend der seit Beginn des Jahrzehnts forcierten Motorisierung in der Bundesrepublik auch in Marburg tatsächlich anstieg,²⁶ ist es also durchaus möglich, dass mit einer zunehmenden öffentlichen Ungeduld hinsichtlich einer Entzerrung der Konkurrenzsituation zwischen Schiene und Straße auch die Akzeptanz hinsichtlich der absehbaren stadtplanerischen und emissionstechnischen Folgen wuchs.²⁷

Ein schlagendes und bis heute virulentes Argument für die Trasse lieferte das mit der Planung beauftragte Frankfurter Büro Schwebel. »Straßen müssten«, so erklärte Schwebel den Stadtverordneten 1961, eben »dort gebaut werden, wo der Verkehr sie fordere«. Und dies sei vor allem innerhalb der Stadt. Die neue Trasse sei »wegen des hohen städtischen Verkehrsanteils weniger [...] eine Fernverkehrsstraße« als vielmehr »eine innerstädtische Sammel- und Verteilerschiene«. Selbst wenn, wie die FDP wiederholt verlangte, für den Fernverkehr eine Umgehung jenseits der Lahnberge gebaut würde, müsse die Stadt zur Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs ihrerseits immer noch »eine 4-spurige städtische Straße« bauen. Zusammen mit dem Finanzierungsaspekt war diese Argumentation Schwebels sicher dazu angetan, eventuellen Widerständen gegen die Trasse den Wind aus den Segeln zu nehmen, zumal Schwebel zusätzlich darauf verwies, dass der historische Kern der Stadt nicht berührt werde, während die Autobahn mitsamt der Hochstraße genauso modern sei »wie die neuen Universitätsbauten«, an denen sie vorbei führt.²⁸ Und so stellte als einzige im Stadtparlament vertretene Partei nur die FDP die Trasse weiterhin grundsätzlich infrage.²⁹ Ansonsten konzentrierten sich die Debatten auf planerische Details sowie auf die Alternative »Hochstraße vs. Tunnel«, die gleich noch etwas näher zu betrachten sein wird.

25 Vgl. Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 443.

26 Vgl. dazu allgemein Winfried Wolf, Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns, Wien 2007, S. 169-183; sowie auf Marburg bezogen Ders., Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 28-32.

27 »Wie lange noch wird es dauern, bis eine Behörde das amtliche Schwert zur Lösung dieses gordischen Verkehrs-Knotens ergreift und heilend und entwirrend schwingt?«, fragte etwa die Oberhessischen Presse v. 27.3.1963 in diesem Sinn entnervt nach. Zit.n. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 44.

28 Schwebels Argumentation in der Stadtverordnetenversammlung vom 19.5.1961 wird hier wiedergegeben nach der Zusammenfassung von Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 444f.

29 Vgl. ebd., S. 451.

Zunächst, ob »drüber« oder »drunter« geführt, nochmals zurück zur »Verteilerschiene« und ihrer – auch in der gegenwärtigen Diskussion immer wieder als Argument gegen mögliche Umgestaltungen ins Spiel gebrachte – Entlastungsfunktion für die Stadt bzw. für den städtischen Verkehr. Im Juli 1976 stellte die *Oberhessische Presse* zufrieden fest, dass die neue Straße »nicht nur eine Beschleunigung für den Durchgangsverkehr, sondern vor allem eine wesentliche Verkehrsminderung in der Kasselerstraße und in der Zimmermannstraße« bewirkt habe.³⁰ Zumindest mit Blick auf die beiden jetzt vom B3-Durchgangsverkehr direkt entlasteten Straßen schien die Autobahn der gewünschten Funktion für die Stadt also gerecht zu werden. Der zugleich erfolgende Hinweis auf die Beschleunigung des Durchgangsverkehrs durch die B3a, mit der sie im Sinn des Straßenbauamtes mithin auch als Fernstraße ihren Sinn erfüllte, ist allerdings durchaus ambivalent zu beurteilen. Mit der Fertigstellung der Stadtautobahn war ein wichtiger Schritt zu einem Gesamtausbau der B3 zwischen Gießen und Cölbe getan. 2011 wurde er im Süden Marburgs mit dem vielzitierten »Lückenschluss« zwischen Weimar-Roth und Gisselberg abgeschlossen. Die von Cölbe an durchgehend autobahnartig ausgebaute B3 mündet nunmehr ohne bauliche Einschränkungen am Gießener Nordkreuz direkt in die A485 und stellt über diese auch eine direkte Verbindung zur A45 und zur A5 sowie zu mehreren weiteren Autobahnen her. In Richtung Norden endet der Ausbau nach wie vor in Schönstadt – wobei der Weiterbau der A49 östlich von Kirchhain jetzt auch dort einen Autobahnanschluss der B3 (über die ausgebaute B62) in greifbare Nähe rückt. Durchaus nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sich in der Chronologie der A49 auf der Internetseite des Umweltverbandes BUND als erster Eintrag findet: »Ende der 1960er Jahre: Bundesverkehrsminister Leber verspricht der Stadt Marburg einen vierspurigen Ausbau der B3 nach Kassel.«³¹ Auch wenn die Planungen zur A49 in den 1970er Jahren variierten und dann aus rechtlichen Gründen immer wieder stockten – eine Variante sah eine Trassenführung durch den Ebsdorfer Grund mit Anschluss der B3 nördlich von Gießen vor³² –, scheint immerhin ein unmittelbarer Anschluss der B3 an die A49 (nach Kassel) und der Ausbau der ersteren zur A485 schon damals im Raum gestanden zu haben, und zwar so akut, dass 1978 eine Initiative mit 1.180 Unterschriften alarmierter Marburger Bürger*innen beim hessischen Verkehrsminister Heinz-Herbert Karry gegen den »Ausbau der Bundesstraße 3a in Marburg durch deren Verlängerung nach Norden und Süden zur A485« protestierte.³³ Durch den »Anschluß der A485 an die im Bau befindliche A49« werde »in unzumutbarer Weise der Fernverkehr Nord-Süd mitten durch die Stadt Marburg und das Lahntal geführt«. Es müsse

»davon ausgegangen werden, daß die nach Fertigstellung der Autobahn zu erwartenden mehr als 40.000 Kraftfahrzeuge täglich auf dieser Strecke die Lärm- und Abgas-

30 *Oberhessische Presse* v. 6.7.1976, zit.n. Wolf, *Die autofreie Stadt* (Anm. 11), S. 47.

31 Vgl. <<https://www.bund-hessen.de/waelder/keine-a-49-dannenroeder-forst-retten/chronik-a-49/>> (30.1.2021).

32 Vgl. ebd.

33 Bürgerinitiative Südstadt Marburg, Unterschriften gegen den Autobahnbau im Lahntal. Gemeldet vom 28.10. bis 11.11.1978. Dort auch die folgenden Zitate. Für die Überlassung des Originaldokuments gilt Jan Schalauske mein herzlicher Dank.

belästigungen und die Unfallgefahren in Marburg und im Lahntal in unzumutbarer Weise steigern und das Leben und die Gesundheit der Bürger in gefährlichem Maße beeinträchtigen werden.«

Betroffen seien allein in Marburg: »Wohngebiet Afföller, Kliniksviertel, Universitätsgebiet, Wohngebiet bei St. Jost, Freibad, vier verschiedene Schulen, Wohngebiet Südstadt« – Cappel und Wehrda als schon damals eingemeindete Ortsteile wären dem noch hinzuzufügen. Die auf dem Flugblatt als Beleg für die Belastungen beigebrachten Fakten sind alarmierend: Bis zu 80 Dezibel Lärmpegel seien an der Stadtautobahn gemessen worden, weit mehr also als die als Höchstgrenze erlaubten 50-60 Dezibel für Wohngebiete am Tag.³⁴ Zudem habe eine Projektstudie des Fachbereichs Geographie der Philipps-Universität »Bleiablagerungen von 1kg/to Boden« im Bereich des Schlossbergs nachgewiesen, die »in erster Linie vom Verkehr auf der Stadtautobahn« herrührten, was faktisch einer Verseuchung des Schlossbergs gleichkäme. Neben diesen gesundheitsgefährdenden Faktoren bringe eine weitere Zunahme des Stadtautobahnverkehrs auch »eine Erhöhung der Unfallgefahr« mit sich sowie den Verlust der Entlastungsfunktion für den innerstädtischen Verkehr.

Die »Verteilerschiene«, die man sich mit dem Ausbau der Fernverkehrsstraße im Stadtgebiet auf Bundeskosten eingekauft hatte, büßt schon nach dieser Darstellung aus den späten 1970er Jahren mit dem – im Sinn der Fernstraße ganz folgerichtig vorangetriebenen – Anschluss an das Fernverkehrsstraßennetz den angepriesenen innerstädtischen Entlastungszweck mehr und mehr ein. Sie bringt den Kfz-Verkehr nicht nur heraus, sondern zunehmend auch herein in die Stadt. Und das folgt nicht nur dem allgemeinen Trend einer seit 1960 explosionsartig zunehmenden Kfz-Dichte,³⁵ sondern auch einer Logik, die den motorisierten Individualverkehr als umsatzversprechenden Wirtschaftsfaktor versteht und ihn als solchen ins Zentrum der Verkehrs- und Stadtplanung stellt. Der seit 1970 amtierende Oberbürgermeister Hanno Drechsler hat das auf den Punkt gebracht mit der 1976 in der *Oberhessischen Presse* zitierten Feststellung, »daß es keine zweite Stadt in Hessen gibt, in der die Autobahn so dicht an die zentralen Einkaufsbereiche der Stadt herangeführt« werde – auch, so ist in Erinnerung zu rufen, mittels ihrer zum Teil ebenfalls fast autobahnähnlich ausgebauten Zubringerschneisen, der Kurt-Schumacher-Brücke/Erlenring und der Konrad-Adenauer-Brücke/Zeppe-linspange. Die »zentralen Einkaufsbereiche« für die via Autobahn motorisiert herangeführten Kunden hatte man mittlerweile entsprechend ausgebaut: An die Stelle des neogotischen Gymnasiums Philippinum in der Universitätsstraße, das 1973 abgerissen wurde, war das Kaufhaus Horten (das spätere Schlossberg-Center) getreten. Die gegenüberliegenden Stadtsäle hatten dem Einrichtungshaus des in der Nachbarschaft ebenfalls neu erbauten Kaufhauses Ahrens (zusammen 12.000 Quadratmeter Verkaufsfläche, 2 Parketagen, 350 Parkplätze),³⁶ dem späteren »Allianzhaus« (2020 nach Umbau als »2M Marburg Mall« wiedereröffnet), weichen müssen. Im Zuge dieser Logik boten

34 Vgl., zusammen mit den Unterschriften, ebd. Dort auch die folgenden Zitate.

35 Vgl. etwa die Vergleichstabelle zum Kfz-Bestand von 1950 bis 1990 im Landkreis Marburg-Biedenkopf und bundesweit in Wolf, *Die autofreie Stadt* (Anm. 11), S. 29.

36 Vgl. dazu die historische Darstellung des Kaufhauses: o.V., »Über 140 Jahre Tradition«, <https://www.ahrens-marburg.de/mein_ahrens/unternehmen/wir_ueber_uns.html> (1.2.2021).

sich nach der vorläufigen »Sättigung« der Innenstadt mit Einkaufszentren³⁷ auch die Gebiete entlang der Autobahn zur weiteren Gewerbeansiedlung an: so die Lahnaue in Wehrda mit dem bis heute expandierenden Gewerbepark, so jene in Cappel, deren Erschließung erst in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen hat und wo nach der Umwandlung der Cappeler Weiden östlich der Autobahntrasse nun auch die Wiesen westlich davon im Visier der Planer sind.

Aber nicht nur die »grüne Wiese«, also das ländliche Umfeld und Naherholungsgebiet Marburgs, sondern auch das innerstädtische Band entlang der Autobahntrasse erhielt als Folge des Ausbaus den Charakter einer sich mitten durch die Stadt ziehenden gewerbeindustriellen Stadtperipherie. Darin, eingeklemmt zwischen Bahn- und Autobahntrasse und hindernislos eigentlich nur per Auto erreichbar, bleiben in diesem stadtplanerischen Niemandsland die »neuen« Universitätsgebäude heute, nicht einmal ein halbes Jahrhundert nach ihrem Bau, als Altlasten zurück, während die dort untergebrachten Institute sich in lebenswertere Gegenden der Altstadt verabschiedet haben. Der vorerst jüngste städtebauliche »Skandal« größeren Ausmaßes, mit dem sich Marburg mit neuen »Einkaufsbereichen« der automobilisiert heranzuführenden Kaufkraft anzudienen suchte, ist das 1997 eröffnete »Erlenring-Center«, dem trotz seines bald sichtbaren Scheiterns als Standort »großflächigen Einzelhandel[s]«³⁸ direkt an der Autobahnauffahrt kurz darauf noch ein weiteres Einkaufs- und Dienstleistungszentrum mit weiteren 7.500 Quadratmeter Fläche und 300 Parkplätzen zur Seite gestellt worden ist.³⁹ Boshaft könnte man sagen, dass sich jetzt immerhin nicht mehr nur den per Bahn anreisenden Besucher*innen mit der Hochbrücke, sondern mit den beiden Gewerbecentern auch den mit dem Auto über die Kurt-Schumacher-Brücke Anreisenden am Eingangstor zur Stadt ein aufschlussreiches Bild städtebaulichen Selbstausverkaufs bietet; »demokratisch wasserdicht – im Ergebnis: katastrophal«, so das Resümee des Kommentators im eingangs zitierten Fernsehfeature »Architektursünden in Hessen« dazu.⁴⁰ »Wir opfern unsere Städte dem Verkehr«, hatte Stadtbauarchitekt Christoph Mäckler dort im Angesicht der Stadtautobahn-Hochbrücke gesagt und dabei selbstverständlich den Kfz-Verkehr gemeint. Das gilt auch noch für diese neuesten Beispiele billigster Investorenarchitektur im Zeichen autogerechter Kundenmobilisierung. Dieser Logik folgte auch noch der Vorstoß von Oberbürgermeister Thomas

37 Das Kaufhaus »Horten« mit insgesamt 9.000 Quadratmeter Einkaufsfläche wurde mangels Rentabilität schon 1984 wieder geschlossen; als »Schlossbergcenter« blieb das Gebäude lange Jahre ein planerisches und ökonomisches Sorgenkind der Stadt.

38 Das »Erlenring-Center« wurde, so Werner Girgert, »zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels vor den Toren der Stadt geplant.« Deutlich wird an dieser Formulierung nicht zuletzt, dass ein Gebiet, das im Lauf der Expansion der Stadt mitten in Marburg liegen würde, aufgrund der Zerschneidung des gesamten Stadtgebietes durch die Autobahntrasse als extraterritorial empfunden wird – und damit, wenngleich eigentlich im Herzen der Stadt gelegen, stadtplanerisch dem Schicksal einer städtischen Peripherie (im schlechten Sinne) unterworfen wird. Werner Girgert, Schlechte Zeiten für gute Architektur. Marburger Stadtentwicklung 1970 bis 2007, in: Initiativgruppe Marburger Stadtbild und Stadtentwicklung e.V. (Hg.), Marburg – Abbruch und Wandel. Städtebauliche Planungen in einer historischen Stadt, Marburg 2007, S. 18-33, hier S. 21.

39 Ebd., S. 22f.

40 Architektursünden in Hessen (Anm. 1).

Spies im Jahr 2017, der, ein Jahr, nachdem Marburg zur Umweltzone erklärt worden war, die Umwidmung der B3 in eine reguläre Autobahn ins Spiel brachte, weil dies den Wirtschaftsstandort Marburg für Gewerbeansiedlungen attraktiver machen würde.⁴¹ Die A485 zwischen Marburg und Gießen, gegen die 1978 rund 1.180 Marburger Bürger*innen protestiert hatten, stand damit in allerjüngster Zeit wieder äußerst präsent im Raum. Beschwichtigend meinte der Oberbürgermeister zwar, dass die »Änderung der Schilder [...] allein der Erleichterung von Gewerbeansiedlungen« diene, ansonsten ändere sie »weder an der Straße noch an der Art oder Intensität ihrer Nutzung irgend etwas«.⁴² Doch abgesehen davon, dass es eher unwahrscheinlich ist, dass ausgerechnet von Gewerbeunternehmen, die ihre Standortwahl von der Nähe des nächsten Autobahnanschlusses abhängig machen, kein höheres Kfz- (und insbesondere Lkw-)Aufkommen zu erwarten wäre, reicht schon der gegenwärtige Status quo der B3/B3a aus, um die Befürchtungen jener oben zitierten Bürgerinitiative im Fall eines Ausbaus zur A485 zu übertreffen. Ein paar Zahlen mögen das illustrieren.

IV. 2015: Rund 48.500 Kfz-Durchfahrten täglich

Von »mehr als 40.000 Kraftfahrzeugen täglich« ging die Bürgerinitiative 1978 für den Fall einer Realisierung der A485 aus. Damals erreichte, nach einer Zählung von 1982, die Verkehrsmenge auf der B3 im Bereich Nordstadt täglich 13.700 Fahrzeuge (vor dem Baubeginn wurden täglich 8.000 Fahrzeuge gezählt). Sieben Jahre später, im Jahr 1989, waren es bereits 31.900, weitere vier Jahre später, 1993, rund 33.200 Fahrzeuge pro Tag.⁴³ Das steigerte sich mehr oder weniger kontinuierlich. 2005 wurden in Marburg-Mitte insgesamt 41.535 Kraftfahrzeuge pro Tag gezählt, 2010, während der Bauarbeiten zum »Lückenschluss« im Süden, »nur« noch 40.177, 2015, nach vollbrachtem »Lückenschluss«, dann wieder ungebremst ansteigende 44.195 pro Tag⁴⁴ – ein Jahresdurchschnittswert (DTV) wohl gemerkt, der nicht die realen Spitzenzeiten, sondern das tägliche Mittel wiedergibt, sodass die reale Zahl an Wochentagen schon 2015 bei rund 48.500

41 »Marburg bekommt Autobahnanschluss«, titelte enthusiastisch die Oberhessische Presse v. 9.6.2017 und fügte erläuternd hinzu: »Die Marburger Ansiedlungspolitik will sich verstärkt um überregional tätige Unternehmen bemühen – auf Kooperations-Gewerbeflächen mit Nachbarorten wie – etwa im Ebsdorfergrund.« »Fakt ist«, so Thomas Spies im direkten Zitat: »Wir alle haben bisher keinen Autobahnanschluss, und das ist es, was Investoren auf Karten sehen. Die [mangelhafte] Verkehrsanbindung schreckt sie ab.«

42 Siehe Oberhessische Presse v. 20.6.2017. Hinzugefügt werden muss allerdings, dass Spies' Vorstoß die Umwidmung lediglich bis an die südliche Stadtgrenze Marburgs beinhaltete, was die Marburger Bevölkerung vielleicht hinsichtlich einer möglichen Tempoerhöhung auf der B3a – vielleicht aber auch hinsichtlich des schon 1978 im Raum stehenden Anschlusses an die A49? – beschwichtigen sollte.

43 Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 61.

44 Vgl. dazu Hessen Mobil, Verkehrsmengenkarte Hessen 2015, <https://mobil.hessen.de/sites/mobil.hessen.de/files/content-downloads/VM2015_Marburg-Biedenkopf.pdf> (3.2.2021). Für Aufschlüsselungshilfe danke ich Markus Gronostay.

Kfz-Durchfahrten pro Tag gelegen haben dürfte.⁴⁵ Dabei hat sich – kaum verwunderlich – der Prozentsatz des Durchgangsverkehrs im Verhältnis zum innerstädtischen Verkehr seit Beginn der Bauplanung ziemlich genau umgekehrt: Während nach der Erhebung von 1960 nur rund 27 Prozent der täglichen Fahrten auf der B3 dem Durchgangsverkehr galten, sind es heute mehr als 75 Prozent, der Lkw-Anteil liegt insgesamt bei sieben bis neun Prozent.⁴⁶ Das von der Bürgerinitiative Südstadt 1978 entworfene Szenario von »mehr als 40.000 Kraftfahrzeuge[n] täglich« auf der B3a wird auch ohne den nördlichen »Lückenschluss« heute schon weit übertroffen. Der B3, nur nominell von einer regulären Autobahn unterschieden, fällt im »Logistik-Schwerpunkt-Land« Hessen als »Straße von besonderer Verkehrsbedeutung« eine wichtige Funktion für den Transitverkehr zu.⁴⁷ Zumal nach dem bevorstehenden Ausbau der A49 bedeutet das für Marburg eine nochmals steigende Verkehrsbelastung mit einem voraussichtlich überproportional ansteigenden Lkw-Anteil.

Die Entlastungsfunktion der »Verteilerschiene« wird nicht nur hinsichtlich der Verkehrsmenge von diesem »Durchfluss« überregionalen Verkehrs durch die Stadt und der damit verbundenen Lärm- und Schadstoffbelastung in der Stadt konterkariert, sondern auch durch die von der Stadtautobahn ausgehende Verdrängung anderer Formen von Mobilität. Im August 1974 erklärte die *Oberhessische Presse* ihren Leser*innen:

»Fußgänger, Radfahrer und sonstige nichtmotorisierte Fahrzeuge sowie alle Kraftfahrzeuge, die nicht schneller als 60 km/h fahren können oder dürfen, [werden] von der Benutzung der Autobahn ausgeschlossen und müssen die sonstigen öffentlichen Straßen [...] benutzen.«⁴⁸

Diese freilich – man denke an die Zubringerstruktur Südspange, Zeppelinspange, Erlenningspange und Elisabethbrücke sowie deren Verlängerungen – sind den dergestalt »Ausgeschlossenen« keineswegs prioritär überlassen, sondern werden auch ihrerseits dem Fokus auf den Autoverkehr entsprechend umgestaltet, womit Fußgänger- und Radverkehr auch hier zunehmend an den Rand gedrängt bzw. zwischen dem fließenden und dem stehenden Kfz-(Park-)Verkehr eingeklemmt werden. Wer vom Ortenberg oder aus Cappel nichtmotorisiert in die Innenstadt, von der Innenstadt zum Südbahnhof oder zur (jetzt alten) Philosophischen Fakultät nebst der (ehemaligen) zentralen Universitätsbibliothek oder von dort zum Hauptbahnhof gehen bzw. radeln will, muss sich in Gefahr begeben oder auf komplizierten und mühsamen anderen Wegen die Autobahn über- oder unterqueren oder auch ganz unter ihr entlangwandern, dabei Lärm

45 Winfried Wolf, Der Autowahn in Marburg. 1993-2015: Rückblick – Bilanz – Ausblick, in: Maximiliane Jäger-Gogoll/Sabine Leidig/Jan Schalauske/Winfried Wolf (Hg.), Stadt, Lahn, Autowahn. Marburg und die B3a. Verfehlte Verkehrspolitik und Alternativen, Michendorf 2016, S. 8-46, hier S. 18.

46 Berechnet nach Verkehrsmengenkarte Hessen (Anm. 454), Vergleich Kernstadt/äußere Stadtteile. Zu den durch den Lkw-Anteil verursachten Belastungen ist anzumerken, dass die Lärmemission eines Lkw durchschnittlich denen von 25 Pkw entspricht. Vgl. Forschungsinformationssystem Mobilität und Verkehr, <<https://www.forschungsinformationssystem.de/servlet/is/39774/>> (10.3.2021).

47 Vgl. o.V., Änderung der Zuständigkeit: B3 ist eine »Straße von besonderer Verkehrsbedeutung«, in: Das Marburger. Online Magazin v. 8.9.2011, <<https://www.das-marburger.de/2011/09/anderung-de-r-zustandigkeit-b-3-ist-eine--strase-von-besonderer-verkehrsbedeutung/>> (15.2.2021).

48 Oberhessische Presse v. 17.08.1974, zit.n. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 47.

und Gestank ertragen, muss menschenleere Gewerbegebiete, wie etwa zwischen Südbahnhof und Cappel, überwinden oder sich durch beängstigende und weitgehend lichtlose Un-Orte wie den »Jägertunnel« oder den Fußgängertunnel an der »PhilFak« wagen. Fuß- und Radwege sind durch die von der B3a-Trasse bestimmte Verkehrsstruktur nicht nur weit, sondern auch laut, hässlich, unheimlich und sogar (wie etwa der berühmte »Jägertunnel«) gefährlich geworden – kein Anreiz, sondern bis heute ein Problem für die allenthalben angestrebte städtische Verkehrswende.

Ergänzt, ja sogar vorbereitet, wurde dieser Prozess der Verdrängung jedes anderen als des Autoverkehrs innerhalb der Stadt von der Abschaffung jener Verkehrsmittel, die der nichtmotorisierten individuellen Mobilität nicht nur dienen, sondern für sie und ihre Kundschaft auch Platz auf der Straße beanspruchen, allen voran der Marburger Straßenbahn.⁴⁹ In der Bevölkerung nicht nur beliebt, sondern beförderungstechnisch wie finanziell effizient, wurde die Straßenbahn mit ihrem festen Gleisbett unter dem verkehrsplanerischen Paradigma des Automobilverkehrs zum Verkehrs-»Hindernis«. Obwohl sie im Jahr 1945 in Marburg insgesamt um die 6,6 Millionen Fahrgäste befördert hatte, wusste die Marburger Presse im Jahr 1950: »Straßenbahnverkehr behindert den Straßenverkehr«.⁵⁰ 1951 zitierte sie den amtierenden Verkehrsdirektor mit den Worten: »Die Straßenbahn war stets ein Verkehrshindernis.«⁵¹ Verkehr – das ist jetzt lediglich der Automobilverkehr, dem sich andere Verkehrsformen anzupassen bzw. dem sie ausweichen haben. Bedingt konnte das der O-Bus, der ab 1951 die Straßenbahn ersetzte und der zwar noch auf Oberleitungen, aber nicht mehr auf das Gleisbett angewiesen war, welches der Straßenbahn das Vorrecht auf der Straße garantierte. Seine größere Flexibilität, d.h. seine Anpassungsfähigkeit an den immer dominanteren Automobilverkehr, wurde dem O-Bus freilich bald zum argumentativen Verhängnis. Eine der Begründungen, mit denen nach nur 17 Jahren der O-Bus-Betrieb in Marburg wieder eingestellt wurde, war der Hinweis darauf, dass seine Pünktlichkeit im allgemeinen Straßenverkehr immer mehr zu wünschen übriglasse.⁵² 1968 ging die Stadt von den O-Bussen zu Dieselnissen über, deren Pünktlichkeit freilich nicht weniger durch den Stau in den Straßen beeinträchtigt wurde (und weiterhin wird). Hinsichtlich der Flexibilität im Straßenverkehr natürlich ein Fortschritt, ist der Wechsel zum Dieselbus ökologisch wie lärmtechnisch leider das Gegenteil. Der mit dem zunehmenden Kfz-Verkehr einhergehende Verlust an fahrplanmäßiger Zuverlässigkeit der Busse wie auch der Komfortverlust der am Straßenrand befindlichen Haltestellen, die ebenfalls beständig steigender Lärm- und Abgasbelastung ausgesetzt sind, hat sicher dazu beigetragen, die Beliebtheit des ÖPNV in Marburg empfindlich zu beeinträchtigen. Das führte zum weiteren Zuwachs eben jenes motorisierten Individualverkehrs, für den die »Verteilerschiene«

49 Zu Geschichte, Verkehrs- und Finanzstruktur sowie zu den Gründen für die Einstellung ihres Betriebes im Jahr 1951 vgl. detailliert ebd., S. 18-26.

50 Marburger Presse v. 8.7.1950, zit.n. ebd., S. 22.

51 Zit.n. ebd.

52 »Der zunehmende Verkehr – vor allem an Personenkraftwagen – führt immer mehr zu Stauungen und damit zu ungewollten Verschiebungen im Fahrplan«, heißt es in der Oberhessischen Presse v. 7.10.1968, zit.n. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 35. Weichen mussten angesichts des Problems nicht die »Personenkraftwagen«, sondern der O-Bus – die verkehrspolitischen Prioritäten waren klar gesetzt.

Stadtautobahn die »große« Lösung bringen sollte, dabei jedoch zum gewichtigen Teil des Problems wurde. Die gleis- und leitungsunabhängigen Dieselbusse passen sich in das autozentrierte Verkehrskonzept ein, denn nur mit ihnen lassen sich ohne weiteren infrastrukturellen Aufwand jene weiten Wege bewältigen, die durch die B3a-Trasse und ihre Zubringerschneisen und durch die sich innerstädtisch wie auf der »grünen Wiese« ausbreitenden Gewerbe- und Einkaufszentren bei gleichzeitiger Ausdünnung von Infrastruktur in den qua Gebietsreform neu eingemeindeten Außenstadtteilen erzeugt werden. Das gilt auch für die Verbindung zu jenen zentralen Einrichtungen, die parallel zum Bau der Stadtautobahn aus der Stadt ausgelagert wurden und deren notwendige verkehrliche Anbindung ebenfalls ganz auf das Automobil zugeschnitten ist. Die Tatsache, dass fast alle naturwissenschaftlichen Institute der Universität ebenso wie die Medizin und die Kliniken im Lauf der 1970er Jahre auf die Lahnberge verlegt wurden, hat dem u.a. über die Stadtautobahn »verteilten« Kfz-Verkehr weiteren Zuwachs verschafft, geht aber mit ihrem Bau auch planungstechnisch Hand in Hand. In diesem Zusammenhang kommt die Frage, warum nicht im Bahnhofsbereich statt der Hochstraße wenigstens ein Tunnel gebaut worden ist, wieder ins Spiel.

V. Tunnel versus Overfly

Wie schon oben erwähnt, war die Idee einer Tunnelführung der B3a-Trasse im Bereich des Bahnhofs zuerst von Seiten des Straßenbauamts geäußert worden. Die Stadt, damals noch Hauptbaulastträgerin, verhielt sich jedoch zögerlich, bis abzusehen war, dass die Baulast ab Januar 1962 auf den Bund übergehen würde. Schon 1961 legte das Frankfurter Planungsbüro Schwebel dann seine Gesamtplanung vor. Sie sah die Hochstraße am Bahnhof vor, schloss jedoch auch eine Tunnellösung in dem Bereich nicht aus. Diese sei aber »schwieriger, teurer und langwieriger« und »enge den Lahnquerschnitt ein«⁵³ – ein Faktum, das freilich auch für die Hochstraße galt, für die das Lahnbett dann um acht Meter verlegt werden musste. 1964/65 wurde die Planung mit der Hochstraße offengelegt.⁵⁴ Schon vorher allerdings sprachen sich gewichtige Stimmen gegen sie aus: neben dem Verkehrs- und Verschönerungsverein⁵⁵ vor allem der Rektor der Philipps-Universität, der 1961 gegen den Hochstraßenplan insbesondere die unzumutbare Lärmbelästigung für die Kliniken im Nordviertel ins Feld führte.⁵⁶ Ein Gutachten des Frankfurter Batelle-Instituts prognostizierte, dass durch den Bau der Hochstraße tatsächlich »mit einer Verdopplung der Lautstärkeempfindungen und damit mit einer stark störenden zusätzlichen Lärmbelästigung gerechnet werden« müsse.⁵⁷ 1965 sprach sich die Universitätsleitung wegen der Lärmbelastung sowohl für das Klinikum als auch für die neuen Institute am Krumbogen für eine Tunnellösung aus. Für diese lag ein ausgearbeiteter Vorschlag von Dr.-Ing. Ludwig Müller vor, der im März 1967 öffentlich

53 Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 445.

54 Vgl. ebd., S. 451.

55 Ebd., S. 445.

56 Ebd., S. 448.

57 Vgl. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 49.

vorge stellt und von der Mehrzahl der Zuhörenden befürwortet wurde. Technischen Einwänden begegnete Müller mit einem überarbeiteten Entwurf im folgenden Jahr 1968.⁵⁸ Doch obwohl der Tunnel die durch die oberirdische Trasse verursachte Verkleinerung der Universitätsflächen zwischen Schülerpark und Erlenring und die räumliche Einengung der neuen Institute (der Flächenverlust wurde tatsächlich durch die Erhöhung der Uni-»Türme« um teilweise fast das Doppelte der ursprünglichen Planung kompensiert) sowie ihre gravierenden lärm- und wegetechnischen Beeinträchtigungen hätte vermeiden können, konnte die Universität mit Verkehrsministerium und Straßenbauamt keine Einigung zugunsten eines Tunnels erzielen. Verkehrsminister Arndt drängte ebenso wie Oberbürgermeister Gaßmann auf unverzüglichen Baubeginn, im Sommer 1969 wurden die Bauleistungen für die Verlegung der Lahn im Sinne der Hochstraßenplanung ausgeschrieben.⁵⁹

Abb. 2: Autobahnhochbrücke vor dem Bahnhof im Bau



Stadtarchiv Marburg, Fotosammlung Eifert, 16.166/6

Aus heutiger Sicht ist das angesichts der desaströsen Auswirkungen des Overfly im Bereich von Krumbogen und Bahnhofsviertel kaum mehr nachvollziehbar. Auch wenn eine Tunnelführung den Gesamt-»Skandal« einer Quasi-Autobahn mitten durch die Stadt nicht verhindert hätte, die Lärm- und Abgasbelastungen jenseits der Reichweite des Tunnels damals wie heute nicht geringer ausfallen würden, hätte sie für den Erhalt

58 Die Entwurfszeichnungen sind abgedruckt bei Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 454. Eine ausführliche Darstellung der variierenden Pläne und jeweiligen Diskussionen findet sich ebd., S. 451-459.

59 Ebd., S. 455.

und die Entwicklung städtischen Wohn- und Lebensraums doch wenigstens lokal eine beträchtliche Verbesserung bedeutet. Selbstverständlich spielten finanzielle Gründe bei der Entscheidung eine Rolle,⁶⁰ vermutlich auch die wachsende Ungeduld der Marburger Bevölkerung, die Oberbürgermeister Gassmann mit dem Hinweis verschreckte, dass »im Fall eines Beschlusses für einen Tunnel die Baumaßnahme erheblich verzögert würde«, außerdem ein »Verkehrschaos« drohe und »die bereitgestellten Mittel von Marburg abgezogen würden«.⁶¹ Ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung gegen den Tunnel war, wie Elmar Brohl betont, die Tatsache, dass »der Widerstand der Universität [...] nicht aggressiv genug« war, sie nicht auf den Erhalt ihres Baugeländes am Krümmbogen bestand, das von der oberirdischen Trasse gravierend minimiert wurde.⁶² Doch gerade während der Diskussionen um Hochstraße oder Tunnel war die Entscheidung gefallen, die Kliniken auf die Lahnberge auszulagern. Sowohl 1961 als auch 1965 waren es Universitätsrektoren vom Fachbereich Medizin, Prof. Hans Erhard Bock und Prof. Herbert Hensel, gewesen, die gegen die Hochstraße protestiert hatten. Als sich durch den Umzug das Problem der Lärmbelastung für die Kliniken erledigt, die Stadtautobahn sich für sie hinsichtlich des Zubringerverkehrs vielleicht sogar als Vorteil herausgestellt hatte, waren nur noch die geisteswissenschaftlichen Institute am Krümmbogen betroffen. Spielten Lärm und Abgase für sie keine Rolle? Oder waren sie so sehr in andere Schauplätze des politischen Kampfes, in den Umbruch innerhalb der Universität involviert, der sich gerade 1969 auch in der Ablösung des Rektors durch ein dreiköpfiges Gremium an der Uni-Spitze niederschlug, dass ihre Bedrohung durch Lärm, Abgase und räumliche Isolation zwischen Bahn und Autobahn darüber aus dem Blick geriet?

Interessant ist, dass in fast allen Erinnerungen, die man heute über die Episode »Tunnel vs. Hochstraße« hört und liest, eine Äußerung kolportiert wird, die dem damaligen Präsidenten der Landesstraßenbauverwaltung, Dr. Willi Henne, in den Mund gelegt wird und die besagt, die »Bürger müssten sehen, wo die öffentlichen Gelder verbaut würden; Bauten unter der Erde sähe man aber nicht«.⁶³ Ist dieser Ausspruch authentisch (wofür es keinen Beleg gibt) – oder bringt er, erfunden, ein Unbehagen zum Ausdruck, das zwar durch die Blume, aber nicht unmittelbar geäußert werden sollte? Denn Regierungsoberbaudirektor Henne, 1907 in der Nähe von Backnang geboren, hatte nicht nur eine Vergangenheit als SS-Standartenführer der Reserve, sondern hatte auch als Referent von Hitlers »Organisation Todt« federführend an der Planung des sogenannten »Westwalls« mitgewirkt. Ab 1942 war er als Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft in den besetzten Gebieten Norwegens für den massenhaften Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern verantwortlich. 1945 in der Sowjetunion zu 25 Jahren Haft verurteilt, kam er 1955 vorzeitig frei und übernahm 1957 die Leitung der Hessischen Landesstraßenbauverwaltung, wo der Autobahnbau weiterhin eine seiner Kernkompetenzen blieb.⁶⁴ Soll der ihm zugeschriebene und seither immer wieder kol-

60 Vgl. ebd., S. 451-459.

61 Siehe dazu ebd.; Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 49.

62 Brohl, Stadtentwicklung (Anm. 2), S. 459.

63 Zit.n. ebd., S. 458.

64 Unter seiner Regie entstanden die Autobahnen im Sauerland, der Bergstraße und in der Rhön. Siehe den Eintrag »Willi Henne«, in: Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Henne#cite

portierte Ausspruch auf diese nicht nur personelle, sondern auch sachliche Kontinuität hinweisen? Oder hat er gerade die gegenteilige Funktion – als ein Bonmot, das diese Kontinuitäten, im Stil etwa der Heinrich-Lübke-Witze, anspricht, dabei jedoch zugleich komisch-verharmlosend verschleiert?

Wie immer dem auch sei, die Idee einer Tunnelführung der Stadtautobahn blieb in Erinnerung und ist auch heute noch aktuell. Das verdankt sich insbesondere den Bemühungen des Marburger Ingenieurs Gerhard Haberle, der im Jahr 2011 eine gründliche Neubearbeitung der Thematik durch Studierende der Technischen Hochschule Mittelhessen in Gießen unter Leitung von Prof. Andreas Bark anstieß. Im Juni 2012 wurde auf Einladung der Marburger Lokalen Agenda und des Marburger Bauamts vor rund 70 Zuhörer*innen ein neu ausgearbeiteter Plan für eine 800 Meter lange Tunnelführung zwischen Ernst-Giller-Straße und Schülerpark vorgestellt. Während der damalige Bürgermeister Franz Kahle für eine Gesamtuntertunnelung der B3a zwischen Marburg-Süd und Marburg-Nord mehrfach eine Summe von rund 900 Millionen Euro veranschlagt hatte, berechneten die Studierenden für die genannte Teiluntertunnelung rund 95 Millionen Euro, welche zudem mit den in absehbarer Zeit anstehenden Kosten für Komplettsanierung oder Abriss der bestehenden Spannbeton-Hochbrücke verrechnet werden müssten, deren Lebensdauer in jenem Jahr 2012 noch auf maximal 40 Jahre veranschlagt wurde und angesichts der steigenden Verkehrsmenge mit wachsendem Anteil schwererer Lkw heute noch auf ca. 25 Jahre zu schätzen ist.⁶⁵ Immerhin sieht der Haushaltsplan der Stadt Marburg für das gegenwärtige Jahr 2021 Mittel von insgesamt 31.000 Euro für die »Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Tunnelführung bzw. Tieferlegung der B3 im Stadtgebiet von Marburg« vor.⁶⁶ Wie eine solche, stadtplanerisch unbedingt wünschenswerte, Maßnahme sich allerdings mit den – angesichts der galoppierenden Klimakatastrophe dringend notwendigen – Maßgaben des im Juni 2019 für Marburg erklärten Klimanotstands vertragen könnte, unter dessen Vorzeichen große Straßenbauprojekte sich generell verbieten, ist freilich fraglich. Und fraglich ist angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte auch, ob die übergeordneten Stellen in Bund und Land überhaupt je den politischen Willen aufbringen werden, am Skandal der Auswirkungen der B3a auch nur das geringste zu ändern. Von der Inbetriebnahme der Straße an über die oben erwähnte Unterschriftenaktion im Jahr 1978 bis zum gegenwärtigen Tag ist die Reihe von Protesten, Einsprüchen, Forderungen und Alternativvorschlägen zum Umgang mit der Stadtautobahn nicht abgerissen. Gleichermaßen hartnäckig haben die Zuständigen in (zuerst noch) Marburg, dann Wiesbaden und Berlin, ganz gleich, welcher politischen Partei sie angehörten, diese abgelehnt – ein mittlerweile fast 50 Jahre währender und im sich wandelnden Kontext der stei-

_note-20> (1.3.2021) mit Belegen. Für besondere Hinweise auf Hennes Vergangenheit danke ich Hans-Horst Althaus.

- 65 Siehe Oberhessische Presse v 13.6.2012 u. 19.8.2018. Für die Überlassung der Aufgabenstellung in sechs Einzelbereichen sowie der gesamten Bearbeitungen und Ergebnisse, die 2012 auch in einer Ausstellung im Marburger Bauamt gezeigt wurden, in digitaler Form gilt Gerhard Haberle mein herzlicher Dank.
- 66 Stadt Marburg, Entwurf Haushalt 2021, Produkt 161520 – Stadtentwicklungsplanung. Für die Bereitstellung des entsprechenden Auszugs danke ich ebenfalls Gerhard Haberle.

genden Verkehrsbelastung und sich zuspitzenden Klimakrise immer noch wachsender Skandal, der zum Abschluss in einigen Punkten beleuchtet werden soll.

VI. Ungebremst ins 21. Jahrhundert

Anfang der 1990er Jahre kam die Universitätsstadt Marburg zu der zweifelhaften Ehre, im populären Diercke Weltatlas als Negativbeispiel für innerstädtische Lärm- und Schadstoffbelastung zu dienen. »Starke« bzw. »deutliche Luftverschmutzung« und »Smog-Belastung« sind für weite Bereiche der Stadt ausgewiesen, die B3a zieht sich als rot eingezeichnetes Band von damals schon mindestens 70 dB(A) Lärmausstoß mitten hindurch.⁶⁷ Bereits 1978 hatte sich die oben erwähnte Bürgerinitiative mit alarmierenden Daten gegen diese Belastung und die durch sie verursachten gesundheitlichen Risiken der Marburger Bevölkerung gewandt.⁶⁸ Im Jahr 1990 stellte eine Gruppe Marburger Bürger*innen gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden der Umweltverbände BUND und VCD an den Marburger Oberbürgermeister Drechsler den Antrag, auf der Stadtautobahn durchgehend Tempo 60 Kilometer/Stunde anzuordnen. Nach einigem Hin und Her wegen der Zuständigkeit – sie lag, wie sich erwies, damals bei der Stadt – wurde der Antrag von Oberbürgermeister Drechsler abgelehnt. Die Initiative wandte sich daraufhin mit einem Eilantrag an das zuständige Verwaltungsgericht und forderte »die unverzügliche Anordnung der Höchstgeschwindigkeit 60 km/h mit dem Zusatzschild ›Lärm- und Abgasschutz‹« und »die Anlage von Radspuren am Seitenstreifen«⁶⁹, da sich damit die Abgase »um mindestens 15 Prozent« und der »insbesondere für die Bewohner benachbarter Hanglagen unerträgliche Lärm [...] um 2 bis 5 Dezibel« verringern ließen. Die Maßnahmen seien nicht nur nach Paragraph 40 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zwingend erforderlich, die Ablehnung der Temporeduktion verstoße auch gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung, da auf anderen innerstädtischen Straßen – und als eine solche sei die B3a aufgrund ihrer Lage zu betrachten – Tempo 50 oder gar 30 Kilometer/Stunde gelte.⁷⁰ Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Bewilligt und zwischen 1991 und 2002 schrittweise erbaut wurden hingegen Lärmschutzwände auf der westlichen Seite der Trasse zwischen dem Bereich Sommerbad/Campingplatz und Weidenhausen-Süd. Sie kosteten insgesamt

67 Diercke Weltatlas, Braunschweig³1992, S. 55.

68 Zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Lärm wie Leistungs- und Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stress, Nervosität, Lern- und Konzentrations- sowie Kommunikationsstörungen auch schon bei niedrigeren Pegeln vgl. exemplarisch die Zusammenfassung des Schweizerischen Bundesamtes für Umwelt, <<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/laerm/fachinformationen/auswirkungen-des-laerms/gesundheitsliche-auswirkungen-von-laerm.html>> (4.3.2021); zu Gesundheitsschäden durch Stickstoffdioxid und Feinstaub vgl. Umweltbundesamt <<https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/wirkungen-von-luftschadstoffen/wirkungen-auf-die-gesundheit#aussenluft>> (4.3.2021).

69 Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland e.V./VCD, Presseerklärung v. 20.9.1991, unterzeichnet von Reinhold Wind (BUND-Kreisvorsitzender) und Wulf Hahn (VCD-Kreisvorsitzender), dem ich für die Überlassung sämtlicher Unterlagen in diesem Zusammenhang herzlich danke.

70 Ebd.

mehrere Millionen Euro, brachten lärmtechnisch allerdings nur für unmittelbare Anlieger eine gewisse Erleichterung. Die »Initiative für Tempo 60 auf der innerstädtischen B3 in Marburg« erklärte dazu im Juni 1993, die nach Fertigstellung der Wände vom Umweltamt angestellten Lärmmessungen hätten ergeben, »daß die neuerbaute Wand den Autolärm so stark reflektiert, daß sich die Lärmwerte in den Wohnungen der gegenüberliegenden Straßenfront erhöhten«. Zudem trage die Wand »nichts zu Abgas- und Ozonminderung bei« und schütze »nicht die Hangbewohner und die Talbewohner, die im 1. bis 3. Stock leben«. Hingegen habe das Marburger Umweltamt bestätigt, »daß sich bei Tempo 60 die Lärmwerte und Stickoxid-Emission um 50 Prozent mindern ließen«. ⁷¹ Während also drei Kilometer lange, dabei jedoch kaum wirksame bis sogar kontraproduktive Lärmschutzwände finanzierbar sind, ist die einfache und dabei um ein Vielfaches wirksamere Maßnahme der Temporeduktion auf der B3a nicht durchsetzbar. Nach einem mehr als fünfjährigen Klageverfahren erreichten die sechs verbliebenen Kläger*innen im Jahr 1996 allerdings, dass auf der Stadtautobahn für ein Jahr versuchsweise Tempo 80 Kilometer/Stunde angeordnet, dabei die Lärmwerte gemessen und tags wie nachts das Kfz-Aufkommen einschließlich des Lkw-Anteils gezählt werden sollten. Angesichts der Tatsache, dass, so die Initiative, die

»Schüler- und Lehrerschaft von zwei großen Schulen, dazu die über 5.000 Studierenden und Beschäftigten der Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Marburger Philippsuniversität und der Universitätsbibliothek [...] gegen den dort herrschenden Verkehrslärm von ca. 75 dB täglich andenken«

müssten, sei das so etwas wie der Anfang einer Perspektive. ⁷² Doch ihr war kein Erfolg beschieden. Das lag vor allem daran, dass die Stadt die Verkehrsanordnung des Antrags veränderte. Sie ordnete nicht, wie die Initiative gefordert hatte, Tempo 80 für Pkw und Tempo 60 für Lkw an, sondern beschränkte die Geschwindigkeit generell auf 80 Kilometer/Stunde, also das für Lkw ohnehin vorgeschriebene Tempo. Deren entscheidender Anteil an den Lärm- und Abgasemissionen blieb dadurch während des Versuchs unverändert. Messungen wurden zudem unzureichend, Kontrollen nur sporadisch durchgeführt. Als Oberbürgermeister Dietrich Möller nach einem Jahr zu Tempo 100 zurückkehren ließ, weil mit der Temporeduktion keine Verbesserungen einhergegangen seien, erhob die Initiative beim Regierungspräsidium gegen ihn eine Fachaufsichtsbeschwerde und hakte dort im Juni 2000 mit der Androhung einer Untätigkeitsklage nach. ⁷³ Doch bis auf eine vertröstende Antwort geschah weiterhin nichts.

Und so ging Marburg mit seiner Stadtautobahn ins neue Jahrhundert und Jahrtausend, und so blieb es bis heute. 2006 war es das Marburger Stadtparlament, das den Magistrat beauftragte, beim Regierungspräsidium die Einrichtung von Tempo 80/60 Kilometer/Stunde zu beantragen. Die Zuständigkeit dafür war vom Oberbürgermeister,

71 VCD-Ordner Wulf Hahn, Presseerklärung der Initiative für Tempo 60 auf der innerstädtischen B3 in Marburg v. 19.5.1993.

72 Ebd., Presseerklärung der Initiative für Tempo 60 auf der innerstädtischen B3 in Marburg v. 29.2.1996.

73 Ebd., Schreiben der Initiative an den Regierungspräsidenten v. 28.2. u. 22.6.2000.

jetzt Egon Vaupel, auf die Straßenverkehrsbehörde unter Verkehrs- und Wirtschaftsminister Riehl übergegangen. Der Antrag wurde mit dem besonderen Hinweis darauf abgelehnt, dass es bei dem vorherigen (wie oben geschildert: unzureichend ausgelegten) Verkehrsversuch »nur zu einer nicht hörbaren Lärmreduktion um bis zu zwei Dezibel gekommen sei«, was für eine Geschwindigkeitsreduktion juristisch nicht ausreiche.⁷⁴ 2008 empfahl ein im Auftrag der Stadt vom Umwelt- und Verkehrsplanungsbüro Regio-Consult erstelltes Gutachten aufgrund einer Neubewertung der gesammelten Faktoren einen Neuantrag, und zwar für eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70/60 Kilometer/Stunde. Mit einer solchen Beschränkung werde die juristisch geforderte und in seither allen weiteren Ablehnungsbescheiden ins Feld geführte Lärmreduktion um 3 dB(A) auf jeden Fall erreicht, alle übrigen – dort im einzelnen aufgeschlüsselten – Faktoren sprächen ohnehin für ihre Notwendigkeit.⁷⁵ Eine solche Forderung hielt die Stadt Marburg allerdings für politisch nicht durchsetzbar. Das Gutachten blieb (bis heute) unveröffentlicht, 2010 beantragte der Magistrat in Wiesbaden erneut Tempo 80/60 Kilometer/Stunde – (selbstverständlich) ohne Erfolg. Ebenfalls im Jahr 2010 gründete sich eine neue »Bürgerinitiative (BI) Stadtautobahn«. Sie forderte kurzfristig eine sofortige Temporeduktion auf Tempo 80/60 Kilometer/Stunde, mittelfristig die Prüfung und mögliche Umsetzung von Maßnahmen wie Lärmschutzwände und Flüsterasphalt, langfristig Planungen für eine Tunnelführung, eine Einhausung oder auch einen Rückbau der Stadtautobahn. Die Vorstöße in Richtung der ersten Maßnahme, welche die BI, flankiert von verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen, beim Regierungspräsidium bzw. beim hessischen Verkehrsministerium unternahm, wurden, wie in Berichten der *Oberhessischen Presse* und auf der Website der BI vielfach nachzulesen ist, mit den bekannten Begründungen abgelehnt.⁷⁶

Im April 2014 verabschiedete das Marburger Stadtparlament seine neuen Lärmaktions- und Luftreinhalteplanungen. Darin enthalten: Ein sofortiges Tempolimit auf 80/60 Kilometer/Stunde auf der Stadtautobahn, langfristig ihre Verlegung in einen Tunnel, wegen der hohen Abgasbelastung der Innenstadt außerdem der Antrag, Marburg zur Umweltzone zu erklären.⁷⁷ Diese wurde 2016 zwar eingeführt, gilt allerdings nur auf den städtischen Straßen und führt damit zu der umweltpolitischen Farce, dass eben jene Straße, die wegen des gesamten Kfz-Aufkommens, des dort gefahrenen Tempos und des hohen Lkw-Anteils besonders viel Abgasausstoß produziert, zwar mitten durch die Stadt führt, bei der Einrichtung der Umweltzone jedoch außen

74 *Oberhessische Presse* v. 24.9.2010.

75 RegioConsult. Verkehrs- und Umweltmanagement Wulf Hahn & Dr. Ralf Hoppe GbR, Analyse und Bewertung der Unterlagen zum Antrag auf Erlass eines Tempolimits der Universitätsstadt Marburg, Marburg 2008.

76 Vgl. dazu <www.bi-stadtautobahn.info/index.htm> (6.3.2021). Die Tatsache, dass der letzte Eintrag auf der BI-Website aus dem Jahr 2018 stammt, darf durchaus so gedeutet werden, dass nach acht Jahren engagierten Einsatzes für eine Verbesserung der Situation an und mit der Stadtautobahn leider auch diese Initiative erst einmal ermüdete. Ist es unzulässig, die Zermürbungstaktik mehrerer Generationen von hessischen Verkehrs- und Wirtschaftsministern nebst den ihnen untergeordneten Regierungspräsidenten als, dem Thema dieses Bandes entsprechend, ebenfalls »skandalös« zu bezeichnen?

77 Vgl. *Oberhessische Presse* v. 9.4.2014.

vor gelassen wird (ein Schelm, wer Böses angesichts der Tatsache denken möchte, dass Wiesbaden auch die Aufstellung einer Luftmessstation an der B3a bis heute ablehnt).

Anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens lud die BI Stadtautobahn im Herbst 2015 unter dem Titel »5 Jahre Bürgerinitiative Stadtautobahn – (k)ein Grund zum Feiern« in Zusammenarbeit mit dem Politischen Salon zu einem Vortrags- und Diskussionsabend mit dem Berliner Verkehrsexperten Winfried Wolf ein, der schon in den 1990er Jahren mit der damaligen Bürgerinitiative kooperiert und in diesem Zusammenhang in seinem Buch *Die autofreie Stadt. Der Autowahn am Beispiel der Stadt Marburg an der Lahn* die »Geschichte, Perspektive und Alternative« der autogerechten Zurichtung der Stadt rund um die B3a-Trasse aufgearbeitet hatte. Die Veranstaltung wurde zum Anlass für eine weitere Buchpublikation, in der Wolf gemeinsam mit anderen Verkehrsinteressierten den »Autowahn in Marburg« in einem Dreischritt aus »Rückblick – Bilanz – Ausblick« neuerlich beleuchtete.⁷⁸

Die Situation hatte sich damals insofern verändert, als seit 2014 in Hessen eine schwarz-grüne Koalition und die erstmalige Besetzung des Ministeramts für Wirtschaft und Verkehr durch einen Angehörigen der Grünen eine gute Voraussetzung für Maßnahmen zur Eindämmung umweltschädlicher Auswirkungen des Kfz-Verkehrs zu bieten schien. Im entsprechenden Koalitionsvertrag von CDU und Grünen hieß es, dass die Koalitionspartner sich »einig« seien, »dass der Lärmschutz an Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen, die sich in der Nähe von Wohnsiedlungen befinden, insgesamt verbessert werden muss«. ⁷⁹ Der von der BI Stadtautobahn entsprechend optimistisch gestellte neuerliche Antrag auf eine Geschwindigkeitsreduktion auf Tempo 80/60 Kilometer/Stunde zwischen Gisselberg und Wehrda wurde allerdings auch vom neuen Verkehrsminister mit der bekannten Begründung – keine Lärminderung um mindestens 3 dB(A) – abschlägig beschieden.⁸⁰

Die Tatsache, dass diese Begründung seit Beginn der 1990er Jahre unverändert gegen die schon damals überfällige Temporeduktion zum Zweck des Schutzes der Bevölkerung vor der gravierenden Lärm- und Abgasbelastung ins Feld geführt wurde und wird, muss angesichts des tatsächlich erfolgten Anstiegs der Verkehrsbelastung in diesem Zeitraum erstaunen. Wie bereits weiter oben erwähnt, wurden 1993 rund 33.200, 2005 rund 41.535 und 2015 rund 44.195 Fahrzeugbewegungen pro Tag gezählt, wobei diese Zahlen einen Jahresmittelwert darstellen, der wochentägliche Stoßzeiten nicht mit abbildet.⁸¹ Eine Stellungnahme von Karl-Heinz Ludewig zu den Darlegungen des hessischen Verkehrsministeriums im November 2015 kommt dementsprechend zu dem Schluss, dass sowohl die vom Ministerium als Berechnungsgrundlage verwandte Verkehrsmenge als auch der dabei angenommene Lkw-Anteil (berücksichtigt wurden lediglich Lkw mit einem Gewicht ab 3,5 Tonnen und nicht, wie nach RLS-90 vorgeschrieben, ab 2,8 Tonnen) als zu niedrig angesetzt worden seien. Zudem lägen bereits die

78 Siehe dazu Jäger-Gogoll/Leidig/Schalauske/Wolf, Stadt (Anm. 45).

79 Zit.n. Wolf, Autowahn (Anm. 45), S. 21f.

80 Das Schreiben nebst der ausführlichen Stellungnahme der Fachbehörde zu den einzelnen Punkten des BI-Antrags ist abgedruckt bei Jäger-Gogoll/Leidig/Schalauske/Wolf, Stadt (Anm. 45), S. 60-66.

81 Vgl. Wolf, Die autofreie Stadt (Anm. 11), S. 61; Ders., Autowahn (Anm. 45), S. 18; Verkehrsmengenkarte Hessen (Anm. 44).

vom Ministerium ermittelten Lärmwerte »über den Auslösewerten für Lärmsanierungen« und weit über den mittlerweile »als gesundheitsrelevant anerkannten Schwellenwerten«. Für das Verkehrsministerium, so Ludewigs Fazit, bestehe ein »ausreichend großer politischer Gestaltungsraum«, der selbstverständlich eine weitergehende Geschwindigkeitsbegrenzung einschlieÙe. Sie sei »insbesondere dann geboten, wenn die menschliche Gesundheit und die Gebote von Nachhaltigkeit und Umweltschutz ins Zentrum gerückt« würden.⁸²

Ja – wenn das geschähe. Bis heute scheint das immer noch ein frommer Wunsch. Trotz aller seither ins Leben gerufenen innerstädtischen Initiativen, die sich mit zum Teil beachtlichem Erfolg für eine Verkehrswende hin zu einer fuÙgänger- und radfahrerfreundlicheren Stadt Marburg einsetzten,⁸³ trotz der 2016 in Marburg ausgerufenen Umweltzone und des 2019 erklärten Klimanotstands: Die Marburger Stadtautobahn stößt unvermindert Lärm und Abgase aus, zerstört Strukturen, Wege, Perspektiven der Stadt, verdrängt umweltfreundliche und leise Verkehrsformen und bildet die Anbindungsschiene für weitere Gewerbeansiedlungen zwischen den Stadtteilen entlang ihres Verlaufs mitsamt der vielversprechenden Aussicht auf den nahen Anschluss an die zu vollendende A49, bei deren Weiterbau die »Gebote von Nachhaltigkeit und Umweltschutz« gegenwärtig ganz offensichtlich ebenfalls keine Rolle spielen.

VII. Ausblick 2022

Im Jahr 2022 feiert die Stadt Marburg ihr 800-jähriges Bestehen. 50 Jahre zuvor, im Jahr ihrer 750-Jahr-Feier, veröffentlichte der Club of Rome seinen epochalen Report *The Limits to Growth* (Die Grenzen des Wachstums).⁸⁴ Noch einmal rund 40 Jahre früher, im Jahr 1934, sah der Plan für die Reichsautobahnen bereits eine Autobahnstrecke über Marburg vor.⁸⁵ Sie steht auch noch im Marburger Landschaftsschutzplan vom Dezember 1939.⁸⁶ Während des Zweiten Weltkrieges unverwirklicht geblieben, wird die Realisierung dieses Autobahnplans durch den vierspurigen Ausbau der B3a im Marburger Stadtgebiet in den 1960er und 1970er Jahren erneut vorangetrieben. Der amtierende und ob seiner oben zitierten Äußerung zur Hochbrücke in Marburg legendär gewordene Dienstherr der zuständigen Straßenbaubehörde, Dr. Willi Henne, bringt die Expertise direkt von seiner Tätigkeit als leitender Mitarbeiter Fritz Todts, des 1933 von Hitler eingesetzten

82 Karl-Heinz Ludewig, Tempolimit 80/60 auf B3a möglich – und dringend geboten!, in: Jäger-Gogoll/Leidig/Schalauske/Wolf, Stadt (Anm. 45), S. 67-70.

83 Zu nennen ist an erster Stelle die 2017 gegründete BI Verkehrswende mit vielfältigen Initiativen und mittlerweile herausragender Expertise in vielen Verkehrsbereichen. Siehe <<https://www.bi-verkehrswende.de/>> (9.3.2021).

84 Donella H. Meadows/Dennis L. Meadows/Jørgen Randers/William W. Behrens, *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*, New York 1972.

85 Vgl. <[www.ak190x.de/Bauwerke/Die %20Reichsautobahnen.htm](http://www.ak190x.de/Bauwerke/Die%20Reichsautobahnen.htm)> (9.3.2021).

86 Vgl. Diethelm Fichtner, Stadtplanung und Stadtsanierung im Marburg seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Alfred Pletsch (Hg.), Marburg. Entwicklungen, Strukturen, Funktionen, Vergleiche, Marburg 1990, S. 100-128, hier S. 100.

ersten Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen und den Bau der Reichsautobahnen, mit. Ein Zufall? Oder ist es vielleicht auch noch ein Reflex der alten Pläne, wenn der – politisch unbescholtene – Verkehrsminister Georg Leber der Stadt Marburg Ende der 1960er Jahre, wie oben zitiert, den vierspurigen Ausbau der B3 nach Kassel verspricht? Der jetzt, mit dem – fast – lückenlosen Anschluss der B3 an die A49, nach rund 90 Jahren doch noch seine Vollendung fände?

Doch selbst, wenn man diese unheilvollen Kontinuitäten der Verkehrspolitik und -planung, die sich in Marburg am Beispiel der B3/B3a wie in einem Brennglas zu bündeln scheinen, für historisch abseitig und verkehrspolitisch irrelevant halten mag: Anlässlich ihrer anstehenden 800-Jahr-Feier würde es der Universitätsstadt Marburg gut stehen, für ihre Stadtautobahn endlich eine tragfähige Lösung zu finden. Es muss nicht die große Maßnahme, der teure Tunnel mit Jahrzehnten der Planungs- und Bauzeit sein, dem der ökologische Notstand ohnehin entgegensteht. Immer noch akut gefordert wäre ein Tempolimit, das weit genug geht, um die geforderte Lärmreduktion um 3 dB(A) zu erbringen, und das für das gesamte betroffene Stadtgebiet von Wehrda bis Gisselberg gilt. Um dieses Tempolimit durchzusetzen, müssten wohl nachdrücklichere Mittel eingesetzt werden als die mit schöner Regelmäßigkeit übersandten und immer wieder abschlägig beschiedenen Schreiben nach Wiesbaden.

Doch um Marburg auch in diesem Bereich nicht nur zu »erinnern« und zu »erleben«, sondern auch mit nachhaltiger Wirkung zu »erfinden«, wie das Motto der 800-Jahr-Feier fordert, sollte es mehr sein. Die Marburger Stadtautobahn ist ebenso alt wie die Erkenntnis, dass es »Grenzen des Wachstums« gibt und geben muss. Ebenso alt wie die Anfänge der sich hierauf gründenden Degrowth-Bewegung ist der ausgearbeitete Plan eines Rückbaus der Stadtautobahn zu einer städtischen »Lahnallee«, auf der neben dem radikal verlangsamten, nur noch auf zwei Spuren geführten Autoverkehr Fußgängerwege, Radwege und schattenspendende Bäume Platz finden. Der Entwurf des Architekten und Stadtplaners Ekkehart Schöll aus dem Jahr 1987, den die Bürgerinitiative »Lärm- und Giftgasreduzierung B3« 1997 dem Marburger Verkehrsforum als eine unter mehreren Langfristmaßnahmen empfahl,⁸⁷ findet sich auch schon im Buch *Die autofreie Stadt* von Winfried Wolf aus dem Jahr 1993 abgedruckt.⁸⁸ Wie wäre das: Wenn jeder der Gäste, die am 5. Juni 2022 zur mit 800 Bierzeltgarnituren bestückten Giga-»Tischlein-Deck-Dich-Geburtstagstafel« auf der Stadtautobahn erwartet werden,⁸⁹ etwas Brauchbares – wie Erde, Baumsetzlinge, Spitzhacken, Spaten, Blumenkübel, Markierungsfarbe usw. – dafür mitbrächte? Dann wäre zur Realisierung der lebens- und zukunftsfreundlichen Lahnallee anstelle der Stadtautobahn ein guter erster Schritt getan.

87 Entwurf von Eva Maria Foltin Cramer, abgestimmt mit den Mitgliedern der Initiative »Lärm- und Abgasreduzierung B3 Stadtmitte« v. 19.11.1997 (Aktensammlung Wulf Hahn/VCD).

88 Wolf, *Die autofreie Stadt* (Anm. 11), S. 177.

89 Vgl. Oberhessische Presse v. 20.8.2020.

Abbildungsverzeichnis

Martin Göllnitz und Sabine Mecking: Skandal!? Ein Streifzug durch Marburgs Geschichte im 20. Jahrhundert

Abb. 1: Prangerumzug des SA-Sturms 4 am 26. August 1933 in Marburg (Stadtarchiv Marburg, S 3/4, Nr. 156)

Klaus-Peter Friedrich: Die Marburger Jäger-Truppe und ihre militaristische Nachgeschichte

Abb. 1: Jahrgang 1905-1907 der 4. Kompanie Reserve-Jäger Btl. 11, vorn die Offiziere, ganz vorn zwei Fahrradfahrer, im Hintergrund ein Gemälde der Patronin Margarethe von Italien, aufgenommen beim Königspreisschießen 3.8.1907, 3. C[ompagnie] (Privatbesitz Willi Balzer, Dautphetal)

Abb. 2: SA-Führer der Standarte Jäger 11 (Nachlass Fritz Wolf, im Privatbesitz von Günter Wolf, Cölbe)

Abb. 3: Zerstörung der Marburger Synagoge durch Brandstiftung der SA, 10.11.1938 (Zeitgeschichte in Hessen, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/1706>> [Stand: 19.6.2020])

Abb. 4: Umschlag der Langspielplatte Alt-Marburg aus dem Jahr 1966, gespielt von Konrad Herguth mit seinem Blasorchester »Marburger Jäger« (Stadtarchiv Marburg, S 4 SM, Nr. 2805)

Dietrich Heither: Die Morde von Mechterstädt – Tragödie und/oder Skandal?

Abb. 1: Beerdigung der ermordeten Arbeiter in Thal (Postkarte, Privatbesitz Dietrich Heither, Niedernhausen)

Abb. 2: Gedenkstätte von Thal mit Bildern der Ermordeten (Fotomontage auf einer Postkarte, Privatbesitz Dietrich Heither, Niedernhausen)

Abb. 3: Treffen der NS-Studenten-Kameradschaft »Bogislav von Selchow« in Marburg, um 1938 (Historische Bilddokumente, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/74-043>> [Stand: 16.2.2021])

Christoph Nonn: Sex, Lügen und Philosophie. Hannah Arendt und Martin Heidegger

Abb. 1: Martin Heidegger (Universitätsarchiv Marburg, Best. 312/7, Nr. 3)

Abb. 2: Hannah Arendt, 1944 (Privatsammlung Peter Stein, Bedford Village, NY/Fred Stein Archives)

Abb. 3: Martin Heidegger im Zug der Professorenschaft zum 400. Jubiläum der Philipps-Universität, 1927 (Historische Bilddokumente, <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/75-277>> [Stand: 11.9.2017])

Martin Göllnitz: Die Marburger Rede vom 17. Juni 1934. Eine Festtagsrede mit politischer Sprengkraft?

Abb. 1: Vizekanzler Franz von Papen beim Verlassen des Auditorium maximum in Marburg, 17. Juni 1934 (Stadt Marburg, Fotosammlung des Presseamts)

Abb. 2: Ernst Röhm und Adolf Hitler bei einer Kundgebung der SA im Berliner Sportpalast (Bundesarchiv Berlin, Bild 102-02937)

Hans-Werner Retterath: Johann Wilhelm Mannhardt als Skandalopfer? Hintergründe und Folgen der Demonstration von NS-Studenten vor der Deutschen Burse am 18. Juni 1935

Abb. 1: Johann Wilhelm Mannhardt (Universitätsarchiv Marburg, Best. 312/7, Nr. 3)

Abb. 2: Das Studentenwohnheim Deutsche Burse in Marburg (Bildarchiv Foto Marburg, fm15052)

Jonas Breßler: Die Marburg Files. Operation Willi, die englische Krone und der Faschismus

Abb. 1: Marburger Landgrafenschloss: Einlagerung von Büchern der Preußischen Staatsbibliothek Berlin im Rahmen des »collecting point« (Bildarchiv Foto Marburg, Aufnahme-Nr. 425.438)

Abb. 2: Der Duke of Windsor auf der Ordensburg Crössinsee in Pommern am 13. Oktober 1937 (Bundesarchiv Berlin, Bild 102-17964)

Albrecht Kirschner: Ein »fanatischer Gegner des Nationalsozialismus«. Das Spruchkammerverfahren für Karl Theodor Bleek

Abb. 1: Oberbürgermeister Karl-Theodor Bleek beim Grabenfest, Marburg 1950 (Foto: Friedrich Unkel, abgedruckt in der Oberhessischen Presse v. 19.3.1998, Stadtarchiv Marburg, Bestand 16 Q, Nr. 1399)

Abb. 2: Karteikarte der Erschließungskarte der Spruchkammer Marburg 1946/1976 (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 520/27, Erschließungskartei, Nr. 1459/46 NB)

Abb. 3: Oberbürgermeister Bleek (stehend, 3. von rechts) im Dezember 1949 im Kreise seiner Kollegen und des Land Commissioner der Zivilen Hohen Kommission für Hessen James R. Newman, des Ministerpräsidenten Christian Stock und des Hohen Kommissars der USA in Deutschland John J. McCloy (sitzend, 2. bis 4. von links) (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Bestand R 4, Nr. 33807/6 A)

Ulrich Hussong: Hindenburg in Marburg

- Abb. 1: Grabstätte Hindenburgs in der Gegenwart (Foto: Pfarrer Bernhard Dietrich, Elisabethkirchengemeinde Marburg)
- Abb. 2: Die Elisabethkirche in Marburg, 1957 (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 212)
- Abb. 3: Ehrenbürgerbrief für Hindenburg (Foto: Elwert, Stadtarchiv Marburg, S 3/3, Nr. 1269)

Silke Fehleemann: Für eine »gewisse Glücksfähigkeit«. Die Kinder von Goddelau und die Gründung der »Lebenshilfe« in Marburg

- Abb. 1: Liste der Kleidungsstücke, welche die Eltern ihrem Kind nach Goddelau in dem Wissen mitgaben, es voraussichtlich nicht wiederzusehen (ITS Digital Archive, Arolsen Archives, 6.3.2.1/84309703)
- Abb. 2: Ausschnitt aus der Patientenakte N.K. (Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel, K 18, Nr. 17)
- Abb. 3: Tom Mutters und die Kinder beim Ausflug mit dem Ponywagen, Goddelau in den 1950er Jahren (Privatarchiv Reinier Mutters, Marburg)

Wolfgang Hecker: Wie kam Abendroth in die Alte Jägerkaserne? Eine Hausbesichtigung Anfang der 1950er Jahre mit einem Ausblick auf das nachfolgende Jahrzehnt

- Abb. 1: Die Alte Jägerkaserne Marburg 1950. Das Institut für Wissenschaftliche Politik war im Hochparterre rechts, das Collegium Gentium unter dem Dach (Bildarchiv Foto Marburg, fmla1186_27)
- Abb. 2: Wolfgang Abendroth 1971 im Marburger Audimax (Foto: Witich Roßmann, Marburg)
- Abb. 3: Lisa und Wolfgang Abendroth 1974 in Linz (Foto: Wolfgang Hecker, Marburg)

Wolfgang Kraushaar: Ein »Atom-Mädchen« lässt sich anwerben. Ulrike Meinhof in ihrer Marburger Zeit

- Abb. 1: Ulrike Meinhof als junge Journalistin, 1964 (Privatarchiv Bettina Röhl)

Helmut Müller-Enbergs: DDR-Spionage in Marburg

- Abb. 1: Hörsaalgebäude & Auditorium maximum in der Marburger Biegenstraße, um 1961/62 (Bildarchiv Foto Marburg, fm432976)
- Abb. 2: Philosophische Fakultät der Universität Marburg, 1984 (Bildarchiv Foto Marburg, B 3.438/12)

Anne Maximiliane Jäger-Gogoll: Schrankenlos für den Autoverkehr. Marburg an der Lahn und Autobahn

- Abb. 1: B3a und neue Uni-Türme (Repro nach Fotodruck: Hartwig Bambej; Urheber unbekannt)
- Abb. 2: Autobahnhochbrücke vor dem Bahnhof im Bau (Stadtarchiv Marburg, Fotosammlung Eifert, 16.166/6)

Wir haben uns bemüht, für alle Abbildungen die entsprechenden Inhaber*innen der Rechte zu ermitteln. In einigen Fällen ist es uns trotz intensiver Recherche nicht gelungen, die Rechtefrage vollständig zu klären. Bei etwaigen Rechtsansprüchen wenden Sie sich bitte an uns.

Autorinnen und Autoren

Oliver Auge, Prof. Dr. phil., ist Professor für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt zur Geschichte Schleswig-Holsteins in Mittelalter und Früher Neuzeit an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Jonas Breßler, M.Ed., ist Doktorand in Neuester Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Silke Fehlemann, PD Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im SFB 1285 »Invektivität. Konstellationen und Dynamiken der Herabsetzung« an der Technischen Universität Dresden und Privatdozentin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Klaus-Peter Friedrich, Dr. phil., ist Lektor und Historiker, außerdem aktives Mitglied der Geschichtswerkstatt Marburg.

Martin Göllnitz, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Assistent der Professur für Hessische Landesgeschichte an der Philipps-Universität Marburg.

Wolfgang Hecker, Dr. phil., war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Dietrich Heither, Dr. phil., ist Sozialwissenschaftler und Schulleiter der Heinrich-Böll-Schule Hattersheim.

Ulrich Hussong, Dr. phil., ist Leiter des Stadtarchivs Marburg i.R.

Anne Maximiliane Jäger-Gogoll, PD Dr. phil., ist Privatdozentin für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Siegen.

Albrecht Kirschner, Dr. phil., ist Historiker in Marburg.

Wolfgang Kraushaar, Dr. phil., ist Mitarbeiter an der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

Sabine Mecking, Prof. Dr. phil., ist Professorin für Hessische Landesgeschichte an der Philipps-Universität Marburg und Direktorin des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde, Marburg.

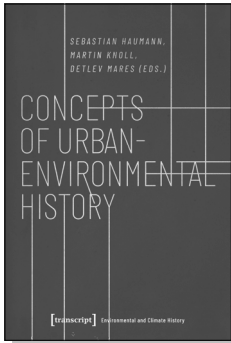
Helmut Müller-Enbergs, Dr. phil., ist Adjungeretprofessor am Institut für Geschichte an der Syddansk Universitet in Odense.

Christoph Nonn, Prof. Dr. phil., ist Professor für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Hans-Werner Retterath, Dr. phil., Dr. h.c., ist Stellvertretender Leiter und Geschäftsführer des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg i. Brsg.

Martin Sabrow, Prof. Dr. phil., ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Geschichtswissenschaft



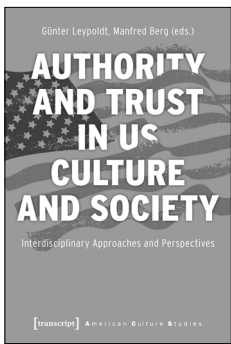
Sebastian Haumann, Martin Knoll, Detlev Mares (eds.)
Concepts of Urban-Environmental History

2020, 294 p., pb., ill.
29,99 € (DE), 978-3-8376-4375-6
E-Book:
PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4375-0



Gertrude Cepl-Kaufmann
1919 – Zeit der Utopien
Zur Topographie eines deutschen Jahrhundertjahres

2018, 382 S., Hardcover,
39 SW-Abbildungen, 35 Farbabbildungen
39,99 € (DE), 978-3-8376-4654-2
E-Book:
PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4654-6

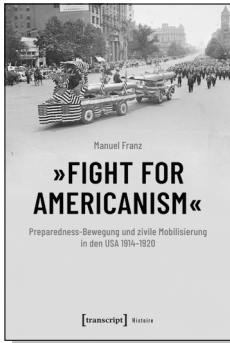


Günter Leypoldt, Manfred Berg (eds.)
Authority and Trust in US Culture and Society
Interdisciplinary Approaches and Perspectives

February 2021, 282 p., pb., col. ill.
37,00 € (DE), 978-3-8376-5189-8
E-Book:
PDF: 36,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5189-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geschichtswissenschaft



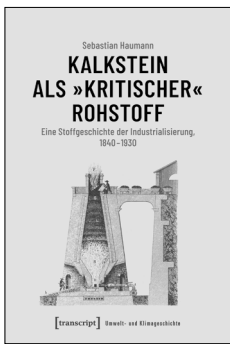
Manuel Franz

»Fight for Americanism« – Preparedness-Bewegung und zivile Mobilisierung in den USA 1914-1920

Februar 2021, 322 S., kart., 1 SW-Abbildung
59,00 € (DE), 978-3-8376-5521-6

E-Book:

PDF: 58,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5521-0



Sebastian Haumann

Kalkstein als »kritischer« Rohstoff Eine Stoffgeschichte der Industrialisierung, 1840-1930

Januar 2021, 362 S., kart., 4 Farbabbildungen
40,00 € (DE), 978-3-8376-5240-6

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5240-0



Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hg.)

WerkstattGeschichte 2020/2, Heft 82: Differenzen einschreiben

2020, 178 S., kart., 26 SW-Abbildungen
21,99 € (DE), 978-3-8376-5299-4

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**